

"In gewisser Weise sind wir zurückgeworfen auf das Ideal, auf den Glauben der frühen Arbeiterbewegung. Sie hatte ja keine gesellschaftliche Realität auf ihrer Seite... Aber es bleibt der tiefste und letzte Antrieb aller Arbeiterbewegung und aller sozialistischen Ideen seit ihren Ursprüngen: Der Kapitalismus ist keine menschenwürdige Gesellschaft. Er kann die sozialen, die ökologischen, die kulturellen und moralischen Probleme unserer Welt und unserer Zeit nicht auf menschliche Weise lösen. In diesem welthistorischen Sinne, besonders für die gewaltige Mehrheit der Menschheit in Asien, Afrika und Lateinamerika, bleibt der Sozialismus die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus."

Josef Schleichstein, 1915 - 1992, am 15.9.1989 in "Unsere Zeit"



Nr. 16, Dezember 1993

Charlamenko
Nach Rußlands Blutsonntag

Sozialismus - Neuansätze nach dem Crash (I):

Juchler - ...und Formationstheorie/Hoffmann -
...als Bewegung/A. Brie - Projekt "Moderner
Sozialismus /Gerns - Was bleibt vom "realen
Sozialismus"?/Kalt - ...und Wertgesetz/
Düe u. Tjaden - Ökologische Umgestaltung/
Kebir - Sozialistische Zivilgesellschaft?

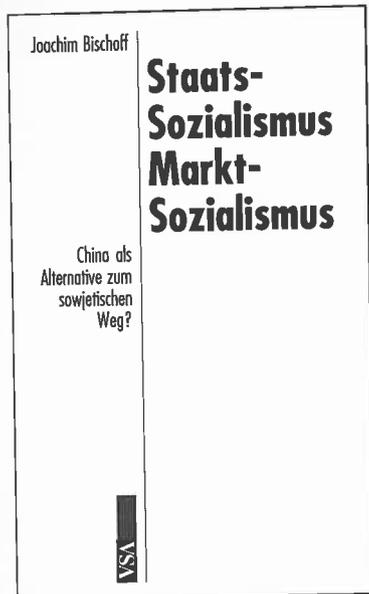
**Sozialismus-Vorstellungen - Marx und seine
Zeitgenossen:**

Jahn - Die Ricardianischen Sozialisten/
Jungnickel - "Grundrisse"/Vollgraf - Dühring/
Löbig - Proletariat bei Marx und von Stein

Standpunkte von Böke, Jung, Seppmann zu:
Was ist marxistische Erneuerung heute?

Ferner: Beiträge von Heiningen zur Rolle
Deutschlands, von Baldeweg zu Deutschland
'93, von Bessau zur Freiheit konkret, von
Cabalo zum Kommunitarismus, von Wernicke
zur Vierten Internationale und Trotzki

Politische Sachbücher zu aktuellen Themen



Joachim Bischoff
Staatssozialismus – Marktsozialismus
China als Alternative zum
sowjetischen Weg?
120 Seiten; DM 14,80

Die nichtkontrollierten wirtschaftlichen
Vorgänge – Tauschhandel, Schattenwirt-
schaft, Korruption – im Staatssozialismus
sowjetischer Prägung wurden unter-

Prospekt
anfordern!

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71, 22 715 Hamburg
Stresemannstr. 384a, 22 761 Hamburg

schätzt und waren auch durch die Öff-
nung zur Marktwirtschaft nicht mehr zu
regulieren. Hierin liegt eine wesentliche
Ursache für das Scheitern des Über-
gangs zu einem marktwirtschaftlichen
Sozialismus. Daß ein solcher Übergang
jedoch historisch nicht ausgeschlossen
ist, wird an der zunehmenden Bedeutung
marktwirtschaftlicher Vorgänge in China
belegt.

Joachim Bischoff/Axel Otto u.a.
Der 3. Band des »Kapital«
220 Seiten; DM 39,80

Die Marxsche Theorie wird in erster Linie
als Analyse der kapitalistischen Ausbeu-
tung rezipiert. Dabei handelt es sich beim
gesamten dritten Band des »Kapital« um
die komplizierten Steuerungszusammen-
hänge der kapitalistischen Wirtschaft.
Marx hat hier eingelöst, was er polemisch
als Programm formulierte: »Die Entwick-
lung dessen, was freie Konkurrenz ist,
ist die einzig rationelle Antwort auf die
Verhimmelung derselben durch die Mid-
dle-Class-Propheten oder ihre Verteufelung
durch die Sozialisten.«

Sozialistische Studiengruppen
Gemeineigentum und Markt
Die Sozialismus-Konzeption von Marx
und Engels, 120 Seiten, DM 14,80

In der Marxschen Konzeption des Über-
gangs aus der kapitalistischen Gesell-
schaftsformation lautet der entschei-
dende Begriff: »assoziierte Arbeit«. Gemeint
sind damit Genossenschaften und Ko-
operativfabriken.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
4. Jahrgang
Heft 16 (Dezember 1993)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Monika Domke
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heiningen
Prof. Dr. Jörg Huffschnid
Dr. Sabine Kebir
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung,
Dr. Reinhard Schweicher

5 Editorial

Jelena und Alexander Charlamenko:

8 Und wieder eine verpaßte Chance

Nach Rußlands Blutsonntag

Sozialismus: Erfahrungen - Diskussionen - Konzeptionen

Erste Zwischenbilanz nach dem Crash (I)

Jacob Juchler:

20 Ende des Sozialismus - Ende der Formationstheorie?

André Hoffmann:

35 Abschied vom Sozialismus als Modell

André Brie:

45 Die Verhältnisse tanzen lassen

Das Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus" an der HUB 1988/1989

Willi Gerns:

54 Was bleibt vom Konzept des "realen Sozialismus"?

Hans Kalt:

65 Wertgesetz und Sozialismus

Dietmar Düe/Karl Hermann Tjaden:

74 Das "wirkliche Leben" jenseits der "Aufhebung des Privateigentums"

Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und des Sozialismuskonzepts und wie es weitergehen könnte

Sabine Kebir:

92 Sozialistische Zivilgesellschaft?

Überlegungen mit Antonio Gramsci

Sozialismus-Vorstellungen: Marx und seine Zeitgenossen

Materialien der AG Marx-Engels-Forschung

Wolfgang Jahn:

106 Das Studium der Ricardianischen Sozialisten Ch.W. Dilke, P. Ravenstone und Th. Hodgskin durch Marx 1851-52

Jürgen Jungnickel:

119 Keine "Recepte ... für die Garküche der Zukunft"

Marx in den "Grundrissen"

Carl-Erich Vollgraf:

134 Zu dogmatischem Zündstoff bei Marx. Anbei zu Dührings Wirtschaftskommunen

Michael Löbig:

146 Aspekte der Bestimmung des "Proletariats" bei Marx und Lorenz von Stein

Standpunkte: Was ist marxistische Erneuerung heute?

158 *Henning Böke*

162 *Heinz Jung*

Werner Seppmann:

167 Marxismus als Gesellschaftstheorie

Horst Heininger:

178 Deutschlands Rolle - Weder Weltmacht noch Zivilmacht

Frank D. Baldeweg:

191 Deutschland '93 - die Klemme zwischen evolutionärem Paradigma und psychologischem "Credo"

Elisabeth Bessau:

197 Freiheit als Utopie und als Realität in der BRD

Thorsten Cabalo:

201 Der Zerfall der Gesellschaft und der Kommunitarismus

Günther Wernicke:

207 Trotzismus versus Stalinismus - Zur Genesis der Vierten Internationale

Berichte

Fritz Fiehler:

220 Herrschaft der Bankrotteure

MES-Kolloquium, Wuppertal, 2./3.10.1993

Dieter Boris/Horst Heininger:

222 Alte Weltordnung - Neue Weltordnung

"Utopie kreativ"-Kolloquium, Berlin, 15./16.10.1993

- Peter Hiedl/Regina Stappelton:*
226 Reform oder revolutionäre Theorie und Praxis in Lateinamerika und Europa
 Internationaler Kongreß, Frankfurt/M., 2./3.10.1993
- Jonas Dörge-Weidemann:*
231 "Kritische Philosophie Gesellschaftlicher Praxis"
 Tagung an der GH Kassel, 29.9.-2.10.1993

Diskussion, Kritik, Zuschriften

- Hermann Jacobs:*
236 Warenwert, Geldwert, Inflation
- Martina Plümacher/Ralf Vogel:*
238 Nicht schon wieder Denkverbote
-
- 244 Buchbesprechungen, Annotationen**
 Die Aktualität Hegelscher Dialektik (Erich Hahn)
 Ein marxistischer Metaphysiker (Reinhard Schweicher)
 Topos (Reinhard Schweicher)
 Mosaiksteine für die Marx-Forschung (Winfried Schwarz)
 Über David Rjasanow (Winfried Schwarz)
 Geschichte des Bundes der Kommunisten (Helmut Bleiber)
 Stab ohne Berufung (Heinz Jung)
 Sozialraum Europa oder monetäre Autonomie (Corell Wex)
 Texte zur Autonomie (Bernd Hüttner)
 (Klassen)Herrschaft der Zufriedenen (Hermann Bömer)
 Osteuropa (Heinz Jung)
 Versunken (Heinz Jung)
 Publikationseingänge
 Wir besprechen in dieser Rubrik: Thomas Collmer, Hans Heinz Holz, Topos, Manfred Schöncke, Volker Külöw, Martin Hundt, STab, Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Karl-Heinz Roth, John K. Galbraith, Charles Pauli/isw, Daniel Küchenmeister

-
- 18 Impressum**
- 44 Vorschau**
- 274 Autorinnen und Autoren**

Editorial

Mit dieser Ausgabe wird der 4. Jahrgang von Z abgeschlossen. Damit geht ein weiteres Jahr zu Ende, das - wie die vorherigen - vom Bemühen um Orientierung in einer durch den und nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa veränderten Welt geprägt war. Wir halten uns und unseren Lesern zugute, daß wir bisher über die mit dem Epochenumbruch verbundenen Fährnisse hinwegkommen konnten. Das Projekt unseres pluralistischen Publikations- und Diskussionsorgans im Rahmen der marxistischen Linken geht den 5. Jahrgang mit einer erweiterten Redaktion und dem Versuch eines kollektiven und arbeitsteiligen Produktionsregimes an.

Die von den Herausgebern berufene Redaktion hat sich gemeinsam mit diesen auf folgende Verantwortlichkeiten ab 1.1.1994 verständigt: Koordination, Kontakte mit dem Redaktionsbeirat, Außenrepräsentation, Verantwortlichkeit für den Teil "übrige Beiträge": André Leisewitz und Jürgen Reusch; Rubrik "Standpunkte": Heinz Jung; Rubriken "Berichte", "Kritik, Diskussion, Zuschriften": Klaus D. Fischer; Rubrik "Buchbesprechungen": Reinhard Schweicher; ein weiteres Redaktionsmitglied wird Henning Böke sein. Auch in Zukunft ist die Veröffentlichung von Beiträgen aus der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF vorgesehen, die unter redaktioneller Betreuung von Winfried Schwarz, einem der Sprecher dieser AG, erscheinen werden.

Die "Schwerpunkte" werden unter wechselnden personellen Verantwortlichkeiten vorbereitet und realisiert. Angestrebt wird jeweils die Bildung kleiner Arbeitsgruppen. Für 1994 haben wir uns auf folgende Schwerpunkte verständigt:

Z 17 (März 1994): "Sozialismus: Erfahrungen - Diskussionen - Konzeptionen II" (Heinz Jung);

Z 18 (Juni 1994): "Anthropologische Lücke im Marxismus?" (Henning Böke, Klaus D. Fischer);

Z 19 (September 1994): "Gewerkschaften" (André Leisewitz);

Z 20 (Dezember 1994): "Marxismus/Historismus/Restauration" (Reinhard Schweicher, Klaus D. Fischer).

Für das 1. Halbjahr 1995 sind Schwerpunkte zum 100. Todestag von Friedrich Engels (Jürgen Reusch) und zum Komplex "Demokratie, Kapitalismus, Emanzipation" (Heinz Jung) vorgesehen. Nach aktuellen Gesichtspunkten und vorhandenen Verwirklichungsmöglichkeiten möchten wir in Zukunft auch "kleine Schwerpunkte" mit jeweils ca. drei Beiträgen anvisieren.

Redaktionsschluß für das jeweils folgende Heft ist wie schon bisher der 15. Januar, April, Juli und Oktober. Wir möchten die Leserinnen und Leser zur aktiven Beteiligung auffordern. Größere Anstrengungen sollen auch

dem Aufbau internationaler Kontakte und Verbindungen gewidmet werden.

Mit Z 16 präsentieren wir ein kompaktes und breit gefächertes Lese-, Informations- und Diskussionsangebot, das hoffentlich gerade zu den Tagen um Weihnachten und Neujahr den Bedürfnissen der Z-Leserinnen und -Leser gerecht zu werden vermag.

Wir eröffnen mit einem Beitrag von Alexander Charlamenko (Moskau), der die Entwicklung Rußlands und ihre Perspektiven nach Jelzins Blutsonntag von Anfang Oktober analysiert und kommentiert.

Mit dem Schwerpunkt beabsichtigen wir, eine erste Zwischenbilanz der Überlegungen und Neuansätze sozialistischer Alternativen und Perspektiven vorzustellen. Dabei zeigt sich, daß auch gedanklich ein neuer Sozialismus nicht einfach wie Phönix aus der Asche des verbrannten Realsozialismus aufersteht. Nach wie vor ist die Beurteilung der realsozialistischen Vergangenheit eine wesentliche Differenzierungslinie. Mit dem Zusammenbruch in Europa ist sie zwar als gesellschaftliche Realität heute getilgt, aber was bleibt, ist gegenwärtig erst schwer zu fassen. Wie man aus den Shakespearschen Dramen weiß, ist die beschworene Macht des Gestern immer auch eine Dimension des Heute. In dieser Spannung stehen wohl auch die meisten der folgenden Beiträge.

Angesichts der vorliegenden und noch zugesagten Beiträge sahen wir uns veranlaßt, den Schwerpunkt zu teilen. Z 17 wird also Teil II der 'Neuansätze nach dem Crash' bringen (siehe auch die "Vorschau"). Beide Teile sollten in der Sicht der Redaktion als Einheit betrachtet werden. Insgesamt hatten wir uns bemüht - auch weil am ehesten zugänglich - Autorinnen und Autoren aus dem deutschsprachigen Raum zu gewinnen. Eine internationale Zwischenbilanz sollte einem der späteren Hefte vorbehalten bleiben.

Wir beginnen den Schwerpunkt mit einer formationstheoretischen Beurteilung und Einordnung des Realsozialismus als untergegangene Realisierungsform der Moderne (Juchler, Zürich). Die folgenden Beiträge von Hoffmann (Luxemburg), Brie und Gerns rücken, auch je von unterschiedlichen Segmenten sozialistischer Vergangenheit geprägt, unterschiedliche Aspekte in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Kalt (Wien) macht sich auf die Fährte einer Gesellschaft sozialistischer Warenproduktion, während im Beitrag Düe/Tjaden die Anforderungen eines ökologischen Umbaus in die politische Gegenwart geholt werden. Schließlich wird mit den Ansätzen Antonio Gramscis ein zivilgesellschaftlicher Sozialismus ausgelotet (Kebir).

Theoriegeschichtliche Aspekte der marxistischen Sozialismus-Konzeption werden im Teil "Sozialismus-Vorstellungen: Marx und seine Zeitgenossen" in den Beiträgen von Jahn, Jungnickel, Vollgraf und Löbig vorgestellt und kritisch erörtert. Es handelt sich um Materialien der AG Marx-Engels-

Forschung beim IMSF, deren redaktionelle Betreuung Winfried Schwarz, einem der Sprecher dieser AG, oblag.

Wie schon in Z 15 angekündigt, beginnen wir in der Rubrik "Standpunkte" mit der Veröffentlichung von Stellungnahmen (Böke, Jung, Seppmann) zum Komplex "Was ist marxistische Erneuerung heute?" Dies wird in den folgenden Heften fortgesetzt. Wir bitten um rege Beteiligung.

Die "weiteren Beiträge" umfassen einen breiten Themenfächer, darunter auch Fragen, die erstmals in Z behandelt werden, so der Kommunitarismus (Cabalo) und Trotzki und die Vierte Internationale (Wernicke). Wichtig erscheint uns auch der Beitrag von Heininger über die internationale Rolle Deutschlands, mit dem Linien vergangener Hefte fortgeführt werden. Schließlich wird deutsche Realität '93 in den Beiträgen von Baldeweg und Bessau ausgelotet und zum Bewußtsein gebracht.

Unsere "Berichte" können leider immer wieder nur über einen kleinen Ausschnitt linker und marxistischer Diskussionen von Politik und Theorie informieren. Wir hoffen aber, damit zur Schaffung linker Öffentlichkeit beitragen zu können. Interventionen und Meinungsäußerungen für die Rubrik "Diskussion, Kritik, Zuschriften" sollten in Zukunft einen Umfang von etwa 3 Druckseiten nicht überschreiten. Leider konnten wir nicht alle vorliegenden Texte veröffentlichen. Die Rubrik "Buchbesprechungen" präsentiert sich wieder mit üblichem Standard und Umfang.

Mit dem Eifer der Redaktion und der Zuverlässigkeit der Autorinnen und Autoren hat Z 16 das Umfangslimit wieder weit überschritten. Wir müssen bekennen, daß die gegenwärtige Verkaufsauflage die damit verbundenen Mehrkosten nicht deckt. Die Lücke könnte nur geschlossen werden, wenn zusätzliche Einzel- und Kommissionsbestellungen, Neu- und Geschenkabos den Ausgleich schaffen.

Möglicherweise sind gerade die kommenden Tage und Wochen besonders geeignet, potentielle Interessenten mit Z bekannt zu machen. Der Nutzung des beiliegenden Bestellzettels sind keine Grenzen gesetzt. Wir sind bestrebt, prompt zu liefern.

Wir hatten schon in Z 15 über die neuen Preise ab 1.1.1994 informiert (siehe Impressum). Wir hoffen, daß diese, auch angesichts des erweiterten Text- und Themenangebots von unseren Leserinnen und Lesern akzeptiert werden können. Auch Spenden sind eine Unterstützungsmöglichkeit von Z. Leider schieben die Finanzbehörden die Entscheidung über die Gemeinnützigkeit des Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Gründungs- und Trägerverein von Z) immer wieder auf die berühmte lange Bank. Wir hoffen aber, daß 1994 endlich die positive Entscheidung bringen wird.

Zu Weihnachten und zum Jahreswechsel grüßen Herausgeber, Redaktion und die Produktionsbeteiligten die Leserinnen und Leser sowie die Autorinnen und Autoren von Z sehr herzlich und wünschen ein erfolgreiches Jahr 1994.

Jelena und Alexander Charlamenko

Und wieder eine verpaßte Chance

Nach Rußlands Blutsonntag

Heute, zwei Jahre nach dem Zerfall der UdSSR, wurde offensichtlich, daß alle ehemals zu ihr gehörigen Republiken von einer schwerwiegenden Krise sämtlicher Sphären des gesellschaftlichen Lebens betroffen sind: von einer Krise der Wirtschaft, wie auch der politischen Machtstrukturen, der Kultur und des gesellschaftlichen Bewußtseins. Als Bestandteil einer internationalen Krise wird die Krise hierzulande verschärft durch die Folgen der Zerstörung der sozialökonomischen und politischen Ordnung und des Vielvölkerstaates. Allerdings muß dabei wohl eher von einer Katastrophe gesprochen werden, die, ausgebrochen auf einem Sechstel des Festlandes der Welt, nicht allein dessen Bewohnern droht. Die Zerstörung des Wirtschaftsorganismus des größten Landes der Welt beschleunigt den weltweiten Wirtschaftsrückgang, indem sie beispielsweise die Stabilität unseres Marktes, das ganze System der Wirtschaftsbeziehungen untergräbt und viele Betriebe ihrer zuverlässigen Handelspartner beraubt. Das durch den Zerfall der einen Supermacht entstandene geopolitische Vakuum hat zwangsläufig die internationalen Beziehungen ins Wanken gebracht: auf der einen Seite die Perspektive der absoluten Hegemonie der USA, auf der anderen Seite die Gefahr eines Krieges um die Neuaufteilung der Welt zwischen neuen Hegemonieanwärtern. Daher ist die Frage, in wessen Interesse und unter welcher Führung die Völker unseres Landes ihre Krise lösen werden, nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze Menschheit lebenswichtig.

Um eine wie auch immer geartete Krise lösen zu können, ist es vor allem unabdingbar zu begreifen, was eine Krise warum durchlebt, d.h. im gegebenen Fall, zu verstehen, welche Gesellschaftsordnung sich in der UdSSR im Verlaufe von 70 Jahren der Sowjetmacht herausgebildet hatte und warum sie in eine Katastrophe mündete. Dazu haben sich im wesentlichen zwei Standpunkte formiert, die auch viele sich den Marxisten zurechnende Linke vertreten. Dem ersten Standpunkt zufolge gab es in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern eine erste Phase des Kommunismus, die, wie sich inzwischen herausstellte, den Wettbewerb mit dem Kapitalismus verloren hat - und zwar entweder infolge ihrer eigenen immanenten Mangelhaftigkeit (in diesem Fall sollten die Linken Reue zeigen und sich schnellstens in Neokonservative verwandeln), oder infolge bürokratischer und anderer Entstellungen des theoretischen Ideals (in jenem Fall müßte zügig an die Ausarbeitung eines neuen Sozialismusmodells gegangen werden), oder aber aus subjektiven Gründen (dann sollten die Verräter entlarvt werden).

Charlamenko:

9

Dem zweiten Standpunkt nach gab es in der UdSSR gar keinen Sozialismus (wobei die Meinungen auseinandergehen, ob dies seit Breshnews, Chruschtschows, Stalins oder Lenins Zeiten der Fall ist), sondern Staatskapitalismus, Sozialimperialismus u.ä. Daher wären Linke in der Vergangenheit dazu berufen gewesen, an der Beseitigung dieser Ausbeuterordnung zu arbeiten, und müßten heute gegen einen bourgeoisen Staat kämpfen, der zu guter Letzt sein sozialistisches Kostüm abgeworfen hat. Im Vergleich zu früheren Revolutionen und Konterrevolutionen könne es daher in ihren Aufgaben nichts qualitativ Neues geben.

Beide entgegengesetzte Standpunkte gibt es in der internationalen Linken bereits seit sechzig Jahren, und beide ähneln sich in vielerlei Hinsicht. Beide betrachten die Sozialordnung einer realen historischen Gesellschaft auf idealistische Weise als wahre oder falsche Verkörperung irgendeiner Idee oder Norm. Beide betrachten auf metaphysische Weise die beiden Gesellschaftssysteme als sich isoliert voneinander auf ihrer je eigenen Grundlage nach je eigenen "Werten" und "Normen" entwickelnde. Und schließlich liegt auch in beiden Fällen ein dogmatisches Verhältnis zu vergangenen (ideellen oder realen, aber immer idealisierten) Mustern zugrunde, die jeweils für die "Norm" des Sozialismus bzw. Kapitalismus gehalten werden. Ein derartiges Ideenarsenal begünstigt heute die massenhafte Verwandlung gestriger Apologeten des "entwickelten Sozialismus" in Entlarver des "kommunistischen Totalitarismus". Doch haben sich die Ereignisse in der Vergangenheit und Gegenwart mitnichten so entfaltet, wie es ihnen ein "normativer Ansatz" vorzuschreiben versucht, welcher Variante auch immer er anhänge.

Die "klassischen" Sozialismus- und Kommunismus-Vorstellungen hingen bekanntlich mit der historischen Möglichkeit des Sieges proletarischer Revolutionen in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems zusammen. Eine solche Möglichkeit wurde 1848/49 verpaßt, und danach mit der Vertiefung der Kluft zwischen den imperialistischen Metropolen und der abhängigen Peripherie und mit der Etablierung der Arbeiteraristokratie in den Metropolen für immer verloren.

Wurzeln des Etatismus

Es ist nicht möglich, an dieser Stelle die Entstehung der Abhängigkeit und die Typen bzw. Dimensionen der Ausbeutung der Peripherie näher zu erörtern. Wir verweisen nur darauf, daß es seit der Herausbildung des Kapitalismus als Weltsystem im 16. Jahrhundert in allen Regionen der Welt immer wieder Versuche gegeben hat, sich den expandierenden, sich nach und nach alle vorkapitalistischen Verhältnisse unterordnenden Strukturen kapitalistischen Weltverkehrs zu entziehen oder zu widersetzen - insbesondere durch eine aktive Wirtschaftstätigkeit des Staates. So führte beispielsweise der Versuch der zeitweiligen Selbstverteidigung gegen frühkapitalistische Expansion in Japan, China und Korea zur Abschließung dieser

Länder gegen das Eindringen westeuropäischen Kapitals, was durchaus nicht zu einer einfachen Wiederbelebung der naturalwirtschaftlichen Basis des Feudalismus führte. Vielmehr entstand ein eigenwilliges Regulierungssystem für die Wirtschaft und die Keimform eines - noch in halbfeudale Gewänder gekleideten - Etatismus. Tendenzen zum Etatismus als Widerstandsform gegen wachsende Abhängigkeit können auch in Ägypten unter dem Regime Mohammed Alis (1811-1838) und in Paraguay unter Jose Gaspara de Rodriguez (Francia) und seinen Nachfolgern (1813-1870) beobachtet werden. Beide Regimes wurden durch grausame Niederwerfung und Militärintervention der Metropolen und ihrer Verbündeten vernichtet. In den Befreiungsbewegungen einer ganzen Reihe abhängiger Länder, so auch in der Dekabristenbewegung in Rußland sind derartige Etatismustendenzen auszumachen - lange vor der Errichtung der Sowjetmacht. Im 20. Jh. setzten die Regierung von L. Cardenas in Mexiko, die Regierungen des Indischen Nationalkongresses und einer Reihe arabischer Länder eine antiimperialistische Politik durch, vorwiegend also keine sozialistischen Regierungen. Vernünftig denkende Politiker vieler Länder der "Dritten Welt" hatten begriffen, daß ein Mitschwimmen im Fahrwasser der Metropolen-Länder zu andauernder Rückständigkeit verdammt, ihre Länder auf die Rolle ewiger Ressourcenlieferanten fixiert, die die Spesen des weltweiten technischen und ökonomischen Fortschritts mitzutragen haben, ohne je wirklich in den Genuß seiner Früchte zu gelangen.

Unter diesem Blickwinkel gesehen stellt die UdSSR zunächst einmal ein weiteres Land dar, das eine antiimperialistische Politik verwirklichte, vielleicht sogar eine konsequentere als die meisten anderen. Wie kam es zu dieser größeren Konsequenz?

Ein antiimperialistischer Sozialismus

Historisch hat es sich so ergeben, daß der erste Vorstoß zu einer Gesellschaft neuen Typs durch ein Land der "zweiten Staffel" des kapitalistischen Weltsystems unternommen wurde, das sich in - wenn auch nicht allerschärfster - Abhängigkeit von den Metropolen befand.¹ Dies bedingte sowohl die Möglichkeit der Durchführung einer sozialistischen Revolution überhaupt, als auch die Schwierigkeiten ihres Entwicklungswegs. Es war notwendig, zugleich eine moderne Wirtschaft aufzubauen und die Sozialstruktur umzugestalten. All diese Prozesse fanden in einem Lande statt, das sich im Kraftfeld des Imperialismus befand, welcher danach trachtete, ihren Verlauf zu behindern, wo immer es möglich war. Antiimperialismus war in dieser Situation eine Lebensnotwendigkeit, und antiimperialistische Politik wurde von diesem Staat ständig, wenn auch nicht immer bewußt, durchgeführt. Die Konsequenz dieser Politik war durch die Notwendigkeit

determiniert, die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen: die (vielleicht zu eilige) Zerschlagung der Ausbeutungsstrukturen und der sie tragenden sozialen Gruppen, die (vielleicht zu umfassende) Nationalisierung der Produktionsmittel, die Verbesserung des Lebens der werktätigen Massen durch Öffnung des Zugangs zu Bildung, Gesundheitsfürsorge usw. In all diesen Punkten wäre die Bourgeoisie der Metropolen-Länder zu keinerlei Kompromissen zu bewegen gewesen. Die Konsequenz antiimperialistischer Politik ist hierbei eben gerade ihrer sozialistischen Orientierung geschuldet - ein historisches Phänomen, das man vielleicht "antiimperialistischen Sozialismus" nennen könnte.

Allerdings brachte die Entwicklung im Innern des Kraftfeldes des Imperialismus größte Schwierigkeiten mit sich. Das Gros des Arbeitskräftepotentials, der natürlichen und intellektuellen Ressourcen wurde in den Aufbau eines militärisch-industriellen Komplexes und mit ihm zusammenhängender Wissenschafts- und Technikzweige kanalisiert, die ihrerseits Welt-niveau erlangten. Der wesentlich geringere Umfang der für die übrigen Bereiche aufwendbaren Mittel bedingte deren beträchtlichen Rückstand und führte zu großen Disbalancen in der Wirtschafts- und Sozialsphäre. Besonders gravierend war die Kluft zwischen den technologisch fortgeschrittenen Zweigen und der Landwirtschaft. Ungeachtet dessen diente die antiimperialistische Politik dennoch den Interessen der Werktätigen und stützte sich auf einen breiten Block sozialer Kräfte, der von einer speziellen sozialen Gruppe der 'sozialistischen Leitungskader' angeführt wurde. Diese Gruppe hatte sich im Verlauf des sozialistischen Aufbaus herausgebildet und bestand aus Leuten, die die Volkswirtschaft leiteten und die politische Macht realisierten. Es sollte daran erinnert werden, daß namentlich dieser Block unter dieser Führung im Zweiten Weltkrieg siegte.

Nach dem Krieg hatten sich die Positionen der UdSSR und des Sozialismus insgesamt gefestigt. Der in den Nachkriegsjahren gebildete Block der sozialistischen Länder und der von kolonialer Abhängigkeit befreiten Länder konnte den Metropolen ernsthafte Zugeständnisse abringen, wie z.B. die Erhöhung der Erdöl- und anderer Rohstoffpreise, aber auch die Bereitstellung von Krediten zu einigermaßen vorteilhaften Konditionen für die Schuldner. Wie die "dritte", so stand auf diese Weise auch die "zweite Welt" vor der Wahl, entweder den Weg selbständiger Entwicklung fortzusetzen, indem alle Anstrengungen auf die Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und einer darauf basierenden starken Wirtschaft konzentriert und damit die Grundlagen des Metropole-Peripherie-Systems des Imperialismus unterhöhlt werden, oder aber sich vom Strom der Erdöldollars und billiger Kredite verführen zu lassen und sich auf die Produktion und den Verkauf von Rohstoffen zu spezialisieren: hoffend auf ein "Wirtschaftswunder" in der Zukunft.

¹ Vgl. dazu A. Charlamenko: Eine neue Weltunordnung? In: Berliner Debatte Initial, 6/1992. "Unsere bemerkenswerten Demokraten", Interview mit J. und A. Charlamenko in 'Utopie kreativ', Heft 27/28, 1993.

Der Kampf zweier Tendenzen

Der Kampf dieser beiden Tendenzen bestimmte seit den fünfziger Jahren die gesamte Entwicklung der sozialistischen Länder, in erster Linie die der UdSSR. Die Tendenz zu antiimperialistischer Integration widerspiegelte die langfristigen, perspektivischen Interessen des sozialistischen Blocks; die Tendenz zur Spezialisierung auf Rohstoffexport kam den kurzfristigen Interessen vieler sozialer Gruppen dieses Blocks entgegen und führte dadurch zu dessen Desintegration. So wie die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung zu ihrer Unterordnung unter die Interessen der Bourgeoisie führt, so konnte die spontane Entwicklung des Sozialismus nur zu einer immer größeren Unterordnung unter die imperialistischen Metropolen und schließlich zu seiner Degeneration und seinem Untergang führen.

Seit den sechziger Jahren dominierte in der UdSSR immer deutlicher die Tendenz zum Rohstoffexport und zum Aufkauf von Konsumtionsartikeln und Nahrungsmitteln für die erhaltenen Valuta, sozusagen zum "Leben auf Pump". Perspektivische Orientierungen wurden faktisch zugunsten des populistischen Effekts der "kontinuierlichen Steigerung des Lebensniveaus des Sowjetvolkes" fallengelassen. Immer weniger Aufmerksamkeit wurde jenen Sphären zuteil, von denen die Zukunft abhing: der Ökologie, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung und der Wissenschaft. Die planmäßigen Elemente in der Wirtschaft wurden, entgegen einem geläufigen Vorurteil, immer mehr vernachlässigt, was den Dealern der Schattenwirtschaft Tür und Tor öffnete. Die Oberschicht der sozialistischen Leiter erwarb sich nicht nur immer neue materielle Vorteile, sondern hegte auch trügerische Hoffnungen auf ihre Aufnahme in die "Weltelite". Kader der mittleren Ebene waren bestrebt, es ihren Vorgesetzten wenigstens in konsumtiver Hinsicht gleich zu tun und fanden den dafür traditionellen Beamtenweg: die Korruption. So kam es zu einer allmählichen Degenerierung eines beträchtlichen Teils des Leitungsapparats und dessen Annäherung an kriminelle bourgeoise Kreise. Allmählich formierte sich im Land eine "Nomenklatura" nicht nur aus Leitungskadern, sondern auch aus Kadern des wissenschaftlichen, kulturellen Lebens und sonstiger Bereiche. Um ihr anzugehören, waren weder Intelligenz, Bildung, Organisationsfähigkeiten und (nicht einmal im Kunstbereich) Talent erforderlich, sondern lediglich Beziehungen und/oder Durchsetzungsvermögen. Die Nomenklatura vertrat selbstredend weder kommunistische, noch sonstige Ideale jenseits der Konsumgesellschaft. Allerdings hörte sie nicht auf, sich hinter kommunistischen Losungen zu verbergen und selbige damit in den Augen der Bevölkerung zu kompromittieren.

Die Unzufriedenheit der Werktätigen mit jenen Sphären, die als erste unter den antisozialistischen Tendenzen litten, wurde aktiv von der antisozialistischen Propaganda ausgenutzt. Seit Beginn der "Perestroika" ergoß sich ein ganzer Strom voller unverantwortlicher Versprechungen über die Be-

völkerung: gleich morgen sollte alles besser werden - durch "reine Demokratie" und "freien Markt", Demilitarisierung und Streichung der Hilfe für die Entwicklungsländer. Gleichzeitig schmückte die Propaganda das Trugbild der "Konsumgesellschaft" aus, indem sie der Gewohnheit vieler Leute entgegenkam, sich das Leben unabhängig von den Ergebnissen selbst geleisteter Arbeit, auf Kosten der Erdöldollars, gemütlicher einzurichten. Auf der Welle dieser sich wechselseitig ausschließender, doch gleichermaßen illusionärer Erwartungen kam es zum August 1991.

Zerstörung der UdSSR

Der Staatsstreich zerstörte die KPdSU und die UdSSR - diejenigen zentralistischen Strukturen, die die Regionen, Gebiete, Betriebe zu einem einheitlichen Komplex verbanden und gleichzeitig in das internationale antiimperialistische System eingebunden hatten. Der Aufbau einer derartigen Zentralisation hatte in der Vergangenheit große Opfer gefordert und ihr Funktionieren nicht wenige Unkosten bereitet. Unter dem nicht korruptierten Teil des Partei- und Sowjetapparates und der Betriebsdirektoren war die Hoffnung weit verbreitet, daß, sobald man sich "Moskaus Hand" entledigt hätte, die vorgeblich stets den Löwenanteil der Mittel an sich gerafft hatte, momentan alles leichter werden würde. Daher gab es unter diesen, auf einen langfristigen und allmählichen Reformkurs setzenden Kräften, zunächst wenig Widerstand gegen Jelzins politischen Kurs, der seit dem August 1991 systematisch den Sturz des alten Machtsystems betrieb. Es waren namentlich A. Ruzkoj, der Vizepräsident, und R. Chasbulatow, der Vorsitzende des Obersten Sowjets, ohne deren Unterstützung Jelzin die Wahlen im Juni 1991 nie gewonnen und das GKCP (Staatskomitee für den Ausnahmezustand) zweieinhalb Monate später keine Niederlage erlitten hätte. Es waren die Abgeordneten der Sowjets selbst, die im Herbst 1991 den Verträgen zur Gründung der GUS zugestimmt hatten, welche die UdSSR zerstörten. Und eben diese Abgeordneten haben Jelzin mehrfach mit Sondervollmachten ausgestattet, die er dazu benutzen konnte, Regierung, Armee und Sicherheitsorgane mit den eigenen Leuten zu besetzen und die unbequemen von ihren Posten zu jagen. Zwei Jahre "demokratischer" Verwaltung fegten nunmehr alle Hoffnungen selbst bei früheren Jelzin-Verehrern hinweg.

Unsere hausgemachten Demokraten ruinierten nicht nur die Machtpositionen der Sowjets, sondern sind dabei, auch die Großindustrie und die großen, außerhalb einer zentralisierten Wirtschaft nicht überlebensfähigen, landwirtschaftlichen Komplexe zu vernichten. Diese Leute aus den erbärmlichsten, am meisten korrumpiertesten Kreisen der früheren Nomenklatura tragen die Verantwortung für den billigen Ausverkauf der Naturressourcen Rußlands an den Westen, für die "Privatisierung" des Besitzes der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und die zuverlässige Erfüllung der Forderungen des Internationalen Währungs-

fonds nach Beschneidung der Staatsausgaben zur Stützung von Industrie und Landwirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur und Gesundheitswesen. Aus all diesen Gründen mußte es in jüngster Zeit zu einem allmählichen Erweichen und Umdenken in den Reihen sowohl der Sowjets als auch im "Direktorenkorpus", dem Unternehmerverband, kommen. Während sich Jelzin schon längst auf eine Konfrontation vorbereitet hatte², war deren Unvermeidbarkeit den meisten Sowjetabgeordneten viel zu lange unbewußt geblieben. Deren Mehrheit hatte sich für Parlamentarier, und den Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Obersten Sowjet für einen Konflikt zwischen zwei Machtinstitutionen gehalten, ohne den prinzipiellen Widerspruch zwischen dem Rätssystem und dem Parlamentarismus zu erkennen. Das Rätssystem ist ein anderes System der Macht, das in der Revolution geboren wurde und sich gegen die Konterrevolution behauptet hatte, unabhängig von aller Ideologie. Nichtprofessionelle Sowjetdelegierte, die in ihren eigentlichen Berufen arbeiten, sich nur zu den Sitzungsperioden zusammenfinden und von ihren Wählern abberufbar sind, stellen etwas anderes dar als Berufsparlamentarier. Die Funktion eines Präsidenten, der über die Köpfe der Räte hinweg an eine unorganisierte Wählermasse appelliert, ist dem Rätssystem absolut fremd und konnte unter den gegebenen Umständen nur der Keim zu einem völlig anderen Machtsystem, dem bürgerlich-proimperialistischen, sein. Obwohl die Sowjetabgeordneten selbst durch Verfassungsänderungen die Präsidentenfunktion eingeführt hatten, war der Schlüsselsatz aller bisherigen Sowjetverfassungen unangetastet geblieben: die unumschränkte Macht des höchsten Räteforums, das nicht einem Präsidenten untergeordnet, sondern diesen seines Amtes zu entheben berechtigt ist. Dieser Widerspruch mußte unweigerlich über kurz oder lang zur Konfrontation führen.

Auf dem Weg des Staatsstreichs

Im Frühjahr und Sommer 1993 hatte sich der Oberste Sowjet erstmals damit beschäftigt, in der Umgebung des Präsidenten einen "Höfling" nach dem anderen aufzudecken, der sich der Korruption schuldig gemacht hatte.

Am 25. April 1993 errang Jelzin dank eines Tricks des Verfassungsgerichts und zahlreicher Wahlfälschungsmanöver einen Pyrrhussieg in dem von ihm inszenierten Vertrauensreferendum. Dadurch ermuntert, wird gleich darauf sein Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt, der die Sowjets als Institutionen nicht mehr vorsieht und den Präsidenten selbst mit einer Machtfülle ausstattet, von der alle bisherigen Diktatoren höchstens zu träumen wagten. Daß die Sowjets diesem Entwurf nicht zustimmen können, verkündete Jelzin selbst triumphierend in aller Öffentlichkeit - das

² Vgl. A. Charlamenko: Der 18. Brumaire des Boris Jelzin oder Anmerkungen zum Rechtsstaat. In: Z 13 (1993).

aber bedeutet, daß man gedachte, einen solchen Entwurf ohnehin nur mittels eines Staatsstreiches durchsetzen zu können. Einen Vorgeschmack darauf bot die blutige Niedermetzlung der friedlichen Maidemonstration durch OMON-Truppen.

Nachdem nun die Abgeordneten des Obersten Sowjets auch noch den neuen, dem IWF-Diktat folgenden Haushaltsentwurf ablehnen mußten, um nicht restlos ihre Wähler zu verlieren, R. Chasbulatow nach allen möglichen und unmöglichen Kompromißversuchen in die Opposition zum Präsidenten übergewechselt war, und sich Jelzin durch persönlichen Besuch der Treue einiger Armeedivisionen versichert hatte, ward sein Ukas vom 21. September geboren, der die Auflösung des Obersten Sowjets verfügte.

Die kolumbianische Zeitung 'Voz' bezeichnete diesen Schritt treffend als "Fujimorazo": Eineinhalb Jahre zuvor hatte Perus Präsident Fujimori ebenfalls das Parlament aufgelöst und mit Gewalt, incl. militärischer, den Widerstand gebrochen. Doch in einer Hinsicht hatte Jelzin größeres Glück als Fujimori: Die Staatschefs der führenden kapitalistischen Mächte haben Jelzin mit seiner Verfassungsänderung sofort unterstützt. Als Fujimori sich dies erlaubte, verhängten die gleichen Staaten Wirtschaftssanktionen gegen Peru: das verlangte der Anstand der "Verteidiger der Menschenrechte". Im Fall Rußland gab es Wichtigeres als Anstand. Die Folgen im Falle eines Sieges der Sowjets wären zu groß gewesen. Im Westen kalkulierte man sehr genau, was immer noch nicht jeder Vertreter des Obersten Sowjets verstanden hatte: Um Jelzin herum haben sich alle proimperialistischen Kräfte vereinigt, zur Verteidigung der Sowjetmacht sind die antiimperialistischen Kräfte angetreten (allerdings innerhalb eines weitaus breiteren Blocks, der die Nationalreformisten mit einschließt). Das war eine Tatsache, ungeachtet der antikommunistischen Vorurteile einiger Anführer, ungeachtet dessen, daß auf den Bildschirmen auch einige wenige rechte Nationalisten zu sehen waren, an deren Ärmeln etwas aufblitzte, das entfernt an ein Hakenkreuz erinnerte. In jeder beliebigen "breiten Front" gibt es einen Wirrwarr von Ideen. Objektiv hätte jedoch ein Sieg der Räte über die "Präsidentur" den Auftakt für eine Umkehrbewegung des politischen Pendels bedeutet, der in den letzten Jahren weit nach rechts ausgeschlagen war. Es hätte sich ein neuer Regierungsblock unter Führung desjenigen Teils professioneller Leitungskader herausgebildet, der die Verteidigung der Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildung und des Gesundheitswesens gegen die zerstörerischen Forderungen des IWF und anderer imperialistischer Institutionen beabsichtigte. Selbst wenn diese Leute subjektiv lediglich eine "sozial orientierte Marktwirtschaft" oder unseren mehr abgefederten "Anschluß an die Weltzivilisation" wünschten, so würden doch selbst ihre bescheidensten Handlungen in eben diesem Sinne zu einer Konfrontation mit den imperialistischen Kräften führen, die nicht gewillt sind, ihre Macht über die Welt mit irgend jemandem zu teilen. Folglich aber würde es zu einer Differenzierung des "sowjetischen" Lagers kommen, und könnte schließlich die Initiative durchaus real wieder an die

Linkskräfte übergehen, die noch dazu besser organisiert sind als andere. Als Warnung an die Reaktion konnten die Ergebnisse der Wahlen in Polen gelten - dem Lieblingsmodell der "marktwirtschaftlichen Transformation". Ein klarer Sieg der Sozialdemokraten (der reorganisierten PVAP) und ihrer Bündnispartner, ein völliger Zerfall der "Solidarnosc" und der Klerikalen - und das in einem Land, in dem die Rechten stärker und organisierter als sonstwo in Osteuropa waren. Was konnte der Westen nach diesem Ergebnis von den Sowjets erwarten? Es dürfte kaum Zufall sein, daß Jelzins Staatsstreich unmittelbar nach den Wahlen in Polen erfolgte - vermutlich hatte er den letzten "Segen" für seinen längst fertigen Plan eines Ausnahmezustandes bekommen.

Rußlands Blutsonntag

Die Reaktion hatte auch noch etwas anderes präzise vorausberechnet: Die Breite und Heterogenität der nationalreformistischen und antiimperialistischen Front, die sich bei demokratischen Wahlen noch verstärkt hätte, schwächt deren Siegchancen in einer gewaltförmigen Konfrontation. Für letztere ist die Einheit des Führungswillens ausschlaggebend und genau diese fehlte. Die Führung des Obersten Sowjets besaß allem Anschein nach keinerlei Konzept für einen Kampf um die Macht in einem Ausnahmezustand. Einige Funktionäre von Oppositionsparteien und örtlichen Sowjets hatten vorgeschlagen, das Führungsorgan der Sowjets in eines der Gebiete zu verlegen, die noch hinter dem Rätssystem standen - das wurde jedoch nicht getan (im August 1991 hatte Jelzin übrigens auch sein "Reservezentrum" im Ural). Die Chefs der Föderation der unabhängigen Gewerkschaften Rußlands verkündeten ihre Unterstützung der Sowjets und riefen zum Streik auf, konnten ihn jedoch nicht organisieren: Auch in der Gewerkschaftsführung herrschte Uneinigkeit. Inzwischen provozierte die Exekutive vorsätzlich die Gesetzgeber zu einer gewaltförmigen Konfliktlösung. Die militärische Blockade des Hauses der Sowjets, des sog. Weißen Hauses, die brutale Niederknüpfung friedlicher Demonstrationen - all das mußte zu einer explosiven Lage führen. Nachdem noch am Vorabend des 3. Oktober ein US-Staatssekretär davor warnte, das Haus der Sowjets ohne Anlaß anzugreifen, fanden sich tags darauf "Kämpfer", die man der Öffentlichkeit als Angreifer der Präsidentenverteidigung präsentieren konnte und wurden angesichts der Meetings und Demonstrationen Gerüchte über den bevorstehenden Sturm des Bürgermeistersitzes und des Sperrgürtels um das Weiße Haus in Umlauf gesetzt. Diese Gerüchte trugen dazu bei, daß die Menschenmenge immer weiter wuchs und ein spontaner Aufstand sich andeutete.

Die Verteidiger des Hauses der Sowjets und die Anführer des Meetings hatten zu wählen: entweder tatenloses Zuschauen (auch dann hätte man sie der Konfrontation bezichtigt), oder den Versuch wagen, eine nicht selbst initiierte Bewegung anzuführen (so gingen seinerzeit die Bolschewiki

im Januar 1905 und im Juli 1917 vor). Sie wählten das Letztere. Noch ist nicht bekannt, wer die Massen zum Fernsehzentrum Ostankino führte - dem Symbol des Informationsmonopols der Regierung. Dorthin drängte allerdings nicht ein kleines Häuflein von Extremisten, sondern marschierten Hunderttausende Menschen, die bereits zu Fuß über 20 km zurückgelegt hatten. Das Ausmaß der Ereignisse stand dem Aufstand von 1905 in eben jenem Arbeiterbezirk Krasnaja Pesnja in nichts nach, wo heute, neben dem Denkmal für die gefallenen Aufständischen, das Haus der Sowjets steht.

Aus einigen Panzertransportfahrzeugen wurde plötzlich das Feuer auf die Menge vor Ostankino eröffnet: Der 3. Oktober wurde zu einem weiteren Blutsonntag in der russischen Geschichte. Danach erfolgte der Sturm auf das Haus der Sowjets - die Moskauer "la Moneda" - der nicht von einem gewöhnlichen General, sondern von dem "hufeigenen Militärhistoriker" D. Wolkogonow angeführt wurde, der sich einiger, die Geschichte verfälschender Bücher über Stalin und Lenin rühmen kann. Offensichtlich konnte sich sonst niemand aus den Reihen des Militärs dazu entschließen, in die Rolle Pinochets zu schlüpfen. Verhaftete trieb man in das nahegelegene Stadion "Krasnopresnenskaja" - wie in Santiago vor 20 Jahren.

Es ist eine Tatsache geworden, daß es in Rußlands Geschichte einen weiteren Oktoberaufstand gegeben hat. Er endete mit einer Niederlage, obwohl einige Stunden lang die Gewichte sich die Waage hielten: Weder die Kommandeure der Militärbezirke, noch der berühmt-berüchtigte Verteidigungsminister konnten sich dazu entschließen, die Armee zum Einsatz zu bringen. Den Ausgang bestimmte nicht die Armee insgesamt, sondern diejenigen Offiziersmannschaften, die rechtzeitig vom Jelzin-Regime angeheuert wurden.

Das Moskauer Haus der Sowjets, außen schwarz vor Ruß, innen rot von Blut, ist nun kein 'Weißes Haus' mehr. Nur selten gibt es in der Geschichte so symbolträchtige Ereignisse. Zusammen mit dem 'Weißen Haus' sind auch diejenigen 'demokratischen' Illusionen einem todbringenden Beschuß ausgesetzt worden, deren Symbol dieses Haus war. Wie schon 1905 und 1917 baute der 'Blutsonntag' eine unüberwindbare Schranke zwischen der Macht der Bourgeoisie und dem werktätigen Volk auf. Der Imperialismus und die Reaktion haben die Möglichkeit eines reformistischen Auswegs aus der Krise zunichte gemacht, der sich noch einige Jahre hingezogen hätte. Das war nicht die Option der Linken. Nicht sie verbauten den Weg zu einem friedlichen, legalen politischen Kampf im Rahmen des Sowjetsystems. Keinerlei Wahlen in irgendeine Duma-ähnliche Institution werden, wer immer auch an ihnen teilnehmen möge, die irreversiblen Folgen des Verbrechens der Mörder und ihrer Schutzherrn aus den Seiten der Geschichte löschen können. Die Verantwortung für das Geschehene kann nicht mehr wie bisher auf andere abgewälzt werden.

Die durch Jelzins Verbleib an den Machthebeln fortgesetzte Bewegung hin zum Zerfall der Russischen Föderation, zum wirtschaftlichen Niedergang und Bürgerkrieg wird jedoch noch mehr als je zuvor auf den wachsenden Widerstand der Bevölkerung stoßen. Eine Chance hat sich zerschlagen - um eine neue wird zu kämpfen sein.

Übersetzung: Gudrun Havemann

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Monika Domke, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmidt, Dr. Sabine Kebir, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 45,- (incl. Versandgebühr), ab 1.1.1994 DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 15,-, ab Nr. 17 (März '94) DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 15.10.1993

Topos

Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie

Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo

Hefte 1 Weltgeschichte

Aufsätze:

Hans Heinz Holz: Das Zeitalter der Weltgeschichte

Volker Bialas: Columbus 1492 - Beginn einer neuen Weltordnung

Domenico Losurdo: Marx und die Geschichte des Totalitarismus

Andras Gedö: Geschick oder Geschichte

Diskussion:

G. Pala: Weltgeschichte und proletarischer Internationalismus

Aus den Archiven:

Hermann Klenner/Gerhard Oberkofler: Zwei Savigny-Voten über Eduard Gans Berufung an die Berliner Universität (Erstveröffentlichung)

Literaturbericht/Forschungsbericht:

Geschichtsphilosophische Perspektiven der Ästhetik. Zum kunsttheoretischen Konzept von Th. Metscher

TOPOS erscheint ab Juni 1993 zweimal jährlich mit einem Umfang von vorerst 160 Seiten. TOPOS wird jedes Heft unter ein Zentralthema stellen, dem die Hauptbeiträge gewidmet sind. Außerdem wird TOPOS folgende Rubriken enthalten: Publikation von archivalischen Fundstücken und Dokumenten, Forschungs- oder Literaturberichte zu einem Thema, Diskussion zu Aufsätzen des Hauptteils.

Die weiteren Hefte: TOPOS 2/93: Demokratie; TOPOS 1/94: Epochen-Wandel; TOPOS 2/94: Das Erbe der Kritischen Theorie.

TOPOS kann im Abonnement bezogen werden zum Preis von 30,- DM + Porto (BRD, Schweiz, Österreich) und 40,- DM + Porto (alle anderen Länder). Das Einzelheft kostet 20,- DM.

Abonnements nur direkt bei: Pahl-Rugenstein Vlg.

Alle Bücher in Ihrer Buchhandlung
oder direkt bei (ab 80,- DM portofrei)
Pahl-Rugenstein Verlag Nachf.
Breite Str. 47 53111 Bonn
Tel. 0228/63 23 06 Fax 0228/63 49 68

Neue Bücher bei Pahl-Rugenstein

Joachim Hetscher: Robert Michels - Die Herausbildung der modernen Politischen Soziologie im Kontext von Herausforderung und Defizit der Arbeiterbewegung. 240 Seiten 38,00 ISBN 3-8914-141-X. R. Michels (1867-1936), sozialdemokratischer Theoriker, wurde durch seine Untersuchungen über die Organisation der SPD bekannt. Seine Grundthese: Je Organisation, auch die demokratische, selbst die revolutionäre, bringt aus sich oligarchische Strukturen hervor die sich gegen die Mitglieder richtet. Der Autor untersucht die Genese von Michels Werk im Zusammenhang von Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft mit der Arbeiterbewegung. Ein großer Abschnitt ist der Rezeption "des ehernen Gesetzes der Oligarchie" der Arbeiterbewegung selbst gewidmet.

Zum deutschen Neuanfang 1945-1949. Tatsächliche Probleme - Ergebnisse - Irrwege. Die Arbeiterbewegung und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. 400 Seiten 28,00 ISBN 3-89144-181-9. Auf breiter Front läuft der Versuch unter dem Stichwort, "DDR = Unrechtsstaat von Anfang an", zu einer Totalrevision des bundesdeutschen Geschichtsbildes: kommen. In 40 Beiträgen werden die Bedingungen für einen radikalen Neuanfang nach 1945, die Ursachen für die Spaltung Deutschlands und den kalten Krieg untersucht. Themen: Einheitsbestrebungen der Arbeiterparteien, Verhalten der Besatzungsmächte, Wirtschaftspolitik, Widerstand gegen die Spaltung.

Manfred Schöncke: Karl und Heinrich Marx und ihre Geschwister. Lebenszeugnisse - Briefe - Dokumente. Hrsg. Marx-Engels-Stiftung. 1044 Seiten, Kunstleder, 700 Briefe, Dokumente, Abb. u. Faksimiles. ISBN 3-89144-185-1. 98,00 DM (Subskriptionspreis bis 1.3.94) danach 148,00 DM. Karl Marx steht auch heute nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus wie vor hundert Jahren in der öffentlichen Diskussion. Dabei spielen seine Persönlichkeit und Herkunft eine nicht unwesentliche Rolle. In vielen Biographien werden direkte Schlußfolgerungen aus lebensgeschichtlichen Fakten auf das Werk gezogen. Angesichts dieser Situation ist es verwunderlich, daß es bis keine biographische Skizze über die Geschwister von Karl und Heinrich Marx gibt oder auch nur eine einigermaßen zuverlässige Auswertung der vorhandenen Quellen. Diese Quellenedition verfolgt das chronologische Prinzip, um den Lebensweg der einzelnen Personen zu erschließen. Chroniken und Stammbäume, kurze Einleitungen und Kommentare verbinden die Quellen untereinander, die größtenteils erstmalig oder erstmalig gekürzt veröffentlicht werden.

Dieter Münk: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologischer fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches. 498 Seiten, 33 Abb., zahlr. Tabellen 98,00 ISBN 3-89144-154-4.

Ende des Sozialismus - Ende der Formationstheorie?

Die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa haben in aller Deutlichkeit aufgezeigt, daß das als "sozialistisch" oder "realsozialistisch" bezeichnete Gesellschaftssystem keine Zukunft mehr hat. Ist damit auch die schon lange umstrittene marxistische Formationstheorie endgültig diskreditiert worden? Im folgenden wird eine Antwort skizziert, die sich von gängigen Konzeptionen abhebt. Es wird eine unkonventionelle Reformulierung der Formationstheorie vorgeschlagen, die den unbequemen "Sozialismus" nicht einfach mit definitorischen Tricks umbiegt (etwa zu einem "staatskapitalistischen" System), sondern ihn als eine spezifische Formation begreift, die durchaus ihren Platz hat in einer universalgeschichtlichen Abfolge von Formationen (vgl. dazu ausführlich Juchler, 1986 und 1992).

Zum Ausgangspunkt von Marx

Obwohl sich Marx - in Absetzung von den utopischen Sozialisten - geweiht hatte, Gestalt und Funktionsprinzipien der zukünftigen sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft näher zu bestimmen, lassen sich aus seiner allgemeinen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung und spezifischen Ausführungen zum "Kommunismus" Grundzüge seiner Konzeption zusammenfassen.¹ Zentral ist die Vorstellung, daß sich die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft aus den Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaftsformation herausbildet und eine höhere, qualitativ neuartige Stufe in der Menschheitsgeschichte einleitet. Diese Geschichte wird als eine Abfolge von verschiedenen Formationen konzipiert, wobei ein immer höheres Niveau der Produktivkräfte, sozusagen des "technisch-gestalterischen Potentials", erreicht wird. Der Wechsel von Formation zu Formation beruht wesentlich auf der dialektischen Spannung zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, insbesondere den Eigentumsverhältnissen. Auf einer bestimmten Stufe schlagen die Produktionsverhältnisse "aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte in Fesseln derselben" um (MEW, Bd. 13, S. 9). Die Umwälzung der Produktionsverhältnisse zu einer neuen Formation basiert dabei auf den Entwicklungen der

¹ In Anbetracht der Spannweite des Marx'schen Werkes ist eine solche Zusammenfassung natürlich selektiv. Hier sind nur zentrale Argumentationslinien berücksichtigt. Zur allgemeinen Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung vgl. z.B. Eifler, 1977, zu Widersprüchen des Gesamtwerkes, Bluhm, 1991.

alten Formation. So schafft die kapitalistische Formation durch eine starke Entwicklung der Produktivkräfte in einem zunehmend "vergesellschafteten" Zusammenhang die materiellen Voraussetzungen für die sozialistisch-kommunistische Formation, während die sich verschärfenden Klassegegensätze zwischen Bourgeoisie und Arbeitern die politischen Bedingungen begründen. Es entstehen schließlich neue Produktionsverhältnisse, die durch "Assoziationen freier und gleichgestellter, nach einem gemeinsamen und rationellen Plan bewußt tätiger Produzenten" charakterisiert sind (MEW, Bd. 18, S. 20). Damit werden auch Ware- und Geldbeziehungen immer mehr überflüssig, ebenso eine gesonderte Staatsgewalt. Es formiert sich schließlich eine klassenlose Gesellschaft.

Die Herausbildung dieser qualitativ neuen Formation wird als stufenweiser Prozeß gesehen, dessen Ausgangspunkt die revolutionäre Ergreifung der Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse ist.² In einer ersten Entwicklungsstufe ist die neue Gesellschaftsform noch mit "den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet" (MEW, Bd. 19, S. 20). So herrscht beispielsweise noch ein bürgerliches Verteilungsprinzip entsprechend der geleisteten Arbeit. Erst in einer höheren Phase, nachdem der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist und die Produktivkräfte durch die allseitige Entwicklung der Individuen angewachsen sind, gilt das Prinzip "jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" (MEW, Bd. 19, S. 21). Die Genese der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft wird dabei im wesentlichen als weltweiter Prozeß verstanden, der seinen Ausgangspunkt relativ gleichzeitig in den fortgeschrittenen Ländern nimmt (z.B. MEW, Bd. 4, S. 374). In einer späteren Phase relativierten Marx und Engels ihre Position etwas, indem sie beispielsweise für das rückständige Rußland die Möglichkeit postulierten, sozusagen "direkt" auf einen kommunistischen Entwicklungsweg einzubiegen, wenn die westlichen Länder gleichzeitig denselben Weg einschlagen (MEW, Bd. 19, S. 296).

Die Widersprüche der Marx'schen Konzeption und mögliche Auswege

Bereits dieser kursorische Überblick über die Marx'sche Grundposition läßt die neuralgischen Punkte deutlich werden, wenn die realen gesellschaftlichen Entwicklungen zum Vergleich herangezogen werden. Die relevanten Problembereiche fassen wir in den folgenden Punkten zusammen:

a) Entstehungsproblematik

Die sozialistischen Gesellschaften sind nicht aus den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften heraus entstanden (und nicht im Weltmaßstab),

² Bezüglich des Charakters der "Diktatur des Proletariats" nahm Marx vor allem in seinen späteren Schriften Stellung für eine Art direkter "Basisdemokratie" (vgl. z.B. seine Ausführungen zur Pariser Kommune in MEW, Bd. 17, S. 335ff., wo er u.a. schreibt, daß "nichts dem Geiste der Kommune fremder sein konnte, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investituren zu ersetzen.")

sondern aus eher rückständigen Gesellschaften, worin vorkapitalistische Formen noch eine mehr oder weniger große Rolle spielten.

b) Klassen- und Demokratieproblematik

In den sozialistischen Ländern gab und gibt es große Machtunterschiede sowie eine starke Differenzierung im Konsumbereich mit diversen Privilegierungen. Das Eingreifen einer gesonderten Staatsgewalt ist sehr ausgeprägt.

c) Ökonomische Problematik

Im wirtschaftlichen Bereich treten schwerwiegende Probleme auf wie Engpässe in der Versorgung, Verschwendung und geringer technischer Fortschritt; bezüglich der Ware-Geld-Beziehungen ist keineswegs eine Tendenz zum Verschwinden feststellbar.

Bereits dieser Problemkatalog ist beeindruckend. Berücksichtigt man zusätzlich die umwälzenden Entwicklungen seit dem Ende der 80er Jahre, türmen sich noch größere Widersprüche auf. Die Tiefe der Krisen und die eingeschlagenen Veränderungsstrategien in Richtung kapitalistischer Verhältnisse stellen eine ganz besondere Herausforderung dar.

Die marxistisch orientierten Versuche, diese Widersprüche zu erklären, lassen sich unter vier Hauptrichtungen subsumieren. Geht man von der Grundsatzentscheidung aus, welcher Formationscharakter den sogenannten sozialistischen Gesellschaften zugeschrieben werden soll, sind die folgenden Richtungen unterscheidbar:

- 1) Bei den sozialistischen Gesellschaften handelt es sich um Gesellschaften, die trotz gewisser Abweichungen prinzipiell auf dem von Marx postulierten Weg zur sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsformation sind (z.B. klassisch marxistisch-leninistische Ansätze).
- 2) Bei den sozialistischen Gesellschaften handelt es sich gar nicht um eine neue Formation, sondern nur um Varianten einer bereits aufgetretenen Formation (z.B. staatskapitalistische Ansätze diverser Richtungen, z.B. der Weltsystemansatz Wallersteinscher Prägung).
- 3) Bei den sozialistischen Gesellschaften handelt es sich um Übergangsgesellschaften, bei denen kapitalistische und sozialistische Formationselemente in spezifischer Weise miteinander kombiniert sind (z.B. trotzkistische Ansätze).
- 4) Bei den sozialistischen Gesellschaften handelt es sich zwar um eine neue Formation, aber nicht um die sozialistisch-kommunistische Formation im Marxschen Sinne (vgl. etwa etatistische Ansätze).

Hier soll nicht auf die verschiedenen Ansätze eingegangen werden (vgl. Juchler, 1992, 16ff.). Es ist offensichtlich, daß die erste und z.T. auch die dritte Lösungsstrategie in Anbetracht der letzten Entwicklungen in besonders arge Schwierigkeiten geraten sind. Die zweite Richtung kann sich zwar immer noch elegant aus der Affäre ziehen, indem etwa die marxi-

stisch-leninistische Entwicklungsideologie als "illusionäres Konzept innerhalb einer kapitalistischen Weltökonomie" dargestellt wird (vgl. z.B. Wallerstein, 1990); dies allerdings nur um den Preis einer übermäßigen Generalisierung kapitalistischer Verhältnisse sowie der Vernachlässigung der internen Widersprüche der sozialistischen Gesellschaften. Die vierte Richtung betont zwar die Eigenständigkeit der realsozialistischen Gesellschaftsformen, bringt damit aber die klassische Formationstheorie in Argumentationsnotstände, da eine solche wie auch immer geartete Formation nicht vorgesehen ist, sozusagen nicht in die geschichtliche Entwicklung "paßt".

Ein zivilisationstheoretisch erweiterter Formationsansatz

Im folgenden soll eine stark modifizierte Formationskonzeption skizziert werden, welche Schwachpunkte der klassischen Konzeption vermeidet wie ihren mechanischen Evolutionismus und Ökonomismus. Ausgangspunkt ist eine spezifische Anwendung des Marxschen methodischen Postulates vom "Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten". Gesellschaftsformationen sind nicht als Deskription konkreter Gesellschaften zu betrachten, sondern als idealtypische abstrakte Konzepte, die grundlegende gesellschaftliche Zusammenhangsmuster anhand zentraler, relativ abstrakter Dimensionen unterscheiden. Diese Dimensionen können also nicht direkt mit konkreten gesellschaftlich-institutionellen Bereichen gleichgesetzt werden, wie dies meist geschieht: die materielle Basis mit dem ökonomischen Bereich - wobei die Produktivkräfte die technische Seite, die Produktionsverhältnisse die Eigentumsverhältnisse beinhalten -, der politische, rechtliche und ideologische Überbau mit staatlichen und ideologisch-kulturellen Bereichen. Denn so entstehen bereits Begriffsunklarheiten, da damit ausdifferenzierte institutionelle Strukturen, wie sie modernen kapitalistischen Gesellschaften eigen sind, mit abstrakter gefaßten Grundmomenten gesellschaftlicher Reproduktion reifiziert werden (vgl. auch Godelier, 1973, 1987).

Eine Lösung bietet die Unterscheidung einer analytischen von einer deskriptiven Perspektive, wobei erstere die abstraktere formationelle Analyse, letztere die konkrete institutionelle Analyse anvisiert. Eine Gesellschaftsformation ist durch eine bestimmte Form der zentralen Reproduktionsdimensionen, insbesondere der materiellen und der symbolisch-kulturellen Reproduktion bestimmt. Jede Gesellschaftsformation realisiert sich aber in bestimmten institutionellen Strukturen, in Strukturformen, die mehr oder weniger ausdifferenziert sind, einzelne oder mehrere Reproduktionsdimensionen abdecken und sich auch überschneiden können. Dabei gibt es zwar bestimmte Korrespondenzen von Strukturformen und Formationstypen, die aber recht allgemeiner Natur sind. So kennen z.B. archaische Formationen keine staatlichen Institutionen und die Verwandtschaftsinstitutionen decken verschiedene Reproduktionsebenen in zentra

ZIVILISATIONSTYPEN UND FORMATIONSTYPEN - EIN STRUKTURMODELL

DIMENSION	INHALTLICHE CHARAKTERISIERUNG				
	ARCHAISCH	TRADITIONAL	MODERN		
ZIVILISATIONSTYPEN (1. Abstraktionsstufe)					
Produktivkräfte: Technikart (Hauptmodus)	Jagen, Sammeln (Gartenbau)	Ackerbau, Handwerk	Industrie		
Produktionsverhältnisse: Arbeitsteilung	sehr gering, v.a. horizontal	mittel, horizontal und vertikal	groß, horizontal und vertikal		
Symbol.-kult. Reproduktion: Weltbild, Denkmodus	magisch, analogisch	religiös, spekulativ-rational	wissenschaftlich instrumentalistisch		
Institutionelle Struktur: Differenzierung, Grundein- heiten, Systemniveau	undifferenziert, Kleingruppen, lokal	partiell differenziert, Reiche, regional	stark differenziert Nationalstaaten, weltweit		
FORMATIONSTYPEN (2. Abstraktionsstufe)	UNDIFFE- RENZIERT	ASIATISCH	FEUDAL	KAPITA- LISTISCH	SOZIA- LISTISCH
Produktionsverhältnisse: Eigentumsverhältnisse * generelle Charakterisie- rung (Kontrollform über zentrale Produktionsmit- tel)	kollektiv, egalitär	kollektiv, nicht egalit- är, zentral	kollektiv u. privat, nicht egalitär	kollektiv privat, nicht egalitär	kollektiv nicht egalitär
* konkrete Charakterisie- rung (Hauptmerkmale)	gemeinsames Land- eigentum	Tributabnahme (Arbeit oder Produkte über Staatsappa- rat)	segmentär hierarchisiert	nicht egalitär, hier- archisiert	partiell zentral hier- archisiert
Kernklassen		(Proto- klassen)	Bürger, Sklaven	Adel, Leibeig- gene	Bürgertum Arbeiter duzenten
Symbol.-kult. Reproduk- tionsverhältnisse (general- le Kontrollform)	nicht hie- rarchisiert	zentral hie- rarchisiert u. segmentär	hierarchisiert u. segmentär	zentral hier- archisiert u. seg- mentiert	privat u. zentral segmentär hier- archisiert u. privat
Institutionelle Struktur: Differenzierungsart (Hauptbereiche)	Gruppe	Dorfgemein- schaft, Staatsapparat	Politik, Wirtschaft	Politik, Religion	Partei, Staatsap- parate

ler Weise ab. Generell ist der Spielraum in der Ausgestaltung der konkreten institutionellen Strukturen recht groß und historisch kontingent. Kurz und gut, postuliert wird also eine komplexe Perspektive des Aufstiegens vom Abstrakten zum Konkreten, die einen simplizistischen Schematismus zu generalisierter Theoriebildung, aber auch einen flachen Historismus zu vermeiden trachtet.

Eine solche methodisch-theoretische Ausgangsposition ermöglicht es, die zentrale Fragestellung, wie Formationen inhaltlich zu bestimmen und abzugrenzen sind, neu anzugehen. Durch die Berücksichtigung von unterschiedlichen Abstraktionsebenen läßt sich nämlich eine Unterscheidung von Formationen vornehmen, die den offensichtlichen qualitativen Unterschieden zwischen den einzelnen Formationstypen Rechnung tragen und auch die sozialistischen Gesellschaften konsistent einordnen kann (vgl. Übersicht 1 für ein einfaches Modell). Auf einer ersten Stufe werden eigentliche Grundtypen voneinander abgegrenzt, die wir hier als Zivilisationstypen bezeichnen, da sie qualitativ sehr große Unterschiede im gesamten Reproduktionsprozeß beinhalten. Entsprechend unterscheiden sie sich nicht nur in generellen Merkmalen der materiellen Reproduktion - Technikart als wichtigster Aspekt der Produktivkräfte und Arbeitsteilung als allgemeiner Aspekt der Produktionsverhältnisse -, sondern auch in den Grundstrukturen der symbolisch-kulturellen Reproduktion sowie wesentlichen institutionellen Strukturformen und dem Systemniveau ihrer Verknüpfungen. Drei solche Zivilisationstypen lassen sich gegeneinander abgrenzen: ein archaischer, ein traditionaler und ein moderner Typ.³

Was die hier vorgeschlagene Konzeptualisierung auszeichnet, ist die Anwendung einer spezifischen integrierenden Perspektive, die auf einer zweiten Abstraktionsstufe auch die klassischen Formationstypen mit einbezieht. Die Formationen werden als spezifische Varianten, als Subtypen der jeweiligen übergeordneten Zivilisationstypen betrachtet. Zur Abgrenzung solcher Subtypen sind denn auch spezifischere Dimensionen maßgebend als sie bei der Differenzierung von Zivilisationstypen zur Anwendung kommen. Von zentraler Bedeutung sind relativ konkrete Formen sozialer Verhältnisse wie spezifische Eigentumsverhältnisse, die damit verbundene Unterscheidung von Klassen sowie relevante Grundmuster der Kontrollverhältnisse symbolisch-kultureller Produktion. Auch dominante ideologische Muster und spezifische institutionelle Strukturen sind involviert. In Übersicht 1 werden acht bisher aufgetretene Gesellschaftsformationen unterschieden. Zwei sind dem archaischen Zivilisationstyp zuzuordnen - die undifferenziert und die differenziert archaische Formation, drei dem tradi-

³ Ähnliche Aufteilungen wurden aufgrund verschiedener Kriterien von Theoretikern unterschiedlichster Provenienz vorgenommen. Marx selbst hat in seinen späteren Arbeiten drei Formationstypen angeführt (z.B. MEW, Bd. 19, S. 287f.). Man könnte auch Max Weber erwähnen mit seinen Typen legitimer Herrschaft (Weber, 1964), Alwin Toffler mit seinen Technologiestufen (Toffler, 1980) oder Jürgen Habermas mit seinen sozialen Integrationsmodi (Habermas, 1976).

tionalen Zivilisationstyp - die asiatische, die antike und die feudale Formation, sowie zwei dem modernen Zivilisationstyp - kapitalistische und sozialistische Formation. Diese Unterscheidung beansprucht keineswegs, eine optimale Abgrenzung zu beinhalten. Sie stellt nur ein Modell dar, das weitgehend der Marxschen Gliederung folgt und bis heute - wenn auch mit Modifikationen - innerhalb des marxistischen Paradigmas diskutiert wird.⁴ Es genügt hier, die uns interessierenden grundlegenden Unterschiede gesellschaftlicher Organisationsweisen zu erfassen. Das Modell gibt auch eine eindeutige Antwort auf die Frage nach der Stellung der sozialistischen bzw. realsozialistischen Formation. Diese ist zwar durchaus als eine eigenständige Formation zu begreifen. Sie steht aber als eine Formationsvariante innerhalb des modernen Zivilisationstyps, und hat deshalb mit der kapitalistischen Formation bestimmte Grundzüge gemeinsam, ganz analog wie asiatische, antike und feudale Formationen innerhalb des traditionellen Zivilisationstyps gewisse grundlegende Eigenschaften teilten. Diese abgestufte Typologisierung von Formationen mag auf den ersten Blick als "akademische" Spielerei erscheinen. Sie ist aber von theoretischer Wichtigkeit, bricht sie doch implizit auch mit der zu simplen Vorstellung, daß jede Formation bestimmte Produktivkräfte habe, denen bestimmte Produktionsverhältnisse bzw. dann auch ein bestimmter Überbau entsprächen.

Zur historischen Entwicklungsdynamik

Eine solch abstrakt gewordene Formationskonzeption eröffnet denn auch einen neuen Zugang zum Verständnis von generellen historischen Prozessen, der Dynamik von Formationsabfolgen und der inneren Entwicklung von Formationen. Stark vereinfacht kann dies folgendermaßen zusammengefaßt werden: In jeder Formation sind aufgrund ihrer Struktureigenheiten bestimmte Tendenzen angelegt. Tendenz ist dabei wörtlich zu nehmen, denn Intensität, Form und Ausgestaltung solcher strukturimmanenter Tendenzen sind abhängig von spezifischen Bedingungen, den konkreten institutionellen, historisch bedingten Gegebenheiten. Solche Tendenzen können konstante Charakteristika sein, wie z.B. Klassenkonflikte oder Reproduktionsstörungen im wirtschaftlichen Prozeß. Sie können aber auch zeitveränderliche, entwicklungsabhängige Merkmale darstellen, wie z.B. Technologie- und Produktstrukturveränderungen und Herausbildung von ideologischen Positionen.⁵ Solche Entwicklungstendenzen destabilisieren dann von Zeit zu Zeit den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß,

⁴ Problematisch ist insbesondere, ob die Trennung von nur zwei archaischen Formationen genügt und die asiatische Formation nicht eine zu breite Kategorie darstellt (vgl. auch Anderson, 1974, Khan, Llobera, 1981).

⁵ Dabei wird kein genereller Determinismus postuliert, wie dies in der klassischen Formationskonzeption angelegt ist (die Produktivkräfte bedingen die Produktionsverhältnisse, und beide zusammen den Überbau). Vielmehr bestehen in jedem Bereich autonome Entwicklungstendenzen sowie wechselseitige Relationen, die jeweils historisch spezifisch zu untersuchen sind.

da sie bestehende institutionelle Regulierungen (im breiten Sinne politischer Art) obsolet machen und gesellschaftliche Krisensituationen hervorrufen. Geringfügige Anpassungen reichen zur Systemstabilisierung nicht mehr aus. Entsprechend beginnt die Suche nach Veränderungen, wobei die gesellschaftlichen Akteure - insbesondere die zentralen Klassen und Klassenfraktionen - je nach Interessenlage und Innovationspotential unterschiedliche Lösungen durchzusetzen suchen. Das Ergebnis solcher Konflikte und Auseinandersetzungen ist bis zu einem gewissen Maße kontingent, da meist verschiedene Optionen offen stehen. Kommt es schließlich zu neuen Regulierungen, die für eine gewisse Zeit eine erneute Stabilisierung gewährleisten und den Rahmen der formationellen Grundstrukturen nicht verlassen, verläuft die Entwicklung weiterhin innerhalb des jeweiligen Formationstypus. Mit der Zeit bilden sich erneute Krisensituationen und entsprechende Anpassungsprozesse usw.⁶ Sind die internen Widersprüche schließlich zu groß, setzen sich über kurz oder lang grundsätzliche Veränderungen durch. Es entsteht eine neue Formationsstruktur oder es kommt sogar - unter bestimmten Bedingungen - zu einem Übergang zu einer bereits bestehenden Formation.

Bei Übergängen von einer Formation zur andern ist eine unterschiedliche Dynamik nach Art der betroffenen Formationstypen anzunehmen. Formationswechsel, die grundsätzliche Veränderungen umfassen, also auch einen neuen Zivilisationstyp beinhalten, sind weitgehend endogene Entwicklungen, worin komplexe Veränderungen in allen gesellschaftlichen Grunddimensionen ineinandergreifen wie beim Übergang von der differenzierten archaischen zur asiatischen und von der feudalen zur kapitalistischen Formation. Formationswechsel innerhalb eines bestimmten Zivilisationstyps sind hingegen weniger direkt endogene Entwicklungen aus einer einzelnen Formation heraus, sondern eher historisch spezifische Mischentwicklungen, indem Elemente verschiedener Formationen (insbesondere Eigentumsverhältnisse und institutionelle Formen) unter spezifischen Bedingungen zu einer neuen originalen Kombination transformiert werden. Solche Übergänge treten nicht zufällig besonders an der Peripherie der jeweilig dominanten Formationstypen auf, wo Formationselemente älterer Formationen noch stärker vorhanden sind (vgl. etwa die Entstehung der antiken Formation im alten Griechenland, der feudalen in Westeuropa).

Zur Entwicklung der sozialistischen Formation

Die Bildung der sozialistischen Formation ist in dieser Konzeption denn auch analog zur Entstehung der antiken oder feudalen Gesellschaft zu fas-

⁶ Der Begriff der Regulierung wird etwas anders definiert als in den französischen Regulationsansätzen, vgl. z.B. Lipietz, 1985, wo er stärker ökonomisch bestimmt ist. Regulierungstypen werden hier als eine Kombination von institutionellen Steuerungsinstrumenten gefaßt, wie gesellschaftliche Akteure ihre Interessen einbringen und ihre Konflikte austragen können, bzw. welche Strategien der Kontrolle eingesetzt werden.

sen. Sie ist nicht als endogene Entwicklung aus dem Kapitalismus heraus zu verstehen, worin ein neuer qualitativ andersartiger Gesellschaftstyp, ein neuer Zivilisationstyp geschaffen wurde, wie dies Marx im wesentlichen postuliert hatte, sondern als ein historisch spezifischer Prozeß, worin Entwicklungen innerhalb der kapitalistischen Formation (wie Konzentration des Kapitals, Entwicklung sozialistischer Ideen) mit bestimmten Charakteristika vorkapitalistischer Formationen (z.B. repressive und antipluralistische Staatspraktiken) zu einer neuen Formation führten. Die neue Formationsstruktur ist dabei nicht als ein Resultat eines deterministischen, sozusagen zwangsläufig ablaufenden Prozesses zu interpretieren, sondern als eine mögliche bzw. wahrscheinliche Variante, die sich unter spezifischen historischen Bedingungen herausbildete (vgl. insbesondere die Krise des kapitalistischen Weltsystems im 1. Weltkrieg mit enormen sozialen Spannungen im semiperipheren, noch stark traditionellen Rußland). Die schließlich etablierte Formation wies zwar andere Eigentumsverhältnisse, entsprechend auch spezifische Ideologieformen und institutionelle Strukturen auf, stand aber weiterhin im Rahmen des modernen Zivilisationstyps. So partizipierten durch solche Verhältnisse geprägte Gesellschaften - in der Form von Nationalstaaten - auch an einem Weltsystem, worin kapitalistisch geprägte Gesellschaften zahlen- und entwicklungsmaßig dominierten. Dieser Sachverhalt bedeutete eine wichtige Rahmenbedingung. Falsch wäre es aber, diese Tatsache überzubewerten. In der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften spielten strukturimmanente Tendenzen die entscheidende Rolle (vgl. Juchler, 1992, Kap. 7). Dabei verstärkten sich die Widersprüche im wirtschaftlich-materiellen wie im politisch-ideologischen Bereich so stark, daß schließlich kaum mehr systemstabilisierende Regulierungen gefunden werden konnten.

Daß das sozialistische System Schiffbruch erlitt, hängt wesentlich mit seinem Wirtschaftssystem zusammen. Ein zentral hierarchisch aufgebautes Steuerungssystem hielt nicht, was die Theorie verheiß. Statt eines zum voraus geplanten, gleichgewichtigen Wachstums gab es hohe Abweichungen von den Planvorgaben und große Wachstumsfluktuationen, statt effizientem Mitteleinsatz Verschwendung und chronische Mangelwirtschaft (vgl. Juchler, 1992, Kap. 3 bis 6). Die Hauptgründe dafür waren nicht "subjektiver" Art wie Fehlleistungen von Planorganen, mangelnde Arbeitsdisziplin wegen des kapitalistischen "Erbes" usw. Vielmehr lagen diese in systembedingten Ursachen. Ein zentraler Punkt war die zu hohe Komplexität der notwendigen Informationsvermittlung und -verarbeitung, die zu Disproportionen führte. Ein weiterer Aspekt, der mit dem ersten zusammenhängt, ist die Existenz verdeckter Konkurrenzbeziehungen. An die Stelle der offenen Konkurrenz des kapitalistischen Marktes trat die versteckte Konkurrenz. Diese reichte vom Kampf der Betriebe um günstige Planvorgaben bis zum Ausspielen von Beziehungen und dem Gerangel in der Schattenwirtschaft. Statt einer "Planwirtschaft" existierte so eine ziemlich chaotische "Mischwirtschaft" oder besser "Gemischelwirtschaft", ein

Nebeneinander von administrativer Steuerung, partiellen Marktbeziehungen (v.a. im Arbeitsmarkt und Konsumgütermarkt, Schwarzmarkt) sowie informellen Tauschbeziehungen. Eine Tendenz zu "Übernachfrage" und hoher Konzentration (Großbetriebe mit häufigen Monopolpositionen) konstituierte zudem einen "Verkäufermarkt".

Die gesellschaftliche Effizienz eines solchen Systems war entsprechend klein: geringe Produktivität, schlechte Qualität, mangelndes Konsumangebot, relativ geringe (bzw. selektive) Innovationsfähigkeit, hohe Investitionsbelastung und Rohstoff- bzw. Energieverschwendung, enorme Umweltbelastungen sind die wichtigsten Stichworte. Anfänglich konnten diese Widersprüche noch durch gewisse Erfolge überdeckt werden. Durch die Mobilisierungsfähigkeit wurden schnelle Fortschritte in der Industrialisierung, der Schaffung von Arbeitsplätzen, sowie der Deckung der Grundbedürfnisse ermöglicht. Das relativ einfache technologische Paradigma der Mechanisierung, das vom kapitalistischen Westen übernommen bzw. imitiert werden konnte, stellte noch keine allzu hohen Anforderungen an die Innovationskapazität und ermöglichte ein extensives Wachstum. Mit zunehmender Entwicklung, insbesondere mit der Erschöpfung der extensiven Wachstumsfaktoren und der Beschleunigung der weltweiten technologischen Veränderungen (Informatisierung, neue Werkstoffe usw.) wurden die Probleme aber immer drängender.

Was den wirtschaftlichen Widersprüchen ihre besondere Brisanz gab, ist ihre Verknüpfung mit den ideologisch-politischen Widersprüchen. Der offizielle "Marxismus-Leninismus" versprach, eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung (inklusive des Überholens des Kapitalismus) und soziale Gerechtigkeit. Zudem meinte er, nicht nur das historisch notwendige Gesellschaftsprogramm zu besitzen, sondern auch eine wissenschaftliche Weltanschauung. Damit war man in eine Falle geraten, denn der ambitionöse Anspruch mußte immer mehr zur Desillusionierung führen, je länger Realität und Theorie auseinanderklafften. Mit dem Avantgardeanspruch der Partei (konkret des Parteiapparates) bzw. dem Kontrollanspruch über das gesellschaftlich-politische Leben zerstörte man auch die notwendige Offenheit für wirksame Reformbewegungen. Hinter der Fassade von integrierten gesellschaftlichen Organisationen und konsensualen politischen Strukturen entfalteten sich Verteilungskämpfe um Positionen und knappe Güter, kam es zu einer fatalen Spaltung von offiziell geäußelter und privater Meinung, von passiver Teilnahme am offiziellen Leben und dem Rückzug ins "Private" bzw. in das durch Kleingruppen wie Familien und Freundeskreis strukturierte "eigentliche" Leben. Mit der zunehmend sichtbaren Absetzung einer herrschenden privilegierten, oft unfähigen Schicht (die "Nomenklatura") verschärften sich auch die direkten klassenorientierten Spannungen, wurden doch dadurch die weitgehend akzeptierten sozialistischen Verteilungsnormen - jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung - krass verletzt. Die ökonomischen und sozialen Widersprüche wirkten sich besonders stark aus, da das feindliche Refe-

renzsystem des kapitalistischen Westens nach der Krisenzeit der Weltkriege und der großen Depression einen präzedenzlosen Wachstumsschub innerhalb eines fordistischen (wohlfahrtsstaatlichen) Regulierungstyps erlebte, der trotz gewichtiger Krisenerscheinungen seit den 70er Jahren teilweise fort dauerte.

Die offensichtlichen ökonomischen und politischen Widersprüche prägten die Richtung der Reformen, die in letzter Zeit in vielen sozialistischen Ländern ergriffen worden waren. Mehr Privatproduktion und größere Unternehmensautonomie sollten für ein effizienteres Wachstum sorgen, mehr politischer Spielraum die Legitimationsbasis des Regimes verbessern. Zusammenfassend kann von einer Tendenz zu einem dezentralisierten Regulierungstyp gesprochen werden. Daß eine solche Reformstrategie nicht mehr imstande war, wie noch die poststalinistische Regulierung der vorangegangenen Phase, eine Stabilisierung zu erreichen, sondern zu verschärfter Krise und enormen Umbrüchen führte, zeigt auf, daß die Widersprüche bereits das Ausmaß einer veritablen Systemkrise erreichten. So ist es keineswegs übertrieben, von einem erneuten Formationsübergang zu sprechen. Wie bei jedem solchen Übergangsprozeß herrschen Instabilität und Krisenphänomene vor, und es stehen noch mehrere Optionen offen (vgl. Juchler, 1993).

Zwar scheint die generelle Richtung eindeutig zu sein. Kapitalistische Umbaustrategien dominieren, wobei allerdings die Formen noch unklar sind und nach länderspezifischen Bedingungen variieren dürften - von westlich geprägten Formen bis hin zu "Dritt-Welt"-Formen (nationalistisch-autoritär-staatskapitalistisch ausgerichtete Strukturen bis neoliberal-autoritär-privatkapitalistisch orientierte Strukturen). Die Bildung einer neuen Formation hingegen (z.B. ein "dritter Weg" - analog zur Entstehung der feudalen aus der Auflösung der antiken Formation) ist eher unwahrscheinlich. So ist es möglich, daß es zu einem historisch neuartigen formationellen Auflösungsprozeß kommt, indem eine Formationsstruktur nun durch eine bereits existierende abgelöst wird.⁷ Aber auch die kapitalistische Formation und längerfristige der moderne Zivilisationstyp als ganzes steht unter zunehmendem Veränderungsdruck, nimmt doch die Brisanz technologischer Veränderungen und die Widersprüchlichkeit internationaler Ungleichgewichte, ökologischer Krisenphänomene usw. immer mehr zu. Ob der Wandel allerdings in Richtung der ursprünglichen "sozialistisch-kommunistischen" Vorstellungen zielt, muß bezweifelt werden. Der Widerspruch zwischen zunehmender "Vergesellschaftung" bzw. weltweiter Interdependenz und faktischer Steuerbarkeit der gesellschaftlichen Prozesse einerseits (ganz zu schweigen von einer wirklichen Partizipation der Produ-

⁷ Solche Rückbildungen gab es zwar auch bei traditionellen Formationen immer wieder, sie bezogen sich aber auf einzelne Gesellschaften und nicht auf einen ganzen Formationstyp. Es ist unverkennbar, daß sich im modernen Zivilisationstyp durch die weltweite Interdependenz und die Dominanz des kapitalistischen Weltsystems die Chancen für neue Formationsvarianten zunehmend vermindert haben.

zenten) sowie den technischen Möglichkeiten und der faktischen Belastbarkeit des Ökosystems andererseits scheint zu groß. Neue Lösungswege sind gefragt, wenn nicht eine instabile und immer konfliktgeladene Phase die Zukunft bestimmen und die Menschheit sozusagen an ihrer selbstgebauten Komplexität immer ein wenig mehr "ersticken" soll.

Literaturangaben

- Anderson, P. 1974, *Lineages of the Absolutist State*, London.
- Bluhm, H. 1991, Plädoyer für eine veränderte Sicht auf Marxens Werk, in: Brie, M., Klein, D. (Hrsg.), *Umbruch zur Moderne?*, Hamburg.
- Eifter, R., 1977, Vorkapitalistische Klassengesellschaft und aufsteigende Folge von Gesellschaftsformationen im Werke von Karl Max, in: Jäggi, U. (Hrsg.), *Theorien des historischen Materialismus*, Frankfurt a.M.
- Godelier, M. 1973, *Ökonomische Anthropologie*, Reinbek bei Hamburg.
- Godelier, M., 1987, Produktionsweise als theoretische Kategorie, in: *Argument*, Nr. 165.
- Habermas, J., 1976, Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus, Frankfurt a.M.
- Juchler, J., 1986, Die sozialistische Gesellschaftsformation. Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945-84), Campus, Frankfurt a.M.
- Juchler, J., 1992, Ende des Sozialismus - Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme, Seismo, Zürich.
- Juchler, J., 1993, Systemkrise und Entwicklungsdynamik in Osteuropa, Gesamtüberblick und Fallstudien (Polen und die Tschechoslowakei 1989 - 1992), Bericht an den Nationalfonds (erscheint unter dem Titel "Osteuropa im Umbruch" Ende 1993 im Seismo-Verlag, Zürich).
- Khan, J.S., Llobera, J.R. (ed.), 1981, *The Anthropology of Precapitalist Societies*, London.
- Lipietz, A., 1985, Akkumulation. Krisen und Auswege aus der Krise, in: *Prokla* Nr. 58, S. 109ff.
- MEW (Marx/Engels Werke), 1958ff. Berlin (DDR).
- Toffler, A., 1980, *The Third Wave*, London.
- Weber, M., 1964, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Studienausgabe in zwei Bänden, Köln-Berlin.
- Wallerstein, I., 1990, Marxismus-Leninismus im modernen Weltssystem, in: *Prokla* Nr. 78, S. 126ff.

André Hoffmann

Abschied vom Sozialismus als Modell

Aus der Nähe der Gegenwart läßt sich schwer beurteilen, ob und in welchem Sinn wir einen historischen Wendepunkt erleben - und in welche Richtung es weitergehen wird.

Das Ende des "realen Sozialismus" ist augenfällig - aber es ist nicht alles.

Lang bewährte Paradigmen, wie etwa das des Fortschritts als grenzenloses, unproblematisches, allgemeinen Wohlstand bringendes Wachstum, auf das sowohl die kapitalistische wie die "kommunistische" Welt sich verließen, sind in Frage gestellt.

Das Zeitalter des "fordistischen Kompromisses", meinen die französischen Ökonomen der "Ecole de la régulation", ist vorbei. Das über vielfältige Formen gesellschaftlicher Regulation erreichte Gleichgewicht von Massenproduktion und Massenkonsum, das dreißig Jahre lang mehr oder weniger gleichmäßiges Wachstum garantierte, ist endgültig gestört. Der "Nach-Fordismus" hat begonnen. Das kapitalistische System steckt in einer Krise struktureller Art, aus der wohl nicht "der" Sozialismus, aber neue Formen gesellschaftlicher Regulation sich entwickeln. Welcher Art diese neuen Formen sein werden, das hängt zum großen Teil vom sozialen und politischen Kräfteverhältnis ab.

Die neo-liberalen Rezepte (bzw. die Rückkehr zu "präfordistischen" Zuständen) bringen keine Lösung, sondern eine Verschärfung sozialer und ökonomischer Widersprüche: wachsende soziale Ungleichheit, steigende Arbeitslosigkeit, Abkoppelung von (mäßigem) Wachstum und Beschäftigung und damit von Produktion und Absatz, Kluft zwischen Norden und Süden, ökologische Krise...

Die Linke aber, von der man erwarten könnte, daß sie gerade in Zeiten des Umbruchs besonders aktiv würde, um mit Ideen und Vorschlägen, mit politischen Initiativen und sozialer Mobilisierung auf die Richtung der Entwicklung Einfluß zu nehmen, ist seit den siebziger Jahren in der Defensive, unfähig, Gegenkräfte zu bewegen - geschweige denn so etwas wie eine Gegenhegemonie zu schaffen.

Weder "demokratischer Sozialismus" noch "sozialistische Demokratie"

Keine der zwei großen Varianten der klassischen sozialistischen Linken, die sich Anfang des Jahrhunderts voneinander trennten, hat ihr ursprüngliches Ziel erreicht.

Aus der "sozialistischen Demokratie" der "kommunistischen" Linie (in ihrer parteioffiziellen Spielart) wurde keine Demokratie und nur ein Zerrbild von Sozialismus.

Die Kommunisten haben zwar in harten Auseinandersetzungen zu sozialen Zugeständnissen im Kapitalismus beigetragen, die grundsätzliche Kritik am System des Kapitalismus nicht aufgegeben, in entscheidenden Phasen der Geschichte des Jahrhunderts (Faschismus, Zweiter Weltkrieg) eine wichtige Rolle gespielt. Sie haben sich aber diskreditiert, weil sie viel zu lange die Entwicklung des "realen Sozialismus" zu einem totalitären System mitgetragen (bzw. selbst daran mitgewirkt) oder nicht schonungslos genug kritisiert und analysiert haben. Die kommunistischen Parteien haben durch die Verfestigung undemokratischer Strukturen und dogmatischer Haltungen die gesellschaftlichen Entwicklungen falsch eingeschätzt, die politische Debatte innerhalb der eigenen Reihen und nach außen behindert.

Die sozialdemokratische Linke ihrerseits hat gewiß das Verdienst, eine sozialstaatliche Zähmung des Kapitalismus durchgesetzt zu haben, aber ihr "demokratischer Sozialismus" wurde kein Sozialismus, und der Sozialstaat selbst leidet an schweren demokratischen Defiziten, weil die Gesellschaft den herrschenden Prinzipien des kapitalistischen Marktes unterworfen blieb.

André Gorz, der der sozialdemokratischen Linke eher nahesteht, formuliert es so: *"Die Bürger (citoyens) waren nicht die handelnden Subjekte des Sozialstaats (social-étatisme); sie waren die Verwalteten, die Objekte, als Empfänger von Beihilfen, als Beitrags- und Steuerzahler. Diese Trennung zwischen dem Vorsorge-Staat (Etat-providence) und den Bürgern war unvermeidlich, weil die Ursachen des gesellschaftlichen Defizits, das den Markt-Kapitalismus kennzeichnet, unberührt blieben."*¹ Der Sozialstaat habe die ökonomische Rationalität des Kapitalismus nicht überwunden, sondern sei selbst aus deren Entfaltung entstanden, *"wie ein notwendiger Rahmen, um die Marktwirtschaft vor dem kollektiven Desaster zu bewahren."*²

Damit bleibe die Frage des "Sozialismus" ungelöst: *"Das Problem des Sozialismus bleibt also gänzlich bestehen, wenn man unter Sozialismus die Unterordnung der ökonomischen Rationalität unter gesellschaftliche Ziele versteht, das heißt unter Ziele, die jeder verfolgt, die jeder nur zusammen mit den anderen verfolgen kann, Ziele, die ihre gemeinsame Zugehörigkeit begründen."*³

¹ André Gorz, *Métamorphoses du travail. Quete du sens. Critique de la raison économique*, Paris 1988, S. 227.

Die Herausgeber von Z haben mich gebeten, auf die Debatten in Frankreich einzugehen. Ich versuche dem zu entsprechen mit einigen Zitaten, die ich selbst übersetzt habe.

² Ebd., S. 166.

³ Ebd., S. 167.

Die Linke ist selbst im Umbruch, aber sie tut sich schwer damit. Fast scheint es so, als ob es keine Alternative mehr gebe zwischen verbalem Radikalismus auf der einen, opportunistischer oder resignativer Anpassung auf der andern Seite, beide mehr oder weniger "theoretisch" untermauert, beide gleich unfähig oder unwillig, verändernd und gestaltend in die gesellschaftlichen Verhältnisse einzugreifen.

Diejenige Linke, die überhaupt noch den Anspruch erhebt, die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur zu verwalten, sondern zu verändern (in Frankreich unterscheidet man die "gauche gestionnaire" und die "gauche transformatrice"), kann nur dann wieder in die Offensive kommen, wenn sie sich eindeutig und offen von einigen alten, liebgewonnenen theoretischen Auffassungen und praktischen Haltungen verabschiedet.

Etwa von der Vorstellung einer geschichtlichen Notwendigkeit, die unausweichlich zur Überwindung des Kapitalismus und zu einer neuen, "sozialistischen" oder "kommunistischen" Gesellschaft führt; von der Vorstellung einer homogenen gesellschaftlichen Klasse, die als historisches Subjekt die geschichtliche Notwendigkeit verwirklicht in einem revolutionären Bruch, in dessen Folge nach einem vorher gewußten "Modell" neue gesellschaftliche Zustände hergestellt werden, die dann in spontaner Entwicklung ungebremstes Wachstum der Produktivkräfte, Demokratie und individuelle Entfaltung gewährleisten.

Abschied von der Geschichtsteologie

Es gibt in der marxistisch orientierten Linken eine deterministische Tradition, die in Marx den Entdecker des "Sinns der Geschichte" und der unausweichlichen historischen bzw. ökonomischen Gesetze sieht. Dieser Determinismus hat in theoretischer wie praktischer Hinsicht verheerende Folgen gehabt - und ich bin nicht überzeugt, daß er überwunden ist, wenn ich da und dort lese, der Kapitalismus müsse nun endgültig und unausweichlich an seinen inneren Widersprüchen zugrundegehen oder führe notwendigerweise in den ökologischen Kollaps.

Ist dieser Determinismus aus Marx selbst abzuleiten, wie oft behauptet worden ist? Cornelius Castoriadis etwa meint, der Widerspruch zwischen seinen gesellschaftlichen, ökonomischen Gesetzen und menschlichem Handeln sei unlösbar: *"Entweder es gibt wirklich Gesetze der Geschichte - und dann ist eine wirkliche menschliche Aktivität unmöglich, oder höchstens als Technik; oder die Menschen machen wirklich selbst ihre Geschichte - und die Aufgabe der theoretischen Arbeit ist nicht mehr, 'Gesetze' zu entdecken, sondern die Bedingungen zu klären, die diese Aktivität umrahmen und begrenzen, die Regelmäßigkeiten, die sie aufzeigen kann usw."*⁴ Die Annahme von "Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie" sei falsch, aber gerade diese

⁴ Cornelius Castoriadis, *Domaines de l'homme*, Paris 1986, S. 75.

falsche Position habe in der Arbeiterbewegung einen großen und verheerenden Einfluß gehabt.

Gramsci hat bereits die deterministische Lesart der Marxschen Theorie abgelehnt, als *"Reduktion der Philosophie der Praxis auf eine Soziologie (...), die darin besteht, eine Weltanschauung zu reduzieren auf eine mechanische Formel, mit der wir den Eindruck haben, die ganze Geschichte in unserer Tasche zu haben."*⁵

Aber die überspitzte Gegenüberstellung von "Gesetz" und menschlichem Handeln bei Castoriadis ist fragwürdig. Es ist schwer einzusehen, wie wir gesellschaftliche, ökonomische Entwicklungen erklären können, ohne auf einen "Gesetzes"-Begriff zurückgreifen. Allerdings kommt es darauf an, wie dieser Gesetz-Begriff und die Methoden der Überprüfung definiert werden, wie wir Naturgesetze von gesellschaftlichen "Gesetzen" unterscheiden und wie eindeutig wir diese von einem metaphysischen "Sinn der Geschichte" und ähnlichem abgrenzen.

In einer anregenden Arbeit über "Marx, den Denker des Möglichen" hat auch der französische Forscher Michel Vadée kürzlich eine undeterministische Lektüre von Marx vorgeschlagen - ohne dabei auf den Begriff des "Gesetzes" oder der "Notwendigkeit" vollends zu verzichten.

In der "Deutschen Ideologie" heißt es bekanntlich, *"daß also die Umstände ebenso sehr die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen."*

Das heißt, schreibt Michel Vadée: *"...seine (Marx') grundsätzliche Idee ist, daß die beiden Seiten, die Aktion und die Bedingungen, präsent sind. (...) Es handelt sich immer um eine Dialektik der Aktion und der Bedingungen. Letztere zu betonen auf Kosten der ersteren, kann nur zum Mißverständnis eines unüberwindlichen mechanistischen Determinismus und eines metaphysischen Materialismus führen."*⁶

Die "Notwendigkeit", der die Menschen unterworfen seien, sei eine historisch-gesellschaftlich bedingte "Entfremdung", die überwunden werden könne und solle. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus hätten eine doppelte Seite: *"natürlich und notwendig in einem Sinn, wegen ihrer Ähnlichkeit mit Naturgesetzen durch die Art, wie sie sich durchsetzen (s'imposent), aber, in einem andern Sinn, der nicht weniger wesentlich ist, nicht natürlich und nicht notwendig, weil sie historisch und vorübergehend sind."*⁷

Michel Vadée kommt zur Schlußfolgerung, nicht die Idee der Notwendigkeit, sondern die der Freiheit sei für Marx bestimmend:

"Das ganze Denken von Marx ist ausgerichtet nach der Idee der Freiheit. (...) Es handelt sich um eine konkrete Freiheit, eine Freiheit (...), die durch das

⁵ Aus dem Französischen: Gramsci dans le texte, Paris, 1975, S. 313.

⁶ Michel Vadée, Marx - penseur du possible, Paris 1992, S. 51.

⁷ Ebd., S. 104

*praktische Eingreifen der Menschen in die Geschichte verwirklicht wird. (...) Es ist eine Freiheit, die eher errungen, denn erkannt und gefunden werden muß. Sie ist ein Ergebnis, nicht eine Voraussetzung."*⁸

Die Suche nach dem Subjekt

Wer ist der Träger der gesellschaftlichen Befreiung?

Das Subjekt der historischen Veränderung war für die klassische (sozialdemokratische und kommunistische) Linke, die eine homogene Arbeiterklasse, die die geschichtliche Notwendigkeit sozusagen zu vollstrecken hatte, auf evolutionärem oder revolutionärem Weg, belehrt und angeführt von "ihrer" Partei, mit der sie erst zur "Klasse für sich" werden konnte.

Abgesehen von der Fragwürdigkeit einer solchen teleologischen Geschichtsmetaphysik: *Diese "Arbeiterklasse" gibt es nicht mehr.* Die Zahl der Lohnabhängigen ist größer geworden, aber die klassische Industriearbeiterschaft ist drastisch geschrumpft; die Arbeitssituationen, die Lebensweisen, die Bedürfnisse der "Arbeitnehmer" haben sich differenziert und individualisiert. Dabei gewinnen nicht-materielle Bedürfnisse an Gewicht: persönliche Entfaltung am Arbeitsplatz und außerhalb, soziale, ökologische, kulturelle Güter, Mitspracherecht, "Lebensqualität", Zeit für persönliche Entfaltung... Daß diese Bedürfnisse von der Kultur- und Freizeitindustrie vereinnahmt werden, soll uns nicht daran hindern, sie ernstzunehmen, - aber ohne die elementaren "materiellen" Bedürfnisse (Arbeit, Einkommen, Wohnung) und Probleme (soziale Ungleichheit, Verarmung und Ausgrenzung) zu vernachlässigen!

Das Kapital, die neo-liberalen, konservativen Kräfte setzen auf Differenzierung, Atomisierung, um das "nach-fordistische" Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu bestimmen: Flexibilisierung der Arbeit für niedrigere Löhne und längere Maschinenlaufzeiten, differenzierte Betriebstarifverträge zur Schwächung der Gewerkschaften, selektive Einbeziehung einzelner Arbeitnehmer in betriebliche Strukturen vom Typus "cercles de qualité" ("Qualitätskreise") zur Abwehr ernsthafter Mitbestimmung usw.

Demgegenüber greifen die alten Konzepte der Linken ("Klassenkampf" oder auch nur "Klassensolidarität") gar nicht mehr oder nur noch transitorisch, punktuell und sektoriell. Es geht also darum, neue Konzepte der Solidarität, des gemeinsamen Engagements, des gemeinsamen Entwurfs gesellschaftlicher Veränderungen zu finden und zu praktizieren, die der objektiven Differenzierung und Individualisierung Rechnung tragen (ohne in die Falle des Liberalismus zu tappen).

Der französische Soziologe Alain Touraine hat versucht, in einer weit ausholenden "Kritik der Modernität" den Begriff des Subjekts neu zu definie-

⁸ Ebd., S. 449.

ren, ihn abzugrenzen von der sozialen und historischen Funktionalität, mit der die Moderne (vor allem in ihrer sozialdemokratischen und kommunistischen Prägung) ihn identifiziert hat.

Die Gleichsetzung von "System" und "Handelndem" (acteur), die diese Moderne kennzeichne, sei überholt. Das Subjekt sei gerade das Wesen, das sich sozialen und historischen Identifikationen verweigert, das sich den Systemen (Markt, Konsum, Staat, Nation, Klasse...) immer wieder entzieht, sich aber nicht abkapselt, sondern sich aktiv für soziale Ziele engagiert; freilich nicht mehr im "Klassenkampf" (der auch "System" ist), sondern in den "sozialen Bewegungen" ("mouvements sociaux").

"Die Distanz (retrait) zu den sozialen Rollen, die Grenzen der Sozialisierung, die Dissoziierung der sozialen Funktionen und der persönlichen Lebensentwürfe sind bedeutende Tatsachen, die uns von der alten Idee sozialer Integration und vom griechischen Modell des Menschen als Bürger (l'homme-citoyen) entfernen. Unsere modernen Gesellschaften bemühen sich, dieses Modell zu verteidigen oder zu erneuern - indem sie eher von Werktätigen (travailleurs) als von Bürgern reden -, während die Praktiken sich davon immer massiver entfernen und die Behauptung des Subjekts immer unmittelbarer verbunden wird mit der Ablehnung der Systeme und ihrer Organisations- und Machtlogik, wie André Gorz und Ulrich Beck es mit großer Überzeugungskraft dargelegt haben.

*Nichts darf uns von unserer zentralen Behauptung abbringen: Das Subjekt ist eine soziale Bewegung. Es konstituiert sich nicht im Selbstbewußtsein (conscience de soi), sondern im Kampf gegen das Antisubjekt, gegen die Logik der Apparate, besonders wenn diese zu Kulturindustrien werden, und umso mehr, wenn sie totalitäre Ziele verfolgen. (...) Es ist die Geste der Verweigerung des Widerstandes (résistance), die das Subjekt schafft."*⁹

Alain Touraine überspitzt m.E. den Gegensatz Mensch-Bürger und vernachlässigt die konkreten sozialen und ökonomischen Realitäten mit ihren realen Interessengegensätzen und Ungleichheiten.

Aber nach unseren Erfahrungen mit der Unterschätzung des Individuums, mit der Überstrapazierung der Begriffe Klasse, Massen (welch schrecklicher Begriff!), Partei, mit der realen Herrschaft der Apparate über die Individuen und in ihren Köpfen, scheint es mir tatsächlich dringend notwendig, den Stab kräftig in die andere Richtung zu biegen: also die (gewiß relative) Autonomie des individuellen Subjekts, seine Rechte, seine Verantwortung stärker zu betonen: als reale Gegebenheit, als ethische Kategorie und als gesellschaftliches Ziel.

Freilich unter dem Vorbehalt, daß dieses Ziel in die gesellschaftliche Realität hereingenommen wird, daß es als Ziel für alle gilt (und nicht nur für eine soziale oder intellektuelle Elite) und von einer ernsthaften Ideolo-

giekritik begleitet ist. Erfreulicherweise wird die berühmte Aussage Marxens aus dem "Manifest" wieder öfter (und vor allem mit der richtigen Betonung) zitiert, das Ergebnis gesellschaftlicher Veränderung sei "eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." Die Praxis war oft genug das Gegenteil!

Mit einem neuen Konzept des Subjekts kann die Linke sowohl der neo-liberalen Offensive besser begegnen, als auch einige berechnete Ansätze "postmoderner" Kritik für ihre eigenen Ziele gesellschaftlicher Emanzipation nutzen und die Rede von der "Zivilgesellschaft" konkreter umsetzen. Touraines Idee der Konstituierung und des Engagements des individuellen Subjekts in den sozialen Bewegungen gegen Markt-, Macht- und Ideologieapparate scheint mir also der theoretischen und praktischen (kritischen) Verarbeitung wert!

Abschied vom Modell

Nach dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" scheint ein Teil der Linken zu leiden am Verlust des Modells (selbst solche, die die Unzulänglichkeiten dieses realen "Modells" kritisierten), und immer wieder taucht die Frage auf nach neuen Modellen. Ich finde, der "Verlust" ist ein Gewinn, und wir sollten endgültig die Vorstellung aufgeben, einen fertigen Entwurf im Kopf haben zu müssen, auf dessen Verwirklichung wir hinarbeiten müßten.

Kommunismus ist nicht Ideal, sondern reale Bewegung, meinte Marx, und dies schließt offensichtlich ein fertiges gesellschaftliches Modell aus. Im übrigen ist aus den gesellschaftlichen "Modellen" nie etwas geworden, die Realität verlief anders, und die ursprünglichen Entwürfe wurden nur noch als politische Legitimation für etwas ganz anderes mißbraucht.

Wir müssen uns verabschieden von der Auffassung, emanzipatorische gesellschaftliche Ziele seien nicht erreichbar, solange das bestehende "Ganze" nicht einem neuen "Ganzen" gewichen sei, dieses neue "Ganze" könne nur erwachsen aus einem revolutionären Bruch in einer relativ kurzen historischen Zeitspanne - und alles andere sei "Reformismus".

Marx redete von "Epochen sozialer Revolution", und meinte offensichtlich damit, daß tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, wie die Entwicklung einer neuen Produktionsweise, nur langsam vor sich gehen können.

Etwas anderes sind politische Revolutionen, die von ersteren natürlich nicht unabhängig sind, aber auch nicht mit ihnen verwechselt werden sollten. Politische Revolutionen sind in den westlichen entwickelten Staaten nicht absehbar, und welche sollten es auch sein?

Also kann es nur darum gehen, die Ziele sozialer Gleichheit und Emanzipation, demokratischer Verhältnisse durchzusetzen über einen mühseligen, grundsätzlichen Reformprozeß, einen langen "Stellungskrieg" (Gramsci), in

⁹ Alain Touraine, Critique de la modernité, Paris 1992, S. 317-318.

dem Position für Position erobert werden muß - und auch wieder verlorengelassen kann. Wir brauchen also Ziele, Entwürfe gesellschaftlicher Veränderung als (divergierende!) Szenarien, aber nicht als "Modell"!

Dabei sollten wir das überspitzte disjunktive Denken (Entweder-Oder: entweder Plan oder Markt, entweder Reform oder Revolution usw.) überwinden: Es wird der komplexen und oft widersprüchlichen Realität nicht gerecht, es verleitet zu falschen monokausalen Erklärungen und einseitigen Alternativen; es schafft überflüssige Abgrenzungen und erschwert die fruchtbare Zusammenarbeit.

Da es erfreulicherweise die geschlossene Theorie, die "wissenschaftliche" Weltanschauung der Partei (und ähnliches) nicht mehr gibt, könnten wir endlich auch die besessene Manie aufgeben, den jeweils anderen belehren und zur sicheren Wahrheit bekehren zu müssen; könnten wir endlich dazu übergehen, im pluralistischen Diskurs, im ruhigen Austausch der Argumente und Vorschläge die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung auszuloten - und zu nutzen!

Der Bedarf an konkreten Analysen, Argumentationshilfen, Vorschlägen ist groß, z.B. in gewerkschaftlichen Kreisen! Schließlich ist auch Marx von den theoretischen Höhen in die Niederungen des Alltags gestiegen, hat die progressive Einkommenssteuer gefordert (erfolgreich!) und den Acht-Stunden-Tag; und hat dann auch die Verkürzung des Arbeitstages nicht als schäbigen "Reformismus" geschmäht, sondern als großen Sieg der "Ökonomie der Arbeit" über die "Ökonomie des Kapitals" gefeiert, mitten im Kapitalismus!

Marktwirtschaft?

Sich der Logik der Machtapparate widersetzen, heißt nicht, den Staat abschaffen; sich der Logik des kapitalistischen Marktes widersetzen, heißt nicht, den Markt abschaffen (und ihn durch eine Planwirtschaft ersetzen.)

Markt ist, wo Arbeitsteilung ist. Ist deren Aufhebung heute vorstellbar?

Es geht m.E. nicht mehr um den Gegensatz Planwirtschaft oder Marktwirtschaft, es geht um die Frage, ob und wie die kapitalistische Marktregulation zurückgedrängt, wie der Markt anderen gesellschaftlichen Regulationen unterworfen werden kann.

Die "marxistische" Linie neigte dazu, "die" Marktwirtschaft abzulehnen, die sozialdemokratische unterwarf sich ihr. Beide waren dabei auf den Staat fixiert: die einen auf den Staat als "gesellschaftlichen" Eigentümer und zentrale Planungsinstanz, die andern auf den Staat als Arzt, der die vom Markt geschlagenen Wunden behandeln soll (Sozialstaat).

Philippe Herzog, der führende Vertreter der Wirtschaftssektion der FKP, schreibt in einem Sammelband mit Beiträgen französischer Ökonomen der Linken: "Die kommunistischen Parteien neigten zum Etatismus. Andererseits haben die sozialdemokratischen Führer behauptet, eine linke Politik zu be-

treiben, indessen sie die Macht-Übertragung (*délégation de pouvoirs*) mißbrauchten und sich in die kapitalistischen Markt-Modelle einordneten. (...) Wenn man endlich begriffen hat, daß der Markt eine Errungenschaft (*un acquis*) ist, so heißt das nicht, daß man aufgeben soll, ihn zu bezwingen (*maîtriser*) und seine Übel (*tares*) zu beseitigen. Ein Markt kann anders reguliert werden als mit den einzigen Mitteln der kapitalistischen Rentabilität."¹⁰

Dabei gibt Herzog die Idee der "Befreiung" in der Arbeit nicht auf, im Unterschied zu André Gorz.

Gorz erklärt das "Ende des Humanismus der Arbeit" ("*La fin de l'humanisme du travail*")¹¹: die Spaltung zwischen entfremdeter Arbeitswelt und Lebenswelt sei nicht mehr aufzuheben; die Arbeitsteilung sei nicht abzubauen; die Arbeitswelt bleibe die "Sphäre der Heteronomie", definiert als "die Gesamtheit der spezialisierten Tätigkeiten, die die Individuen auszuführen haben als Funktionen, die von außen, von einer vorgegebenen Organisation koordiniert werden."¹² In einer solchen Arbeitswelt ist Selbstbestimmung unmöglich - oder höchstens für eine privilegierte Minderheit von Arbeitnehmern. Dieser "ökonomischen Rationalität", die zu gesellschaftlicher Spaltung zwischen privilegierten Beschäftigten und einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen bzw. prekären, interimären "petits boulots" führt, kann man nur von außen Herr werden, über eine soziale Regulation, die die Arbeit unter alle verteilt, aber auch allen ein von der Arbeit unabhängiges Grund-Einkommen sichert.

Also nur noch Befreiung von der Arbeit, nicht mehr IN der Arbeit. Zwar hatte bereits Marx das "Reich der Freiheit" nur außerhalb der Arbeit gesehen, aber im "Reich der Notwendigkeit", also der Arbeit sollten "die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden".¹³ Dies eben ist für André Gorz unmöglich geworden.

Philippe Herzog dagegen hält am Konzept einer möglichen Selbstverwaltung auch innerhalb der ökonomischen Sphäre (der Arbeit) fest: Mit Hilfe neuer Kriterien der Wirtschaftsführung ("*nouveaux critères de gestion*") sollen die Beschäftigten in den ökonomischen Prozeß eingreifen. "Diese neuen Kriterien, in die Verwaltung der Unternehmen eingebracht durch das Eingreifen der Lohnabhängigen, zielen nicht darauf ab, den Markt abzuschaffen, sondern neue soziale, produktive und ökologische Ziele zu fördern, zugunsten einer höheren Effizienz der Investitionsfonds. Die Rentabilitätskri-

¹⁰ Philippe Herzog, in: André Gauron, Philippe Herzog, Alain Lipietz, Jacques Mistral, *Changer d'économie*, Paris 1992.

¹¹ André Gorz, a.a.O., S. 71.

¹² Ebd., S. 49.

¹³ MEW 25, S. 828.

terien, oder die Profiteure, fördern den Profit und die Akkumulation des Kapitals auf Kosten der menschlichen Akteure (opérateurs) und der Umwelt."¹⁴

Die "Selbstverwaltung" im Betrieb ist dabei nur ein Element einer Regulation auf verschiedenen Ebenen, im Sinn einer neuen "gemischten Wirtschaft" (économie mixte): "Es ist möglich, Selbstverwaltung und staatliche Intervention zu verbinden (articuler). In den Betrieben und den Regionen könnten Lohnabhängige und Bürger ihre Projekte vorantreiben, die Nutzung der Fonds kontrollieren, was institutionelle Reformen voraussetzt - eine wirkliche Dezentralisierung - und die Umverteilung der Entscheidungsbefugnisse. In Verbindung mit diesem demokratischen Fortschritt muß man sich einen anderen Staat vorstellen, der Reformen orchestriert in den Bereichen Steuern, Finanzen, Banken. Das Ziel ist, eine andere Organisation der gemischten Wirtschaft zu erreichen, gegründet auf der Pluralität der Kriterien (critères de gestion), auf ihre konfliktuelle Koexistenz. (...) Die Wirtschaft ist reguliert auf verschiedenen Ebenen: die Betriebe, die Städte, die Regionen, der Staat, Europa. Notwendig ist konzertiertes Handeln auf all diesen Ebenen."¹⁵

Herzog legt dabei größtes Gewicht auf die Feststellung, daß Regulation allein im nationalstaatlichen Rahmen heute nicht mehr wirksam sein kann, also auch auf internationaler, zunächst auf europäischer Ebene stattfinden muß. Er ist daher Befürworter der europäischen Gemeinschaft, der politischen Union, eines demokratischen, offenen, sozial und ökologisch orientierten Europa: Das ist allerdings ein anderes als das im Vertrag von Maastricht festgeschriebene liberale Europa!

Ziel der gesellschaftlichen Regulation muß m.E. allgemein die Förderung menschlicher Fähigkeiten und der Schutz der Umwelt sein, aber auch gesellschaftliche Umverteilung: Umverteilung von Einkommen und Kaufkraft, Abbau von Ungleichheit, "Umverteilung" von Arbeit (qualifizierte Arbeit für alle), Umverteilung zugunsten der Frauen, Umverteilung der Ressourcen in der Weltökonomie zugunsten der "Dritten Welt", Umverteilung der Entscheidungsbefugnisse von oben nach unten, von den Apparaten zu den engagierten Bürgern, von den Konzernzentralen zu den Lohnabhängigen...

Politische und ökonomische Demokratisierung

So könnte man sich also durchaus eine gesellschaftliche Entwicklung vorstellen, die einmal zu einem "Sozialismus" führt, der zwar nicht durch die Abschaffung der Marktverhältnisse, jedoch durch unterschiedliche Formen demokratischer Regulation, unterschiedliche Eigentumsformen, durch eine neue Logik demokratischer Aneignung der Gesellschaft gekennzeichnet wäre.

¹⁴ Philippe Herzog, a.a.O., S. 61.

¹⁵ Ebd., S. 61-62.

Im Jahr 1990 fand an der Pariser Sorbonne ein internationales Kolloquium statt zum Thema "Ende des Kommunismus? Aktualität des Marxismus?", organisiert von der Halbjahresschrift "Actuel Marx". In seinem Beitrag zu diesem Kolloquium schreibt Jacques Texier, Mitherausgeber der Zeitschrift: "Die postkapitalistische Natur einer solchen Gesellschaft und ihr mehr oder weniger sozialistischer Charakter hinge nicht ab vom Weiterbestehen von Marktverhältnissen, noch sogar von der Existenz kapitalistischer Sektoren, sondern, einerseits, von der wirklichen Kontrolle der assoziierten Individuen über die Bedingungen der Produktion, andererseits und grundsätzlich, davon, in welchem Maße die Gesamtheit der Bürger sich die Organe der öffentlichen Macht gesellschaftlich aneignet, die erhebliche finanzielle Ressourcen und also auch die Orientierung der Wirtschaft kontrollieren."¹⁶

In ähnliche Richtung zeigt die Arbeit von Jacques Bidet (auch Mitherausgeber von "Actuel Marx"), der den "Sozialismus" über eine neue Theorie des Gesellschaftsvertrags zu definieren sucht. "Der 'Gesellschaftsvertrag', der die Begründungs-Referenz des Liberalismus war, bildet den Leitfaden für eine politische Philosophie des Sozialismus."¹⁷

Die Moderne sei gekennzeichnet durch eine Kontraktualität auf drei Ebenen: auf einer interindividuellen Ebene (Markt); auf einer zentralen Ebene (Staat, Plan); auf einer assoziativen Ebene (Gewerkschaften u.ä.). Der Gegensatz der Interindividualität und der Zentralität sei die "Antinomie der Modernität". Die einseitige Betonung der interindividuellen Ebene führt zum Marktkapitalismus, die der zentralen zum Staatssozialismus. Es kommt darauf an, diese Antinomie zu überwinden. "Das Problem ist das der kollektiven, freien und gleichen Beherrschung der Formen Plan und Markt"¹⁸, also eine Logik der öffentlichen Debatte und Kontrolle, der demokratischen Gestaltung des "öffentlichen Raums" (espace public), der den Markt wie den Staat seinen Regeln unterwirft. "Der Sozialismus der Kontraktualität, der sich ausdrückt in den Gerechtigkeitsprinzipien der gleichen Freiheit (égalité), definiert als linke Position diejenige, die dazu tendiert, der Vielheit die Macht zu geben (donner la puissance à la multitude), über eine gemeinsame Beherrschung der Prozesse, die jede Art von Beschlagnehmung verhindern soll, sei es in den Marktprozessen, sei es in den zentrierten Prozessen."¹⁹

Ist das nicht, in aktualisierter Form, das, was Marx schon in der "Commune de Paris" zu erkennen glaubte? "Die Kommune - das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige

¹⁶ Jacques Texier, in: Actuel Marx, Fin du communisme? Actualité du marxisme?, Paris 1991, S. 46.

¹⁷ Jacques Bidet, Théorie de la Modernité, Paris 1990, S. 17.

¹⁸ Ebd., S. 144.

¹⁹ Ebd., S. 308.

*Macht, an Stelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; (...) das ist die politische Form ihrer sozialen Emanzipation.*²⁰

Die Forderung nach sozialer Emanzipation und nach grundsätzlicher Demokratisierung als deren politischer Form bleibt das hochaktuelle, uneingelöste Hauptanliegen der europäischen Linken; nur muß es, den heutigen Verhältnissen und Möglichkeiten angepaßt, mit konkreten Inhalten gefüllt, auch in neue gesellschaftliche Mobilisierung umgesetzt werden. Das Einfache, das so schwer zu machen ist?

Vorschau

Z - Nr. 17

erscheint Anfang März 1994
mit dem Schwerpunktthema

Sozialismus: Erfahrungen - Konzeptionen - Diskussionen. Erste Zwischenbilanz nach dem Crash (II)

Beiträge u.a. von Arnold/Modrow, Bischoff/Menard, Goldschmidt, Jung, Miehe

Standpunkte zu: "Was ist heute marxistische Erneuerung?"

Ferner: E. DalBosco zu Italien, W. Adolphi zu China, D. Boris zu Lateinamerika, H. Neubert zur Nachkriegsordnung, A. Showstack-Sassoon zu Gramsci, P. Strutyński zur Gruppenarbeit u.a.

Sowie: Beiträge zur Wert-Preis-Transformations-Debatte von H.J. Schimmel/K.D. Hügel, F. Kern, R. Katzenstein u.a.

²⁰ Marx-Engels, Ausgewählte Werke, Frankfurt/Main, Band IV, S. 24

André Brie

Die Verhältnisse tanzen lassen

Das Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus" an der Humboldt-Universität zu Berlin 1988/89

Im November 1988 fand im kleinen Rahmen die Eröffnungsberatung zu einem interdisziplinären Forschungsprojekt der Humboldt-Universität zu Berlin statt, deren Ergebnisse einige Wochen später unter dem Titel "Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus" und mit der damals erforderlichen "Druck-Genehmigungs-Nummer B 529/89"¹ in etwas mehr als einhundert Exemplaren und für einen kleinen Bezieherkreis ("für die innerwissenschaftliche Diskussion"²) veröffentlicht wurden. Für die Verhältnisse der damaligen DDR war das Zustandekommen des Forschungsprojektes und der ersten Studie fast ein Wunder und maßgeblich dem kritischen Verantwortungsbewußtsein des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität, Prof. Dieter Klein, zu danken, der seine "schützenden" Hände über das Projekt hielt, sowie dem Engagement von Michael Brie, der die Arbeit initiierte und interdisziplinär organisierte.³

Hintergrund für das Zustandekommen des Forschungsprojektes waren die sich abzeichnende gesellschaftliche Krise der DDR, die Erstarrung des politischen Systems und wesentlicher Teile der Gesellschaftswissenschaften in der DDR und der frische Wind, der aus Moskau zu spüren war und den Mief daheim noch unerträglicher machte. Von Anfang an war die Arbeit aber entscheidend von der prinzipiellen Erkenntnis geprägt, daß sich geradezu epochale Umwälzungen in den modernen Gesellschaften in Ost und West, in der Produktivkraftentwicklung und in den internationalen Beziehungen vollzogen.⁴

Entstanden als vorsichtiger, aber entschiedener Versuch, der dominierenden gesellschaftswissenschaftlichen Apologetik zumindest partiell kritisches wissenschaftliches und politisches Verantwortungsbewußtsein entgegenzusetzen, war den Beteiligten der Marx'sche Ansatz, Wissenschaft als Kritik der Theorie und der Praxis zu betreiben, ein wesentlicher Ausgangspunkt für ihr Engagement. In der Wende wurden sie fast alle zu wirklichen politischen Akteuren (nicht zuletzt in jener Bewegung in der SED, die im

¹ Humboldt-Universität zu Berlin, Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus, Materialien der Eröffnungsberatung November 1988, Berlin 1989.

² Ebenda, S. 4.

³ Vgl. dazu auch: Gespräch mit Dieter Klein und Michael Brie, Das Scheitern des humanistischen Sozialismus, in: Tilman Fichter, Die SPD und die Nation, Berlin, Frankfurt/Main 1993, S. 267-279.

⁴ Vgl. Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen..., a.a.O., S. 4.

November 1989 das Politbüro und das Zentralkomitee zum Rücktritt zwang, sowie bei der Ausarbeitung der programmatischen Grundlagen des außerordentlichen Parteitages der SED/SED-PDS im Dezember 1989).

Durch die Implosion des osteuropäischen Staatssozialismus wäre von dem Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus" jedoch nur eine historische Reminiszenz geblieben, wenn es nicht von Anfang an den bereits erwähnten prinzipiellen theoretischen Anspruch gegeben hätte. Das Selbstverständnis der Autorinnen und Autoren war gerade in der "Wende" wesentlich auch, wie Rainer Land zu recht schrieb, "das Selbstverständnis *unabhängiger* Wissenschaft, vom Standpunkt der gemeinsamen Handlungsbedingungen aller Akteure die Bedingungen ihrer besonderen Interessen zu bestimmen."⁵

Ich werde mich auf die Ergebnisse des Forschungsprojektes aus den Jahren 1988 und 1989 konzentrieren.⁶ Es gibt Vorarbeiten, die weiter zurückreichen und viele wertvolle Resultate aus späterer Zeit. Spätestens im Januar 1990 brach der aus der Not unfreier Wissenschaft, eigener ideologischer Scheuklappen, aber auch aus einem gemeinsamen Engagement für eine radikale sozialistische Reform der DDR entstandene Konsens zwischen den Beteiligten auseinander. In theoretischen Arbeiten, umfangreicher Publizistik und sogar in praktischer Politik zeigen sich jedoch bis heute gemeinsame Wurzeln aus der Arbeit am Projekt "Moderner Sozialismus" und eine Nachwirkung ihrer Ergebnisse.⁷ Anfang 1990 gründeten zahlreiche der am Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus" beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung an der Humboldt-Universität. Es überstand die herrschende Roll-back-Strategie in der BRD nicht. Die Ergebnisse theoretischer und praktischer Arbeit an diesem Projekt haben jedoch auf durchaus vielfältige Weise ihre Lebensfähigkeit bewiesen, wenngleich theoretische und politische Korrekturen sowie vor allem jene Korrekturen, die das Leben selbst diktierte, zu großer Bescheidenheit zwingen.

⁵ Harald Bluhm, André Brie, Michael Brie, Wilfried Ettl, Rainer Land, Dieter Segert, Wolfram Wallraf, Rosemarie Will, Texte zu Politik, Staat, Recht, Berlin 1990, S. 5.

⁶ Neben den in diesem Beitrag zitierten Quellen sei darauf hingewiesen, daß durch das Forschungsprojekt 1989/90 zahlreiche Studien unter dem Serien-Titel "Beiträge zur Sozialismuskritik" in jeweils 100-200 Exemplaren veröffentlicht wurden, darunter zu theoretischen und praktischen Fragen der Produktivkraft- und Wirtschaftsentwicklung, der Eigentumsproblematik, der Gesellschaftsgestaltung durch Verfassungsdiskussion, der Geschichte (Stalinismus), der internationalen Beziehungen, des Feminismus, der Kommunikationstheorie usw. usf.

⁷ Vgl. beispielsweise: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.), *Umbruch zur Moderne?*, Hamburg 1991; Zur Diskussion. Eine Dokumentation eigener Positionen, in: Michael Brie (Hrsg.), "Let's play Golf". Die Welt im Widerstreit, Berlin 1991, S. 260-328; Ewald Böhlke/Michael Brie, *Rußland wieder im Dunkeln*, Berlin 1992; Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.), *Zwischen den Zeiten*, Hamburg 1992; Michael Brie/Dieter Klein, *Der Engel der Geschichte*, Berlin 1993; André Brie, *Befreiung der Visionen*, Hamburg 1992; hinsichtlich der Widerspiegelung in der Politik ist meiner Meinung nach das neue Programm der PDS, angenommen im Januar 1993, hervorzuheben.

Beteiligt waren an der Eröffnungsstudie als Autoren Harald Bluhm, Michael und André Brie, Hans-Peter Krüger, Rainer Land und Dieter Segert. Die Themen reichten vom "Zusammenhang von Sozialismustheorie, Epochenverständnis und Theorie des modernen Kapitalismus", die theoretischen, die politischen und die sozialökonomischen Aspekte eines modernen Sozialismus, "die kapitalistische Gesellschaft als die erste moderne Gesellschaft" bis hin zu "philosophischen Überlegungen zu einer zeitgemäßen Subjektauffassung".⁸ Im Sommer 1989 wurde die erste Folgestudie fertiggestellt: "Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels des Sozialismus in der DDR und anderen sozialistischen Staaten des RGW."⁹ Neben der weiteren Analyse der "globalen Umbruchsituation" ging es diesmal unter dem Druck sehr schneller Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise in der DDR um ausgesprochen praktische Fragen: die Entwicklung von Wirtschaftsreformen in den RGW-Ländern, die Weiterentwicklung der Sozialpolitik, der Wirtschaftsentwicklung in der DDR und die "Gestaltung der Leitung, Planung und Regulierung der Wirtschaftsentwicklung".¹⁰

Als die Krise der DDR mit der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im Sommer 1989 offen ausbrach, wurde die theoretisch-wissenschaftliche und analytische Arbeit durch den Versuch ergänzt, praktisch-politisch einzugreifen. Der Ökonom Wilfried Ettl (Akademie der Wissenschaften der DDR), mein Bruder Michael und ich erarbeiteten - in Diskussion mit anderen - Ende August, Anfang September 1989 Thesen "Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED"¹¹. Den September über versuchten wir, Mitglieder des ZK der SED und einige prominente Intellektuelle für die Unterstützung dieser Thesen und die Formierung einer innerparteilichen Opposition zu gewinnen. Das erwies sich als ungleich schwieriger als die relativ schnell geschehene Formulierung der Thesen und letzten Endes als unrealisierbar. Als wir die Thesen Anfang Oktober an das Zentralkomitee der SED gaben, standen wir ohne größere Unterstützung da. Von den ZK-Mitgliedern hatte lediglich Prof. Manfred Weckwerth, der Präsident der Akademie der Künste, seine Unterschrift unter die Thesen gesetzt. In ihrem Vorspann war als Ziel definiert, "Anregungen für die Ausarbeitung einer fundierten und realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage der DDR und daraus zu ziehende Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED zu geben. Nur wenn unsere Partei sich an die Spitze der unaufschiebbar ge-

⁸ Vgl. Humboldt-Universität zu Berlin, Forschungsprojekt..., a.a.O., S. 3.

⁹ Vgl. Michael Brie, Rainer Land, Hannelore Petsch, Dieter Segert, Rosemarie Will, Studie zur Gesellschaftsstrategie, Berlin 1989, S. 5.

¹⁰ Ebenda, S. 127.

¹¹ André Brie/Michael Brie/Wilfried Ettl, *Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED*, in: Harald Bluhm, André Brie, Michael Brie, Wilfried Ettl, Rainer Land, Dieter Segert, Wolfram Wallraf, Rosemarie Will, Texte zu Politik, Staat, Recht, Berlin 1990, S. 79-99.

wordenen Erneuerung stellt, können der sozialistische Charakter unserer gesellschaftlichen Entwicklung gewahrt und ausgebaut sowie das Erreichte gesichert werden.¹²

Die Hoffnung in die SED war ebenso illusionär wie die in die radikale Reformierbarkeit der DDR, wenngleich letztere Hoffnung sich nicht nur aus Fehleinschätzungen über den Grad der Erosion des gesamten gesellschaftlichen Systems der DDR und der Absichten und Möglichkeiten der realen politischen Akteure, sondern ganz wesentlich aus einem geradezu verzweifelten Engagement für eine letzte Anstrengung ergab, die DDR und ihre sozialistische Perspektive zu wahren. Natürlich gab es in den Thesen auch eine Menge Rückversicherung, die nur verständlich wird, wenn man sich erinnert an das damals nicht einmal ein Jahr zurückliegende Vorgehen der SED-Führung gegen die Kritikerinnen und Kritiker des "Sputnik"-Verbots in den eigenen Reihen oder an die Tatsache, daß die Sozialdemokraten der DDR erst im Oktober wagten, die SDP zu gründen. Immerhin wurde in den nicht zu überbietenden Realitätsverlust der SED-Erfolgspropaganda zum 40. Jahrestag der DDR hinein in den Thesen festgestellt: "Die DDR befindet sich ökonomisch, sozial, politisch und ideologisch in einer latenten Krisensituation. In allen gesellschaftlichen Bereichen haben sich gravierende und tiefgreifende Probleme angehäuft, deren Lösung auf den bisherigen Wegen unmöglich ist."¹³ In These 4 hieß es: "Die tendenziell krisenhafte Zuspitzung vieler Probleme und die Gefahr ihrer explosiven Überlagerung wie aber auch die Schwierigkeiten ihrer progressiven Bewältigung haben in der wachsenden Ohnmacht der Individuen gegenüber den geschaffenen gesellschaftlichen Strukturen den zentralen Punkt. Die Vergesellschaftung hat fast ausschließlich Formen der Verstaatlichung angenommen."¹⁴

Der Realismus solcher und anderer Einschätzungen der Thesen kontrastierte nicht nur mit den offiziellen SED-Dokumenten, sondern beispielsweise in bemerkenswerter Weise auch mit Urteilen der SPD aus jener Zeit. Liest man heute noch einmal die Teile zur Ökonomie und Sozialpolitik¹⁵, so wird - bei aller auch vorhandenen Beschönigung und Begrenztheit der Urteile, die sich vor allem aus der äußerst eingeschränkten Zugänglichkeit realistischer ökonomischer Daten in der DDR erklärt - auch der Irrationalismus und/oder die Verlogenheit der selbst heute noch vertretenen CDU/CSU/FDP-Behauptungen deutlich, man sei nicht über die reale Situation der DDR-Volkswirtschaft informiert gewesen.

Bei materialistischer, realistischer Analyse erweisen sich die von konservativen Publizisten und orthodoxen Kommunisten gleichermaßen vertretenen Behauptungen, die DDR sei durch ein "Komplott" Gorbatschows, des

¹² Ebenda, S. 79.

¹³ Ebenda, S. 80.

¹⁴ Ebenda, S. 81.

¹⁵ Ebenda, S. 87-96.

KGB und der an der Leine des KGB handelnden "Perestroikisten" in der DDR zerstört worden¹⁶, als ebenso dümmlich. Wer sich die ökonomischen Daten der DDR aus den achtziger Jahren wenigstens einmal ansieht, den Zustand des gesamten politischen Systems in der DDR und die Entwicklung der Stimmung unter den Bürgerinnen und Bürgern der DDR nach immer wieder enttäuschten Hoffnungen auf demokratische und sozialökonomische Reformen (1953, 1961, 1967/68, 1972) und angesichts erlebbarer Ignoranz und Selbstisolierung der politbürokratischen Gerontokratie, kann keine Illusion mehr darüber haben, daß die Gesellschaft der DDR Ende der achtziger Jahre nur noch durch negative Reproduktion, das heißt durch das Verschlingen der volkswirtschaftlichen und politisch-ideologischen Substanz sowie durch administrativ-repressive Methoden vor dem Kollaps bewahrt wurde. In den Thesen hieß es: "Durch ein Aufzehren nahezu aller Reserven und auf Kosten der zukünftigen stabilen Reproduktion konnte die Zuspitzung von ungelösten Problemen zur Krise in den letzten Jahren noch hinausgezögert werden. Die in diesen Jahren entstandenen Erscheinungen massenhafter Unzufriedenheit und Frustration haben eine gefährliche Eigendynamik gewonnen. Es ist abzusehen, daß es in den nächsten zwei bis drei Jahren mit der Verschmelzung der ungelösten Probleme in den jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereichen zu einer *Krise des gesamten Reproduktionsmechanismus* kommen wird."¹⁷

So wie es nicht gelungen war, eine Gruppe der ZK-Mitglieder für die Unterstützung der Thesen zu gewinnen, so blieben ihr Realismus und ihre Schlußfolgerungen auch nach der Ablösung Honeckers und der Inthronisierung Egon Krenz' ohne Einfluß. Natürlich war es dem relativ kleinen Kreis von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich seit 1988 und vor allem ab Herbst 1989 um das Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus" sammelten, nicht möglich, umfassende und für die entscheidenden gesellschaftlichen Bereiche konkrete Analysen und Handlungskonzepte auszuarbeiten. Hinsichtlich realistischer Einschätzungen der Gesamtsituation, der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundtrends und theoretischer Fragen moderner Gesellschaftsentwicklung lag jedoch ein Material vor, das sich in weiten Teilen bemerkenswert von dem damals vorherrschenden Voluntarismus, anhaltender ideologischer Blindheit, Orientierungs- und Konzeptionslosigkeit sowie dem allgemeinen Irrationalismus unterschied.

Da selbst die Modrow-Regierung sich jedoch auf die etablierte DDR-Wissenschaft orientierte, blieb es bei der weitgehenden praktischen Folgelosigkeit der Forschungen, obwohl mit geradezu revolutionärer Euphorie theoretische und praktische Ausarbeitungen zu vielen Fragen entstanden,

¹⁶ Ralf Georg Reuth, Andreas Bönke, *Das Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam*, München Zürich 1993; Holger Becker, *Moskau und die "Wende" in der DDR*, Neues Deutschland, 24. 9. 1993, S. 13.

¹⁷ A.a.O., S. 80f.

die meiner Meinung nach tendenziell ein hohes wissenschaftliches Niveau aufwiesen. Die verschiedenen Versuche, insbesondere durch Rainer Land, an Hans Modrow heranzukommen, waren erfolglos. Zumindest wurde Modrow und seiner Regierung nicht klar, daß es partiell durchaus ein wissenschaftliches Rüstzeug für eine radikale Reformpolitik gab. Hans Modrow stellte zwar später fest, daß es ihm von Anfang an darum ging, Wissenschaftler einzubeziehen, "die in der Lage waren, Reformgedanken für Wirtschaft, Staat und Außenpolitik ... einzubringen. Eine besonders konstruktive Arbeit haben dabei die Gruppen der Humboldt-Universität um Dieter Klein und der Hochschule für Ökonomie in Karlshorst um Christa Luft sowie Experten aus dem Außenministerium geleistet."¹⁸ In Wirklichkeit blieb jedoch weder ihm noch den anderen Mitgliedern seiner Regierung - vielleicht verständlich in der kaum noch nachvollziehbaren Dynamik jener Monate - Zeit für die Erschließung der Gedankenwelt des Sozialismusprojektes an der Humboldt-Universität und der konkreten Vorschläge. Das Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus" spielte 1988 bis Anfang 1990 in den politischen Debatten der "Wende" in der DDR eine nicht geringe Rolle. Die Eröffnungsmaterialien dürfen wohl mehr als tausend Mal vervielfältigt worden sein. Wer die geringen Möglichkeiten dazu in der DDR kennt, weiß, welche Wertschätzung sich darin verbergen muß. Der Verlag Neues Leben brachte sie 1990 in einer - erweiterten - Fassung für einen breiteren Leserrinnen- und Leserkreis heraus.¹⁹ Aber, wie gesagt, dauerhaftere Bedeutung wird meiner Meinung nach die theoretische Arbeit haben. Auch wenn das Projekt und seine Autoren die Anfangsenergie wesentlich aus Gorbatschows Politik von Perestroika, Glasnost und "neuem Denken" zogen, gingen die Beteiligten vor allem durch ihren analytisch-theoretischen Anspruch, einen größeren Realismus und durch die Hinwendung zu Problemen, die in der sowjetischen Debatte keine reale Rolle spielten, über Gorbatschow weit hinaus. Dessen Voluntarismus war wohl keinem von uns damals ausreichend bewußt, selbst versuchten wir uns jedoch, so sorgsam es ging, unserer theoretischen und empirischen Grundlagen zu versichern.

Viele Ergebnisse des damaligen Sozialismusprojektes werden sich lediglich von Fachleuten auf den jeweiligen Gebieten seriös einschätzen lassen. Ich möchte - ausschließlich aus persönlicher Sicht und ohne gegenwärtige Möglichkeit zu gründlicher vergleichender theoretischer Analyse - drei Momente hervorheben, die über das Ende des osteuropäischen Staatssozialismus hinaus Bedeutung behalten. Eine detaillierte, umfassende und wertende Darlegung ist hier nicht möglich:

¹⁸ Hans Modrow, *Aufbruch und Ende*, Hamburg 1991, S. 37.

¹⁹ André Brie, Michael Brie, Rosi Will, Dieter Segert, Ina Merkel, Thomas Flierl, Rainer Land, Hartwig Schmidt, *Sozialismus am Scheideweg. Fragen an eine neue Konzeption*, Berlin 1990.

Erstens: Kaum noch bestritten, wenn auch gesellschaftspolitisch praktisch folgenlos, ist die Einschätzung, daß sich die menschliche Zivilisation in einer historisch beispiellosen Zäsur und in einer Existenzkrise befindet. Es wäre sicherlich nicht uninteressant, die ganze Charakterisierung dieser Situation aus den damaligen Papieren kritisch darzustellen, hier soll nur auf einen meiner Meinungen nach wichtigen, gleichermaßen theoretischen wie praktischen Aspekt verwiesen werden, der in der aktuellen Debatte kaum eine Rolle spielt. In den Thesen der Eröffnungsmaterialien wurde eingeschätzt: "Die Grundlage dieser Umbruchsituation ist die Herausbildung einer auf den Produktivkräften der wissenschaftlich-technischen Revolution beruhenden grundsätzlich neuen - globalen - Reproduktionsweise der Menschheit... Zunehmend erfaßt diese Globalisierung des menschheitlichen Reproduktionsprozesses das materielle, soziale, politische und geistige Leben in seiner Komplexität."²⁰ Der zivilisationsgefährdende Verlauf dieser Globalisierung wird auf den sich "beschleunigt und krisenhaft zuspitzenden Widerspruch zu den überkommenen ökonomischen, politischen und geistigen Strukturen früherer, wesentlich bornierter Vergesellschaftung" zurückgeführt: "Es ist zu einem Zurückbleiben der Reproduktionsformen der Menschheit hinter den heute existierenden globalen Reproduktionserfahrungen gekommen. Der Widerspruch zwischen den real dominierenden ökonomischen, politischen und geistigen Strukturen einerseits und den in zunehmendem Maße eine Beherrschung globaler Reproduktion und Entwicklung fordernden Produktivkräften andererseits hat zur existentiellen Bedrohung der Menschheit geführt."²¹

Zweitens: Bis heute heftig um- und bestritten ist die im Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus" entschieden vertretene und mit ihren theoretischen Wurzeln in das Marx'sche Kapitalismusverständnis zurückreichende Kategorie der "modernen Gesellschaft"²², zu der auch die kapitalistische Gesellschaft gerechnet wurde. Bei der Verwendung dieser Begrifflichkeit ging es weder damals noch heute um eine Verklärung des Wesens kapitalistischer Gesellschaft. Unter moderner Gesellschaft wurde vielmehr "eine Gesellschaft verstanden, deren Reproduktion mit Zwangsläufigkeit auf die Entwicklung des materiellen, sozialen, politischen und geistigen Reproduktionsprozesses gerichtet ist. Darin ist die ständig erneuerte qualitative und zyklisch verlaufende Veränderung der Gesamtheit der Bedingungen, der Subjekte mit ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten und aller gesellschaftlichen Verhältnisse und ihres Zusammenhangs miteinander eingeschlossen. Dies setzt erstens die Auflösung der naturwüchsigen Verschränktheit von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion voraus

²⁰ Philosophische Grundlagen..., a.a.O., S. 9.

²¹ Ebenda, S. 10; vgl. auch: André Brie, *Thesen zu einer neuen Außenpolitik*, in: Hubertus Knabe (Hrsg.), *Aufbruch in eine andere DDR*, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 237-248.

²² Vgl. z.B. Karl Marx, *Kritik der Politischen Ökonomie*. Vorwort, in: MEW Bd. 13, S. 7ff.; ders., *Der Achtzehnte Brumaire des Napoleon Bonaparte*, in: MEW Bd. 8, S. 11f.; ders., *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin 1953, S. 28f., 79f., 312f., 387f.

und zweitens die Entstehung relativ selbständiger Teilbereiche der Wirtschaft, des Rechts, der Politik, der Wissenschaft, der Bildung usw.²³ Der Kontrast zur herrschenden Ideologie und Praxis in der DDR und die Berührung mit Ideen, den dominierenden Charakter einer Gesellschaft durch die Institutionalisierung von Gegenmächten zu verändern, sind offensichtlich. Die theoretischen und politischen Konsequenzen für die Kapitalismus- und Sozialismusanalyse wurden vor allem von Michael Brie²⁴ und Hans-Peter Krüger²⁵ ausgearbeitet. Sie schlossen die - in der DDR verpönten - Überlegungen zur "Unterscheidung zwischen zu Bewahrendem und zu Überwindendem"²⁶ ebenso ein wie Untersuchungen der positiven, zivilisatorischen Entwicklungspotentiale der kapitalistischen Gesellschaft, die die Negation ihrer Totalität ermöglichen könnten. Folgerichtig differenziert Krüger sowohl innerhalb der kapitalistischen als auch einer sozialistischen Gesellschaft: "Offenbar ist nicht alles, was *im* Kapitalismus vorkommt, ... kapitalistisch zu nennen. Die im 20. Jh. deutlich demonstrierte Überlebensfähigkeit des Kapitalismus könnte damit zusammenhängen, daß in dieser Gesellschaft zwar eine spezifisch kapitalistische Selektion dominiert, die sich aber nicht von spezifisch kapitalistischen, sondern modernen Möglichkeiten der Gesellschafts- und Kulturentwicklung nährt... Und offenbar ist auch nicht alles, was *im* bisher historisch gewachsenen Sozialismus vorkommt, schon deshalb spezifisch sozialistisch zu nennen, wenigstens nicht in dem Sinne, daß es den modernen Errungenschaften der kapitalistischen Gesellschaft überlegen wäre."²⁷ In diesem Sinne wurde durch die Projektgruppe 1989/90 und insbesondere durch Dieter Klein die notwendige Reformstrategie in der DDR bzw. bei einer Vereinigung beider deutscher Staaten auch als doppelte Modernisierung gekennzeichnet, bei der zum einen zivilisatorische Ergebnisse oder Ansprüche der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft nachholend durchgesetzt werden sollten (individuelle und politische Menschenrechte, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Marktmechanismen). Zum anderen sollte es um die Beantwortung der globalen Fragen und die Internationalisierung moderner Reproduktionsprozesse mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungen gehen (z.B.: direkte Demokratie, Wirtschaftsde-mokratie, Institutionalisierung demokratischer Gegenmächte, gesellschaftliche Fähigkeiten zu vorausschauender Planung existentieller wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Prozesse).²⁸

²³ Ebenda, S. 13.

²⁴ Vgl. Studie zur Gesellschaftsstrategie..., a.a.O., S. 11-26; Micael Brie, "Selbstaufhebung" des Sozialismus, in: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.), Zwischen den Zeiten, a.a.O., S. 57-100; dies., Umbruch zur Moderne, a.a.O.

²⁵ Philosophische Grundlagen..., a.a.O., S. 94-123.

²⁶ Ebenda, S. 94.

²⁷ Ebenda, S. 95.

²⁸ Vgl. insbesondere: Dieter Klein, Jahrhundertbilanz: Die Zerrissenheit der Moderne, in: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.), a.a.O., S. 20-55.

Drittens: Insbesondere von Harald Bluhm wurden kommunikationstheoretische und moderne Subjektauffassungen entwickelt. Der Anspruch ging weit über damalige und heutige reale Möglichkeiten hinaus: "Denn für eine bewußte Gesellschaftsgestaltung sind entsprechende Subjekte notwendig, die ihre Entwicklung und Zusammenhänge beherrschen. Die weltgeschichtliche Situation der Menschheit als ganzes und innerhalb der verschiedenen Systeme muß demnach zum einen hinsichtlich der in Gang gesetzten ökonomischen, sozialen und politischen Auswirkungen betrachtet werden. Zum anderen sind verstärkt detaillierte Einsichten in die Bedingungen, Mittel und Möglichkeiten der Formierung bzw. Erzeugung von Subjekten, Bündnissen und Kräftekonstellationen zur Durchsetzung progressiver Alternativen gefragt."²⁹ Dieses Herangehen impliziert im übrigen ein - für Linke - sowohl ungewohnt distanzierendes Verhältnis zwischen Theorie und Politik als auch eine Verantwortung der Theorie für ihre praktischen Folgen. Aktuelle politische und wissenschaftliche Diskussionen über die Subjektproblematik weisen auf die Ungelöstheit dieses Problems für die Linke und auf die Kompliziertheit dieser Frage hin. Nichtsdestotrotz finden sich bei Harald Bluhm bereits in den ersten Arbeiten Hinweise, hinter denen das Gros der aktuellen Debatte weit zurückbleibt: "Den Ausgangspunkt für die Darlegungen bildet ein Subjektbegriff, der die Individuen als primäre Subjekte faßt. Dieser erschöpft sich aber nicht in einer Dialektik von Verhalten und Verhältnissen, sondern hat ebenso den Zusammenhang von angeeigneten und objektivierten Verhältnissen sowie die Partizipation der Individuen an anderen gesellschaftlichen Subjektformierungen zu seinen konstitutiven Momenten."³⁰

Bereits Anfang 1990 wurde der Name des Forschungsprojektes "Moderner Sozialismus" angesichts einer sich herausbildenden völlig anderen gesellschaftlichen Realität fallengelassen. Die theoretischen und politischen Ansprüche des Projektes haben das Ende des Staatssozialismus und der DDR meiner Meinung nach jedoch überlebt. Die Zerrissenheit der Moderne, wie es Dieter Klein bezeichnete, konfrontiert die Menschheit mit einer wahrhaft existentiellen Krise. Einer ihrer Ausgangspunkte und eine ihrer Ausdrucksformen ist die Krise gesellschaftlicher Kommunikation. Die Intensität, Öffentlichkeit und gesellschaftliche Wirksamkeit des Sozialismus-Diskurses in der letzten Phase der DDR ist wohl nur in Zeiten ungeheurer Umbrüche erreichbar. Daß die Zeitschrift Z jedoch Platz für die Diskussion eines von der Zeit scheinbar so hoffnungslos überholten Forschungsprojektes einräumt, ist sicherlich kaum einem geschichtswissenschaftlichem Ziel der Zeitschrift zuzuschreiben.

²⁹ Harald Bluhm, Philosophische Überlegungen zu einer zeitgemäßen Subjektauffassung, in: ebenda, S. 124.

³⁰ Ebenda, S. 127.

Was bleibt vom Konzept des "realen Sozialismus"?

Der reale Sozialismus in Europa ist zusammengebrochen. Seine Gegner erklären den Sozialismus für tot, den Kapitalismus zum letzten Wort der Geschichte. Aber sie triumphieren zu früh. Gescheitert ist nicht der Sozialismus, sondern ein bestimmter Sozialismustyp. Die Idee des Sozialismus lebt und muß in einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden, wenn die Menschheit überleben soll. Die Überwindung des Kapitalismus durch eine von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite, solidarische Gesellschaft, die allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, bleibt unverzichtbar. Mehr noch: Der Kampf für den Sozialismus ist heute notwendiger denn je, verschärfen sich doch gerade im Gefolge des Abgangs des realen Sozialismus in Europa die Widersprüche des Kapitalismus, die seine Ablösung notwendig machen, in ganz rasantem Tempo.

Darum wollen die Verteidiger des Kapitalismus jeden Gedanken an die Möglichkeit einer Alternative zum Kapitalismus blockieren. Der reale Sozialismus wird in Bausch und Bogen in den Dreck getreten. Alles, was an ihn erinnert, wird plattgemacht, und dies umso rigeroser, je mehr auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem heutigen Kapitalismus - der den ihm durch die Systemkonkurrenz aufgezwungenen "sozialen Ballast" über Bord wirft und mehr und mehr wieder als ungeschminkte Ausbeuterordnung sichtbar wird - die Leistungen des realen Sozialismus deutlich werden.

Um die Voraussetzungen für einen neuen Anlauf zum Sozialismus zu schaffen, scheint es mir darum für Sozialisten unerlässlich zu sein, dieser antisozialistischen Strategie entschieden entgegenzutreten. Dazu gehört, sich der Aufgabe zu stellen, nicht nur die Fehlentwicklungen des realen Sozialismus aufzuarbeiten, sondern auch seine Leistungen. Zu den negativen Entwicklungen, durch die letztlich der erste große Versuch, eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus zu schaffen, gescheitert ist, wurde bereits viel geschrieben, darunter in dieser Zeitschrift. Auch der Autor dieses Aufsatzes hat sich dazu geäußert.¹ Zu den Leistungen des realen Sozialismus und dem, was aus seinen Erfahrungen in die Überlegungen für künftige sozialistische Gesellschaften einfließen sollte, gibt es dagegen kaum Veröffentlichungen.

¹ Siehe: W.G.: Die Krise des Sozialismus - Folgerungen für Sozialismusbild und -propaganda, in: Marxistische Blätter, 12/89; W.G.: Zu den Ursachen des Zusammenbruchs des realen Sozialismus in Europa, in: D. Boris, W. Gerns, H. Jung (Hg.): Keiner redet vom Sozialismus - Aber wir, Pahl Rugenstein Nacht, Bonn 1992; W.G.: Der Oktober und die Zukunft des Sozialismus, in: Marxistische Blätter, Heft 5/1992 u.a.

Zum Konzept des realen Sozialismus

Die zusammengebrochenen Gesellschaften in der Sowjetunion, der DDR und Osteuropa werden von linken Autoren unterschiedlich bezeichnet: als Frühsozialismus, Kommandosozialismus, administrativ-bürokratischer Sozialismus, Staatssozialismus, realer Sozialismus u.a. Manche vertreten den Standpunkt, es habe sich überhaupt nicht um sozialistische Gesellschaften gehandelt. Diese Position teile ich nicht. Aus den einleitenden Zeilen ist bereits ersichtlich, daß ich zu denjenigen gehöre, die den Begriff "realer Sozialismus" verwenden. Er wird gebraucht, um damit deutlich zu machen, daß es sich nicht um ein Idealbild des Sozialismus handelt, sondern um den Sozialismus, wie er mit seinen Leistungen, aber auch mit seinen Deformationen real existierte.

Wenn die Frage beantwortet werden soll, ob es zulässig ist, die genannten Gesellschaften als sozialistische zu charakterisieren, dann muß man sich darüber verständigen, was unter Sozialismus verstanden wird. Schließlich gab und gibt es sehr unterschiedliche Sozialismusvorstellungen. So haben sich Marx und Engels bekanntlich schon im "Manifest der Kommunistischen Partei" und in anderen Arbeiten mit den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismuskonzeptionen ihrer Zeit auseinandergesetzt. Auch heute haben wir es mit unterschiedlichen Sozialismusvorstellungen zu tun. Es gibt den von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus, christlich geprägte Sozialismusbilder, und es gibt den "demokratischen Sozialismus" der Sozialdemokratie, der den Sozialismus nicht als eine vom Kapitalismus qualitativ unterschiedene sozialökonomische Formation versteht, sondern als ethische Werte, denen sich eine Gesellschaft annähern, die sie jedoch nie vollständig erreichen kann.

Ich lasse mich von den Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus leiten, der den Sozialismus als eine sozialökonomische Formation mit eigenen sozialökonomischen Strukturen begründet. Dabei haben Marx und Engels kein detailliertes Sozialismuskonzept erarbeitet. Gegenstand ihrer Arbeiten war im wesentlichen die Analyse des Kapitalismus und seiner Gesetzmäßigkeiten. Über den Sozialismus/Kommunismus finden sich bei ihnen nur allgemeinste Aussagen über das Ziel und die unverzichtbaren Grundvoraussetzungen dieser Gesellschaft sowie die Unterschiede zwischen den beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation.

Dieser Umstand berechtigt meiner Überzeugung nach jedoch nicht zu der Schlußfolgerung: "Es gab und gibt also keine allgemein gültige Meßlatte der Klassiker, die, an eine Gesellschaft angelegt, zeigt, ob sie eine sozialistische ist."² Die Aussagen von Marx und Engels halte ich sehr wohl für geeignet diese Funktion zu erfüllen, und dies gerade, weil sie allgemeinste

² Klaus Peter Kisker, Krise des Sozialismus?, in: Initial 1/91, S. 57.

Kriterien darstellen, die von allen nationalen und historisch bedingten Besonderheiten abstrahieren.

Die Klassiker benannten im "Manifest der Kommunistischen Partei", der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, die Grundvoraussetzungen, die notwendigen Fundamente für die Errichtung des gesellschaftlichen Gebäudes Sozialismus/Kommunismus. Sie schreiben, "daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren".

Weiter benennen sie als Aufgabe u.a.: "Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan."

Über das letztendliche Ziel dieser Maßnahmen heißt es: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." Darin sahen sie das Wesen der neuen Gesellschaft. Wobei sie hier noch nicht zwischen den beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation unterscheiden. Allerdings wird aus dem Kontext deutlich, daß sie hier die vollendete kommunistische Gesellschaft im Blick hatten. Darum kann mit Blick auf den Sozialismus die Meßlatte wohl nur in der Fragestellung bestehen, ob die Entwicklung der Gesellschaft auf die genannten Grundvoraussetzungen bauend in diese Richtung geht.³

In seiner Kritik des Gothaer Programms begründet Marx die Unterschiede zwischen den beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation und kommt bekanntlich hinsichtlich des Sozialismus zu der Feststellung: "Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorkommt."⁴ Daraus ergeben sich die Grenzen dieser Gesellschaft bei der Verwirklichung des oben genannten Zieles und auch die Notwendigkeit der Anwendung des - wie Marx begründet - aus dem Blickwinkel der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation noch ungerechten sozialistischen Verteilungsprinzips: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Mir scheint, daß nicht wenige linke Kritiker des realen So-

³ MEW 4, S. 481/482.

⁴ MEW 19, S. 20.

zialismus den Sozialismus mehr oder weniger an Kriterien messen, die erst im vollendeten Kommunismus zu verwirklichen sind. Zudem werden oft die konkreten geschichtlichen Bedingungen, außer acht gelassen, unter denen die Gesellschaften des realen Sozialismus entstanden sind und sich entwickeln mußten.

Legt man die hier angeführten Äußerungen der Klassiker über den Sozialismus als Meßlatte an die ehemaligen Länder des realen Sozialismus in Europa an, so hatten wir es sehr wohl mit sozialistisch verfaßten Gesellschaften zu tun, allerdings mit solchen, deren Grundlagen aus vielerlei Gründen deformiert waren. Die politische Macht der Bourgeoisie wurde überwunden. An ihre Stelle trat jedoch nicht die unmittelbare Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern die Machtausübung durch die kommunistische Partei im Namen der Klasse. Das kapitalistische Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln wurde beseitigt. Sie wurden in den Händen des Staates zentralisiert, allerdings eines Staates, der nicht unmittelbar das organisierte Proletariat verkörperte, sondern dessen Rolle wiederum weitgehend stellvertretend von der Partei wahrgenommen wurde. Es wurde nach einem gemeinschaftlichen Plan gearbeitet, die unmittelbaren Produzenten hatten jedoch zu wenig wirklichen Einfluß auf die Planung. Wegen dieser Deformationen sprechen Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus mit Blick auf diese Gesellschaften - wie bereits erwähnt - von Frühsozialismus, Staatssozialismus, Kommandosozialismus, administrativ-bürokratischem Sozialismus, realem Sozialismus, aber eben von Sozialismus.

Leistungen des realen Sozialismus

Trotz dieser Deformationen wurde in den Ländern des realen Sozialismus Bedeutendes zur Verwirklichung der Ziele einer sozialistischen Gesellschaft geleistet. Heinz Jung gehörte zu den wenigen, die sich durch den Schock der Niederlage nicht den Blick für die Leistungen des zusammengebrochenen Sozialismus in Europa verstellen ließen. Schon Anfang 1990 hat er in seinem Buch "Abschied von einer Realität" bei deutlicher Benennung der Fehlentwicklungen des Sozialismus in der DDR dessen historische Leistungen gewürdigt⁵:

- Das auf die Planung der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bauende Wirtschaftswachstum.
- Die Sicherheit und Geborgenheit des Individuums im Kollektiv.
- Die Überwindung der Furcht vor den sozialen Wechselfällen des Lebens durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit.

⁵ Vgl. Heinz Jung, Abschied von einer Realität, IMSF Frankfurt a.M. 1990, S. 168-171.

- Die Herauslösung der Grundbedürfnisse, wie des Wohnens, aus den Kreisläufen von Kosten und Rentabilität und der Versuch ihrer Befriedigung nach den Prinzipien der Bedarfswirtschaft.
- Das (aus ökonomischen Gründen sicherlich zu hinterfragende, aber in seiner sozialen Ausrichtung zu würdigende) Subventionssystem, das Pauperisierung ausschloß und für die sozial Schwachen da war.
- Die Stellung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben mit ihren weitgehenden Rechten.
- Der Arbeitsplatz als Lebensraum. Die Einrichtungen in den Betrieben von den Polikliniken bis zu den Kinderkrippen, von den Ferienheimen bis zu den bevorzugt belieferten betrieblichen Einkaufseinrichtungen.
- Die Beseitigung des an Geld gebundenen Bildungsprivilegs. Die Förderung selbst des minimalsten Talents in Schule und Fortbildung, und dabei in besonderem Maße der Frauen.
- Die Befreiung der Kunst und Kultur von der Vorherrschaft des Kommerz.
- Die Abwesenheit von Drogendealern und die weitgehende Beseitigung der Prostitution.
- Die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in anderen Ländern; nichtdiskriminierende, gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern.

Vieles könnte ergänzt werden: die Selbstbestimmung der Frauen bei der Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs durch eine vorbildliche Fristenregelung und andere Fortschritte auf dem Wege, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Frauenemanzipation zu schaffen; die Fürsorge der Gesellschaft für die Kinder und Jugendlichen, die u.a. darin zum Ausdruck kam, daß jedes Kind einen Platz im Kindergarten erhalten konnte und jeder Schulabgänger eine Lehrstelle bekam u.a. Hinzugefügt werden muß der das ganze gesellschaftliche Leben in der DDR durchdringende Antifaschismus, obwohl sicher zutrifft, daß er mit den Jahren mehr und mehr im Formalismus erstarrte. Wenn er deshalb von den Herrschenden in der Bundesrepublik als "verordneter Antifaschismus" verleumdet wird, so kann man nur sagen: Hätten wir doch im Westen wenigstens einen "verordneten Antifaschismus" gehabt anstelle der Nazi-Blutrichter in der bundesdeutschen Justiz, der Gestapoleute in der Polizei, der Hitler-Generale in der Bundeswehr, der NS-Aktivistin Globke, Filbinger, Oberländer und Kiesinger als Staatssekretär, Ministerpräsident, Bundesminister und sogar Bundeskanzler.

Die von Heinz Jung für die DDR genannten Leistungen gelten mehr oder weniger für alle Länder des realen Sozialismus. Mit Blick auf die Sowjetunion müssen zusätzlich die Fortschritte im freundschaftlichen Zusammenleben der Nationen in diesem Vielvölkerstaat genannt werden, in dem nationalistische Exzesse vor dem Sozialismus gang und gäbe waren

und heute nach seiner Zerschlagung erneut das Land erschüttern; die enormen Leistungen, durch die eines der rückständigsten Länder Europas in kurzer Zeit zu einer führenden Weltmacht wurde, die den Hauptbeitrag zur Befreiung der Völker Europas vom Faschismus leistete, die zum Schutzschild wurde, unter dem sich die antikolonialen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt erfolgreich entfalten konnten, und die auf vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik Pionierleistungen vollbrachte. Zu den unbestreitbaren Leistungen der Sowjetunion und der sozialistischen Länder insgesamt gehört die Tatsache, daß durch ihre konsequente Friedenspolitik die Welt viereinhalb Jahrzehnte lang vor einem neuen Weltkrieg bewahrt werden konnte.

Darum ist trotz der Fehlentwicklungen des realen Sozialismus Hanfried Müller zuzustimmen, wenn er feststellt: "Sogar der Sozialismus, der sich gegen den Imperialismus nicht zu behaupten vermochte und selbst unter Antiimperialisten an Akzeptanz verlor, war immer noch dem Imperialismus um eine ganze Epoche voraus und ihm sozial überlegen."⁶

Ursachen der Niederlage

Das Gesellschaftssystem des realen Sozialismus ist - zumindest in Europa - trotz großer Leistungen gescheitert. Dabei haben sowohl äußere wie innere Faktoren eine Rolle gespielt: die Wühlätigkeit des Imperialismus, das Wirken konterrevolutionärer Kräfte im Innern und vor allem Defizite und Fehlentwicklungen im realen Sozialismus selbst. Für diese Defizite sehe ich - wie andere marxistische Autoren - ein ganzes Bündel von Ursachen: ökonomische und politische, objektive und subjektive, geschichtlich bedingte und aktuelle.⁷ Sie im einzelnen darzulegen besteht hier nicht die Möglichkeit.

Auf den Kern gebracht sehe ich für den Zusammenbruch des realen Sozialismus vor allem die folgenden eng miteinander verbundene Ursachen:

In erster Linie die mangelnde ökonomische Leistungsfähigkeit in der Systemauseinandersetzung mit den entwickelten kapitalistischen Ländern. Neben den Ausgangsbedingungen hängt diese wesentlich mit der Überzentralisierung der Wirtschaft zusammen, bei der die Initiative weitgehend erstickt wurde, die das sozialistische Eigentum den arbeitenden Menschen entfremdete, die zu schleppend auf neue Anforderungen der Produktivkraftentwicklung reagierte. Unter den Bedingungen extensiv erweiterter Reproduktion konnten mit dieser Art der Wirtschaftsführung große Leistungen vollbracht werden. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution erwies sie sich dagegen als Hemmnis. Die Folge davon war, daß die sozia-

⁶ Hanfried Müller, Gratulation eines Außenseiters zum 175. Geburtstag von Karl Marx, Vortrag beim wissenschaftlichen Kolloquium des Vereins Wissenschaft und Sozialismus Frankfurt a.M. e.V. (15. Mai 1993), S. 36.

⁷ Siehe die in Anmerkung 1 genannten Veröffentlichungen.

listischen Länder immer weiter hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern hinsichtlich Arbeitsproduktivität und materiellem Lebensstandard zurückblieben. Das mußte destabilisieren, zumal unter den Bedingungen der Entspannungspolitik und der vermehrten Kontakte über die Systemgrenzen hinweg die Bedürfnisse der Menschen immer stärker durch das Niveau der entwickelten kapitalistischen Länder geprägt wurden.

Hinzu kam als zweite Hauptursache die Unterentwicklung der sozialistischen Demokratie. Die politische Macht der Arbeiterklasse wurde - wie bereits ausgeführt - weitgehend auf die Macht der Partei, ja der Parteiführung und letztlich auf den jeweiligen Generalsekretär reduziert. Das mußte zur Entfremdung von Partei und Klasse führen. Das tatsächliche oder faktische Einparteiensystem begünstigte die politische Unbeweglichkeit, die Unfähigkeit, Massenstimmungen zu erfassen, rechtzeitig notwendige Veränderungen in Angriff zu nehmen, verleitete zur Arroganz der Macht. Mit der falsch verstandenen Führungsrolle der Partei hängt auch die Gängelung der Menschen zusammen, die für sie immer unerträglicher werden mußte, je höher das Bildungsniveau im Ergebnis der sozialistischen Kulturrevolution wurde.

Drittens ist Charles Pauli weitgehend zuzustimmen, wenn er schreibt: "Die gesellschaftlichen Ziele der sozialistischen Parteien verkamen spätestens seit dem zweiten Weltkrieg immer mehr zu einem bloßen Einholen der kapitalistischen Länder. Es ging nicht mehr darum, eine andere, emanzipierte, von Herrschaft freie, politisch und kulturell aufgeklärte Gesellschaft zu errichten, sondern um das Erreichen kapitalistischer Standards mit den Methoden der zentralen Wirtschaftslenkung."⁸ Mit dem Wettlauf um die höchsten Konsumstandards begab sich der reale Sozialismus auf ein Feld, auf dem er den entwickelten kapitalistischen Ländern wegen seiner Ausgangsbedingungen und anderer Gründe unterlegen war und bleiben mußte. Wobei allerdings die Frage offen bleiben muß, ob angesichts der Ausweitung der Kontakte zwischen den Menschen über die Systemgrenzen hinweg im Gefolge der Entspannungspolitik für die sozialistischen Länder überhaupt eine realistische Chance bestanden hat, diesem Wettlauf auszuweichen.

Viertens. Die genannten Fehlentwicklungen hängen nicht zuletzt mit der Unterentwicklung der theoretischen Arbeit zusammen. Der Marxismus-Leninismus wurde mehr und mehr zur Doktrin, das revolutionäre, schöpferische Wesen dieser Wissenschaft kam immer weniger zur Entfaltung. "Schon nach dem Triumph des Sozialismus von 1917 und vollends nach dem zweiten Weltkrieg fehlte es zunehmend auch an unbedingt notwendigen Fortschritten der Theorie, vor allem an einer Analyse des Sozialismus und seiner Entwicklungsgesetze selbst, die qualitativ der Marx'schen Analyse des Kapitalismus entsprochen hätte. Es wäre zu untersuchen, in wel-

⁸ Charles Pauli: Wirtschaftsreform in Osteuropa, ISW-Report Nr. 16, S. 3.

chem Zusammenhang dieses theoretische Defizit mit dem Sieg des Sozialismus am schwächsten Glied der Kette steht, wieweit hier der Grundwiderspruch sich auch geistig auswirkte, daß der Sozialismus nur dort siegen konnte, wo er die schlechtesten Entwicklungsmöglichkeiten hatte, während er dort, wo die Voraussetzungen zu seiner Entfaltung am besten waren, keine Voraussetzungen zum Siege fand. Es wäre auch zu untersuchen, wieweit der - auch dadurch bedingte - Autozentrismus der Sowjetunion einer dem Sozialismus angemessenen Internationalität und Kollektivität des historisch-dialektisch-materialistischen Erkenntnisfortschritts ebenso hinderlich war wie der politischen Entfaltung einer wahrhaft sozialistischen Demokratie."⁹

Hanfried Müller spricht hier einen fünften Ursachenkomplex, die historischen Ausgangsbedingungen des Sozialismus an, der entgegen den Annahmen von Marx nicht in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern, sondern zuerst in Rußland, einem Land mit bestenfalls mittlerem Entwicklungsniveau, siegte. Der unter diesen Bedingungen entstandene "reale Sozialismus" mit seinen - dieser Ausgangsbedingungen wegen - unvermeidlichen Defiziten und in der Stalinzeit entstandenen vermeidbar gewesenen Deformationen wurde zum verbindlichen Sozialismusmodell erklärt und auch auf entwickelte Länder wie die DDR übertragen.

Schließlich sehe ich heute nicht zuletzt in den verhängnisvollen Wirkungen der mit dem Namen Gorbatschow verbundenen Politik eine wesentliche Ursache für den geradezu kartenhausmäßigen Zusammenbruch des realen Sozialismus in Europa. Sie hat das durch Fehlentwicklungen der Vergangenheit brüchig gewordene Gebäude "realer Sozialismus" nicht saniert, sondern schlicht und einfach in die Luft gesprengt.¹⁰

Neue Sozialismusvorstellungen erarbeiten

Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus sind viele scheinbare Wahrheiten über Bord gegangen. Müssen wir deshalb bei der Entwicklung zeitgemäßer Sozialismusvorstellungen beim Punkt Null anfangen? Ich teile diese Auffassung nicht. Für die Erarbeitung neuer Sozialismusvorstellungen stellen meiner Überzeugung nach die sozialen und humanistischen Leistungen beim ersten großen Anlauf zum Sozialismus, die dabei gewonnenen positiven und negativen Erfahrungen ein ebenso unverzichtbares Rohmaterial dar wie die aus den Bedingungen des heutigen Kapitalismus erwachsenden Anforderungen an eine alternative Gesellschaft und die bereits im Kapitalismus durch den Kampf der Arbeiter- und demokratischen Bewegungen erreichten Errungenschaften. Aufgebaut werden kann und muß auf den oben genannten Grundaussagen der Klassiker des Marxismus über die Ziele des Sozialismus/Kommunismus und die Lösung der Macht-

⁹ Hanfried Müller, a.a.O., S. 40.

¹⁰ Siehe dazu: Heinz Jung, Zur Verantwortung des Gorbatschowismus, in: Z 14 (1993).

und Eigentumsfrage als Voraussetzung für den Aufbau einer solchen Gesellschaft.

Allerdings zeigen die Erfahrungen des realen Sozialismus, daß es sich eben nur um unverzichtbare Voraussetzungen, sozusagen um Fundamente handelt, auf denen das Gebäude des Sozialismus errichtet werden muß. Und sie zeigen auch, daß diese Fundamente derart deformiert werden können, daß es zum Einsturz des Gebäudes kommen kann. Genauso wichtig wie es ist, an diesen Grundvoraussetzungen festzuhalten, ist es darum, unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem realen Sozialismus über ihre konkrete Gestaltung neu nachzudenken.

Dabei kann es nicht darum gehen, ein dem Wunschenken entspringendes Kolossalgemälde der neuen Gesellschaft zu zeichnen. Müssen für eine nicht am grünen Tisch, sondern im konkreten Leben geschaffene und sich bewährende sozialistische Gesellschaft doch die Bedingungen des jeweiligen Landes, der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die Geschichte und Kultur, die Errungenschaften, die bereits im Kapitalismus erkämpft werden konnten, die Bündiskonstellationen, die innere und äußere Lage, unter der die Überwindung des Kapitalismus stattfindet u.a., berücksichtigt werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Herangehensweise Lenins, der noch nach der Eroberung der Macht durch die Bolschewiki im März 1918 auf dem VII. Parteitag der KPR(B) in der Diskussion über das neue Parteiprogramm erklärte: "Wir können keine Charakteristik des Sozialismus geben; wie der Sozialismus aussehen wird, wenn er fertige Formen annimmt - das wissen wir nicht..."¹¹

Lenin forderte, daß man bei der Sozialismusprogrammatik möglichst vorsichtig und genau sein müsse.

Auf der einen Seite ist diese Vorsicht heute sicher noch mehr geboten. Andererseits haben wir es nach dem Scheitern des realen Sozialismus damit zu tun, daß der Gedanke des Sozialismus zutiefst diskreditiert ist. Wenn der Sozialismus neue Anziehungskraft gewinnen soll, scheint es mir darum unverzichtbar, zumindest mit Blick auf die Hauptursachen des Fiascos der realsozialistischen Gesellschaften deutlich zu machen, welche Schlußfolgerungen daraus für zukünftige sozialistische Gesellschaften gezogen werden müssen.

Stimmt man den oben genannten Ursachen des Scheiterns des realen Sozialismus zu, dann liegt auf der Hand: Künftige sozialistische Gesellschaften müssen ökonomisch leistungsfähiger sein. Dies allerdings mit Blick auf ein Bedürfnis- und Wertesystem, das sich vom nackten Konsumismus des Kapitalismus absetzt. Das setzt voraus, daß an die Stelle bloßer Verstaatlichung wirkliche Vergesellschaftung tritt. Es muß darüber nachgedacht

werden, wie die Entfremdung der arbeitenden Menschen vom sozialistischen Eigentum überwunden werden kann, wie sie durch die Entfaltung sozialistischer Selbstverwaltung aus formalen zu tatsächlichen Eigentümern der Produktionsmitteln werden können, die über diese auch verfügen und mit hoher Produktivität einsetzen und schöpferisch entwickeln können. Möglicherweise kann eine gesellschaftliche Eigentumsbasis, die genossenschaftliches, kommunales, Organisations- und Gemeineigentum anderer Art beinhaltet, dazu besser geeignet sein, als eine solche, die sich im wesentlichen auf das weniger überschaubare, den Produzenten eher fremd gegenüberstehende gesamtstaatliche Eigentum gründet. Zugleich ist es denkbar, im Rahmen des gesamtstaatlichen Volkseigentums durch entsprechende vertragliche Beziehungen zu schaffen, unter denen die volle ökonomische Verantwortung, aber auch das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel und Arbeitsergebnisse an die Arbeitskollektive übergeht. Für neue Überlegungen zum gesellschaftlichen Eigentum lohnt es auch, sich gründlicher mit den Marx'schen Gedanken über Kooperativfabriken der Arbeiter und Lenins letzten Äußerungen zur Bedeutung des Genossenschaftswesens zu beschäftigen.

Das politische System künftiger sozialistischer Gesellschaften muß demokratischer sein. Es muß solche Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie wie die Parlamente, das Wirken mehrerer Parteien, alternative Wahlen, die Rechte einer auf dem Boden der Verfassung wirkenden Opposition, die Trennung von Parteien und Staat, die Gewaltenteilung u.a., die im Kapitalismus auf dem Boden der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse weitgehend formalen Charakter tragen, positiv in sich aufheben, und auf dem Fundament des gesellschaftlichen Eigentums im Kontext mit qualitativ neuen demokratischen Rechten und Freiheiten auf eine höhere Stufe heben. Die neue Gesellschaft muß von der Initiative, dem Ideenreichtum der Massen getragen sein. Kernfragen sind dabei die Kontrolle der Machtorgane auf allen Ebenen und die Entfaltung unmittelbarer Demokratie. Es geht darum, nicht erst in einer fernen kommunistischen Zukunft, sondern schon im Sozialismus damit zu beginnen, Staat zugunsten von Selbstverwaltung abzubauen, wo immer das die inneren und äußeren Kräfteverhältnisse zulassen. Ein bedeutender Platz wird dabei den Gewerkschaften, den Arbeitskollektiven und betrieblichen Interessenvertretungen, Organisationen und Bürgerinitiativen, in denen sich arbeitende Menschen, Jugendliche, Rentner engagieren, zukommen müssen. Das heißt nicht, daß ich die kommunistische Partei für überflüssig halte. Ganz im Gegenteil. Allerdings muß ihre Aufgabe weniger im stellvertretenden Machtausüben für die arbeitenden Menschen, als vor allem darin bestehen, im Wettstreit mit anderen politischen Kräften strategische Orientierungen für die weitere Gestaltung des Sozialismus zu erarbeiten und dafür Mehrheiten zu gewinnen, sozialistisches Bewußtsein in den Massen zu entwickeln und sie für das selbständige initiativreiche Wirken für den Sozialismus zu mobilisieren.

¹¹ LW Bd. 27, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 134.

Nachzudenken ist über das Verhältnis von zentraler Rahmenplanung und der Entfaltung eigenverantwortlicher Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Unternehmen. Wobei mit Blick auf die sozialistische Planung für mich das wichtigste ihre Demokratisierung ist, die tatsächliche und maßgebliche Einbeziehung der Gewerkschaften und Betriebskollektive auf allen Stufen der Herausarbeitung, Umsetzung und Kontrolle der Pläne. Die zentrale Planung sollte sich auf die strategischen, für die Entwicklung der ganzen Volkswirtschaft und die Ziele der sozialistischen Gesellschaft entscheidenden Hauptkennziffern konzentrieren. Sie müßte möglichst flexibel sein, auf der selbständigen Planung der Unternehmen aufbauen und diese in der Rückkoppelung soweit wie möglich mit Hilfe ökonomischer Hebel auf die gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse orientieren. Wettbewerb, Innovationen, gute Leistungen müssen sich für die Unternehmen und ihre Arbeitskollektive wirklich lohnen.

Schließlich muß über den Zielen des Sozialismus entsprechende Veränderungen des Produktivkraftsystems nachgedacht werden sowie über sozialistische Wertevorstellungen. Ein sozialistisches Gemeinwesen muß in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Bedingungen schaffen, die die freie Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter, der Menschen unterschiedlicher nationaler Zugehörigkeit, religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse gewährleisten. Ökonomie und Ökologie, das Verhältnis von Mensch und Natur müssen so gestaltet werden, das die natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen gewahrt werden. Ein sozialistisches Gemeinwesen muß seiner Verantwortung gegenüber den Völkern der ökonomisch unterentwickelten Länder durch gleichberechtigte, solidarische Beziehungen gerecht werden.

Zusammenfassend ist Josef Schleißein zuzustimmen, der betonte: "Wir müssen das sozialistische Ziel gründlich neu bestimmen, und diese Bestimmung wird sich nicht auf Ökonomie u. Politik beschränken dürfen. Der Sozialismus wird in universell-gesellschaftlichen Kriterien zu bestimmen sein, so daß schon von daher der Mißbrauch zumindest erschwert wird: ökonomisch (incl. nichtentfremdetes Gemeineigentum), sozial, politisch (incl. räte- u. basisdemokratisch), ökologisch, frauenemanzipatorisch, internationalistisch (im neuen, hauptsächlich auf die praktische Solidarität mit der Menschheitsmehrheit in Asien, Lateinamerika u. Afrika gerichteten Zielen), geistig-kulturell, ethisch-moralisch. Ich halte gerade die möglichst universelle Bestimmung im humanistisch-demokratischen Sinne für entscheidend, um die Idee des Sozialismus als Menschheitsbefreiungsidee zum Kern künftiger Sozialismusvorstellungen und ihnen entsprechender sozialer und politischer Praxis zu machen".¹²

¹² Josef Schleißein: ... ein neues Sozialismusverständnis erarbeiten, in: Reale Geschichte als Lehrmeister - Josef Schleißein 1915-1992, Hrsg. IMSF, Marxistische Blätter, Sozialismus, Z. - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M 1993, S. 58.

Hans Kalt

Wertgesetz und Sozialismus

Karl Marx war davon überzeugt, daß die kapitalistische Gesellschaftsformation die gesellschaftlichen Produktivkräfte stärker zu entwickeln vermag als alle vorherigen Gesellschaftsformen. Aber das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln bringt eine immer größere Mehrheit der Menschen in direkte Abhängigkeit von diesen, ohne deren Verfügbarkeit sie ihr Leben nicht verwirklichen können. Wenn auch in anderer Form sind selbst die Eigner dieser Produktionsmittel von ihnen abhängig. Anstatt daß die Menschen die Dinge beherrschen, sind sie diesen unterworfen.

Erst mit der Erreichung kommunistischer Gesellschaftsverhältnisse werden wieder die Menschen ihre gesellschaftlichen Produktivkräfte bewußt beherrschen können. Aber in seinem "Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie" erinnert Marx:

"Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind."¹

In Rußland 1917, in Osteuropa nach 1945 oder in China 1949 waren solche Existenzbedingungen der neuen Gesellschaftsordnung bestimmt noch nicht "ausgebrütet". Die Frage war also: Wie konnte die revolutionäre politische Macht unter diesen Bedingungen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zur kommunistischen Gesellschaft das nachholen, was der Kapitalismus vor der Revolution in diesen Ländern noch nicht erreicht hatte?

Das im Kommunismus wirkende Hauptmotiv, nämlich das Bewußtsein der dann den Reproduktionsprozeß beherrschenden Menschen, konnte noch nicht oder nicht ausreichend wirken. Also blieben nur Methoden des Zwanges. Dieser Zwang konnte auf zwei Arten ausgeübt werden. Die eine Möglichkeit war, die durch das von Karl Marx voll aufgedeckte Wertgesetz bestimmten Mechanismen des ökonomischen Zwanges auch in der Übergangsperiode zur Stimulierung der am Reproduktionsprozeß Beteiligten auszunützen. Die andere Variante mußte außerökonomischen Zwang zur Regel auch der Wirtschaftssteuerung in dieser Übergangsperiode machen.

Da die sozialistische Revolution selbst massivste Anwendung von außerökonomischem Zwang (Aufteilung des Gutsbesitzerlandes, Nationalisierung von Industrie, Banken, Großhandel usw.) war, überwog bei den Re-

¹ Marx/Engels, Werke, Bd. 13, S. 9.

volutionären in der jungen Sowjetunion bei weitem die Tendenz zur zweiten Variante.

Dieser Auffassung entsprechend durfte es schon in der Übergangsphase zum Kommunismus keine Ausbeutung, keine private Lohnarbeit, kein Privatkapital - und dementsprechend keinen Mehrwert mehr geben. Selbst dann, als durch die Auslandverschuldung Dutzende Milliarden Dollar aus diesem Mehrwert als Zinsenprofit an das internationale Finanzkapital flossen, hielt man an der Fiktion fest, es gäbe keinen Mehrwert.

Trozkij formulierte nach der Oktoberrevolution die Rolle des Zwangs sicher in Übereinstimmung mit der Mehrheit der sowjetischen Bolschewiki:

"Wenn es richtig ist, daß zwangsmäßige Arbeit stets und unter allen Umständen unproduktiv ist, wie die Resolution der Menschewiki besagt, dann ist unser ganzer Aufbau zum Einsturz verurteilt. Denn einen anderen Weg zum Sozialismus, außer der gebieterischen Verfügung über die Wirtschaftskräfte und Mittel des Landes, außer einer zentralisierten Verteilung der Arbeitskraft in Abhängigkeit vom gesamtgesellschaftlichen Plan kann es für uns nicht geben."²

Dennoch hat kurz darauf Lenin mit der Wendung zur "Neuen ökonomischen Politik" (NÖP) den Versuch unternommen, die vom Wertgesetz bestimmten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten auch für die Übergangsperiode auszunützen.

Dieser Versuch entsprach der von Karl Marx in seiner "Kritik des Gothaer Programms" der deutschen Sozialdemokratie vertretenen Meinung. Marx war hinsichtlich der Verteilung der individuellen Konsumgüter im Sozialismus der Auffassung:

"Was ... die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen ausgetauscht..."³

Selbst die Reproduktion jener Teile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, die als Ersatz für verbrauchte Produktionsmittel, als Mittel zur Erweiterung der Produktion und als Reservefonds dienen, sind nach Auffassung von Marx als "ökonomische Notwendigkeit" ... "in keiner Weise an der Gerechtigkeit kalkulierbar".⁴

Für Marx wird diese ökonomische Notwendigkeit in jeder auf Warenaustausch aufgebauten Gesellschaft durch das Wertgesetz ausgedrückt.

Die Periode der NÖP hat den Nachweis geliefert, daß in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Kommunismus grundsätzlich eine Struktur

² Leo D. Trozkij, "Anti-Kautsky", deutsch, Hamburg S. 117, zit. nach: Ulrich Hedtke, "Stalin oder Kondratjew", Dietz, 1990, S. 10/11.

³ Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 20.

⁴ Ebd., S. 19.

des ökonomischen Reproduktionsprozesses möglich ist, bei der die von der proletarischen Staatsmacht ausgeübte Steuerung das Wirken des Wertgesetzes bewußt ausnützt. Im Dezember 1927 konnte der 15. Parteitag der KPdSU(B) über die Wirkung von sechs Jahren NÖP feststellen:

"...erreicht wurden ernste Erfolge auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus, konsequent erhöhten sich die Produktivkräfte in Stadt und Land, wobei das Übergewicht der sozialistischen Elemente in der gesamten Wirtschaft wuchs..."⁵

Schon 1925 hatte der Getreideertrag im Land mit 73,6 Mill. Tonnen fast wieder das Vorkriegsniveau erreicht, 1926 war die Zahl der Industriearbeiter wieder auf den Vorkriegsstand gestiegen. Dies, obwohl das Land in Krieg und Bürgerkrieg mehr Zerstörungen - und das bis 1922 - erlitten hatte, als irgendeine andere Großmacht.

Ich unterlasse es hier, auf die politischen und ökonomischen Umstände der Abkehr von dieser NÖP ab etwa 1928 einzugehen. Wesentlich ist, daß mit dem Übergang zur administrativen Zentralplanung gleichzeitig der Hebel des Wertgesetzes mehr und mehr vernachlässigt, ja sein Wirken mißachtet wurde. Produktionsmittel und Arbeitskräfte wurden - dem zentralen Plan entsprechend, der Gesetzeskraft erhielt - zugeteilt. Preise dienten nur mehr als Verrechnungsgrößen, die sich immer weniger an den aus dem Wertgesetz sich ergebenden Produktionspreisen orientierten. Geld verlor dadurch seine Funktion als allgemeines Wertäquivalent.

Nicht mehr ökonomische Hebel, sondern administrativer Zwang, dort wo Großbauern und größere Mittelbauern Widerstand versuchten, auch schärfster politischer Druck (der Millionen Menschen das Leben oder die Heimat kostete) bestimmten die weitere Wirtschaftsentwicklung. Das zerbrach nicht nur die Klassenbasis der proletarischen Staatsmacht, nämlich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Mittelbauern, es führte zu einer eigengesetzlichen Entwicklung des Staatsapparates, bei dem die Seite der Repression zunahm, anstatt, wie Marx und Engels dies erwartet hatten, abzunehmen.

Das Wirken des Wertgesetzes

Für die auf Erringung des Sozialismus orientierte Arbeiterbewegung war (und ist) das Wertgesetz und das Mehrwertgesetz Synonym für Ausbeutung. Dabei wird meist übersehen, daß Marx bei der Analyse des gesamten Reproduktionsprozesses die bestimmende Rolle des Wertgesetzes auch bei der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit auf die einzelnen Reproduktionssphären festgestellt hat.

⁵ "Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen", siebente Auflage, Moskau 1954, russisch, Teil II, S. 433/34.

Wird in einer Sphäre zu viel Arbeitszeit aufgewendet, sinkt der dort erzielbare Produktionspreis unter den Wert und Kapital - daraus folgend auch Arbeitskraft - wird in andere Sphären, die mehr Gewinn versprechen, übertragen. Diese Gesetzmäßigkeit gibt den billionenfach sich wechselseitig überschneidenden, scheinbar unregelmäßigen Einzelbewegungen im Wirtschaftsleben einer Warenwirtschaft ihren Sinn. Sie kann sich im Kapitalismus nur in heftigen Erschütterungen und unter großen sozialen Härten für die Betroffenen durchsetzen. Zyklische ökonomische Krisen sind immer von Strukturkrisen begleitet, die nichts anderes sind, als die Anpassung der Kapital- und Arbeitsverteilung an die neuen Bedürfnisse.

Gesamtwirtschaftlich ergeben sich daraus bestimmte Proportionen, die eine optimale Weiterentwicklung ermöglichen können. Solche Optimierung der Proportionen ist auch im Sozialismus notwendig.

"Daß diese Notwendigkeit der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die bestimmte Form der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben wird, sondern nur ihre Erscheinungsweise ändert, ist self evident..."⁶ schrieb Karl Marx 1868 an Kugelmann.

Auch das ab etwa 1928 aufgebaute System zentral-administrativer Wirtschaftlenkung in der Sowjetunion sollte diese Proportionen sichern. Stalin hat 1952 expressis verbis erklärt, das Wertgesetz könne unter sozialistischen Bedingungen weder die Preise für Produktionsmittel noch die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit auf die einzelnen Reproduktionssphären regulieren.⁷

Stalin sprach dagegen einem "Grundgesetz des Sozialismus" diesen objektiv wirkenden Charakter zu. So richtig die darin formulierten Ziele auch waren, der Einzelne (vom Minister bis zum Arbeiter) hatte damit bei den erforderlichen milliardenfachen Einzelentscheidungen wenig Hilfe. Nur höchstentwickelte zentrale Erfassung aller Wirtschaftsvorgänge konnte beurteilen, welche Maßnahme richtig war. Mit zunehmender Differenzierung der Wirtschaft wurde selbst das unmöglich. Wo der Einzelne aber keinen Durchblick zur Sinnhaftigkeit seines wirtschaftlichen Handelns mehr haben konnte, mußte die Entfremdung, deren Überwindung das Ziel jeder sozialistischen Umgestaltung ist, ständig zunehmen.

Eine unlösbare Aufgabe

Warum ist diese Aufgabe ohne Berücksichtigung des Wertgesetzes unlösbar? Zweifellos war es einer zentralen Planungsbehörde möglich, die notwendigen Produktionsmittel und Arbeitskräfte in optimalen Proportionen

⁶ Marx/Engels, Werke, Bd. 32, S. 552/53.

⁷ Siehe J.W. Stalin: "Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1952, S. 27,28.

zuzuteilen, solange es um den Aufbau nur der wichtigsten, strukturbestimmenden Sparten ging.

Damals ging es bei den Einzelentscheidungen noch um Größenordnungen, die sich in Zehntausenden messen ließen. Während der ersten Fünfjahrespläne, in der Notsituation der Kriegsverlagerungen während des Hitler-Überfalls und beim Nachkriegswiederaufbau war eine solche Form der zentralen Zusammenfassung aller Wirtschaftspotenzen sogar effektiver. Die damals unerschöpflich erscheinenden ungenützten natürlichen Reserven des Landes boten genügend Spielraum für extensive Produktionsausweitung. Allerdings bewirkte ihre Ausnützung auch die Tendenz zur Mißachtung ökologischer Bedingungen, die schließlich zu Umweltschädigungen geführt hat, die jene von kapitalistischer erweiterter Reproduktion herbeigeführten oft noch übertrafen.

Aber die Erhöhung des Lebensstandards verlangte eine rasche Zunahme des Güterangebots. Das wieder erforderte eine vielfach so hohe Zahl von Vormaterialien, für die wieder Fabriken, Rohstoffe, Energie, Kommunikationsmittel, Arbeitskräfte zugeteilt werden mußten. Die Herstellung z.B. eines Passagierdampfers oder eines Großverkehrsflugzeugs erfordert im Einzelfall bis zu einigen hunderttausend Einzelbestandteile, die ihrerseits wieder erzeugt werden mußten. Die Zahl der dazu erforderlichen Einzelentscheidungen stieg also in exponentieller Progression.

Schon 1957 mußten auf diese Weise die lebenswichtigen Materialströme für 200.000 Industriebetriebe, etwa 100.000 Baustellen, 85.000 Kolchosen und 5000 Sowchosen in den richtigen Proportionen in Gang gehalten werden. Trotz Bescheidenheit des Güterangebots war dessen Palette bis Mitte der 80er Jahre in der Sowjetunion auf ca 25 Mill. Muster angewachsen. Das erforderte schon viele Milliarden Einzelentscheidungen.

Die Herausforderung der WTR

Dramatisch wurde die Lage, als mit der wissenschaftlich-technischen Revolution eine Vielzahl neuartiger Güter und Leistungsangebote erforderlich wurde, sowie durch die jetzt notwendige raschere grundlegende Erneuerung des fixen Kapitals eine viel raschere moralische Abwertung dieses Kapitalteils einsetzte.

Der schwerfällig arbeitende Planungs- und Lenkungsapparat sowjetischen Typs mit den erforderlichen vielfachen Entscheidungen auf Betriebs-, Stadt- und Gebiets-, Republik- und Unionsebene (oft durch mehrere Ministerien), bevor größere Umstellungen vorgenommen werden konnten, mußte dazu führen, daß bei Durchführung solcher Entscheidungen zum Bau neuer Produktionseinrichtungen diese schon bei Inbetriebnahme wieder veraltet waren. (Die immer länger werdenden Bauzeiten verstärkten diesen Effekt). Nach Wertnormen des Weltmarktes, denen mit Zunahme der internationalen Wirtschaftsverflechtung immer mehr Gewicht zukam,

hätten diese neuen Produktionsanlagen oft schon bei Inbetriebnahme wieder abgeschrieben werden müssen. Unabhängig von der für ihre Herstellung tatsächlich aufgewandten Arbeit konnten sie bei ihrer Anwendung viel weniger oder überhaupt keinen Wertteil mehr auf die hergestellten Produkte übertragen.

Jede Umstrukturierung der Planungsbürokratie (meist mit einer Ausweitung verbunden) verlängerte die Entscheidungswege. Das führte dazu, daß viele (äußerlich sinnvoll erscheinende) Diskussionen in dieser Zeit in Wirklichkeit inhaltlose Scholastik geworden waren. So z.B. die Frage notwendiger höherer Investitionen in die Gruppe A (Produktionsmittelerzeugung) im Vergleich mit den der Gruppe B, um so die Produktivität rascher steigern zu können. Da die in der Gruppe A erzeugten Produktionsmittel immer weiter hinter dem erforderlichen Standard zurückblieben, konnte dieser Effekt nicht mehr eintreten. Dadurch wurde ein wachsender Teil der im Sektor A aufgewandten Arbeitszeit sinnlos und die Produktivität der Gesamtwirtschaft blieb immer weiter hinter dem Niveau der kapitalistischen Industrieländer zurück.

Da es in der Sowjetwirtschaft eine echte Wertbilanz wegen dieser Entwicklung gar nicht geben konnte, blieben diese Zusammenhänge lange undurchschaubar. Sichtbar war dagegen, daß während der 60er und 70er Jahre die Sowjetunion bei wichtigen Grundstoffen eine Spitzenstellung der Weltproduktion erreichte.

Diese "Rekorde" halfen nicht, da sie nicht im Rahmen von für die Weiterentwicklung optimalen Proportionen erfolgten. Vor allem blieb der Ausstoß von Konsumwaren relativ immer weiter hinter dem von Produktionsgütern zurück. Klaus Segbers veröffentlichte 1989 im Rahmen einer größeren Zusammenstellung folgende interessanten Berechnungen, die diese Entwicklung demonstrieren.⁸

	Zivile Industrieproduktion	Produktionsgüter	Konsumgüter
	jährlicher Zuwachs in Prozenten		
1951-55	10,7	10,4	10,5
1956-60	8,9	12,0	7,0
1961-65	6,9	9,3	4,5
1966-70	6,8	7,9	6,4
1971	6,2	9,5	3,8

(Die Verbesserung in der zweiten Hälfte der 60er Jahre führt Segbers auf die - vorübergehende - Wirkung der Kossygin-Reform zurück.)

⁸ Siehe Klaus Segbers: "Der sowjetische Systemwandel", Suhrkamp, Frankfurt/M. 1989, S. 56.

Insgesamt mußten also immer höhere Steigerungsraten für Produktionsgüter gesichert werden, um die immer bescheidener werdenden Zuwächse bei Konsumgütern zu erreichen.

Ein Überblick über die wirklichen Proportionen des sowjetischen Reproduktionsprozesses konnte erst einige Zeit nach Beginn der Perestrojka gewonnen werden. Kennzeichnender als alle dann bekanntwerdenden Zahlenangaben war aber folgende Tatsache: Die großen Bergarbeiterstreiks 1989, die den Wendepunkt der Perestrojka und den Verlust des Einflusses der KPdSU auf Kernschichten der Arbeiterklasse kennzeichneten, wurden u.a. darum mit solcher Erbitterung geführt, da die Bergarbeiter monatelang nicht einmal Seife und Waschpulver in den Geschäften erhalten konnten. Dieses System, das bei der Erzeugung von Stahl, Erdöl, Kohle usw. an der Weltspitze stand, das als erstes Menschen ins Weltall gebracht hatte, war nicht imstande, die Versorgung mit solchen Waren, für die alle Rohstoffe in ausreichender Menge im eigenen Land verfügbar waren, zu organisieren.

Dies war schließlich die Ursache dafür, daß dieses ökonomische Reproduktionssystem und die darauf aufgebaute sowjetische Staatlichkeit zusammengebrochen sind - mit all den jetzt sichtbaren katastrophalen Nachwirkungen.

Theoretische Fragen

Zwei theoretische Fragen müssen noch beantwortet werden: Kann es erstens überhaupt eine Form zentraler Planung geben, die mit ähnlicher Sensibilität wie das Wertgesetz die erforderlichen Proportionen errechnen und sodann administrativ durchsetzen kann? Und zweitens: Wie sind unter den heutigen Bedingungen die Möglichkeiten einer sozialistischen Alternative hinsichtlich der Steuerung des Reproduktionsprozesses einzuschätzen?

Vor zwei Jahrzehnten hätte man in der damaligen Euphorie hinsichtlich der Programmierfähigkeit der Großcomputer die erste Frage sicher bejaht. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß es sehr wohl Probleme von einer Komplexität gibt, die über die Differentiationsmöglichkeit bisher denkbarer Computerprogramme hinausgeht. Dazu gehört z.B. die Frage der Schaffung künstlicher Intelligenz. Die Intelligenz der Menschen hängt neben deren natürlicher (unterschiedlicher) Veranlagung von einer solchen Vielgestaltigkeit von Erfahrungen während des ganzen Lebens ab, von (teilweise im Unterbewußtsein gespeicherten) Schlußfolgerungen und Verhaltensmustern, daß kein Computerprogramm dies ersetzen könnte.

Eine gleiche Vielgestaltigkeit beherrscht jene Faktoren, die weltweit auf die Wertbildung wirken. Es geht ja nicht nur um die (je nach Entwicklungsstand, Kulturniveau, Ausbildung usw.) unterschiedliche Wertschöpfungsfähigkeit menschlicher Arbeit. Es geht ebenso um Produktivitätsunterschiede der jeweiligen nationalen materiellen Produktivkräfte zum

weltweiten Produktivitätsdurchschnitt dieser. Es geht um Kostenänderungen (als Ausdruck veränderter erforderlicher Größen der Arbeitszeit zu deren Herstellung) für Rohstoffe, Energie, Verkehrsverbindungen usw., ebenso um Tempo und Umfang möglicher Kapitalakkumulation und vieles mehr.

Im Hintergrund von all dem wirken überdies Bedarf und Geschmacksrichtung wichtiger Konsumentengruppen, deren Veränderungen ganze Warengruppen "über Nacht" wertlos und darin vergegenständlichte Arbeit so zu vergeudeter machen.

Schon diese Aufzählung zeigt: Einige dieser Faktoren können von keiner Planungsinstanz berücksichtigt werden, einige nur mit größter Ungenauigkeit.

Daß die sowjetische politische Ökonomie trotz der ihr zur Verfügung stehenden materiellen Möglichkeiten die Fähigkeit zur Selbstanalyse des entstandenen Reproduktionssystems und damit zur Erarbeitung brauchbarer Entwicklungswege verloren hatte, war meiner Überzeugung nach eine der schlimmsten Folgen jener Entartung dieses vom Ansatz her sozialistischen Reproduktionsmodells, die jetzt oberflächlich als "Stalinismus" bezeichnet wird. Selbst Chruschtschow hat eben diesem Sozialismus-Modell die Fähigkeit zugetraut, "den Kapitalismus zu begraben", und mit Angabe von Jahreszahlen vorausgesagt, wann es die USA "überholen" werde. Und Gorbatschow verkündete in seiner Grundsatzrede vor dem ZK der KPdSU am 23. April 1985 u.a.:

"Wir haben eine genaue Vorstellung von der Konzeption des Umbaus des Wirtschaftsmechanismus."⁹

Daß er das *nicht* hatte, war die entscheidende Ursache für das Scheitern jener Perestrojka, die den Menschen dieser Länder an Stelle des versprochenen besseren Sozialismus schließlich einen schlechteren Kapitalismus, weil den peripherer Unterentwicklung, gebracht hat.

Perspektiven

Die Antwort auf die zweite angeschnittene theoretische Frage ist für die revolutionäre Arbeiterbewegung, ja für jede gesellschaftsverändernde Strömung, von größter Bedeutung.

Für mich steht außer Streit: Seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus-Modells wird die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Reproduktionsmodells wieder deutlicher sichtbar. Dabei bricht diese Krisenhaftigkeit auf dem Boden einer breiten Einführung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den Reproduktionsprozeß und das tägliche Leben der Menschen in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf. Das kann

⁹ M.S. Gorbatschow: "Ausgewählte Reden und Schriften", Progress-Verlag, Moskau 1987, S. 15.

bereits jenen Höhepunkt der im Kapitalismus denkbaren Entwicklungsmöglichkeit der gesellschaftlichen Produktivkräfte anzeigen, der für den Übergang zu kommunistischen Produktionsverhältnissen notwendig ist.

Gleichzeitig verstärkt der Kapitalismus die Tendenz zur Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, verfestigt die Unterentwicklung außerhalb Europas, schafft jetzt auch in Europa bereits einen "Armutsgürtel" aus Ländern bzw. Regionen, die in den Status von Schwellenländern herabgedrückt werden.

Nicht außer acht gelassen werden darf die Tatsache, daß es einige sozialistische Länder gibt, die nicht in den osteuropäischen Zusammenbruch hineingerissen wurden, sondern - wie z.B. China mit seiner chinesischen Variante der NÖP - den sozialistischen Entwicklungsweg weiter gehen wollen.

Der Schritt zu neuen, humanen Menschheitsbeziehungen kann und wird unter den verschiedenartigsten Bedingungen verwirklicht werden und eine (kürzere oder längere) Übergangsphase erfordern. Träger der Bewegung in eine solche Richtung können nur jene gesellschaftlichen Kräfte sein, deren produktive Arbeit für die Gesellschaft durch die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems von Ausbeutung entwertet und gleichzeitig immer wieder in Sinnlosigkeit gedrückt wird. Aber selbst innerhalb dieser Klasse, wie ohnehin in der ganzen Gesellschaft ist die Bewußtseinsentwicklung ungleich. Sie wird es auch dann noch sein, wenn kommunistische Wert- und Moralvorstellungen die Hegemonie im gesellschaftlichen Denken erlangt haben werden.

Will die revolutionäre Macht außerökonomischen Zwang vermeiden, dann wird sie in der Übergangszeit ökonomischen Zwang der Warenwirtschaft, des Wertgesetzes zur Schaffung optimaler Proportionen des Reproduktionsprozesses bei Begrenzung seiner ausbeuterischen Tendenzen, ausnützen müssen. Meinungen, man könne als nächsten Schritt schon Wertkriterien ausschalten, sind utopisch. Auch heute, wie zur Zeit, als Stalin 1952 in seinen "Ökonomischen Problemen..." den Übergang zu Produktaus-tausch ohne Wertkriterien als nächsten Schritt darstellte.¹⁰

Versuche, eine solche Utopie zu verwirklichen, würden die Bedingungen nicht verbessern, sondern verschlechtern, die für den Übergang zur kommunistischen Reproduktion, nämlich der Steuerung aller Wirtschaftsprozesse durch die bewußt agierenden Menschen, unbedingt erforderlich sind.

¹⁰ J.W. Stalin: "Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1952, S. 112/113.

Das "wirkliche Leben" jenseits der "Aufhebung des Privateigentums"

Zur Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und des Sozialismuskonzepts und zur Frage, wie es weitergehen könnte¹

1. Einleitung

Falls überhaupt jemand den Sinn der Theorie des Kommunismus oder Sozialismus erfaßt hat, zu der Marx im vergangenen Jahrhundert angesetzt hat und die in diesem Jahrhundert in diverse Konzepte des Sozialismus umgeformt worden ist, dann sind es sicherlich nicht die "Linken", welche heutzutage erörtern, ob und wenn ja wozu es sie gibt, deren Bestimmtheit also ihre Unbestimmtheit ist. Dies wäre noch am ehesten jener Marx selber, der einmal in jungen Jahren weit genug sah, um zu sagen, daß "das *wirkliche Leben* positive, nicht mehr durch die Aufhebung des Privateigentums, den *Communismus*, vermittelte Wirklichkeit [des oder der] Menschen ist." (MEGA» I/2, 398 bzw. MEW ErgB Erster Teil, 546, Hervorhbg. im Original) Die Aufhebung der kapitalistischen durch eine kommunistische Wirtschaftsweise ist den anschließenden Worten von Marx zufolge lediglich das "für die nächste geschichtliche Entwicklung notwendige Moment der menschlichen Emancipation"; der Kommunismus sei jedoch "nicht als solcher Ziel der menschlichen Entwicklung, - die Gestalt der menschlichen Gesellschaft" (ebda., 398f. bzw. 546). Ob irgendeine ökonomische Form des "Kommunismus" heutzutage noch "notwendiges Moment der menschlichen Emancipation", also für die Herstellung des "wirklichen Lebens" unentbehrlich ist, erscheint uns aus verschiedenen theoretischen und historischen Gründen als äußerst zweifelhaft.

Wie inzwischen deutlich geworden ist, hatte das Sozialismuskonzept, das im Anschluß an Marx im zwanzigsten Jahrhundert entwickelt und umgesetzt wurde und mit dem eine wesentliche Vorstufe eines eigentlichen Kommunismus gemeint war, Geburtsfehler. Diese haben vor allem mit der Beschränkung des Gesellschaftsverständnisses auf eine Sichtweise zu tun, die allein die politisch-ökonomischen Formen der Gesellschaft erfasst. Ob den realen sozialistischen Systemen Geburtsfehler anhafteten oder nicht, ist zwar nicht unbedingt erheblich, denn auch angeborene Mängel können durch Einsicht und Tatkraft meist irgendwie überwunden oder ausgeglichen werden. Dies ändert jedoch nichts daran, daß das diesen Systemen zugrundeliegende praktische und theoretische Konzept für ein angemess-

senes Verändern und Begreifen der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht besonders tauglich war. Als Übergangsstrategie beschränkte es sich auf die Beseitigung lediglich der sozioökonomischen Ungleichheit zwischen lohnabhängigen Arbeitskräften und kapitalistischen Produktionsmitteleignern, so wie es als Produktionsweise lediglich auf die gesamtwirtschaftliche Geringhaltung des Einsatzes von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit und die Steigerung des wert- oder gebrauchswertmäßigen Arbeitsergebnisses aus war. Beides sollte durch die Ersetzung des privaten durch das (im wesentlichen) staatliche Eigentum am Produktivvermögen und am Produkt erreicht werden, wobei diese nicht nur eine Umverteilung des gesellschaftlichen Warenreichtums darstellt, sondern auch dessen Vermehrung fördern sollte. Hier wurde eine partikulare Eigentumsform, die private, durch eine andere, die staatliche, ersetzt, und es ist nicht ersichtlich, warum dies von selber zu einer vernünftigeren Gestaltung der Inhalte gesellschaftlicher Reproduktion führen sollte (z. B. der technisch-organisatorischen, energetischen und stofflichen Eigenschaften und des Umfangs von Investitionen und Konsum). Die materiell-praktischen Inhalte jener politisch-ökonomischen Transformations- und Produktionsform wurden in dieser Konzeption so gut wie gar nicht betrachtet. Die potentiell höhere makroökonomische Effektivität, die den Vorzug des realen Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus darstellte, wurde daher nicht nur nicht realisiert, sondern vielfach sogar konterkariert. Ebenso blieben die menschlichen und natürlichen Voraussetzungen und Wirkungsbedingungen der Wirtschaftstätigkeiten als solche - einmal abgesehen von der wertschaffenden Arbeitskraft - außer Betracht. Die außerwirtschaftlichen Bedingungen und Folgen der sozialistisch geplanten und geleiteten Warenproduktion blieben daher, sofern sie sich nicht als gesamtwirtschaftliche Kosten einigermaßen nachdrücklich bemerkbar machten, in diesem Konzept außer acht, ganz zu schweigen von der systematischen Ausblendung zwischenmenschlicher Beziehungen und gesamtgesellschaftlicher Naturbezüge außerhalb der Warenproduktion. Ideen und Interessen, die sich auf die reale Reproduktion bereits der Wirtschaft, vor allem aber der Menschen und der Natur selber beziehen, zumal das Anliegen einer gemeinschaftlichen Überlebenssicherung, waren damit grundsätzlich ausgeblendet und kamen höchstens nachträglich, und dann auf verquere Weise, ins Spiel. Es liegt uns daher fern, im folgenden neue Wege zum oder eine bessere Gestalt des Sozialismus aufzuweisen oder entwerfen zu wollen. Worum es uns geht, sind vielmehr Ansätze und Mittel einer theoretischen und praktischen Kritik der kapitalistischen Produktionsweise mit dem Ziel, zu einer Gesellschaft mit menschen- und naturgerechten materiell-praktischen Verhältnissen zu gelangen.

¹ Für Anregungen und Kritik danken wir Margarete Tjaden-Steinhauer.

2. Kapitalismuskritik aus dem "Bewußtsein des Menschen und der Natur"

Den zitierten "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" Marxens von 1844 zufolge geht jenes gesellschaftliche "Selbstbewußtsein", das er Sozialismus nannte, "von dem *theoretisch und praktisch sinnlichen Bewußtsein* d[es] Menschen und der Natur als des Wesens" aus (a.a.O.). Daß die reale Situation der Menschen und die der Natur in den inzwischen weiter, nämlich über- bzw. unterentwickelten kapitalistischen Ökonomien durch massive Probleme gekennzeichnet sind, wird heute fast ebenso allgemein sinnlich wahrgenommen wie die Erzeugung bzw. Verschärfung eben solcher Probleme in den untergegangenen wie in den übrig gebliebenen sozialistischen Staaten. Schon deshalb ist es klar, daß weder die kapitalistische noch die sozialistische Produktionsweise heute noch in derselben Weise betrachtet und bewertet werden sollten, wie das noch bei der Niederwerfung des Faschismus 1945 möglich schien.

Eine Weiterentwicklung dieser sinnlichen Wahrnehmungen zum "theoretisch und praktisch sinnlichen Bewußtsein d[es] Menschen und der Natur als des Wesens" - zu der wir bezüglich der kapitalistischen Wirklichkeit versuchen wollen beizutragen - schließt notwendig eine Kritik überlieferter Denkmuster der politischen Ökonomie des Kapitalismus ein. Diese Kritik besteht in der einfachen Erinnerung daran, daß die politische Ökonomie des Kapitalismus nicht die ganze Wirklichkeit beschreibt und erklärt. Erstens werden mit dieser politischen Ökonomie nur ökonomisch-soziale und, bis zu einem gewissen Grade, politische Formen der kapitalistischen Produktionsweise erfaßt; Formen, welche die materiell-praktischen Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur in der Dimension der Warenproduktion prägen. Aber schon diese materiell-praktischen Beziehungen in der Warenproduktion selber, die technisch-organisatorisch instrumentierten Aktivitäten, aus denen sie gebildet sind, und ihre stoffliche, energetische und informationelle Substanz, werden kaum mehr als ansatzweise wahrgenommen. Um so weniger werden hierüber hinausgehende materiell-praktische Beziehungen der Menschen betrachtet, weder diejenigen, die sie als Menschen eines bestimmten Alters und Geschlechts zueinander unterhalten, noch diejenigen, die sie zur belebten und unbelebten Natur überhaupt und zu ihrer gebauten Umwelt verwirklichen. Zweitens bezieht sich die politische Ökonomie der kapitalistischen Produktionsweise ohnehin nur auf diese Produktionsweise und nicht auf die gesamte kapitalistische Gesellschaftsform oder -formation. Diese hat aber als bürgerliche Gesellschaft insbesondere eine bestimmte staatliche Verfassung, und sie ist zudem durch bestimmte Familienformen sowie durch bestimmte zivil- und öffentlich-rechtliche Organisationsformen gekennzeichnet. Diese nicht produktionspezifischen Formteile der Gesellschaftsformation lassen sich nicht unmittelbar aus der Produktionsweise ableiten und haben ein eigenes

Gewicht. Beide Punkte sind für die theoretische wie für die praktische Kritik des Kapitalismus wichtig.

Im übrigen sollten wir im Auge behalten, daß es die Kritik der kapitalistischen Ökonomie nicht nur und nicht in erster Linie mit dem vergleichsweise einfachen Problem der Überwindung einer ökonomischen Produktionsweise durch eine andere zu tun hat. Es geht vielmehr um die Entwicklung einer gesellschaftlichen Reproduktionsweise für die Menschen und für die Natur einschließlich ihrer vielfältigen Beziehungen, die mindestens mit der Tradition der Fetischisierung der Ökonomie überhaupt bricht; um eine Reproduktionsweise, die darüber hinaus die bisherige gesellschaftliche Existenzform durch Überwindung patriarchalischer, hierarchischer und aggressiver Traditionen grundlegend verändert.

2.1. Zur theoretischen Kritik des kapitalistischen Reproduktionssystems

Was kann die Berücksichtigung materiell-praktischer Verhältnisse und nicht produktionspezifischer gesellschaftlicher Formen für die theoretische Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsform bedeuten? Sie kann die Erkenntnis fördern, daß eine Fortsetzung bzw. Steigerung der gesellschaftlich vermittelten Stoff-, Energie- und Informationsströme sowie der Verfassung und Sachausstattung der gesellschaftlichen Tätigkeiten selber die extraökonomische Reproduktion der Menschen und der Natur, insbesondere ihre jeweilige Regeneration, schädigt sowie die ökonomische Reproduktion der Kapitalelemente und damit der Produktionsweise zunehmend bestimmt. Sie kann ferner verdeutlichen, daß die herrschenden Ausprägungen der Regelgütigkeit des bürgerlichen Staates sowie der von ihm bekräftigten familialen und organisatorischen Formen der Gesellschaft Weiterführungen dieser destruktiven Reproduktionsweisen vielfach bekräftigen konnten und weiterhin zu fördern drohen. Eine solche Kritik des kapitalistischen Reproduktionssystems kann hier nur ansatzweise und ausschnitthaft skizziert werden.

2.1.1. Gütererzeugung und -verwendung in der kapitalistischen Produktionsweise

a) Energieprobleme: Der besondere Energiebedarf der kapitalistischen Produktionsweise kommt daher, daß der Ersatz von Arbeitskräften durch Arbeitsmaschinen in der Entwicklung der Warenproduktion den Einsatz von nichtmenschlicher Prozeßenergie erfordert. Mit der Steigerung der Warenproduktion und dem somit steigenden Energiebedarf ergab sich die Notwendigkeit, auf fossile Energieträger zurückzugreifen. Bereits dies bedeutete eine Vergeudung von unersetzlichen Ressourcen und eine Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit und des Naturhaushalts. Öko-

nomisch führte es zur Bindung großer Kapitalmassen. Nicht zuletzt deshalb war eine staatliche Erleichterung der Kapitalanlage und -verwertung auf dem Energiesektor - so mithilfe des heute noch geltenden Energiewirtschaftsgesetzes von 1935 - geboten. Die Förderung eines zusätzlichen Energieverbrauchs der Haushalte (Heizöl, Elektroenergie) kam hinzu. Negative Energieträgersubstitutionen, insbesondere durch Kernenergie, verstärkten schließlich den Energieverbrauch, der trotz Senkung spezifischer Energieeinsätze in der Industrie ohnehin bereits energetisch (Elektroenergie) verschwenderisch war. Insbesondere brachten diese Umstellungen zusätzliche Gefahren für Mensch und Natur mit sich.

b) Stoffprobleme: Der besondere Materialbedarf der kapitalistischen Produktionsweise kommt daher, daß Kostensenkungen durch Materialökonomie sowohl technisch beschränkt sind als auch wegen Unter- oder Nichtbewertung bestimmter Güter als unwichtiger erscheinen. Ohnehin wurden und werden materialökonomische Effekte durch die Steigerung der Massenproduktion von Waren aufgefressen. Der mit dieser ansteigende Stoffumsatz führte im vergangenen Jahrhundert zur massenhaften Beschaffung billiger naturwüchsiger Roh- und Nährstoffe aus unterentwickelten europäischen und außereuropäischen Ländern (imperialistische Ressourcensicherung). Damit war einerseits der bekannte Raubbau an den gesellschaftlichen Arbeitsvermögen und Naturreichtümern dieser Länder, andererseits eine wertmäßige Beschränkung des zirkulierenden Kapitals, trotz Aufblähung der Stoffmengen und Anhebung des Reproduktionsniveaus der Arbeitskräfte, in den kapitalistischen Zentren verbunden (Förderung des Profits und Entstehung der Arbeiteraristokratie). Verknappungen biogener Stoffe führten aber schon im 19. Jahrhundert zur Entwicklung und Herstellung synthetischer Stoffe. Die somit entstehende chemische Industrie führte schon damals zu ganz erheblichen Gesundheits- und Umweltbelastungen. Die durch diese (staatlich geförderte) Techniklinie ermöglichte weitere wertmäßige Beschränkung des Einsatzes von zirkulierendem Kapital wurde allerdings durch eine gewaltige Steigerung des Fixkapitaleinsatzes erkaufte. Abgesehen von der damit gegebenen Verschwendung gesellschaftlicher Arbeit ist aber die chemische Industrie (trotz massenhaften Recyclings von giftigen Chemieabfällen in der Chlorchemie) durch eine gewaltige Vergeudung unersetzlicher Rohstoffe und Energieträger sowie durch eine entsprechende Aufblähung und Vergiftung der gesamtwirtschaftlichen Waren- und Rückstandsmengen gekennzeichnet. Dem steht bislang keine konsequente Stoffwirtschaftsgesetzgebung entgegen.

c) Arbeitsprobleme: Die kapitalistische Produktionsweise interessiert sich bekanntlich speziell für die Steigerung der Mehrarbeit der lohnabhängigen Arbeitskräfte. Wenn dies nicht durch Ausdehnung der Arbeitszeit erreicht werden kann, wird zu produktivitätssteigernden technischen Maßnahmen gegriffen, die zur Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit führen. Die Erhöhung der Ausstattung der Arbeitskräfte mit technischen Mitteln (technische Kapitalzusammensetzung) und eine entsprechende Freisetzung von

Arbeitskräften mit tendenzieller Massenarbeitslosigkeit gehören daher zum Grundmuster der Entwicklung der materiell-praktischen Produktion. Diese führt einerseits zu dauerhaften Schädigungen der Natur, dies bereits durch die landschaftszerstörenden und die Reproduktion des Naturhaushalts beeinträchtigenden technischen Großanlagen. Andererseits führt sie zu Schädigungen des Arbeitsvermögens, nämlich durch übermäßige Beanspruchungen der im Produktionsprozeß tätigen Arbeitskräfte sowie durch Beschränkungen der Subsistenz der Arbeitslosen bis hin zur Pauperisierung. Diese Entwicklung der technischen Kapitalzusammensetzung ist Zentrum und Motor der Fixierung großer Kapitalmassen. Die herrschende Arbeits- und Technologiepolitik fördert überwiegend diese Entwicklung. Letztere konzentriert sich gegenwärtig auf letztlich großtechnisch orientierte Grundlagenforschung und neuerdings auch auf die industriepolitische Förderung traditioneller Produktionstechnik. Die gegenwärtige Arbeitspolitik des Staates sperrt sich gegen eine Verkürzung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit und will Ausdehnungen der faktischen Wochenarbeitszeiten zulassen (Sonntagsarbeit, Nacharbeit von Frauen). Ein mögliches Mittel der Verringerung der Massenarbeitslosigkeit (insbesondere Jugend-, Frauen- und Langzeitarbeitslosigkeit) und der Elendsbekämpfung wird damit nicht genutzt, und es werden zusätzliche Belastungen im Arbeitsprozeß ermöglicht (Schichtarbeit, Zwangsflexibilisierungen).

d) Verkehrsprobleme: Für die kapitalistische Produktionsweise sind ferner eine Trennung von Wohn- und Arbeitsstätten und eine betriebliche Zusammenballung von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften typisch, die unter bestimmten Voraussetzungen durch regionale Zusammenballungen von Arbeitsstätten ergänzt wird, was beides Transportbedarfe mit sich bringt. Das Wirtschaftswachstum wird insbesondere seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch weiträumige Rohstoff- und Lebensmitteltransporte gefördert und bringt mit der Beschleunigung der Warenproduktion und Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung eine starke Ausdehnung des Güterverkehrs mit sich. Die Mineralöl- und Fahrzeugbaubranchen werden zu einem wichtigen Feld der Anlage von Kapital. Dieses erzwingt mit allen erdenklichen Mitteln die Expansion des motorisierten Individualverkehrs (MIV) zu Lasten des öffentlichen Verkehrs. Die umfassende staatliche Förderung des MIV und der genannten Branchen setzt in Deutschland, zunächst aus militärischen Gründen, im Faschismus ein und wird dann - bis heute - zum Musterbeispiel gesellschaftlicher Integrationspolitik mittels einer Verfügbarmachung dauerhafter Konsumgüter, hier auf der Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des genannten Kapitalkomplexes und der Mehrwertrealisierung durch den Autoverkauf. Soziale Kosten ergeben sich nicht nur in Gestalt des öffentlichen Straßenbaus, sondern treten auch in Form von Flächenverbrauch, Landschaftsverwüstungen, Herz- und Kreislauferkrankungen, seelischen Schädigungen, Umweltbelastungen und wahrscheinlichen Klimaveränderungen auf.

2.1.2. Beziehungen der Menschen zueinander

Die Beziehungen zwischen den Menschen, welche nicht auf die Erzeugung, Verteilung und Umverteilung sowie Verwendung von Waren zugeschnitten sind, bestehen aus vielfältigen Tätigkeiten des körperlichen, seelischen und geistigen Austausches und Zusammenwirkens, die von Alters- und Geschlechtsunterschieden der Beteiligten in verschiedenem Maße mit bestimmt und die, hieran anknüpfend, in verschiedenen gesellschaftlichen Formen allgemein geregelt sind. Die in der bürgerlichen Gesellschaft spezifizierte historische Form der privaten Familie ist hier, trotz ihres allmählichen Gewichtsverlustes, nach wie vor maßgebend, weswegen wir uns hierauf beschränken. Sie ist das wichtigste, daher auch vom Staat gesicherte und geprägte gesellschaftliche Mittel einer Beschneidung des Rechts auf körperliche, seelische und geistige Selbstbestimmung durch die Fixierung der Angehörigen einer einmal gegründeten Familie an deren Zuständigkeit für den privat aufzubringenden wirtschaftlichen Unterhalt aller ihrer Mitglieder. Dabei hat, unter Ausnutzung patriarchalischer Traditionen der Bevormundung der Frauen, die kapitalistische Wirtschaft die Sorgetätigkeiten, insbesondere für die nachwachsende Generation in den arbeitenden Klassen, auf die Frauen abgewälzt und diesen damit die freie Verfügung über ihr Arbeitsvermögen vorenthalten. Nachdem die rechtlichen Absicherungen dieser Behinderungen in der BRD aufgegeben wurden, treffen nun diese Abwälzung und wirtschaftliche Inpflichtnahme - zumindest rechtlich - Frauen wie Männer. Die Hauptleidtragenden dieser Form der Familie sind allerdings die Kinder, die mit dieser zwangsläufigen privaten Versorgungseinheit an eine ihnen vorgegebene und zudem oft ökonomisch prinzipiell prekäre Subsistenz- und somit Existenzform gefesselt werden. Die der privaten Kapitalverwertung zuträgliche Abwälzung ökonomischer und materiell-praktischer Reproduktionsaufgaben auf die - insbesondere weiblichen - Mitglieder der privaten Familie wird weiterhin durch die Bekräftigung dieser Einrichtung mit verschiedenen staatlichen Mitteln gefördert, so mittels der staatlichen Einmischungen in die Selbstbestimmung über die Sexualität und Prokreation. Störungen der Beziehungen zwischen den Menschen diesen Ursprungs - neben Einwirkungen aus der Produktion und aus der Destruktion der Natur - tragen wesentlich zur Schädigung ihrer Gesundheit (als eines allseitigen Wohlbefindens) bei.

2.1.3. Beziehungen der Gesellschaft zur Natur überhaupt

Die Beziehungen der Menschen zur Natur sind zunächst durch die vorangehend ausschnittshaft skizzierten produzierenden Eingriffe in den Naturhaushalt gekennzeichnet. Diese dienen dazu, bestimmte Stoffe und Energien zu entnehmen, sie dann vor allem in der Güterherstellung zu nutzen und schließlich als stoffliche Rückstände und Abwärme wieder in die Natur abzugeben. In gleicher Weise wirken eine Reihe ökonomischer Repro-

duktionsaktivitäten sowie soziale Aktivitäten wie das Wohn- und Freizeitverhalten. Folge ist die absehbare Erschöpfung bestimmter nichtregenerierbarer Naturressourcen bzw. die oft unzureichende Reproduktion regenerierbarer Stoffe, besonders aber das Wirken und Weiterwirken schädlicher Immissionen im Naturhaushalt. Insgesamt wird dadurch die Fähigkeit der Selbstregelung des Naturhaushalts beeinträchtigt, was sich besonders in Störungen in den Großsphären der Erdoberfläche (Boden, Wasser, Luft) und in der Stratosphäre sowie im Rückgang der Artenvielfalt zeigt. Dieses Verhältnis der Gesellschaft zur Natur materialisiert sich auch in der seit langem vor sich gehenden Umwandlung von Naturlandschaften und ungeschädigten Kulturlandschaften in geschädigte städtische und ländliche Landschaften. Diese zunehmende Zerstörung des "Eigenlebens der Natur" ist Folge der Tatsache, daß die Gesellschaft grundsätzlich erlaubt, daß private Produktions- und Reproduktionsaktivitäten innerhalb bestimmter Grenzen Teile der natürlichen Umwelt als Quelle freier Güter und als Rückstandsenke verwenden. Daß hiergegen bislang keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen wurden, liegt nicht zuletzt an der rechtlichen Absicherung dieses Verhältnisses. Diese geht im Kern auf die 1869 in Deutschland festgestellte Gewerbefreiheit zurück, die grundsätzlich das Recht auf unbeschränkte Ausplünderung und Belastung der Natur (jedoch innerhalb bestimmter gesetzlicher und untergesetzlicher Grenzen) unterstellt. In dieses Recht greift die Umwelt- und Naturschutzpolitik der BRD kaum ein. Es wird vielmehr durch die grundgesetzliche Gewährleistung des Eigentums und des Rechts auf freie Persönlichkeitsentfaltung (bei Fehlen eines Staatsziels oder Grundrechts Natur- und Umweltschutz) bekräftigt. Letztgenanntes erleichtert reaktionäre Strategien wie die abfall- und planungsrechtliche Förderung der Müllverbrennung und von landschaftszerstörenden Anlagen. Auch die Anfang Juli durch die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat vorgelegten uneindeutigen Empfehlungen zur verfassungsrechtlichen Verankerung des Umweltschutzes schaffen keine zwingenden Voraussetzungen, um der wachsenden Naturzerstörung durch eine entsprechend zielgerichtete staatliche Politik Einhalt gebieten zu können.

2.2. Zur praktischen Kritik des kapitalistischen Reproduktionssystems

Was kann die Berücksichtigung materiell-praktischer Verhältnisse und nichtproduktionspezifischer gesellschaftlicher Formen für die praktische Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsform bedeuten?

Sie kann deutlich machen, daß eine Umgestaltung der gesellschaftlich vermittelten Stoff-, Energie- und Informationsströme sowie der Verfassung und Sachausstattung der gesellschaftlichen Tätigkeiten selber die extraökonomische Reproduktion der Menschen und der Natur, insbeson-

dere ihre jeweilige Regeneration, fördern sowie die ökonomische Reproduktion der Kapitalelemente und damit der Produktionsweise zunehmend verändern würde. Sie kann ferner Hinweise darauf geben, daß durchgesetzte Veränderungen der Regelungstätigkeit des bürgerlichen Staates sowie der von ihm bekräftigten familialen und organisatorischen Formen der Gesellschaft Beschränkungen dieser destruktiven Reproduktionsweisen verschiedentlich fördern konnten und künftig stärker unterstützen müssen. Zu einer solchen praktischen Kritik des kapitalistischen Reproduktionssystems kann hier wieder nur in Ansätzen und Ausschnitten etwas gesagt werden.

2.2.1. Gütererzeugung und -verwendung in der kapitalistischen Produktionsweise

a) Energiepolitik: Seit den 70er Jahren dieses Jahrhunderts haben Kritiker/innen der Energietechnik und -wirtschaft insbesondere in Szenarienfom dargestellt, daß eine starke Absenkung von Energieeinsatz und -nutzung sowie eine Abkehr von zentralen kapitalaufwendigen Energiesystemen in Verbindung mit einer Veränderung der Energieträgerstruktur die Wohlfahrt von Mensch und Natur nicht senken, sondern vielmehr fördern würde. Das würde auch eine Veränderung der Struktur und der Funktionen des Kapitaleinsatzes in der Gesamtwirtschaft bedeuten, wie auch die Umwandlung von Energieversorgungs- zu Energiedienstleistungsunternehmen nicht nur in den USA zeigt. Gleichwohl sind die staatlichen und insbesondere kommunalen Ansätze zur Reduktion der Energieverwendung und Substitution von Energieträgern erst auf den Druck der Anti-AKW-Bewegung und späterer Bürgerbewegungen hin - entgegen einer überwiegend anders gerichteten gewerkschaftlichen Politik - verwirklicht worden. Die inzwischen vorhandenen vielfältigen kommunalen und regionalen Energiekonzepte erfordern zu ihrer konsequenten Verwirklichung insbesondere die Durchbrechung der Gebietsmonopole der EVU (Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes) und die Begründung kommunalen oder sonstigen kollektiven Eigentums an Energieversorgungseinrichtungen und -netzen (vgl. Literaturanhang). Ein wegweisendes Beispiel zur praktischen Durchsetzung derartiger Veränderungen bietet neuerdings die Bürgerbewegung in Schönau. Der entscheidende Punkt ist bei alledem jedoch das Herunterfahren des Primär- und des Nutzenergieumsatzes durch Anpassung der Nutzung an die erforderlichen Energiedienstleistungen, Beschränkung insbesondere des Elektroenergieverbrauchs, Verteuerung der Energieträger sowie durch die Senkung des gesellschaftlichen Produktionsniveaus selber.

b) Stoffpolitik: Gegen die kapitalorientierte staatliche Ressourcensicherungs- und Umweltschutzpolitik seit dem 19. Jahrhundert hat die Arbeiterbewegung, abgesehen von den Stimmen einiger Naturfreunde, kaum et-

was unternommen gehabt. Sie zeigte sich auch nicht sonderlich beeindruckt durch die Prognosen des Club of Rome, die die Entwicklung des zirkulierenden Kapitals erstmals als ein globales Mengenproblem (Ressourcenverknappung) begriffen und die zu zwiespältigen Neuorientierungen staatlicher Stoffpolitiken führen sollten. Zu radikaleren Kritiken des herrschenden kapitalistischen Stoffregimes kam es erst durch Proteste gegen die massenhafte Verbrennung potentiell toxischer Siedlungsabfälle sowie gegen die fortgesetzte Ressourcenplünderung in der unterentwickelten Welt. Die Aufblähung und Vergiftung der anthropogenen Stoffumsätze insbesondere in der BRD hat hier inzwischen zur Entwicklung einer staatlichen Recyclingstrategie geführt, die traditionelle Bemühungen der Unternehmen um Materialökonomie und -recycling verstärkt und die Idee des recyclingsorientierten Konstruierens bei den Ingenieuren hoffähig gemacht hat. Die Wieder- und Weiterverwertung von Stoffen ist im Falle der nativ und derivativ organischen Rückstände grundsätzlich ökologisch sinnvoll, zumal diese Rückstände kaum vermeidbar sind. Im Fall der industriell erzeugten Waren bzw. Rückstände ist aber das Recyceln, soweit überhaupt erzeugt sind, die schon durch eine einfache Wieder- und Weiterverwendung von Produktions- und Konsumtionsgütern gegeben sind und insbesondere in der drastischen Beschränkung und Entgiftung der Produktion bestehen, was beides das konstante Kapital begrenzen hülfe. Zur Entgiftung der industriellen Produktion liegt ein BUND-Vorschlag für die Chemiewirtschaft vor. Zudem beginnt die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt", unterstützt durch beachtliche Gutachten, darunter auch vom DGB, stoffpolitische Reduktions- und Konversionsstrategien zu erarbeiten. Für die Verringerung örtlicher Stoffumsätze (z.B. Wasser) liegen kommunale Konzepte vor. (Vgl. Literaturkasten). Unersäglich sind zugleich flächendeckende regionale stoffpolitische Vermeidungs- und Entsorgungskonzeptionen, die insbesondere Optionen für die Verhinderung und Verminderung toxischer gewerblicher Produktionen und für die Wieder- und Weiterverwertung von Bioabfällen, landwirtschaftlichen Rückständen und Klärschlämmen konkretisieren (vgl. Literaturanhang).

c) Arbeitspolitik: Gegen die kapitalistische Arbeitspolitik ist die Arbeiterbewegung, mit wechselnden Erfolgen, seit dem Ende des 18. Jahrhunderts angegangen. Beschränkungen der Tagesarbeitszeit, insbesondere für Kinder und Frauen auf zehn Stunden 1848 in England, waren erste Errungenschaften, gefolgt z. B. vom Achtstundentag in Deutschland 1918. Wichtige Erfolge bezüglich der Verkürzung der Wochenarbeitszeit und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen fallen in der BRD in die Zeit seit Ende der fünfziger Jahre. Gleichwohl wurde nicht verhindert, daß sich seit den siebziger Jahren jene schon erwähnte Grundregel kapitalistischen Wirtschaftswachstums durchsetzte, die sich als Gegensatz von kapitalkonzentrierter hochtechnisierter Warenproduktion durch wenige Arbeitskräfte und wel-

lenförmig ansteigender Massenarbeitslosigkeit mit ansatzweiser Verelendung darstellt. Diesem Gegensatz kann nur durch eine sachliche, räumliche und zeitliche Umverteilung von Kapital und Arbeit - oder von Investitionen und Beschäftigung - entgegengewirkt werden. Wir greifen hier besonders die beiden letzten Aspekte einer Politik der Verringerung der technischen Kapitalzusammensetzung und der Arbeitslosigkeit heraus. Die Umverteilung des gegebenen Arbeitsvolumens zwecks Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte auf sinnvollen Arbeitsplätzen erfordert vor allem eine drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Das ist in einem profitorientierten System am ehesten durchsetzbar, wenn kostengünstige Regelungen gefunden werden. Der Vorschlag aus der Memo-Gruppe (vgl. Literaturkasten) und dann des Vorsitzenden der IG Medien, eine weitgehende Arbeitszeitverkürzung mit nur teilweisem Lohnausgleich lediglich für die unteren Einkommensgruppen zu verbinden, der aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert wird, ist daher ausgesprochen sinnvoll. In Verbindung mit einer regionalpolitischen Steuerung von Investitionen und Beschäftigung können dann auch räumliche Zusammenballungen von Sachkapital bzw. von Arbeitslosen - letztes z. B. in den neuen Bundesländern - abgebaut werden. Damit ginge gesamtwirtschaftlich eine Absenkung der technischen Kapitalzusammensetzung und der Überarbeit sowie vermutlich eine Verringerung der Arbeitsanspannung einher, was durch eine gezielte Entwicklung und Anwendung energie- und stoffsparender sowie beschäftigungsfördernder Technologien unterstützt werden müsste. Zur Umverteilung von Beschäftigung und Investitionen im Sinne der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und der Vorsorge für Gesundheit und Umwelt kann schließlich auch eine einkommensmäßige Aufwertung und versicherungs- oder versorgungsrechtliche Absicherung derjenigen Arbeitstätigkeiten im kommunalen Bereich beitragen, die heute als "Hilfe zur Arbeit" nach dem Bundessozialhilfegesetz unbeanstandet diskriminiert werden.

d) Verkehrspolitik: Die Aufblähung des Personen- und Güterverkehrs und dessen Abwicklung vor allem durch motorisierten Individualverkehr ist in der BRD erst seit kurzem von einer breiteren Öffentlichkeit als Problem erkannt worden. Es sind daher bislang auch nur kleinere Gruppen und Bewegungen, die eine dagegen gerichtete Praxis vertreten und in Politik umzusetzen versuchen. Eine der Umwelt- und Ressourcenvorsorge verpflichtete staatliche Verkehrspolitik gibt es bislang nicht. Versuche zur Schadensbegrenzung im Transportsektor beschränken sich auf die Förderung "umweltfreundlicher" Autos. Die die gewerkschaftliche Verkehrspolitik neuerdings dominierende IG Metall folgt dieser Linie. Ferner ist die kritische Praxis im Verkehrssektor in der BRD, im Unterschied zu anderen Ländern, durch spezifische organisierte Interessen (Verband der Automobilindustrie, ADAC, ACE) eingeschränkt. In diesem Rahmen sind die Möglichkeiten kommunalpolitischer Maßnahmen begrenzt. Initiativen zu Verkehrsberuhigung und Radwegebau oder zur ÖPNV-Förderung reichen bei weitem nicht aus, selbst wenn es in einigen Gemeinden beispielhafte

Anstrengungen gibt, auch in Gestalt von wissenschaftlichen Konzeptionen, in denen verschiedene Instrumente und Sektoren der Energie- und Umweltpolitik miteinander verbunden werden (vgl. Literaturanhang). Umfassende Vorschläge zur Neuorientierung der Verkehrspolitik liegen neuerdings in Form eines Konzeptes "Verkehrswende" vor (vgl. Literaturkasten). Der Grundgedanke ist, daß es beim Binnenverkehr darauf ankommt, (1) den Verkehrsbedarf insbesondere durch raumordnungs- und städtebaupolitische Maßnahmen zu verringern, (2) die Verkehrsmittel den dann noch erforderlichen Bedarfen entsprechend auszuwählen (Ausrichtung an der "Verkehrsdienstleistung") und (3) die dazu noch benötigten Verkehrsmittel umwelt- und benutzergerecht bereitzustellen. Die hierzu erforderliche Umstrukturierung und Konversion der industriellen Produktion und der Nachfrage läuft auf eine Senkung des Produktvolumens und eine Umgestaltung der Produktpalette der beteiligten Branchen, auf eine Verringerung des in der Automobilindustrie angelegten Kapitals und auf eine Umlenkung von Teilen des Volkseinkommens in die Umweltvorsorge und -sanie- rung hinaus. Eine Drosselung der interkontinentalen Verkehrsströme ist bereits durch Subventionsabbau zu erreichen.

2.2.2. Beziehungen der Menschen zueinander

In der jüngsten Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft haben sich Lebensweisen des Austauschs und des Zusammenwirkens unter den Menschen entwickelt und an Gewicht gewonnen, welche die aktuelle Form der Privatfamilie als überholt erkennbar werden lassen. Sie laufen in Richtung einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter sowie einer entwicklungsgemäß-schrittweisen Gleichstellung von Kindern und Jugendlichen mit den Erwachsenen. Wirklich Neues geschieht insoweit, als in diesen Lebensweisen bestimmte, an Alters- und Geschlechtseigenschaften anknüpfende Beziehungen der Menschen sowohl anerkannt als auch umgestaltet sowie auf eine höhere Stufe gehoben werden. Diese beinhaltet, daß die private Gestaltung von Prokreations-, Subsistenz- und Protektionsfunktionen überhaupt, nicht nur insoweit diese familial organisiert sind, zugunsten vielfältiger Formen einer kollektiven Überlebenssicherung infrage gestellt wird, in denen sich die Beziehungen zwischen den Menschen ungestört entfalten können. Veränderungen des Familienrechts wie diejenigen in der BRD in den 1970er Jahren, die lediglich die Organisation der Privatfamilie dem Grundsatz der Vertragsfreiheit und -gleichheit der Ehepartner annähern, sind nicht unnützlich, ändern aber nichts an dieser Familie als Institution. Die Entwicklung neuartiger Lebensweisen anstelle der bürgerlichen Privatfamilie wird nur dann gefördert werden, wenn rechtliche Behinderungen extrafamilialer Lebensweisen, staatliche Einmischungen in die Selbstbestimmung über Sexualität und Prokreation sowie tatsächliche Ungleichstellungen der Geschlechter und von Erwachsenen und Kindern be-

seitigt werden. Dazu müssen insbesondere staatliche Einmischungen in das Familienleben in eine wirksame öffentliche Mitsorge, zusammen mit den Eltern, für die Kinder umgewandelt werden. Das erfordert eine Erweiterung der Rechte der Kinder, zuvörderst eine familienrechtliche Verankerung des Grundsatzes der Gewaltfreiheit der elterlichen Sorge für die Kinder und die Grundsicherung ihres Unterhalts durch eigene Einkommen. Schwerpunkt der Kritik muß jedoch die materiell-praktische Entwicklung von Lebensweisen selber sein, die die private Form der Familie als Hindernis der körperlichen, seelischen und geistigen Selbstbestimmung der Menschen und Störung ihres Wohlbefindens sprengen.

2.2.3. Beziehungen der Gesellschaft zur Natur überhaupt

In den letzten Jahrzehnten haben sich zumindest in einigen europäischen Ländern bemerkenswerte Veränderungen im gesellschaftlichen Verhältnis zur Natur angebahnt, die vom umweltbewußteren Konsumentenverhalten bis zu umweltvorsorgenden Kommunalpolitiken reichen. Lebensweisen, die die Natur nicht mehr als eine beliebig zu nutzende und zu belastende Sache betrachten, gewinnen an Gewicht. Selbst die Unternehmerschaft weist die Notwendigkeit einer umwelt- und ressourcenschonenden Konversion von Produkten und Prozessen nicht mehr unbedingt zurück und fordert in Teilen (so der Bundesverband Junger Unternehmer zusammen mit dem BUND) eine ebenso umwelt- wie beschäftigungspolitisch wirksame Umgestaltung des Steuersystems. Der hierüber noch weit hinausweisende Gedanke, daß die wirtschaftlichen Prozesse und Produkte auf ihre Nützlichkeit hin zu überprüfen seien, findet immerhin in der staatlichen Umweltverwaltung Beachtung, ebenso wie der Rückbau geschädigter Landschaften in weniger geschädigte und naturnahe Kulturlandschaften, ein Ziel der Naturschutzverbände, in Teilen der planenden Staatsverwaltung nicht unbedingt zurückgewiesen wird. Solchen, dem wirkungsvollen Schutz der Natur verpflichteten Ansätzen (die der nach wie vor herrschenden Grundeinstellung entgegenstehen, die Natur als Quelle freier Güter und als Rückstandssenke zu behandeln) entsprechen bestimmte Ansätze einer Natur- und Umweltschutzpolitik, die dem Vorsorgegrundsatz Geltung verschaffen wollen. Hierzu gehört die Einschränkung des weitreichenden Bestandsschutzes von Anlagevermögen, einem wesentlichen Grundsatz der Gewerbefreiheit, durch die dynamische Reststoffvermeidungs- und -verwertungspflicht bei genehmigungsbedürftigen Anlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Diese weiterzuentwickelnde Beschränkung der privatwirtschaftlichen Beliebigkeit des Umgangs mit der Natur ist durch den wirksamen Einsatz eines Mixes von rechtlichen, ökonomischen und fachpolitischen Instrumenten zu unterstützen, die in Ansätzen bereits vorhanden sind. Zwei wesentliche Aufgaben sollen hier hervorgehoben werden.

- Eine ökologisch orientierte Reform des zivilen Haftungsrechts: volle Einbeziehung der Beeinträchtigung solcher Bestandteile des Naturhaushalts in das zivile Haftungsrecht, die nicht wirtschaftlich genutzt werden, mit haftungsrechtlicher Treuhänderrolle des Staates; eingegrenzte Umkehr der Beweislast zu Ungunsten von Umweltbeeinträchtigungen; Entschädigung von Summationsschäden durch spezielle Fonds ohne vorangehende Ursachenklärung; umfassende Pflichtversicherung für umweltgefährdende Anlagen. Hierdurch würden u.a. eine verursachergerechtere Zuordnung von Schädigungen der Natur ermöglicht, mehr Schädigungen als bisher auch als solche eingestuft und innovatorische Impulse zur Reduzierung von Risiken und Umweltbeeinträchtigungen angestoßen werden können. Durch das Umwelthaftungsgesetz von 1991 sind Schritte auf dem richtigen Weg bereits unternommen worden.

- Eine starke Besteuerung stofflicher und energetischer Ressourcen, die zu deren Schonung, zur Erleichterung des Recyclings und insbesondere zur Umweltentlastung beitragen würde. Ein wichtiges Beispiel ist die u.a. vom BUND geforderte aufkommensneutral gestaltete Primärenergiesteuer auf alle nicht-regenerierbaren Energieträger (einschließlich Kernkraft) entsprechend ihrem Energiegehalt. Wesentliche Wirkungen wären breite Energieeinsparungen und Verringerungen der CO₂- Methan- und NO_x-Emissionen. Das Steueraufkommen kann nicht nur für soziale und ökonomische Ausgleichszahlungen, sondern sollte insbesondere zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet und damit auch beschäftigungspolitisch wirksam werden und sollte des weiteren auch vernünftigen entwicklungspolitischen Zwecken dienen.

Die Anstrengungen zur Verbesserung der Umweltvorsorge durch die Ausweitung entsprechender Eingriffsmöglichkeiten sowie die Abwehr von anvisierten Verschlechterungen im Umweltrecht könnten durch eine verfassungsrechtliche Verankerung des vorsorgenden Umweltschutzes gefördert werden. Dabei käme es jedoch entscheidend darauf an, zu erreichen, daß das Staatsziel oder das Grundrecht Umweltschutz (anders als in der uneindeutigen Formulierung der Verfassungskommission) keinem Gesetzesvorbehalt unterstellt wird. Außerdem sollte den Umweltverbänden ein Verbandsklagerecht zuerkannt werden. Der angeblichen Gefahr, daß auf diese Weise eigentlich dem Parlament zustehende politische Entscheidungskompetenzen auf die Gerichte verlagert würden, kann leicht dadurch entgegengewirkt werden, daß die vielfältigen umweltrechtlichen Gestaltungsdefizite der Legislative sowie die entsprechenden umweltpolitischen Vollzugsdefizite der Exekutive (die ja beide die Ursache einer solchen Kompetenzverlagerung sind) beseitigt werden.

3. Schluß

Die Sozialisten haben in der Regel viele dieser möglichen Veränderungen nicht bedacht, und das meiste haben sie nicht gemacht. Das gilt auch für

Relikte realsozialistischer Produktionsweisen wie Cuba, das sich jetzt gezwungen sieht, seinen sozialistischen Sozialstaat als sozialistisches Kapitalanlageland zu verkaufen, ohne jedoch jemals groß Gedanken auf die Möglichkeit einer eigenständig-nachhaltigen Entwicklung verwendet zu haben, so daß es jetzt z. B. nur ebenfalls gezwungenermaßen auf biotische und solare Energiequellen zurückgreift. Bringt man die sozialistische Ökonomie auf ihre ideale Grundformel: Internalisierung aller Kosten bei Steigerung des gesellschaftlichen Gebrauchswerte-Produkts, dann sind diese Beschränkungen sozialistischer Theorie und Praxis allerdings auch nicht verwunderlich, wobei sich zudem zeigt, daß das kritische ökonomische Denken und Handeln heute wesentlich weiter greift. Beispielsweise ist die umfassende und langfristige Berücksichtigung aller Voraussetzungs- und Folgekosten der gesellschaftlichen Produktion in den Preisen eine für strategische inputs und outputs zwar sehr sinnvolle, aber aus verschiedenen Gründen (z. B. ubiquitäre Summationsschäden) doch nur beschränkte Idee und keineswegs der Königsweg fortschrittlicher Politik. Die vielfältige aktuelle Kritik der kapitalistischen Produktionsweise weist durch die vielfach verfolgte Strategie einer realen Beschränkung schädlicher Aktivitäten, Produkte, Emissionen und Immissionen mittels nicht nur ökonomischer, sondern auch fachpolitischer und rechtlicher Instrumente bereits über das monetäre Internalisierungsideal hinaus; auch im Sinne einer Prävention und Sanierung.

Dieser Strategie folgt auch die - hier in den Mittelpunkt gerückte - tatsächliche Zurückdrängung bestimmter Versorgungs-, Entsorgungs-, Arbeits- und Verkehrsweisen (z. B. von großen Wärmekraftwerken, Müllverbrennungsanlagen, Großfertigungsanlagen, motorisiertem Individualverkehr), die (was wir in unserem Beitrag in Z 1 (März 1990) schon angedeutet haben) Rückwirkungen auf wichtige Branchen der Warenproduktion (z. B. Bergbau, Chemische und Kunststoffverarbeitende Industrie, Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau) haben würde. Dies dürfte insgesamt zu einer Verringerung der technischen Kapitalzusammensetzung sowie der Produktpalette und des Produktvolumens führen, was eine Verminderung der realen Voraussetzungs- und Folgekosten der (gleichwohl weiterhin kapitalistischen) Wirtschaft mit sich bringen würde. Die Abwälz- und Gestaltungsfreiheit der Privateigentümer insbesondere mittels marktwirtschaftlicher, ordnungsrechtlicher und infrastrukturpolitischer Mittel in einen bestimmten Rahmen zu verweisen, ist dabei Vor- und Randbedingung einer solchen Einschränkung und einer solchen Veränderung der materiell-praktischen Inhalte der Warenproduktion. Dieser Reduktion und Konversion der Produkte und Produktionsinstrumente, die sich zwischen Mensch und Natur geschoben haben, entspricht die Zurückdrängung verdinglichender Werte und Einstellungen, welche die Verkehrs- und Umgangsweisen der Menschen mit Ihresgleichen und mit der Natur so verkehrt haben, daß sie deren jeweilige Reproduktion behindern.

Dies alles ist, einerseits, nicht nur als Idee nicht neu, sondern auch in der Realität in vielfältigen Ansätzen vorhanden, und es wird, andererseits, bekanntlich auf vielfältige Weise - in der Ökonomie insbesondere durch das Wirtschaftswachstum selber - wieder ausgetrickst - ein Grund mehr dafür, daß eine kritische Öffentlichkeit sich verstärkt darum kümmert. Der Gedanke, daß eine entsprechende demokratische Strukturpolitik im EG-Rahmen angestrebt werden kann und daß auf diese Weise auch die Beziehungen zur unterentwickelten Welt verändert werden können, kann hier lediglich erwähnt werden.

Die zuvor exemplarisch skizzierten stofflich-energetischen und technisch-organisatorischen Veränderungen der kapitalistischen Warenproduktion würden das Gewicht der Warenwirtschaft für die Reproduktion des Mensch-Natur-Zusammenhangs einschränken, und sie sind zudem für die Entwicklung vernünftiger Lebensweisen und Naturbeziehungen überhaupt unabdingbar. Sie laufen insgesamt auf geringere Stoff- und Energieumsätze, den Einsatz einfacherer Maschinen und Geräte sowie zusätzlicher Arbeitskräfte und auf eine Verkleinerung, Verbesserung und Entgiftung der Produktpalette in der Volkswirtschaft hinaus. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die kapitalistische Produktionsweise bei Fehlen der stofflich-energetischen Voraussetzungen des Steinkohle-Stahl-Komplexes im 18. und 19. Jahrhundert einen solchen "sanfteren" Entwicklungsweg eingeschlagen hätte. Zumindest ist es durchaus möglich (dies würde übrigens einige Schwierigkeiten und Unklarheiten der Marx'schen Kapital-Theorie beheben), zentrale Kategorien dieser Produktionsweise in der Theorie und in der Praxis anders als gewohnt zu bestimmen: (1) die Produktivkraft der Arbeit als ein mehr oder minder geschicktes Ausnutzen menschlicher und natürlicher Vermögen zur Hervorbringung von erforderlichen Dienstleistungen oder Gebrauchswertauswirkungen; (2) die Reproduktion des Kapitals unter anderem als Verwendung eines Teils des Produkts, insbesondere des Mehrprodukts, beider Produktionsabteilungen für Anlagen und Arbeitsleistungen zur Regeneration und Sanierung des menschlichen, natürlichen und sächlichen Vermögens der Gesellschaft bei gleichzeitigem Zurückfahren der Fixierung der Reproduktion an die Produktion von Produktions- und Konsumtionsmitteln; (3) die Gesamtentwicklung der Wirtschaft als eine Resultante einzelwirtschaftlicher Tätigkeiten, die innovativ-profitablem Unternehmerrisiko im Schumpeterschen Sinne entspringen und deren technische Ausstattung und sachliche Ausrichtung dem Ziel der Vorsorge für die gesellschaftlichen Arbeits- und Naturvermögen angepaßt wird, und zwar durch öffentliche Kontrolle und erforderlichenfalls demokratisch erwirkten staatlichen Zwang.

Um das zu erreichen, bedarf es jenes Vorantreibens materiell-praktischer Veränderungen an strategischen Punkten der Energie-, Stoff-, Arbeits- und Verkehrspolitik, welche die Eigenmacht des Kapitaleigentums beschränken. Dazu ist der Einsatz einer Vielfalt ökonomischer, politischer und rechtlicher Steuerungsinstrumente erforderlich, in Gestalt beispiels-

weise von Ressourcenbesteuerungen, Immissionsbeschränkungen, Technischen Anleitungen, Haftungsregeln, Produktionsverboten, Arbeitszeitbeschränkungen, Gesundheitsschutzvorschriften und Beschränkungen und Umlenkungen des Personen- und Güterverkehrs. Es ist eine Frage des Vernunft- und Kräfteinsatzes sowie des Zutagetretens der stofflich-technischen Schranken der Neu- und Mehrwertschöpfung auf der Grundlage eines maßlos übersteigerten Kapitaleinsatzes für die Warenproduktion, ob und inwieweit solche Einschränkungen der Freiheit privater Kapitalakkumulation (die mit einer Umverteilung der Trägerschaft und möglicherweise auch des Umfangs des gesamtgesellschaftlichen Sachkapitaleinsatzes einhergehen würde) weiter vorangetrieben werden können.

Hierzu sind unserer Meinung nach vor allem erforderlich:

- eine auf bestimmte nutzenstiftende Gebrauchswertwirkungen und die sinnvolle Nutzung von Arbeits- und Naturvermögen gerichtete Arbeits-, Ressourcen-, Technologie- und Gewerbepolitik, die den Rahmen privater Investitionen setzt;

- eine umfassende Vorsorge- und Sanierungspolitik in bezug auf die natürliche Umwelt und die menschliche Gesundheit mittels staatlicher und tarifvertraglicher Umverteilungen des Volkseinkommens und demokratischer Steuerung öffentlicher Investitionen;

- eine flankierende emanzipative Sozialpolitik und regenerative Naturschutzpolitik.

Die "Linken" haben (soweit sie zu einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik beitragen wollen) keine andere Wahl, als sich in das mühselige Geschäft dieser Politiken und der sie fundierenden materiell-praktischen Sachmaßnahmen einzuarbeiten.

In welchem Maße eine solche Politik dazu führt, daß die unzureichend beschränkte Selbstverwertung von Kapital um der Wertanhäufung willen durch eine hinreichend gesellschaftlich beschränkte Verwertung von Vermögen um nützlicher Zwecke willen ersetzt wird und wann eine dahingehende Veränderung der Wirtschaftsweise es erheischt, diese nicht länger als kapitalistische Produktionsweise zu kennzeichnen, sondern als Assoziation von Individuen zur Reproduktion von Mensch und Natur zu begreifen - das sind Fragen, die zwar ganz nett sind, die aber leider nicht auf der Tagesordnung stehen.

Aktuelle Literatur zur Reform des materiell-praktischen Inhalts gesellschaftlicher Reproduktion

Reformen für eine dauerhafte Entwicklung, Programm der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn 1993

Michael Succow [u. a.], Biosphärenparke, Perspektiven für den Schutz der Kulturlandschaft, Hrsg. v. Naturschutzbund Deutschland, Bonn 1993

Karsten Schuldt, Gerechte(re) Umverteilung der Arbeit durch drastische Arbeitszeitverkürzung - mehr als ein Rechenexempel? Memo-Forum, Zirkular der "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" Nr. 20, Bremen 1993, S. 74 - 77

Wilfrid Bach, Klimaschutzpolitik, Wie kann die Stadt Münster das Ziel der Bundesregierung einer 25 - 30%igen CO₂-Emissionsreduktion bis zum Jahr 2005 realisieren? Abteilung für Klima- und Energieforschung, Institut für Geographie der Universität, Münster 1993

Ulrich Fröhner, Georg Löser, Anton Lutz, Klimaschutz in Städten und Gemeinden. 41 vorbildliche kommunale Energieprojekte, Hrsg. v. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), 2. Aufl. Bonn 1993

Cooperative - Infrastruktur + Umwelt, Rationelle Wasserverwendung in Frankfurt am Main, Darmstadt, Frankfurt-M. 1991

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Bundesarbeitskreis "Umweltchemikalien/Toxikologie", Chlorchemie, Eine Ära geht zuende, Anforderungen an eine Umstrukturierung der Chemiewirtschaft, (Bonn) 1993

Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt, Einführungstext, Fragen und Sachverständigenkatalog für eine öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission [...] 7. Oktober 1993 [...] zum Thema "Leitbilder einer Stoffpolitik" sowie Stellungnahmen der Sachverständigen, Kommissionsdrucksachen 12/13, Bonn, 23. Juni 1993, und 12/13 a-d, Bonn, 29. September 1993

Dietmar Düe, Karl Hermann Tjaden, Abfall-Vermeidung und -Entsorgung in ländlichen Räumen Thüringens, Hrsg. v. VDI-Technologiezentrum Physikalische Technologien, Düsseldorf 1992

Dietmar Düe, Jürgen Gräfe, Andreas Kötter, Karl Hermann Tjaden, Thomas Turk, Flächendeckende Vermeidung und Verwertung nativ-organischer Rückstände, Hrsg. v. Thüringer Ministerium für Umwelt und Landesplanung, Erfurt 1993 (im Erscheinen)

Markus Hesse, Transport im Treibhaus, Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1993, S. 994 - 1004

Markus Hesse, R. Lucas, Verkehrswende, Schriftenreihe des IÖW 39/90, Berlin, Wuppertal 1990

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus, Leitlinien einer Fremdenverkehrs- und Tourismuspolitik, o. O. (Bonn), o. J. (1993)

VDI, Verein Deutscher Ingenieure, VDI-Gesellschaft Entwicklung Konstruktion Vertrieb, Konstruieren recyclinggerechter Produkte, VDI Richtlinie 2243 (Entwurf), Düsseldorf 1991

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Arbeit und Umwelt, Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1993, S. 1047 - 1060

Sabine Kebir

Sozialistische Zivilgesellschaft?

Überlegungen mit Antonio Gramsci

Unter deutschen Sozialisten ist es keinesfalls selbstverständlich, über eine 'sozialistische Zivilgesellschaft' nachzudenken. Das erklärt sich nicht nur aus den historischen Niederlagen deutscher Demokratiebewegungen wie der Revolution von 1848 sowie aus dem kläglichen Zusammenbruch der Weimarer Republik. In der jüngeren Geschichte sind dafür vielleicht gewisse, freilich wohl vulgarisierte Argumente der von der Frankfurter Schule vertretenen Kulturtheorie verantwortlich wie auch die in den letzten Jahren wirkenden Einflüsse der neueren Zivilgesellschaftsdiskussion in den USA, die zum Teil rechtspopulistische, das Ökonomische ausklammernde Züge aufweist.

Auch die reale Erfahrung der Manipulierbarkeit der nach dem 2. Weltkrieg von den Siegermächten importierten Demokratie und die scheinbar unangefochten in ihr weiterbestehende bürgerliche Hegemonie tragen offensichtlich zur Perpetuierung jener vulgärhistorischen Vorstellung bei, wonach demokratisches Regime und Zivilgesellschaft exklusive Attribute bürgerlicher Klassenherrschaft sind. Dabei genügt ein oberflächlicher Blick auf die jüngere deutsche Geschichte - auf den Faschismus - um zu sehen, daß das Funktionieren kapitalistischer Systeme keineswegs an die Existenz einer vom Staat autonomen Zivilgesellschaft gebunden ist.

Die 'Zivilgesellschaft'- jener Raum moderner Gesellschaften, in dem nicht Zwang und Gewalt, sondern Wettbewerb der Überzeugungen und Haltungen gleicher und mündiger Individuen herrscht - gilt besonders unter deutschen Linken als bürgerlich-kapitalistische Mogelpackung. Und taucht der Begriff der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit Demokratiebewegungen in der Dritten Welt auf, wird hier von vornherein ein neokoloniales Projekt vermutet, ein ideologischer 'Überbau' zur Politik der ökonomischen und militärischen Einmischung. Christoph Spehr: "Die Gewaltförmigkeit des westlichen Systems nach 'außen' nimmt empirisch zu; und die Propagierung von 'Zivilgesellschaft', 'Aufklärung', 'Demokratie' als Exportschlager des westlichen Systems sind davon nicht zu trennen..." (Spehr 1992, 39). Aus dieser Sicht gibt es keinen Unterschied zwischen den Manipulierungen des öffentlichen Raumes durch staatlich gleichgeschaltete Medien im Faschismus und jener Manipulierung, die nicht über den Staat, sondern über das Geld und den Markt im liberalen Kapitalismus erfolgt. Daß im Faschismus jede Organisationsmöglichkeit von Oppositionsparteien und -gruppierungen fortfällt, im liberalen Kapitalismus diese Möglichkeiten aber gegeben sind, erscheint als Lappalie.

Es besteht kein Zweifel, daß die Vorbehalte der Linken gegenüber der - unhistorisch, also unflexibel gesehene - bürgerlichen Demokratie ein Grund für die Fortschreibung eigener Demokratiedefizite waren und sind. Sie sorgen auch für die Aufrechterhaltung der scheinbar ehernen Spaltung in Sozialdemokraten und radikalere Linke. Deren Demokratieablehnung und die bürgerlich-demokratische Pedanterie der SPD bedingen einander offenbar.

Als ich 1985 - von meinem damaligen Wohnsitz Algier kommend - am Gramsci-Luxemburg-Festival in der Hamburger Kampnagelfabrik teilnahm, machte ich meine erste direkte Erfahrung mit linkem Fundamentalismus in Westdeutschland. Der damalige Geschäftsführer der SPD, Peter Glotz, trug auf einer Großveranstaltung sein Konzept einer Annäherung zwischen dem 'Tanker' SPD und den 'vielen kleinen Booten', d.h. der versprengten radikaleren Linken, vor. Glotz stellte dieses Bündnis als einzige historische Chance dar, die Entwicklung der Bundesrepublik zur 'Zweidrittelgesellschaft' der Wohlhabenden zu verhindern, denen bald ein Drittel Verarmter gegenüberstünde. Darüber hinaus hielt er es für notwendig, daß es auch zu einer Zusammenarbeit der Linken in Europa käme, denn die Zweidrittelgesellschaft etablierte sich nicht auf nationalem, sondern auf internationalem Niveau.

Aus dem Publikum schlug dem Redner lautstark grundsätzliche Ablehnung entgegen. Zwar war die SPD tatsächlich bis in die jüngste Geschichte für andere Linke keinesfalls vertrauenswürdig gewesen - man denke allein an ihre Rolle beim Radikalenerlaß und seinen praktischen Folgen bis in die Berufsgruppe der Briefträger. Die Redner, die Glotz unterbrachen oder Diskussionsbeiträge lieferten, meinten denn auch, daß er dem 'Tanker' die 'kleinen Boote' nur zum 'Fraß' zuführen wolle. Ob der Mann in seiner Partei vielleicht doch für einen Wandel antreten und hier in Hamburg diskutieren wollte, wie dieser Umschwung in der SPD zustandekommen könnte, das wurde überhaupt nicht in Erwägung gezogen.

Als damals Außenstehende sah ich mich nicht in der Lage, die Relevanz beider Positionen zu beurteilen. Aber als geschichtsbewußter Mensch erschrak ich über die Schärfe der Auseinandersetzung: Die sektiererische Feindschaft zwischen KPD und SPD in der Weimarer Republik war mir als die folgenreichste Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert geläufig. Auf italienischen Gramsci-Kongressen hatte ich dagegen Sozialisten, Kommunisten und radikale Linke stets vernünftig miteinander reden sehen - was Gramsci schon in den zwanziger Jahren als kleinste - wenn auch bei weitem nicht ausreichende - Voraussetzung eines Hegemoniewechsels ansah. 1985, in Hamburg wurde mir klar, daß der eisige Wind des 'Sektierertums', in dem die deutsche Linke bislang durchs Jahrhundert getorkelt war, nicht nur bei der DDR-Regierung, sondern auch in den anderen deutschen Ländern unverdrossen weiterwehte.

Glötz' Vorschlag war in der Tat weder bei den 'Linken'- einschließlich der Grünen - mehrheitsfähig, noch in der SPD. Ob es sich gelohnt hätte, die Annäherung wenigstens zu versuchen, muß dahingestellt bleiben. Das allseitige Verharren im linken Lager auf fundamentalistischen Positionen erleichterte aber der deutschen Restauration ihr Werk: sie durfte die Wiedervereinigung ganz nach eigenem Gusto gestalten. Gleichzeitig stellte sie beinahe mühelos die Weichen für die Zweidrittelgesellschaft. Zudem sind die meisten der 'kleinen Boote' untergegangen und der 'Tanker' liegt rechtsseitig leck in stürmischer See.

Glötz muß ich zumindest darin recht geben, daß er die Schrecken der Zweidrittelgesellschaft plastisch vorhergesehen hatte. Daß sie so schnell Realität werden konnte, hängt keinesfalls mit den - angeblich unvorhersehbaren - ökonomischen Turbulenzen der Wiedervereinigung zusammen, sondern muß im Rahmen weltweiter sozioökonomischer Rationalisierungen verstanden werden. Soziale Subjekte oder gar netzartig verbundene Bewegungen, die Widerstand organisieren könnten, machen sich nicht bemerkbar.

Von der Gewalt- zur Kompromißförmigkeit

Damals, 1985 in Hamburg, schien mir der Moment geeignet, auf jene Gramsci-Texte hinzuweisen, die die Formation eines neuen 'historischen Blocks' der Linken betreffen. In bewußter Abstoßung von der totalitären Entwicklung in den Linksparteien seiner Zeit - und zwar sowohl in der Sowjetunion wie auch im übrigen Europa - war Gramsci der Auffassung, daß dies nur über 'Kompromisse' möglich sei: "Eine angemessene politische Initiative ist immer notwendig, um einen neuen, homogenen historischen Block ökonomisch-politischen Charakters zu verwirklichen, der keine inneren Widersprüche hat. Denn zwei 'ähnliche' Kräfte können nur zu einem neuen Organismus verschmelzen über eine Reihe von Kompromissen oder mit Waffengewalt, d.h. entweder man alliiert sich auf der Ebene von Bündnissen oder man ordnet den einen dem anderen durch Zwang unter. Die Frage ist jedoch, ob man die Kraft dazu hat und ob es 'produktiv' ist, sie anzuwenden. Wenn die Einheit der beiden Kräfte notwendig ist, um eine dritte zu besiegen, ist der Rückgriff auf die Waffen und auf den Zwang (vorausgesetzt, daß man überhaupt darüber verfügt) eine rein methodische Hypothese und die einzige konkrete Möglichkeit besteht im Kompromiß, weil die Gewalt gegen die Feinde eingesetzt werden kann, nicht gegen einen Teil von sich selbst, den man schnell assimilieren will und dessen 'guten Willen' und Enthusiasmus man braucht" (Gramsci 1975, 1612).

Gramscis Formeln des 'Kompromisses' und der Vermeidung von 'Zwang' bei der Bildung von Linksbündnissen erregten 1985 in Hamburg kaum Interesse. Zwar hatte man verstanden, daß der Weg zum Sozialismus nicht mehr über die staatsstreichartige Vernichtung der alten Institutionen er-

möglicht werde. Daß sich aber die sozialen Akteure verschiedenster Provinz zunächst einmal zu einem Interessenausgleich für Gegenwart und Zukunft durchringen müßten, leuchtete nicht unbedingt ein. Jeder wollte noch für 'seine' Wahrheit kämpfen - wenn es denn sein müßte, bis zum bitteren Ende.

Der oben zitierte Text weist darauf hin, daß Gramsci die Bewegung zur neuen Gesellschaft innerhalb der Linken als Bewegung von der Gewaltförmigkeit zur Kompromißförmigkeit konzipierte. Die vor kurzem publizierten Jugendbriefe (Antonio Gramsci 1992) zeigen in beeindruckender Weise, wie sehr ihm an der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Normen und Haltungen in der 1921 gegründeten, faktisch aber schon seit 1922 durch zunehmenden faschistischen Terror in die Halblegalität gedrängten KPI gelegen war. Ihr Sekretär, Amadeo Bordiga, war 1924 von den Faschisten verhaftet worden, und die Komintern hatte Gramsci mit der Bildung einer neuen Führung beauftragt. Die Aufgabe war deshalb besonders delikat, weil es auch um neue Führungsinhalte ging: Die KPI sollte von Bordigas sektiererischem Kurs, der jegliches Zusammengehen mit anderen gesellschaftlichen Kräften ausschloß, auf die damals von der Komintern vertretene Bündnispolitik umorientiert werden. Da sich Gramsci nicht in der Lage sah, gegen den außerordentlich charismatischen Bordiga allein anzutreten, versuchte er, eine kollektive Führung zu schaffen - zu der nach einigem Zögern auch Palmiro Togliatti stieß. Diese neue Führung sollte sich nicht nur untereinander auf die neuen Inhalte einigen, sondern wurde trotz der schwierigen Situation, in der sich die Partei bereits befand, von Gramsci dazu verpflichtet, ihre Positionen auch bei den einfachen Mitgliedern zu diskutieren. Außerdem war es erklärtes Ziel der Gruppe, Bordiga nicht auszuschalten, sondern zu weiterer Zusammenarbeit zu bewegen. Für diesen Prozeß wurden bezeichnenderweise zwei Jahre gebraucht. Bordiga, der bald wieder freigelassen worden war, konnte sein ganzes Gewicht in das innerparteiliche Drama zwischen 1924 und 1926 einbringen. Es endete auf einem - aus Sicherheitsgründen - in Lyon abgehaltenen Parteitag mit dem Gewinn der Mehrheit für Gramscis Linie. Dieser Vorgang war ein brisantes Gegenstück zur bürokratisch-gewaltsamen Ausschaltung Trotzki aus der KPdSU. Obwohl Gramsci selbst davon überzeugt war, daß die revolutionäre Welle in Europa abgeebbt war und er daher der Position Stalins (Aufbau des Sozialismus in einem Lande) näher stand, warnt er in seinen berühmten Briefen an das ZK der KPdSU davor, daß der Kampf zwischen den beiden Linien "bestimmte formaldemokratische Grenzen überschreitet", d.h. daß er gewaltförmig ausgefochten würde und mit der Liquidation der unterlegenen Fraktion endete. Dies könne nur zur Diskreditierung der Sowjetunion gerade in den faschistischen Ländern wie Italien führen, "in denen es keine Versammlungsfreiheit mehr gibt und die Pressefreiheit vollkommen unterdrückt ist" (d.h. in denen die Zivilgesellschaft ihre Autonomie eingebüßt hat - S.K.). Gramsci erinnert an die immensen Verdienste der Genossen Sinowjew, Trotzki und Kamenew in der

Vergangenheit, er nennt sie "unsere Lehrer". Und: "Wir wollen sicher sein, daß die Mehrheit des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der UdSSR nicht beabsichtigt, einen totalen Sieg zu erringen und übertriebene Maßnahmen vermeidet... Einheit und Disziplin können nicht mechanisch ... erzwungen sein" (Gramsci 1992, 272-279).

Obwohl es zwischen 1924 und 1926 zu einer harten Auseinandersetzung zwischen Bordighianern und Gramscianern kam, zu regelrechten 'Schlammkriegen' in der Parteipresse, in die sogar die Familienangehörigen einbezogen waren, kam es bezeichnenderweise dennoch nicht zu jener absoluten Degeneration der persönlichen Beziehungen, die ansonsten unter Kampfahnen im kommunistischen Milieu üblich war. Gramsci und Bordiga wurden 1927 auf die Insel Ustica verbannt, wo sie sich Küchendienst und Weiterbildung für die mitgefangenen Genossen friedlich teilten. Weil Bordiga wegen angeblicher 'trotzkistischer Umtriebe' 1929 aus der Partei ausgeschlossen wurde, erreichte er seine Haftentlassung. Als Gramsci sich - immer noch als Gefangener - ab 1933 in der Klinik von Formia aufhielt, wo Bordiga inzwischen als Ingenieur tätig war, soll er ihm Lebensmittel geschickt und ihn des öfteren vom Fahrrad aus begrüßt haben - bis die Polizei ihm das verbot (Leonetti 1997, 82).

Ist die Wiederherstellung der persönlichen Beziehungen zwischen Bordiga und Gramsci nur auf die gemeinsame Niederlage und die Konfrontation mit dem Gegner zurückzuführen oder hat nicht auch die Wahrung bestimmter "formaldemokratischer Grenzen" während des Konfliktes eine Rolle gespielt? Bezeichnenderweise kam es bei Gramsci zu dem unter Kommunisten immer häufiger werdenden Vertrauensschwund nicht in seinem Verhältnis zu Bordiga, sondern gegenüber Togliatti. Dieser hatte ihn als Vertreter der KPI in Moskau abgelöst und verweigerte die Übergabe der Briefe an das ZK der KPdSU. Er forderte Gramsci auf, eindeutiger Partei gegen Trotzki und für Stalin zu ergreifen. Gramsci bestand aber weiterhin auf seiner, Kompromiß und Ausgleich anstrebenden 'demokratischen' Position. Die ganzen elf Jahre zwischen seiner wenig später erfolgten Verhaftung bis zu seinem Ende war er dann davon überzeugt, daß die hohe Haftstrafe von 20 Jahren in einem diabolischen Zusammenspiel zwischen Faschisten und der Exilführung seiner eigenen Partei zustandekommen sei (Aldo Natoli 1993¹). Der wichtigste Grund für diesen Verdacht war die damalige Aufkündigung der Erstrangigkeit demokratischen Handelns durch Togliatti. Daß dieser dann in den dreißiger Jahren die

¹ Aldo Natoli hat in seiner 1993 beim Frankfurter Kooperative-Verlag erschienen Studie: *Tanja Schucht und Antonio Gramsci. Eine moderne Antigone die die italienische Linke seit einigen Jahren beschäftigende Frage der Auslieferung Gramscis an die Faschisten durch die eigene Partei mit hohem philologischen Aufwand zu klären versucht. Dabei konnte er die Permanenz von Gramscis 'Verdacht' sowohl in seinen Briefen aus dem Gefängnis als auch in der Korrespondenz seiner Briefpartner beeindruckend nachweisen, für die Stichhaltigkeit des Verdachts jedoch keine Belege finden. Siehe auch: S. Kebir: Gramsci, Sraffa und die Partei, in: Sozialismus 4/1992, S. 50-55.*

bündnispolitisch und demokratietheoretisch fortgeschrittenste Fraktion der Komintern repräsentierte, steht auf einem anderen Blatt.

Zivilgesellschaft und 'società regolata'

Von Blanqui über Lenin und Stalin führt eine starke Traditionslinie put-schistisch-autoritärer Sozialismuskonzepte, die bis heute auch in die sich antistalinistisch gebärdende Linke reicht. Daß bei Lenin auch jene durch *Staat und Revolution* begründete basisdemokratische Konzeption nachweisbar ist und als mittelfristig zu erreichendes politisches Ziel wohl auch erhalten blieb, darf nicht die Tatsache verdecken, daß es ihm in der Praxis nicht gelang, auch nur Keime demokratischer und zivilgesellschaftlicher Entwicklungen zu begründen. Weil Demokratie und Zivilgesellschaft - außer für die KP-Opposition - bislang kaum ein Thema für die deutsche Linke darstellten, ist es wenig verwunderlich, wenn heute selbst unter deutschen Gramsciforschern Streit herrscht, ob er den Begriff der Zivilgesellschaft nur als deskriptive Kategorie zur Beschreibung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft genutzt oder ob er ihm auch strategische Bedeutung für den Sozialismus gegeben habe. Die diesbezüglichen Textstellen sind nicht leicht zu finden, da Gramsci als seriöser Gesellschaftswissenschaftler äußerst zurückhaltend in der Formulierung der Utopie war. Er wußte, daß die Geschichte ein lebendiges Produkt von Kräfteströmen ist und sich insofern jeder präzisen Vorhersage entzieht. Seine Auslassungen über die 'società regolata', die 'geregelte Gesellschaft' - ein Kerkersynonym für 'Kommunismus' - sind also spärlich. Wer soll die Gesellschaft 'regeln'? Viele meinen, daß dazu wohl die berühmten 'organischen Intellektuellen' prädestiniert wären: Wenn die Gramsciforschung nicht auf die Gefängnishefte beschränkt bleibt, sondern sein politisches Werk vor der Haft in die Analyse mit einbezieht, besteht kein Zweifel, daß die organischen Intellektuellen nur insoweit für den Prozeß der Herausbildung der 'società regolata' gebraucht werden, wie sie sich bei der Erfüllung ihrer Aufgabe - der allseitigen Promotion des Alltagsverstandes - mehr und mehr selbst überflüssig machen. Die 'società regolata' war von Gramsci als eine selbst-regulierte, eine basisdemokratische Gesellschaft gedacht. Allerdings war er sich - im Gegensatz zum kommunistischen Milieu seiner Zeit - darüber im klaren, daß sich ihr die Menschheit nur über viele *risikoreiche* Zwischenschritte annähern könnte.

Für die auch heute in der Linken noch weitverbreitete Theorie der sauberen Ablösung einer historischen Formation durch die andere ist es undenkbar, daß zwischen bürgerlicher und sozialistischer Gesellschaft etwas anderes als ein Bruch auf jedweden Lebensgebiet stattfindet. Als einziges Element der Kontinuität gilt das Leben an sich. Gramsci sprach zwar auch von Brüchen zwischen den Gesellschaftsordnungen, aber er definierte durchaus auch Kontinuitäten. Dafür sei der Text *Der Staat und die Konzeption des Rechts* zitiert: "Die von der bürgerlichen Klasse getragene Re-

volution besteht hinsichtlich der Konzeption des Rechts und folglich der Funktion des Staates insbesondere im Willen zum Konformismus (daher sind Recht und Staat ethisch begründet). Die vorherigen herrschenden Klassen waren in dem Sinne konservativ, daß sie sich nicht bemühten, einen organischen Übergang von den anderen Klassen zu ihrer Klasse zu schaffen, d.h. ihren Raum als Klasse 'technisch' und ideologisch auszuweiten: es war die Konzeption der geschlossenen Kaste. Die bürgerliche Klasse stellt sich selbst als einen Organismus in permanenter Bewegung dar, der fähig ist, die ganze Gesellschaft zu absorbieren, sie auf seinem kulturellen und ökonomischen Niveau zu assimilieren. Die ganze Funktion ist gewandelt: der Staat wird 'Erzieher' usw. Kommt es zur Stockung, kehrt man zur Konzeption des Staates als reines Machtinstrument zurück, usw. Die bürgerliche Klasse ist 'saturiert': sie breitet sich nicht nur nicht weiter aus, sie zersetzt sich; sie hört nicht nur auf, neue Elemente zu assimilieren, sie löst sich vielmehr von einem Teil ihrer selbst (oder zumindest sind die Ablösungen zahlreicher als die Assimilationen). Eine Klasse, die sich selbst als fähig darstellt, die ganze Gesellschaft zu assimilieren und die zugleich wirklich fähig wäre, diesen Prozeß deutlich zu machen, bringt diese Konzeption des Staates und des Rechts zu ihrer Vollendung, insoweit sie das Ende des Staates und des Rechts konzipiert, die unnütz geworden sind, weil sie ihre Aufgabe erfüllt haben und von der Zivilgesellschaft absorbiert worden sind" (Gramsci 1975, 937).

Es war in der Tat jene Konzeption des bürgerlichen Rechts und des bürgerlichen Staates, die mit dem proklamierten Willen antrat, den 'Konformismus' - das ethisch begründete Gleichheitsgebot - zu verwirklichen. Das stand freilich zunächst nur auf dem Papier, denn selbst die Französische Revolution hatte trotz des proklamierten Zieles der Gleichheit und Freiheit weder zum allgemeinen Wahlrecht noch zur Assoziationsfreiheit für die Arbeiterklasse geführt. Für das allmähliche Ingangsetzen der zivilgesellschaftlichen Dynamik brauchte allein Frankreich noch die Revolutionen von 1830, 1848 und 1871. Es kann also gesagt werden, daß die Zivilgesellschaft keineswegs ein 'Geschenk' der Bourgeoisie an das Volk gewesen ist. Selbst ihr heutiger, rudimentärer, leicht manipulierbarer und äußerst verwundbarer Zustand ist dem kapitalistischen System in säkularen Kämpfen abgerungen worden. Sie stellt keinesfalls eine stabile Er rungenschaft dar. In den Entwicklungsphasen der bürgerlichen Gesellschaft, in denen ihre Kraft zur Assimilation - d.h. auch ihre politische und soziale Anziehungskraft - schwindet, sind Ausdehnung, Dynamismus und Autonomie der Zivilgesellschaft schweren Gefährdungen ausgesetzt. Wird sie nicht permanent verteidigt, kann sie in einem neuen Faschismus wieder "eingekesselt" (Gramsci 1975, 2058) und ganz vom Staat reglementiert werden. Da sie in Wirtschaftskrisen stets regressive Tendenz aufweist, ist es fragwürdig, ob sie - wie oft behauptet wird - der Expansion oder auch nur der Rekonstruktion des kapitalistischen Systems wirklich dient. Sie kann

vielmehr auch als Folge der politischen Kraftentfaltung der Regierten und ihrer relativen wirtschaftlichen Saturierung interpretiert werden.

In der Tradition der Selbstverwaltung

Im letzten Abschnitt des Textes ist von einer Kontinuität zwischen bürgerlicher und sozialistischer Revolution die Rede, von einer Klasse, die die auf das Papier verbannte Konzeption des 'bürgerlichen Staates und des Rechts', d.h. den 'Konformismus' - die Gleichheit der Individuen - realiter voranbringt. Dies kann jedoch nur einen dialektischen Prozeß der Aufhebung gerade jenes bürgerlichen Rechts und auch des bürgerlichen Staates bedeuten, deren Aufgaben allmählich auf die Zivilgesellschaft übergehen. Hier liegt einer der wenigen Texte Gramscis vor, aus denen Existenz und Rolle einer Zivilgesellschaft im Sozialismus klar hervorgeht. Was bei Marx 'Absterben des Staates' genannt wird und durch die Selbstregierung der Assoziationen freier Produzenten möglich werden soll, sieht Gramsci als 'Absorption' des Staates und des Rechts durch die Zivilgesellschaft gleicher und mündiger Individuen. Es handelt sich um eine permanente Reproduktion und Neuproduktion von gesellschaftlichen Partizipationsformen. Nach Gramsci wären Sozialismuskonzepte nicht allein als Gegenposition zu einer aktualistisch-strukturalen Analyse des Kapitalismus zu entwickeln, sondern auch von einer historischen Analyse her, die im Kampf der Völker um Partizipation und Selbstregierung jene Kontinuität würdigt, die von der bürgerlichen in die sozialistische Revolution hineinragt.

In Gramscis politischer Praxis wie auch in seinem theoretischen Werk spielt der kreative Bezug auf die selbstverwalterischen Traditionen der Arbeiterbewegung, die er als Fortsetzung der unvollendet gebliebenen Französischen Revolution ansah, die wesentliche Rolle. Niemals hätte er zwischen 1918 und 1920 zum Führer der Turiner Rätebewegung aufsteigen können, wenn er es - damals als Ortssekretär der Sozialistischen Partei - nicht verstanden hätte, mit den anarchistischen Triebkräften dieser Rätebewegung eine gemeinsame Aktionsbasis herzustellen. Bis hinein in die Gefängniszeit hat Gramsci stets guten Kontakt zu Anarchisten gehabt, ohne indes jemals die Konzeption einer Avantgardepartei der Arbeiterklasse aufzugeben. Seine Verachtung der bürgerlichen Demokratie während der Rätebewegung stellt keine grundsätzliche Ablehnung des Demokratiekonzepts dar. Vielmehr glaubte er die historische Stunde für einen höherentwickelten Typ von Demokratie gekommen: die der Räte. Sie gründet auf der Mündigkeit jedes einzelnen Individuums in Produktion und Lebensräumen sowie auf der sofortigen Abrufbarkeit jeglicher Repräsentanz. Damit ist die Räte Demokratie nicht nur Gegenmodell zur bürgerlichen Demokratie und zum autoritären Sozialismus, sondern stellt die Basis einer Zivilgesellschaft par excellence dar. Nachdem die Rätebewegung durch die koordinierte Aktion von legaler liberaler Staatsmacht und ille-

galem faschistischer Terrors besiegt worden war, stellte sich das Demokratieproblem für Gramsci auf neue Weise.

Ohne daß er die Räte­demokratie als Fernziel infrage stellte, ist in seiner späteren politischen Aktivität die Entwicklung zu einem positiveren Verständnis von Demokratie und Zivilgesellschaft auch in ihren bürgerlichen Grenzen feststellbar. Dies ist im Zusammenhang mit der Beschneidung und schließlich Vernichtung der italienischen Demokratie durch den Faschismus zu sehen. In der politischen Krise, die durch den Mord an dem sozialistischen Abgeordneten Matteotti 1924 ausgelöst wird, begreift Gramsci besser als die bürgerlichen Oppositionsparteien und die Sozialisten, daß enorme totalitäre Gefahren heraufziehen, als die Faschisten allein im Parlament zurückbleiben und der Aventin, das Gegenparlament, sich zu keiner effektiven Arbeit zusammenfinden kann. Wenn er als Fraktionsführer der Kommunisten die Partei als einzige Oppositionspartei ins Parlament zurückführt, will das nicht heißen, daß er von diesem Moment an Illusionen hinsichtlich der bürgerlichen Demokratie verfallen wäre. Ihre Aufrechterhaltung erscheint ihm vielmehr deshalb als Gebot der Stunde, weil die italienische Arbeiterbewegung bereits die Erfahrung gemacht hat, daß sie in der liberalen Ära mehr Entfaltungs- und Einflußmöglichkeiten hatte als aus der Halblegalität heraus, in die sie die faschistischen Terrortrupps bereits gedrängt hatten. Gramsci ist kein Anhänger der auch heute noch unter Linken verbreiteten Theorie, daß ihre politischen Chancen proportional zur Radikalität der Rechten wüchsen. An die Illusion, daß sich die Linke ausgerechnet während der Krise optimal reorganisieren könne, hat schon er nicht mehr geglaubt. Wenn sie überhaupt Kampfpotentiale in eine Krise mitbringt, dann vor allem die, die sie sich zuvor schon geschaffen hat.

Es existiert ein weiterer Text, mit dem Gramsci die Funktion einer Zivilgesellschaft in der sich herausbildenden sozialistischen Gesellschaft anspricht, wo es durchaus zunächst einmal zur 'Staatsvergottung' kommen kann: "Staatsvergottung" heißt eine gewisse Haltung gegenüber der 'Regierung der Funktionäre', bzw. der politischen Gesellschaft, die im allgemeinen Sprachgebrauch die Form des staatlichen Lebens ist, der man die Bezeichnung 'Staat' gibt und die man gemeinhin als den ganzen Staat versteht.

Die Behauptung, daß der Staat sich mit den Individuen decke (mit den Individuen einer gesellschaftlichen Gruppe) als Element einer aktiven Kultur (d.h. als eine Bewegung, die eine neue Zivilisation, einen neuen Typ von Menschen und Bürger schaffen will), soll das Streben einschließen, unter der Hülle der politischen Gesellschaft eine komplexe und gut artikulierte Zivilgesellschaft auszubilden, in der sich das einzelne Individuum selbst regiert, ohne daß deshalb diese Selbstregierung in Konflikt mit der politischen Gesellschaft gerät, sondern vielmehr ihre normale Fortsetzung und organische Ergänzung wird. Für einige Gruppen der Gesellschaft, die vor ihrem Aufstieg zu einem autonomen staatlichen Leben keine lange Peri-

ode eigener und unabhängiger kultureller und moralischer Entwicklung hatten, (wie sie in der mittelalterlichen und der absolutistisch regierten Gesellschaft durch die juristische Präsenz der Staaten oder der privilegierten Stände möglich war), ist eine Periode der Staatsvergottung notwendig und auch angebracht: diese 'Staatsvergottung' ist nichts anderes als die normale Form von 'staatlichem Leben', eines Beginns zumindest für das autonome staatliche Leben und für die Schaffung einer 'Zivilgesellschaft', deren Hervorbringung historisch vor dem Aufstieg zum unabhängigen staatlichen Leben nicht möglich war. Dennoch darf diese so beschaffene 'Staatsvergottung' nicht sich selbst überlassen werden, insbesondere darf sie kein theoretischer Fanatismus und als 'immerwährend' konzipiert werden: man muß sie kritisieren, gerade damit sie sich entwickelt und neue Formen des staatlichen Lebens hervorbringt, in denen die Initiative der Individuen und Gruppen 'staatlich' wäre, auch, wenn sie unabhängig von der 'Regierung der Funktionäre' ist (das staatliche Leben spontan werden lassen)" (Gramsci 1975, 1020-1021).

Hier handelt es sich um einen der wenigen Texte Gramscis, die eindeutig auf die zeitgenössische Entwicklung der Sowjetunion eingehen. Er schließt sich organisch an den bekannteren Text vom 'embryonalen' Zustand der Zivilgesellschaft im alten Rußland an, der sich bei der Herausbildung der revolutionären Situation zunächst als Vorteil, für den Aufbau der neuen Gesellschaft jedoch rasch als Nachteil erwies.² Gramsci verweist ausdrücklich auf die historischen Gründe dieser Situation. So wenig er in der Zivilgesellschaft ein quasi natürliches Attribut der bürgerlichen Gesellschaft sieht, so wenig hält er die 'Staatsvergottung' für eine dem Sozialismus fatalistisch anhaftende Qualität. Auch hier hält er die Entwicklung einer Zivilgesellschaft, - d.h. eines Raumes der gesellschaftlichen Selbstregierung - nicht nur für möglich, sondern offensichtlich auch für notwendig. Dieser 1931 oder 1932 entstandene Text geht auch noch von der Hoffnung aus, daß sich der reale Sozialismus von der 'Staatsvergottung' befreien könne. Spätestens seit dem 1989 erfolgten Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme hat die Linke weltweit eine Lektion darüber erhalten, daß die Existenz eines großen Sektors öffentlichen Eigentums ohne legales Funktionieren einer Zivilgesellschaft keine neue historische Ära der Vergesellschaftung eingeleitet hat.

Gramsci, Zivilgesellschaft, Entwicklungsländer

Durch seinen ausdrücklichen Verweis auf geschichtliche Gründe der schwachen Herausbildung von Zivilgesellschaften erscheint dieser Text für heutige Entwicklungsländer noch immer von großer aktueller Bedeutung. Relativ unabhängig vom gewählten Wirtschaftssystem und auch relativ un-

² In diesem Zusammenhang habe ich des öfteren bereits auf Lenin-Zitate verwiesen, die die fehlende Demokratie für die Revolution als Vorteil, für die spätere Entwicklung als Nachteil kennzeichnen. Siehe: Lenin, Werke, Bd. 29, S.59, und ebenda, Bd.27, S. 464.

abhängig davon, ob ein Einparteiensystem oder eine demokratische Fassade eingeführt wurde, kam es dort - wie in der Sowjetunion - gemeinhin ebenfalls zu Formen der 'Staatsvergottung', zur Diktatur einer 'Regierung der Funktionäre'. Die historisch begründete geringe Ausprägung der Kämpfe um politische Demokratie hat aber auch die Ausprägung der für Europa und ganz besonders für Deutschland typischen Enttäuschungen und Vorurteile gegen sie begrenzt. Der europäischen Linken ist es weitgehend entgangen, daß in vielen Ländern der Dritten Welt - schon lange vor dem Zusammenbruch des Ostblocks - Demokratiebewegungen entstanden sind, die keineswegs als trojanische Pferde des Westens abgetan werden können. Sie gingen *nicht* hervor aus einem Zusammenspiel der zumeist aus alten Stammeshierarchien rekrutierten 'Regierung der Funktionäre' und westlichen Wirtschaftstrategien. Vielmehr entstanden sie in jenen Bereichen des eigentlichen Arbeitslebens, die durch wirtschaftliche Erschließung teilweise 'modernisiert' worden sind. Ihnen gingen oft starke Gewerkschaftsbewegungen voraus, flankiert sind sie von Bewegungen der Intellektuellen und Künstler. Europäische Antidemokraten unterstellen diesen Demokratiebewegungen aber die egoistische Verengung der politischen Perspektive auf die eigenen Interessen. Oft ist das Gegenteil der Fall. Im Gegensatz zum sozial relativ befriedeten Mitteleuropa entgeht diesen Demokratiebewegungen weniger leicht die Inselhaftigkeit der eigenen gesellschaftlichen Existenz - zumal diese durch Gewaltakte der marginalisierten Bevölkerungsteile ständig bedroht ist. Daher liegt hier die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive und der Verknüpfung von politischer, kultureller und ökonomischer Demokratie um vieles klarer als im Westen auf der Hand.³ Stellvertretend hierfür sei der Präsident der tunesischen Liga für Menschenrechte Mouncef Merzouki zitiert, den ich 1992 um die Definition des von ihm ständig gebrauchten Begriffs der Zivilgesellschaft gebeten hatte. Er hat - bewußt oder unbewußt - nicht die angelsächsische, sondern die gramscianische Idee der Zivilgesellschaft vor Augen: "Ich denke, daß eine Zivilgesellschaft unbedingt drei Bereiche des Rechts realisieren muß: die Rechte der Individuen, die ökonomischen Rechte und die politischen Rechte. Erst wenn wir die individuelle, die sozioökonomische und die politische Autonomie erreicht haben, werden die Leute frei sein, d.h. in einer Zivilgesellschaft leben. Deren Existenz setzt die Mündigkeit, die Differenzierung und die Autonomie aller gesellschaftlicher Akteure voraus. Das bedeutet, daß die Leute die Möglichkeit haben, für sich selbst verantwortlich zu sein. Der Staat ist nicht mehr für sie verantwortlich, er beherrscht sie auch nicht mehr, sondern wird zu ihrem Diener. Die 'Zivilgesellschaft' steht also im Gegensatz zum

³ Auch die organischen Verknüpfungen, die Gramsci zwischen Zivilgesellschaft, Staat (bzw. 'Zwang') und Ökonomie herstellt und die u.a. seinen Begriff von dem der Angelsachsen abgrenzen, habe ich des öfteren dargestellt. Siehe: Die Verschränkungen von sozioökonomischer Basis, 'Zivilgesellschaft' und Staat, in: S. Kebir: Gramscis 'Zivilgesellschaft', Hamburg 1991.

Staat und zu autoritären und totalitären Ideologien. In ihr drückt sich die Differenzierung der Zivilgesellschaft aus, die es lernt, ihre Möglichkeiten und ihre Autonomie auszudrücken, sie organisiert sich selbst. Mit der Zeit wird sie sich immer mehr Macht aneignen über alle möglichen Strukturen der Gesellschaft: die Universität, das Geld, die Polizei - bisher Staatsfunktionen. Dieser Prozeß der Eroberung von Autonomie wird sehr lang sein ... Ich glaube aber doch, daß wir sie eines Tages haben werden. Immer mehr Menschen werden ausgebildet, sind also fähig zur Autonomie. Die Leute wollen auch endlich mitwirken an der Gestaltung ihres eigenen Lebens. Das ist eine Entwicklung, die ich für irreversibel halte."

Der Kampf um individuelle, politische und ökonomische Grundrechte wird von vielen der im letzten Jahrzehnt weltweit in großem Maßstabe entstandenen Non-Governmental-Organisations (NGO) als Grundlage einer neuen universalen Konzeption der Menschenrechte vertreten. Sie steht der Anerkennung von Differenz und Autonomie der Ethnien nicht im Wege, zumal ein Großteil der Demokratiebewegungen der Entwicklungsländer durchaus auch verstanden hat, daß die demokratische Perspektive für die Gesamtgesellschaft sofort attraktiver wird, wenn es möglich ist, an traditionelle Formen der Partizipation anzuknüpfen. Ein solches Anknüpfen kann jedoch nicht mechanisch konzipiert sein, als augenblickliche Wiedergewinnung einer verlorenen historischen Identität, sondern nur in kritischer Aufarbeitung. Ähnlich wie bei einer vorschnellen Bezugnahme auf die selbstverwalterische Geschichte der Arbeiterbewegung steht einer mechanischen Übernahme dieser Traditionen vor allem ihr alter patriarchaler Geist entgegen, der zum weitgehenden Ausschluß der Frauen, teilweise auch der Jugendlichen, führte. Die neuen Demokratiebewegungen der Entwicklungsländer müssen sich aber nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch besonders auf die Partizipation der Frauen und Jugendlichen orientieren, wenn sie den *circulus vitiosus* der sozialen und technologischen Abhängigkeit durchbrechen wollen.

Kürzlich machte die 'Monde Diplomatique' unter dem Titel *La nouvelle société civile est déjà là...* auf eine Reihe so konzipierter Entwicklungsprojekte in verschiedenen afrikanischen Ländern aufmerksam, wie z.B. auf die NAAM-Bewegung landwirtschaftlicher Kooperativen in Burkina Faso, deren Prinzip "Entwicklung ohne Zerstörung" heißt. Sie erhielten die partizipativen Strukturen der traditionellen dörflichen NAAMs, ergänzten diese aber durch ausdrücklich neu hinzugefügte Rechte der Jugend und der Frauen (Breackman 1993, 18).

Beispiele für wachsendes zivilgesellschaftliches Bewußtsein linker Bewegungen sind auch in fast allen Ländern Lateinamerikas zu finden - stellvertretend sei hier die Transformation der Tupamaros in Uruguay von einer Guerillaorganisation zur politischen Partei genannt, die politische Basisarbeit in den Dörfern und Stadtteilen leistet. Ähnliche, explizit auf Gramsci zurückgreifende Positionen sind aus Kolumbien bekannt. Auch hätte eine internationalistische Linke unbedingt die Demokratie- und Zi-

vilgesellschaftskonzepte von Xabier Gorostiaga wahrzunehmen, der als Rektor der Jesuitenuniversität von Managua zu den Beratern der Linken in Nikaragua, Mexiko und Ecuador gehört (Gorostiaga, 1992, 353).

Es ist offenbar ihr eigenes sektiererisches Erbe, das einem beträchtlichen Teil der deutschen Linken noch den Blick für die Demokratiebewegungen der Entwicklungsländer verstellt. In der Tat genießen hierzulande oft die dort ebenfalls stärker werdenden neuen Fundamentalismen mit ihrer vordergründig antiwestlichen Rhetorik mehr Ansehen und Unterstützung. (Die iranische Revolution schuf den Präzedenzfall.) Die Fundamentalismen der Dritten Welt entstanden in jenen gesellschaftlichen Bereichen, die von jeglicher Modernisierung brutal ausgeschlossen waren. Ihre Heilsversprechungen fordern einen mechanischen Schritt in die Geschichte zurück, in die vom Kolonialismus und Neokolonialismus zerstörte historische Identität, deren Idealisierung auf Grund des allgemeinen Bildungsnotstands noch möglich ist. Bezeichnenderweise vollziehen die Anführer der Bewegungen diesen Schritt selbst jedoch nur rhetorisch. Schon allein die Wahl ihrer Exilorte - die eher im Westen als in fundamentalistischen Staaten wie dem Iran, Afghanistan oder dem Sudan liegen - deutet darauf hin, daß sie weniger auf eine fundamentalistische Internationale bauen, sondern wie ihre Vorgänger - die 'Regierung der Funktionäre' - eher auf ein Arrangement mit dem Westen. Dessen Gelingen hängt derzeit wiederum nur von der Selbsteinschätzung des Westens hinsichtlich seiner weltweiten 'Ordnungsfunktion' ab. Solange hier die militärische Option besteht, entscheiden von Fall zu Fall kurzfristig greifende Opportunitätskriterien. Sollte sich die militärische Option und schließlich auch die unbeschränkte Wirtschaftshoheit der Weltbank und des IWF als unzweckmäßig herausstellen, kann in den Entwicklungsländern der bereits begonnene Wettbewerb zwischen partriarchalen Fundamentalismen und den neuen Bewegungen um gesellschaftliche Partizipation Auftrieb erhalten. Deren Erfolgsaussichten sind selbstredend vollkommen unabhängig davon, ob der alte europäische Begriffsapparat des Sozialismus noch Verwendung findet. Sein mögliches Verschwinden, bzw. seine Aufhebung durch die Geschichte, sollte niemanden beunruhigen. Weltweite Partizipationsbewegungen werden nicht auf der Basis des Nominalismus, sondern nur auf der des Realismus operieren können.

Quellen:

- Breckman, Colette: La nouvelle société civile là. In: Le monde diplomatique, Mai 1993.
 Gorostiaga, Xabier: Die Revolution der zivilen Gesellschaft. In: Weg und Ziel 1/1992.
 Gramsci, Antonio : Quaderni del carcere, Turin 1975.
 Gramsci, Antonio : Briefe 1908-1926, Wien 1992.
 Leonetti, Alfonso : Zeugnis in: Gramsci raccontato, Rom 1987.
 Mir: Von der Stadtguerilla zur Massenpartei (ohne Literaturangabe in einem vom Solidaritätskomitee für Nicaragua 1991 herausgegebenen Reader).
 Spehr, Christoph, "Westliche" Kultur und "multikulturelle" Weltgesellschaft, in: Z 10 (Juni 1992), S. 39-48.

Neuerscheinungen

Enzo Traverso
Die Marxisten und die jüdische Frage
 Geschichte einer Debatte (1843-1943)
 Mit einem Vorwort von Pierre Vidal-Naquet
 ISBN 3-929455-08-0, ca. 400 S., DM 48.-

W. Hedeler/R. Stoljarowa
Nikolai Bucharin
 Leben und Werk
 ISBN 3-929455-04-8, 160 S., DM 24.-

Th. Bergmann/M. Keßler (Hg.)
Ketzer im Kommunismus - Alternativen zum Stalinismus
 ISBN 3-929455-10-2, ca. 400 S., DM 48.-

Alexander Watlin
Die Komintern 1919 - 1929
 Mit einem Vorwort von Friedrich I. Firsov
 ISBN 3-929455-07-2, 192 S., DM 34.-

Harald Jentsch
Die politische Theorie August Thalheimers
 1919-1923
 ISBN 3-929455-05-6, 120 S., DM 22.-

Jens Becker/Theodor Bergmann/
 Alexander Watlin (Hg.)
Das erste Tribunal
 Das Moskauer Parteiverfahren gegen
 Brandler, Thalheimer und Radek
 ISBN 3-929455-09-9, 192 S., DM 29.80

Th. Bergmann/W. Haible
Die Geschwister Thalheimer
 Skizzen ihrer Leben und Politik
 ISBN 3-929455-12-9, 96 S., DM 9.80

Wolfgang Haible
Schwierigkeiten mit der Massenkultur
 Zur kulturtheoretischen Diskussion der massenmedialen Unterhaltung in der DDR
 ISBN 3-929455-06-4, 192 S., DM 34.-

Aus unserem weiteren lieferbaren Programm:

Mario Keßler
Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus
 Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert
 ISBN 3-929455-00-5, 156 S., DM 24.-

Th. Bergmann/G. Schäfer (Hg.)
Leo Trotzki - Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft
 ISBN 3-929455-03-X, 356 S., DM 39.80

August Thalheimer
Programmatische Fragen
 Kritik des Programmentwurfs der Komintern (VI. Weltkongreß)
 ISBN 3-929455-02-1, 112 S., DM 18.80

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an

Decaton Verlag Postfach 2161 55011 Mainz

Tel.: (06131) 237946 Fax: (06131) 675989

Sozialismus-Konzepte: Marx und seine Zeitgenossen

Beiträge der AG Marx-Engels-Forschung

Am 12./13 Juni 1993 fand in Frankfurt die siebte Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung statt. Thema: "Das Sozialismuskonzept von Marx und andere zeitgenössische Modelle zur Lösung der sozialen Frage". Über den Sitzungsverlauf berichtete Henning Böke in Heft 15 von Z. Nachdem von der Sitzung kein eigener Protokollband mehr veröffentlicht wird, waren die Teilnehmer der AG-Sitzung mit dem Angebot der Zeitschrift Z einverstanden, in ihren Spalten ausgewählte Tagungsbeiträge zu veröffentlichen. Es folgen daher überarbeitete Kurzbeiträge der Tagung, welche die thematische Diskussion einleiteten. Außer den Beiträgen von Wolfgang Jahn (Halle), Jürgen Jungnickel (Berlin) und Carl-Erich Vollgraf (Berlin) aus dem Jahr 1993 wird der Vortrag von Michael Löbig (Hamburg) von der Sitzung des Jahres 1992 abgedruckt. Das von der Gruppe SOST (Hamburg) auf der Jahrestagung 1993 gehaltene Referat "Gemeineigentum und Markt. Die Sozialismus-Konzeption von Marx und Engels" ist bereits in Heft 7/8/1993 der Zeitschrift "Sozialismus" wiedergegeben, so daß sich Interessierte dort informieren können.

Die nächste Jahrestagung der AG Marx-Engels-Forschung findet am 11./12 Juni 1994 in Frankfurt statt. Gegenstand wird das in der MEGA II/4.2 nunmehr erstmals veröffentlichte Marxsche Urmanuskript zum dritten Buch des "Kapital" aus dem Jahr 1864/65 sein, das bislang nur in der Engelsschen Redaktion von 1894 bekannt war.

Wolfgang Jahn

Das Studium der Ricardianischen Sozialisten Ch.W. Dilke, P. Ravenstone und Th. Hodgskin durch Marx 1851 - 52

Ich teile die Auffassung, daß der Sozialismus kein vorgegebener Zustand, sondern eine Bewegung ist, die das Ziel verfolgt, durch Lösung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, eine neue, alternative Gesellschaft zu schaffen, in der "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".¹ Diese Bewegung hat tiefe historische Wurzeln, ist jedoch nach vorn offen. Sie ist von Höhen und Tiefen, Siegen

¹ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 483.

und Niederlagen gekennzeichnet. Die Implosion des Versuchs, nach der Oktoberrevolution eine alternative Gesellschaft zu errichten, über deren Begrifflichkeit man streiten kann, hat bei vielen Anhängern der sozialistischen Bewegung zu Orientierungslosigkeiten geführt. Neben den Versuchen einer Standortbestimmung ist es sicher sehr nützlich, den zurückgelegten Weg nach rückwärts zu verfolgen, um aus der Einheit von Resultat und Genese die bewahrenswerte Grundorientierung nicht zu verlieren.

Die "abgewickelte" MEGA-Forschungsgruppe der Universität Halle hatte im Rahmen der Bearbeitung der MEGA(2)-Bände IV/7 bis IV/10 (Londoner Exzerptheft von 1850 - 53) und II/3.3 bis II/3.4 (Ökonomische Manuskripte 1861 - 63) unter anderem die Aufgabe übernommen, die Marx'schen Studien zur Auflösung der Ricardoschen Schule und ihre Darstellung zu erschließen. Den wohl entscheidenden Schlag zum Untergang erhielt die klassische bürgerliche Arbeitswerttheorie durch eine Gruppe Ökonomen, die die in ihr im Prinzip enthaltenen, aber nicht ausgeführten Schlußfolgerungen zugunsten des Proletariats zogen.

Es war legitim, daß Marx, wenn er einige Schlußfolgerungen dieser Ricardianischen Sozialisten in die eigene Theorie übernehmen wollte, sich kritisch mit dem theoretischen Inhalt auseinandersetzen mußte.

In zahlreichen marxistischen Arbeiten wurden die Ricardianischen Sozialisten durch das Prisma der historischen kritischen Betrachtung bei Marx gesehen und global in der Formel zusammengefaßt: "Utopische Sozialisten, Anhänger Robert Owens". Sie verdienen jedoch, individuell aus der Sicht ihrer Zeit für ihren Beitrag zur Geschichte des Sozialismus gewürdigt zu werden. Auch heute noch können von ihnen in mancher Beziehung wichtige Denkanstöße ausgehen.

Marx schätzte die Leistung der Ricardianischen Sozialisten, sie kritisch-würdigend, hoch ein. Er exzerpierte viele ihrer Schriften und apostrophierte sie in seinen ökonomischen Werken, u.a. solche von: Francis Gray (1809 - 1837), John Gray (1798 - 1850), William Thompson (1785 -1833).² In den "Londoner Heften von 1850-53" finden sich umfangreiche Exzerpte der 4 Schriften von den drei Sozialisten, die er im Abschnitt "e) Gegensatz gegen die Ökonomen auf Basis der Ric'schen Theorie" in den "Theorien über den Mehrwerth" darstellte.³ Alle 4 Schriften entstanden im dritten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, das Marx als die metaphysische Periode der Geschichte der englischen politischen Ökonomie charakterisierte.

² Siehe in: MEGA (2) IV/7: Liste von Exzerpten aus den Jahren 1844-47, S. 27-29, Exzerpte aus John Gray, S. 547-556; in MEGA (2) IV/8: Thomas Rowe Edmonds, S. 27; in MEGA (2) IV/4: Exzerpte aus William Thompson, S. 237-245.

³ Karl Marx: Manuskript 1861-1863, in: MEGA (2), Bd. II/3.4, S. 1370-1450; Bd. II/3.5, S. 1773-1775.

1. Charles Wentworth Dilke

Friedrich Engels nannte im Vorwort des 2. Bandes des "Kapitals" das 1821 anonym erschienene Pamphlet "The source and remedy of the national difficulties deduced from the principles of political economy" den "Vorposten einer ganzen Literatur, die in den zwanziger Jahren die Ricardosche Wert- und Mehrwerttheorie im Interesse des Proletariats gegen die kapitalistische Produktion kehrt, die Bourgeoisie mit ihren eigenen Waffen bekämpft".⁴ Wir können heute als den "anonymen Pamphletisten" mit großer Wahrscheinlichkeit den fortschrittlichen Literaturkritiker Charles Wentworth Dilke (1789 - 1864) nennen.⁵ Er schlußfolgerte aus der Ricardoschen Arbeitswerttheorie: Wenn die Substanz des Wertes die Arbeit ist, dann sind Grundrente, Profit und Zins "- das surplus produce -" Mehrarbeit, die von den Arbeitern über den Lohn hinaus geleistet und vom Kapital angeeignet wird. Kapital ist ungerechte Aneignung fremder Mehrarbeit.⁶

Nicht weniger wichtig als die Entdeckung der Mehrarbeit als Substanz des Profits, der Grundrente, des Zinses usw. war seine Schlußfolgerung: "Aber wahrhaft reich eine Nation ist, wenn kein Zins für Capital gezahlt. Wenn statt 12 Stunden nur 6 gearbeitet wird 'wealth is disposable time, and nothing more'."⁷

Der Pamphletist setzte diese geniale These 1821 in die Welt, ohne sie näher theoretisch zu begründen. Sie blieb damit für die Interpretation offen. Auch diese These war bei Ricardo vorgezeichnet. Ricardo meint, daß in einer möglichst kurzen Zeit ein maximaler Reichtum geschaffen werden soll. Bei Ricardo folgte, daß damit das Nettoprodukt im Verhältnis zum Bruttoprodukt wachsen wird, damit die Arbeitszeit der produktiven Arbeiter maximal ausgeschöpft werden solle, um disposable time als Genuß und Beschäftigung unproduktiver Arbeiter zu schaffen.

Dilke forderte dagegen, daß durch die Beseitigung der Mehrarbeit für Müßiggänger, die selbst produktive Arbeit leisten sollen, die Arbeitszeit für alle gekürzt und "disposable time" für alle geschaffen werden kann.

Marx geht in der Interpretation des Begriffs disposable time weiter als Dilke. Alle Ökonomie ist in letzter Instanz Ökonomie der Arbeitszeit. Die Entfaltung der Produktivkräfte der Arbeit und die Pflicht aller Arbeitsfähigen zur Arbeit ermöglichen es, einen wachsenden gesellschaftlichen Reichtum in immer kürzeren Arbeitszeiten zu produzieren und die Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder besser zu befriedigen. Allerdings erfordert das eine Gesellschaft, in der die Jagd nach Mehrwert als Prinzip

⁴ Friedrich Engels: Vorwort (zum 2. Band des Kapitals). In: MEW, Bd. 24, S. 20.

⁵ Siehe: MEGA (2) IV/9, S. 110, S. 163-165, S. 616-618.

⁶ Ebenda S. 163.

⁷ Ebenda.

abgeschafft ist und die Produkte wie die Produktionsmittel gemeinschaftlich angeeignet werden. Die Produzenten regeln ihren Austausch mit der Natur bewußt so rationell und harmonisch wie möglich. Die Hauptquellen des Reichtums, der Produzent und die Natur, werden nicht länger in einem blinden Prozeß der Profitgier zerstört, indem die Entfremdung der Produkte vom Produzenten, die Entfremdung der Arbeit durch das Kapital und die Entfremdung des Menschen von der Natur schrittweise aufgehoben werden. Natürlich bleibt die materielle Produktion die Grundlage der menschlichen Existenz, die bestimmten Naturgesetzen unterworfen ist. Die Freiheit in diesem Gebiet der menschlichen Existenz besteht darin, daß die Naturgesetze immer besser erkannt und ohne Schaden für Mensch und Natur bewußt zu seinem Nutzen praktisch angewandt werden. Marx zog die für eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaft geniale Schlußfolgerung: "Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gibt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung."⁸

Marx vermied es, sich zu Details, die sich erst aus den praktischen Erfahrungen der Erbauer einer neuen Gesellschaft ergeben, zu äußern. Die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus regen dazu an, den von Marx aufgegriffenen Gedanken Dilkes als Denkanstoß aufzugreifen und seine praktische Anwendbarkeit auf die aktuellen Menschheitsprobleme zu überprüfen. Es entspricht der Kapitallogik, mit Hilfe der wachsenden Produktivität sich ein wachsendes Mehrprodukt anzueignen. Das erklärte Streben der Kapitalvertreter, erkämpfte Verkürzungen der Arbeitszeit rückgängig zu machen und die Arbeitszeiten wieder zu verlängern, führt angesichts der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals zu einem wachsenden Sockel der Massenarbeitslosigkeit. In der Bevölkerungsstruktur nimmt einerseits der Anteil der Werktätigen, die überarbeitet werden, zu, andererseits wächst der Anteil der relativen Überbevölkerung und der parasitären Schichten. Die naheliegende Lösung einer Verkürzung der Arbeitszeit und Einbeziehung aller arbeitsfähigen Gesellschaftsglieder in eine nützliche Tätigkeit ist mit den Prinzipien einer kapitalistischen Produktion und einer auf dem Wert beruhenden Wirtschaftsrechnung nicht zu vereinbaren. Sie erfordert eine qualitative Veränderung der Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsform. Die massenhafte Arbeitszeit, die unfreiwillig nicht genutzt wird, fände bei ihrer Verwandlung in wirkliche "disposable time" neben der menschlichen Entfaltung, die sich als Selbstzweck weiß, ein breites Anwendungsfeld in der Regenerierung der bereits zerstörten Bereiche der Natur, der Hilfe zur Selbsthilfe der ökonomisch schwachentwickelten Völker, in der allseitigen Entfaltung

⁸ Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 828.

der Persönlichkeit des Menschen durch Kultur, Wissenschaft, Bildung, Sport, Tourismus u.v.m.

2. Piercey Ravenstone

1824 erschien die originelle Schrift von Piercey Ravenstone: "Thoughts on the funding system and its effects".⁹ Ravenstone unterschied zwischen dem natürlichen Eigentum, bei dem das Produkt der Aneignung der Natur durch die Arbeit in der Hand seines Schöpfers bleibt, und dem künstlichen Eigentum, bei dem sich nichtarbeitende Kapitalisten das Mehrprodukt fremder Arbeiter ohne Äquivalent aneignen. Kapital ist nach Ravenstone vergegenständlichte Arbeit, die die Herrschaft über fremde Arbeit ausübt. Es entsteht durch Prellerei der Arbeiter um Teile ihrer Arbeit. Daraus folgt, daß sich eine Kluft zwischen wachsendem Reichtum des Kapitals auf der einen Seite und ständig größer werdender Armut und Elend auf der anderen auftut. Da nach Ravenstone die Löhne und der Arbeitstag feststehende Größen sind, führt die Steigerung der Produktivkraft zu einer Vergrößerung des surplusproduce, das sich das Kapital unentgeltlich aneignet. Ravenstone leistete damit einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur Entdeckung des relativen Mehrwerts.

Ravenstone zog nicht die Schlußfolgerung, das sich "ungerechtfertigter" Weise aus fremder Arbeit bereichernde "künstliche Eigentum" durch das natürliche Eigentum als Gemeineigentum der Arbeitenden zu ersetzen. Das Kapital sollte vielmehr erhalten bleiben, aber der "Betrug" am Arbeiter sollte durch sein "Recht auf den vollen Arbeitsertrag" ersetzt werden.

Marx kritisierte zu Recht, daß die ökonomischen Verhältnisse die juristischen Regelungen bestimmen. Wenn man wie Ravenstone Lohnarbeit und Kapital beibehalten will, ist die Arbeitskraft eine Ware. Nach den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion hat der Käufer der Ware Arbeitskraft durch Zahlung ihres Wertes ihren Gebrauchswert als sein Eigentum erworben. Da er auch Eigentümer der Produktionsmittel ist, spielt sich der kapitalistische Produktionsprozeß zwischen Elementen ab, die Eigentum des Kapitalisten sind. Konsequenter Weise gehört ihm auch das Produkt einschließlich des surplusproduce. Recht und deshalb "gerecht" ist, was den Normen der jeweiligen Produktionsweise entspricht.

Obwohl die Forderungen nach "mehr Gerechtigkeit" und dem "Recht auf den vollen Arbeitsertrag" formell falsch sind, können sie unter bestimmten Bedingungen eine große Rolle im Klassenkampf spielen. Marx wies nach, daß die Forderung nach dem "Recht auf den vollen Arbeitsertrag" ökonomisch wie juristisch falsch ist. Nichtsdestoweniger hat diese Losung in bestimmten Regionen die Arbeiter mobilisiert, sich in Gewerkschaften

⁹ Von Marx exzerpiert, in: MEGA (2) IV/8, S. 542-548.

oder selbständigen Parteien zu organisieren. Werden bestimmte Zustände von der großen Mehrheit als ungerecht empfunden, kann daraus durchaus eine demokratische oder revolutionäre Potenz entstehen, die diese Zustände verändert. Es folgt dann eine Rückwirkung vom Recht her auf dessen ökonomischen Grundlagen. Die Kolonialisierungspolitik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik gegenüber großen Teilen der Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern wird von diesen massenhaft als ungerecht empfunden, und die Losung von der "Gerechtigkeit" wirkt gegenwärtig auf das Massenbewußtsein stärker als die subtile marxistische Analyse des ökonomischen Zustandes dieser Bundesrepublik.

Als demokratische Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise verdienen die Vorschläge Ravenstones, wie man zur Abschöpfung des surplusproduces und zu einer gerechteren Verteilung kommen kann, von den antikapitalistischen Kräften beachtet zu werden. Eine Reform des Steuersystems soll das surplusproduce der Eigentümer von Kapital und Boden abschöpfen und für soziale und gemeinnützige Zwecke verwenden. Ravenstones sah hierin ein Mittel, die zu seinen Lebzeiten besonders drückende Staatsschuld abzubauen. Utopisch bleiben Ravenstones Vorschläge, wenn er sie durch Appelle an die Vernunft der Gebildeten verwirklichen will. Ihre Chance als eine mögliche Variante durchgesetzt zu werden, besteht nur dann, wenn sie als Idee die werktätigen Massen ergreift, die durch ihren Druck die bestehenden Gemeinschaftsverhältnisse verändern.

3. Thomas Hodgskin

Marx rechnete Thomas Hodgskin zu den bedeutendsten kritischen englischen Ökonomen. Seine 1824 anonym erschienene Kampfschrift "Labour defended against the claims of capital", by a labourer, verdient einen Ehrenplatz in der Reihe der berühmten Werke der Geschichte des Sozialismus. Marx studierte und exzerpierte sie ausführlich in Heft XI der "Londoner Hefte" im Juli 1851.¹⁰ Bereits im Juni hatte er im Heft IX die Schrift "Popular political economy" durchgearbeitet, in der Hodgskin seine wissenschaftlich-populären Lektionen, die er 1826 vor Arbeitern im "London Mechanics' Institut" gehalten und die er 1827 veröffentlicht hatte.¹¹ Als Marx "Labour defended..." las, vermutete er wegen der gleichen Grundkonzeption, daß der sich "a labourer" nennende Verfasser ebenfalls Hodgskin war, und er fügte unter dem Titel "Hodgskin?" ein.¹²

Ich möchte aus den vielfältigen Gedanken Hodgskins aus Zeitgründen nur zwei Seiten herausgreifen.

¹⁰ Siehe: MEGA (2) IV/9, S. 9-13.

¹¹ Siehe: MEGA (2) IV/8, S. 549-562.

¹² MEGA (2) IV/9, S. 9.

a) Gewerkschaften.

Die meisten Ricardianischen Sozialisten hatten aus philanthropischen Erwägungen für die Arbeiter Partei ergriffen und hofften durch Appelle an die Vernunft die Lage der Arbeiter zu verbessern. Robert Owen (1771 - 1858) hatte zwar schon sehr früh den Kontakt zu der sich soeben konstituierenden Arbeiterbewegung gesucht. Er führte im Oktober 1833 den Vorsitz, als sich die englischen Trade-Unions auf nationaler Ebene zusammenschlossen. Wie viele Sozialisten und Kommunisten des vorigen Jahrhunderts billigte Owen den Gewerkschaften keinen dauerhaften Erfolg bei der Verbesserung der Lebensumstände der Arbeiter innerhalb der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse zu. Die Gewerkschaften sollten, nach Owens Auffassung, im friedlichen Kampf die planmäßige Leitung der Produktion in die Hände nehmen und schrittweise eine kommunistische Organisation der Produktion schaffen.

Auch Marx und Engels hatten sich in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und zu Beginn der fünfziger Jahre noch nicht vollständig von der Ricardoschen Lohntheorie freigemacht. Sie maßen zwar den Gewerkschaften als Form der Organisation der Arbeiter von der "Klasse an sich" zur "Klasse für sich" eine große historische Bedeutung bei, aber wegen der noch nicht überwundenen Rudimente der Lohnfondstheorie billigten sie dem täglichen Kleinkrieg der Gewerkschaften für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen keinen großen dauerhaften Erfolg zu. Für die Weiterentwicklung seiner Auffassung über den Austausch zwischen Kapital und Arbeit erhielt Marx von Hodgskin Anregungen, sich in den Heften VIII bis XIV vertieft mit der Lohnfondstheorie zu beschäftigen, nach der im Falle von Lohnerhöhungen die Bevölkerung die Tendenz habe, sich über ihren Nahrungsspielraum hinaus zu vermehren. Marx beschäftigte sich hier gründlich mit der Geschichte der Bevölkerungstheorie und der landwirtschaftlichen Produktion. Er eignete sich die Ergebnisse der modernen Agrarwissenschaft an. Er kam zu dem Ergebnis, daß das sog. Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag falsch sei. Bei der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und ihrer sinnvollen Anwendung in der Landwirtschaft könne man durchaus davon ausgehen, daß in der Tendenz die Fruchtbarkeit der Natur steigt, ohne daß dabei die Natur notwendig zerstört zu werden braucht. Durch die steigende landwirtschaftliche Produktion wurde ein Fonds geschaffen, aus dem höhere Löhne auch bei wachsender Bevölkerung gezahlt werden können. Inwieweit es gelingt, die höhere Produktivität für eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter einzusetzen, hängt von der Kampfkraft der Arbeiterklasse ab, die sie dem Kapital entgegensetzen kann. Solange allerdings die Arbeitskraft eine Ware bleibt, stößt sie auf die Wertgrenze. Später stellte Marx fest, daß die Wertgrenze der Arbeitskraft nicht starr ist, sondern ein historisches und moralisches Moment enthält. Zu dieser Erkenntnis trugen wesentlich die

Studien über die Geschichte der Streikkämpfe und der Bildung der englischen Gewerkschaftsbewegung bei.

Hodgskin war eine Schlüsselfigur bei der praktischen Bildung und der theoretischen Begründung der englischen Gewerkschaftsbewegung. Zusammen mit Francis Place führte er zu Beginn der zwanziger Jahre eine umfangreiche Agitation durch, um die verbotenen Arbeiterkoalitionen zu legalisieren. Trotz des Verbots führten die Arbeiter in zahlreichen Betrieben wilde Streiks durch, die nicht immer der "feinen englischen Art" entsprachen. Um die ohnehin wirkungslose Verbotspraxis durch Gesetze in geordnete Bahnen zu lenken, wurde 1824, durch einen Parlamentsakt, die Bildung von Arbeiterkoalitionen legalisiert, mit der ausdrücklichen Zielsetzung, die Kapitalinteressen vor Arbeitskämpfen zu schützen. Über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsgesetzgebung und ihre Folgen war eine umfangreiche Literatur entstanden, in der u.a. Nassau W. Senior (1790-1864),¹³ Robert Torrens (1780-1864),¹⁴ Charles D. Bereton (1790-1868)¹⁵ zu beweisen suchten, daß Arbeiterkoalitionen nicht nur für die Kapitalinteressen, sondern auch für die Arbeiter selbst schädlich seien. Es fällt auf, daß sich seither die modernen Gewerkschaftsgegner wenig konzeptionell neue Gedanken haben einfallen lassen.

Hodgskin trat mit "Labour defended..." gegen die gewerkschaftsfeindliche Literatur auf. Diese fand nach seiner Meinung in der Öffentlichkeit Zustimmung, weil man sich an den bestehenden Zustand gewöhnt habe, den eine Presse, die überwiegend Kapitalinteressen vertrat, zu konservieren trachtete. Im Parlament erließen die Vertreter von Kapital- und Bodeneigentum Gesetze, die ihrem eigenen Interesse entsprachen. Er wollte die Arbeiter darüber aufklären, daß sie ihre elende Lage nur verbessern können, wenn sie sich in Gewerkschaften organisieren. Die Arbeiter sind nach Hodgskin die einzigen Schöpfer des Reichtums, und sie müßten sich völlig zu Recht einen wachsenden Anteil an ihrer Arbeit erkämpfen. Der Fonds dafür sei vorhanden. Gestützt auf Ricardo wies er auf die Wechselwirkung zwischen Lohn und Profit hin. Höhere Löhne würden lediglich zu sinkenden Profiten führen, die ebenfalls Produkt der Arbeit sind.

Hodgskin sah einen dauerhaften Erfolg der gewerkschaftlichen Kämpfe nur dann gesichert, wenn sie mit grundlegenden Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen einhergehen. Eine Möglichkeit sah er darin, daß die Arbeiter selbst zu einer demokratischen Potenz werden, die politische Veränderungen erzwingt. Aber er billigte, 1825 sicher mit Recht, den Arbeitern noch nicht eine solche Kraft zu. Man müsse durch die besseren Argumente - wozu Hodgskin einen Beitrag leisten wollte - die Mehrheit

¹³ Siehe: MEGA (2) IV/9, S. 16-19, S. 22-24.

¹⁴ Ebenda S. 20-21.

¹⁵ Ebenda S. 25-28.

der "vernünftigen Leute" dafür gewinnen, solche Parlamentsvertreter zu wählen, die auch Arbeiterinteressen vertreten.

b) Hodgskins Kapitalbegriff

Wie er schon im Titel seines Pamphlets ankündigte, ist Kapital unproduktiv. Marx entdeckte erst dreißig Jahre später das Problem des Doppelcharakters der Arbeit und den Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß. Wie für alle seine Zeitgenossen war für Hodgskin das Kapital mit seiner allgemeinen dinglichen Form im Arbeitsprozeß identisch. Erst der Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses läßt begreifen, wie durch den Kapitalfetischismus eine Transposition der Produktivität der Arbeit in eine Produktivität des Kapitals stattfindet.

Hodgskin tat allerdings einen richtigen Schritt zum Verständnis des Kapitalfetischismus, denn er schrieb: "Man könnte glauben, Kapital sei ein kabbalistisches Wort ... ein Abgott, vor dem die Menschen zum Niederknien gezwungen seien, während der schlaue Priester hinter dem Altar die Hand ausstreckt, um Gaben anmaßlich einzustecken."¹⁶

Das Kapital tritt im Alltagsbewußtsein als sinnlich übersinnliches Ding in Erscheinung. Diese Vorstellungen vom Kapital haben ihren Ursprung in der Entstehungsgeschichte der Lohnarbeit und haben sich inzwischen festgesetzt. Die Vorfahren der Lohnarbeiter seien unfreie Sklaven und Leibeigene gewesen. Die heutigen Lohnarbeiter seien dagegen persönlich unabhängiger, und ihre materielle Lage habe sich verbessert. Aus den Leibeigenen seien zum Teil freie Handwerker geworden, die mit "Kapital" arbeiten, das sie selbst geschaffen haben, oder als Äquivalent für ihre Arbeit eintauschten. Entsprechend waren die eigenen Arbeitsprodukte ihr "natürliches" Eigentum. Allmählich drängte sich ein Kapitalist als der "oppressive middle man" zwischen das "Kapital" und die Arbeit. Damit entsteht eine neue Situation, in der sich der Kapitalist fremde unbezahlte Arbeit aneignet. Das Kapital wird damit zur Macht über fremde Arbeit und hört auf, das Recht des "natürlichen" Eigentums zu beanspruchen. Das Kapital entstammt in der Regel nicht Ersparnissen der Kapitalisten, sondern ist akkumulierte unbezahlte fremde Arbeit.

Wie in der damaligen ökonomischen Theorie üblich, unterschied Hodgskin zwischen fixem und umlaufenden Kapital.

Das umlaufende Kapital würden die Ökonomen fälschlicher Weise als akkumulierten Vorrat an Konsumtionsmitteln definieren, der den Arbeitern als Lohn vorgeschossen wird. In Wahrheit bestehe in der arbeitsteiligen Gesellschaft ein System "koexistierender Arbeit", die in kurzen Takten von

¹⁶ Thomas Hodgskin, Verteidigung der Arbeit gegen das Kapital, Leipzig 1909, S. 47-48.

dem vorangegangenen Glied der Arbeitsteilung an das folgende weitergegeben und gleichzeitig reproduziert wird.

Das fixe Kapital, die Arbeitsmittel, erhöhen die Arbeitsproduktivität der Arbeit erheblich. Diese hat jedoch mit der Akkumulation durch einen Kapitalisten nichts zu tun. Es ist ebenfalls Teil der koexistierenden Arbeit, das in längeren Takten im Produktionsprozeß verbleibt und gleichzeitig reproduziert werden muß. Das fixe Kapital kann nur Teil der koexistierenden Gesamtarbeit werden, wenn es wirklich in Kontakt zur lebendigen Arbeit tritt. Sonst bleibt es nutzlos und wird allmählich zerstört.

Wirklich akkumulieren kann sich in der Folge der Arbeitergenerationen nur das Wissen über die Natur, die Technologie ihrer Anwendung und Nutzung, die Arbeitserfahrung und die Arbeitsgeschicklichkeit. Deshalb ist nach Hodgskin das Kapital nichts und die Arbeit alles. Es entspricht den natürlichen Gesetzen und der Gerechtigkeit, wenn die Gewerkschaften in ihrem Kampf schrittweise den Kapitalisten den Zins entziehen und das "Recht auf den vollen Arbeitsertrag" erzwingen.

An den bestehenden arbeitsteiligen Produktionsverhältnissen will Hodgskin nichts ändern. Das gemeinsame Produkt soll nur auf die Arbeiter aufgeteilt werden, wobei zu den Arbeitern auch die Erfinder, Konstrukteure, Meister, Ingenieure, Lehrer, Ausbilder und alle gehören, die einen nützlichen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Die Unternehmer sollen zwar ihre "ungerechten" Zinseinkünfte aus Kapital verlieren, aber für ihre Leistung als Leiter und Organisatoren des betrieblichen Reproduktionsprozesses stände auch ihnen ein entsprechender "Arbeitsertrag" zu.

Wir würden Hodgskin völlig überfordern, wenn wir zu seinen Lebzeiten Antwort auf Fragen erwarten, für die weder die Theorieentwicklung noch die historischen Bedingungen ausgereift waren.

Erst Marx kritisierte den schillernden Begriff "Arbeitsertrag" und die Unmöglichkeit, nach dem Prinzip des "Rechts auf den vollen Arbeitsertrag" zu verteilen. Solange Hodgskin die Produktionsverhältnisse im Prinzip unangetastet lassen und die arbeitsteilige Produktion durch den Markt regulieren wollte, war auch eine qualitative Änderung der Verteilung ausgeschlossen. Schließt man den Kapitalisten aus, folgen notwendigerweise qualitative Veränderungen in der Produktions- und Gesellschaftsform. Ohne Kapitalisten kein Kapital. Solange noch qualitative Unterschiede zwischen den individuellen Arbeiten wie zwischen dem Grad der Arbeitsproduktivität, der Arbeitsintensität, der Arbeitsteilung zwischen körperlicher und geistiger, einfacher und komplizierter Arbeit usw. bestehen, ist der Wert, d.h. die abstrakte Arbeit als qualitative und die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als quantitatives Maß erforderlich. Der nicht überwundene Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit schließt die Proportionalität des Reproduktionsprozesses aus. Die Hodgskinsche Reproduktionstheorie beruhte, bei aller Originalität des Gedankens der koexi-

stierenden Arbeit, auf dem Smithschen Dogma. Marx wies dieses als falsch nach, erhielt dabei aber auch wertvolle Anregungen von Hodgskin.

Die Hodgskinsche Idee vom gerechten Arbeitsertrag blieb utopisch. Hodgskin ließ sich auch auf keine theoretische Debatte ein, wie die Verteilung durchzuführen sei. Er beschränkte sich darauf zu fordern: Die Arbeiter selbst sollen demokratisch über die Verteilung entscheiden. Bei aller Beschränktheit der Vorderglieder bestärkt uns die jüngste Erfahrung darin, daß die Forderung nach demokratischer Entscheidung ein notwendiges Element einer sozialistischen Gesellschaft sein soll.

Hodgskin, für den die Arbeit alles in der Produktion war, gehört zu den Sozialisten, die der Arbeit den höchsten Rang einräumten. Er konnte mit seinen sozialistischen Schlußfolgerungen auf der protestantischen Ethik und der Arbeitswerttheorie der klassischen Ökonomie schöpferisch aufbauen.

Robert Kurz stellte in "Kollaps der Modernisierung" 1991 die interessante These auf, daß sich seit dem Mittelalter die Entwicklung in einer "Arbeitsgesellschaft" vollziehe, die mit der "Moderne" in ihre Untergangsphase eingetreten sei. Genauer meint Kurz nicht die Arbeit als Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur schlechthin, sondern die historische Form der Arbeit als abstrakte Arbeit, die in der dinglichen Form des Geldes die Produzenten beherrscht und in der der Warenfetischismus und die Konkurrenz typisch sind. Kurz vermeidet den Begriff Kapitalismus, weil er den ersten Versuch, mit dem sog. Realsozialismus eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaft zu errichten, ebenfalls unter den Begriff "Arbeitsgesellschaft" subsumiert. Es handele sich um eine pervertierte Form derselben, deren Wesen darin bestanden habe, den Rückstand gegenüber der westlichen Form beschleunigt aufzuholen. Wenn der sog. Realsozialismus implodierte, haben die westlichen Gesellschaftsformen keine Ursache, als Sieger zu posieren. Die inneren Widersprüche haben sich weiter verschärft und den bevorstehenden Kollaps beschleunigt.

Wenn Kurz denjenigen heutigen Anhängern von Marx, die nach wie vor für eine sozialistische Alternative eintreten, vorwirft, sie seien Arbeitsfetischisten, so verdient das eine kritische Überprüfung. Zweifelsohne ist Arbeit die grundlegende menschliche Existenzbedingung. Der Streitpunkt ist die historische Form der Arbeit. Es ist Kurz zuzustimmen, daß die entwickelte, d.h. kapitalistische Warenproduktion in der "Moderne" sich überlebt hat und bei Gefahr des Untergangs der menschlichen Gesellschaft durch eine alternative Produktionsform überwunden werden muß.

Die Voraussetzungen dafür reifen in den Veränderungen des Charakters der Arbeit heran. Marx schrieb im 1. Entwurf des "Kapitals" (Manuskript 1857/58): Die "Voraussetzung (des Wertverhältnisses, W.J.) ist und bleibt - die Masse unmittelbarer Arbeitszeit, das Quantum angewandter Arbeit als der entscheidende Faktor der Produktion des Reichthums. In dem Maasse aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirk-

lichen Reichthums abhängig weniger ... von dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder ... in keinem Verhältniß steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, ... sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie ... Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichthums zu sein, hört auf und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maaß zu sein..."¹⁷

Die unmittelbare Arbeit als Grundlage des Wertes wird durch die allgemeine Arbeit als bestimmenden Charakter der Arbeit ersetzt. Der Zusammenbruch des Wertes und des Mehrwertes ist inhaltlich und zeitlich nach vorn offen. Über seinen realen Verlauf lassen sich keine klaren Aussagen machen. Kurz analysierte zwar den Zusammenbruch, verzichtete aber auf Aussagen zu bewußten Alternativen als Zielsetzungen. Die Sozialisten dürfen nicht die Hände in den Schoß legen und darauf warten, daß vielleicht irgendwann einmal durch die Tendenz in der Entwicklung des Charakters der Arbeit ein Kollaps des Wertgesetzes mit allen seinen Folgen stattfindet. Eine bewußte Alternative zum realexistierenden modernen Kapitalismus ist unvermeidlich, weil die modernen Tendenzen zur Gefahr der Existenz der Menschheit überhaupt werden.

Marx hielt es für durchaus möglich und wahrscheinlich, daß der Sozialismus zu einem Zeitpunkt entsteht, an dem er sich noch nicht von den Muttermalen des untergegangenen Kapitalismus befreit hat und noch unvollkommen ist. Er sah diese Grenzen, überschätzte aber die Möglichkeiten der Anfangsphasen einer sozialistischen Produktionsweise. Obwohl er die überkommene kapitalistische Arbeitsteilung noch fortbestehen lassen wollte, meinte er, sofort nach Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln "tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf die Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit existieren."¹⁸

Wie Hodgskin will Marx in unmittelbaren durchschnittlichen Arbeitseinheiten rechnen. Doch bleibt wie bei diesem die Frage offen, wie die in einer arbeitsteiligen Gesellschaft wesentlichen Unterschiede in der individuellen gegenüber der gesellschaftlichen Arbeit als Wirtschaftsrechnung funktionieren sollen.

Der gescheiterte Versuch einer sozialistischen Gesellschaft, wie man sie auch immer begrifflich fassen möge, ist kein Beweis dafür, daß eine sozial-

¹⁷ MEGA (2) Bd. II/1.2, S. 580-581.

¹⁸ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 19-20. Siehe auch: Friedrich Engels, Antidühring, in: MEW, Bd. 20, S. 264, 288.

stische Gesellschaft nicht möglich ist. Wie bei jedem Versuch muß man die Ursachen des Scheiterns analysieren und neue Alternativen suchen. Wenn Kurz mehr oder weniger emotionsgeladene Begriffe wie "Kasernenhofsozialismus" an die Stelle der fundierten wissenschaftlichen Analyse setzt, ist das eher hemmend als förderlich. Die Zeit der Enttäuschung ist sicher bei vielen Linken noch nicht verstrichen, um zu einer nüchternen Analyse sowohl der Konstruktionsfehler, des historischen Umfelds der Fehlentwicklungen, des subjektiven Versagens, der nicht entschuldbaren Verbrechen als auch der sozialen Errungenschaften, der neuen Möglichkeiten zu kommen, die nicht voll genutzt wurden. Der sog. Realsozialismus ist eine historische Tatsache, die man nicht emotional, sondern nur analytisch bewältigen kann. Es ist durchaus möglich, bei einem historischen Neubeginn zu einer sinnvollen Kombination von demokratischer Planung mit einer rationalen Wirtschaftsrechnung zu kommen, die der Entwicklung des Charakters der Arbeit Rechnung trägt.

Jürgen Jungnickel

Keine "Recepte ... für die Garküche der Zukunft"¹

Aspekte der Marxschen Auffassung über die künftige Gesellschaft in den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie"

Anfang der achtziger Jahre wurde im Osten Deutschlands noch erschrocken verkündet, daß die Lehre vom Sozialismus/Kommunismus zunehmend in den Mittelpunkt der ideologischen Auseinandersetzung rückt². Damals vermochte sich wohl kaum einer vorzustellen, daß dies 10 Jahre später wie eine Reminiszenz aus einer anderen Welt erscheint. Nach dem die Ära "Realsozialismus" ein Ende mit Bürgerkriegen gefunden hat, sind "die Vorstellungen von einer grundlegend veränderten, freieren und gerechteren Gesellschaft und von den Wegen, die zu ihr führen könnten, immer blasser und fragwürdiger geworden"³. Es hat sich gezeigt, daß mit Verstaatlichung und gesellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln Entfremdung, Unterdrückung, Bürokratisierung und andere, einst für den Kapitalismus reservierte Merkmale, nicht obsolet sind. Und was die im Namen des Sozialismus angerichteten Schäden an Natur und Umwelt anbelangt - ohne die vom Kapital verursachten zu ignorieren - sind sie ein Hohn auf die Vorhersagen von Marx und Engels. Angesichts dieser und weiterer Tatsachen muß wohl konstatiert werden, daß ihre Idee des Sozialismus auf absehbare Zeit gründlich diskreditiert ist. Weit und breit ist keine Alternative in Sicht. Insofern mag es antiquiert anmuten, sich mit den Auffassungen von Marx und Engels über eine, wie auch immer bezeichnete, künftige Gesellschaft zu beschäftigen. Wenn zu recht eine vorurteilslose Sichtung des Marxschen Forschungswerkes angesagt ist, dann können zeitgeschichtlich unpopuläre Themen nicht ausgeklammert werden.

Ganz abgesehen davon, daß über das geistige Erbe eines Denkers wie Marx immer wieder neu befunden wird, ist es bei näherem Hinsehen mit der Antiquiertheit so eine Sache. Augenscheinlich deutet eine Vielzahl ungelöster Probleme weltweiter Dimension daraufhin, daß die Menschheit an einem Wendepunkt steht. Allerdings ist es ebenso unbestritten, daß der Epochenbruch in seiner Reichweite vielfach noch unterschätzt wird. Es gibt Anzeichen, daß die marktwirtschaftliche Transformation der ehemals

¹ Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. Nachwort [zur zweiten Auflage]. In MEGA» II/6, S. 704.

² Siehe Rolf Dlubek/Renate Merkel: Marx und Engels über die sozialistische und kommunistische Gesellschaft. Die Entwicklung der marxistischen Lehre von der kommunistischen Umgestaltung, Berlin 1981, S. 6.

³ Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg 1990, S. 119.

planwirtschaftlichen Staaten, wenn überhaupt, wohl nur zu einem Preis zu haben ist, der möglicherweise die zivilisatorischen Grundlagen in Frage stellt. Angesichts dessen ist eine Beschäftigung mit Theoretikern unterschiedlicher Strömungen, die das warenproduzierende System kritisch beleuchtet und Überlegungen angestellt haben, ob und wie ein gesellschaftliches Leben ohne die Schattenseiten dieses Systems möglich ist, nicht ohne Interesse. Neben dem genannten Aspekt scheint mir die erneute Auseinandersetzung mit diesem Thema gerade für die Marx-Engels-Forscher diesseits des einstigen eisernen Vorhangs auch ein Gebot wissenschaftlicher Redlichkeit zu sein. Andererseits ist es in gewisser Weise eine Art Immunisierungsstrategie, um nicht anders gestrickten Interpretationsmustern aufzusitzen.

*

Warum nun die Hinwendung zu den "Grundrissen"? M.E. widerspiegelt sich in dieser Arbeit eine Reihe von Problemen, die sowohl für das Verständnis und die Evolution der Marxschen Aussagen zur künftigen Gesellschaft als auch für bestimmte diesbezügliche Klischees und Dogmatisierungen zentral sind. Zwei dieser in verschiedenen Varianten anzutreffenden Klischees möchte ich kurz benennen. Zum einen die Behauptung, der "ökonomisch gestützte Kommunismus-Begriff" sei "durch seine inhaltliche Auffüllung mittels eines Negativkatalogs (Aufhebung der Arbeitsteilung, des Privateigentums, des Geldes, der Warenproduktion) leer und bestimmt sich durch einen utopischen Erwartungshorizont"⁴. Zum anderen die These, daß die Vorarbeiten zum "Kapital" zeigen, wie "auf wissenschaftlicher Grundlage wesentliche Voraussagen über die neue Gesellschaft gewonnen werden konnten"⁵. Jede in ihrer Art ist einseitig und verstellt den Blick für die wirklich diskutablen Probleme. Bis zu einem bestimmten Grad begreifbar sind sie nur, wenn man das Zeitkolorit mitdenkt, dem sie sich verdanken. Es war die Zeit, wo der Tendenz nach weder im Osten noch im Westen ein Rhythmuswechsel in der Marxbeschäftigung und Interpretation angesagt war. Von Ausnahmen abgesehen, hatte jede Seite ihr nahezu unverrückbares Marx-Bild. Neue Farbtupfer besaßen Seltenheitswert. Heute ist die Situation eine andere. Dennoch deutet manches daraufhin, daß auch unter den veränderten Bedingungen eine vorurteilsfreie Marx-Diskussion nicht im Selbstlauf zu haben ist.

Nach den unsäglichen Berufungen des "Realsozialismus" als Verwirklichung der Ideen von Marx und Engels, darf es nicht verwundern, wenn von nicht wenigen das Scheitern des einen mit dem Scheitern des anderen in eins gesetzt wird. Ob man nun der fragwürdigen These von der falschen Anwendung einer guten Theorie anhängt oder nicht, die Frage des

⁴ Ludwig G. Bress: Kommunismus bei Karl Marx. Von der spekulativen zur ökonomischen Konzeption, Stuttgart 1972, S. VI.

⁵ Rolf Diubek/Renate Merkel, a.a.O., S. 209.

wissenschaftlichen Gehaltes der Marxschen Voraussagen über eine Gesellschaftsentwicklung jenseits des Profitmotivs ist in jedem Fall einer kritischen Bewertung zu unterziehen. Das Für und Wider der Richtigkeit dieser Voraussagen - das zeigt auch die Diskussion - hängt zu einem Gutteil davon ab, ob sich die diesbezüglichen Erkenntnisse einer normativen Grundlage verdanken, wie das z.B. in der These von der Konfrontation der bürgerlichen Verhältnisse mit einem anthropologischen Ideal zum Ausdruck kommt. Eine solche Kritik-Konzeption, u.a. basierend auf der Feuerbachschen Anthropologie, hat Marx augenscheinlich noch in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" vertreten. Sie wird durch die Kritik der politischen Ökonomie überwunden, deren Anliegen Marx u.a. darin sieht, die der entwickelten Warenproduktion innewohnende eigentümliche Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu entschlüsseln und die in diesen Denkformen befangene Wissenschaft zu kritisieren. Eine derartige Kritik-Konzeption bedarf keiner normativen Grundlage. Sie ist wohl auch ein Stück weit von jener moralischen Kritik entfernt, "die sich dem Vergleich der Wirklichkeit mit irgendeinem Ideal verdankt"⁶. Mithin ist die Frage nach dem Status der Marxschen Erkenntnisse über die künftige Gesellschaft eng verknüpft mit der Frage, auf welchem Wege sie gewonnen wurden. Diesbezüglich äußert sich Marx in den "Grundrissen" ziemlich eindeutig. Nach seinem Selbstverständnis führt die richtige Betrachtung der bürgerlichen Verhältnisse als historisch gewordene "zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse - und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet", dabei erscheinen "die jetzigen Bedingungen der Production als *sich selbst aufhebende* und daher als *historische Voraussetzungen* für einen neuen Gesellschaftszustand setzende".⁷ Diese Sichtweise korrespondiert mit seinem Anspruch einer wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus aus den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft. Versucht Marx diesem Anliegen in den "Grundrissen" - darauf beschränke ich mich in meinem Beitrag - gerecht zu werden oder gibt es konterkarierende Elemente? Darin involviert ist die Frage nach der konzeptuellen Reichweite seiner Aussagen über die künftige Gesellschaft, bzw. die Frage nach den Grenzen dessen, was die Kritik der politischen Ökonomie in diesem Punkt leisten kann.

Wie bereits kurz angedeutet, divergieren die Meinungen zum Marxschen Anspruch erheblich. Die diesen Anspruch nicht teilenden Auffassungen lassen sich nicht damit abtun, daß gebetsmühlenartig verschiedene Äußerungen von Marx und Engels über das Nichtvorhandensein eines Ideals in ihrer Lehre wiedergekaut werden.

⁶ Michael Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, Hamburg 1991, S. 247.

⁷ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEGA» II/1.2, S. 369.

*

Um der Gefahr überzogener Interpretationen aus dem Weg zu gehen, sind zwei Prämissen zu beachten: Erstens handelt es sich bei den "Grundrissen" um den *ersten Entwurf* des geplanten Werkes über die Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft und zweitens arbeitet sie Marx in gewisser Weise unter dem Druck einer Selbsttäuschung über die geschichtliche Situation aus. Augenscheinlich erwartete er im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise 1857 revolutionäre Ereignisse. In jener Schaffensperiode - darüber besteht kaum ein Zweifel - läßt sich eine verkürzte Sicht des Zusammenhangs zwischen Krise und Revolution schwerlich übersehen. Aus der genannten Erwartungshaltung resultiert das Bestreben, mit der viel zitierten Nacharbeit "die Grundrisse im klaren" zu haben, "bevor dem délugé".⁸ Diese Selbsteinschätzung ist gerade im Hinblick auf das vorstehende Thema ernsthaft in Betracht zu ziehen. Es ist wohl kein Zufall, daß die Fragen der kommunistischen Perspektive in dieser Arbeit ziemlich massiv angegangen werden. Dabei kann der in der "Einleitung" konstatabare Verzicht auf teleologische Glaubensgewißheiten nicht unberücksichtigt bleiben. Nun kann ich zwar nicht der Auffassung folgen, daß sich die diesbezüglichen Erkenntnisse einer sozialistischen Perspektive verdanken, bzw. nur durch Wertsetzungen (Idee des Kommunismus) gesichert werden, aber es muß m.E. schon ernsthaft die Frage diskutiert werden, ob und wie Marx' Erwartungshaltung die "Federführung" bei der Niederschrift der "Grundrisse" beeinflusst hat. In fast allen Arbeiten, die Marx' Ansichten zur künftigen Gesellschaft in den "Grundrissen" tangieren, wurde dieser Aspekt relativ selten thematisiert, um nicht zu sagen vernachlässigt.⁹

Ohne auf die historischen Entstehungsbedingungen der "Grundrisse" zu reflektieren, ist es z.B. schwerlich zu erklären, warum etwa das "Kapitel vom Geld" nicht mit einer Kritik der Ricardoschen Quantitätstheorie, sondern mit einer Kritik der proudhonistischen Geldtheorie beginnt und im Verlaufe dieser Untersuchung Marx prononciert die Vorstellungen der kleinbürgerlichen Sozialisten über die Möglichkeit, mittels Bankreformen und Veränderungen in der Zirkulationssphäre die Widersprüche des Kapitalismus zu beseitigen und zum Sozialismus überzugehen, kritisiert. Offensichtlich war diese Vorgehensweise wesentlich von der Absicht geprägt, eine sich an den utopischen Sozialismus anlehrende Theoriebildung zu destruieren und die in der Geldanalyse liegende Möglichkeit für die ökonomische Begründung der unvermeidlichen Aufhebung des Kapitalverhältnisses zu nutzen.

⁸ Marx an Engels, 8. Dezember 1857. In: MEW, Bd. 29, S. 225.

⁹ Unter dem Gesichtspunkt der Eruierung eines Widerspruchs im Marxschen Denken zwischen radikalem Emanzipationsinteresse und kritischer Theorie hat Bluhm auf den bisher vernachlässigten Aspekt in der "Grundrisse"-Analyse verwiesen. Siehe Harald Bluhm: Plädoyer für eine veränderte Sicht auf Marxens Werk. In: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.) Umbruch zur Moderne?, Hamburg 1991, S.136.

Mit dem Aufwerfen der Frage nach den Möglichkeiten, mittels Veränderungen in der Zirkulationssphäre die bestehenden Produktionsverhältnisse umzuwälzen, ist zugleich der Zusammenhang zwischen theoretischer Gesellschaftskritik und ökonomischer Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft angesprochen. Daraus leitet Marx für sich die Aufgabenstellung ab, nachzuweisen, wie diese Gesellschaft Verkehrs- und Produktionsverhältnisse erzeugt, "die ebenso viel Minen sind um sie zu sprengen"¹⁰. Ohne diesen Nachweis wären nach seinem Verständnis alle Sprengversuche für die Katz. An dieser Sichtweise wurde auch im "Kapital" festgehalten, wenn gleich dort der in den "Grundrissen" vordergründig betrachtete Aspekt zurücktritt.

*

Bekanntlich erfolgt die Entwicklung der Marxschen Werttheorie in den "Grundrissen" in Auseinandersetzung mit proudhonistischen Auffassungen. Diesem Kontext verdanken sich die Aussagen zu einigen Aspekten der künftigen Gesellschaft. Zumindest wurden sie in diesem Sinne interpretiert.

Es ist vor allem die kritische Betrachtung der Stundenzettel ausgebenden Tauschbank, die Marx nachweisen läßt, daß beim Vorhandensein des Arbeitsprodukts als Tauschwert der gesellschaftliche Vermittlungszusammenhang in versachlichter und entfremdeter Gestalt außer und neben den Individuen existiert. Der objektive Charakter der Ware-Geld-Beziehungen in der bürgerlichen Gesellschaft, bedingt durch die allseitige Abhängigkeit der Produzenten und die Isolierung ihrer Privatinteressen, kann durch die Einführung von Arbeitsgeld nicht aufgehoben werden, denn letzteres setzt die Kontrolle der vergesellschafteten Individuen über ihre Gesamtproduktion voraus. Doch mit diesem Nachweis begnügt er sich nicht. Das Stundenzettelproblem verleitet ihn zu Aussagen über die Möglichkeit der Aufhebung des Geldes, und damit zu einer jenseits des Kapitalismus liegenden Produktionsform. Wenn in diesem "der gesellschaftliche Charakter der Tätigkeit, wie die gesellschaftliche Form des Products" den Individuen gegenüber als "Fremdes, Sachliches; nicht als das Verhalten ihrer gegen einander"¹¹ erscheint, so denkt sich Marx die Aufhebung in der Weise, daß der Sache die gesellschaftliche Macht geraubt und Personen übertragen wird. In diesem Kontext reklamiert er drei historische Stufen der Entwicklung von Abhängigkeitsverhältnissen der Individuen. Die dritte, die künftige Gesellschaft prägende Form wird als "freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Productivität als ihres gesell-

¹⁰ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEGA» II/1.1, S. 92.

¹¹ Ebenda, S. 90.

schaftlichen Vermögens¹² charakterisiert. Im Hinblick auf dieses humanistische Menschenbild existiert zweifellos eine Kontinuität vom "Manifest der Kommunistischen Partei" bis zum "Kapital". Ebenso ist aber auch zu konstatieren, daß diese Auffassung nicht erst seit heute umstritten ist. Mit den jüngsten Erfahrungen, dem Zusammenbruch des "Realsozialismus", wird offenbar die Auffassung gestärkt, daß dieses Menschenbild mit einer Portion Utopismus beladen ist bzw. als Ideal konstruiert wurde. Salopp formuliert könnte man sagen: es war halt ein Irrtum anzunehmen, daß der Mensch jemals seine Ichsucht und Raffgier zügeln wird. Dennoch wird man bei einer unvoreingenommenen Betrachtung des Marx'schen Werkes zumindest das Bestreben nicht ignorieren können, die universelle Entwicklung des Individuums aus den verschiedenartigen Entwicklungstendenzen der tauschwertsetzenden Produktion abzuleiten, sie nicht als Produkt der Natur, sondern der Geschichte zu begreifen. So wird z.B. konstatiert: "Der Grad und die Universalität der Entwicklung der Vermögen, worin diese Individualität möglich wird, setzt eben die Production auf der Basis der Tauschwerthe voraus, die mit der Allgemeinheit der Entfremdung des Individuums von sich und von andren, aber auch die Allgemeinheit und Allseitigkeit seiner Beziehungen und Fähigkeiten erst producirt."¹³ Es ließen sich weitere Aussagen zu dieser Thematik aus dem Manuskript 1861-1863, dem Manuskript 1863-1865, dem "Kapital" und anderen Schriften anführen, worauf hier verzichtet wird. Mithin ist seit den "Grundrissen" Marx' Bemühen nicht zu übersehen, das oben skizzierte Menschenbild aus einer Untersuchung der historischen und ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft abzuleiten oder anders gesagt, politökonomisch zu untermauern. Insofern erscheint mir eine Auffassung, derzufolge er sich sein Menschenbild aus einem verlorengegangenen Handwerkerideal konstruiert hat, wohl doch in mancher Hinsicht zu einfach und vermag nicht die durchaus vorhandenen Widersprüchlichkeiten in seinen Auffassungen zu umgreifen.

Ungeachtet einer in zahlreichen Punkten treffenden Analyse der Dissonanzen kapitalistischer Produktivkraftentwicklung muß wohl eine gewisse Überschätzung der Potenzen der Produktivkraftfortschritts für die universelle Entwicklung des Individuums konstatiert werden. Demgegenüber, aber offenbar damit im Zusammenhang, steht möglicherweise eine Unterschätzung der Sogwirkung der realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital in Gestalt der warenförmigen Einebnung nahezu aller Beziehungen dieser Gesellschaft.

Weitreichender im Hinblick auf bestimmte Defizite in Marx' Auffassungen über die Entwicklung des Individuums ist offenbar die Unterbelichtung des im Spinoza-Exzerpt und der "Deutschen Ideologie" akzentuierten anthro-

¹² Ebenda, S. 91.

¹³ Ebenda, s. 94.

pologischen Aspekts, der ja keineswegs im Widerspruch zur materialistischen Geschichtsauffassung steht.

Entgegen den vor allem in der "Deutschen Ideologie" geäußerten Ansichten zur Rolle der Individuen im Geschichtsprozeß, scheint mir in den "Grundrissen" schon sichtbar, daß er den ehernen Geschichtsgesetzen zuweilen mehr vertraut als den handelnden Subjekten, die primär als Personifikation ihrer Verhältnisse figurieren. Was letztere nicht leisten, müssen die ersteren verbürgen. Dem steht eigentlich die nicht zu ignorierende materialistische Erkenntnis entgegen, daß Produktivkräfte und gesellschaftliche Beziehungen "verschiedne Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums"¹⁴ sind. M.E. kommen die darin enthaltenen Potenzen für die Erforschung des ökonomischen Bewegungsgesetzes in den ökonomischen Manuskripten, einschließlich des "Kapitals", nur partiell zum Tragen. Es spricht manches dafür, daß sich diese Sichtweise u. a. der Konzentration auf die Kritik der politischen Ökonomie und damit einer weitgehenden Ausblendung subjekt- und handlungstheoretischer Aspekte "verdankt". Das gilt auch für die kaum erforschte Fragestellung, wie sich die Erfahrung gesellschaftlicher Verhältnisse in Handlung umsetzt.

Marx' Auffassung, die Personen nur als Personifikation ökonomischer Kategorien, als Träger von bestimmten Klassenverhältnissen zu behandeln, kann nun schlechterdings nicht als bloße Marotte abgetan werden. Sie war in bewußter Entgegensetzung zur idealistischen Geschichtsauffassung formuliert und entsprach seiner Prioritätsetzung des ökonomischen Prozesses, der sich hinter dem Rücken der handelnden Personen vollzieht. Zugleich markiert sie ein Defizit, dessen sich Marx mehr oder minder bewußt war, "nämlich den 'Charakter' des Subjekts, soweit er nicht in der 'Charaktermaske', der Warenform der Identität, aufgeht; das Bewußtsein des Subjekts, soweit es nicht mit seinem Sein, die Lebensgeschichte des Subjekts, soweit sie nicht mit seiner Klassengeschichte identisch ist".¹⁵ Holz spricht von einem subjekttheoretischen Defizit, welches bereits in Marx' Stirner -Kritik verortet wird.¹⁶

Der Differenz zwischen ökonomischem Sein und dem subjektivem Bewußtsein der gesellschaftlichen Individuen war sich Marx durchaus bewußt. Dennoch lag diese Differenz offensichtlich außerhalb seines Forschungsfeldes. Daß damit einer ökonomistischen Interpretation das Tor geöffnet wurde, steht wohl außer Frage. Engels hat in seinen Altersbriefen noch versucht, dem entgegenzuwirken. Wie die Geschichte gezeigt hat, ohne spürbaren Erfolg.

¹⁴ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEGA» II/1.2, S.582.

¹⁵ Michael Schneider: Das Ende eines Jahrhundertmythos, Köln 1992, S. 60.

¹⁶ Siehe Klaus Holz: Historisierung der Gesellschaftstheorie. Zur Erkenntniskritik marxistischer und kritischer Theorie, Pfaffenweiler 1993, S. 78 und 90.

*

Ein zweiter Aspekt im Hinblick auf die Voraussagen für die künftige Gesellschaft, dem ich mich kurz zuwenden möchte, betrifft Marxens Antizipation des gesellschaftlichen Charakters der Tätigkeit. Soll sich dieser, wie er meint, nicht im Tauschwert post festum und in entfremdeter Gestalt für das Individuum manifestieren, dann muß die Arbeit von vornherein nicht besondere, sondern allgemeine Arbeit sein. Mit anderen Worten, sie soll nicht erst durch den Austausch allgemeinen Charakter erhalten. Hier genau liegt aber die Schwierigkeit. Wie soll die Arbeit a priori als allgemeine Arbeit gesetzt werden? Wenngleich er sich dazu nicht gänzlich ausschweigt, erstrecken sich die Auskünfte darüber zumeist auf den dürftigen Hinweis über den gemeinschaftlichen Charakter der Produktion, der das Produkt zu einem gemeinschaftlichen macht. Das gilt auch für die darin eingeschlossenen Konsequenzen, die Art der Teilnahme der Produzenten an der Konsumtion. Auch hier wird wiederum nur konstatiert, daß eine Organisation der Arbeit stattfände, "die den Antheil des Einzelnen an der gemeinschaftlichen Consumtion zur Folge hat"¹⁷. Es erhebt sich weiter die Frage nach den Aufgaben der Organisation einer solchen Arbeit. Sie müßte 1. die Arbeitszeit für die Produkte bestimmen, die mit den Durchschnittsmitteln der Industrie erzeugt werden; 2. müßte sie die Arbeitszeit, die auf die verschiedenen Produktionszweige verwandt werden soll festlegen und 3. schließlich hätte sie die Produktion in solchen Verhältnissen zu sichern, daß die Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder befriedigt werden¹⁸. Obwohl nicht übersehen werden kann, daß diese Aufgaben mit Blick auf die Stundenzettel ausgebende Bank formuliert wurden, legen einige Äußerungen im Kontext dieser Darlegungen eine solche Interpretation nahe.

Wie unschwer zu erkennen ist, tauchen eine Reihe dieser Gedanken später in politischen Schriften von Marx (Kritik des Gothaer Programms), besonders aber von Engels (Anti-Dühring) wieder auf. Als Subjekt der Planung und Entscheidung figuriert die Gesellschaft. Wie diese aber gegenüber den Gesellschaftsmitgliedern durchzusetzen ist, dazu äußern sich Marx und Engels nicht. Dies ist nüchtern zu konstatieren. Ich teile die Auffassung von Heinrich, daß auch Marx in seinen Ansichten über eine sozialistische Gesellschaft implizit immer mit einer nicht-monetären Werttheorie argumentiert, wenn es um die Abschaffung der Warenproduktion geht¹⁹. Dabei mag der Hintergrund für Engels' Auffassung ein anderer sein als für Marx.

Die in Ansätzen in den "Grundrissen" entwickelte monetäre Werttheorie hatte sichtbar gemacht, daß die Gleichheit der individuellen Arbeiten als abstrakte Arbeit eine gesellschaftliche Eigenschaft ist. In der kapitalisti-

¹⁷ MEGA» II/1.1, S. 103.

¹⁸ Siehe ebenda, S. 88.

¹⁹ Siehe Michael Heinrich, a. a. O., S. 254.

schen Warenproduktion wird sie auf dem Markt mittels des Geldes hergestellt. Wie die Vergleichbarkeit der individuellen Arbeiten jenseits einer solchen Gesellschaft verwirklicht werden soll, und das wäre auch ein Problem bei der Realisierung des in den "Grundrissen" formulierten Gesetzes der Ökonomie der Zeit, dazu finden sich keine Aussagen. Marx vertritt offenbar die Auffassung: Wenn die Gesellschaft die Mengen konkreter Arbeit kennt, die für die Produktion der verschiedenen Güter notwendig sind, sei das Problem gelöst. Seine eigene Produktivkrafttheorie hätte ihn eines Besseren belehren müssen.

Marx vertritt zwar dezidiert die Auffassung, daß der Austausch der Produkte nicht das Medium sei, wodurch die Teilnahme des einzelnen an der Produktion in der künftigen Gesellschaft vermittelt würde, doch Vermittlung müsse stattfinden. Leider ist er dem letzteren nur insoweit nachgegangen, als er ständig auf die gemeinschaftliche Produktion rekurriert. "Die Arbeit des einzelnen ist von vorn herein als gesellschaftliche Arbeit gesetzt. Welches daher auch immer die besondere materielle Gestalt des Products sei, das er schafft oder schaffen hilft, was er mit seiner Arbeit gekauft hat, ist nicht ein bestimmtes besonderes Product, sondern ein bestimmter Antheil an der gemeinschaftlichen Production. Er hat darum auch kein besonderes Product auszutauschen. Sein Product ist kein *Tauschwerth*."²⁰ Ansonsten hätte sich ihm möglicherweise die Frage gestellt, ob die Aufhebung der entfremdeten Form der Vermittlung die Aufhebung des vermittelnden Mediums erfordert oder ob nicht eine Kontrolle dieses Mediums möglich ist.

Abschließend zu diesem Punkt läßt sich konstatieren: Wenn es um Aussagen zur künftigen Gesellschaft geht, reflektiert Marx beginnend mit den "Grundrissen" nicht immer konsequent auf seine monetäre, sondern eher auf eine prämonetäre Werttheorie. Eine nüchterne Betrachtung des wissenschaftlichen Gehaltes der diesbezüglichen Aussagen dürfte daher angebracht sein. Es kann andererseits nicht übersehen werden, daß der Vorschlag, nur *Andeutungen* zu reflektieren, teilweise eingehalten wurde. Wenn dies anerkannt wird, dann dürfen konsequenterweise keine trennscharfen Zukunftsbilder erwartet werden. Eine Gesamtsicht auf die "Grundrisse" zeigt aber auch, daß in mancher Hinsicht die Bandbreite von "Andeutungen" überschritten wird und bei einigen Voraussagen der Rezeptcharakter durchschimmert. M. E. sind diese Resultate der im Marx'schen Forschungsprozeß liegenden Ambivalenz geschuldet, einerseits nur sichtbare Tendenzen konstatieren zu wollen, andererseits ein geschichtsteleologisches Moment gegen den erklärten Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung und den Intentionen der "Einleitung" mitzuschleppen.

²⁰ Karl Marx: Grundrisse. In: MEGA» II/1.1, S. 103.

*

Ein zweiter größerer Komplex von Aussagen in den "Grundrissen" zur künftigen Gesellschaft gruppiert sich um die Thematik des Transformationsprozesses der gesellschaftlichen Arbeit vermittelt der Maschinerie. Er wurde in der Vergangenheit wohl am häufigsten von Marxbeschäftigern aller Schattierungen als Zitatensteinbruch für oder gegen Marx' Zukunftsauffassung geplündert; in vielen Fällen, ohne genauer den Stand des Theoriebildungsprozesses zu beachten. Ich meine, daß letzteres bei der Einschätzung nicht unreflektiert bleiben kann. Einerseits finden sich zum Teil beeindruckende Prognosen über die Aufhebung der tauschwertsetzenden Produktion, der Versuch, sie aus den Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte abzuleiten. Andererseits ist nüchtern zu konstatieren, daß eine systematische Analyse - darauf liegt die Betonung - eben dieser Thematik noch fehlt, Marx über deren Platz in seinem ökonomischen Werk erst ziemlich am Ende der "Grundrisse" klarere Vorstellungen gewinnt. Somit kann bereits an dieser Stelle konstatiert werden, daß eine Reihe von Aussagen, was ihre ökonomische Fundierung angeht, notwendigerweise noch auf wackligen Füßen steht. Dieser Aspekt blieb bisher weitgehend ausgeblendet.

Es ist nicht ohne Belang, sich zunächst das Anliegen zu vergewissern, welches Marx in diesem Teil der "Grundrisse" verfolgt. Er will das fixe Kapital als Moment des Produktionsprozesses betrachten, in Sonderheit die Metamorphose verfolgen, die das in den Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommene Arbeitsmittel bis zur Umwandlung in die Maschinerie durchläuft. Hier wiederum interessiert primär die damit einhergehende wachsende Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit.

Obwohl er nur sichtbare Tendenzen konstatieren, an die Stelle von System-Ideen Prozeßbegriffe setzen wollte²¹, ist m.E. sein vordergründiges Bestreben nicht zu übersehen, innerhalb dieser Untersuchung die Elemente des Auflösungsprozesses der kapitalistischen Produktion definitiv zu bestimmen, aus den Veränderungen im Inhalt der Arbeit die sozialen Konsequenzen abzuleiten und die Konturen der künftigen Gesellschaft zu zeichnen. Sie glaubte er bereits in stofflicher Form in der gesellschaftlichen Produktion der großen Industrie wahrzunehmen. Zentral ist hierbei zweifellos die in verschiedener Hinsicht entfaltete These, daß die kapitalistische Gesellschaft vermittelt der Revolutionierung der Produktivkräfte, die materiellen und ideellen Voraussetzungen zur allseitigen Entfaltung der Individuen und zu einer neuen Produktionsweise schafft. Dementsprechend prognostiziert er für letztere "die - freie, ungehemmte, progressive,

²¹ Siehe Helmut Fleischer: Nach dem Marxismus. In: Berliner Debatte Initial, H. 3/1993, S. 22.

und universelle Entwicklung der Productivkräfte"²². An dieser Stelle sei eine Anmerkung erlaubt.

Angeichts der Erfahrungen mit den bürgerlichen Revolutionen konnte Marx mit einer gewissen Berechtigung diese, wie auch die These über die sich im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft quasi naturwüchsig herausbildenden sozialistischen Vergesellschaftungsformen, die zur revolutionären Überwindung der tauschwertsetzenden Produktion drängen, vertreten. Heute ist sowohl diese Auffassung in Frage zu stellen, wie von der Vorstellung einer humanen und befreienden Wirkung kapitalistisch bestimmter Produktivkraftentwicklung Abschied zu nehmen.²³ Maurer geht sogar noch weiter, wenn er mit Blick auf Marx meint: "Die moralisch-utopische Seite des Sozialismus läuft praktisch darauf hinaus, seine technologisch-ökonomische Basis, die Gesellschaft als System der Bedürfnisse, zu ruinieren."²⁴

M.E. sind es vornehmlich zwei eng verbundene Gesichtspunkte, an denen Marx versucht, das Ende der bürgerlichen Gesellschaft festzumachen. Erstens ist das der Nachweis der gegensätzlichen Entwicklung der Produktivkräfte, darin eingeschlossen die limitierte Entwicklung des Individuums. Zweitens geht es ihm um die Aufdeckung des Widerspruchs zwischen der Grundlage der bürgerlichen Produktion (Wertmaß) und ihrer Entwicklung selbst. Im Hinblick auf den erstgenannten Gesichtspunkt erscheint mir durchaus beachtenswert, daß er beim Nachweis der Widersprüchlichkeit nicht primär auf das Verhältnis von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung abzielt, sondern auf die Tatsache, daß die Produktion und Reproduktion der Verwertung des Werts untergeordnet ist. Das Kapital versucht einerseits die notwendige Arbeit zu reduzieren, um die Mehrwertrate zu erhöhen, andererseits muß es die notwendige Arbeit setzen, um Surplusarbeit setzen zu können. Damit rekurriert er auf das Kapital als prozessierenden Widerspruch. Es entwickelt und limitiert zugleich die Arbeit als Quelle des Werts. Marx erfaßt diese Widersprüchlichkeit, indem er in groben Umrissen die Entwicklungstendenzen kapitalistischer Produktivkraftentwicklung nachzeichnet. Die zweifellos vorhandene Unvollkommenheit dieser Analyse hindert ihn nicht an der richtigen Schlußfolgerung, daß mit der Entwicklung der großen Industrie die Reichtumsproduktion abhängt "weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder ... in keinem Verhältniß steht zur unmittelbaren Arbeit, die ihre Production kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der

²² Karl Marx: Grundrisse. In: MEGA» II/1.2, S. 438.

²³ Siehe Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative?, a.a.O., S. 138 und 145. Siehe auch André Gorz: Abschied vom Proletariat, Frankfurt am Main 1988, S. 9/10.

²⁴ Reinhart Maurer: Thesen über Marx und die Wende. In: DZfPh, 7/91, S. 711.

Technologie²⁵. Auf die damit im Zusammenhang vielfach zitierten Aussagen über den Menschen als Wächter und Regulator des Produktionsprozesses - langfristig gesehen, eine wahrscheinliche Entwicklungsrichtung - möchte ich verweisen, aber nicht näher eingehen. Notwendig erscheint mir aber, anzumerken, daß diese Schlußfolgerung - auf Grund der fehlenden Analyse des Widerspruchs zwischen der technischen Aufhebung der manufakturmäßigen Arbeitsteilung und ihrer potenzierten Reproduktion durch die kapitalistisch angewandte Maschinerie - in einem unvermittelten Widerspruch zu der Aussage über den Arbeiter als Anhängsel der Maschine steht, was bei den Interpretationen dieser Passagen vielfach ignoriert wird. Wichtig erscheint mir dennoch die mit der obigen Erkenntnis verbundene Schlußfolgerung. Erstens, und das ist bereits in Ansätzen, wenn auch in widersprüchlicher Weise erkennbar, wird künftig die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums "der grosse Grundpfeiler der Produktion und des Reichthums" sein. "Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichthum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die grosse Industrie selbst geschaffne."²⁶ Die pathetische Ausdrucksform beseite gelassen, erscheint der rationale Kern nicht abwegig. Zweitens zieht Marx aus der Untersuchung über die Entwicklung der maschinellen Produktion, ihrer Verwissenschaftlichung, die Schlußfolgerung, daß die unmittelbare Arbeit in der Tendenz successive aufhört, die Basis der materiellen Produktion zu sein. Sie wird zu einem subalternen Moment. Darin sieht er eine bestimmende Ursache für die Aufhebung der tauschwertsetzenden Produktion. Obwohl das Bemühen der politökonomischen Fundierung dieser These nicht zu übersehen ist, schimmert hier die utopistische Idee der mathematischen Berechenbarkeit des Schicksals durch.

Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion und der Herabsetzung der unmittelbar einzelnen Arbeit zum subalternen Moment hat Marx jedoch noch keineswegs die immanenten Widersprüche benannt, aus denen sich die Notwendigkeit der Auflösung der tauschwertsetzenden Produktion ergibt. Allerdings widerspiegelt sich in dieser Aussage die Entwicklungstendenz der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, deren Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nicht zu übersehen sind. Bereits heute muß ein in Deutschland tätiger Lohnarbeiter für ca. 300 000 DM Sachmittel in Bewegung setzen, um betriebswirtschaftlich rentabel vernutzt werden zu können. Und das Ende der Fahnenstange ist offensichtlich noch nicht erreicht.

Was die historische Dimension des von Marx apostrophierten Prozesses der Reduktion unmittelbarer Arbeit anbelangt, so hat er zweifellos an kür-

zere Zeiträume gedacht. Hier irrte er. Doch dieses Schicksal teilte er offenbar mit anderen Zeitgenossen.

Eine erste Analyse relativer Mehrwertproduktion auf Basis der Maschinerie läßt Marx erkennen, daß deren Prinzip darauf hinausläuft, die zur Herstellung eines Produkts notwendige Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren. Die Diskrepanz zwischen dem Wachstum der Masse Gebrauchswerte und dem Wachstum der in ihr verkörperten gesellschaftlichen Substanz (Wert) reflektiert sich "im ungeheuren Mißverhältniß zwischen der angewandten Arbeitszeit und ihrem Product"²⁷. Im Verhältnis zu einer bestimmten Gebrauchswertmasse strebt die in ihr enthaltene gesellschaftliche Substanz, der Wert, gegen 0. Daraus leitet er die Selbstaufhebung des Wertes als regulierendes Zentrum der tauschwertsetzenden Produktion ab. Er versucht mithin auf der Ebene des Produktionsprozesses in allgemeiner Weise die auflösende Wirkung der Produktivkraftentwicklung darzustellen. Angesichts des erreichten Forschungsstandes mußte eine nähere Bestimmung des Endes der bürgerlichen Produktion anhand des abstrakten Widerspruchs zwischen Gebrauchswert und Wert problematisch erscheinen. Hierzu sei eine Zwischenbemerkung erlaubt.

Die soeben kurz skizzierte Auffassung Marxens über den Zusammenbruch der auf dem Tauschwert beruhenden Produktionsweise ist wohl wie kaum eine andere Aussage bei Forschern verschiedener Provenienz vehement auf Ablehnung gestoßen. Ungeachtet nicht zu leugnender Unzulänglichkeiten enthält diese Marxsche Konzeption dennoch eine Dimension, die Stoff zur Diskussion bietet. Kurz äußert dazu folgende These: "Die Marxsche Theorie des Werts wurde nicht als Theorie einer inneren System-schranke des betriebswirtschaftlichen Vernutzungsprozesses begriffen, sondern bloß 'verteilungspolitisch' ausgeschlachtet durch den ewigen unsäglichen Verweis auf den vermeintlich den Arbeitern 'vorenthaltenen Mehrwert'."²⁸ Dem kann wohl schwerlich widersprochen werden. Allerdings führt ein Verharren auf dieser abstrakten Ebene nicht weiter. Offensichtlich findet bei Marx die Werttheorie als Theorie einer inneren System-schranke ihre Fortschreibung im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. In diesem Sinne ist die folgende Aussage interpretierbar: "Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst*, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint."²⁹ Dieser "Mine" vertraute Marx wohl mehr als dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. In verallgemeinerter Form kann diese Schranke auch als Herrschaft der ökonomischen Rationalität über die Gesellschaft gefaßt werden.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Robert Kurz: Potemkins Rückkehr. Attrappen-Kapitalismus und Verteilungskrieg in Deutschland, Berlin 1993, S. 28.

²⁹ Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW, Bd. 25, S. 260.

²⁵ Karl Marx: Grundrisse. In: MEGA» II/1,2, S. 581.

²⁶ Ebenda.

Was im Hinblick auf das Ende der bürgerlichen Produktion gesagt wurde, gilt auch für das Aufgreifen des Widerspruchs zwischen Mehrarbeit und ihrer Realisierung als Mehrwert, aus dem Marx folgert, daß die Arbeiter sich ihre Mehrarbeit selber aneignen müssen. Für den Nachweis der Notwendigkeit einer höheren Form der Gesellschaftlichkeit ist der Vermittlungszusammenhang von Mehrwertproduktion und Krise allerdings nicht hinreichend erforscht. Allein das Aufzeigen des Gegensatzes von *disposable time*, Nicht-Arbeitszeit für wenige und maximaler Vergrößerung der Mehrarbeit vieler ist allein nicht ausreichend für den Nachweis, daß das Kapital an der Schaffung eines Übermaßes an *disposable time* zugrunde geht³⁰. Was allerdings im Hinblick auf die Rolle der *disposable time* in einer künftigen Gesellschaft, anknüpfend an die proletarischen Gegensätze prognostiziert wird, daß sie für alle wächst, mag utopisch erscheinen. Dennoch, und das zeichnet sich bereits heute ab, wird schwerlich ein Weg an der Einsicht vorbeiführen, daß der Abnahme des gesellschaftlichen Volumens der notwendigen Arbeit nur durch ihre Umverteilung ein Sinn gegeben werden kann.

Da Marx davon ausgeht, daß das Individuum als größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit, ist es nur konsequent, wenn er die Vergrößerung der frei verfügbaren Zeit als Grundlage für die wissenschaftlich schöpferischen Charakter tragende Arbeit betrachtet.

Aus der Analyse des Verhältnisses von notwendiger und Mehrarbeit abgeleitet ist die Prognose über das Wegfallen des Gegensatzes zwischen notwendiger Arbeitszeit und *disposable time* und über die Bestimmung des Umfangs der notwendigen Arbeit. Es darf wohl mit einer gewissen Berechtigung behauptet werden, daß Marx diese Auffassung nicht nur nicht aufgegeben, sondern sie noch ausgebaut, aber auch modifiziert hat. Ich denke hier besonders an die Aussagen über das Reich der Notwendigkeit und das Reich der Freiheit³¹. Augenscheinlich mißt er in den nachfolgenden "Kapital"-Entwürfen der Analyse des Reiches der Notwendigkeit weit größere Bedeutung zu als in den "Grundrissen".

Die Abhängigkeit der Größe der notwendigen Arbeit vom Umfang der zu befriedigenden Bedürfnisse der Individuen ist evident und wird unübersehbar konstatiert. Das eigentliche Problem sind die Bedürfnisse selbst und ihr Wachstum. Das Prinzip "Jeder nach seinen Bedürfnissen" - in ökonomischen Manuskripten und Schriften nicht zu finden - war schon im 19. Jahrhundert fragwürdig, aus dem heutigen Erfahrungshorizont erst recht.

Marxens Aussage über die *disposable time* als Maß des Reichtums³² für sich betrachtet erscheint einseitig, denn der Produktionsumfang stofflichen Reichtums ist es ebenso. Dennoch kann dieser Prognose zugebilligt wer-

³⁰ Siehe Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Kommentar, a.a.O., S. 288.

³¹ Siehe Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25, S. 827/828.

³² Siehe Karl Marx: Grundrisse. In: MEGA II/1.2, S. 584.

den, eine mögliche Entwicklungstendenz erfaßt zu haben. Sie betrifft die zentrale Stellung der Arbeit im menschlichen Handeln. Zwar verliert die Arbeit nicht an Bedeutung, wie mitunter vorschnell gefolgert wird, "Aber durch die Tatsache der engen Verflochtenheit zwischen dem Anwachsen der Produktivität und der durch die Gefährdung der Umwelt erforderlichen Notwendigkeit einer Begrenzung der Produktion verliert sie tendenziell jene beherrschende Rolle, die sie in der menschlichen Vergesellschaftung bisher gespielt hat. Sie ist schon knapp geworden in dem Sinne, daß es, da die Produktionsmittel zunehmend zum Gegenstand einer monopolistischen Aneignung werden, der Masse der Menschen nicht gelingt, in einem effektiven Produktionsschema Platz zu finden."³³ Ähnliches ließe sich auch über Marx Antizipation der Veränderungen im Inhalt der Arbeit sagen, so daß die These von Bidet, die "Probleme der Post-Moderne ... sind schon die unseren"³⁴, so abwegig nicht erscheint.

Um auf die eingangs gestellte Frage zurückzukommen. Einerseits ist Marx' Bemühen sichtbar, gewissermaßen in einem Dreischritt - Analyse, Kritik und Prognose - die Voraussagen über die künftige Gesellschaft aus der Untersuchung der bürgerlichen Gesellschaft und den ihr innewohnenden Entwicklungstendenzen abzuleiten. Das vermeintlich nahende Ende dieser Gesellschaft vor Augen, wurde manche dieser Entwicklungstendenzen, die sich allerdings erst am Ausgang des 19. Jahrhunderts als zu einer höheren Reifestufe des Kapitalismus hinführend erwiesen, im obigen Sinne interpretiert. Marx hatte nur die Möglichkeit, ein Entwicklungsstadium des Kapitalismus zu beobachten. Einige Prognosen sind ganz offensichtlich der Verabsolutierung eben dieses Sachverhalts zuzuschreiben. Burtin konstatiert nicht zu Unrecht einen Zusammenhang zwischen der "Unterschätzung der Fähigkeit der kapitalistischen Ordnung zur Selbstentwicklung und einigen für ihre (Marx und Engels - J.J.) Kommunismuskonzeption typischen grundlegenden Mängeln"³⁵.

Im übrigen ist auch nicht zu übersehen, daß ein Teil seiner Voraussagen dem vordergründigen Bemühen geschuldet ist, das Ende der bürgerlichen Gesellschaft näher zu bestimmen, ohne dies in jedem Fall mit einer polit-ökonomischen Analyse untermauern zu können. Manche verdankten sich wohl eher bestimmten Wunschvorstellungen- was ja nicht verwerflich ist - als einer theoretischen Analyse.

³³ Jacques Bidet: Für eine allgemeine Theorie der modernen Gesellschaft. In: Zur Kritik der politischen Ökonomie. 125 Jahre Das Kapital. Hrsg. von Werner Goldschmidt. Hamburg 1992. (Dialektik 1992/3), S. 84.

³⁴ Ebenda, S. 85.

³⁵ Juri Burtin: Die Achillesferse der Marxschen Geschichtstheorie. In: Marx-Engels-Jahrbuch 13. Berlin 1991, S. 210.

Zu dogmatischem Zündstoff bei Marx. Anbei zu Dührings Wirtschaftskommunen

Notwendige Vorbemerkungen für meinen Beitrag zur gegebenen Diskussion: a) wurde die Ausarbeitung aus dem Stand fertiggestellt. Wie zu hören sein wird, verbleibt das meiste deshalb im *Thesenhaften*. Das ist aber für die Diskussion so schlecht nicht. b) Ich konnte Dühring nicht historisch abhandeln, ohne mich vorher wenigstens aspekthaft zu Fragen des Marxismus überhaupt zu äußern. Daß dieser Teil schließlich auch noch dominiert, liegt, denke ich, an der fordernden Spannung des Aktuellen.

*

Folgt man einer Recherche von Linzer Wissenschaftlern, und das nicht zu tun, sehe ich keinen Anlaß, so wird die Geschichtsschreibung der Ökonomie von folgenden Trends dominiert: 1) von einer Entpersonalisierung: die Entwicklung der Wissenschaft wird an immer weniger Köpfen festgemacht, 2) von einer Enthistorisierung: die Erkenntnisprozesse und -ergebnisse werden zunehmend weniger als historisch bedingt erklärt; die Dogmengeschichte wird mehr denn je rückwärts geschrieben, 3) von einer Neutralisierung der Dogmengeschichtsschreibung: die Historiker halten sich in ihren Werturteilen zurück.¹ Auf diese Weise wird die Dogmengeschichte linearisiert, provoziert wird nicht ihr Nachvollzug an den Originalen, sondern die Bedienung aus zweiter Hand. Lerneffekte unbefangener Theorievergleiche, ergo der Beschäftigung mit Dogmengeschichte schlechthin, stehen in Frage.

In der arbeitsteiligen Gesellschaft vollzieht sich auch die Wissenschaft arbeitsteilig, ist die pluralistische Wissenschaftsentwicklung ein zwangsläufiger Prozeß. Keine Wissenschaftsgruppe, von einem einzelnen gar nicht zu reden, ist in der Lage, den komplexen, dynamischen und sensiblen Mechanismus Gesellschaft zu spiegeln. Für die pluralistische Wissenschaftslandschaft und einen darin Verwurzelten dürften die obigen Trends deshalb als nicht wenig bedenklich erscheinen.

Anders für jemanden, der mit "Marxismus" groß geworden ist. Er lernte die beiden erstgenannten Tendenzen nicht lediglich als Probleme der Geschichtsschreibung des Marxismus kennen, sondern von einem gewissen

¹ Hans Werner Holub, Andreas Kohler, Gottfried Tappliner: Zum Erkenntniswert der zeitgenössischen Dogmengeschichtsschreibung. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Hrsg. v. Alfred E. Ott u.a. Band 208, Stuttgart 1991, S. 525-534.

Zeitpunkt an als dessen allgemeine Bewegungszüge selbst. Der Marxismus hatte den Anspruch auf globale und richtige Weltsicht und dogmatisierte als Marxismus-Leninismus seine Betrachtungsweise mittels Denkfabriken und Schulungsmechanismen. Widernatürlich zur Basis erscheint auch dem Marxismus wie jedweden Dogmatismus Quellen- und Meinungsvielfalt als Eklektizismus, Meinungsdivergenz als Revisionismus oder unter anderem Aspekt als Reformismus. Die Bedeutung der Beschäftigung mit Theoriegeschichte wurde zwar plakativ immer wieder unterstrichen, die Lehrpläne an den Universitäten allerdings bezeugten anderes, ließen immer weniger Raum dafür. War eine These der "Klassiker" politisch griffig, bestand zumeist kein organisches Interesse mehr an ihrer genetischen Aufarbeitung, schon gar nicht sobald es sich um konkurrierende Konzepte/Personen handelte, vielleicht noch um von Marx/Engels/Lenin negativ etikettierte. Entsprechend und ganz im Gegensatz zur Marxschen Verfahrensweise wurde der Wissenschaftlernachwuchs nicht zu einem Originalstudium der Dühring, Rodbertus, Thünen, Menger etc. erzogen, auch nicht durch das eigene Beispiel. Zeitgenössischen Publikationen zum "Anti-Dühring" bsplw. merkt man so an, daß deren Verfasser Dühring in großzügiger Verbalgestik verwerfen, nicht aber auch nur eines seiner Bücher in der Hand hatten, daß auch Engels' Text nicht mehr sachbezogen neu erschlossen, sondern nur eine gängige Interpretationsschablone zum gerade aktuellen Anlaß hin gewendet wurde.

Auch die Marx-Engels-Forschung und -Edition schrieb die Geschichte des Marxismus rückwärts, im Bewußtsein des vorliegenden oder zugänglichen Gesamtwerks. Sie wußte es vielfach besser, konnte allerdings die ideologische Schablone des institutionalisierten und relativ einträglichen Marxismus nicht aufbrechen.

*

Der Marxismus ist, wie Sandkühler unlängst ganz ohne polemisches Risiko festgestellt hat, im bürgerlichen Leben als Oppositionswissen entstanden.² Aber man muß dem gleich hinzufügen, daß er wohl die bedeutendste, weil lebensfähigste, numerisch aber eben nur eine *Form* von Oppositionswissen war. Oppositionswissen als Widerspruch zum offiziellen Herrschaftswissen gab es schon lange vor Marx. Dieser war nicht, wie Sombart in Anbahnung seiner bekannten Eigenwerbung meinte, derjenige, der das stolze erste Wort über den Kapitalismus sprach.³ Vor und neben Marx gab es genug stolze Männer, und auch nach ihm ebensolche, die nicht resigniert hatten,

² Hans Jörg Sandkühler: Nach Marx. Über einige Gründe der Selbsterstörung eines Paradigmas und symbolischer Form. In: hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland. April 1993, S. 14.

³ Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Bd. 3: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. In 2 Halbbänden. München u. Leipzig 1927. Geleitwort, S. XXI: "Was Marx sprach, war das stolze erste Wort über den Kapitalismus, in diesem Werke wird das bescheidene letzte Wort über dieses Wirtschaftssystem gesprochen."

als 1867 der erste Band des "Kapitals" erschienen war. Man trat ja nicht zuvörderst an, um Marx in Frage zu stellen oder seine Anhänger zu diskreditieren, sondern um die "soziale Frage" lösen zu helfen.⁴

Allerdings, und das bescherte uns das heutige Thema, trat Oppositionswissen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zumeist nicht allein in Konkurrenz zu Facetten bürgerlichen Wissens, sondern auch in Konkurrenz zueinander, wie eben zu Marx und seinen Multiplikatoren. Und hier, finde ich, stellte sich seit der "öffentlichen" Geburt des "Kapitals" (Band I, 1867) ein Phänomen ein: War der Forschungsprozeß bis dahin ein nachvollziehbares fruchtbares Wechselspiel von Denkansatzaufnahme und Denkgegensatzformulierung, und wurde er intern von Marx auch so fortgesetzt, so wurde doch öffentlich Kassenschluß gemeldet - siehe Nachwort zur 2. deutschen Auflage des 1. Bandes des "Kapitals" (1873). Die eigene Theorie wurde als nicht mehr lernbedürftig deklariert, die anderen als nicht mehr inspirationsfähig.⁵ Die 60er Jahre waren und blieben so für Marx' ökonomische Theorie die goldenen.

Sandkühler sieht im Rahmen seiner These von der (partei)finalisierten Wissenschaft die Entwicklung des Marxismus als Prozeß zunehmender Immunsierung, so "daß sie ihre Offenheit für ein experimentierendes Vor-denken und den Mut zur Rezeption neuen, in anderen Theoriekonstellationen hervorgebrachten Wissens weitgehend verlor."⁶ Ich stimme dem zu, soweit es die Benennung des Faktischen betrifft. Fest steht, daß dieser Prozeß der Immunsierung seit den 20er Jahren mit dem Leninismus (nicht = Lenin) auf Hochtouren lief - westliche Marx-Editoren (Kautsky) z.B. wurden der vorsätzlichen Fälschung bezichtigt, die Edition wurde als Kampfmittel "wahrhafter" Erberezption eingeführt. Komplizierter ist allerdings schon die Frage, wo die Wurzeln dieser Abschottung liegen. Wann begann die pathologische Angst vor Revision, von der Graham sagt, daß nichts unmarxistischer ist als sie?⁷ Liegen die Wurzeln schon bei Marx oder Engels oder bei beiden selbst, in der Unfertigkeit des "Kapitals", vielleicht beim "Anti-Dühring"? Liegen sie in der frühen Bindung der Theorie an Parteilichkeit? Liegen sie darin, daß sich Theorie und Sozialdemokratie in den 70/80er Jahren massivem Gegendruck ausgesetzt sahen, der sie zum Lebensstil der komplexen, undifferenzierten Abwehr verführte? Die Quersumme all dessen dürfte es sein, nicht ein einzelnes Moment. Denn ist es bspw. einerseits nicht völlig legitim gewesen, die neue Marxsche An-

⁴ Vom individuellen Sendebewußtsein seiner Vertreter und dessen Artikulationsformen einmal abgesehen. Ich verzichte auch auf die Beleuchtung des in aller Regel Außenseitertums der fraglichen Gelehrten, deren fehlende Anerkennung, was aber nicht verwundert, durch die "Zunft".

⁵ Das scheint nach einer gewissen Etappe generell bei allen Systembildner sein wollenden Theoretikern der Fall zu sein.

⁶ Hans Jörg Sandkühler: Nach Marx ... A.a.O., S. 23.

⁷ L.R. Graham: Dialektischer Materialismus und Naturwissenschaft in der UdSSR. T. 1. Frankfurt/M. 1974, S. 40.

schauung polemisch so komplex wie möglich zu verteidigen, wie u.a. im "Anti-Dühring"? Schließlich legen wir an die seinerzeit übliche Praxis der Streitschriften auch nicht die Elle der Dekadenz, sie wird im Gegenteil als wissenschaftlich normal und notwendig angesehen. Gab es andererseits nicht bei maßgeblichen führenden Sozialdemokraten ein durchaus pluralistisches Wissenschaftsverständnis? So meinte beispielsweise Johann Most 1876, daß es "ja in der Natur der Sache" liege, "daß der moderne Sozialismus jede schablonenhafte Prinzipienreiterei und jede einseitige Ideen-Verkörperung geradezu ausschließt". Marx' Stärke läge in der "vernichtenden Kritik der kapitalistischen Produktionsweise; positive Vorschläge in Bezug auf die Lösung der sozialen Frage" mache "Marx dagegen nicht". Nachgerade als Credo des Eklektizismus galt der ostmarxistischen Geschichtsschreibung - aber nicht ihr allein⁸ - Mosts nachfolgende Erklärung: "Frägt man mich nun, welchen von den vier vorgeschlagenen Sozialisten ich den Vorzug gebe, so antworte ich ganz einfach: Wir können sie *alle miteinander* gut gebrauchen! Und in der Tat finde ich, daß sich dieselben gegenseitig prächtig ergänzen, so daß das geistige Gesamtmaterial, welches sie zusammengetragen, gesichtet und geklärt haben, eine unerschöpfliche Fundgrube für die Sozialdemokraten vorstellt, eine Fundgrube, wie sie nimmermehr sich darbieten würde, wenn man sich einseitig auf die Auslassungen eines einzelnen Mannes stützen würde."⁹ Schwer zu beantworten ist allerdings die Frage, ob, nachdem sich der politische Gegensatz im System zum realen Systemgegensatz entwickelt hatte, solch pluralistischer Ansatz überhaupt realistisch war.

* ?

Der Gothaer Kompromiß, auf Abstimmung des Weltbildes drängende Ideologiebildungsprozesse in der Sozialdemokratie nach 1875, später der II. Internationale, also wichtige politische und ideologische Rezeptionskonstellationen, sowie die Konsistenz des Marx'schen Ideengebäudes selbst waren die Anlässe zu Arbeiten wie dem "Anti-Dühring", ihnen entsprang, m.E. ohne Schuld von Engels, jenes Bächlein, das dann zum Strom dogmatischen Marxismus' wurde.

Im folgenden nur etwas Denkansatzmäßiges speziell zur Theoriekonsistenz bei Marx oder des "Kapitals" um 1867:

- Der I. Band des "Kapitals" ist der theoretischen Ökonomie zuzurechnen: Klassenbeziehungen, ökonomisch dargestellt, auf abstraktestem Niveau. Die Annäherung an die Praxis nicht nur durch die Bände II und III des

⁸ Siehe Dieter Dowe/Klaus Tenfelde: Zur Rezeption Eugen Dührings in der deutschen Arbeiterbewegung in den 1870er Jahren. In: Wissenschaftlicher Sozialismus und Arbeiterbewegung. Begriffsgeschichte und Dühring-Rezeption. Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier. Nr. 24, Trier 1980, S. 48/49.

⁹ Johann Most: Die Lösung der sozialen Frage. Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern. Berlin 1876, S. 23.

"Kapitals"; sondern mehr noch durch die geplanten Bücher "Grundeigentum", "Lohnarbeit", "Staat", "Weltmarkt" fehlt. Solange die Bände II und III des 1. Buches "Das Kapital" nicht vorlagen, erschien Marx' Theorie den wissenschaftlich Belesenen als dialektische Verkrustung bestehender Ausbeutungsmodelle, waren Erklärungspamphlete wie "Juristensozialismus" nur zu logisch. (Psychologisch ist die Situation für Marx ganz gewiß auch nicht einfach. Das von ihm angekündigte, dreibändige Gesamtwerk "Kapital" liegt nicht vor, und die Kritik setzt, den erschienenen ersten Band mit den Jahren zunehmend für das definitiv Ganze haltend oder halten müsend, zwingend und ungeniert das Seziermesser an.)

Doch die in MEW-, MEGA-Vorworten oder Lehrbüchern des Marxismus-Leninismus immer wieder beanspruchte und methodisch geschürte "pathologische Angst", die "Gemeinten", also die Arbeiter, könnten in unmittelbarer Weise Marx beispielsweise mit Thompson, Hodgskin, Bray oder auch Rodbertus verwechseln, könnten durch sie irritiert sein, bestand nie. Diese konnten sich weder den einen noch den anderen finanziell oder als Freizeitbeschäftigung leisten, waren in jedem Fall auf popularisierende Multiplikatoren angewiesen, anders ausgedrückt, auf institutionalisierte Wissensvermittlung, folglich auch jedwedem Dogmatisierungspotential ausgeliefert. Marx übrigens war auch schwerer verdaulich als andere, als Schaffle z.B.

- Marx' politische Ökonomie (1. Band des "Kapital") scheint konstitutiv problematisch, nicht nur, weil der II. Band erst 18 Jahre und der III. erst 27 Jahre nach dem ersten erscheinen. Diese Publikationspolitik überforderte zum einen die verbleibende Lebenserwartung manch erwartungsvollen Anhängers und provozierte zum anderen geradezu das Interesse an anderer Lektüre. Für bedenkenswert halte ich auch zwei weitere Fakten: Einmal verfügte marxistisches Denken im 19. Jahrhundert und im Unterschied zu den Geflogenheiten im wissenschaftlichen Leben über keine Geschichte der politischen Ökonomie und damit auch nicht über das übliche, populäre und notwendige Medium für die eigene Standortbestimmung, d.h. die Verhältnisbestimmung zu anderen Theorien. Vorworte und Fußnoten im "Kapital" konnten die Lücke nicht ausfüllen. Zum anderen verblieb die marxistische Ökonomie nach Marx' Tod auf einem eindimensionalen Niveau, aus teils objektiven Gründen allerdings. Die Wirtschaftswissenschaft spaltete sich in verschiedene Disziplinen, die Volkswirtschaftslehre, die Betriebswirtschaft, die Arbeitswissenschaft etc. Diese leisteten ihre nicht unwesentlichen Beiträge zur Erhöhung der Effizienz der kapitalistischen Produktionsweise, u.a. durch mathematisch fundierte Optimierungsmodelle. Der Marxismus ging, da diesbezüglich ohne praktische Anreize, - das Transformationsproblem, die Ausgestaltung einer postkapitalistischen Gesellschaft stand nicht -, die arbeitsteilige Entwicklung der Wissenschaften logischerweise nicht mit. Er schuf für die Erschließung des volkswirtschaftlichen Alltags keine Innovationsfelder. Der Marxismus ging die Arbeitsteilung allerdings auch aus theorieimmanenten

Gründen nicht mit: Seine Theoriekonsistenz hätte sich dafür wenigstens auf der Ebene des Marxschen 6-Bücher-Plans¹⁰ bewegen müssen, als Spiegelung der konkreten Funktionsmechanismen der bürgerlichen Produktion. Immer wieder finden wir bei Marx die Bemerkung: Das gehört nicht hierher; das gehört in die Lehre von der Konkurrenz, das gehört in die Lehre vom Kredit, das gehört in die Lehre vom Zins, das gehört in die Lehre vom Staat ... Weiter war die Bewegungsform der vorhandenen Theoriekonsistenz die der stetigen Verschärfung der hauptsächlichsten Widersprüche. Sie war nicht offen für die tagtägliche Lösung der "kleinen Widersprüche", für Reformen, Revisionen, für die sozialen Spannweiten des Kapitalismus. Insofern war sie, ganz im Gegensatz zu den Annahmen Grossmanns¹¹, durchaus *statisch*. Für den Sozialismus bedeutete die Theoriekonsistenz, daß seine Probleme nur abstrakt-strukturell, in einfacher Antithese diskutiert werden konnten: statt Privateigentum an Produktionsmitteln gesellschaftliches Eigentum, statt Anarchie der Produktion kontinuierliche, planmäßige Entwicklung, statt massenvergeudender Markt Produktion nach Bedürfnissen, statt Arbeitsteilung Organisation der Produktion, statt Ware-Geld-Beziehungen Kosten-Aufwand-Abwägungen etc. Die Theoriekonsistenz behinderte offenbar auch die Erkenntnis der Notwendigkeit von Ware-Geld-Beziehungen über den Kapitalismus hinaus. So ist bspw. die Verneinung der Ware-Geld-Beziehungen bei Engels im Anti-Dühring¹² nicht empirisch begründet. Sie ist normativ, untersetzt durch die Verwendung moralisierender Argumente Wilhelm Weitlings gegen das böse Geld.¹² Für die oben genannten wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen so dominante Kategorien wie Ware, Wert, Geld, Markt usw. sah der Marxismus nicht als sozialismuskonform an. Das rächte sich spätestens 1917. Für den Aufbau einer sozialistischen Produktion bestand keinerlei wissenschaftlicher Vorlauf. (Nur die dürftige These Lenins von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Rechnungsführung). Und nicht nur das. Solange die politische Ökonomie als ökonomisch-ideologische Leitdisziplin darüber diskutierte, ob Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus denkbar und möglich sind, solange konnten diese Wissenschaften sich auch nicht entwickeln.

¹⁰ Deshalb sehr wichtig der fruchtbare Versuch von Hallenser Wissenschaftlern um Wolfgang Jahn, den 6-Bücher-Plan zu rekonstruieren. Siehe Arbeitsblätter zur Marx-Engels-Forschung, Heft 20, Halle 1986.

¹¹ Henryk Grossmann: Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik. Frankfurt am Main 1969.

¹² Natürlich, das kann hier aber nicht im einzelnen behandelt werden, wird das Sozialismus-Bild von Marx und Engels nicht allein durch ökonomische Prämissen, sondern auch durch andere theoretische Positionen beeinflusst, durch ihre Gesetzesauffassung, ihre Eigentumskonzeption, ihr Menschenbild bspw. Nur die Unterstellung bei letzterem, daß der Mensch an sich gut sei, kann Engels z.B. sagen lassen, daß die Menschen im Sozialismus unter den ihrer Natur adäquatesten Bedingungen produzieren, wobei Produktion und Verteilung als ein idyllisches, weil sich jeder Vorteilsnahme enthaltendes gütiges Geben und Nehmen gefaßt werden.

Solchen Überlegungen hat sich die Sozialismus-Doktrin im Rahmen der Marx-Engels-Forschung bislang nicht unterzogen. In der Einleitung zum MEGA-Band I/27 - ich gebe in gedrängter Form wieder - heißt es, daß Engels im "Anti-Dühring" eine zusammenhängende Darstellung von Wesenszügen und Entwicklungslinien der zukünftigen Gesellschaft gäbe, sich aber von Zukunftsspekulationen und Sozialismuskonstruktionen abgrenze, und nicht beabsichtige, "Details zu schildern".¹³ Auch in einer Unzahl anderer Darstellungen findet sich eine derartige Konfrontation, also eine besonders vulgäre und fatale Handhabung der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem. Denn: Die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum ist nicht schon an sich das wesentliche, sie ist nichts weiter als ein Rechtsinstitut. Der sozialökonomische Realisierungsmechanismus des gesellschaftlichen Eigentums, sein Aneignungsmechanismus ist allerdings das wesentliche. Er ist nichts weniger als ein Detail, das gelegentlich anzusprechen und abzuhaken ist. Die sozialistische Praxis hat so denn auch gezeigt, trotz aller konstruktiven Warnungen, z.B. durch Ota Siks "Ökonomie, Interessen, Politik", daß es niemals gelungen ist, den Prozeß der gesellschaftlichen Aneignung so zu meistern, daß die Interessen von Gesellschaft, Produktionseinheiten und Individuen sinnvoll ineinandergreifen und doch ihre Eigenständigkeit bewahren. Die Aneignung ist nicht - und das ist nicht tautologisch - als fundamentalster Vorgang von Basisdemokratie begriffen und umgesetzt worden.

*

Sicher ist es möglich, allerhand Erklärungen von Engels oder von Marx selbst zusammenzutragen, aus denen Schützenhilfe für politische Textselektion, Schablonisierung und Dogmatisierung spricht, so z.B. Engels "Winke" für Viktor Adler zur "Durchsicht" des dritten Bandes des "Kapitals" im "Loch": ... Abschnitt V. Sehr wichtig Kap. 21-27. Weniger Kap. 28. Wichtig Kap. 29. Im ganzen unwichtig für Deine Zwecke Kap. 30-32, ...¹⁴ Oder denken wir an seine Annonce zum III. Buch des "Kapitals" in der "Neuen Zeit", die Engels so ganz gegen seine Wertungen im Vorwort zum selben mit der Behauptung abschließt, daß alle zur Sache gehörenden Fragen hier ihre Erledigung gefunden hätten.¹⁵ Marx bedauerte Engels gegenüber gelegentlich, daß "der 2nd volume größtenteils zu sehr theoretisch" sei. Er werde deshalb beim dritten Band solche Abschnitte wie den über den Kredit mehr "benutzen zu actual denunciation des Schwindels und der commercial moral".¹⁶ Auch Engels meinte Dritten gegenüber gelegentlich recht unbestimmt, daß der zweite Band große Enttäuschung

¹³ MEGA» I/27, S. 58 /59*.

¹⁴ Engels an Victor Adler, 16. März 1895. In: MEW, Bd. 39, S. 436/437.

¹⁵ [Friedrich Engels:] [Über den Inhalt des dritten Bandes des "Kapitals"]. In: MEW, Bd. 22, S. 438.

¹⁶ Marx an Engels, 14. November 1868. In: MEW, Bd. 32, S. 204.

auslösen würde, da er "so rein wissenschaftlich" sei und "nicht viel Agitatorisches" enthalte¹⁷ und suggerierte damit ungewollt dessen mindere Bedeutung für eine politische Verwertung. Derartige Kommentare nutzt heute so mancher, wie's scheint, um sich selbst und anderen zu erklären. Doch Marx und Engels haben niemandem die Verpflichtung abverlangt, nicht über sie hinauszudenken. Im Gegenteil: So steht's mit der Marxschen Theorie, hatte Engels 1877 in der Auseinandersetzung mit Dühring gemeint, und jetzt käme es darauf an, alles in Zusammenhängen und Einzelheiten weiter auszuarbeiten.¹⁸ Und wen er eigentlich mit den über den zweiten Band Enttäuschten meinte, hat Engels denn auch nicht offen gelassen: "die Vulgärsozialisten", denn der Band enthalte "gar nichts, woraus man Stichwörter und Deklamation fabrizieren kann".¹⁹

*

Eugen Dühring war einer der bekanntesten, wengleich nur episodenhafte, weil zwischen zwei Stühlen keinen Halt findenden Widerparts von Marx (D. geriet zwischen zwei Parteilichkeiten und von da fast logisch geradewegs auf die Bahn des Anarchismus.). Die "pathologische Angst" vor ihm wird in der Textgeschichte des MEGA-Bandes I/27 diffus so benannt: "Dührings unmittelbare Wirkung beruhte vor allem auf seinen politischen und sozialökonomischen Aussagen. Gefährlich wurde er insbesondere dadurch, daß er angesichts der Notwendigkeit, die wissenschaftliche Weltanschauung umfassend bewußt zu machen und hierauf fußend die Erkenntnis durchzusetzen, daß nur die von Marx begründete Lehre wissenschaftlicher Sozialismus ist, seinerseits mit einem allumfassenden System und dem Anspruch auf Neubegründung aller Wissenschaften auftrat, gleichzeitig den Marxismus scharf angriff und ihm Wissenschaftlichkeit absprach."²⁰

Geht die erste Aussage noch an, wengleich ein skurriler Unterschied gemacht wird zwischen "Wirkung" und "Gefährlichkeit", so platzt die zweite nahezu vor dogmatischen Schablonen: Marx' Theorie ist gleich wissenschaftliche Weltanschauung, diese ist umfassend bewußt zu machen, muß also auch umfassend vorhanden sein, Marx' Theorie ist nicht nur Analyse des Kapitalismus, sondern auch gleich noch wissenschaftlicher Sozialismus, der Marxismus war Dührings Hauptgegner etc.

Was war es nun, was Dühring nahezu ein Jahrzehnt begeisterte Rezeption in der Sozialdemokratie verschaffte? Immerhin meinte doch sein sachkundiger Analytiker Albrecht 1927 ebenso wie Dowe/Tenfelde 1980, daß sein

¹⁷ Engels an Friedrich Adolph Sorge, 3. Juni 1885. In: MEW, Bd. 36, S. 324.

¹⁸ Siehe Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring). In: MEGA» I/27, S. 237 bzw. 607.

¹⁹ Engels an Karl Kautsky, 18. September 1883. In: MEW, Bd. 36, S. 61.

²⁰ Engels' Arbeit am "Anti-Dühring. In: MEGA» I/27, S. 674.

Lösungsversuch nicht zu den intellektuell überzeugendsten gehörte.²¹ Dem ist in der Tat so. Als Anknüpfungspunkt will ich noch einmal Sandkühler zitieren: "viele in 'Marxistischem' Namen auftretende 'Theorien' haben sich als kritik-immunisierte Dogmensysteme - nicht erst im Stalinismus und mit ihm nicht endend - von der Nähe zu menschlichen Bedürfnissen und vom Maß der Freiheit verabschiedet."²² Hier, glaube ich, liegt einer der Schlüssel für eine zeitweilige Akzeptanz Dührings - seine Nähe zu unmittelbaren Bedürfnissen und zur Freiheit, zur politischen, sozialen, nicht zuletzt auch psychologischen Disposition der Rezipienten. Aus Zeitgründen verweise ich darauf, daß in der Textgeschichte zum "Anti-Dühring" im MEGA»-Band I/27 - und zwar im Unterschied zu und als beträchtlicher Fortschritt gegenüber den bisherigen Editionen und relevanten monographischen Darstellungen - weitgehend sachlich eine ganze Reihe von diesbezüglichen Thesen und Grundsätzen Dührings aufgeführt ist.²³ Hervorheben will ich hier nur, daß Dühring in seinen Schriften der 60er und 70er Jahre sich überzeugt zeigte, daß "unterdrückte sociale Classen ihre Befreiung hauptsächlich von der eigenen Kraft und Initiative zu erwarten haben"²⁴ und daß "der vollständigste Sieg der Arbeit" das Ende des weltdimensionalen Klassenkampfes bestimmen werde.²⁵

*

Im Sinne unseres heutigen Themenaspekts "konkurrierende Sozialismus-Modelle" einige Splitter zu einem gewissen Einblick in Dührings "Wirtschaftskommunen":

Bewegten sich Dührings Reformvorschläge in den sechziger Jahren noch auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung²⁶, so entwickelte er, beeindruckt von der Entschlossenheit der Pariser Kommunarden Mitte der siebziger Jahre ("Cursus der National- und Socialökonomie", 2. Aufl., 1876, "Cursus der Philosophie", 1875) ein Konzept für eine strukturell grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft, für "die ökonomische Souveränität politisch und social freier Menschen".²⁷ Er hielt Marx und Engels dabei wohl "Rathlosigkeit in der bestimmteren Vorstellung der Grundzüge des

²¹ Siehe Gerhard Albrecht, Eugen Dühring. Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialwissenschaften. Jena 1927, S. 229. Siehe Dieter Dowe/Klaus Tenfelde: Zur Rezeption Eugen Dührings ... A.a.O., S. 28.

²² Hans Jörg Sandkühler: Nach Marx ... A.a.O., S. 14. (Hervorh.-C.-E.V.)

²³ Siehe Engels' Arbeit ... In: MEGA» I/27, S. 674-676.

²⁴ Eugen Dühring: Capital und Arbeit. Neue Antworten auf alte Fragen. Berlin 1865, S. V.

²⁵ Eugen Dühring: Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus. 2., theilw. umgearb. Aufl. Berlin 1875, S. 464.

²⁶ Siehe z.B.: [Eugen Dühring:] Denkschrift über die wirtschaftlichen Assoziationen und socialen Coalitionen. Von Hermann Wagener [vielmehr Eugen Dühring]. 2. Aufl. Neuschönefeld an Leipzig [1867].

²⁷ Eugen Dühring: Cursus der National- und Socialökonomie einschliesslich der Hauptpunkte der Finanzpolitik. 2., theilw. umgearb. Aufl. Leipzig 1876S. 515.

künftigen Wirtschaftssystems²⁸ vor, verblieb aber natürlich selbst, trotz aller "Malereien" in seinem Philosophie-"Cursus", im wesentlichen auf der strukturellen Ebene.

Dühring begründete die künftige Gesellschaft aus natürlichen und unveräußerlichen Rechten der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit der Individuen. Er lehnte jedes gesellschaftliche Eigentum, jede Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft als nicht faßbar und dem Einzelnen feindlich ab, in Polemik u.a. gegen Marx.²⁹ Die uneingeschränkte Souveränität eines jeden Individuums im Auge, propagierte er wie schon andere vor ihm die grundlegende Umgestaltung des Eigentumsrechts, insbesondere die Aufhebung des für das kapitalistische Produktionsmittel-eigentum wie für jedes andere Ausbeutungseigentum typischen Ausschließungsrechts. Statt dessen forderte er die Einführung eines "publizistischen Rechts", worunter er den freien Zugang eines jeden Individuums zur Natur und allen anderen Produktionsbedingungen verstand. Gewährleistet werden sollte das durch überschaubare Produktionseinheiten, sogenannte Wirtschaftskommunen. Dühring beschrieb sie als "Gemeinschaft von Personen, die durch ihr öffentliches Recht der Verfügung über einen Bezirk von Grund und Boden und über eine Gruppe von Produktionsetablissemments zu gemeinsamer Thätigkeit und gleicher Theilnahme am Ertrage verbunden sind."³⁰ Jedermann sollte jederzeit einer beliebigen Wirtschaftskommune beitreten und aus dieser auch beliebig wieder ausscheiden können. Der freie Zugang zu den Wirtschaftskommunen sollte zugleich die Bildung eines nach außen abgeschlossenen Gruppeneigentums verhindern, das von Dühring ebenfalls abgelehnt wurde, da es die Ausbeutung nicht aufhebe, sondern nur auf die Beziehungen zwischen den Gruppen verlagere. In den Kommunen sollte alles persönliche Eigentum ausschließlich der eigenen Arbeitsleistung entspringen, jede Möglichkeit und Art von "Besitzrente" ausgeschaltet sein. Dühring griff damit die Forderung vieler naturrechtlich orientierter Kapitalismus-Kritiker nach dem "Arbeitseigentum" auf. Jeder sollte "Selbst-wirtschaftler sein, der an der Produktionsleitung seinen wirtschaftsbürgerlichen Antheil hat und über

²⁸ Eugen Dühring: Kritische Geschichte ... S. 570.

²⁹ Siehe Eugen Dühring: Cursus ... S. 342/343: "Die Wirtschaftscommune ... liegt über diese abirrenden Halbheiten hinaus, und auch der geschichtliche Weg zu ihr möchte wohl ein anderer als derjenige sein, welcher nach einer leichtfertigen und unklaren Geschichtsansicht beispielsweise von Herrn K. Marx als Entwicklungsgang und Schlußfolgerung der ökonomischen Verhältnisse vorgestellt wird. Die Enteignung der Enteigner ergibt ein Spiel von Raub und Gegenraub und macht das Hin und Wieder der allgemeinen Brigandage zum vorherrschenden Typus. Auch mag ein Stück Schicksalsgerechtigkeit in dem wüsten Gebahren solcher Vorgänge liegen ... Wenn man aber ... Gewalteeigentum und Herrschaft gewissen Elementen entreißt, um anderwärts die Erbschaft der Knechtungsmittel anzutreten, so erzielt man hiedurch wohl Mancherlei, aber sicherlich keine allgemeine Freiheit und keinen allgemeinen Wohlstand."

³⁰ Ebenda, S. 322.

den vollen Ertrag seiner Arbeit verfügt.³¹ Jeder sollte nach seinen Fähigkeiten eingesetzt werden, die Arbeit aller gleich wertvoll sein. Konsequenterweise sollte auch die Teilnahme an der Konsumtion im Prinzip gleich sein.

*

Das Modell der Wirtschaftskommunen war für Dühring selbst eine Durchlaufkonzeption. In der 1. Auflage des "Cursus der National- und Socialökonomie" (1873) ist es noch nicht, in der 3. Auflage (1892) nicht mehr enthalten. Er selbst sah es dann wohl als kaum realistisch an. Der darin gehätschelte souveräne Einzelwille als die letzte Instanz betrat nicht nur immer wieder das Interessenterrain anderer souveräner Einzelwillen, -folgliche Kompromisse aber bedeuteten Beschränkungen -, sondern kollidierte überhaupt ständig mit den Möglichkeiten seiner Umsetzung. Dühring befürwortete bspw. wegen des Massenkonsums die Großproduktion. Wie sollte aber der Einzelne hier seinen oben erwähnten "wirtschaftsbürgerlichen Antheil" an der "Productionsleitung" leisten? Wie sollte der Einzelne andere, weniger zugängliche, noch kompliziertere gesellschaftliche Geflechte übersehen, um rationell mitentscheiden zu können? Bei Dühring führte das zu etlichen widersprüchlichen Darstellungen. Der Grundsatz der Gleichheit rieb sich ständig am Prinzip der Individualität, zwang Dühring immer wieder, die ursprüngliche Rigorosität seiner Bestimmungen aufzu-lockern. So sollte es, vorausgesetzt die Kommunarden entschieden sich dafür mehrheitlich, bei aller Gleichheit in der Entlohnung möglich sein, höhere Leistungen durch eine "mässige Mehrausstattung" zu würdigen bzw. auf diese Weise solche herauszufordern. Oder: Da die Quantität der Konsumtion für alle in etwa gleich sei, sollte die Individualität wenigstens im nach Bedürfnis und Geschmack unterschiedlich bestückten Warenkorb zur Geltung kommen. Oder: Die Geld-Preis-Mechanismen könnten durchaus "für die Arbeit der Einzelnen einigen Spielraum zur unterschiedlichen Verwertung" ermöglichen.³² Engels rechnete Dühring in seiner Polemik einige solcher Ungereimtheiten denn auch genüßlich auf. Bei allem Utopismus halte ich an diesem Modell den Versuch für beachtenswert, gemeinsames Eigentum und marktwirtschaftliches Handeln in der postkapitalistischen Gesellschaft der Sozialität zu verbinden, an Ware-Geld-Beziehungen, nicht nur aus technischen oder aus Gründen der Feinabstimmung zwischen Produktion und Konsumtion oder auch der meßbaren, gerechten Anteilsbildung der Individuen an Produktion und Konsum, sondern gerade auch aus Gründen der freien Bewegung der ökonomischen Subjekte festzuhalten - also genau der gegenteilige Ansatz wie bei Marx und Engels oder vorher bei Weitling. Zweitens halte ich, damit verbunden, trotz des ungeklärten Funktionsmechanismus' und ungeachtet

³¹ Ebenda, S. 324.

³² Ebenda, S. 267ff.

aller individualis-tischen Überspitzungen, Dührings Betonung des demokratischen Grundcharakters der Kommunen und des Rechts ihrer Mitglieder auf Selbstverwirklichung für mitteilenswert. Dühring war gerade diesbezüglich und mit gutem Recht Marx' gesellschaftliches Eigentum zu nebulös. Er glaubte nicht daran, daß mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln automatisch eine sozial homogene, von gleichen Interessen motivierte Gesellschaft entstehen würde, um so mehr, als ja auch hier eine Darstellung des sozialökonomischen Funktionsmechanismus' nicht geleistet worden war. Engels versuchte zwar einiges im "Anti-Dühring" in dieser Richtung, verlor sich aber bei seinen kompromißlosen disjunktiven Überlegungen Marktwirtschaft oder Planwirtschaft auch immer wieder in zwar angenehm berührende, aber doch unrealistische, aus heutiger Sicht teils naive Floskeln. Nicht selten auch in widersprüchliche. So proklamierte er einerseits die Möglichkeit und Realität der immer reicheren Bedürfnisbefriedigung. Andererseits war seine Überlegung über den Wegfall des Werts durch die zentrale Berechnung von Aufwand und Nutzen und die entsprechende Verteilung der Arbeit der sicherste Garant dafür, daß das Produktionssortiment überschaubar asketisch bleibt. Fragen, die sich Marx nicht stellte, stellte sich Engels auch nicht. Wie z.B. ist das gesellschaftlich Notwendige zu dimensionieren? Ortsüblich, im Rahmen einer Volkswirtschaft oder im Weltmaßstab?

Letztes Wort zu den Wirtschaftskommunen: Dührings Lektüre muß nicht notwendig belehrend wirken - sie kann aber immerhin das Gefühl vermitteln, eine Möglichkeit der Anregung nicht ausgelassen zu haben. Man kann bei Dühring etliche absonderliche Gedanken auflesen; interessant ist sein Versuch, einen Mittelweg zwischen der Gruppe, die nur die Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise lindern will, und derjenigen, die deren Grundlagen aufheben möchte auch aus heutigen Überlegungen schon. Dieser Mut zur Rezeption fehlte nach dem Anti-Dühring. Dühring war seitdem für den Marxismus erledigt.

Aspekte der Bestimmung des "Proletariats" bei Marx und Lorenz von Stein

*"Knechtschaft erniedrigt die Menschen
- bis zur Liebe zu ihr."* (Vauvenargues,

Betrachtungen und Maximen, dt. v. E. Hardt, 1906)

Die Marxsche Theorie ist die Darstellung der Analyse des objektiven Reproduktionszusammenhanges der Menschen unter sich entfaltenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Marx gelangte zu der Einsicht, daß die kapitalistische Produktionsweise aufgrund ihres immanenten Bewegungsprinzips ihre eigene Schranke produziere und dadurch sich selbst transzendiere. Die Bestimmung der immanenten Schranke des kapitalistischen Produktionsprozesses war ihm durch zwei Momente gekennzeichnet: einerseits dadurch, daß das "automatische Subjekt" allmählich die Bedingungen seiner eigenen Existenz aufzehre (eingeschlossen die sogenannten "entgegenwirkenden Ursachen"); andererseits sah er in der Entstehung des Proletariats das historische Subjekt, das durch die *bewußte* Aufhebung seiner eigenen Knechtschaft nicht nur sich selbst, sondern zugleich die Menschheit von Vormundschaft, Ausbeutung und Unterdrückung befreien sollte. Seine Analyse der Möglichkeit der Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft gelangte so zu dem Resultat, daß das die bürgerliche Gesellschaft im Inneren bestimmende Prinzip seine eigene Negation produziere. Diese Negation der bürgerlichen Gesellschaft führe jedoch nicht notwendigerweise zu einer freien Gesellschaft, sondern enthalte ebenso die Möglichkeit des Rückfalls in die Barbarei.

Da die aus der menschlichen Tätigkeit hervorgehenden gesellschaftlichen Verhältnisse das Resultat sind einer auf der Hypostase individueller Selbsterhaltung sich begründenden Gesellschaft, deren Zusammenhang sich als Ausdruck "blinde(r) Naturwüchsigkeit"¹ erweist, kann nur die Einsicht in die diesen Sachverhalt bedingenden Ursachen einen Ausweg aus der sich abzuzeichnen beginnenden Perspektive weisen. Für Marx galt, in der Tradition der französischen Aufklärung wie des Humanismus² stehend, daß die Möglichkeit einer vernünftigen Gesellschaft einzig in der *bestimmten* Negation³ des die divergierenden Momente der bürgerlichen Gesellschaft zur "Einheit" zwingenden "automatischen Subjekts" bestehe. Die von diesem hervorgebrachte Negation bedarf keines mit "Bewußtsein"

handelnden Subjekts und ist daher ohne Richtung und bestimmtes Ziel. Erst die bestimmte Negation könnte die "zivilisatorische Mission" des Kapitals zu ihrem Ende führen und die "Errungenschaften" des entfalteten Kapitalverhältnisses in einem bewußten Akt zum Wohle der Menschheit für eine befreite Gesellschaft nutzen. Jedoch:

"Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel."⁴

Implizierte dies einerseits die These vom "automatischen" Zusammenbruch des kapitalistischen Systems, unter der Voraussetzung seiner universalen Geltung, so würde damit die objektive historische Mission des Proletariats obsolet. Wenn diese jedoch die unerläßliche Bedingung einer *bestimmten* Negation und somit die *bewußte* Aufhebung des Bestehenden ist, so ergibt sich die Frage danach, worin die Bedingungen hierfür bestehen bzw. ob im Prozeß der sukzessiven Selbsterstörung des gegenwärtigen Systems von diesem die erforderlichen Bedingungen bereitgestellt werden.

Marx: Tendenz zum proletarischen Selbstbewußtsein

Die von Marx dem Proletariat als Aufgabe zugesprochene *bestimmte* Negation impliziert jedoch ein Subjekt, das auf Grund des Bewußtseins von seiner Stellung in der Gesellschaft sich als dasjenige *erkennt*, dem es obliegt, durch die Aufhebung seiner eigenen Knechtschaft die Befreiung der Menschheit zu realisieren. Damit ist die Möglichkeit der kommunistischen Gesellschaft an das Selbstbewußtsein von Subjekten geknüpft, denen auf Grund ihrer objektiven Stellung im Produktionsprozeß die Bedingungen zu Herstellung dieses Selbstbewußtseins systematisch verwehrt wird.

"Man hat gesehen, wie dieser absolute Widerspruch alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihn mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Theilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht; wie dieser Widerspruch im ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt. Dies ist die negative Seite. Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen

⁴ Karl Marx, Das Kapital Bd. 1 (MEW Bd. 23), S. 791.

¹ Th.W. Adorno, Negative Dialektik, Frankfurt 1973, S. 145.

² Hierauf verweist auch: Roger Garaudy, Die Aktualität des Marxschen Denkens, Frankfurt 1969, S. 35.

³ Vgl. hierzu G.W.F. Hegel, Logik Bd. 1, S. 49 (Werke Bd. 5), Frankfurt 1978.

selbst es zur Frage von Leben und Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen, und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Theilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Bethätigungsweisen sind.⁵

Die Marxsche Analyse der objektiven Bedingungen, unter denen sich das Bewußtsein des Proletariats als historisches Subjekt hat konstituieren sollen, zeigt, daß mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte die Produktionsverhältnisse insofern modifiziert wurden, als sie für das Proletariat nur die Wahl ließen zwischen dem "Tod", der Unmöglichkeit seine Arbeitskraft zu verkaufen, und der Flexibilisierung und Individualisierung, seiner Anpassung an die sich verändernden Produktionserfordernisse. Dies bedeutet implizit, daß mit dem "Zwang" zur "Flexibilisierung", der Reduktion des Individuums auf seine für das Kapital verwertbaren Teilfunktionen, eine "Bildung" einhergeht, die dem Individuum zwar sein Überleben ermöglicht, es sich aber immer nur als diese verwertbare Teilfunktion des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhanges selbst reproduziert und dadurch zu keinem adäquaten Bewußtsein seiner selbst in der Gesellschaft gelangen kann. Der Reduktion auf ihre bloße Teilfunktion ihrer selbst entspricht zugleich die gesellschaftliche Tendenz, daß sie zu "bloßen Teilelementen eines größeren dynamischen Systems, das Mensch wie Maschine umfaßt und dessen Zweck Produktion um der Produktion willen ist"⁶, werden. Nur ein sich seiner Stellung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhanges bewußtes gesellschaftliches Subjekt jedoch wäre imstande, den sich über den "freien Markt" bewußtlos herstellenden Vergesellschaftungszusammenhang zu sprengen und die bestimmte Negation des Bestehenden zu vollziehen. Die "disponible Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Theilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Bethätigungsweisen sind", bezeichnet lediglich eine fortgeschrittene Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte, unter sich

⁵ MEGA, Abt. II, Bd. 6, S. 466 (vgl. MEW, Bd. 23, S. 511 f.).

⁶ Moïse Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. In: Kritik und Krise, Nr. 4/5, 1991, S. 8. Er schreibt weiter: "Das Ganze wird größer als die Summe der sie konstituierenden Individuen und hat seinen Zweck, der außerhalb ihrer liegt. Die Kapitalform gesellschaftlicher Verhältnisse hat einen blinden, prozessualen, quasi-organischen Charakter."

durch diesen Entwicklungsstand modifizierenden (kapitalistischen) Produktionsverhältnissen.⁷

Die noch kürzlich diskutierte These der scheinbar neue emanzipatorische Momente beinhaltenden Tendenz der "Individualisierung"⁸ hat in dem bereits erwähnten Zusammenhang von neuen Produktivkräften und den mit diesen sich modifizierenden Produktionsverhältnissen ihren objektiven Grund. Nur "das total entwickelte", seine verschiedenen beruflichen Qualifikationen in seinem Lebensprozeß als "einander ablösender Bethätigungsweisen" begreifende Individuum vermag noch der sich beschleunigenden Entwicklung der Produktivkräfte, mit entstehenden neuen Qualifikationsanforderungen, standzuhalten, d.h. sich innerhalb der bestehenden Ordnung zu reproduzieren⁹. Das die vergesellschafteten Menschen in solcher Weise durchdringende Gesetz kapitalistischer Produktion erlaubt die Aufrechterhaltung des Bestehenden, ohne daß es hierzu noch eines äußeren Zwangsapparates bedürfte. Der Zerfall der Einheit des Bewußtseins, der mit der Entstehung des bürgerlichen Subjekts beginnt, "ist die Entstehung von Es und ÜberIch, in denen die gesamte Gesellschaft enthalten ist. Dieses seelische Zentrum ist nach Marx die Gesellschaft im Ganzen, der anarchische Reproduktionsprozeß der Gesellschaft, der Mensch als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse."¹⁰ Die psychische

⁷ Die Modifikation der Produktionsverhältnisse vollzieht sich durch die Entwicklung der Produktivkräfte, zu denen sie Ausbildung der Lohnabhängigen zählt. Die objektive Notwendigkeit seitens des Kapitals, den Lohnabhängigen in seinem Sinne zu bilden, d.h. ihm technisches Wissen als Handwerkszeug bereitzustellen, ist die Anerkennung der Lohnarbeit (Knechte), als die Bedingung der Möglichkeit der Selbsterhaltung des Kapitals (Herrn) und umgekehrt. [Vgl. G.W.F. Hegel, Phänomenologie des Geistes, Frankfurt 1979 (Werke 3), S. 149.] Weil die Auseinandersetzung um die Anerkennung der Selbstbewußtsein(e), durch die Aneignung von "Wissen", den Einzelnen nicht mehr zum Kampf um seine Anerkennung als Menschen zwingt, sondern ihn in der Position des vom anarchischen Reproduktionsprozeß abhängigen Sklaven beläßt, erscheint jeder Gedanke an eine Transzendierung des Bestehenden obsolet. (Vgl. Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S. 295.)

⁸ Vgl. auch den Aufsatz von Stefan Breuer, Sozialpsychologische Implikationen der Narzißmußtheorie, in: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendung. XLVI. Jahrgang, Heft 1, Januar 1992, S. 27. Dort heißt es: "Der unmodifizierte Narzißmus bestimmt heute einen erheblichen Teil des individuellen und sozialen Verhaltens und fordert zugleich eine stets wachsende Portion des gesellschaftlichen Reichtums; [...] Seine Existenz ist vielleicht das eindrucksvollste Argument gegen die gedankenlose Rede von der Individualisierung, die die sozialwissenschaftlichen Diskurse der Gegenwart durchzieht. Die moderne Gesellschaft ist mitnichten dadurch gekennzeichnet, daß das, was den größeren Gruppen, Kollektiven oder Institutionen an Bestimmungen abginge, heute den einzelnen zuwüchse."

⁹ Der Begriff des Fortschritts bei Marx resultierte aus der französischen Aufklärung, die selbst der "Dialektik der Aufklärung" verfällt. Walter Benjamin bemerkte bereits: "Kritik der Theorie des Fortschritts bei Marx. Der Fortschritt dort durch die Entfaltung der Produktivkräfte definiert. Aber zu ihnen gehört der Mensch bzw. das Proletariat. Dadurch wird die Frage nach dem Kriterium nur zurückgeschoben." In: Th.W. Adorno/W. Benjamin, Integration und Desintegration. Hannover, Kritik-Verlag 1976, S. 65.

¹⁰ W. Neumann, in: H.J. Krahl, Vom Ende der abstrakten Arbeit. Hrsg. v. W. Neumann. Frankfurt 1984, S. 24. Dies muß nicht bedeuten, daß zuvor einzig das Ich als psychische Repräsentanz das Verhalten des Menschen zu sich und seiner sozialen Umwelt bestimmte, sondern daß dieses wesentlich geprägt war von dessen Dominanz. Vielmehr

Disposition der Menschen wurde mittels "sexueller Repression"¹¹ und der Internalisierung von sich mit dem entfaltenden Kapitalverhältnis manifestierender gesellschaftlicher Autorität soweit geformt, daß das Individuum jegliche Form des Widerstandes, um seiner Selbsterhaltung willen, preisgeben mußte. Die Bedingungen der individuellen Reproduktion, durch die eine Hypostase der Selbsterhaltung erzwungen wird, reproduzieren die Herrschaftsstrukturen, unter denen der Einzelne leidet und die er doch erduldet, weil ihm die Möglichkeit der Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum, durch den ihm die Befriedigung seiner Bedürfnisse möglich ist, gewährt wird.¹²

Durch die sich in den Menschen selbst verfestigende Herrschaft¹³ vollzieht sich die Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts. Mit der nun die Erde umspannenden kapitalistischen Produktionsweise stellt sich daher die Frage nach den Bedingungen eines möglichen Fortschrittes neu. Wenn der Verselbständigung der "naturwüchsig" sich durchsetzenden ökonomischen Zwecke die sich verselbständigende und die Menschen zum bloßen Anhängsel degradierende Produktivkraftentwicklung kongruent ist, dann sind die Bedingungen des unter dem Bestehenden stattfindenden ökonomischen "Fortschritts" zugleich die Bedingungen der Vernichtung der Menschheit¹⁴. Die Realisierung dieser Möglichkeit hängt entscheidend davon ab, in welcher Weise sich der ökonomische "Fortschritt" in der Zukunft vollziehen wird.

In einem Aufsatz von 1987 mit dem Titel "Vor dem Einstieg in ein neues Akkumulationsregime? Zwei Szenarien" beschrieb Gerhard Brandt¹⁵ bereits implizit, worin gegenwärtig die Bedingungen für den Erhalt und die Erweiterung der Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals, und damit für den heutigen Fortschritt, bestehen. Ausgehend von zwei möglichen Szena-

könnte es bedeuten, daß erst mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft das Ich, Es und ÜberIch auseinanderfielen und das Über-Ich zunehmend die Dominanz übernahm.

¹¹ Ebenda, S. 24.

¹² "Die Gefahr einer Einwanderung der Herrschaft in die Menschen durch deren monopolisierte Bedürfnisse ist nicht ein Ketzer Glaube, der durch Bannsprüche zu exorzieren wäre, sondern eine reale Tendenz des späten Kapitalismus. Sie bezieht sich nicht auf die Möglichkeit der Barbarei nach der Revolution durch die totale Gesellschaft." Th. W. Adorno, Thesen über Bedürfnis, in: Adorno/Bejamin, Integration und Desintegration, a.a.O., S. 29.

¹³ Ein Aspekt, wenn nicht gar den zentralen hatte H.J. Krahl in einer "Verinnerlichung ökonomischer Gewalt" gesehen: der "Internalisierung der Arbeitsnormen ins Zeitbewußtsein", um "das Bewußtsein der Lohnarbeiter über ihre objektive Stellung im Produktionsprozeß und damit die Erinnerung an Ausbeutung auszulöschen, Klassenbewußtsein zu verhindern." H.J. Krahl, Vom Ende ...a.a.O. S. 29.

¹⁴ Entweder durch den Ausschluß der Mehrzahl der Menschen von den Bedingungen, die ihnen ihr Leben sichern könnten, oder durch die Zerstörung des für das Leben des Menschen notwendigen Naturzusammenhanges.

¹⁵ G. Brandt, Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus. Aufsätze 1971-1987. Hrsg. v. D. Bieber und W. Schumm. Frankfurt 1990.

rien, dem der Deregulierung und dem Neo-Interventionismus¹⁶ kommt er zu dem Ergebnis, daß unabhängig davon, welches dieser Szenarien zum bestimmenden werde, in einer Steigerung des "Qualifikationsniveaus"¹⁷ die unerlässliche Voraussetzung für erweiterte Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals bestehen. Mit dieser Steigerung des "Qualifikationsniveaus" geht jedoch keineswegs die Bildung von Klassenbewußtsein einher, sondern es ergeben sich für die Gewerkschaften neue "Probleme" hinsichtlich ihrer Rolle im gesellschaftlichen "Verteilungskampf". Weil es zum Begreifen dessen, was das gesellschaftliche Ganze im Innersten zusammenhält, mehr bedarf als der Addition des Wissens von Teilfunktionen eines Produzenten in seinem Leben, resultiert aus steigender Qualifikation der Produzenten auch kein Klassenbewußtsein mit dem von Marx ihm imputierten Ziel der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Die Frage danach, wie es möglich ist, daß "gewerkschaftlich organisierte(n) Arbeiter ... wieder begreifen lernen, was Klassenkampf, was Lohnarbeit und Kapital, was konkrete Totalität der Gesellschaft ist"¹⁸, ist zwar richtig gestellt, jedoch führt das von Negt angegebene "Mittel" des "exemplarischen Lernens"¹⁹ nicht zur Realisierung des in der Frage formulierten Zieles. Zwar kann an jedem Moment (Erfahrung) der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion das Prinzip, wonach das gesellschaftliche Ganze funktioniert, gezeigt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung des bereits vorgängigen Bewußtseins eines wie auch immer zu bestimmenden gesellschaftlichen Ganzen²⁰. Ohne dieses vorgängige Bewußtsein erscheint der "exemplarische Fall", an dem gelernt und die soziale Phantasie sich bewähren soll, bloß als das, wofür er unmittelbar steht: für gesellschaftlich produziertes Recht oder Unrecht. Dieses Urteil aber resultiert aus der subjektiven Betrachtungsweise des Beobachters in Abhängigkeit von seinen durch seine soziale Stellung in der Gesellschaft bedingten subjektiven Interessen und Bedürfnissen. So ergaben denn auch neuere Untersuchungen²¹, daß die "Lohnarbeiter" mit höherem Einkommen auf dieses partiell, um der Vergrößerung der Freizeit willen, bereit sind zu verzichten. Komplementär zur Steigerung von physischer oder psychischer Arbeitsbelastung steigt das "Bedürfnis" nach der Verlängerung der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen freien Zeit, bei gleichzeitiger Partizipation

¹⁶ Vgl. ebd., S. 373.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 374 für die "Deregulierung" und S. 378 für den "Neo-Interventionismus".

¹⁸ Oskar Negt, Arbeiterbildung als schrittweise Vermittlung von Klassenbewußtsein. Eine Anti-Kritik (1976), in: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral Frankfurt/M. 1976, S. 368.

¹⁹ Oskar Negt, Plädoyer für einen neuen Bildungsbegriff, in: ebd., S. 363.

²⁰ D.h. um etwas als ein Moment zu erkennen, bedarf es der Erkenntnis dessen, wovon ein Moment das Moment ist.

²¹ Vgl. die Studie "Zeitpioniere: Flexible Arbeitszeiten - neuer Lebensstil" der Soziologen Karl Hörning, Annette Gerhardt und Matthias Michailow an der Technischen Universität Aachen, nach Frankfurter Rundschau vom 21.7.1992.

am bestehenden Lebensstandard. Während der "Lohnarbeiter" in seiner freien Zeit sich bei sich wähnt, wartet bereits am Ausgang des Betriebes die Kulturindustrie und offeriert das Glück, nach dem alle sich sehnen, und das doch allen verwehrt wird. Während Not, Elend und Kriege die Erde überziehen bleibt dem Abhängigen in den Industriestaaten sein Dasein zwischen Arbeit und Freizeit das erstrebenswerteste höchste Gut, in dessen Genuß er jedoch nur auf Kosten der Ausgeschlossenen kommt.²² Während er über die Möglichkeit verfügte, sich in seiner freien Zeit zu bilden, ist aus Bildung längst ein Kulturgut geworden, eine Ware, deren Preis selbst für die besser Verdienenden unerschwinglich geworden und zudem mit dem herrschenden Kulturbetrieb nicht vereinbar ist. Forderte wahre Bildung seit jeher Muße (Aristoteles) und damit die Freistellung vom Reproduktionsprozeß, so ist sie im Zusammenhang mit diesem längst zu einem Mittel geworden, um das Bestehende zu perpetuieren. Die Tendenz, daß die Menschheit trotz beständiger Revolutionierung der Produktivkräfte in der Barbarei zu versinken droht, ist nur verständlich, wenn berücksichtigt wird, daß mit dieser beständigen Revolutionierung der Produktivkräfte eine Entwicklung einherging, in der Bildung auf die instrumentelle Verfügbarkeit von Wissen zum Zwecke individueller Selbsterhaltung, unter der Herrschaft eines den Menschen die Zwecke vorgebenden ökonomischen Prinzips, geworden ist.

Die Vorstellung von Marx hingegen, daß durch die enorme Produktivkraftentwicklung das Kapital genötigt werde, dem Proletariat Bildung zukommen zu lassen in dem Maße, daß es seine historische Mission erkennen könnte und es ihm ermöglichen würde, über die eigenen partikularen Interessen (Lohnkampf) hinaus, als historisches Subjekt, zugleich die Interessen der Menschheit zu vertreten, resultierte noch aus der impliziten Einsicht in den "Widerspruch von Bildung und Herrschaft".²³ Aber schon im Jahre 1900 formulierte der Erzieher des Kaisers, Prof. Hinzpeter: Die persönliche geistige Entwicklung galt früher als hohes, erstrebenswertes Ziel, und jetzt gilt sie nur noch als Mittel zur erfolgreichen Betätigung im wilden Kampf ums Dasein.²⁴

Das Ziel universeller Bildung, und mit ihr die Einsicht in den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang, trat mit zunehmender Entfaltung der Produktivkräfte in den Hintergrund. Die zunehmende Arbeitsteilung in der Produktion, wie in der Wissenschaft, beförderte die

²² Auch die Zukunftswerkstätten, in denen die "soziale Phantasie" konkreter Gestalt annehmen soll, zielen zwar implizit auf eine Veränderung der Produktivkräfte, jedoch unter Beibehaltung der bestehenden Produktionsverhältnisse und bei Verzicht der Reflexion auf die Qualifikation der Lohnarbeiter als innovatives Moment der Produktivkräfte. Die "soziale Phantasie" wird zum Innovationspotential für den Erhalt des Bestehenden!

²³ Vgl. hierzu: H.J. Heydorn, Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Bildungstheoretische Schriften, Frankfurt/M. 1979.

²⁴ Zitiert nach: H.J. Heydorn, Zur Neufassung des Bildungsbegriffs, Frankfurt/M. 1972, S. 33.

Trennung von Bildung und Wissen. Marx reflektierte noch nicht auf deren unterschiedlichen Charakter im Hinblick auf das Bewußtsein des Subjekts von seiner Stellung innerhalb des Ganzen. Er setzte in Bezug auf das Proletariat implizit die zunehmende Befähigung der instrumentellen Verfügung über Wissen (Qualifikation) mit einer humanistisch orientierten Bildung gleich. Erst mit deren kritischen Aneignung jedoch, d.h. der historischen und systematischen Rekonstruktion der in der Tradition behandelten objektiven erkenntnistheoretischen und sozialphilosophischen Probleme, wären die Voraussetzungen für die Befähigung des Proletariats gegeben, um die seiner objektiven Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß adäquate universalistische Perspektive seiner eigenen geschichtlichen Mission erkennen zu können.

Lorenz von Stein: Die Unfähigkeit des Proletariats

Während Marx darauf setzte, daß das Proletariat durch den auf ihm lastenden gesellschaftlichen Druck auf die Bedingungen seiner eigenen, mühseligen Existenz reflektieren und dadurch zur Einsicht in die Notwendigkeit der Sprengung der Verhältnisse durch einen bewußten Akt gelangen würde, sah der Zeitgenosse von Marx, Lorenz von Stein, die Möglichkeiten des Proletariats, zu einem den gesellschaftlichen Bedingungen adäquaten Selbstbewußtsein zu gelangen, sehr viel skeptischer. Stein gelangte, ebenso wie Marx, zu der Einsicht, daß die sich herausbildende bürgerliche Gesellschaft mit Notwendigkeit sich in zwei Klassen teilen müsse. Allerdings rekurriert Stein hierbei nur sehr unzureichend auf das mit der bürgerlichen Gesellschaft sich universal durchsetzende ökonomische Bewegungsgesetz. Durch die Auseinandersetzung mit den französischen Sozialisten und Kommunisten gelangte er in seiner Analyse zu dem Resultat, daß der Lohn des Arbeiters sich bemißt an seinen individuellen Reproduktionskosten und dieser daher als "Besitzloser" "um jeden Preis, um den er leben kann, arbeiten"²⁵ muß. Die Teilung der Gesellschaft in die Klasse derjenigen, die über das private Eigentum an Produktionsmittel verfügt, und diejenige Klasse, die über nichts als ihre Arbeitskraft verfügt, bedingte den Schluß Steins, daß der Besitzlose "nicht mehr Herr seiner irdischen Laufbahn" sei, sondern sie der Herr über ihn.²⁶

Im Gegensatz zu Marx gelangte Stein daher zu dem Ergebnis, daß das Proletariat als Proletariat weder über die Fähigkeiten noch über das "sittliche Anrecht" zur Ausübung der Herrschaft verfüge. Da dem Proletariat nur das an Lohn zukomme, was unmittelbar zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendig sei, könne es nicht zu "Besitz und Bildung" gelangen. Beide jedoch stellen nach Stein die Bedingung für das "sittliche Anrecht" auf die Ausübung von Herrschaft bzw. für die "Stellung der leiten-

²⁵ Lorenz von Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, Bd. 2, Darmstadt 1959, S. 67.

²⁶ Lorenz von Stein, a.a.O., Bd. 1, S. 22.

den Häupter²⁷ dar. Aus der Unmöglichkeit für das Proletariat, durch die Arbeit diese Bedingungen zu erfüllen, folgt für ihn die Konsequenz, daß eine durch das Proletariat initiierte soziale Revolution notwendig zur Herrschaft der Unfreiheit führen müsse.

"Indem nämlich die soziale Revolution die Staatsgewalt für das Proletariat oder die kapitallose Arbeit erwirbt, fällt jene Gewalt, ihrer höheren Natur nach die absolut allgemeine, in die Hände einer *einzelnen* Klasse der Gesellschaft. Auch diese Klasse hat ihr sehr bestimmtes, das ganze Leben der Gesellschaft umfassende Interesse. Sie wird daher die Staatsgewalt für dieses Sonderinteresse ihrer eigenen gesellschaftlichen Stellung gebrauchen; sie wird vermöge der Staatsgewalt alle anderen Interessen und Aufgaben ihm unterordnen; sie wird dem unterworfenen Teil der Gesellschaft die freie Selbstbestimmung nehmen, und vor allem zu dem Zwecke ihm die Teilnahme an der Staatsgewalt versagen. Indem sie somit die Hälfte der Gemeinschaft von dem seinem Begriffe nach allen Gemeinsamen ausschließt, macht sie den Staat und die Gesellschaft unfrei. Die Unfreiheit ist nicht minder da, wo die Arbeit das Kapital, als da, wo das Kapital die Arbeit beherrscht. Der Sieg des Proletariats ist der Sieg der Unfreiheit, während er der Sieg der Freiheit sein sollte."²⁸

Steins apologetische Rechtfertigung der bürgerlichen Herrschaft rührt von der Vorstellung her, daß durch die bürgerliche Gesellschaft zwar das Elend des Proletariats in dieser bestimmten Form entstehe, jedoch gleichzeitig in ihr erstmals, geschichtsphilosophisch gesprochen, sich die Idee der Freiheit in Gestalt der durch "Besitz und Bildung" sich realisierenden "Persönlichkeit", in dem sich mit dem Allgemeinen identifizierenden Bürger manifestiere. Steins Lösung zur Verhinderung der sozialen Revolution bestand daher in dem Aufweis der Notwendigkeit einer Verwaltung, die verhindern sollte, daß die Interessen der herrschenden Klasse unvermittelt und ungemindert zu den allgemeinen Interessen der Gesellschaft durch den Staat erhoben werden. Er begriff die Verwaltung als das vermittelnde Glied zwischen den divergierenden Klasseninteressen und sprach ihr die Aufgabe zu, den Besitzlosen die Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum zu ermöglichen. Erst dadurch würden die Voraussetzungen für die Möglichkeit von "Besitz und Bildung", als den Bedingungen für die Entstehung von "Persönlichkeiten", dem Proletariat eröffnet.

Hatte Marx, im Vertrauen auf den Bewußtwerdungsprozeß des Proletariats, die Revolution als die Bedingung für die Herstellung von auf menschlicher Vernunft begründeten gesellschaftlichen Verhältnissen begriffen und dabei implizit vorausgesetzt, daß das Proletariat seine partikularen Interessen als durch das Kapital bedingte erkennt und überwindet, so hatte Stein im Gegensatz hierzu erkannt, daß dies dem Proletariat als Klasse unter

²⁷ Lorenz von Stein, System der Staatswissenschaft, Bd. 2, Stuttgart/Augsburg 1856, S. 89.

²⁸ Lorenz von Stein, Geschichte der sozialen Bewegung, a.a.O., Bd. 1, S. 127.

den Bedingungen des Kapitals nicht möglich sein wird, es vielmehr ausschließlich auf der Durchsetzung seiner kurzfristigen partikularen Interessen insistiert und auf diese Weise seine eigene Knechtschaft reproduziert.

Marx selbst hatte zwar, so Thomas Meyer, bereits für das Proletariat erkannt, "daß eine adäquate Einsicht in das historische Wesen des Kapitalismus mit Notwendigkeit durch den Fetischcharakter der Ware verstellt ist"²⁹, und er hatte resümierend festgestellt, "daß die Arbeiter selbst, wenn sie ... das Arbeiten aufgeben und Literaten von Profession werden, [sie, M.L.] stets theoretisch Unheil [anstiften] und bereit [sind], sich den Wirtköpfen aus der angeblich »gelehrten« Kaste anzuschließen."³⁰ Gleichwohl hatte er dem Proletariat, in Folge des durch das Kapital selbst initiierten Bildungsprozesses, die Möglichkeit der Einsicht in das "historische Wesen des Kapitalismus" zugesprochen. Durch die sich verändernden Produktivkräfte sollte der als notwendige Anpassung an die sich verändernden Produktionsverhältnisse stattfindende Bildungsprozeß des Proletariats soweit voranschreiten, daß das Proletariat sich als bewußt handelnde Klasse begreifen sollte. Hierin drückt sich der ungebrochene Fortschrittsoptimismus, den Marx von der Aufklärung übernahm, ebenso aus, wie er diesen in Bezug auf die Entwicklung der Produktivkräfte formulierte. Resultierte die Trennung von Glauben und Wissen aus der Auflösung der durch ein transzendentes Wesen verbürgten Seinsordnung³¹, woraus schließlich das moderne, bürgerliche Denken entsprang³², so lag in dieser bereits implizit die Trennung von Bildung und Wissen, die zum Ausgangspunkt der fortschreitenden Regression³³ des Denkens wurde. Indem Marx die Herstellung der für das subjektive Bewußtsein notwendigen Bedingungen weitgehend dem immanenten Prozeß der Entfaltung des Kapitals zuschrieb, wurde die "materialistische Dialektik, von ihrem konstitutiven Grund handelnder Subjekte auf der Höhe des historisch konkreten Begriffs abgelöst" und "unterscheidet sich [dann] in nichts Wesentlichem mehr von der Hegelschen des reinen Begriffs."³⁴

Zwar führte, wie Marx richtig konstatierte, die Entwicklung der Produktivkräfte auch zur Verbesserung der *Ausbildung* des "Proletariats", jedoch reichte weder damals noch heute die Erhöhung der formalen Qualifika-

²⁹ Thomas Meyer (Einleitung), in: W.I. Lenin, Hefte zu Hegels Dialektik, München 1969, S. 23.

³⁰ Karl Marx, Brief an Sorge vom 18. Oktober 1877, zitiert nach Th. Meyer, a.a.O. S. 23f.

³¹ Vgl. K.H. Haag, Zur Dialektik von Glauben und Wissen, Frankfurt/M. 1971.

³² Vgl. G. Mensching, Das Allgemeine und das Besondere. Der Ursprung des modernen Denkens im Mittelalter, Stuttgart 1992.

³³ "Regression des Bewußtseins ist Produkt von dessen Mangel an Selbstbesinnung." Th.W. Adorno, Negative Dialektik, a.a.O., S. 152. Vgl. weiter dazu: Martin Büchsel/Henri Lönitz (Hrsg.), Dialectica negativa. Wider den Fortschritt der Regression des Denkens. Festschrift für Peter Bulthaup, Lüneburg 1984.

³⁴ Th. Meyer, a.a.O., S. 26.

tion, die Verfügung über das für das Überleben des Individuums notwendige instrumentell handhabbare *Wissen* aus, um ein sich seiner selbst mächtiges und bewußt handelndes "Proletariat" zu schaffen. Je fortgeschrittener jedoch der Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte, umso mehr verschwindet das historische Bewußtsein von den Bedingungen, aus denen sich allererst die Gegenwart begreifen läßt.³⁵

Weil für das Funktionieren der gesellschaftlichen Apparatur und der entwickelten Produktivkräfte keine geschichtliche Bildung erforderlich ist und die "geisteswissenschaftlichen" Disziplinen sich entweder am naturwissenschaftlichen Positivismus oder traditioneller Metaphysik orientieren, steht die "bürgerliche Gesellschaft [...] in der Konsequenz ihrer eigenen Genesis vor dem Abgrund spezifisch nachbürgerlicher Barbarei, die vom kollektiven postliterarischen Analphabetismus bis zum offenen, aber sich selbst nicht mehr bewußten Faschismus reicht."³⁶ Ihr entspricht daher tendenziell ein "Bildungswesen, das die Produktion von Unbildung institutionell verankert"³⁷ und durch diese die Bedingungen bereitstellt, um sich beständig, durch die Köpfe der Individuen hindurch, zu reproduzieren.

Weil die Einzelnen das, was sie sind, nur sind durch die selbst gesellschaftlich poduzierte oder "erzwungene" Bereitschaft zur beständigen Anpassung an die durch die Entwicklung der Produktivkräfte vorgegebenen "Qualifikationsstandards", besteht ihre "ultima ratio" nicht in der Solidarität mit ihresgleichen, sondern [ist ihnen] "Konformität ... rationaler"³⁸. Durch sie reproduziert sich die ideologische Vorstellung, daß jedes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft seines eigenen Glückes Schmied sei ebenso, wie durch sie das "Überleben der Klassen unsichtbar"³⁹ geworden ist. Das dem Ingenieur oder leitenden Angestellten ehemals eingeräumte Privileg der bevorzugten Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum kommt heute allen Produzierenden in den entwickeltesten Ländern zu. Sie verteidigen ihre partikularen Interessen sowohl gegen diejenigen, für die der "freie Markt" keine Verwendung mehr hat, wie gegen die "zweite" und "dritte Welt", die als Ressourcenreservate dem internationalen Kapital zur Verfügung stehen. Herrschaft wird nicht mehr als Herrschaft begriffen, sondern als Ausdruck und Resultat individuellen Versagens verstanden. Zwar besteht das Klassenverhältnis objektiv fort, insofern eine Minderheit die private Verfügungsgewalt von Produktionsmitteln innehat und der Mehrheit,

³⁵ "Geschichtliche Bildung, ohne die Denken den unmittelbaren Sachzwängen wehrlos ausgeliefert ist, wird mit den geduldeten Restbeständen in jene Bezirke des gesellschaftlichen Lebens entrückt, über die sich Manipulation ihren stetigen Zugang zum Verhalten der Menschen gesichert hat." G. Koneffke, Integration und Subversion. Zur Funktion des Bildungswesens, in: *Das Argument*, Nr. 54, 1973, S. 406.

³⁶ G. Koneffke, a.a.O., S. 420.

³⁷ Ebd.

³⁸ Th.W. Adorno, Reflexionen zur Klassentheorie, in: *Gesellschaftstheorie und Kulturkritik*, Frankfurt 1975, S. 11.

³⁹ Ebd., S. 13.

die nur über ihre Arbeitskraft verfügt, gegenübersteht, jedoch sind durch den Warenfetisch alle Beziehungen der Menschen verdinglicht. Das sich durch die menschlichen Beziehungen konstituierende Verhältnis erscheint als gesellschaftliches Verhältnis von Sachen und die Menschen als deren Anhängsel. Indem sie sich den vorgeblichen Sachzwängen zu beugen bereit sind findet die Anerkennung der "Naturwüchsigkeit" der sich ihnen gegenüber verselbständigenden ökonomischen Verhältnisse statt. Aus dem undurchschauten Verhältnis der das Leben des einzelnen bestimmenden Bedingungen folgt daher der Zwang zur rastlosen Produktion um der Produktion willen. Hieraus resultiert die Ohnmacht der Einzelnen⁴⁰, die sich in Politikmüdigkeit und anderen Formen ausdrückt. Der universale Kampf, nicht mehr von konkurrierenden Einzelkapitalen um Märkte, sondern der "Bürger" um die Sicherung ihrer Subsistenz, ist die Vorbereitung auf den zu erwartenden "Weltbürgerkrieg", in dem die in den besser gestellten Industriestaaten lebenden Bürger mit aller Härte gegen die ärmeren Regionen, wie gegen die Schwächeren im eigenen Lande, zu Felde ziehen werden. Der konstatierte Orientierungsverlust der "Bürger", der sich im verbreitenden Nationalismus manifestiert in einer Welt, die schon längst keine Grenzen mehr kennt, kennzeichnet die Grenze zu dem sich zu wiederholen scheinenden Rückfall in die Barbarei.

Die universale Konkurrenz der "Bürger", das "bellum omnium contra omnes" (Hobbes), hat sich als die Wahrheit des die Neuzeit bestimmenden Prinzips erwiesen. Erschien Hobbes dieses nur für den Naturzustand zu gelten, so scheint nun der Krieg aller gegen alle zum Endzustand des bürgerlich aufgeklärten Zeitalters zu werden. Unter dem Gewand der über sich selbst unaufgeklärten Aufklärung verbarg sich die Hypostase instrumenteller Rationalität, durch die das für die erste Natur geltende Gesetz unerkannt zum Selbsterhaltungsprinzip der bürgerlichen Epoche wurde.

⁴⁰ "Bei Hegel war Selbstbewußtsein die Wahrheit der Gewißheit seiner selbst, nach den Worten der Phänomenologie das »einheimische Reich der Wahrheit«. Als sie das schon nicht mehr verstanden, waren die Bürger selbstbewußt wenigstens im Stolz darüber, daß sie ein Vermögen hatten. Heute heißt selfconscious nur noch die Reflexion aufs Ich als Befangenheit, als Innewerden der Ohnmacht: wissen, daß man nichts ist." Th.W. Adorno, *Minima Moralia*, Frankfurt 1978, S. 56 f.

Standpunkte: Was ist marxistische Erneuerung heute?

Eine "Zeitschrift Marxistische Erneuerung" sollte sich immer wieder veranlaßt sehen, nach den Vorstellungen und Ansprüchen zu fragen, die von jenen mit marxistischer Erneuerung verbunden werden, die diese Zeitschrift herausgeben, für sie schreiben und sie lesen. Beim Übergang vom vierten zum fünften Jahrgang ist es dazu u.E. an der Zeit.

Beginnend mit dieser Z-Ausgabe werden wir zu dieser Fragestellung in der Rubrik "Standpunkte" Meinungen veröffentlichen. Wir erbitten Beiträge, die einen Umfang von fünf Druckseiten (15.000 Zeichen) nicht überschreiten.

Fürs erste hatten wir uns an die Mitglieder der Redaktion und des Redaktionsbeirates mit folgendem Fragenkatalog gewandt: Was ist marxistische Erneuerung heute? Marxistische Erneuerung 1989/90 und 1993/94: Kontinuität und/oder Bruch? Wie kommt Z dem Auftrag der Plattform von 1989/90 (vgl. Z 1) nach, einen Beitrag zum Prozeß marxistischer Erneuerung bzw. zur Erneuerung des Marxismus zu leisten?

Im folgenden veröffentlichen wir dazu die ersten eingegangenen Meinungsäußerungen sowie den Text unseres Autors und Lesers Werner Seppmann, den dieser uns unter Bezugnahme auf die Aufforderung im Editorial von Z 15 übermittelte. Wir erhoffen für die nächsten Ausgaben eine rege Beteiligung.

Ihre Z-Redaktion

Henning Böke

Vergleiche zwischen Marxismus und Christentum, die darauf hinauswollen, daß Karl Marx für das, was mit seinen Lehren angestellt ward, ebensowenig haftbar zu machen sei wie Jesus für die Untaten der Kreuzritter und Inquisitoren, sind schon des öfteren vorgenommen worden. Hier soll es freilich, in theoretischer Absicht, um etwas anderes gehen: Das Christentum hat in den zweitausend Jahren seines Daseins immer wieder Wandlungen vollzogen, durch die es sich den Umbrüchen des Wissens und der Lebensweise anpaßte. Müßig scheint die Frage, welches denn nun das 'authentische' Christentum sei: das des Paulus, des Thomas von Aquin, des Franz von Assisi oder Martin Luthers, das Christentum der Inquisitoren oder der Theologie der Befreiung. Mehr noch: die exponiertesten Vertreter der christlichen Theologie haben stets ihre Lehren in Verknüpfung mit anderen Denksystemen formuliert. Thomas von Aquin rekurierte auf Ari-

stoteles; die Scholastik mühte sich um rationale Beweise für die Existenz Gottes. Seit Kierkegaard hat die Theologie eine existenzphilosophische Wendung vollzogen, für die die Gottesbeweise der rationalistischen Metaphysik keine Rolle mehr spielen. Die Theologie hat sich in grundlegenden Denkfiguren verändert - das Christentum ist geblieben. Die kirchenamtlichen Hüter der reinen Lehre haben freilich jederzeit die unaufhaltsamen Wandlungen von Denk- und Lebensformen, die für sie stets einen Verlust an Macht bedeuteten, abzuwehren versucht. Zweifellos würden die Kirchenväter und die Inquisitoren, könnten wir ihnen Texte moderner Theologen vorlegen, darin einen Abfall vom Christentum sehen. Gleichwohl scheint es wenig sinnvoll zu behaupten, Bultmann oder Tillich seien weniger christlich als die Scholastiker.

Auch der Marxismus hat in den anderthalb Jahrhunderten seiner Entstehung, seiner Blüten- und Krisenzeiten immer wieder zu politischen, kulturellen und epistemischen Wandlungen Stellung beziehen müssen; auch seine Kanoniker haben darin immer wieder Gefahren und Keime des Verfalls beargwöhnt. Ebenso haben die stärksten, produktivsten Vertreter des Marxismus immer wieder die Substanz des Marxismus durch 'Umwege' (Althusser) freizulegen und zu aktualisieren versucht: so etwa Lukács im Rekurs auf Hegelsche Kategorien, Althusser hingegen in Anlehnung an Konzepte der Epistemologie und des Strukturalismus. Die Kanoniker haben beide verdammt; nimmt man aber nicht den Standpunkt der Kirchenväter des Marxismus ein, so scheint es wenig ergiebig, Lukács für weniger marxistisch zu halten als Friedrich Engels und Althusser für noch weniger marxistisch als Lukács.

Stattdessen kann eher im Gegenteil behauptet werden, daß das Einschlagen von 'Umwegen' nicht Abweichung vom Marxismus, sondern notwendige Bedingung seiner Lebendigkeit ist. Womöglich entfalten sich Substanz und Stoßkraft des Marxismus stets nur in immer neuen Reinterpretationen, die dem Gang der Zeiten Rechnung tragen. Das Werk von Marx und Engels entstand unter den theoretischen Produktionsbedingungen des neunzehnten Jahrhunderts und ist entsprechend durch dessen epistemische und kulturelle Kontexte geprägt, die als übergreifende Rahmenbedingungen die Denkformen einer Epoche strukturieren. In diesen übergreifenden Kontexten hat sich der Marxismus als ein Gegen-Wissen formiert. Die zentrale Aufgabenstellung marxistischer Erneuerung hat nun meines Erachtens der Frage zu gelten, wie das Gegen-Wissen des Historischen Materialismus und der Kritik der politischen Ökonomie in den veränderten politischen, epistemischen und kulturellen Kontexten der Gegenwart aktiviert und interventionsfähig gemacht werden kann. Die Aufgabe stellt sich als doppelte sowohl einer Öffnung als auch Präzisierung des marxistischen Ansatzes. Ungeeignet dürften dafür Interpretationen sein, in denen der Marxismus den Status einer universellen 'Weltanschauung' einnimmt, die eine positive Deutung der Welt im ganzen beansprucht. Stattdessen sollte der Stellenwert der Marxschen Theorie als *Kritik* akzentuiert werden. Zu

klären ist, in welcher Weise das Werk von Marx in die Diskurse der politischen Ökonomie und Philosophie des neunzehnten Jahrhunderts interveniert und wie die von Marx inaugurierte Art der kritisch-materialistischen Intervention in den veränderten Diskursen der Gegenwart reformuliert werden kann.

Um diesen Gedanken zu präzisieren: Der traditionelle Marxismus hat den proletarischen *Klassenkampf* als einen ökonomischen Kampf gegen die in der Mehrwerttheorie entschlüsselten Formen der Ausbeutung verstanden und betrieben, wobei angenommen wurde, daß im Zuge der Krisenentwicklung des Kapitalismus die ökonomischen Kämpfe in eine politisch revolutionäre Qualität umschlagen. Zugleich war damit die Unterstellung verbunden, daß die Befreiung der Arbeit und Sozialisierung der Produktion die Befreiung 'des Menschen' schlechthin verbürge. Die Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaften läßt diese Annahme fragwürdig erscheinen. Insbesondere seit 1968 haben sich neue Formen emanzipatorischer Kämpfe außerhalb der Produktionssphäre herausgebildet und wesentlichen Anteil an der Formierung gesellschaftlicher Opposition genommen, die in das ökonomistische Klassenkampf-Schema nicht recht passen. Die marxistischen Kanoniker haben sich alle Mühe gegeben, ihr eigenes Weltbild und ihren Führungsanspruch zu konservieren, indem sie die neuen sozialen Kämpfe als Manifestationen von 'Nebenwidersprüchen' interpretierten und deren Akteure vor allem daraufhin überprüften, ob sie sich als 'kleinbürgerliche' Bündnispartner vor den Karren des Proletariats, beziehungsweise der es vertretenden Partei, spannen ließen oder als gefährliche Konkurrenz zu bekämpfen waren. Viel vernünftiger aber dürfte es sein, die neuen sozialen Kämpfe als Herausforderung zu betrachten, die das Verständnis des Klassenkampfs produktiv bereichern könnten.

Denn faßt man die Sachlage nüchtern ins Auge, so zeigt sich, daß der Begriff des Klassenkampfs, in politisch-praktischen Diskursen von zentraler Bedeutung für alle Kommunisten und kämpferischen Sozialisten, theoretisch kaum befriedigend geklärt ist. Interpretiert man das *Kapital* ökonomistisch, so ist der Klassenkampf im Grunde nichts weiter als die Exekution von Gesetzmäßigkeiten der Produktionsweise, ein Mittel der historischen Dialektik, die im Resultat teleologisch die Emanzipation der Menschheit bewerkstelligt. Dem stehen gegenüber die anti-ökonomistischen Elemente der Theorie: Marx betont, daß die Herausbildung der freien Lohnarbeiterklasse als Voraussetzung des Kapitalverhältnisses als komplexer Prozeß analysiert werden muß und daß, entgegen der ricardianischen Annahme eines natürlichen Existenzminimums, selbst der Wert der zur Ware gemachten Arbeitskraft ein "historisches und moralisches Element" enthält - daß also der Kampf um die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft eine breite Dimension sozialer Auseinandersetzungen umfaßt. Die neuen sozialen Kämpfe der Gegenwart nahmen ihren Ausgang größtenteils nicht oder nicht direkt an ökonomischer Ausbeutung; in ihnen geht es eher um das, was Michel Foucault "Entunterwerfung" (*désassujettissement*)

nannte: Widerstand gegen durch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse produzierte Subjektivitätsformen und Rollenzuweisungen, Kampf um Lebensformen. Sie gehen aber in die ökonomische Reproduktions- und Regulationsweise des Kapitalismus ein. Hieraus ergeben sich Herausforderungen an eine Erneuerung der Kritik der politischen Ökonomie. Es muß gehen um die Erarbeitung eines neuen Verständnisses sozialer Kämpfe, aus dem, an der Schnittstelle zwischen Arbeits- und Lebenswelt, auch neue Einsichten in den Klassenkampf hervorgehen könnten. Wenn, folgt man Karl Heinz Roth (Referat auf dem *konkret*-Kongreß, Juni 1993), unsere Zeit die der "Wiederkehr der Proletarität" ist, dann gilt es, diesen Prozeß in seiner ganzen Bandbreite zu analysieren. Dies scheint mir die Alternative sowohl zum verknöcherten Dogmatismus zu sein als auch zu einer Einschmelzung des Klassenkampfs im Zeichen eines 'neuen Denkens', das im Namen von 'Menschheitsproblemen' den Marxismus zu einem garantiert unschädlichen besseren Humanismus verdünnt.

Was macht nun den Kerngehalt des Historischen Materialismus aus? Für den Primat der materiellen Produktion als Schlüsselkategorie der Gesellschaftsanalyse existieren in der marxistischen Tradition und im Werk von Marx selbst verschiedene Begründungsstränge. Einerseits gibt es teils eher anthropologisch, teils eher ontologisch akzentuierte Thesen über die Arbeit als Wesensmerkmal des Menschen beziehungsweise seiner gesellschaftlichen Existenzweise. Dagegen lassen sich stichhaltige Einwände geltend machen. Ein ontologisch privilegierter Status der Arbeit verliert seine Plausibilität in einer Lebensform, in der die Arbeit nur eine unter diversen menschlichen Tätigkeiten ist. Andererseits gibt es das einfache Argument, daß die Menschen, bevor sie sich mit irgendetwas anderem beschäftigen können, erst einmal ihre materiellen Lebensbedingungen produzieren müssen. Diese These, zu Marx' Zeiten aufklärerisch und entzaubernd, trägt heute indes eher den Charakter der vulgärmaterialistischen Apologie von Verhältnissen, die abzuschaffen der Marxismus sich vorgenommen hat. Daß ohne prosperierende Ökonomie nichts läuft, ist heute keine spezifisch marxistische Ansicht, sondern der zynische Realismus aller neoliberalen Marktschreier der Marktwirtschaft. Die Begründung des Historischen Materialismus sollte meines Erachtens auf spekulative geschichtsphilosophische, anthropologische oder sozialontologische Prämissen verzichten; auch ohne solche läßt sie sich - so der Althusser'sche Interpretationsansatz, den ich für den tragfähigsten halte - herleiten aus der Problemstellung einer Theorie der Geschichte der Gesellschaftsformationen. Als Entwicklung sozialer Formationen ist Geschichte gebunden an die Erzeugung eines materiellen Mehrprodukts, die geknüpft ist an soziale Kämpfe um den Modus seiner Hervorbringung und Aneignung. Der Sinngehalt dieser Art historisch-materialistischer Theorie erschließt sich nicht aus der Annahme einer Essenz der Geschichte, sondern aus der Kritik hegemonialer Wissensformen, durch die die Rationalisierung von Herrschaft erfolgt. Solche Thematisierung des Verhältnisses von gesellschaftlicher

Rationalität und Konfliktualität, Objektivität und Parteilichkeit ist selbst Eingriff in es.

Heinz Jung

Liest man heute nochmals die "Gründungsplattform" dieser Zeitschrift (Z 1, März 1990) und verfolgt die Positionsentwicklung der damaligen Mit-Herausgeber, dann liegt es auf der Hand, daß der Grundkonsens Ausdruck der damaligen Situation war. Dazwischen liegen nun fast vier Jahre, in denen sich ein Epochenbruch vollzog. Obwohl schon scharfsinnig der Untergang des sozialistischen Gesellschaftssystems in Europa konstatiert wurde, werden die durch das sogenannte neue Denken thematisierten Probleme und Defizite der sozialistisch-kommunistischen Tradition noch als Ansatzpunkte einer geistigen und politischen Erneuerungsbewegung gesehen. Und obwohl der alte Typ kommunistischer Parteien als historisch überholt verstanden wird, bleibt eine in Theorie, Organisation und Praxisformen erneuerte sozialistisch-kommunistische Bewegung auf marxistischer Grundlage ein Bezugspunkt der "Plattform". Diese Intention ist heute bei weitem nicht mehr für alle Träger des Projekts wichtig.

Das Vorhaben einer marxistischen Erneuerung bezieht sich sowohl auf den Marxismus als Theorie und Methode bzw. auf die entsprechenden Vorstellungen seiner Anhängerinnen und Anhänger als auch auf die praktisch-politischen Zwecke, die damit verbunden werden, und auf die Formen und Mittel, die zu diesem Zweck bestehen und geschaffen werden.

Unter dem Einfluß des (damals noch) sowjetischen Marxismus hatte sich in den 80er Jahren hierzulande eine Sichtweise durchgesetzt, mit der die Welt und die globalen Probleme als Koordinatensystem einer materialistischen Analyse gesetzt wurden. Der damit verbundene Anspruch konnte aber nicht eingelöst werden, weil mit der Instrumentalisierung für die damalige sowjetische Politik immer stärker die Verbindung der marxistischen Analyse zu den sozialökonomischen Antagonismen und ihren ideologischen Ausdrucksformen gelockert und schließlich gekappt wurde. Heute ist es klar, daß dieser Prozeß geistiger Reflex des Zerfalls des Realsozialismus und der gesellschaftspolitischen Kapitulation war.

Festzuhalten ist auch, daß die damalige Intention eines Teils der Mitträger des Projekts nach zur kommunistischen Tradition alternativen organisationspolitischen Formen nicht realisiert wurde oder werden konnte. Diese Annotation ist nicht überflüssig, wenn die Tiefe des Bruchs in seinen Auswirkungen auf politisches Verhalten und geistige Optionen der Individuen, die sich damals als Marxistinnen und Marxisten verstanden, kenntlich gemacht werden soll.

In dem Maße, wie die Konfrontation mit dem kommunistischen Konservatismus gegenstandslos wurde oder doch wesentlich an Bedeutung verlor,

auch weil dessen materielle Strukturen ja im Orkus des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa versanken, und die Durchsetzung der kapitalistischen Restauration, verbunden mit dem Triumphalismus der bürgerlichen Ideologie und einer heute noch nicht gebrochenen Woge des Antimarkxismus, neue soziale, politische und geistige Bedingungen schuf, mußte gegenüber der Profilierung des Neuen das Bemühen um ein Verständnis marxistischer Identität in den Vordergrund treten. Insofern unterscheiden sich m. E. die Bedingungen von 1990 und 1993. Inwieweit unter Beachtung der veränderten Problemkonstellation die Intentionen der "Gründungsplattform" in den Redaktionsaktivitäten umgesetzt wurden, sollte von nicht unmittelbar in die Redaktionsarbeit Involvierten beurteilt werden.

Marxistische Erneuerung intendiert, wie schon vermerkt, unter Aneignung, Nutzung und Anwendung der durch Marx und Engels und ihre Nachfolger geschaffenen Theorie auf die Gewinnung bzw. Rückgewinnung eines Verständnisses der heutigen Welt und der in ihr angelegten Widersprüche, Tendenzen und Möglichkeiten, das politisch-historisches Eingriffsvermögen erschließt und zwar im Sinne der Offenhaltung der Entwicklung für progressive Möglichkeiten und der Durchsetzung der Emanzipation der arbeitenden Klassen.

Sie kann sich als Versuch verstehen, die Krise des Marxismus, von der ja nicht erst seit 1989 die Rede ist, zu überwinden. Wenn die Formel von der Krise des Marxismus akzeptiert wird, dann ist vorauszusetzen, daß der Marxismus nicht nur aus einem überlieferten Schriften- und Textkorpus besteht, sondern sich als politische und geistige Bewegung, die sich im Kontext und in Bezug auf das Wirken von Marx und Engels bildete, sich bis zur Gegenwart durch Siege und Niederlagen, Deformationen und neue Ansätze weiterentwickelte und somit auch immer die Menschen, die sich als Marxisten verstehen, mit ihren Vorstellungen vom Marxismus und dem davon inspirierten politischen Handeln einschließt. Marx und Engels bzw. die in ihren Schriften dargelegte Theorie für die Krise des Marxismus verantwortlich zu machen, gibt wenig Sinn. Diese muß vielmehr bei den heutigen Marxistinnen und Marxisten verortet werden.

Soll das Projekt marxistischer Erneuerung betrieben werden, dann ist hier anzusetzen. Dazu gehört zweifellos auch der Rekurs auf die Marx-Engels-Texte, die aus der Sicht der heutigen Probleme gelesen und befragt werden müssen. Dabei gibt es angesichts eines solch tiefen Einbruchs, wie wir ihn erleben, unterschiedliche Antworten. Zu ihnen kann auch gehören, daß der Marxismus nicht mehr als geeignet zur Erfassung der heutigen Welt angesehen und zu neuen Paradigmen übergegangen wird. Damit wird für die Betroffenen das Projekt marxistischer Erneuerung gegenstandslos. Freilich kennt auch hier die Realität zwischen dem Entweder und Oder viele Schattierungen und Zwischenformen. Die Krise des Marxismus könnte erst dann als überwunden angesehen werden, wenn ein neues Wachstum seiner Anhängerschaft und seines politischen und geistigen

Einflusses auszumachen wäre und wenn sich die herausgearbeiteten Tendenzen und Möglichkeiten vermittelt über die Praxis sozialer und politischer Bewegungen als wahr erweisen.

Aus meiner Sicht können Exklusivansprüche von Individuen, Gruppen oder Parteien auf eine Erneuerung des Marxismus nicht akzeptiert werden. Vielmehr ist gleichberechtigte Beteiligung und Kommunikation aller, die sich positiv auf dieses Projekt beziehen, unabdingbar. Es scheint gegenwärtig angezeigt, daß die sogenannten Organisationsfragen als Gegenstand übergreifender Debatten im Hintergrund zu bleiben haben. Notwendig allerdings ist ein Bezug zur realen Arbeiterbewegung und ihren Problemen. Nur so kann die Subjekt- und Praxisfrage positiv beantwortet und der Marxismus vor dem Rückzug in akademische Zirkel, wie es für den sogenannten westlichen Marxismus der Fall war, bewahrt werden. Zu akzeptieren ist das Nebeneinander unterschiedlicher Ansätze und Schwerpunktsetzungen. Dies auszuhalten, verlangt Toleranz, und zwar nicht im Sinne des Desinteresses der bürgerlichen Gesellschaft, sondern als solidarische Beziehung, der gemeinsame Ziele und Grundlagen bewußt sein sollten.

Aus meiner Sicht wird sich die Zukunft des Marxismus vor allem daran entscheiden, ob ein solches Verständnis der Theorie und Methode erarbeitet werden kann, das es ermöglicht,

1. eine auch die Zukunftsperspektiven und die weiterwirkenden Ziele der welthistorischen Massenbewegung des ersten großen Versuchs in der Analyse der Geschichte und des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa zu erfassen und die Grundsätze einer materialistisch-historischen Geschichtsbetrachtung zum Tragen zu bringen; und
2. eine Entschlüsselung der sozialen Antagonismen des gegenwärtigen Kapitalismus in lokalen, nationalen und globalen Dimensionen zu leisten. Dabei sind aus meiner Sicht u.a. die Möglichkeiten der Konzeption des staatsmonopolistischen Kapitalismus, besonders wenn sie als Theorie internationaler metropolenkapitalistischer Vergesellschaftung weiterentwickelt wird, noch lange nicht erschöpft.

Auf diesen Feldern hatte sich Z in den vergangenen 15 Ausgaben bemüht, vorhandene Analysen, Vorstellungen und Konzeptionen zur Kenntnis zu bringen.

Kritik und Selbstkritik sind auch auf die eigene Vergangenheit und Gegenwart anzuwenden. Jene Marxistinnen und Marxisten, für die in der Vergangenheit die Parteigängerschaft für den Realsozialismus oder doch zumindest ein positiver Bezug identitätsstiftend war - wozu auch ich gehöre -, können die Vergangenheit nicht mehr allein in der Frontstellung gegen Konservatismus, Dogmatismus und Sektierertum bewältigen. Sie müssen vielmehr gleichermaßen, so meine Sicht, die Illusionen und Fehlorientierungen seit 1985 - Stichworte "neues Denken", "Gorbatschowismus" - thematisieren, ihre Wurzeln aufdecken und in einem Prozeß ihrer kritischen

Überwindung materialistische Zugänge zur Gegenwart finden. Angesagt ist somit eine Doppelbewegung der Kritik und Selbstkritik.

Vielfach wird heute in einer konsequenten Historisierung des Marx/Engels'schen Werkes der Weg zur Überwindung dogmatischer Lesarten, die der heutigen Wirklichkeit nicht mehr gerecht werden, gesehen. Zweifellos ist eine Erschließung und Interpretation aus dem historischen Entstehungs- und Wirkungszusammenhang unabdingbar, und dies schließt immer auch die Benennung der Fehler, Grenzen und Schranken ein. Insofern muß die materialistische Dialektik und Evolutionstheorie auf den Marxismus selbst angewendet werden. Aber damit wird die marxistische Theorie und Methode nicht aufgehoben, und auch die Kapital- und Kapitalismuskonzeption, die Kritik der Politischen Ökonomie, bleiben aktuell, solange ihr Gegenstand existiert. Ebenso bleiben die weit in die Zukunft gerichteten Emanzipationsvorstellungen, die sich in den Worten Kommunismus und realer Humanismus verdichten, uneingelöst. Deshalb sind die gegenwärtigen Versuche, Marx und Engels im letzten Jahrhundert einzuhegen, ebenso wenig überzeugend wie die entsprechenden Versuche der Vergangenheit.

Eine solche Art historischen Reduktionismus wird dem Gehalt und den Intentionen des Marxismus nicht gerecht. Essentiell ist m.E. ein solches Verständnis des Marx/Engels'schen Werkes, das seinem Wahrheits- und seinem Veränderungsanspruch entspricht und sich deren wechselseitiger Bedingtheit bewußt ist. Dieses Programm auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Weltverständnisses zu verwirklichen, ist das Spezifische des Marxismus im Unterschied zu anderen Schulen, Denktraditionen usw. Es sind gerade Marxisten wie Gramsci, Benjamin, Brecht, Bloch, Lukacs, Kofler u.a., also Denker, die den Weg der kanonisierenden Dogmatisierung und der Funktionalisierung zur Legitimationsideologie des Realsozialismus nicht mitgegangen waren, die dieses Denken wach und präsent hielten. Ihrer Aufarbeitung und Einbeziehung kommt im Prozeß der Erneuerung und der Überwindung verknöcherten Systemdenkens der Vergangenheit eine zentrale Bedeutung zu.

Mein Plädoyer gilt marxistischer Erneuerung als einem Prozeß nach vorn gerichteter, geschichtsoffener Orthodoxie - im Verständnis, wie es in der Revisionismusdebatte der Sozialdemokratie zu Beginn des Jahrhunderts Lenin, Luxemburg und auch Kautsky hatten.

Wenn demgegenüber mitunter mit radikalem Erneuerungsgestus für ein offenes und voraussetzungsloses Denken und eine entsprechende Zurkenntnisnahme der Realität und der Wissenschaft des 20. Jahrhunderts eingetreten wird, dann ist daran zu erinnern, daß gerade die modernen Linguistik- und Kommunikationstheorien aufgedeckt haben, daß eine geistig-theoretische Aneignung der Welt über Begriffe, Paradigmen, Theorien stattfindet und daß, wer sich für Voraussetzungslosigkeit stark macht, nur einer Adaption der Realität nach den herrschenden Ideologierastern, die

die kapitalistische Warenproduktion und ihre Ideologen bereitstellen, den Weg bereitet. Theoretische Begriffslosigkeit treibt in der Konsequenz hilflos in den main stream der bürgerlichen Gesellschaft. Man konnte dies jüngst beim Übergang ehemals marxistischer Theoretiker zu den gängigen Moderne- und Zivilisationskonzepten erleben. Das "Abmachen" marxistischer Positionen als (psychologische) Befreiung von der Tradition mag aus diesen und jenen individuellen Konstellationen erklärbar sein, sollte aber nicht mit einer Erneuerung der Marxismus verwechselt werden.

Die heutige Generation der Marxistinnen und Marxisten, die gegenwärtig eher einen schrumpfenden Sektor als eine Massenbewegung repräsentiert, sollte bei der kritischen Aufarbeitung der eigenen Denktradition und der politischen Vergangenheit nicht darauf verzichten, jenes Erbe lebendig zu halten und nutzbar zu machen, das mit dem Begriff "klassischer Marxismus" und mit Namen wie Wolfgang Abendroth, Josef Schleifstein und anderen verbunden ist. Diese Richtung hielt auch in Perioden der Verengung und Verflachung den Bezug zu einem prozeßhaften und auf gesellschaftliche Praxis gerichteten Marxismusverständnis lebendig. Sie suchte auch in den schwierigsten Perioden immer den Weg zur realen Arbeiterbewegung, vor allem zu den Gewerkschaften. Im Unterschied zum sogenannten westlichen Marxismus war für den "klassischen Marxismus" das Subjekt- und Praxisverständnis zentral.

Im vor uns liegenden Prozeß wird es nicht entscheidend sein, ob dem Marxismus ein warmes Plätzchen begrenzter Anerkennung in der scientific community, der illusorischen Gemeinschaft der Wissenschaftler, zugestanden wird oder nicht. Sein Schicksal hängt daran, ob es den Marxistinnen und Marxisten gelingt, zum "geistigen Ausstatter" der erneut aufbrechenden antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegungen zu werden. Daran hängt die Renaissance des Marxismus als gesellschaftlicher Bewegung.

Sollte ich mein Verständnis von marxistischer Erneuerung mit weit nach vorn gerichtetem Blick und in einem Satz zusammenfassen, dann würde ich sie als einen Prozeß bezeichnen, der auf die Schaffung der geistig-theoretischen Bedingungen für eine global durchsetzungsfähige historische Revanche des Sozialismus und der ihn potentiell tragenden Kräfte gerichtet ist.

Werner Seppmann

Marxismus als Gesellschaftstheorie

Von einer "Krise des Marxismus" und der Notwendigkeit einer "marxistischen Erneuerung" ist nicht erst seit dem Zerfall des sozialistischen Lagers die Rede. Doch sind durch den Niedergang jener Gesellschaften, die sich auf den "historischen und dialektischen Materialismus" als Staatsdoktrin berufen haben, die Fragen noch drängender geworden: Weshalb konnte eine Theorie der menschlichen Emanzipation und kollektiven Selbstbestimmung zu einer korrumpierenden Herrschaftsideologie instrumentalisiert werden und weshalb erwies sich eine kritisch definierte Gesellschaftstheorie immer weniger in der Lage, überzeugende Erklärungen für aktuelle Entwicklungen zu geben?

Auf der Tagesordnung steht die Ursachenanalyse dieses Regressionsprozesses. Der Marxismus muß in dieser Situation der Verunsicherung und Infragestellung im besonderen Maße sein gesellschaftstheoretisches und ideologiekritisches Instrumentarium auf seine eigene Entwicklung anwenden, wenn er seine beschädigte Glaubwürdigkeit wieder herstellen will. Die Aufarbeitung des Verfallsprozesses ist der einzige Weg, die theoretische Substanz des Marxismus von allen verzerrenden Überlagerungen zu befreien. Doch ist durch diese historisch-kritische Selbstvergewisserung noch nicht entschieden, ob das Denken in Marx'schen Kategorien überhaupt noch eine Zukunft besitzt, und ob die historisch-materialistische Theorie die Kraft aufbringen kann, unverwechselbare Beiträge zur sozialen Selbstreflexion anzubieten.

Für das herrschende intellektuelle Selbstverständnis gilt der Marxismus nicht nur wegen seiner historischen Verstrickungen, sondern auch wegen seiner methodischen Nachdrücklichkeit und seines umfassenden Interpretationsanspruches als veraltet. Es wird grundsätzlich problematisiert, ob soziales Geschehen überhaupt noch begrifflich erfaßt werden kann und Positionen innerhalb des gesellschaftlichen Machtgefüges konkret beschrieben werden können. Zur Disposition steht die Legitimität kritischer Gesellschaftsreflexion.

Aber auch innerhalb des marxistischen Lagers werden traditionelle Festschreibungen in Frage gestellt. Beispielsweise wird bezweifelt, ob es noch sinnvoll ist, vom Marxismus im Singular zu sprechen: Führen nicht neuartige gesellschaftliche Prozesse, historische Entwicklungen sowie nationale Besonderheiten der sozialen Auseinandersetzungen zu diversen Aufsplittungen innerhalb des Lagers radikaler Gesellschaftskritik und zu einer Pluralität der Artikulationsformen, die den Abschied von einem homogenen Marxismus-Begriff zwingend erscheinen lassen? Einhelligkeit besteht zwar

in der Forderung nach einer "Erneuerung" der marxistischen Theorie, ohne daß über die Richtung der Neubestimmung ein Konsens existieren würde: "Die Positionen reichen von der Ansicht, Erneuerung sei heute vor allem das Vermögen, den Marxismus zur Analyse der Realität anzuwenden, bis zur Meinung, daß die neuen Themen zur Neuformulierung der marxistischen Doktrin führen müßten."¹

Ist die erste Forderung für jede Theorie, die einen wirklichkeitswissenschaftlichen Anspruch erhebt, eine (sicherlich nicht immer eingelöste) Selbstverständlichkeit, impliziert die Auffassung von der Möglichkeit eines Erkenntnisfortschrittes jenseits des historisch-dialektischen Methodenverständnisses einen Rückfall hinter das theoriegeschichtlich erreichte Reflexionsniveau. Denn das Verhältnis von Empirie und Methode existiert für das Marxismus-Denken überhaupt nicht mehr als ein prinzipieller Gegensatz: "Es liegt im Wesen der materialistischen Dialektik, daß sie nicht nur alle Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens durch eine einheitliche Methode auffaßt, sondern daß sie auch dem spezifischen Charakter eines jeden Gebietes die volle Eigengeltung läßt, weil eine wirklich allseitige Analyse desselben nichts anderes hervorbringen kann als eben wieder die allgemeinsten Gesetze der materialistischen Dialektik."² Einen marxistischen Charakter kann folgedessen nur ein Denken besitzen, das die gesellschaftlichen Veränderungen ungefiltert zu Kenntnis nimmt und modifizierte Erfahrungen methodisch verarbeitet. Deshalb können die tatsächlichen oder vermeintlichen Defizite des marxistischen Diskurses nicht durch eine gestaltlose "Diversifizierung" der Sichtweisen und "theoretischen Praxen", sondern nur durch die vorbehaltlose und umfassende Wiederaneignung des methodologischen und grundlagentheoretischen Fundaments der Marxschen Theorie überwunden werden - oder es wird keinen Marxismus als Gegenwartsanalyse und emanzipatorisches Bewußtsein mehr geben.

Die *marxistische* Erneuerung kann sinnvollerweise nur in der Rekonstruktion und Wiederaneignung der wirklichkeitswissenschaftlichen Substanz der dialektischen Methode bestehen; sie ist nur im Kontext eines gesellschaftstheoretischen Ansatzes mit aufeinander abgestimmten und zueinander vermittelten Elementen organisierbar. Gramsci hat in diesem Sinne von der "Einheit der konstitutiven Elemente des Marxismus"³ gesprochen! Von einem Denken in Marxschen Kategorien kann nur dann die Rede sein, wenn die praktischen Bewegungsformen theoretisch systematisiert und gleichzeitig das Prinzip der empirischen Verifikation der theoretischen Sätze permanent berücksichtigt wird. Das anspruchsvolle Ziel bleibt die konkrete Analyse des historischen Augenblicks, eingebettet in die Reflexion der Vergangenheit und der realen Zukunftstendenzen.

¹ Editorial, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 15, 1993, S. 6.

² M. Raphael, Marx, Picasso. Die Renaissance des Mythos in der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1989, S. 26.

³ A. Gramsci, Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1967.

Entwicklung ohne Subjekt: der Strukturalismus

Der Dogmatismus hat nicht nur plakative Weltanschauungs-Grundsätze hinterlassen - die relativ einfach zu überwinden wären - sondern eine Vielzahl untergründiger emotionaler Dispositionen und theoretischer Prämissen, die das marxistische Denken weit über das Lager des expliziten mechanistischen Materialismus und undialektischen Ökonomismus hinaus beeinflusst haben - und immer noch beeinflussen. Ein prominentes Beispiel ist die strukturalistisch inspirierte "Lektüre" der Marxschen Texte. Angetreten war die strukturalistische Marxismus-Interpretation mit einem kritischen, gleichermaßen anti-ökonomistischen und anti-stalinistischen Anspruch. Doch werden bei einer vorbehaltlosen Analyse der strukturmarxistischen Denkbemühungen beträchtlichen Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich: Der Sinn Marxscher Gesellschaftstheorie wird auf den Kopf gestellt; aus einer Theorie emanzipativer gesellschaftlicher Praxis wird bei Althusser und seiner Schülergemeinde eine Interpretationsschablone, die Gesellschaft als subjekt-fremden Mechanismus begreift. Ganz in der Tradition des traditionellen Dogmatismus wird die Welt als ein riesiges Schauspiel beschrieben, in dem den Akteuren (durch die Dominanz der "Strukturen") ihre Rolle bis ins letzte vorgeschrieben ist. Subjektives Wollen wird den Imperativen eines "allgemeinen Gesetzes" untergeordnet.⁴ Während Marx unterstreicht, daß ebenso "wie die Gesellschaft den Menschen als Menschen produziert ... sie durch ihn produziert"⁵ ist, behauptet Althusser das genaue Gegenteil: "Die Produktionsverhältnisse sind die wahren Subjekte. Und wenn man zufällig darauf verfiel, die Produktionsverhältnisse auf zwischenmenschliche Beziehungen zurückzuführen zu wollen, so täte man dem Marxschen Denken Unrecht."⁶

Es ist offensichtlich: Nicht von Marx, sondern von seinen strukturalistischen Interpreten wird das gegenständlich-praktische Subjekt aus dem Geschichtsprozeß entfernt und durch ein mythologisches, verdinglichtes und fetischisiertes Subjekt ersetzt: der autonomem Bewegung der "Struktur"! Ganz im Sinne des mechanistischen Geschichtsverständnisses disqualifiziert die Althusser-Schule die handelnden Menschen zu bloßen Trägern einer objektiven historischen Tendenz. Geschichte wird als "eigenständige Bewegung ... auf die die Menschen keinen Einfluß haben"⁷, interpretiert und als eine "Kraft ohne Subjekt, eine objektive Kraft, ... von Anfang an Kraft von niemanden"⁸ klassifiziert.

⁴ Vgl.: W. Seppmann, Subjekt und System. Zur Kritik des Strukturmarxismus, Lüneburg 1993.

⁵ MEW Erg.-Bd. I, S. 537.

⁶ L. Althusser/E. Balibar, Das Kapital lesen, Bd. II, Reinbek 1972, S. 242.

⁷ E. Balibar, Über historische Dialektik, in: U. Jaeggi/A. Honneth (Hg.), Theorien des historischen Materialismus, Frankfurt/M. 1977, S. 298.

⁸ L. Althusser, Für Marx, Frankfurt/M. 1968, S. 91.

Dieser Reduktionismus ist von unmittelbar politischer Bedeutung. Unter der Herrschaft solcher theoretischen Prämissen geht jede Sensibilität für die subjektiven Formen der Wirklichkeitsverarbeitung und die Dialektik individueller Motivationsstrukturen verloren; politische Praxis als ein Prozeß der Aufklärung und Organisation besitzt keinen theoretischen Stellenwert mehr. Wenn aber ohne jede praktisch-subjektive Vermittlungstufe das politische Moment (die Klassen als die "wahren Subjekte der Geschichte" wie Althusser sagt) aus der objektiven Bewegungstendenz abgeleitet wird, ist rational auch nicht mehr erklärbar, in welcher Weise der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß bewußt geplant und von den Produzenten "unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen" gestaltet werden kann.

Überraschen muß aus diesen Gründen, daß ein großer Kreis linker Intellektueller den Struktur-Marxismus als Bollwerk gegen die übermächtige Tradition des dogmatischen Denkens und als Garanten einer kritischen Weiterentwicklung marxistischer Sozialtheorie mißverstehen konnte. Wegen dieses fundamentalen Irrtums, ist auch der Versuch, auf der Grundlage des von Althusser inspirierten Denkens ein "Kritisches Wörterbuch des Marxismus" zu verfassen, gescheitert.¹⁰ Weder gelingt die intendierte kritische Reformulierung des Marxismus, noch werden die aktuellen gesellschaftlichen Problemkonstellationen verständlich behandelt. Statt wie beabsichtigt die "totalisierenden Formen des Marxismus" (wie es im Vorwort zur deutschen Edition heißt) zu überwinden, wird in traditioneller Manier eine beschränkte Strömung für das Ganze ausgegeben.

Die allermeisten Stichwort-Autoren im "Kritischen Wörterbuch" folgen den methodischen Prämissen Althussters und beschreiben die gesellschaftlichen Prozesse als subjektlose "Strukturbeziehungen". Ihre Vorgehensweise ist deduktionistisch: Gesellschaftstheoretische Aussagen werden aus dem philosophischen System "abgeleitet". Ohne sich auf die Ergebnisse der Gesellschaftswissenschaften einzulassen, rasonieren die meisten Wörterbuch-Autoren über abstrakte gesellschaftliche "Totalitäten": Die Fakten werden nach einem feststehenden Schema geordnet, die realen Elemente einem imaginären Ganzen untergeordnet.

Exemplarisch deutlich wird das Scheitern des "Wörterbuches" vor den aktuellen Problemkonstellationen beispielsweise bei der Behandlung des Problems der Arbeitslosigkeit: Sie wird als ausschließlich ökonomisches Strukturproblem dargestellt. Der in der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommende Zusammenstoß von gesellschaftlichen Bewegungstendenzen und subjektiven Schicksalen, sowie den daraus resultierenden psychischen und weltanschaulichen Konsequenzen ist für das "Kritische Wörterbuch"

⁹ MEW Bd. 25, S. 828.

¹⁰ G. Labica/W. F. Haug (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, 8 Bde., Westberlin und Hamburg 1983 - 1989. Die erste französische Ausgabe erschien 1982.

kein Thema: Weder auf die destruktiven Konsequenzen für die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen, noch auf die Verformung des Gesellschaftsbewußtsein und die möglichen irrationalen politischen Reaktionsweisen (die 'Reservearmee' als Rekrutierungsbasis für rechtsextreme Bewegungen!), wird auch nur mit einer Andeutung eingegangen.

An solchen Beispielen wird einmal mehr deutlich, daß das Spezifische eines gesellschaftlichen Problems, eines sozialen Ereignisses mit dem generalisierenden Raster des Objektivismus nicht zu erfassen ist. Er unterliegt regelmäßig der Versuchung, Inhaltliches auf formale Grundmuster zu reduzieren. Durch diesen Formalismus bleibt die Besonderheit eines Ereignisses, einer sozialen Kategorie oder eines Handlungsablaufes, die trotz ihrer Vermitteltheit zur sozialen Gesetzmäßigkeit existiert, unberücksichtigt.

Keine Erneuerung ohne Lukács

Will der Marxismus solche Nachhutgefechte des traditionellen Dogmatismus vermeiden, muß er sich als konkrete Gesellschaftstheorie erneuern und bewähren; erst dann wird er seinen Ansprüchen und Intentionen gerecht, ist er in der Lage, sein wissenschaftliches Potential zu entfalten. Nur durch die "Anstrengung des Begriffs" (Hegel) in Verbindung mit einer gesellschaftstheoretischen "Praxis" werden die Systeme der verselbständigten "Grundsätze", die abstrakten "philosophischen" Verallgemeinerungen und die Formen der deduktionistischen "Wirklichkeitsbewältigung" gründlich überwunden werden können.

Gleichermaßen ist die Aufarbeitung der vielfältigen theoretischen Erneuerungsversuche der Marx'schen Theorie, die in der Phase der Dominanz des Dogmatismus (die bis lange nach Stalins Tod gedauert hat) verleumdet und auf die Seite gedrängt wurden und die zu wesentlichen Teilen in Vergessenheit geraten sind, eine Elementarbedingung der Erneuerung. Dieses Bemühen bliebe aber wirkungslos, wenn es über das Niveau einer historisch-archivierenden Aufarbeitung der verschiedenen Interpretations-Varianten nicht hinaus käme. Organisch mit diesem Forschungs- und Aneignungsprozeß verbunden muß die Befragung des gesellschaftstheoretischen Erklärungswertes des verschütteten Materials sein.

Aus apodiktischen Feststellungen wie jenen, daß der Marxismus die Ökologie-Problematik vernachlässigt oder die modernen gesellschaftlichen Formierungstendenzen unberücksichtigt gelassen hätte, spricht dagegen immer noch jener tradierte Alleinvertretungsanspruch, der marxistischer Theorie-Arbeit außerhalb des eigenen Wahrnehmungshorizontes die Existenzberechtigung abspricht. Ganze Bibliotheken mit gesellschaftswissenschaftlichen Beiträgen auf historisch-materialistischer Grundlage harren der Rezeption und produktiven Auswertung. Zu den Theoriekomplexen, die von ungebrochener Aktualität sind und die es zu entdecken gilt, zählen u.a. die sozialpsychologische Dimension der Gesellschaftstheorie, die "Subjektfrage" im Sinne der Analyse individueller Interpretations- und

Motivationsstrukturen, der Zusammenhang von Ideologie und gesellschaftlicher Reproduktion, sowie die Rekonstruktion und Aktualisierung der Marxschen Entfremdungstheorie als ein Kernstück der "Kapitalismuskritik heute".

Eine kaum zu unterschätzende Rolle für den notwendigen marxistischen Erneuerungsprozeß wird das Verhältnis zum Lebenswerk von Georg Lukács spielen. Denn jenseits der grassierenden Vorurteile und simplifizierenden Verzerrungen gilt es einen wissenschaftlichen Kontinent zu entdecken! Weder seine "Ästhetik" noch die "Ontologie" spielen in der zeitgenössischen Marxismus-Rezeption auch nur entfernt die Rolle, die ihnen aufgrund ihrer theoretischen Substanz zukommen müßte.

Als explizierte Theorie menschlicher Emanzipation leistet die Lukács'sche "Ästhetik" einen unverzichtbaren Beitrag zum objektiven Verständnis subjektiver Motivationen und besitzt damit eine unverwechselbare Rolle im Prozeß der philosophisch-normativen Selbstverständigung dialektischer Sozialtheorie. Denn "der Marxismus braucht seine philosophische Identität der theoretischen Integrität der politisch-ideologischen Handlungsfähigkeit wegen."¹¹

Und ohne ein rationales Verhältnis zur Lukács'schen "Ontologie" (unabhängig davon, ob es Ablehnung oder Zustimmung intendiert!), scheint mir seriöse Gesellschaftstheorie zum Ende unseres Jahrtausends nicht möglich zu sein. Gerade vor dem Hintergrund der durch den Einfluß der Habermas'schen "Kommunikationstheorie" weitflächig akzeptierten Trennung der Gesellschaft in die Bereiche der "instrumentellen" Tätigkeit auf der einen und des "kommunikativen Handelns" auf der anderen Seite, kommt der Lukács'schen Rekonstruktion der Marxschen Sozialtheorie eine epochale Bedeutung zu. Lukács zielt in seinem Spätwerk "Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins" auf die gleichen Fragekomplexe wie die Habermas'sche Kommunikationstheorie. Jedoch gelangt er in der gesellschaftstheoretischen Grundlagenreflexion (etwa über den Zusammenhang von Arbeit und "Kommunikation" oder der Dialektik von Subjekt und Geschichte) zu Ergebnissen, die den Habermas'schen Interpretationsansatz radikal in Frage stellen. Während Habermas in wiederholten Anläufen immer die gleichen Antinomien der Theorietradition reproduziert und einen modifizierten Objektivismus mit einer geläuterten Form des Subjektivismus "vermittelt"¹², rekonstruiert Lukács die dialektische Gesellschaftstheorie als synchrones Modell von materieller und geistiger Reproduktion. Indem er subtil die Handlungsspielräume der Subjekte im Rahmen historischer Gesetzmäßigkeiten herausarbeitet, widerlegt er sowohl

die abstrakten Notwendigkeitskonzeptionen, wie auch die idealistischen Kommunikations-Modelle.

Begrenzter Wirklichkeitsbegriff der Postmodernen

Das historisch-materialistische Denken besteht auf der Priorität dialektischer Methodologie und dem Vorrang des Begriffes, weil nur auf diesem Weg die Beschränktheit der unmittelbaren Erfahrung *aufgehoben* und gedanklich zum historischen Kontext bezogen werden kann. Die bloße sprachliche Transformation des Erlebnisses, die wieder einmal große Mode ist, scheint vordergründig sich den fragwürdigen Ansprüchen einer Rationalität, die mit den herrschenden Verwertungsprinzipien eine kaum zu entwirrenden Symbiose eingegangen ist, zu verweigern. Diese vermeintliche Unmittelbarkeit des postmodernistischen Denkens, die sich den *theoretischen* "Einheits- und Ganzheitsobsessionen" verweigert und die Heterogenität und Pluralität der Wissensformen hypostasiert, kann sich dennoch dem Bewußtseinsverzerrenden Einfluß des sozialen Kontextes nicht entziehen. Wegen der irrationalen Grundlagen ihres Auflehnungspathos reproduziert eine solche Geisteshaltung nur die herrschenden Grundorientierungen: Die bloß spontane Denkhaltung reproduziert "alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen".¹³ Repressive Rationalität kann sich einmal mehr hinter den Rücken der Subjekte durchsetzen.

Auf "rätselhaft" Weise hat sich beispielsweise das Problembewußtsein über das "herrschende Denken" verflüchtigt und selbst dieser Begriff scheint, ebenso wie die wissenschaftlichen Vorstellungen von der Existenz und Funktion einer herrschenden Klasse, verlorengegangen zu sein. Statt nach den Strukturen der ideologischen Herrschaftsreproduktion und den Macht-Implikationen der Denkformen zu fragen, gelten mittlerweile - selbst im Rahmen kritischer Diskurse - (fast) alle Resultate des Wissenschaftsbetriebs als "prinzipiell anschlussfähig" (Habermas).

Die "Machttheorie" Michel Foucaults steht als Synonym für einen wirkungsvollen Strang intellektueller Selbsttäuschungen. Erlebnisformen werden generalisiert und nicht auf ihren sozialen Kontext zurückgeführt: Es entsteht "eine Theorie, in der Macht diffus verteilt ist, statt sich auf beiden Seiten angebbarer Konfliktlinien zu kristallisieren, eine Theorie, in der Geschichte nicht gemacht wird, sondern in der sich große Entwicklungen auf geheimnisvolle (und interessenlose) Art durchsetzen, in der es kein Zentrum gesellschaftlichen Funktionierens (zum Beispiel in den Organisationen von Produktion und Aneignung eines Mehrproduktes) gibt".¹⁴

¹¹ Th. Metscher, *Mimesis und künstlerische Wahrheit*, in: G. Pasternack (Hg.), *Zur späten Ästhetik von Georg Lukács*, Frankfurt/M. 1990, S. 122.

¹² Vgl.: G. Bolte [Hg.], *Unkritische Theorie. Gegen Habermas*, Lüneburg 1989, und B. Tuschling, *Die "offene" und die "abstrakte" Gesellschaft*, Westberlin 1978.

¹³ MEW Bd. 23, S. 562.

¹⁴ H. Treiber/H. Steinert, *Die Fabrikation des zuverlässigen Menschen*, München 1980, S. 77.

Trotzdem ist die Überzeugungskraft Foucaults in den linken Subkulturen ungebrochen. Diese Tatsache erklärt sich zum Teil aus der Leichthändigkeit, mit der disparate Beobachtungselemente (die in engen Beobachtungsräumen gewonnen wurden) und historische Episoden in ein vorgängiges Erklärungsschema eingefügt werden, das zwar nicht mit den realen Entwicklungen und Einflußbeziehungen übereinstimmt, aber offensichtlich eine hohe Alltagsplausibilität besitzt. Die Argumentation knüpft an die Bruchstücke spontaner Sozialerfahrung an (Übermacht des Objekts, Verdinglichungstendenzen, Vergeblichkeit subjektiven Aufbegehrens), ohne diesen unvermittelten Erlebnishorizont selbst zu überschreiten: Die universalistische Machttheorie verlangt keine anderen Reflexionsvoraussetzungen, als sie von der kapitalistischen Alltagswirklichkeit selbst gesetzt sind; Theoriearbeit wird durch "Erleben" und Assoziation ersetzt.

Foucault entwickelt zwar ein Konzept der "Subversion", dessen Reichweite aber äußerst beschränkt erscheint: Es ist zentriert um die Verweigerungshandlungen gesellschaftlicher "Außenseiter", ohne daß klar würde, wie durch solche möglichen Widerstandspraxen die unterstellte Dominanz des Machtsystems durchbrochen werden kann. Weil durch diesen "machttheoretischen" Rationalisierungsmodus des Erlebnishorizontes Sinn auf Sinnlichkeit reduziert wird, kann die objektive Verknüpfung der realen Erfahrungsmomente überhaupt nicht mehr stattfinden. Politik und Praxis werden ebenso ausgeklammert, wie ein jeder Gedanke an die Sozialvermitteltheit des eigenen Denkens. Im Eifer der gleichermaßen konkretistischen wie assoziativen Bannung der Herrschaftserfahrung verfängt sich ein solches vorkritische Bewußtsein immer stärker in den Netzen von Verdinglichung und Entfremdung.

Auch durch die postmoderne Festschreibung der "Singularität" und der "Fragmentarisierung", der "Heterogenität" und der "Differenz" wird kein reflexives Verständnis der sozialen Existenzbedingung erreicht. Aus Scheu vor einer theoretischen Dominanz des Allgemeinen über das Besondere werden reale und vermeintliche Unterschiede bloß festgestellt, dynamische soziale Konstellationen in einem Schema von These und Antithese festgeschrieben. Faktisch restituiert diese Vorgehensweise ein relativistisches Denken; Substrat ist die Vorstellung, daß alles auch ganz anders sein könnte.

Die Frage nach einer Alternative zu den herrschenden Vergesellschaftungsprinzipien erübrigt sich für diese modephilosophischen Varianten der "kritischen Kritik" (Marx). Zwar werden vom postmodernen Denken die Formen der sozialen Destruktion und individuelle Deformationen zur Kenntnis genommen, doch werden sie als vermeintlich irreversible Begleiterscheinungen menschlicher Vergesellschaftung akzeptiert. Der Post-Modernismus entlarvt sich dadurch als das entfremdete Selbstbewußtsein der gesellschaftlichen Krisenprozesse. Er protokolliert die *Erscheinungsformen* der kulturellen Widersprüche, doch bleiben seine Beschreibungen der

Herrschaftsverhältnisse und Manipulationsmechanismen affirmativ; mit zynischer Selbstgewißheit wird unterstrichen: "Das ist so!" Als einzig legitime intellektuelle Leidenschaft gilt das leidenschaftslose Verhältniss zu den herrschenden Reproduktionsmechanismen.

Dimensionen dialektisch-kritischen Denkens

Zum dialektischen Praxisdenken, als intellektuelles Gegengift zu den herrschenden Selbsttäuschungen, ist keine Alternative in Sicht. Kein anderes Theorieprogramm erhebt auch nur den Anspruch, subjektive Bedeutungsverhältnisse und objektive Strukturen nicht nur zu erfassen, sondern auch ihre wechselseitige Bedingtheit zu analysieren: Während die strukturfunktionalistischen Systeme stillschweigend die historische Permanenz der Wertvergesellschaftung (also der kapitalistischen Produktionsweise) unterstellen, kultivieren Ansätze der Kommunikations- oder der Zivilisationstheorie die Illusion, daß jenseits der repressiven Totalität der Ökonomie (und ohne ihre Transformation) die Begründung subjekt- und vernunftzentrierter "Lebenswelten" möglich wäre.

Während unter dem Anspruch, den "Eigensinn" der diversen Wirklichkeits-schichten zu berücksichtigen, die soziale Welt in voneinander abgetrennte Lebenssphären aufgegliedert wird, besteht das Marxismus-Denken als soziale Konstitutionswissenschaft auf der theoretischen Rekonstruktion ihrer strukturellen Gemeinsamkeiten und Einflußbeziehungen. Die materiellen, kulturellen und ideologischen Reproduktionsprozesse werden als unterschiedliche Momente einer einheitlichen Entwicklungstotalität begriffen. Die Eigendynamik der diversen Wirklichkeitsbereiche wird grundsätzlich nicht infrage gestellt! Doch bleibt die Einsicht konstitutiv, daß "Differenzen" und Eigengesetzlichkeiten nur als Resultat der wechselseitigen Bezüglichkeit der verschiedenen Komplexe verstanden werden können.¹⁵

Auch wenn seine ambitionierten Ansprüche nicht immer eingelöst wurden, ist der historisch-materialistische Theorie-Entwurf der einzige, der die Krisenideologien als Formen des herrschenden Denkens analysiert und berücksichtigt, daß die virulenten ideologischen Reproduktions- und Verschleierungssysteme sich nur durchbrechen lassen, wenn die spontanen Erlebnisformen auf ihre sozialen Entstehungsbedingungen zurückgeführt und alle theoretischen Sichtweisen in ihrer gesellschaftlichen Funktionalität reflektiert werden. Das dialektisch-kritische Denken ist gleichermaßen perspektivisch, weil es die Gesellschaftskritik im Kontext des menschlichen Emanzipationsstrebens betrachtet und deshalb die Gegenwartsanalyse mit der Frage nach den Bedingungen der Überwindung von geistiger Verblendung und repressiver Herrschaft verbindet.

¹⁵ Vgl.: L. Kofler, Die Wissenschaft von der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1971.

Daß der emanzipatorische Entwurf nicht von außen in den sozialen Prozeß hineingetragen werden muß, ist spätestens seit Blochs Analyse des utopischen Gehalts der alltäglichen Träume und Wunschprojektionen als bekannt vorauszusetzen. Trotz der dominierenden Fremdbestimmung, versuchen die Menschen im Alltag "erotische Bedürfnisse" (Kofler) zu befriedigen, die strenge Rationalität des Arbeitslebens durch spontane und geußorientierte Verhaltensformen zu kompensieren.

Radikales Denken bedeutet im Marx'schen Sinne, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Weil die humanen Geltungsansprüche durch die blinde Herrschaft des Wertgesetzes immer wieder negiert werden und die gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse nicht an den Gattungsbedürfnissen, sondern an der Kapitaloptimierung orientiert sind, kann gesellschaftstheoretisches Denken eine kritische Funktion nur erfüllen, wenn es die herrschenden Prämissen und Wertmaßstäbe überschreitet.

Der erste Schritt dazu ist die Einsicht, daß Gesellschaft nicht nur etwas Gewordenes, sondern gleichzeitig eine permanent sich entwickelnde und verändernde Totalität ist. Theoretische Gegenwartsanalysen besitzen nur dann einen emanzipatorischen Erkenntniswert, wenn sie die realen Entwicklungstendenzen und das historisch Mögliche reflektieren. Die Präsenz der Kategorien "Novum" und "Latenz" (Bloch) immunisiert auch gegen das Pathos einer substanzlosen (weil unwirksamen) "Fundamentalkritik". Überschreitendes Denken repräsentiert das Gegenprinzip zur abstrakten Negation.

Jede Epoche produziert mit ihren spezifischen Problemen auch verschiedene Möglichkeiten ihrer Überwindung. Doch kann aus dieser gesellschaftlichen Grundkonstellation nicht linear ein historisches Fortschrittsprinzip abgeleitet werden. Tatsächlich hat sich aber das marxistische Denken in der Vergangenheit nicht gänzlich dem Einfluß *progressiv-bürgerlicher* Geschichtsillusionen entziehen können. Trotz besserer theoretischer Einsichten war es vor dem Ableiten in ein undialektisches Fortschrittsdenken genau so wenig immunisiert, wie gegen eine leichtfertige Technikgläubigkeit: Untergründige Denkstrukturen und Einstellungen des bürgerlichen Zeitalters haben die kapitalismuskritischen Impulse beeinflusst.

Mit dieser Feststellung ist aber nicht die Problematik des Fortschritts von der Tagesordnung verschwunden. Progression ist als Potenz sozial gegenwärtig; die Realisierung der Entwicklungsmöglichkeiten hängt jedoch von den maßgeblichen Orientierungen der jeweiligen Gesellschaftsformation und den Entscheidungen der Handlungssubjekte ab. Historische Entwicklungslinien sind zu den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und politischen Kräfteverhältnissen vermittelt: "Die objektiven Tendenzen bewirken nur in dem Maße den Sozialismus, wie es den subjektiven Kräften, die für ihn kämpfen, gelingt, sie in seine Richtung zu lenken".¹⁶

¹⁶ H. Marcuse, *Konterrevolution und Revolte*, Frankfurt/M. 1973, S. 71f.

STAb

Sozialistische Theorie und Arbeiterbewegung

hat Premiere: Heft 1 ist da!

Da ist sie aber immer noch ...

Arbeiterklasse im Spätkapitalismus - Zu einigen Voraussetzungen der Strategie und Taktik in der kommunistischen Bewegung

Inhalt:

W. Garbers-Detering: *Die Kommunisten und die Midlife Crisis des Kapitalismus. Ein Lob des Lernens aus gegebenem Anlaß* ■ F. Markowski: *Von lohnabhängigen Tennis- und Reitlehrern und vom Ende der schlanken Produktion* ■ W. Schmidt: *"Die Krise faßt das Kapital..."* ■ N. Hager: *Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Arbeiterklasse* ■ E. Czichon: *Es geht um die ganze Arbeiterklasse* ■ F. Kröll: *Ansatzpunkte für eine zeitnahe Reformulierung der historisch-materialistischen Klassenkonzeption* ■ J. Tautz: *Zu einigen Fragen der Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse*

Bestellungen an:

STAb - Sozialistische Theorie und Arbeiterbewegung e.V. (i.G.),
c/o Mieterladen, Berlinickestr. 11, 12165 Berlin.

Bitte DM 10,00 (Alt-BRD) bzw. DM 8,00 (Ex-DDR) in bar oder in Briefmarken beifügen.

Deutschlands internationale Rolle - weder Weltmacht noch Zivilmacht

Die mit dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" und der Einverleibung der DDR begonnene Diskussion über die neue internationale Stellung Deutschlands dauert unvermindert an. Die Einschätzungen reichen von der Meinung, Deutschlands "Griff nach der Weltmacht" habe bereits erfolgreich stattgefunden¹, bis zu dem Konzept von der "Zivilmacht Deutschland".²

Mit der Einverleibung der DDR und dem Abschluß der Verträge mit den Siegermächten des II. Weltkrieges hat das kapitalistische Deutschland die Souveränität wiedererlangt, seine Interessen auch im internationalen Maßstab ohne Beschränkungen zu vertreten. Vor allem in dreierlei Hinsicht hatte dies direkt eine Aufwertung der internationalen Stellung der BRD zur Folge:

1. Die Einverleibung der DDR brachte dem kapitalistischen Deutschland einen bedeutenden Machtzuwachs. Mit nunmehr 81 Mill. Einwohnern ist Deutschland das mit Abstand einwohnerreichste Land der EG und ganz Europas (mit Ausnahme Rußlands). Die Angliederung des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Arbeitskräftepotentials der DDR bedeutete eine starke Zunahme der Wirtschaftskraft. Diese manifestiert sich für das westdeutsche Monopolkapital in der Aneignung und Ausplünderung des Vermögens der DDR-Wirtschaft, in der Inbesitznahme der Märkte und der Ausschaltung der Konkurrenz in Ostdeutschland und in weiteren Formen einer kolonialen Annexion. Ein besonders wichtiger Aspekt der "deutschen Einigung" ist die Stärkung der Positionen des deutschen Kapitals in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Die "Übernahme" der umfangreichen Handelsbeziehungen und Wirtschaftskontakte der DDR mit diesen Staaten bilden eine wertvolle Ergänzung der internationalen Positionen der deutschen Monopole. Hierzu folgende Angaben:³ Der Export der DDR nach Mittel- und Osteuropa belief sich zum Zeitpunkt der Wirtschafts- und Währungsunion zwischen BRD und DDR (Mitte 1990) vierteljährlich auf

¹ Siehe: Georg Fülberth, Griff geglückt, "konkret"-extra, Hamburg, Mai 1993.

² Siehe: Hanns W. Maull, Germany and Japan: The New Civilian Powers, Foreign Affairs, New York, Winter 1990/91; ders., Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland, Europa-Archiv, Folge 10/1992; Zivilmacht Bundesrepublik? Ein "Blätter"-Gespräch mit Hanns W. Maull, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1993.

³ Berechnungen nach: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, August 1993, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht, S. 72; Außenhandel 1992 nach Ursprungs- und Bestimmungsländern, Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1993, S. 343 ff.

ca. 8 Mrd. DM, der Export der BRD in diese Staaten auf nur 6 Mrd. DM. Seitdem ist dieser Export hauptsächlich infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Ostdeutschland und der Krise in Osteuropa bis Anfang 1993 - wiederum vierteljährlich - auf ca. 9 Mrd. DM zurückgegangen. Dabei haben die westdeutschen Exporte weiter absolut zugenommen, so daß der westdeutsche Anteil nunmehr bei mehr als 80 % liegt. Ein weiterer Gewinn war die Übernahme der Gläubigerpositionen der DDR gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten. Hierbei handelte es sich um Nettoforderungen in Höhe von rd. 25 Mrd. DM (Stand von Mitte 1992).⁴

2. Die geostrategische Situation der BRD änderte sich grundlegend. Mit dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" in Mittel- und Osteuropa hat die Stellung der BRD im europäischen Integrationsprozeß eine neue Dimension erhalten. "In der Tat verschieben sich in einer europäischen Gemeinschaft (EG), der ein wiedervereinigtes Deutschland angehört und die sich den EFTA-Staaten Nord- und Mitteleuropas sowie den mitteleuropäischen Reformstaaten öffnet, schon rein geographisch die Koordinaten von Paris, Straßburg und Brüssel nach Osten. Deutschland ist nicht länger der östliche Grenz- und Frontstaat von EG und NATO."⁵ Mit Beunruhigung verfolgen ausländische Beobachter diese neue Rolle Deutschlands. Für den britischen Experten auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit, Christoph Bluth, sind hier bereits neue Tatsachen im europäischen Kräfteverhältnis geschaffen: "Wegen seiner geographischen Lage und seines ökonomischen Potentials ist Deutschland eine west- und osteuropäische Hauptmacht geworden."⁶

3. Die Positionen der BRD gegenüber den USA wurden gestärkt. Bereits im Frühjahr 1989 machte George Bush der damaligen BRD - vor allem wegen ihrer ökonomischen Stärke - das Angebot eines "partner in leadership". Indessen hat die Bedeutung Deutschlands für die amerikanische Außenpolitik auch unter Präsident Clinton mit dem Ausbau der führenden Position der BRD in der EG noch zugenommen. "Der neue Präsident weiß ..., daß die Zusammenarbeit mit der europäischen Wirtschaftsmacht Deutschland für die Vereinigten Staaten von wesentlicher Bedeutung ist. Die Deutschen sollten wissen, daß Amerika ein stärkeres Deutschland weniger angstvoll betrachtet als Frankreich oder Großbritannien. Im Gegenteil: Die Vereinigten Staaten würden ein Deutschland begrüßen, das seine wirtschaftliche Stärke in politischen Einfluß - insbesondere innerhalb der Europäischen Gemeinschaft - umsetzt."⁷ Allerdings haben die USA hierbei vor allem im Auge, daß die BRD einen stärkeren Beitrag zu militärischen

⁴ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, 45. Jahrg. Nr. 1, Januar 1993, S. 54.

⁵ Reinhard Stuth, Deutschlands neue Rolle im sich wandelnden Europa, Außenpolitik, Heft I/1992, S. 23.

⁶ Siehe z.B.: Christoph Bluth, Germany: Towards A New Security Format, The World Today, Vol. 48, Nr. 11, London, November 1992, S. 196.

⁷ Robert G. Livingston, Faire Haltung, Wirtschaftswoche, Nr. 3, 15.1.1992 (Ostausgabe), S. 26.

Interventionen leistet und bei internationalen Aktionen der USA noch mehr "Solidarität" beweist. An eine "echte Partnerschaft" im Sinne einer Macht-Teilung ist keineswegs gedacht.⁸ Überdies ist abzusehen, daß die ökonomischen Konflikte zwischen den USA und der BRD angesichts der ernststen Wirtschaftsprobleme in beiden Staaten noch stärker werden.

Die entscheidende Frage für die Einschätzung der internationalen Stellung der BRD bildet die tendenzielle Entwicklung der Kräfteverhältnisse in der EG und schließlich in ganz Europa.

Die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in Westeuropa

Vergleicht man die ökonomischen Positionen der drei europäischen Hauptkonkurrenten - Deutschland, Großbritannien und Frankreich - miteinander, so zeigen sich Anfang der neunziger Jahre folgende Anteile an den Gesamtwerten der EG (in Prozent):⁹

	Bevölkerung (1992)	BSP (1992)	Export (1992)	Direktinvest. i. Ausland (1990)
Deutschland	23	27	30	23
Frankreich	17	19	16	15
Großbritannien	17	15	13	37

Besonders deutlich hebt sich die starke außenwirtschaftliche Position Deutschlands ab. Der Exportanteil entspricht dem der beiden Hauptkonkurrenten zusammengenommen. Bei den Auslandsinvestitionen ist hingegen noch immer ein deutlicher Vorsprung Großbritanniens auszumachen. Er gründet sich vor allem auf umfangreiche Kapitalanlagen in den USA (mehr als 100 Mrd. Dollar, d.h. ca. 45 % aller Auslandsdirektinvestitionen) und weniger auf Anlagen in der EG (nur 24 % gegenüber 50 und mehr Prozent der anderen EG-Staaten).

Gerade in den letzten Jahren hat die Westeuropaexpansion der deutschen Konzerne eine Beschleunigung erfahren. Im Zeitraum 1990/1991 dehnte sich das deutsche Unternehmensvermögen in den anderen EG-Staaten um 42 Mrd. auf 132 Mrd. DM aus. In jedem der größeren EG-Länder stieg das deutsche Auslandsvermögen um etwa 4 Mrd. DM. Im gleichen Zeitraum nahmen die Investitionen der anderen EG-Länder in Deutschland

⁸ Siehe hierzu u.a.: Christopher Daase/Michael Jochum, "Partner in einer Führungsrolle?" Das einige Deutschland aus der Sicht der USA, Außenpolitik, Heft III/1992.

⁹ Berechnet nach: OECD, Main Economic Indicators, Paris, lfd.; Europäische Wirtschaft, Nr. 54/1993, Jahreswirtschaftsbericht 1993 der Kommission der EG, Brüssel; für die Angaben über Auslandsdirektinvestitionen siehe Rolf Jungnickel, Neue Trends der internationalen Direktinvestitionen, Wirtschaftsdienst, Hamburg, Nr. VI/1993, S. 82.

um lediglich 15 Mrd. DM auf 67 Mrd. DM zu.¹⁰ Ein wichtiges Kennzeichen der deutschen Kapitalexpansion in die EFTA-Staaten ist die immer stärkere Durchdringung der österreichischen Wirtschaft. Aufsehen erregte hier vor allem die Ankündigung des Siemens-Konzerns, demnächst eine Beteiligung von ca. 10 % an Austrian Industries zu kaufen. Hierbei handelt es sich um die große Holding der verstaatlichten Industrie Österreichs, in der solche bedeutenden Firmen wie die VÖEST (die ehemaligen Hermann Göring-Werke), die Alpine-Montan, der Aluminiumkonzern AMAG u.a. Schlüsselunternehmen organisatorisch zusammengefaßt sind. Diese Holding umfaßt den größten Teil der im Potsdamer Abkommen als deutsches Eigentum titulierten und zur Reparatur freigegebenen österreichischen Unternehmen.¹¹

Zur ökonomischen Vorherrschaft Deutschlands innerhalb der EG gehört im besonderen die starke Position im technologischen Bereich. Nach Untersuchungen des Ifo-Instituts, die sich auf Daten des Europäischen Patentamtes stützen¹², betrug der Anteil der BRD an den weltweiten Erfindungen, für die eine überregionale Vermarktung lohnt, in den letzten Jahren 18 - 19 %. Er war damit weit höher als der Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder (8 %). Er trug damit auch wesentlich dazu bei, daß die EG seit 1970 pro Jahr mehr marktrelevante Erfindungen hervorbrachte als die USA oder Japan. Die Anteile von Frankreich und Großbritannien fielen mit jeweils ca. 5 % vergleichsweise gering aus. Ein differenzierteres Bild ergibt sich sofort bei den einzelnen Branchen der Hochtechnologie. Die Vorsprünge der BRD innerhalb der EG zeigen sich vor allem im Straßenfahrzeug- und Maschinenbau, in der Umwelttechnologie sowie in den Sparten Nachrichtentechnik und Unterhaltungselektronik. Sie sind wesentlich geringer bei Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen, in der Foto-/Videotechnik, bei Robotern und vor allem in der Bio- und Gentechnik. In den letzteren Sparten und Branchen ist der japanische bzw. amerikanische Vorsprung nach wie vor bedeutend. Die Ergebnisse dieser Untersuchung stimmen weitgehend mit Analysen über die Positionen auf den Märkten für High-Tech-Waren und anderen Methoden der Untersuchung der Wettbewerbssituationen im High-Tech-Bereich überein.¹³

Gestützt auf das starke ökonomische Potential der BRD ist die D-Mark die zentrale Währung in Europa und gilt als "Ankerwährung" des Europäischen Währungssystems - EWS, auch wenn die jüngsten Turbulenzen eine Realisierung der Währungsunion für absehbare Zeit eher unwahrschein-

¹⁰ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, 45. Jahrg., Nr. 4, April 1993, S. 39 f.

¹¹ Neues Deutschland, Berlin, 9. Juli 1993.

¹² Siehe: Wolfgang Gerstenberger, Zur Wettbewerbsposition der deutschen Industrie im High-Tech-Bereich, Ifo-Schnelldienst, München, Nr. 13/1992.

¹³ Siehe hierzu u.a.: Margaret Sharp, Tides of Change: The World Economy and Europe in the 1990's, International Affairs, London, Vol. 68 (1992), Nr. 1; OECD, STI-Review, Paris, Nr. 9, April 1992, S. 8 ff.

lich erscheinen lassen. Die Bundesbank übt mit ihren Steuerungsinstrumenten einen wesentlichen Einfluß auf die Zinsbewegung und die Preisentwicklung in den anderen westeuropäischen Ländern aus. Es ist daher wohl keine übertriebene Feststellung, der deutschen Wirtschaft die Funktion einer "Leitökonomie" in Europa zuzusprechen.¹⁴ Henry Kissinger kam 1992 zu der Schlußfolgerung: "Deutschland ist so stark geworden, daß die existierenden europäischen Institutionen nicht länger aus sich heraus eine Balance zwischen Deutschland und seinen Partnern herzustellen vermögen."¹⁵

Diese Kräfteverschiebungen haben auch Rückwirkungen auf das trilaterale Beziehungsgefüge zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Für Frankreich und Großbritannien besteht ein gemeinsames Interesse, neue deutsche Kräftepotentiale in Europa "abzufangen". Gleichzeitig divergieren die Auffassungen der beiden Staaten in den Wegen zur Erreichung dieses Ziels und generell in der Frage der weiteren Entwicklung der EG, wie das bisherige Schicksal des Maastricht-Vertrages beweist. Großbritannien lehnt nach wie vor eine weitgehende politische Integration ab (auch aus Befürchtungen vor einem noch stärkeren Einfluß Deutschlands), befürwortet aber eine EG-Erweiterung um die EFTA und mitteleuropäische Staaten in der Erwartung, die BRD stärker "einbinden" zu können. Demgegenüber meint Frankreich, ein solches Ziel gerade mit einer weiteren Vertiefung der Integration zu erreichen, weil die BRD dann in einer Politischen Union ihr Potential nicht so stark zur Wirkung bringen könnte wie in einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft. In Bezug auf die künftige Rolle der USA in Europa gibt es vergleichbare Vorstellungen zwischen Großbritannien und der BRD, wenn auch Großbritannien weiterhin bestrebt ist, seine ökonomischen und sicherheitspolitischen Sonderbeziehungen zu den USA zu behaupten und Deutschland hier - wie bereits erwähnt - zu einem stärkeren Konkurrenten werden kann.

Die BRD sucht über eine Politik der gleichzeitigen Vertiefung und Erweiterung der Integration sowohl ihre dominanten Positionen im Kernbereich der EG zu verstärken als auch ihren Expansionsspielraum gegenüber den mitteleuropäischen und EFTA-Staaten zu erweitern. Im Spannungsfeld dieser Expansionsbestrebungen und Widersprüche wird das so oft beschworene Sonderverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland immer stärkeren Belastungen ausgesetzt. In Frankreich mehren sich die Stimmen, die da meinen: "Die Achse Paris/Bonn hat ausgedient."¹⁶

¹⁴ Der Begriff "Leitökonomie" wird z.B. von Dieter Senghaas verwendet; siehe den Beitrag "Was sind der Deutschen Interessen?", Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/1992, S. 669.

¹⁵ Zit. in: Arthur Heinrich, Außenpolitik mit Grünem Punkt, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/1992, S. 669.

¹⁶ Françoise Manfrass-Sirjacques, Deutschland - Frankreich - Europa - USA. Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Bonn, 48. Jahrg., Heft 4, August 1992, S. 275.

Im Ergebnis dieser Kräfteverschiebungen kann es in der Zukunft durchaus zu neuen Ansätzen für eine abgestufte Integration kommen, in denen die neuen Interessenlagen und Kräfteverhältnisse ihren Ausdruck finden. Mittel- und Osteuropa werden hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Die deutsche Kapitalexpansion nach Osteuropa

Gerade mit der ökonomischen Expansion Deutschlands nach Osteuropa sind Befürchtungen für einen weiteren Ausbau einer deutschen Vormachtstellung in Europa verbunden.¹⁷ Gegenwärtig ist das Bild von der ökonomischen Durchdringung der mittel- und osteuropäischen Staaten sehr unübersichtlich und widerspruchsvoll. Außer Zweifel steht, daß Deutschland die mit Abstand umfangreichsten Handelsbeziehungen zu diesen Staaten hat. Trotz des bedeutenden Rückganges des Außenhandels des ehemaligen Territorium der DDR liegt Deutschland bei den Exporten Osteuropas und der ehemaligen UdSSR in die westlichen Industriestaaten mit großem Vorsprung an der Spitze. Aus Osteuropa (ohne ehemalige UdSSR) nahm Deutschland 1992 42 % aller Exporte auf. Das waren mehr als 50 % der in die gesamte EG getätigten Ausfuhren. Die USA wiesen nur einen Anteil von 4 % auf. Bei den Exporten aus der ehemaligen UdSSR betrug der Anteil der BRD 27 % und machte damit ca. 40 % aller dieser Exporte in die EG aus. Besonders bei den mitteleuropäischen Staaten wies Deutschland einen hohen Anteil an den Exporten auf (ehemalige Tschechoslowakei 50 %, Polen 47 % und Ungarn knapp 40 %).¹⁸

Wesentlich differenzierter ist das Bild bei den direkten Kapitalanlagen in diesen Staaten. Insgesamt gibt es hier keinen bedeutenden Anstieg in den mittel- und osteuropäischen Ländern (einschl. UdSSR) von 0,3 Mrd. DM 1989 auf 2,8 Mrd. DM Ende 1992. Der Hauptanteil entfiel auf Ungarn, die ehemalige Tschechoslowakei und Polen, während die Investitionen in der ehemaligen UdSSR vergleichsweise zurückblieben.¹⁹ Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa machten Ende 1992 nur ca. 1 % des Gesamtbestandes der Auslandsinvestitionen der BRD aus. Sie erstreckten sich auf knapp 300 Unternehmen, davon in Ungarn 167, in Polen 51, in der ehem. Tschechoslowakei 29 und in der ehem. UdSSR lediglich 31.²⁰ Der Gesamtbestand der Auslandsdirektinvestitionen in Mittel- und Osteuropa wurde Mitte 1992 auf etwa 11 Mrd. Dollar, davon 5,6 Mrd. Dollar in der ehem. UdSSR, geschätzt. Davon wären ca. 15 % auf den Bestand deutscher Kapitalanlagen entfallen; mit einem wesentlich geringeren Anteil bei den Anlagen in der ehem. UdSSR. Hier fallen die Investitionen anderer

¹⁷ Siehe u.a.: Christopher Daase/Michael Jochum, a.a.O., S. 240 ff.

¹⁸ Angaben nach: Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1992-1993, United Nations, New York 1993, S. 125 ff.

¹⁹ Deutsche Bundesbank, Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Beilage zur Zahlungsbilanzstatistik, Juni 1993.

²⁰ Ebenda, S. 27.

westeuropäischer Staaten und der USA - allerdings bei einem absolut noch immer sehr geringen Niveau - stärker ins Gewicht. Besonders starke Aktivitäten in seinen osteuropäischen Nachbarstaaten entwickelte Österreich. Bei diesen Kapitalanlagen in der ehemaligen CSFR und Ungarn ist jedoch zu berücksichtigen, daß hierin auch Investitionen österreichischer Tochterunternehmen deutscher Konzerne enthalten sind (z.B. der Reifenhersteller Continental).²¹

Unsicherheiten in den Eigentumsverhältnissen und in der Investitionsgesetzgebung führten bisher dazu, daß deutsche Konzerne vor allem die Form von Joint Ventures anstelle von Firmenaufkäufen oder Gründung von Tochterunternehmen wählten.²² Für Rußland und andere Nachfolgestaaten der UdSSR gilt derzeit, daß größere Investitionen wegen der politischen Unwägbarkeiten, des fehlenden Aufbaus der Infrastruktur und der Unsicherheiten bei der Rückzahlung der Auslandsschulden kaum zu erwarten sind.

Gegenüber Ungarn und Polen und besonders der Tschechischen Republik ist die Ausnutzung der billigen Arbeitskräfte gegenwärtig eine Haupttrichtung der Investitionsanlage. In Sparten des Maschinenbaus, der Textilindustrie und anderer Verbrauchsgüterindustrien werden Teilfertigungen oder sogar die gesamte Produktion vor allem mittlerer Unternehmen aus den Grenzregionen verlagert. Otto Wolff von Amerongen kommentierte diese Entwicklung mit den Bemerkungen: "Den Tschechen bleibt doch nur eine Niedriglohnpolitik" und: "In Polen hat besonders die Kleinindustrie als Zulieferant der deutschen Industrie Fortschritte gemacht."²³ Ende 1992 sah der Arbeitskostenvergleich folgendermaßen aus (Monatsverdienst + Personalzusatzkosten im warenproduzierenden Gewerbe, Angaben in DM):²⁴ Westdeutschland 6 575, Ostdeutschland 4 200, Ungarn 662, ehemalige CSFR 401, Polen 367.

Damit beginnt eine allmähliche Penetration der Wirtschaften dieser Länder, die auch absehbare politische Folgen haben wird. Die Besetzung ökonomischer Positionen in den Westgebieten Polens und der Tschechischen Republik kann bei einer späteren Mitgliedschaft dieser Staaten in der EG den Ausgangspunkt für eine weitere Expansion der deutschen Monopole in den ehemals deutschen Gebieten bilden. Schließlich zeigt sich eindeutig eine Vormachtstellung Deutschlands bei der Ausreichung und Zusage von Krediten an Mittel- und Osteuropa. Von den knapp 70 Mrd. ECU Hilfszusagen an die ehemalige UdSSR hat Deutschland allein mehr als 38 Mrd.

²¹ Rolf Jungnickel, Neue Trends der internationalen Direktinvestitionen, a.a.O.

²² Siehe: Marc Béla Steffens und Lisa Sundrum, Joint Ventures in der Telekommunikationsindustrie - Erfahrungen eines Großunternehmens in Osteuropa, Osteuropa-Wirtschaft, 38. Jahrg., Heft 1/1993, S. 48/49.

²³ "Wir brauchen mehr Ostimporte", Interview mit Otto Wolff von Amerongen, Wochenpost, Berlin, Nr. 14/1993 vom 1.4.1993.

²⁴ Die Zeit, Hamburg, 4.6.1993, Nr. 23/1993.

übernommen, die übrige EG 13,2, die USA 5,9, Japan 2,3 und sonstige 9,6 Mrd. ECU. Die entsprechenden Angaben für Mittel- und Osteuropa sind: Von knapp 40 Mrd. ECU insgesamt entfallen 7,5 Mrd. auf Deutschland, 13,5 Mrd. auf die übrige EG, 4,3 Mrd. auf die USA, 2,5 Mrd. auf Japan und 6,1 Mrd. auf sonstige.²⁵

Angesichts dieser Angaben ist es wohl nicht übertrieben, zu sagen, daß Deutschland gewissermaßen "auf dem Sprunge" ist, sich den osteuropäischen Wirtschaftsraum zu erschließen und vor allem bei den östlichen Nachbarstaaten eine dominierende Rolle zu spielen. Von einem "Informal Empire" Deutschlands "im Osten", vergleichbar mit der Stellung der USA gegenüber Lateinamerika - wie Georg Fülberth meint - kann aber bisher besonders im Hinblick auf die ehem. UdSSR nicht die Rede sein.²⁶ Sie ist hinsichtlich Rußlands auch für die Zukunft kaum vorstellbar, da sich ganz eindeutig konkurrierende Machtbestrebungen der USA und auch Japans abzeichnen.

"Zivilmacht" Deutschland?

Neben dem ökonomischen Potential sind die militärischen und sicherheitspolitischen Positionen für die Einschätzung der derzeitigen und künftigen Rolle Deutschlands in den internationalen Beziehungen von erstrangiger Bedeutung. Gerade hier zeichnen sich nach der "deutschen Einigung" 1990 unter der Überschrift einer "Normalisierung" der Positionen Deutschlands in der Welt die größten Veränderungen ab. Bei der Debatte über eine "Rückkehr zur Normalität nach innen und außen" (Außenminister Kinkel) wurden sehr schnell die stärkere Mißsprache Deutschlands bei einer "Neuordnung" der internationalen Beziehungen und die neue Rolle der BRD auf militärischem Gebiet als die eigentlichen Kernpunkte der "Normalisierung" ausgemacht. Ein Kristallisationspunkt dieser Diskussion ist bekanntlich der Streit um den Einsatz der Bundeswehr "out of area".

Es fehlte und fehlt nicht an Warnern vor einer solchen "Normalität" - so z.B. Peter Glotz, wenn er schon im Frühjahr 1991 feststellte: "Wer den Deutschen die Normalisierungs-Idee beibringen will, sollte sich klarmachen, welche Fragen er provoziert."²⁷ Und es gab von Anfang an die Forderung nach einem alternativen Rollenverständnis Deutschlands. Mittlerweile hat sich hier das besondere Augenmerk auf das Konzept von der "Zivilmacht Deutschland" konzentriert, das von Hanns W. Maul als einem Hauptprotagonisten vertreten wird.²⁸ Für die in diesem Beitrag zu behandelnde Thematik ist von Interesse, inwieweit dieses Konzept tatsächlich als

²⁵ Die Zeit, Hamburg, 26.3.1993, Nr. 13 > /1993

²⁶ Georg Fülberth, Griff geglückt, a.a.O.

²⁷ Peter Glotz, Wider den Feuilleton-Nationalismus, Die Zeit, Hamburg, 19.4.1991, Nr. 17/1991.

²⁸ Siehe Anmerkung 2.

Alternative zur "Normalisierung" deutschen Machtstrebens gelten kann und wie Konzept und Realität in der BRD ineinandergehen.

Einige Ausgangsthesen des Konzepts von der Zivilmacht sind durchaus als Ansatz für alternative Vorstellungen über eine "Zivilisierung" der internationalen Beziehungen anzuerkennen. Dazu gehören solche Überlegungen wie die Zivilisierung der internationalen "Politik als existentielle Notwendigkeit" der kommenden Zeit, die Mobilisierung von Zivilmacht im "Sinne von Einhegung von Gewaltanwendung" bis zum "Streben nach sozialer Ausgewogenheit". Dabei soll Zivilmacht vor allem über die Zusammenarbeit mit anderen Staaten verwirklicht werden, sowie Verhandlungslösungen, wirtschaftliche Anreize und Sanktionen gegenüber der Anwendung militärischer Macht bevorzugen. Sie suche multilaterale Kooperation und den Aufbau internationaler Institutionen, auf keinen Fall "nationale Alleingänge".²⁹ Bei näherem Hinsehen zeigen sich jedoch eindeutige Widersprüche und Defekte dieses Konzepts:

1. Das Konzept umfaßt ein ganzes Bündel von Instrumenten zur Durchsetzung von Zivilmachtspolitik, wobei den ökonomischen Faktoren besondere Bedeutung zukommt. Zugleich schließt es auch militärische Instrumente ein. "Zivilmacht ist *nicht* das Gegenteil von militärischer Macht. Militärische Instrumente und militärische Gewaltanwendung zur Selbstverteidigung, aber auch als Mittel zur Durchsetzung gemeinschaftlicher Prinzipien und Interessen, gehören durchaus zur Zivilmacht."³⁰ Nicht nur das. Auch eine europäische Nuklearmacht wäre "grundsätzlich vereinbar mit dem Zivilmacht-Gedanken".³¹ Und das womöglich unter Beteiligung der BRD. Damit gerät das Zivilmachtkonzept in begriffliche Beweisnot; denn gemeinhin wird ja Zivilmacht gerade als Alternative zu militärischer Macht verstanden. Beseitigung von Atomwaffen, Abrüstung, Verbot von Waffenexport und andere "zivile" Ideen nehmen bei Maull keinen wesentlichen Platz ein.

2. Das Konzept sieht als Hauptakteure der Zivilmacht im Grunde die heutigen Hauptmächte. "Den Vereinigten Staaten, der G-7 und der Europäischen Gemeinschaft, aber auch Japan dürfte je nach Problemlage eine besondere Verantwortung für die politische Initiative zukommen."³² Auch die wiederholte Feststellung, die künftige Ordnung müsse auf einem breiten Konsens beruhen, ändert daran nichts. Damit wird aber faktisch die heutige internationale Machtstruktur fortgeschrieben und vor allem den Entwicklungsländern keine neue Rolle als Akteure bei der Zivilisierung der internationalen Beziehungen zuerkannt.

²⁹ Zivilmacht Bundesrepublik? Ein "Blätter"-Gespräch mit Hanns W. Maull, a.a.O., S. 934/935; Hanns W. Maull, Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 269 ff.

³⁰ Zivilmacht Bundesrepublik, a.a.O., S. 934.

³¹ Ebenda, S. 939.

³² Hanns W. Maull, Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 272.

Neben den anderen Mächten der Gegenwart käme künftig der BRD bei der Zivilisierung der internationalen Politik so oder so eine Schlüsselrolle zu. "Diese besondere Verantwortung ergibt sich aus drei Gegebenheiten: Aus ihrer Mittellage in Europa, aus dem wirtschaftlichen Gewicht der Bundesrepublik und schließlich aus der zentralen Rolle Deutschlands im Prozeß der europäischen Integration. Deutschland ist daher gefordert, in Zukunft der Rolle einer Zivilmacht in vollem Umfang gerecht zu werden."³³ Dabei soll es gerade der "Zivilmacht Deutschland" zukommen, Strategien zur Begleitung der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa auszuarbeiten. "... in diese Strategien müßte die gesamte Palette der Zivilmacht-Instrumente - von der Fortentwicklung internationaler Organisationen über verstärkte wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen bis hin zu militärischen Maßnahmen der Krisenvorbeugung - integriert werden."³⁴

3. Die Auffassung von einer notwendigen "Interventionskasuistik" muß die Bedenken gegen das Zivilmachtkonzept verstärken. Bei dieser Fragestellung, die auch bei Dieter Senghaas in seinem Konzept einer "Weltinnenpolitik" anzutreffen ist, geht es darum, Kriterien und Fallbeispiele zu bestimmen, anhand derer eine "legitime Intervention" oder "therapeutische Interventionen" der Zivilmächte mit ihren Instrumenten bis zur militärischen Intervention möglich werden.³⁵ Die bisherige Diskussion über Interventionskriterien, die von der Unterstützung unterentwickelter Regionen und der Durchsetzung von Menschenrechten bis zum Eingreifen in Bürgerkriege reichen soll, läßt alle Möglichkeiten der Intervention offen.

Es ist auch kein Zufall, daß solche Zivilmachtinterventionen vor allem auf die Entwicklungsländer oder die Transformationsstaaten Ost- und Südosteuropas zielen. Die bösen Beispiele der jüngsten Vergangenheit - Irak, Jugoslawien und Somalia - sprechen bereits eine deutliche Sprache.

Wenn man also dieses Zivilmachtkonzept auf seinen wahren "zivilen" Inhalt untersucht, bleibt wenig Neues und Vorwärtsweisendes übrig. Die so definierte "Zivilmacht Deutschland" schließt ein eigenständiges Expansionsstreben keineswegs aus. Daß dies nicht mehr im Alleingang möglich ist, war schon eine Erkenntnis vor der Verbreitung des Zivilmacht-Konzepts. Aber auch im Rahmen von Bündnissen, im Verein mit anderen Mächten kann eine deutsche Expansion gefährlich sein. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Umorientierung der deutschen Militärdoktrin ins Auge faßt. Neben dem Einsatz der ökonomischen Stärke wird dem militärischen Faktor ein höherer eigenständiger Wert beigemessen und die Interessensphäre Deutschlands an globalen Maßstäben orientiert. In den

³³ Ebenda, S. 275/276.

³⁴ Zivilmacht Bundesrepublik?, a.a.O., S. 945/946.

³⁵ Dieter Senghaas, Weltinnenpolitik - Ansätze für ein Konzept, Europa-Archiv, Folge 22/1992, S. 650 ff.; Hanns W. Maull, Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 278.

"Verteidigungspolitischen Richtlinien" Volker Rühes vom November 1992 wird festgestellt, Deutschland verfolge seine legitimen nationalen Interessen, die sich nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und denen anderer Partner decken müßten. Die übergeordnete sicherheitspolitische Zielsetzung Deutschlands müsse es sein, Konflikte in Europa zu verhüten. Dabei lasse sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten, zu denen auch die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung gehöre.³⁶

Völlig zu Recht stellt Gerd Schmückle fest: "Wenn man dies liest, bleibt einem die Spucke weg. Die Bundeswehr als Hüterin einer Weltwirtschaftsordnung, und dazu noch einer 'gerechten'? Bei solchen Sprüchen muß aufgepaßt werden, daß nicht ein altes deutsches Generalstabsleidern erneut aufbricht: die Überanstrengung des militärischen Instruments, das fehlende Augenmaß für Ziel und Mittel."³⁷ Und das größere politische Mitspracherecht soll durch einen ständigen Sitz der BRD im UN-Sicherheitsrat erreicht werden.

Ein Gegenkonzept zu der gegenwärtigen außenpolitischen Position, das für Deutschland eine wirkliche zivile Alternative ins Auge faßt, ist noch nicht in Sicht. Roland Vogt ist daher völlig zuzustimmen, wenn er meint: "Das Potential des zivilen Gegenkonzepts hat es bisher versäumt, sich politisch zu formieren." oder: "Die wenigen Stimmen, die sich für einen bewußt zivilen Weg der EG oder für eine 'Zivilmacht Europa' aussprachen, haben es nicht vermocht, ihr Konzept griffig zu machen."³⁸ Ein solches Konzept müßte von der Vorstellung ausgehen, daß Deutschland seinen Hauptbeitrag zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen im Wirken für Konfliktverhinderung und -entschärfung sieht bei gleichzeitigem Verzicht auf den Einsatz militärischer Macht. Verbot von Rüstungsexporten, von Transfer militärisch nutzbarer Technologien, Reduzierung der eigenen Truppenstärke auf Verteidigungserfordernisse, Ausarbeitung und Verbreitung überzeugender Konzepte der Konversion von Rüstung auf zivile Zwecke - all das wären überzeugende Attribute einer Zivilmacht Deutschland. Sie ließen auch mehr Raum für die Hilfe an Entwicklungsländer und die Staaten Osteuropas sowie die Minderung ökologischer Probleme und könnten damit wiederum wesentlich dazu beitragen, der Entstehung von Konflikten vorzubeugen. Bis dahin ist es jedoch noch ein weiter Weg.

³⁶ Siehe: Wolfram Wette, Der Wunsch nach Weltmacht, Die Zeit, Hamburg, 30.7.1993, Nr. 31/1993.

³⁷ Gerd Schmückle, Wo sind denn die gefährlichen Offiziere?, Die Zeit, Hamburg, 6.8.1993, Nr. 32/1993.

³⁸ Roland Vogt, Zivile Weltordnung oder militärischer Interventionismus, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/1993, S. 963, 965.

Das Fazit

Dieser Überblick über Deutschlands äußere Expansion verdeutlicht zweifellos eine Stärkung der BRD auf ökonomischem, politischem und sicherheitspolitischem Gebiet. Vor allem die Position als drittstärkste Wirtschaftsmacht - nach den USA und Japan - fällt ins Gewicht. Die BRD ist die "führende Macht" in der EG und hat wieder den "uneingeschränkten Status einer europäischen Großmacht" erlangt.³⁹

Dennoch kann man bisher nicht von einer *Dominanz* der BRD in der EG oder gar in Europa im Sinne einer politisch bestimmenden Rolle sprechen. Die latente Gefahr ist aber vorhanden. Zu Recht warnen aufmerksame Beobachter in den USA und in Westeuropa vor einer solchen Entwicklung - z.B. Richard Nixon, wenn er schreibt, daß Deutschland aufgrund seines geopolitischen Gewichts nicht nur die wirtschaftlichen Institutionen Europas, sondern auch seine politischen und Sicherheitsstrukturen potentiell dominieren könne.⁴⁰ Oder Paul Kennedy in seinem Buch "In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert": "Wenn Deutschland in der Außenpolitik entschlossen vorangeht (zum Beispiel bei der Anerkennung eines unabhängigen Kroatiens), werden seine Nachbarn kaum umhinkönnen, sich ihm anzuschließen. Es ist auch möglich, sich eine deutsche Dominanz in der zukünftigen Verteidigungsorganisation Europas vorzustellen, insbesondere in der Anschaffung von Panzern, Kampfflugzeugen und ähnlichem."⁴¹ Einer deutschen Dominanz in Europa werden sich aber sicher die Hauptkontrahenten Frankreich und Großbritannien und auch andere Staaten in neuen Interessenskoalitionen widersetzen. Zunehmende Bedeutung für die Stellung der BRD in Europa wird deren künftige Rolle in Osteuropa erlangen.

Kann man schon nicht von einer Dominanz der BRD in Europa sprechen, so noch weniger von einer "Weltmacht Deutschland". Abgesehen davon, daß eine solche Rolle als eigenständige Weltmacht keiner der westeuropäischen Mächte mehr zukommen wird, weil die Integration eine bestimmte, nicht mehr umkehrbare Interessenverflechtung untereinander bewirkt hat, fehlen der BRD solche "Weltmacht-Attribute" wie Atomwaffenmacht, Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, globale militärische Präsenz (wie die USA) u.a.

Viel wichtiger als eine Debatte über die richtige Wahl der Begriffe - Weltmacht, Hegemon, Führungsmacht, Großmacht, Dominanz etc. - ist die Verdeutlichung der heutigen spezifischen Bedingungen, unter denen die Expansion eines gestärkten Deutschlands vonstatten geht. Auch und

³⁹ Siehe u.a.: Reinhard Meier-Walser, Deutschland, Frankreich und Großbritannien an der Schwelle zu einem neuen Europa, Außenpolitik, Heft IV/1992, S. 334 ff.; Gregor Schöllgen, Deutschlands neue Lage, Europa-Archiv, Folge 5/1992, S. 125 ff.

⁴⁰ Zitiert in: Gregor Schöllgen, a.a.O., S. 128.

⁴¹ Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993, S. 347/348.

gerade für die BRD gilt, daß die Durchsetzung eigener Machtinteressen nicht mehr im Alleingang oder gar gegen die Hauptkontrahenten möglich wäre. Dies ist nur gemeinsam mit anderen, im Rahmen bzw. mit Hilfe von internationalen Zusammenschlüssen wie EG, NATO, OECD, WEU u.a. möglich. Man kann Georg Fülberth zustimmen, wenn er schreibt, daß die Aufgabe der bisherigen Zurückhaltung der BRD beim Einsatz der Bundeswehr nicht "...zugunsten des früheren Sonderweges oder gar eines neuen 'Vierten Reiches' (aufgegeben wird), sondern zwecks Teilhabe der BRD an einem neuen Typus Imperialismus, der Gesamtinteressen der führenden kapitalistischen Mächte unter menschenrechtlich-universalistischer Ideologie verteidigt."⁴²

Die vermehrte "Teilhabe" an den Gesamtinteressen des "neuen Imperialismus" gibt der BRD einen Machtzuwachs und verhilft ihr zur Durchsetzung eigener Interessen. Und hierzu kann die BRD vor allem ihr bedeutendes ökonomisches Potential einsetzen. In diesem Wechselspiel treten neue Gefahrenmomente auf. Durch vorschnelle Entscheidungen oder einseitige Aktionen der BRD können Bündnispartner in weiterreichende Auseinandersetzungen hineingezogen und für "deutsche Interessen" eingespannt werden. Ein Beispiel hierfür war der Alleingang der BRD bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Solche Aktionen können sich in Osteuropa oder anderswo wiederholen.

Historische Parallelen zur früheren deutschen imperialistischen Expansion lassen sich nur bedingt herstellen. Aber Gefahren für die Sicherheit Europas lauern auch heute in der "neuen" deutschen Expansion.

Frank D. Baldeweg

Deutschland 93 - die Klemme zwischen evolutionärem Paradigma und psychologischem "Credo"

Sicht eines Naturwissenschaftlers

*Es reden und träumen die Menschen viel
Von besseren künftigen Tagen,
Nach einem glücklichen goldenen Ziel
sieht man sie rennen und jagen;
Die Welt wird alt und wird wieder jung,
Doch der Mensch hofft immer Verbesserung.*

Friedrich Schiller, "Die Hoffnung"

Topologisch hat die Vereinigung Ost- und Westdeutschlands ohne Zweifel stattgefunden; politisch, wirtschaftlich, sozial und vor allem psychologisch keinesfalls. Trotz tönender Ankündigungen hat jene Vereinheitlichung der Lebens- und Schaffensbedingungen - nicht einmal in den Ansätzen - begonnen. Angesichts der Mühseligkeit, die diesen Vorgang zu charakterisieren scheint, entstehen Zweifel an der Machbarkeit überhaupt; dieser Zustand beeinträchtigt inzwischen die Gemütsverfassung der Deutschen erheblich und prägt sich - je nach mentalem Vermögen - in unterschiedlichsten Regungen, von irritiert bis verängstigt, von belehrend bis aggressiv, vor allem aber in einer zunehmenden sozialen Polarisierung aus, gerahmt von einer beängstigenden Hilflosigkeit der Politiker; die Unsicherheit hat inzwischen soweit um sich gegriffen, daß die verschiedensten rationalen und irrationalen Erklärungen gesucht werden, Interpretationen, die z.B. eine Begründung im besonderen deutschen Wesen und in der Spezifik der Machart suchen; das mag für gewisse Eigenheiten des Einigungsprozesses eine gewisse Rolle spielen, die Ursachen für dessen "Fehlleistungen" jedoch faßt es keinesfalls; diese sind prinzipieller Art.

Ich möchte versuchen, die den Einigungsprozeß dominierenden prinzipiellen "Fehlleistungen" sichtbar zu machen, ohne jedoch Besonderheiten zu übersehen; dazu wähle ich zwei Betrachtungsebenen:

Zunächst zitiere ich jenes, von ethnischen und subjektiven Besonderheiten abstrahierende "evolutionäre Paradigma" sozialer Prozesse (hierin dominieren aufdringlicher Weise eigene Überlegungen) und, um das die Vereinigung im besonderen beherrschende psychologische "Credo" interpretieren zu können, ist zudem ein Blick auf die nähere deutsche Geschichte sinnvoll.

⁴² Georg Fülberth, Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus, Hamburg, 1993, S. 147.

Von Grundantrieben der Geschichte

Das evolutionäre Paradigma - es modelliert "unterhalb" der Geschichtsphilosophie - bestimmt Geschichte als Abbildung von Mechanismen der sozialen Evolution auf Völker und Personen und - in gewisser Weise - auch deren Rückwirkungen auf den evolutionären Prozeß; auf diesem Niveau betrachtet, geschieht Geschichte in und mit sozialen Systemen; soziale Systeme sind für das "Überleben" evolvierende, strukturierte Systeme von Individuen; Überlebensfähigkeit baut sich in geschichteten, hierarchisch strukturierten regulierenden Funktionalismen aus der physikalischen bis in die psychische und sozialpsychische Ebene auf; d.h. soziale Evolution integriert Gesetzmäßigkeiten und Symmetrien der physikalischen, chemischen und biologische Evolution. Hier wirken offensichtlich Mechanismen fraktalen Charakters wie Erregung und Hemmung, Konzentration und Distribution usf. Evolutionäre Systeme reproduzieren sich aus der Balance von Kontraproduktionen, d.h. sie befinden sich in einem Prozeß ständigen Entstehens und Zerfallens, von Chaos und Ordnung; sie befinden sich in einem "fließenden Gleichgewicht". Zentraler Mechanismus sozialer Systeme ist der Wertschöpfungs- und Wertverteilungsprozeß; er wird von der Balance von Egoismus und Gemeinsinn geprägt; ein Individuum ohne Egoismus existiert nicht. In eine Gemeinschaft bindet es sich, weil es davon profitiert; damit reproduziert sich das Individuum über die Gemeinschaft und umgekehrt. Evolution ist durch einen Trend zu höherer Kompliziertheit charakterisiert, d.h. durch die Strukturierung aus "lebensfähigen" Bausteinen; soziale Systeme evolvieren durch den Eintrag somatischer, genetischer und extrasomatischer, tradierender Elemente. Je größer die Kompliziertheit, umso größer die evolutionäre "Anstrengung" zur Aufrechterhaltung der Struktur, umso leistungsfähiger die sogenannte Entropie- "Pumpe" zum Erhalt von Ordnung oder zur Beseitigung von Unordnung. Antizipierende, d.h. vorausschauende und damit auch sittliche Systeme bedürfen höherer Anstrengung als reflektorische.

Der Wertschöpfungs- und -verteilungsprozeß in Populationen der Spezies Homo sapiens erhält Besonderheiten:

Er wird geprägt durch einen evolutionären Trend zur Bewußtheit; das impliziert die Fähigkeit zum ideellen und physischen Artefakt, d.h. zur Erkenntnis und zur technologischen Innovation, aber auch zu bewußter Sittlichkeit; damit entsteht eine nichtlineare Dynamik in Trägerprofil und -struktur des Wertschöpfungsprozesses (Produktionsbasis, Produzenten), moduliert wird sie durch Machtstrukturen (in der Skala von Diktatur bis Demokratie) mit der ihnen eigenen Dynamik.

Hieraus erklärt sich ein Verhaltensspektrum, das archaische und mental hoch entwickelte Funktionen einschließt, Mechanismen, die sich in einer steten bedingungsabhängigen Balance halten; mental nicht beherrschte Antizipation provoziert Trivialregulationen.

Stagnation sozialer Systeme hängt mit dem Nachlassen "evolutionärer Leistung" zusammen; ihr Zerfall wird durch Verfall der Sittlichkeit signalisiert; die "Semantik" der neuen, evolvierenden Struktur ergibt sich als Korrelat von antizipierter Konfliktlösung und reflektierter Wirklichkeit, bewußte und unterbewußte Anteile integrierend.

Damit entsteht für soziale Systeme des Homo sapiens folgendes Bild: Der für ihn in besonderer Weise geprägte Trend zu ideeller und physischer Innovation wird durch eine Dynamik moduliert, bei der Phasen gesteigerter durch solche gebremster Wertschöpfung abgelöst werden; Phasen der Konzentration sozialer Werte z.B. auf bestimmte Teilpopulationen folgen solche der Distribution auf die gesamte Population; Phasen konzentrierter Wertschöpfung gehen in solche verteilter Wertschöpfung über; jede dieser Phasen ist durch entsprechende wirtschaftliche und politische Strukturen geprägt; Wandel wird in der Regel durch Ideologien und sittliche Konzepte angekündigt.

Die Dynamik sozialer Systeme wird getragen durch die balancierende Aktivität von Teilpopulationen, die sich in einer Elite-Mehrheit- und schließlich - bildhaft - in einer Rechts-Links-Beziehung abbildet; Elite entspricht jener Minderheit mit Veranlagung zur "Führung"; "Rechts" steht für ordnend, konservativ, Macht erhaltend; "Links" für schöpferisch, verändernd, Macht infragestellend; Elite und Mehrheit bedingen einander.

Damit ergeben sich für eine Interpretation geschichtlicher Abläufe, insbesondere für die des derzeitigen Geschehens Einsichten, innerhalb derer schließlich Bezüge zur Marx'schen Geschichtsauffassung entdeckt werden können:

- Eine moderne Gesellschaft ist nur lebensfähig, wenn sie zu Reflex und Vorausschau fähig ist; d.h. Markt und Plan sind notwendige und hinreichende sozialökonomische Funktionalismen.

- Ideelle und physische gesellschaftliche Antizipation bedarf entsprechender politischer und sozialökonomischer Instrumentarien.

- Die bürgerliche Gesellschaft stagniert; ihr dominierend wertkonzentrierendes egoistisches Credo hat sich übersteuert; es wird sicherlich eine Transformation in einen wertdistributiven, solidarischen Ansatz erfahren; dazu evolvieren moderne sittliche Konzepte; wird der Übergang mental nicht beherrscht (Runder Tisch; Politeia), geschehen archaische Reaktionen (Fundamentalismus, Faschismus); da schließlich auch ein solidarisches Credo in Macht gefaßt ist, ist Stagnation zwangsläufig, und wieder geschieht Transformation zu einer kreativen, egoistischen Phase, doch auf strukturell höherem Niveau.

- Träger moderner sittlicher Konzepte sind die Linken; moderne Sittlichkeit wird durch den Anspruch der Gemeinschaft bestimmt; sie bestimmt damit vor allem den Wert wissenschaftlicher Erkenntnis für die Reproduktion menschlicher Kreativität und der Überlebensfähigkeit der Spezies; sie bleibt der einzig denkbare Weg für die Evolution der Spezies.

Hieraus werden Übereinstimmungen und Abweichungen zur Marx'schen Geschichtsauffassung sichtbar; die durch Vulgärinterpretation sichtbar gewordenen Abweichungen sind:

- Eine angestrebte sozialistische Wirtschaft kann ihre "evolutionäre Vorgeschichte" nicht vergessen; ohne Markt kann sie nicht funktionieren; desweiteren gehört Privateigentum an Produktionsmitteln zur wirtschaftlichen Basis;
- Verhalten menschlicher Gemeinschaften läßt sich nicht allein durch bewußte Antriebe verursacht interpretieren; Bewußtheit baut sich über unterbewußte Verhaltensstrukturen auf und ist mit diesen gekoppelt;
- Eine Paradies-Zielvorgabe impliziert ein axiomatisches Moralkonzept, es ist damit nicht entwicklungsfähig und nicht praktikabel.

Die sozialistische Idee und ihre Machart

Die sozialistische Idee hat ihre Wurzeln in jenem - in der Gemeinschaft angelegten - "Gefühl" für sozialen Ausgleich; sie ist damit so alt, wie die menschliche Gemeinschaft; sie hat bislang die unterschiedlichsten, irrationalen und - in dem Maße, wie der analytische Verstand des Menschen wuchs - rationalen Artikulationen gefunden. Sie ist - um zum zuvor dargelegten Modell Bezug herzustellen - in einem evolutionären Rythmus wiederkehrende ideelle "Aufforderung" zur Gerechtigkeit, zur Distribution sozialer Werte, mit Nachdruck stets dann mitgeteilt, wenn soziale Widersprüche kulminieren.

Das Marx'sche Konzept, als ideelle Antwort auf prinzipielles "Fehlverhalten" des bürgerlichen Systems zu betrachten, provozierte geschichtlich scheinbar Paradoxes; daß mit der Revolution in Rußland seine physische Umsetzung in einem Land "versucht" wurde, das eigentlich die bürgerliche Revolution erwartete, kann sicherlich mit der promovierenden Wirkung einer charismatischen intellektuellen Elite in Verbindung gebracht werden: Die sozialistische Revolution "kam zu früh"; abgesehen von wenigen Jahren sozialer Prosperität restaurierte sich zwangsläufig eine Art fortgeschrittenen russischen Feudalismus; die damit verbundene Banalisierung des Sozialismuskonzepts hatte schwerwiegende Folgen:

Eine eigentlich für Westeuropa avisierte soziale Revolution wurde blockiert oder, so wie in Deutschland geschehen, auf ein triviales Niveau transformiert; der Faschismus erfüllte zwei für das Bürgertum wichtige Aufgaben; er blockierte eine psychische und vor allem physische Wirkung der Marx'schen Idee und deren Kern, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel - für das Bürgertum ein Sakrileg; und er vollführte, vom Kleinbürger angenommen, auch eine Art soziale Revolution - auf primitivem ethischen Niveau freilich, doch soziale Unzufriedenheit kanalisiert sich in spezifischer, für das Bürgertum zunächst akzeptabler Weise.

Der durch Faschismus multiplizierte Herrschaftsanspruch des deutschen Bürgertums fand schließlich seine geschichtliche Balance, er provozierte

eine soziale und vor allem ethische Gegenreaktion. Die Gründung der DDR war nicht nur Konsequenz einer Eroberung, sie hatte ein geschichtliches Motiv. Für eine gewisse Zeit schien es so, als ob - zumindest ideell - das "moralische Credo" der die bisherige deutsche Geschichte, einschließlich "Tausendjähriges Reich", tradierenden Bundesrepublik balanciert werden könnte. Nur - Antifaschismus allein genügt nicht zur Stabilisierung eines Staates.

Die Gründe für Krise und Zerfall der DDR sind vielfältig; es sind im wesentlichen auch die Gründe für den Zerfall des sogenannten sozialistischen Systems; den entscheidenden Grund "liefert" das evolutionäre Paradigma: Ein sozialökonomisches System, in dem mit einer solchen Ausschließlichkeit Gemeinschaft, Bewußtheit und gesellschaftliche Planung dominiert werden, verzichtet auf im Individualbereich angelegte Leistungsantriebe und auf reflektorische Wirtschaftsmechanismen; es benachteiligt sich evolutionär ähnlich wie letztendlich das dazu "konträre" System durch den bewußten Verzicht auf gesellschaftliche Antizipation.

Phänomene der Vereinigung und ihre Ursachen

Die "Vereinigung" der beiden Teile Deutschlands ist vor allem geprägt durch die sozialökonomische Dynamik des bürgerlichen Systems; sie verläuft außerhalb eines sittlichen Rahmens und damit folgerichtig.

Im Sinne der Psychologie des Marktes organisiert sich eine wirtschaftliche, politische, juristische und - sagen wir - psychologische Dominanz der westdeutschen "Elite", von den Ostdeutschen bislang noch nahezu widerspruchslos hingenommen; sie wird begleitet von physischer Enteignung und geradezu beispielloser Entmündigung, pseudojuristisch und vor allem medial begründet; die politische Moral - wenn es sie je gab - erfährt inzwischen - bestärkt durch den im Nachhinein vollzogenen Sieg über den "Bolschewismus" - eine weitere drastische Abwertung.

Von "ethischem Beiwerk" und vorausschauenden Überlegungen unbelastet werden in erster Linie Absatzmärkte erschlossen, Produktionsstätten aus bestimmten Gründen nur eingeschränkt - oder besser gar nicht - geschaffen, im wesentlichen werden vorhandene zerstört; zu den besonderen Leistungen zählt die sicherlich bewußt gesteuerte Paralyse des Ostmarktes; jegliche Konkurrenz, ob wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell usw. - insbesondere wenn sie "östlich" belegt scheint, wird - vermöge leistungsstarker Lobby - zumindest beeinträchtigt. Zu den begleitenden psychologischen Leistungen gehört die mit Hilfe der "Quislinge" und durch politische Hypochondrie legitimierte Versuch, die geschichtliche Identität der Ostdeutschen und damit deren Selbstgefühl zu zerstören. Verschiedentliche Ansätze einer staatlichen Regulierung, lösen sich flugs auf; auf nicht mehr als verbale Wirkung getrimmt sind solche Inhalte wie der sogenannte "Solidarpakt". Es ist schon erstaunlich, wie kurzfristig und damit "unren-

tabel" der sozialökonomische Mechanismus in dieser ansonsten so auf Rentabilität orientierten Gesellschaft angelegt ist.

Die an sich schrumpfenden sozialen Zugeständnisse des Staates belasten infolge ihrer Umfänglichkeit den Haushalt und provozieren weitere Schrumpfungen; damit reproduziert sich eine Art Teufelskreis zwangsläufig zuungunsten der sozialen Komponente des Staatswesens.

Damit können wir die Ursachen für die "Mühseligkeiten" der Vereinigung zusammenfassend nennen:

- Es ist zunächst einmal das kapitalistische Credo mit seiner orthodoxen Affinität zum Privateigentum, mit seiner prinzipiellen Unfähigkeit zu gesellschaftlicher Vorausschau.
- Es ist - im besonderen - eine nahezu provinzielle Furcht vor einer möglichen und unkontrollierbaren Prosperität im Osten zu Lasten der alten Bundesländer.
- Es ist der deutsche Kapitalismus, insbesondere die konservative Elite mit ihrer Tradition, jenem Weltkriegssyndrom im Besonderen, das zu Überreaktionen zu veranlassen scheint.
- Es ist der verspielte, in Deutschland auf besondere Weise praktizierte, amerikanische Demokratismus, der auch im gegebenen Fall seine soziale Impotenz offenbart.
- Es sind die Quislinge und Eiferer der neuen Macht.
- Es ist eine verschiedentlich rührend naive, aber auch "sozial verzogene" ostdeutsche Mehrheit.
- Es ist das Fehlen einer zu sozialer Gegensteuerung fähigen intellektuellen linken Bewegung.

Eines ist offensichtlich: Das bürgerliche System ist strukturell und sittlich überfordert, dies sowohl lokal als auch regional und vor allem global; die deutsche Vereinigung reflektiert diese These geradezu als Modellfall. Wenn eine wirkliche Vereinigung der beiden Teile Deutschlands stattfinden soll, und wenn vor allem jene sozialen und ökologischen Disproportionen in der Welt abgebaut werden sollen, hat ideeller und physischer Wandel zu geschehen.

Es ginge um die Transformation einer gesellschaftlichen Struktur von dominierend egoistisch in dominierend solidarisch. Wenn wir die Jahrzehnte "Realsozialismus" als erneuten - nur modern artikulierten - evolutionären Start eines - nicht nur lokalen - "sozialen Regelvorganges" in die Richtung dieses sich wiederholenden Wandels interpretieren, dann hat der Ostdeutsche dem Westdeutschen allerdings wesentliche Erfahrungen voraus, die er geradezu verpflichtet ist, als "kulturelles und soziales Erbgut" in die Genesis "deutschen Zusammenlebens" einzubringen.

Elisabeth Bessau

Freiheit als Utopie und als Realität in der BRD

Ausgehend von einigen der wichtigsten Grundrechte gilt es, zwei Fragen zu klären: 1. Was beinhalten diese Grundrechte in ihrem vollen Umfang? 2. Was fehlt an Grundrechten, will man eine menschenwürdige Gesellschaft verwirklichen?

Freiheit ist ein schillernder, vielschichtiger Begriff. Die Freiheit des Menschen gleicht in vieler Hinsicht der eines Vogels, der auf der Liste geschützter Arten steht. Beginnen wir mit Artikel 2 (2) GG: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden." Wird ohne die Grundlage eines Gesetzes von einem anderen Bürger in Leben und körperliche Unversehrtheit eingegriffen, so muß dieser Bürger, sofern er ausfindig gemacht wird, zumindest mit einer Geldbuße rechnen. 1990 bedeutete dies für die BRD: 126 203 Male wurde durch Mord, Totschlag, gefährliche und schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, sexuellen Mißbrauch von Kindern und räuberischen Angriff in diese Freiheit der Person eingegriffen, wobei 31 Prozent der Fälle nicht einmal aufgeklärt wurden. Die Gesamtzahl der wegen dieser Verbrechen 1990 Verurteilten entspricht 17 Prozent der Delikte.

Hier bestünde eine echte Aufgabe für den Verfassungsschutz, zur Aufklärung der Delikte und zur Festnahme derjenigen beizutragen, die dieses in der Verfassung verbürgte Grundrecht verletzen. Doch wir sprachen von der Freiheit des Vogels, die mit der durch das Grundgesetz verbürgten in mancher Beziehung vergleichbar ist. Der Vogel darf fliegen, wohin er will, wenn es nicht ein Gesetz zwecks Erhaltung der Art gibt, das sein zeitweiliges Einsperren rechtfertigt. So darf auch der Bundesbürger in jeden Ort der BRD ziehen (Artikel 11.1). Da es kein Anrecht auf einen Wohnraum gibt, darf er sogar bei Minustemperaturen auf der Straße schlafen. Darf er das wirklich? "Dieses Recht darf ... für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden ..." (Artikel 11.2). Die fehlende Lebensgrundlage wäre - für sich genommen - nicht maßgebend, sondern der Kostenfaktor Mensch. Ein Erfrorener ist kein Kostenfaktor. Erfrorene gibt es, wie wir kleinen Notizen der Lokalpresse immer wieder entnehmen können.

Artikel 12 (1) stellt fest: "Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen." Können wir wählen, wenn wir nur ungenau die mit der Wahl verbundenen Risiken kennen? Zum Beispiel zu den 1 730 000 Beschäftigten zu gehören, die 1990 einen Arbeitsunfall

erlitten oder sich eine Berufskrankheit zuzogen (ohne Wegeunfälle). Welche Wahlmöglichkeiten bestanden im Dezember 1992 (die Verhältnisse haben sich bekanntlich seither drastisch verschlechtert) in der Ex-DDR für 1,1 Millionen Arbeitslose, 0,8 Millionen Kurzarbeiter, 0,4 Millionen ABM-Beschäftigte, 0,6 Millionen Vorruehändler, also für 2,9 Millionen Menschen, eine von 0,03 Millionen offenen Stellen zu ergattern? Die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl kann nicht einmal zur Wahl zwischen dem Nichtstun in Mecklenburg in einem noch erschwinglichen Wohnraum oder der Arbeitssuche als Obdachloser in Frankfurt werden, weil eine solche Wanderschaft ohne konkretes Arbeitsangebot zum Beispiel den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe beseitigen könnte.

Es gibt keinen Mangel an notwendigerweise zu leistender Arbeit in der BRD, sowenig es einen Mangel an Wohnraum gibt. 1990 standen für jeden Bürger (Säuglinge eingeschlossen) der alten Bundesländer 36 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Es gibt genügend gesellschaftlich notwendig zu verrichtende Arbeit, und doch fehlen Millionen Arbeitsplätze. Es gibt Kinder berufstätiger Mütter, die tagsüber ungenügend versorgt sind; es gibt Alte und Invalide, die ungenügend betreut werden; es gibt Jugendliche, deren Freizeit einer anregenden Gestaltung bedarf; es gibt Schulklassen, die zu groß sind, Krankenanstalten, die zu wenig Pflegepersonal haben, Häuser, die sanierungsbedürftig sind. Aber es gibt die Freiheit des Staates, seine Mittel für Rüstung und die Freiheit der Kapitalbesitzer, ihre Mittel für Devisenspekulation einzusetzen. Durch beides wird die Menge der konsumierbaren Waren und Dienstleistungen nicht vergrößert, wie allgemein bekannt ist. Die Freiheit der Besitzlosen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, ähnelt der Freiheit eines Vogels, wenngleich es dem Menschen verboten ist, sich in unbenutzten Ecken fremder Häuser einen Schlafplatz einzurichten, wodurch der Vogel ein Mehr an Freiheit hat. Währungsspekulanten entziehen der Wirtschaft Investitionsmittel, die Arbeitsplätze schaffen könnten. Bodenspekulanten, Immobiliengesellschaften und die Eigentümer von Zweit- und Drittwohnungen treiben Preise in die Höhe und verhindern eine gerechtere Verteilung des vorhandenen Wohnraums.

Der Freiheit des Vogels hat der Mensch voraus, daß er sich ein Paradies ausmalen kann, in dem er gerne leben würde. Der eine verheißt dieses Paradies nach dem Tode, der andere nach den nächsten Wahlen, der dritte gaukelt die Gegenwart dieses Paradieses im Fernsehen vor. Diese Träume lähmen die Bereitschaft zum Handeln, zum solidarischen Handeln angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Umweltzerstörung, angesichts einer Welt von Werktätigen, die zwischen Hunger, Seuchen, Kriegen und Naturkatastrophen, die zum Teil ja menschengemacht sind, hin- und hergetrieben wird.

Freiheit ist weder die Freiheit eines Vogels noch die Willkür der Kapitaleigentümer. Freiheit existiert nur dort, wo auch die faktische Wahlmöglich-

keit besteht. Die Freiheit, zwischen Äpfeln und Bananen zu wählen, existiert nicht, wenn es keine Bananen gibt. Die Freiheit, Beruf und Arbeitsplatz zu wählen, besteht nicht, wenn es überhaupt keine Arbeit gibt. Die Freizügigkeit verschwindet, wenn ein erschwinglicher Wohnraum verschwindet. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist gefährdet, wenn ein abendlicher Stadtbummel oder ein Gang durch die Wälder für eine einsame Frau zur Gefahr wird. Das Recht verschwindet, wenn es der Staat nicht zu schützen vermag. "Die Wohnung ist unverletzlich", heißt es in Artikel 13 (1) des Grundgesetzes. 151 974 Wohnungen wurden allein 1990 aufgebrochen. Nur 16 Prozent dieser Einbrüche wurden aufgeklärt - auch hier hätte der Verfassungsschutz eine Aufgabe.

Wir müssen Ernst machen mit den im Grundgesetz genannten Rechten. Sie dürfen nicht wie die Früchte in Lessings Fabel zu hoch hängen, so hoch, daß sie nur zwei Dritteln in unserer immer häufiger so genannten Zweidrittelgesellschaft zufallen. Jeder hat die freie Arbeitsplatzwahl, daher muß jeder ein Recht auf einen Arbeitsplatz haben, der arbeiten kann und will. Die Wahl zwischen Arbeit und Untätigkeit steht über dem Recht auf Wahl zwischen zwei oder mehr Arbeitsplätzen. Der Schutz des geringeren Gutes hat nur dann einen Sinn, wenn das höhere geschützt wird. Das höhere ist ohne Zweifel das Menschenrecht, sich durch Arbeit verwirklichen zu dürfen.

Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die aber in unseren geographischen Breiten eines Wohnraums zu ihrer Verwirklichung bedarf. Jeder mündige Bürger muß ein Recht auf einen eigenen heizbaren Wohnraum haben. Der Gebrauch des Eigentums "soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen", bestimmt Artikel 14 (2) des Grundgesetzes. Der Gebrauch des Eigentums schadet der Allgemeinheit, wenn er für Zweit- und Drittwohnungen, die einen großen Teil des Jahres leer stehen, benutzt wird oder für Devisenspekulation oder für Bodenspekulation, um nur einige Beispiele für den Mißbrauch des Eigentums zu nennen, die natürlich vervielfacht werden könnten.

Freiheit als reales Sein, Willkür als Entartung von Freiheit und Konsumträume als Surrogat für Freiheit müssen reinlich unterschieden werden. Wenn wir zu einer Einsicht in das reale Wesen der Freiheit kommen, werden wir die Freiheit des Vogels nicht mehr als eine menschengemäße Freiheit akzeptieren können. Wir werden die Eigentumswillkür auf Kosten der Allgemeinheit zu einer Eigentumsfreiheit zum Wohle der Allgemeinheit zurechtstutzen müssen. Wir werden die Willkür der brutalen Gewalt, die ihre Vorbilder oft in den Medien findet, zwecks Wahrung unserer Grundrechte eindämmen müssen.

Erst wenn mehr und mehr Bürger einsehen, daß der Umfang der Grundrechte ungenügend ist, daß zu den Grundrechten auch die minimalen Rechte eines menschenwürdigen Daseins gehören, wird der Aufbau einer wirklich freiheitlichen Gesellschaft erfolgen können. Denn für welchen ge-

sunden Vierzigjährigen wäre es menschenwürdig, nutzlos zu Hause herum-sitzen zu müssen und seine Familie darben zu sehen, weil er keine Arbeit finden kann? Wird Kapital investiert, so dient in Zeiten großer Arbeitslosigkeit dieser Gebrauch des Eigentums nur dann zugleich dem Wohle der Allgemeinheit, wenn dadurch keine Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Einzig wenn andernfalls der Zusammenbruch des Unternehmens zu erwarten wäre, ist das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen auch in der gegenwärtigen Situation vertretbar. Erst wenn wir im eigenen Lande die dringendsten sozialen Probleme lösen, werden wir genügend Tatkraft entwickeln können, um zur Lösung der Menschheitsprobleme das Erforderliche beizutragen, damit nicht mehr - wie derzeit - 13 Millionen Kinder jährlich an Hunger und vermeidbaren Krankheiten sterben.

(Zu den Zahlen: die letztgenannte - Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen; Arbeitslosigkeit: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 1993; alle übrigen: Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland.)

Sozialist

Zeitschrift marxistischer SozialdemokratInnen

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- ★ Für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Parteiunabhängig
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Jahresabo 28,00 DM
- ★ Einzelheft 5,00 DM

Heft 2/93 - April/Mai
u.a.: SPD und Jusos, Solidar-Pack, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Heft 3/93 - Sommer
u.a.: Wirtschaft/Gewerkschaften, Jusos, SPD, § 218

Kostenloses Probeheft bei
Sozialist
Im Körbchen 10 • 37079 Göttingen

Ich möchte ein kostenloses Probeheft:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Thorsten Cabalo

Zerfall von Gesellschaft und der Kommunitarismus

Das, was wir üblicherweise "Kapitalismus" nennen, ist eine Doppelformation aus Kapital und Staat. Den Fortbestand einer arbeitenden Klasse, das reibungslose Funktionieren von Märkten zu gewährleisten, den ökologischen Kollaps zu verhindern, ist das Kapital auf den Staat angewiesen. Im Rahmen der einzelnen Staaten bemühen sich herrschende wie nicht-herrschende Klassen um eine Rationalisierung der langfristig irrationalen Profitlogik des Kapitals. Diese Figur ist heute in Frage gestellt. Staatlichkeit als Regulationsprinzip des gesellschaftlichen Lebens auf nationaler und auf internationaler Ebene zerfällt. Die Vielvölkerstaaten der alten und der neuen Peripherie versinken im Chaos innerer Kriege. Die Ursache der Auseinandersetzungen liegt letztlich in einer Abnahme des ökonomischen Verteilungs- und Entwicklungsspielraums. Es geht in den inneren Kriegen nur noch darum, die "eigenen Leute" durchzubringen, nicht mehr um das gemeinsame Fortkommen aller. Auch im Norden ist der Staat in Auflösung begriffen. Der Versuch, Kompetenzen "nach oben" an supra- oder internationale Institutionen abzugeben, um dem weltweit agierenden Kapital ein Gegengewicht entgegenzusetzen, gerät ins Stocken. Seit den achtziger Jahren gibt der Staat im Zuge der Deregulierungspolitik darüber hinaus Kompetenzen "nach unten" ab, Staatsfunktionen werden privatisiert.

Was, wenn nicht der Staat...

Dem Zerfall von Staatlichkeit liegt eine Veränderung des Kapitalismus zugrunde. Der Staat als Regulierungsinstanz war zur Aufrechterhaltung der bisherigen Wirtschaftsweise im Kapitalismus wie im Sozialismus erforderlich. Das scheint nicht mehr der Fall oder zumindest nicht mehr finanzierbar zu sein. Für den Sozialismus bedeutete das seinen Untergang im Weltmaßstab. Für den Kapitalismus bedeutet es Regulationsabbau und soziales Chaos außerhalb produktiver Inseln. Mit dem Zerfall von Staatlichkeit wird die Grundlage, auf der bisher Reformpolitik betrieben wurde, hinfällig. Appelle an einen Staat, der nicht mehr präsent ist, sind wirkungslos. Dennoch hält linke Theorie den Staat weiterhin für die hauptsächliche Regulationsinstanz¹ - wohl weil bisher alle Bemühungen, eine Entwicklung von supranationalen Strukturen, die Eingriffsmöglichkeiten bieten, gescheitert sind. Es gibt sie nicht, die politische EG, die machtvoll-

¹ So die Regulationstheorie, die nicht lediglich internationale Kapitalbewegungen beschreibt und den Staat als Büttel des Kapitals vernachlässigt, sondern sich Gedanken über die Einbettung des Kapitals in bestimmte gesellschaftliche Rahmenbedingungen macht und auf dieser Grundlage nach Eingriffsmöglichkeiten sucht. Frank Deppe, *Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung*, Marburg 1991; Joachim Hirsch, "Globalisierung des Kapitals, Nationalstaat und die Krise des politischen Universalismus", *links. Sozialistische Zeitung* 278/279, Juli/August 1993, 37-41.

kommene UNO-Generalversammlung, und es wird sie in absehbarer Zukunft auch nicht geben. Tatsächlich handelt es sich um ein Problem mangelnder begrifflicher Differenzierung. Das Politische wird umstandslos mit dem Staat identifiziert. Wird diese Identifikation fallengelassen, muß die These, daß der Kapitalismus einer politischen Regulierung bedarf, auch dann nicht aufgegeben werden, wenn von einem Staatszerfall auszugehen ist. Dann ist eine Regulierung wirtschaftlicher Prozesse auch außerhalb des institutionellen Rahmens Nationalstaat denkbar. Zu denken wäre etwa an eine Politisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung.² Diese Anpassungen reichen jedoch nicht aus. Es gilt, "das Kapital" nicht als monolithischen Block, als eine außerhalb der Gesellschaft stehende separate Struktur, zu begreifen, die einer ebenso monolithischen übergesellschaftlichen Struktur bedarf - des Staates eben -, um es zu bändigen, sondern als ein Bündel von Eigentumsrechten, Transaktionskosten³ etc., von denen sich manche, wenn auch nicht alle, auf der einen oder anderen institutionellen Ebene kontrollieren lassen. Eine solche Eingriffsperspektive ist weniger übersichtlich als ein nationales - oder europäisches⁴ - Wirtschaftsprogramm. Tatsächlich würden die Fäden der Gegenmacht nicht mehr in der Form des Staates, sondern nur in der der Bewegung zusammenfließen können. Diese Perspektive zu scheuen, ist nicht nur eine intellektuelle Mangelercheinung der Linken, sondern dahinter steht eine ihrem Wesen nach links-bürgerliche Reformperspektive. Das Verhältnis zur Staatlichkeit überhaupt bleibt nicht nur unreflektiert, sondern die Nichtreflexion bemäntelt Affirmation. Demgegenüber muß sich die Linke von ihrer Staatsfixierung lösen und zu einer internationalen Solidarität der Bewegung finden. Entwickelt werden müssen Alternativen zum Staat. Entwickelt werden muß ein neuer Internationalismus, der dereinst das System der Staaten ablösen kann.

Kommunitarismus

Tatsächlich ergibt sich, wenn die Frage nach Staatlichkeit überhaupt aufgeworfen wird, ein Dilemma: Der Staat als prinzipiell undemokratische Veranstaltung ist die Voraussetzung der Möglichkeit von Demokratie. Wir lehnen den Staat als repressive - Differenz, Selbstbestimmung nicht zulassende - Instanz ab. Aufgabe des Staates ist ja immer die "Angleichung der Lebensverhältnisse". Zugleich schafft der Staat jedoch den Rahmen, innerhalb dessen Selbstbestimmung der BürgerInnen erst möglich wird, und ein

² Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, *Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung*, Münster 1993.

³ Vgl. zu Neo-Institutionalismus und *property rights*-Theorien Samuel Bowles, Herbert Gintis, "Umkämpfter Tausch. Eine neue Mikrofundierung der politischen Ökonomie des Kapitalismus", *Prokla* 81, Dezember 1990, 8-65, und verschiedene Aufsätze in *Prokla* 82, März 1991.

⁴ Uwe Kremer, "Europa-Kongreß-Thesen", *spw* 71, Mai/Juni 1993, 16-19.

Ersatz ist nicht in Sicht. Die Abnahme des Politischen, der diskursiven Austragung von Differenz, dessen Raum der Staat ist, kann nur Entpolitisierung bedeuten. An die Stelle der politischen Auseinandersetzung tritt die Gewalt. An die Stelle des Staates tritt die Gemeinschaft, Nation, Stamm, Clan, Klientel, Familie, *lifestyle community*.

Die Ersetzung der Politik durch eine Gemeinschaftsorientierung ist nicht nur eine zeitgeschichtliche Beobachtung, sondern auch eine philosophische Bewegung. Speerspitze dieser Bewegung ist der Kommunitarismus. Betrachtet der Liberalismus, gegen den sich der Kommunitarismus wendet, Gesellschaft als eine rationale Vereinbarung aller, einander in ihrer Freiheit nicht einzuschränken, einander also wechselseitig die Freiheit und damit die Freiheit aller zu garantieren,⁵ so weist der Kommunitarismus darauf hin, daß sich das politische Zusammenleben der Menschen nicht darauf beschränken kann, Eingriffe in die persönliche Freiheit auszuschließen, sondern daß dem Politischen darüber hinaus ein eigener Wert zukommen muß. Das Zusammenleben muß als solches gewollt werden. Die politische Gemeinschaft, so die These des Kommunitarismus, ist nicht nur eine Zweckgemeinschaft, sondern der Raum menschlicher Selbstverwirklichung.⁶ Nur durch eine solche Wertauszeichnung kann politisches Engagement erklärt werden, und nur bei politischem Engagement kann Gesellschaft/Gemeinschaft funktionieren. Der Kommunitarismus bestreitet also nicht, wie es in der deutschen Rezeption gelegentlich verstanden wird, die Möglichkeit von Gesellschaft. Wenn er auf eine Dezentralisierung und Deregulierung des Politischen drängt, dann um Politik - durch Verschulden der herrschenden Parteien, die offensichtlich jede Rückbindung an ihren politischen Auftrag verloren haben und Politik nicht mehr *machen*, sondern nur noch *verkaufen*, unglaubwürdig geworden⁷ - erneut in der "bürgerlichen Gesellschaft" zu verankern. Die kommunitaristischen Überlegungen können nicht als rechte Entpolitisierungsstrategie, als ideologische Flankierung der Deregulierungspolitik abgetan werden.

Die Betonung der Bedeutung von Gemeinschaften - Kommune, Familie -, in die die Individuen eingebettet sind und deren Wohlergehen ihnen am Herzen liegt, ist folgerichtig. Zum einen entstehen hier die Wertbindungen, die für so wichtig erachtet werden. "Gesellschaftliche Verantwortung" dagegen ist ein Wert - und auf diesem Wert beruht das eigentlich Politische -, der nicht unmittelbar erlernt wird, sondern der erst eingesehen werden muß, und zwar setzt dieses "Einsehen", dieses sekundäre Erlernen, eine vorgängige Vertrautheit mit so etwas wie gemeinschaftlichen Werten

⁵ So konzipiert der Liberalismus etwa das Recht hauptsächlich negativ. Rechte sind Freiheitsgarantien gegen staatlichen Eingriff. Der Staat selbst schützt die BürgerInnen vor Übergriffen von Interessengruppen und reguliert die Auseinandersetzungen dieser Interessengruppen.

⁶ Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung*, Frankfurt a.M. 1992.

⁷ Manfred Güllner, "BRD: Die Wut der Wähler", *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/93, 530-535.

überhaupt voraus. Zum anderen sollen lokale und regionale Korporationen ein selbstbewußtes Gegengewicht gegen die Zentralmacht bilden.⁸

Wenn wir die kommunitaristische Bewegung in der Philosophie mit dem Zerfall von Staatlichkeit zusammenbringen, so scheint der Kommunitarismus auf den ersten Blick auf der Suche nach einer Alternative zur Staatlichkeit zu sein. Ist das wirklich der Fall? Bei Lichte betrachtet, ist es nicht richtig, Staat und bürgerliche Gesellschaft (oder "Zivilgesellschaft", nämlich Wirtschaft und öffentliche Meinung) gegeneinanderzustellen. Beide gehören zur selben Formation, beide repräsentieren "die Gesellschaft". Durch eine Stärkung der "bürgerlichen Gesellschaft" soll eine Staatlichkeit gerettet werden, die sich selbst gerade zugunsten von Gemeinschaften wegdereguliert. Auch hier gilt jedoch die weiter oben angestellte Überlegung, daß sich das Rad der Geschichte nicht einfach zurückdrehen, Staatlichkeit nicht einfach neu begründen läßt. Wäre die Krise der Staatlichkeit nur eine bisher nicht bewältigte Machtverschiebung zwischen Zentrum und Provinz, müßte Staatlichkeit nicht gerettet oder eine Alternative gefunden, sondern lediglich die heute adäquate Form von Staatlichkeit gefunden werden. Es ginge um eine Wiederdurchsetzung des Staates auf föderaler Grundlage.

Weltregionalgesellschaft

Zwar bleibt das Modell eines korporativen Gegengewichts gegen die Zentralgewalt in einer nationalen und staatlichen Denkweise befangen, und es vermag keine Perspektive auf eine Weltgesellschaft aufzuzeigen.⁹ Zu bedenken ist jedoch, daß eine Weltgesellschaft aus Gemeinschaften, Regionen bestehen wird. Diese müssen in dem Sinne "staatlich" verfaßt sein, als ein nicht-gemeinschaftliches Zusammenleben die Voraussetzung von Politik als interessenausgleichendem Diskurs über nicht-geteilte Werte hinweg ist.¹⁰ In einem anderen Sinne dürfen sie jedoch nicht staatlich, sondern sie müssen asymmetrisch, überlappend verfaßt sein, damit sie sich nicht zu neuen selbstgenügsamen Gebilden mit allen Insignien der Staatlichkeit entwickeln, die sich gegeneinander abgrenzen, statt zusammenzuarbeiten. Welche Formen eine solche Regionalisierung der Weltgesellschaft konkret annehmen kann, ist einstweilen nur ansatzweise ersichtlich. Die Herausbil-

⁸ Charles Taylor, "Der Begriff der 'bürgerlichen Gesellschaft' im Denken des Westens", in: Micha Brumlik, Hauke Brunkhorst (Hg.), *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M. 1993, 117-148; Claus Leggewie, "Die Erosion der deutschen Demokratie aus ihrer Mitte heraus", *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/93, 557-568.

⁹ So die Kritik von Karl-Otto Apel, "Das Anliegen des anglo-amerikanischen 'Kommunitarismus' in der Sicht der Diskursethik. Worin liegen die 'kommunitären' Bedingungen der Möglichkeit einer postkonventionellen Identität der Vernunftperson?", in: Brumlik/Brunkhorst, 149-172.

¹⁰ Gegen die Wertorientierung des Kommunitarismus wird denn auch die Kritik vorgebracht, daß die übereinstimmende Auffassung des Guten, die er als Voraussetzung von Gemeinschaft betrachtet, einen Diskurs verhindert. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung*, a.a.O.

dung entsprechender Formen muß jedoch als Voraussetzung der Möglichkeit einer Ablösung der starren Logik des Nationalstaats betrachtet werden. Zu analysieren wären in diesem Zusammenhang neben der oben erwähnten Forderung einer Politisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung zwei neuere Entwicklungen im internationalen System. Zum einen handelt es sich um die sogenannten "internationalen Regime", in denen über einzelne Politikfelder beraten wird, ohne daß sich supranationale Strukturen herausbilden. Die Frage ist, welche Machtbefugnisse solchen Zusammenschlüssen wechselnder Mitgliedschaft zuwachsen können und wie diese Macht demokratisch kontrolliert werden kann, wo also die Fäden anders als bei den Mitgliedsstaaten zusammenlaufen können. Der zweite Ansatzpunkt sind die entstehenden grenzüberschreitenden Euroregionen, die derzeit allerdings nur auf dem Papier bestehen und noch nicht mit Leben erfüllt sind.¹¹ Als ungeklärt muß vor allem gelten, wie sich eine funktionierende Regionalität zu einer politischen Organisation unter Verwirklichung von asymmetrischen Prinzipien aufstufen kann. Bei der regionalen Zersplitterung darf die Entwicklung ja nicht stehenbleiben. Zu erinnern wäre hier an die Überlegungen über eine "variable Geographie", wie sie in der Phase des Zusammenbruchs des sozialistischen Osteuropa für eine EG-Erweiterung diskutiert wurden.

Demokratiefähigkeit

Kommunitarismus, Regionalismus, Differenz sind jedoch nicht für das internationale System konzipiert, sondern als Voraussetzungen für eine politischere und weniger gewaltsame Austragung von Auseinandersetzungen innerhalb einer Gesellschaft gemeint. Damit ist die Frage nach den innergesellschaftlichen Voraussetzungen der Möglichkeit, z.B. ein Machtgleichgewicht innerhalb der Gesellschaft zu schaffen, aufgeworfen, die im vereinigten Deutschland eine besondere Rolle spielt.

Verstärkte gesellschaftliche Selbstorganisation zu fordern, kann in einer zerfallenden, einer sich kriminalisierenden Gesellschaft nicht Selbst- und ebensowenig Wiedereingliederungshilfe,¹² sondern nur Interessenvertretung bedeuten. Diese richtet sich aber prinzipiell gegen die Gesellschaft, die ja eine Verwirklichung der Interessen, die da vertreten werden, bisher nicht ermöglicht hat. Sie trägt also - in einer Situation, in der der Interessenstreit nicht mehr das gemeinsame Wohl, sondern den Zerfall der Gesellschaft befördert - zur Desintegration bei. Wenn in Deutschland über

¹¹ Wo eine europäische Regionalpolitik wirklich betrieben wird, handelt es sich eher um eine Vorführung der Schattenseiten des Imperialismus, so etwa das bayrische Eingreifen in die Spaltung der CSFR, in dem die Partei des slowakischen Ministerpräsidenten Meciar, die diese Spaltung maßgeblich betrieben hat, von der CSU unterstützt wurde.

¹² Etwa die städtische Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für faschistische Gruppenabende, die als Sozialhilfe firmieren und durch die es denen, die ihre Interessen außerhalb der Legalität, also außerhalb des gesellschaftlich gesetzten Rahmens, vertreten, ermöglicht werden soll, dieselben Interessen innerhalb dieses Rahmens zu vertreten.

eine Wiederherstellung des Politischen nachgedacht wird, wird jedoch der Interessenkonflikt als Grundlage der Politik - die es ja anders gar nicht geben müßte - ausgeblendet. Die Aufmerksamkeit richtet sich stattdessen auf eine angeblich verfehlte Erziehung der Jugend. Sie werde nicht mit der genügenden Autorität ausgeübt.

Dagegen wäre festzuhalten, daß der Gedanke einer antiautoritären Erziehung weiterhin richtig bleibt. Wenn einer Reinhonorisierung der Autorität das Wort geredet wird, dann wird das mit der Festigkeit der so vermittelten Werte begründet, die zu größerer Selbständigkeit befähige. Tatsächlich ist es ein Vorurteil, antiautoritärer Erziehung Verzicht auf die Vermittlung von Werten zu unterstellen. Beide Erziehungsformen können darin versagen. Im Falle des Gelingens ist jedoch das antiautoritär vermittelte Wertegerüst tragfähiger als das autoritär vermittelte, da autoritäre Vermittlung von Werten lediglich die Einbettung in eine entsprechende Wertegemeinschaft zum Ergebnis haben kann. Das heißt, sie befähigt nur zum Leben in dieser Wertegemeinschaft. Wertegemeinschaften sind jedoch erstens repressiv und zweitens in modernen Gesellschaften nicht stabil. Das vorwärtsweisende Element der kommunitaristischen Betonung von Werten wird in diesem pädagogisierenden Diskurs verfehlt. Wie jede autoritäre Politik sieht er das Problem lediglich in der Vermittlung nach unten, nicht nach oben. Das politische Problem besteht jedoch in Wirklichkeit nicht in der mangelnden Gemeinschaftseinbettung, wie die Theorie der "Modernisierungsverlierer" uns weismachen möchte, die die Motivation der Nazi-Skins in ihrer "Entwurzelung" sieht, sondern in der mangelnden Anbindung an höheren Ebenen, im mangelnden Gemeinsinn, in der Desintegration von Gesellschaft.

Die wirklichen Voraussetzungen für eine funktionierende Integration der verschiedenen politischen Organisationsebenen liegen an einer anderen Stelle. Eine politische Gesellschaft muß eine Gesellschaft sein, deren BürgerInnen sich - im Bewußtsein ihrer eigenen Interessen wie der gesellschaftlichen Notwendigkeiten - aktiv an den Willensbildungsprozessen wie an der Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen beteiligen. In einer Politik, die wirklich funktioniert, die solidarisch ist, ist ja die Relevanz intermediärer, "dezentraler" Instanzen für die Gesellschaft offenkundig.

Günter Wernicke

Trotzkismus versus Stalinismus - Zur Genesis der Vierten Internationale.

Am 3. September 1938 wurde im kleinen Dorf Perigny bei Paris, im Hause des Freundes von Leo Trotzki, des französischen Linken Alfred Rosmer, die IV. Internationale gegründet.¹

In Abwesenheit ihres geistigen Vordenkers und theoretischen Kopfes, des nunmehr im mexikanischen Exil lebenden Lew Dawydowitsch Bronstein (Trotzki), aber in "Anwesenheit" seines Todfeindes, Josef W. Stalin, wurde die Genese der sich als "revolutionär-marxistische Alternative" zum Stalinismus verstehenden internationalen kommunistischen Oppositionsströmung vollendet. Für Stalin war entscheidend, daß es seinem weltweit operierenden Geheimdienst erfolgreich gelungen war, einen seiner Agenten als Delegierten der illegalisierten und exilierten russischen Sektion Trotzki in das Führungszentrum, das Internationale Exekutivkomitee, wählen zu lassen und die Kontrolle der international strukturierten antistalinistischen Opposition garantiert werden konnte.

Innerparteiliche Kämpfe in der russischen Partei

Zwischen der nach heftigen, kontroversen Debatten und Auseinandersetzungen, die von einer Tendenz der permanenten Aufspaltung und auch teilweisen Reintegration in die Sektionen der Komintern begleitet waren,

¹ Vgl. u.a. Robert J. Alexander, *International Trotskyism. 1929 - 1985. A documented analysis of the movement*, Durham/London 1991; Pierre Broue, *Trotzkis Kampf für den Aufbau der IV. Internationale (1933 - 1940)*, Dortmund 1982; ders., *Historical notes on the struggle to found the Fourth International: 1934 - 1938*, London 1987; ders., *Michel Dreyfus, The International Left Opposition: Its origins and development (1927 - 1933)*, London 1987; dies., *The struggle for the Fourth International (November 1933 - April 1934)*, London 1987; Ian David Driver, *A history of the Fourth International 1923 - 1953*, Thesis, London August 1990; Pierre Frank, *Die Geschichte der IV. Internationale*, Hamburg 1975; Daniel Gluckstein, Louis Gauthier, *Der Kampf für die Internationale. Marx, Lenin, Trotzki*, o.O. 1987; SWP National Education Department, *Towards a history of the Fourth International*, New York 1973; Giles Vergnon, *Trotsky's "turn" towards the Fourth International: On what did he base it?*, London 1987. Wesentliche historische Zusammenhänge sind auch den Biographien über Trotzki zu entnehmen, insbesondere: Isaac Deutscher, *Trotzki*, Bd. 1 - 3, Stuttgart 1962 - 1963; Pierre Broue, *Trotsky*, Paris 1988. Mit Einschränkungen Dmitri Wolkogonow, *Trotzki. Das Janusgesicht der Revolution*, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1992. Äußerst informativ auch auf Grund neuer zugänglicher Archive die erschienenen Sammelbände der Trotzki-Kolloquien von 1990, u.a. Theodor Bergmann, Gert Schäfer (Hrsg.), *Leo Trotzki. Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Beiträge zum internationalen Trotzki-Symposium*, Wuppertal 26. - 29. März 1990, Mainz 1993; Terry Brotherstone, Paul Dukes (eds.), *The Trotsky Reappraisal*, Edinburgh 1992. Der 3. Band der kommentierten Schriften-Edition Trotzki (angekündigt in 4 Teilbänden, hrsg. von Helmut Dahmer u.a., Hamburg; Rasch und Röhring) wird erstmals die wichtigsten Texte Trotzki zur internationalen Linksoption enthalten.

erfolgten formalen Gründung der IV. Internationale und dem Entstehen einer zunehmend eigenständige organisatorische Strukturen entwickelnden Alternativströmung zum Sozialismus-Modell stalinistischer Prägung lagen annähernd anderthalb Jahrzehnte eines tiefgreifenden innerkommunistischen Differenzierungs- und Klärungsprozesses. Determiniert wurden diese Prozesse durch die ab 1923 eskalierenden innerparteilichen Kämpfe in der dominierenden russischen Partei zwischen den Anhängern um Trotzki und der zeitweiligen, pragmatischen machtpolitischen Intentionen folgenden Troika Stalin-Sinowjew-Kamenew. Als Inbegriff des "Revisionsversuchs des Bolschewismus", als "kleinbürgerliche Abweichung", wie ihn Stalin auf dem XIII. Parteitag der KPR(B) in seinem Schlußwort² definierte, wurde der "Trotzkismus" bewußt als eine "Erscheinung internationalen Charakters" definiert, den es galt, "in allen Parteien zu entlarven und ... als Strömung zu liquidieren."³

Damit waren in die innerkommunistischen Auseinandersetzungen bewußt "Ismen" implantiert worden, die zum Grundvokabular der Komintern und über Jahrzehnte zum sprachlichen Inventarium der kommunistischen Bewegung gehörten, Feindbilder innerhalb der Bewegung aufbauten und alle kritischen Tendenzen und Gruppen wie antikapitalistische Alternativen durchgängig als "linke", "rechte", "linkssektiererische", "rechtsopportunistische", "trotzkistische" usw. diffamierten, was August Thalheimer 1929 als "eine der abstoßendsten Blüten der bürokratischen Umkehrung der kommunistischen Organisationsprinzipien" bezeichnete, mit dem Ziel, jede kritische Position "durch Abblasen von politischem Giftgas" zu töten.⁴ Stalin begann ab Mitte der zwanziger Jahre unter Ausnutzung wechselnder Bündniskonstellationen in der Parteispitze und auch in der Komintern-Führung die innerparteiliche Opposition als Macht Konkurrenz auszuhebeln und deren internationale Vernetzungen zu zerschlagen. Hierbei bediente man sich bewußt geheimdienstlicher Mechanismen in Abstimmung zwischen GPU und Komintern, was insbesondere anhand der Akten des deutschen Geheimdienstes in der Weimarer Republik prägnant nachweisbar ist.

Stalin kam dabei entgegen, daß Trotzki an entscheidenden Schnittpunkten der innerparteilichen Debatte schwieg, die Opposition das Leninsche Parteimodell mit allen statuarischen Festlegungen, insbesondere des Fraktionsverbotes, teilte und daher nur Reformen des innerparteilichen Regimes einschließlich der dringend gebotenen Korrektur des falschen Wirtschaftskurses fordern konnte, "ungeachtet des in wachsendem Maße offensichtlichen Monolithismus der herrschenden Dogmen der Partei, die zu

² J.W. Stalin, Werke, Bd. 6, Berlin 1952, S. 207.

³ G.J. Sinowjew, Über die Bolschewisierung der Parteien (Rede vor der Erweiterten Exekutive, März/April 1925), Hamburg 1925, S. 45; Ders., Thesen über die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien, ebenda, S. 104.

⁴ August Thalheimer, Um was geht es? Zur Krise in der KPD. Eine offene Rede zum Offenen Brief, Berlin 1929, S. 6.

der Marginalisierung und letztendlich zur Illegalisierung ihrer Argumente zwangen.⁵ Das kulminierte in dem von Stalin im Herbst 1924 deklarierten Konzept des "Aufbaus des Sozialismus in einem Land"⁶, das von einem nationalen Messianismus determiniert war. Für Trotzki war es gleichbedeutend mit einem Versuch, "unabhängig von den geographischen, kulturellen und historischen Bedingungen der Entwicklung eines Landes, das einen Teil der Weltgemeinschaft darstellt, eine in sich selbst abgeschlossene Proportionalität aller Wirtschaftszweige im nationalen Rahmen zu verwirklichen", was nichts anderes hieß, als "einer reaktionären Utopie nachzujagen."⁷ Die Folge waren in sich widersprüchliche "Links-" und "Rechtsschwenkungen" Stalins. Wiederholt unterbreitete die linke Opposition um Trotzki Alternativkonzepte.⁸ Doch "die Orthodoxie des Generalsekretärs erstickte jeden Meinungsstreit."⁹ Trotz der engagierten und glanzvollen Verteidigungs- als auch Anklagerede Trotzkis auf dem VII. Plenum des EKKI Ende 1926, in der er die falsche Politik Stalins als "sozialistische' Monroe-Doktrin" apostrophierte¹⁰, waren die Weichen sowohl national wie international gestellt. Bewußt wurden alle Kritiker einer beschleunigten Ausschaltung der Opposition in der russischen Partei eines "direkten, bewußten und systematischen Spaltungsangriff(s) gegen die Partei" beschuldigt, ihrer Funktionen enthoben und ausgeschlossen.¹¹ Selbst Ruth Fischer mußte konstatieren: "Der Traum von der Bolschewisierung ist ausgeträumt."¹²

Auseinandersetzungen um die Gründung einer IV. Internationale

Der unter Stalins Ägide forcierte Kurs auf den Monolithismus der Komintern und deren Instrumentalisierung im außen- und sicherheitspolitischen Interesse der stalinistischen Diktatur waren von einem bis dahin nicht gekannten Verbürokratisierungs- und Verapparatisierungsprozeß begleitet, das marxistische Denken war auf einen kanonisierten Marxismus-Leninismus in russischer Diktion reduziert. Die intolerante Ausgrenzung

⁵ Darron Hincks, 'No better Bolshevik' - Leon Trotsky & the 'Leninism' question, 1923-28, in: Journal of Trotsky Studies, Glasgow, No. 1, 1993, S. 43.

⁶ J.W. Stalin, Werke, Bd. 6, Berlin 1952, S. 353ff.

⁷ Leo Trotzki, Verratene Revolution, in: Trotzki, Schriften 1, Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Bd. 1.2. 1936-1940, Hamburg 1988, S. 720; Ders., Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution, Frankfurt am Main 1971, S. 7.

⁸ Erklärung der 13 (Juli 1926), in: Die linke Opposition in der Sowjetunion, Bd. 4: 1926, Berlin 1976, S. 71ff.; Trockij, V Politburo, in: Archiv Trockogo, t. 1, Moskva 1990, S. 230ff.

⁹ Dmitri Wolkogonow, J.W. Stalin. Triumph und Tragödie, Bd. 1.1., Berlin 1990, S. 226.

¹⁰ L.D. Trotzki, Rede auf dem VII. Erweiterten Plenum des EKKI, in: Die linke Opposition in der Sowjetunion, Bd. 4, S. 445.

¹¹ Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), I 2/3/64, Bl. 500; I 2/1/48, Bl. 69.

¹² Ruth Fischer an Arkadij Maslow, Moskau, den 9.1.1926, ebenda, I 2/3/67, Bl. 365.

kritisch Denkender und nach antistalinistischen Alternativen Suchender führte zu beträchtlichen Positionsverlusten der Bewegung und verstärkte die Tendenz der überdimensionierten Diffamierung von sogenannten "Abweichungen". Zugleich barg sie die Gefahr in sich, wie Trotzki sie bereits 1929 in der ersten Nummer des als russisches Organ der Linken Opposition erscheinenden "Bulletin der Opposition" in düsterer Voraussage prognostizierte: "Die bloße Proklamierung der Opposition zu einer 'konterrevolutionären Partei' genügt nicht. Ihm (Stalin) bleibt nur eins übrig, zwischen der offiziellen Partei und der Opposition einen blutigen Strich zu ziehen. Er muß um jeden Preis die Opposition mit Attentaten, Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand usw. in Verbindung bringen."¹³

Ungeachtet verschiedener Versuche einer internationalen Koordinierung linkskommunistischer Gruppen, Organisationen und "Parteien" wie der 1922 formierten anarchosyndikalistischen "Internationalen Arbeiter-Assoziation" oder der kurzlebigen rätekommunistischen "Kommunistischen Arbeiter-Internationale"(1925) blieb möglichen Alternativen zur Komintern der Durchbruch versagt. Dem Selbstverständnis der sich um Trotzki gruppierenden Linken Opposition in der Komintern war eine solche internationale wie nationale Strukturierung fremd. "Wir, die Opposition, verdammen uneingeschränkt jeden Versuch, eine zweite Partei zu gründen. Es ist die Stalin-Gruppe, die in dem Bestreben, die leninistische Opposition aus der allgemeinen kommunistischen Partei hinauszudrängen, von dem Zweiparteien-Programm spricht. ... Wir wollen aber nicht eine neue Partei schaffen, sondern den Kurs der allgemeinen kommunistischen Partei richtigstellen."¹⁴ Damit war aber von vornherein ein Konfliktpotential gegeben, wie es das Beispiel des Anfang April 1928 gegründeten deutschen "Leninbundes" zeigte¹⁵, in dem das EKKI und die KPD-Führung um Thälmann "den Grundstein einer trotzkistischen Internationale" sahen, "zu der in den anderen Ländern auch nur die verfaultesten opportunistischen Elemente ... gehören werden"¹⁶ und dem man daher vehement den Kampf ansagte.

Die von Moskau aber 1928 dekretierte erneute "Linksschwenkung" führte zu einer gewissen Desorientierung im linken oppositionellen Lager. Trotzki schrieb am 28.6.1928 von seinem Verbannungsort Alma-Ata in sei-

nem Programmentwurf für den VI. Kongreß der KI: "Der gegenwärtige Augenblick bedeutet einen Wendepunkt im Leben der KPdSU und der gesamten Komintern. ... Zur Zeit durchläuft die Komintern vielleicht ihre schmerzhafteste Entwicklungsperiode: Der alte Kurs ist bei weitem noch nicht liquidiert, und der neue dringt wie ein Fremdkörper in ihn ein. ... Man muß abwarten, damit die Führung sich setzen und die Verwirrung sich legen kann, damit die Widersprüche beseitigt werden und die Konturen der neuen Wendung bestimmter hervortreten können."¹⁷ Doch Trotzki's Überlegungen, die prägnant die Konfliktsituation innerhalb der KPdSU(B) und Komintern sowie den machtpolitischen Pragmatismus Stalins reflektierten, fielen weitestgehend der Ignoranz anheim. Das Umschwenken einer beträchtlichen Zahl ehemaliger Anhänger Trotzki's angesichts des "Linkskurses" und die endgültige Ausweisung Trotzki's aus der Sowjetunion im Februar 1929 markierten eine Zäsur für die linke Opposition, die sich mit einem Dualismus konfrontiert sah: Verbleib in den Komintern-Sektionen als linke Fraktion bzw. Reintegration oder Formierung neuer kommunistischer Parteien, um langfristig von "außen" die Komintern zu reformieren. Tiefgreifende Auseinandersetzungen prägten die Situation in den linken Oppositionsgruppen in Deutschland, Italien, Belgien oder Frankreich. Trotzki stürzte sich in seinem türkischen Exil auf Prinkipo mit der ihm eigenen Energie auf die Zusammenführung der zentrifugalen Kräfte der heterogenen internationalen Opposition, wobei er in einem Brief an Georg Jungclas vom 30.4.1929 den grundlegenden Unterschied zur Komintern betonte: "Die russische Opposition hat weder Ansprüche, noch Möglichkeiten über andere Sektionen der Opposition zu verfügen oder sie zu befehligen. ... Tanzen muß man nicht nach einer russischen, sondern nach einer marxistischen Pfeife. Oder soll vielleicht die russische Opposition auf den Marxismus verzichten aus dem Grunde, weil es eine 'deutsche Pfeife' ist?"¹⁸ Er entwickelte die Idee einer internationalen Koordinierung der verschiedenen nationalen kommunistischen Gruppen, obwohl objektiv vorhandene Informationslücken und Kommunikationsprobleme hemmend wirken mußten. Hinzu kam Trotzki's Hang zu einem elitären Sendungsbewußtsein als Erbe Lenins, womit gewisse Einseitigkeiten in Trotzki's außerordentlicher Fähigkeit zur marxistischen Analyse verbunden waren. Formal richtig ging er davon aus, daß die Sowjetunion ein "bürokratischer Arbeiterstaat" war, in dem die Chance einer Erneuerung "ohne eine neue Revolution, mit den Mitteln und auf den Wegen der Reform" bestand.¹⁹ Das führte aber innerhalb der sich formierenden Bewe-

¹³ L.D. Trotzki, 4. März 1929, Bulletin der Opposition, No. 1-2, zit. nach: Leo Sedow, Rotbuch über den Moskauer Prozeß 1936. Trotzki's Sohn klagt an, 4. Aufl., Frankfurt am Main Juni 1988 (Reprint der deutschen Ausgabe von 1937), S. 16.

¹⁴ Ders., Die wirkliche Lage in Rußland, Hellerau bei Dresden o.J. (1929), S. 158.»

¹⁵ Vgl. zur Geschichte des deutschen Trotzkismus u.a. Siegfried Bahne, Der Trotzkismus in Deutschland 1931-1933, Heidelberg 1958; Georg Jungclas, Aus der Geschichte der deutschen Sektion der IV. Internationale, Hamburg 1972; Hans Schafranek, Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988; Annegret Schüle, Trotzkismus in Deutschland bis 1933, Köln 1989; Rüdiger Zimmermann, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Bonn 1978.

¹⁶ ZPA, I 2/5/18, Bl. 347f.

¹⁷ L.D. Trotzki, Schriften 2, Über China, Bd. 2.1. (1924-1928), Hamburg 1990, S. 390f. Der Entwurf wurde geheim in einer zensierten und nur teilweise übersetzten Fassung Mitgliedern der Programmkommission und den Delegationsleitern zur Information für die Zeit des Kongresses gegeben.

¹⁸ ZPA, I 5/4/2, Bl. 193f.

¹⁹ Leo Trotzki, Probleme der Entwicklung der UdSSR (1931), in: Trotzki, Schriften 1, Bd. 1.1., S. 302; Ders., Der Klassencharakter der Sowjetunion. Die IV. Internationale und die UdSSR (1.10.1933), ebenda, S. 486.

gung bereits zu ersten Meinungsverschiedenheiten und Spaltungen, die bis in die Gegenwart für die Bewegung symptomatisch sind. In einem Brief an Rosmer schlug Trotzki am 13.10.1929 die Schaffung eines Provisorischen Komitees bzw. eines Informationsbüros vor, der sich Rosmer und der Belgier van Overstraeten anschlossen.²⁰ Akzentuiert schrieb er: "Das Gerede von einer Vierten Internationale, die ich befürworten würde zu gründen, ist völliger Blödsinn. Die sozialdemokratische Internationale und die Kommunistische Internationale haben tiefe historischen Wurzeln. Keine Zwischen- (2 1/2) oder zusätzliche (Vierte) Internationale sind notwendig."²¹ Man verstand sich als linke internationale Fraktion der Komintern, was von Trotzki in seinem "Offenen Brief an die Mitglieder des Leninbundes" vom 6.2.1930 prononciert hervorgehoben wurde²², dem sich Max Shachtman (Communist League of America), Alfred Rosmer (französische Linksopposition) und Leo Sedow (Markin) (Russische Opposition Bolschewiki - Leninisten) im Namen des Provisorischen Internationalen Sekretariats der Internationalen Opposition anschlossen.²³

Am 6.4.1930 fand in Paris ein erstes internationales Treffen von acht fraktionellen Linksgruppen aus sieben Ländern statt, das die Bildung der Internationalen Linksopposition (ILO) verkündete, mit dem "Aufruf an die Proletarier der Welt!" das erste offizielle Statement des internationalen Trotzkismus verabschiedete, zu dem sich weitere neun linkskommunistische Oppositionsgruppen aus sieben Ländern bekannten und das von Pierre Naville primär geleitete Internationale Sekretariat etablierte. Von Anfang an vermochte Moskau detailliert die Entwicklung der ILO und ihrer Sektionen durch langfristig in die Oppositionsgruppen geschleuste Kader zu kontrollieren und war durchaus in der Lage, permanente Spaltungen zu steuern, um die trotzkistische Bewegung an der Peripherie der Arbeiterbewegung sich selbst paralysieren zu lassen. Der sowjetische Geheimdienst forcierte in den dreißiger Jahren systematisch seine Aktivitäten und besaß mit "Etienne" (Mark Zborowski) als Freund von Leo Sedow, dem Herausgeber des "Bulletin der Opposition" und Sohn Trotzki, einen einzigartigen Informanten, dem im September 1938 sogar der Sprung in das Führungszentrum der IV. Internationale gelang.

Das Scheitern einer antifaschistischen Einheitsfront

Sehr besorgt sah die ILO ab Ende 1930 (!) auf die Entwicklung in der Weimarer Republik. "Das äußerst unbeständige Gleichgewicht der Kräfte

der deutschen Gesellschaft kann sich in der nächsten Periode ebenso nach der Seite der proletarischen Revolution wie nach der faschistischen Konterrevolution hin entwickeln. In dem einen wie im anderen Falle wird ganz Europa ... in den Strudel gewaltiger Ereignisse hineingezogen werden."²⁴ Dementsprechend zählten die Trotzkiisten zu den Kräften in Deutschland, deren Ziel die Herstellung antifaschistischer Aktionsbündnisse mit anderen Organisationen der Arbeiterbewegung war. Obwohl die Trotzkiisten in ihrem Brief vom 26.3.1932 an die Führungen der KPD und der am 4.10.1931 von der SPD abgespaltenen SAP ein durchaus konsensfähiges Aktionsprogramm gegen den Faschismus formuliert hatten²⁵, stellten im doktrinären Verständnis des EKKI und des Politbüros der KPD "die Gruppen der Seydewitz, Brandler, der Trotzkiisten, Urbahns u.a. ... die wichtigste Waffe der Sozialdemokratie im Kampf gegen die von der KPD organisierten Einheitsfront" dar.²⁶ Eindringlich forderte Trotzki die Schaffung der antifaschistischen Arbeitereinheitsfront, was in der "Erklärung der Bolschewiki-Leninisten zum Antikriegskongreß" Ende August 1932 in Amsterdam angesichts des heraufziehenden neuen Weltkrieges mit der "Perspektive des Ringens auf Leben und Tod zwischen dem faschistischen Deutschland und der Sowjetunion" betont wurde.

Die in 16 Ländern organisierte ILO rief analog zur Londoner Beratung linkssozialistischer Parteien am 7.2.1933 für den Juli 1933 zu einer internationalen Beratung zur Schaffung einer über die Organisationsgrenzen der existenten Strömungen der Arbeiterbewegung hinausgehenden antifaschistischen Einheitsfront auf.²⁷ Denn der Machtantritt Hitlers in Deutschland, dem Land einer der traditionsreichsten und kampferfahrensten Arbeiterklassen, deren hoher Organisationsgrad einzigartig in der kapitalistischen Welt war, dokumentierte nicht nur das offensichtliche Scheitern des strategisch-taktischen Grundkonzeptes der Komintern, sondern machte auch Modifikationen in dem trotzkistischen Konzept unumgänglich. Notwendig war zweifelsohne ein kritisches Überdenken der bisherigen politisch-ideologischen Postulate der linken Opposition, deren radikale Liquidation nach wie vor Priorität für den Kominternapparat besaß.

Bis zum Sommer 1933 vollzog sich im Denken Trotzki eine Umorientierung auf "eine neue Organisation der Avantgarde" und die Aufnahme von "offene(n) Verhandlungen mit den linken sozialistischen Organisationen", deren Grundlage die von der Februar-Konferenz beschlossenen Prinzipien

²⁴ An alle Sektionen der Internationalen Opposition. Über die Einberufung einer Konferenz der Europäischen Sektionen, ebenda, Paris, Nr. 2, Ende November 1930, S. 1.

²⁵ Unser Wort, Nr. 12, 7.4.1932. Es stellten im doktrinären Verständnis des EKKI und des Politbüros der KPD "die Gruppen der Seydewitz, Brandler, der Trotzkiisten, Urbahns u.a. ... die wichtigste Waffe der Sozialdemokratie im Kampf gegen die von der KPD organisierte Einheitsfront" dar. ZPA, I 6/3/230, Bl. 1.

²⁶ IISG, Amsterdam, Trotsky/ILO, 1256.

²⁷ Zu den Dokumenten der Vorkonferenz: Documents of the Fourth International, S. 13-46; IISG, Amsterdam, Trotsky/ILO, 839-841.

²⁰ Briefe von Trotzki an Rosmer vom 13.10.1929 und 13.12.1929, in: Pierre Broue (Hrsg.), Leon Trotsky - Alfred et Marguerite Rosmer. Correspondance 1929 - 1939, Paris 1962, S. 73, 96, zit. nach: Alexander, International Trotskyism, S. 253.

²¹ Writings of Leon Trotsky, 1929, New York 1975, S. 108.

²² Der Kommunist, Zeitschrift der Vereinigten Linken Opposition der K.P.D., Jg. 1, Nr. 1, Mitte April 1930, S. 5ff.

²³ Vgl. "Volkswille", Nr. 25, 28.3.1930; IISG, Amsterdam, Trotsky/ILO, 832.

bildeten mit dem Ziel, nicht "neue Parteien und eine neue unabhängige Internationale zu proklamieren, sondern sie vorzubereiten".²⁸ Dem sollte die vom 26. bis 27.8.1933 in Paris durchgeführte internationale Konferenz dienen, der intensive Sondierungen und Kontakte, Absprachen und Vereinbarungen zwischen einzelnen Gruppen der verschiedenen international strukturierten Zentren (Londoner Büro linkssozialistischer Parteien, Parteien um das Pariser Büro, ILO, ehemalige IVKO-Mitgliedsparteien und unabhängigen Parteien und Sozialisten) vorausgegangen waren. 40 Vertreter von 14 Organisationen aus 11 Ländern²⁹ debattierten das grundlegende Problem der effektiven internationalen Koordinierung, ohne einen Konsens zu erzielen. Bereits eine Woche zuvor waren vom ILO-Plenum die Umbenennung in "Internationale Kommunistische Liga (Bolschewiki-Leninisten)" und weitere konkrete Schritte wie der Eintritt der britischen Sektion in die ILO und die perspektivische Vereinigung der deutschen Linksoption und SAP sowie der niederländischen Parteien OSP und RSP beschlossen worden. Für die IKL(B-L) repräsentierte die "Erklärung über die Notwendigkeit und Prinzipien einer neuen Internationale"³⁰ von ILO (E. Bauer), SAP (J. Schwab), OSP (P.J. Schmidt) und RSP (H. Sneevliet) einen entscheidenden Schritt voran. Trotzki definierte diesen "Viererpakt" in einem Brief an die OSP und RSP sowie SAP vom 24.8.1933 bereits als einen realistischen Fokus für die neue Internationale³¹, obwohl das Kräftepotential bei weitem nicht mit dem der SAI und KI kompatibel war. Dem Londoner Internationalen Komitee linkssozialistischer und revolutionärer Parteien und Gruppen gehörten nach einer vertraulichen Information des IS der IKL(B-L) sechs Parteien an, die in Kontakt zu 31 linken Organisationen standen, während das trotzkistische Zentrum über 26 Organisationen weltweit verfügte, wobei nach unvollständigen Angaben in Europa 4000, in den sieben lateinamerikanischen Sektionen ca. 1800 und unter Berücksichtigung der Sektionen in China, Südafrika und Australien etwa 6000 Trotzkisten weltweit organisiert waren.³²

Der erhoffte und auch prognostizierte Zuwachs blieb aus. Die Umsetzung des "Viererpaktes" stagnierte.

²⁸ Gurow (Trotzki), Man muß von neuem kommunistische Parteien und eine neue Internationale aufbauen, in: Unser Wort, 1. Jg., Nr. 11, Prag, Ende August 1933; vgl. ders., Der Zusammenbruch der deutschen kommunistischen Partei und die Aufgaben der Opposition, Prinkipo, 9.4.1933, ebenda, Anfang Mai 1933.

²⁹ Vgl. zu den Dokumenten allgemein: Documents of the Fourth International, S. 56ff.; ZPA, I 2/3/189, Bl. 7ff.; IISG, Amsterdam, Trotsky/ILO, 1258 (auch verschiedene Entwürfe für die Dokumente).

³⁰ Vgl. Unser Wort, 1. Jg., Nr. 12, Paris Ende September 1933.

³¹ IISG, Amsterdam, RSP-Archiv, IV A RSP Int. Corr. 1929-1935.

³² Confidential! Revised list: International Committee Left-Socialist-Revolutionary Parties and Groups, September 1933, in: IISG, Amsterdam, Trotsky/ILO, 1258; Tätigkeitsbericht des IS der IKL (B-L) für die Zeit vom September 1933 bis März 1934, in: Ebenda, 834.

Die Geburt des Entrismus

Erneut erwies sich ein Strategiewandel als unumgänglich. Die in Frankreich ab Februar 1934 als Abwehr der faschistischen Reaktion einsetzende politische Radikalisierung der Arbeiterklasse, der Drang von FKP und SFIO zur Einheitsfront und vor allem der prägnante Linksruck in Teilen der SFIO und deren Jugendorganisation bewirkten die "französische Wende". Unter dem Namen "Vidal" schlug der zeitweilig französisches Asyl genießende Trotzki der französischen Ligue Communiste (nur 140 Mitglieder!) in ihrem internen Bulletin am 18.7.1934 vor, der französischen Sozialistischen Partei (SFIO) als bolschewistisch-leninistische Fraktion beizutreten; denn die LC "ist ein Embryo, und ein Embryo braucht für seine Entwicklung Decke und Nahrung."³³ Der "Entrismus" war geboren, ein Begriff, den Vereeken in das Vokabular der Bewegung einbrachte und der bis heute das zentrale Strukturierungsmodell der verschiedensten Richtungen der IV. Internationale charakterisiert. Formal galt die "französische Wende" seit dem IS-Plenum vom 14.-16.10.1934 als Generallinie der IKL³⁴, obwohl die Notwendigkeit einer neuen organisatorischen Alternative zu der SAI und KI, die auch von Kräften des Linkssozialismus nach wie vor bejaht wurde, unumstritten war.

Der am 3.3.1935 nach anderthalbjährigen Verhandlungen erfolgte Zusammenschluß von OSP und RSP in den Niederlanden zur "Revolutionär-sozialistischen Arbeiterpartei" (RSAP) setzte ein positives Signal. Trotz Parallelmitgliedschaft im "Londoner Büro für Revolutionär-Sozialistische Einheit" und IKL(B-L) avancierte sie mit 4500 Mitgliedern zum stärksten Motor für die IV. Internationale.³⁵ Eine Schlüsselrolle spielte auch die von James P. Cannon geführte amerikanische Sektion, deren Leitfunktion für eine Reihe lateinamerikanischer Gruppen und die südafrikanische Sektion unumstritten war und die am 2.12.1934 mit der American Workers Party unter dem Radikalsozialisten und späteren engagierten Kriegsgegner A. J. Muste fusionierte.³⁶ Unter Anerkennung der Verschiedenartigkeit der Wege schrieb Cannon: "Überall steht heute das Problem, die Kader der IV. Internationale herauszubilden und die Organisation aus Propagandazirkeln zu Massenparteien zu machen. Sind auch die Wege verschieden, so sind doch Zweck und Ziel die gleichen: Die Arbeiterbewegung auf der Grundlage des revolutionären Marxismus wiederzubeleben. Das Problem

³³ IISG, Amsterdam, Trotsky/ILO, 957.

³⁴ The present situation in the labour movement and the tasks of the Bolshevik-Leninists, in: Documents of the Fourth International, S. 60ff.

³⁵ Amsterdam, 8.2.1935, Sneevliet an Trotzki, in: IISG, Amsterdam, Trotsky/ILO, 178.

³⁶ Vgl. zur Geschichte der amerikanischen Sektion u.a. James P. Cannon, The History of American Trotskyism. From its Origins (1928) to the Founding of the Socialist Workers Party (1938), New York 1972, Jack A. Robbins, The Birth of American Trotskyism, 1927-1929: The Origins of a Radical Marxist Movement, o.O. 1973; Constance Ashton Meyers, The American Trotskyists, 1928-1941, University of South Carolina, Ph. D., 1974; dies., The Prophet's Army. Trotskyists in America, 1928-1941, Westport/London 1977.

unserer Epoche ist in einer einzigen Formel enthalten: *Kampf für die 4. Internationale.*³⁷

1935 war definitiv klar, daß nach den bisher mehr oder minder erfolglos praktizierten organisatorischen Konzepten nur noch der Weg des Kampfes eigenständiger Organisationen der IKL(B-L) für die alternative IV. Internationale offen geblieben war, was durch die im trotzkistischen Verständnis vom VII. Weltkongreß der Komintern vollzogene "erneute schroffe Rechtsschwenkung ... des bürokratischen Zentrismus"³⁸, die die "zentrifugalen Tendenzen innerhalb der zentristischen Gruppierungen (verstärkt)"³⁹, unumgänglich wurde. Das spiegelte sich im Sommer 1935 in dem Aufruf "Für die Vierte Internationale! Offener Brief an alle revolutionären proletarischen Organisationen und Gruppierungen"⁴⁰ wider. Bewußt an die programmatische Erklärung des "Viererpaktes" vom August 1933 anknüpfend, sah man sich in einer der "Zimmerwalder Linken" von 1915 vergleichbaren historischen Situation. Zugleich prophezeite man, daß "der Ausbruch eines neuen Krieges zu einem neuen Verrat führen" werde, "vor dem der 4. August 1914 verblassen wird." "Der konservative Absolutismus Stalins" habe der Komintern bereits den "Totenschein" übergeben, die wie die II. Internationale im Falle eines neuen Weltbrandes zerschmettert werden würde, was Trotzki bereits in dem Grundsatzpapier "Der Krieg und die Vierte Internationale" im Januar 1934 betont hatte.⁴¹

Die Lage der sich um Trotzki sammelnden Revolutionäre glich eigentlich mehr einem Zustand der Agonie als dem erhofften und wieder und wieder proklamierten revolutionären Aufschwung. In dieser Situation fand vom 29. bis 31.7.1936 im bekannten Pleyel-Saal in Paris die "Genfer Konferenz" der IKL (B-L) statt, die sich ungeachtet der äußerst begrenzten Teilnehmerzahl von knapp 20 Delegierten zur "1. Konferenz für die IV. Interna-

³⁷ J.P. Cannon, *Der Weg zur neuen Partei in Amerika*, in: *Unser Wort*, 2. Jg., Nr. 35 (51), Paris, Mitte November 1934.

³⁸ O-r (Otto Schüssler), *Der 7. Weltkongreß der Komintern. Vorläufige Bemerkungen*, in: *Unser Wort*, 3. Jg., Nr. 9 (61), Paris, Anfang September 1935.

³⁹ Leo Trotzki, *Zum 7. Weltkongreß der Komintern*, in: *Unser Wort*, 3. Jg., Nr. 10(62), Paris, Anfang Oktober 1935.

⁴⁰ Für die RSAP unterschrieben P.J. Schmidt und H. Sneevliet, die Bolschewistisch - Leninistische Gruppe der SFIO, für die Arbeiterpartei Kanadas (WPC) J. MacDonald und Maurice Spector, die Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten (WPUS) James P. Cannon und A.J. Muste und für das Internationale Sekretariat der IKL (B-L) Crux (Trotzki), Dubois (Ruth Fischer) und Martin (A. Leonetti). Dokument zit. nach: *Unser Wort*, 3. Jg., Nr. 8(60), Paris, Anfang August 1935.

⁴¹ Trotzki's Thesen wurden am 10.6.1934 von dem IS der IKL (B-L) angenommen. Abgedruckt u.a. in: *Lenin und Trotzki über Krieg*, Essen 1983, S. 38ff. In diesen Thesen hatte Trotzki interessanterweise auch auf die Möglichkeit verwiesen, die zu dem zeitweisen Bündnis zwischen Hitler und Stalin ab August 1939 führte. These 43: "Bei der jetzt politisch entstandenen Lage kann man im Kriegsfall ein Bündnis der UdSSR mit einem imperialistischen Staat oder mit der einen imperialistischen Gruppierung gegen die andere ganz und gar nicht für ausgeschlossen halten." Ebenda, S. 64.

tionale" erklärte⁴², obwohl aus unterschiedlichen Gründen nur 7 der 27 Sektionen präsent waren. Noch mußte Trotzki, der drei programmatische Dokumente für die als Gründungskonferenz der IV. Internationale geplante Tagung erarbeitet hatte, vor allem wegen des engagierten Widerstandes von Sneevliet (RSAP) einem Verzicht auf die sofortige Gründung zustimmen, konnte aber den Kompromiß erzielen, daß die Konferenz beschloß, die IKL (B-L) in die "Bewegung für die Vierte Internationale" zu integrieren und einen Programmentwurf für die zu gründende IV. Internationale zu erarbeiten.⁴³ Die einstimmig gebilligte Resolution "Die IV. Internationale und die Sowjetunion" besaß für die IV. Internationale bis zum Zusammenbruch der nominalsozialistischen Regimes ab 1989 programmatischen Charakter und skizzierte treffend reale und perspektivische Deformationen des sowjetischen Systems.

IV. Internationale versus Komintern

Der weltrevolutionäre Habitus des partiell elitäre Züge tragenden, sendungsbewußten Trotzki mußte eine permanente Provokation für den Kreml darstellen. Für Stalin war Trotzki die Inkarnation des Bösen. Mit den im August 1936 beginnenden Schauprozessen und einer historisch einmaligen Diffamierungskampagne gegen einen Großteil der bolschewistischen Kader setzte der stalinistische Terror ein. Trotzki bezeichnete die laufenden Schauprozesse als "eine der größten Fälschungen in der politischen Geschichte"⁴⁴ und initiierte einen international beachteten Gegenprozeß. Er fand seinen propagandistischen Höhepunkt in der engagierten Tätigkeit der von Dr. John Dewey geleiteten Untersuchungskommission, die von April bis September 1937 Hearings im Hause des mexikanischen Malers Diego Riveras, wo Trotzki zeitweise Zuflucht gefunden hatte, durchführte und in der u.a. neben George Novack, einem der späteren theoretischen Köpfe der Socialist Workers Party, Alfred Rosmer und dem amerikanischen Anarchistenführer Carlos Tresca auch Otto Rühle saß.⁴⁵

Getreu Trotzki's Prophezeiung von 1929 zog Stalin einen "blutigen Strich". Wo er direkt die Macht seines Repressionsapparates einsetzen konnte wie in der Sowjetunion und abgeschwächt im republikanischen Spanien waren die Opfer nicht mehr zu zählen. Für die Effektivität und Gründlichkeit der Arbeit des NKWD sprach beispielsweise auch, daß im März 1937 auf An-

⁴² Vgl. Alexander, *International Trotskyism*, S. 265f.; *Documents of the Fourth International*, S. 79ff.; *Theses, Resolutions and Appeals of the First International Conference for the Fourth International, held at Geneva, July 29, 30, and 31, 1936 and of the International Preconference for the New Youth International held at Geneva, August 1, 1936, Toronto 1936*; *Unser Wort*, 4. Jg., Anfang September 1936.

⁴³ *Der neue revolutionäre Aufschwung und die Aufgaben der Vierten Internationale*, in: *Unser Wort*, 4. Jg., Anfang September 1936, S. 2.

⁴⁴ *Erklärung Trotzki's gegenüber der Norwegischen Presse*, in: *Unser Wort*, 4. Jg., Paris, Ende August 1936, S. 1.

⁴⁵ Vgl. Albert Glotzer, *Trotsky. Memoir & Critique*, Buffalo/New York 1989, S. 258ff.

weisung von Jeshow die 7. Abteilung der Hauptverwaltung für Staatssicherheit Stalin eine Liste von 54 international erscheinenden trotzkistischen Zeitungen und Zeitschriften vorzulegen vermochte.⁴⁶ Trotzki's Sohn und Herausgeber des russischen "Bulletin der Opposition", deren Artikel vor Publikation schon auf Stalins Tisch gelangten wie auch Kopien von Trotzki's Manuskripten, starb am 16.2.1938 eines "natürlichen Todes" in Paris. Trotzki's Sekretär im norwegischen Exil, Erwin Wolf, wurde in Spanien ermordet. Ignaz Reiss, Leiter eines sowjetischen Geheimdienstnetzes in Westeuropa, "desertierte" aus dem Stalinschen Apparat, schloß sich der IV. Internationale an, wobei er Trotzki insbesondere vor Liquidationsplänen Stalins warnte. Er wurde am 4.9.1937 ermordet aufgefunden. Rudolf Klement, persönlicher Sekretär Trotzki's während seines Exilaufenthaltes in Paris, von Trotzki mit der Vorbereitung des Gründungskongresses der IV. Internationale beauftragt und ausersehen als deren Sekretär, verschwand am 13.7.1938 aus seiner Wohnung und mit ihm Tätigkeitsberichte trotzkistischer Gruppen und Dokumente der Gründungskonferenz, die ursprünglich spätestens sieben Monate nach der "1. Konferenz der IV. Internationale" vom Juli 1936 einberufen werden sollte.

Unter dem Eindruck der Formierung der amerikanischen Socialist Workers Party (SWP) an der Jahreswende 1937/38 in Chicago unter Cannon war für Trotzki das Ende der eigentlichen Vorgeschichte der IV. Internationale gekommen. "Von jetzt an steht die 4. Internationale den Aufgaben einer Massenbewegung gegenüber."⁴⁷ Theoretisch-politischer Ausdruck dieser Zäsur war das von Trotzki ausgearbeitete "Übergangsprogramm", das bis heute *das* programmatische Grundsatzpapier der Mehrzahl der sich in der Tradition der historischen IV. Internationale verstehenden, und auf das theoretische Erbe Trotzki's berufenden Internationalen symbolisiert.⁴⁸ Angesichts des offensichtlichen Scheiterns der Politik Stalins war "der Sturz der thermidorianischen Bürokratie ... die politische Hauptaufgabe in der Sowjetunion." Dabei wurde der internationale Kampf gegen die Komintern, die Trotzki als "Agent und Komplize der stalinistischen Clique beim Ersticken der spanischen Revolution und der Demoralisierung des internationalen Proletariats" apostrophierte, als der "wichtigste Teil des Kampfes gegen die stalinistische Diktatur" angesehen.⁴⁹ Als zentrale Aufgabe der IV. Internationale wurde der Aufbau nationaler Parteien bestimmt. Die 30 Teilnehmer, von denen 22 stimmberechtigte Delegierte aus 11 Ländern waren, tagten unter dem Vorsitz von Shachtman aus Gründen der Sicherheit nur einen Tag, absolvierten aber ein programmi-

⁴⁶ Vgl. Dmitri Wolkogonow, Trotzki, S. 362.

⁴⁷ Leo Trotzki, Coyoacan, D.F., 30. August 1938, Ein großer Erfolg. Zur Internationalen Konferenz der 4. Internationale, in: Unser Wort, 6. Jg., Nr. 6-7 (90-91), Paris, Mitte Dezember 1938.

⁴⁸ Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale (Übergangsprogramm), Frankfurt a.M. 1974.

⁴⁹ Ebenda, S. 41.

sches Mammutprogramm. Pierre Naville (Frankreich) gab bei der Eröffnung bekannt, daß die IV. Internationale über 31 Sektionen in 28 Ländern verfügen würde, wobei nur aus 17 Ländern die Mitgliederzahlen über insgesamt 5390 Trotzkisten vorlagen. Isaac Deutscher wies in seinem Brief an Pierre Frank vom 9.2.1960 darauf hin, daß seine Empfehlung an die polnischen Delegierten, gegen die sofortige (!) Gründung zu stimmen, von der Realität bestätigt wurde; denn er konstatierte bereits damals die kommende Isolation und politische Machtlosigkeit der IV. Internationale.⁵⁰

Die Zerrissenheit der Linken konnte nicht überwunden werden. Das anti-stalinistische Alternativprojekt "IV. Internationale", hatte zwar einen überlegenswerten theoretischen Ansatz, aber die Massen waren auf Grund der jahrzehntelangen Beeinflussung durch die Mechanismen der etablierten politischen Parteien der Arbeiterbewegung de facto organisationskonform gehalten worden, wobei die mitunter stark intellektualisierte Debatte innerhalb linker Gruppen an der Peripherie der Bewegung Sektierertum und die Tendenz zum Wahrheitsmonopol artikulierte.

Trotzki selbst wurde am 20.8.1940 Opfer eines Mordanschlages in seinem eigentlich hermetisch abgeriegelten Haus in Coyoacan. Die geheimdienstliche Unterwanderung der trotzkistischen Internationale durch die GPU hatte sich für Stalin ausgezahlt, für den erst die physische Liquidierung Trotzki's der Sieg war. Den direkten Befehl gab Stalin erst im März 1939 "im Auftrage des ZK".⁵¹ Trotzki's Werk, das sein lebenslanges Denken in Kategorien wie Epochen, Kontinenten und Revolutionen widerspiegelte, basierte nicht nur auf einem umfassenden Wissen. Die Determinante war sein unbeirrbarer Glaube an die Gesetzmäßigkeit der Revolution, den seine Anhänger bis heute teilen.

Die "Erben" Trotzki's sind auch heute eine nicht zu unterschätzende Komponente im Ringen der linken Bewegung um eine realistische, konsensfähige Alternative angesichts der weltweiten anhaltenden ernsten Krise der Arbeiterbewegung und verfügen über einen regional sehr unterschiedlichen Einfluß auf Sektoren der demokratischen und Arbeiterbewegung, der m.E. tendenziell zunimmt. Es zeichnen sich trotz der seit Frühjahr 1940 (!) permanenten Brüche, die bis heute mindestens zehn "Internationalen" (die möglichen Recherchen reichen von neun bis 13 international strukturierten Richtungen) in mitunter bewußter, drastisch überhöhter Abgrenzung voneinander das Dasein gaben, Tendenzen einer Annäherung in Teilen der Bewegung ab. Das Wissen um die historischen Zusammenhänge ist unerläßlich, will man eine sachliche und konstruktive Diskussion führen, um die antikapitalistischen Gesellschaftsalternativen auszuloten.

⁵⁰ IISG, Deutscher Archivs, 19.

⁵¹ Wolkogonow, Trotzki, S. 421.

Herrschaft der Bankrotteure

MES-Kolloquium, Wuppertal, 2./3.10.1993

Unter dem Thema 'Herrschaft der Bankrotteure' hat am 2. und 3. Oktober 1993 in der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal) eine Konferenz stattgefunden, die sich die Erörterung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise unter den Gesichtspunkten der Finanzentwicklungen und der neokonservativen Wirtschaftspolitik zu ihrem Zweck gemacht hat. Zu Beginn der achtziger Jahre hatte es geheißt, daß der Staat nicht über seine Verhältnisse leben dürfe, mehr Leistungsgerechtigkeit hergestellt werden müsse und der Marktwirtschaft wieder zu einer Wachstumsdynamik verholfen werden könne. Diese neokonservativen Versprechungen konnten, nach einer Bilanz von Michael Menard (Hamburg), nicht eingelöst werden, vielmehr hat sich Gegenteiliges noch verschlimmert. Warum hätten sich die selbsternannten Marktwirtschaftler als Bankrotteure entpuppt? Wenn gemeinhin davon ausgegangen werde, daß die Gewinne von heute die Investitionen von morgen seien, dann bestehe der Denkfehler darin, daß hier Investitionen einander gleichgesetzt würden. Tatsächlich seien die Investitionen nicht der Produktion zugeflossen, sondern den Finanzanlagen. Und Menard führte ein eindrucksvolles Beispiel an: In Großbritannien sollte mit der Privatisierung von Wohnungen das individuelle Eigentum gefördert werden. Die daraufhin steigenden Immobilienpreise boten wiederum Gelegenheit für vermehrte Kreditaufnahme. Sobald aber sich in dieser Entwicklung ein Rückschlag einstellte, hatten die neuen Wohnungsbesitzer plötzlich mehr Schulden denn Eigentum. Werde der Zins bei vermehrter Verschuldung zum Steigen angestachelt, dann hebe er dabei zugleich die Hürden für produktive Investitionen an und schränke damit ihren Kreis ein.

Was regiert den Zins, der alles in der Hand zu haben scheint? Nach Herbert Schui (Hamburg) ist der Zins eine politische Angelegenheit; er wird nach einem Kräfteverhältnis entschieden, in dem die Zentralbank ein entscheidendes Wort mitzureden hat. Das Problem liegt nach Schui nicht bei der angeblichen Verselbstständigung der Finanzmärkte, sondern vielmehr in der strukturellen Benachteiligung der Nachfrage. Für Joachim Bischoff (Hamburg) schließt sich das nicht gegenseitig aus und es sei schon an der Erforschung der relativen Verselbstständigung der Akkumulation des Geldkapitals festzuhalten. Es müsse an die These von Hilferding erinnert werden, daß die Entwicklung zum Finanzkapital weder die Staatsmacht noch die Sozialstruktur unberührt lassen werde. Die nachfolgende Kapitalismusanalyse habe dies sträflichst vernachlässigt. Bischoff zeigte das geradezu wuchernde Wachstum der Finanzmärkte auf, die raffinierten Formen der Derivative und die wachsende Labilität des Systems. Die Finanzmärkte

zeigten noch am deutlichsten, wie den Gesellschaften ihre eigenen Verhältnisse über den Kopf gewachsen seien.

Heinz Jung (Frankfurt a. M.) griff das Stichwort vom Finanzkapital auf, um auf die liegen gebliebenen Fragen der Imperialismusdebatte (Hobson, Hilferding, Lenin) hinzuweisen, deren Aktualität auf noch zu klärende Strukturen der Kapitalismusedwicklung verweise. In der folgenden Diskussion ging es erstens um die Wiederaufnahme einer vor Jahren stecken gebliebenen Kontroverse über das Verhältnis zwischen der Real- und Geldkapitalakkumulation, zweitens um den Umgang mit der Staatsverschuldung zwischen Dämonisierung und Unterschätzung und drittens um das Verständnis des fiktiven Kapitals. Wie erklärt sich die Beobachtung, daß sich alles Kapital zu verdoppeln und zu verdreifachen scheint? Und es ging viertens um ein Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, die sich zusehends vertieft und verlängert. Wirkt sich darin einerseits die Verschuldung als belastendes Moment aus, so hat andererseits die neokonservative Politik für eine Schwächung der immanenten Stabilisatoren gesorgt, mit deren Hilfe der selbstzerstörerische Prozess nur zu einer Begrenzung gebracht werden könnte.

Inwiefern die gegenwärtigen Akkumulationsprobleme Tendenzen der sozialen Desintegration nach innen und nach außen provozieren, hat Klaus Steinitz (Berlin) mit seinem Beitrag thematisiert. Ein Casinokapitalismus verhalte sich blind zu den Quellen von Reichtum, dies gelte für die Arbeit ebenso wie für die Umwelt. Am Beispiel des Streits um die Entschädigung ehemaliger Grundbesitzer in Ostdeutschland demonstrierte Hans Luft (Berlin), wie dieselben Politiker, die Sparpolitik zu Lasten der unteren Einkommen predigen, mit weiterer Staatsverschuldung keine Probleme haben, wenn es um die Sicherstellung von Eigentümerinteressen geht.

In dieser Entwicklung bieten die deutschen Großbanken nach einem Beitrag von Hermannus Pfeiffer (Hamburg) das Bild profitierender Machtburgen, das sich ebenso von der katastrophenreichen deutschen Bankengeschichte der Vergangenheit wie den Bankenkrisen in USA, Schweden und Japan der Gegenwart abhebt.

Angesichts komplizierter ökonomischer Krisenentwicklungen, heftiger werdender sozialer Gegensätze und unverkennbarer politischer Zersetzung in der Republik nahm sich die Konferenz dennoch die Zeit und Konzentration, einigen unabweisbar werdenden theoretischen Fragen nachzugehen. Wie ökonomische Krisen die herrschende Klasse zu Gestaltungsfragen herausfordern und sich dabei das gesellschaftspolitische Paradigma verschieben kann, hat Wolfgang Jahn (Halle) anhand von Marx' Studien der geldpolitischen Auseinandersetzungen in Großbritannien aufgezeigt. Wenn sich zwischen der Auseinandersetzung damals und der zwischen Neokeynesianismus und Monetarismus einige Parallelen anböten, dann könnte das auf zugrundeliegende Bauprinzipien von Kapital und Kredit verweisen, über die nicht nur allgemeine Kapitalbewegungen zu erforschen

wären, sondern auch das Denken und Handeln der Menschen selbst. Darin ist sich aber die marxistische Linke uneinig. Hermann Jacobs (Berlin) wirft die Frage auf, ob die Werttheorie noch einen angemessenen Schlüssel für das Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitalismus bietet. Wie stünde es um die Erklärung der Inflation, wie um die der Preis- und Profitentwicklungen auf den wirklichen Märkten, und wie müsse der Zusammenhang zwischen der Einkommensverteilung und der Wertschöpfung in den Betrieben unterschiedlichster Größenklassen betrachtet werden?

Wie zwar eine ganze Bevölkerung solange zur Volksabstimmung geschickt werden kann, bis sie endlich ihr Ja-Wort abzuliefern bereit ist, nicht aber auch nur für Monate auseinanderdriftende Wechselkurse unter Kontrolle zu bringen sind, davon handelt das Debakel der europäischen Integration. Sarkis Latchinian (Leipzig) hob deutlich hervor, wie die Konsolidierungskriterien von Maastricht sich zu solchen der wirtschaftspolitischen Drangsalierung verkehrt hätten. Am Scheidepunkt zwischen einem Europa verbauter Integration und einem Europa der Nationalismen müsse politisch zugunsten einer sozialen und demokratischen Gestaltung eingegriffen werden.

In der abschließenden Diskussion wurde auf die 'Standort Deutschland'-Debatte als einem Generalangriff auf Gewerkschaften und Kommunen hingewiesen, dem gegenüber nicht bei Zustandsanalysen verblieben werden könne, sondern dem Alternativen entgegengesetzt werden müßten. Fritz Rische (Düsseldorf) illustrierte die aufgeworfenen theoretischen Fragen anhand der öffentlichen Debatte, verwies auf die programmatischen Übereinstimmungen in der Linken und klagte die konkretere Umsetzung ein. In ihren Diskussionsbeiträgen machten Klaus Steinitz und auch Michael Menard deutlich, daß ein Ausweg aus der verfahrenen Situation, in der sich Verschuldung und Zerstörung wirtschaftlicher Potentiale wechselseitig anstoßen, nur gefunden werden könne, wenn einerseits die Geldakkumulation beschnitten werde und andererseits eine aktive Beschäftigungspolitik die Quellen sozialen Reichtums stärke. Darüber würde sich dann auch ein bewußterer Umgang damit entwickeln.

Fritz Fiehler

Alte Weltordnung - Neue Weltordnung

"Utopie kreativ"-Kolloquium in Berlin am 15./16.10.1993

In dem von etwa 30 Teilnehmern besuchten Kolloquium über "Alte Weltordnung - Neue Weltordnung", veranstaltet von der Zeitschrift "Utopie kreativ" zu Ehren des vor kurzem 80 Jahre alt gewordenen Nestors der Politischen Ökonomie in der DDR, Prof. Dr. Gunther Kohlmey, war ein großer Teil der bekannten (überwiegend ehemaligen) Hochschullehrer der

DDR aus dem Bereich der Politischen Ökonomie vertreten; "westliche" Teilnehmer waren ebenfalls anwesend, aber in der Minderheit.

Einleitend referierte der Jubilar selbst über das Verhältnis von ethnischer Selbstbestimmung und Globalität, wobei er das zwischen diesen beiden Polen angelegte Spannungsverhältnis als für die unmittelbare, zukünftige Entwicklung zentral ansah. Gerade durch die wesentlichen Züge der Globalität (Globalität des Kapitalverhältnisses unter Einschluß der Marginalisierung, die Globalisierung der Finanzstrukturen und die imperialistische Blockbildung) würden die Konfliktlinien zwischen den Weltregionen wie auch innerhalb der Nationalstaaten zugespitzt werden. Kohlmey setzte sich in diesem Zusammenhang mit den Thesen von Huntington, Kennedy und Kurz auseinander, plädierte für eine von den progressiven Strömungen stärker zu beachtende Vermittlung von Nah- und Fernzielen, für die Entfaltung "alternativer Szenarien", die Ansatzpunkte durchaus im lokalen bzw. regionalen Rahmen (z.B. der kommunalen Selbstverwaltung) haben könnten.

Prof. Hermann Klenner (Berlin) schlug den Bogen von den ersten Utopisten (Morus, Campanella u.a.) über I. Kant bis hin zur Charta der Vereinten Nationen. Seine zentrale These war, daß Menschenrechte (im weitesten Sinne), Bürgerrechte, Staats- und Völkerrecht in einem derart engen, inneren Verhältnis zueinander stünden, daß z.B. Defizite auf der Ebene der nationalen Bürgerrechte nicht durch das jeweilige Staatsrecht oder Mängel auf der Ebene des nationalen Staatsrechts nicht durch weitergehendes Völkerrecht quasi "kompensiert" werden könnten. Die gegenwärtige Tendenz zur Funktionalisierung der UNO durch die verbliebene Supermacht und die Versuche anderer Großmächte, sich durch ähnliche Politiken zu profilieren (z.B. Beteiligung der BRD an UNO-"Friedensmissionen"), sei ein Beleg dafür.

Im dritten Beitrag zog Prof. Dr. Dieter Boris (Marburg) eine kleine Bilanz der vom IWF und der Weltbank verordneten Stabilisierungs- und Anpassungspolitik in der "Dritten Welt" und legte dar, daß sowohl in kurz- wie mittelfristiger Hinsicht diese Orientierung überwiegend negative Konsequenzen für die peripheren Länder hatte; dies gelte für die ökonomische, soziale und ökologische Ebene in ähnlicher Weise. Auch die vom IWF und der Weltbank neuerdings stärker beachtete Armuts- und Ökologieproblematik sei im Grunde genommen bis heute für die Anlage der Umstrukturierungspolitik marginal geblieben.

Die Diskussionsbeiträge zu den Referaten konzentrierten sich naturgemäß um die inhaltliche Bestimmung des Begriffs "Neue Weltordnung", um die tatsächliche oder scheinbare Hegemonialposition der USA, um die Frage einer auch schon früher (vor dem Zerfall des "Realsozialismus") vorhandenen Tendenz zur Multipolarität, mit der Problematik der verschiedenen "Generationen von Menschenrechten" und schließlich auch - nicht zuletzt

im Zusammenhang mit der "ethnischen Selbstbestimmung" - um die Rolle von Religion/Kultur in der sich herausbildenden "Neuen Weltordnung".

Der zweite Tag des Kolloquiums wurde mit einem Referat von Prof. Dr. Hans Wagner (Berlin) eröffnet, das sich mit methodologischen Grundfragen einer marxistischen Einschätzung der heutigen globalen Krise beschäftigte. Er bestimmte seinen theoretischen Ansatz in einer modellhaften Analogie der heutigen Situation zur Evolution der Jäger- und Sammlergesellschaft vor und bis zur agrarischen Revolution. Die Analogie bestehe dabei vor allem darin, daß beide Krisen als historische Stoffwechselkrisen in der menschlichen Evolution zu begreifen seien. Die Reproduktionsbedingungen der natürlichen Umwelt treten als absolute Naturgrenzen in Erscheinung. Für die heutige Krise gelte, daß der industrielle Prozeß in eine historische Sackgasse geraten und das ökologische Gleichgewicht weltweit gestört sei.

Lösungen könnten nur in zwei Richtungen gesucht werden: in der Schaffung geschlossener Stoffwechselkreisläufe und in der umfassenden Nutzung eingestrahelter Energie. Gegenwärtig werde aber in den Industrieländern noch immer eine Strategie der Reparatur der Folgen des Raubbaus an der Natur und nicht eine Strategie der Ursachenbeseitigung betrieben, da die Veränderung der Reproduktionskreisläufe eine gewaltige Kapitalentwertung bedeute.

Dennoch erweise sich der Kapitalismus als entwicklungsfähig. Im Resultat der umfassenden kapitalistischen Vergesellschaftung eröffne sich das assoziierte Kapital wachsende bewußte und globale Handlungsräume. Der Vergesellschaftungsprozeß führe nicht nur zu einer partiellen Aufhebung von Kapitaleigenschaften der Produktion, sondern auch zur partiellen Aufhebung des Klassendaseins der Individuen der Arbeiterklasse, zu gravierenden Veränderungen im sozialstrukturellen Gefüge der Gesellschaft überhaupt. Der Prozeß enthalte so partielle Momente der Aufhebung des Klassendaseins.

Dr. Arndt Hopfmann (Berlin) stellte seine Ausführungen unter das Thema: "Das Allerwelts-Modell 'Marktwirtschaft' als Entwicklungsfalle? Transformationsperspektiven jenseits der alten-neuen Weltordnung". Er verwies eingangs darauf, daß die bisherigen Transformationsabläufe in Mittel- und Osteuropa zu enttäuschenden, teils katastrophalen Ergebnissen geführt hätten. Die Ursachen seien vor allem darin zu sehen, daß die Schaffung funktionierender marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme mit relativ leicht und schnell zu bewerkstellenden juristischen und politischen Veränderungen gleichgesetzt wurde. Überlegungen, die die tatsächlichen Ausgangsbedingungen in den Transformationsländern zu berücksichtigen suchten und eine entsprechende Formulierung realistischer Ziele für eine marktwirtschaftliche Transformation wurden durch marktradikale Konzepte verdrängt.

Gegenwärtig stünden zwar zeitliche Abfolge und Umfang der Reformschritte im Zentrum der Debatten, aber der eigentliche Defekt aller von westlichen Experten und östlichen Reformern entworfenen Transformationsstrategien werde dadurch nur auf der Ebene seiner Erscheinungen erfaßt. In allen Konzepten würden den gesellschaftlich handelnden Akteuren Verhaltensweisen abgefordert, die in der sie umgebenden Realität als irrational gelten müßten. In ihrer Ratlosigkeit gegenüber den sich unerwartet auftürmenden Schwierigkeiten der Reformwirklichkeit setzten die Radikalreformer zunehmend auf Beschleunigung der Reformprozesse. Damit wachse jedoch das Risiko, daß der Reformprozeß insgesamt kollabiert, unkontrollierbar an. Es gehe im Osten wie auch im Süden darum, Entwicklungsspielräume für neue Gesellschaftsformen zu öffnen, die nicht die weitgehende Imitation der westlichen Marktgesellschaften sein könnten.

Dr. Frank Unger (Berlin) stellte in seinem Beitrag den "Entwurf für eine neue Ostpolitik der Sozialdemokratie" vor, der von einem Fachausschuß des Berliner Landesverbandes der SPD für den im November stattfindenden Parteitag erarbeitet wurde. Das Papier geht von der Überlegung aus, daß das Spannungsverhältnis zwischen West- und Osteuropa derzeit explosiver ist als vor dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Es breiteten sich immer stärker Tendenzen der Abgrenzung zu Osteuropa aus. Dabei würde eine Einteilung der osteuropäischen Staaten in "gute" (Slowenien, Kroatien) und "böse" Staaten (Serbien) vorgenommen. In der Rußlandpolitik sei die einseitige Orientierung auf Jelzin und die ihn unterstützenden Kräfte zu kritisieren.

Den osteuropäischen Staaten würde eine Roßkur der Marktwirtschaft verordnet, anstatt vorhandene Institutionen zu nutzen, die spezifischen Ausgangsbedingungen dieser Staaten zu berücksichtigen und schrittweise vorzugehen. Dementsprechend werden am Ende des Papiers einige Empfehlungen formuliert, die für eine neue Ostpolitik wesentlich sein sollten. Erstens gehe es darum, für mehr Verständnis für die Besonderheiten der Entwicklung in den osteuropäischen Staaten zu werben; zweitens müsse man auf eine lange Periode einer staatlich gelenkten Transformation orientieren, um eine sozial verträgliche Marktwirtschaft zu schaffen; drittens müßten in diesem Prozeß Grundlagen für die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft dieser Staaten geschaffen werden, damit die osteuropäische Wirtschaft aus eigenen Kräften weiter wachsen könne; viertens sollte darauf hingewirkt werden, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den osteuropäischen Ländern wenigstens teilweise wiederherzustellen.

Die Materialien des Kolloquiums werden in den nächsten Nummern der Zeitschrift "Utopie kreativ" veröffentlicht. Dabei werden auch die Diskussionsbeiträge ausführlich berücksichtigt werden.

Dieter Boris/Horst Heininger

Reform oder revolutionäre Theorie und Praxis in Lateinamerika und Europa

Internationaler Kongreß am 2./3.10.1993 in Frankfurt/M.

"Es gibt keine kapitalistische Alternative, die in der Lage wäre, die Probleme der Welt zu lösen, nicht einmal die Probleme von weltweiter Dringlichkeit" so Eleuterio Huidobro, Vertreter der Tupamaros aus Uruguay.

"Ist ein lateinamerikanisches Projekt für die Massen innerhalb der bürgerlichen Demokratie und der kapitalistischen Ökonomie möglich? Wenn Ja, wie? Wenn Nein, welche Alternative besteht?" Unter dieser Fragestellung versammelten sich am ersten Oktoberwochenende in der Frankfurter Goethe-Universität namhafte VertreterInnen lateinamerikanischer linker Parteien und Bewegungen. Auf Einladung des internationalen Forums "Emanzipation und lateinamerikanische Identität", des Monimbó e.V., der "Koordination der Hessischen Nicaragua-Initiativen und kommunaler Partnerschaften" sowie der Stiftung Umverteilung fanden sich im legendären Hörsaal VI etwa 600 TeilnehmerInnen zusammen, um am Kongreß teilzunehmen. Leider kam der Austausch zwischen lateinamerikanischen Linken und dem europäischen Gegenpart nur in der Losung des Kongresses vor und der Gedankenaustausch zwischen Plenum und Podium wurde auf insgesamt 40 Minuten zusammengedrückt.

Schon in den beiden ersten Referaten der beiden Vertreter der PT Brasiliens zeigte sich, daß das Kongreßthema "Reform oder Revolution" eine ideologische Phrase war, die von den Vertretern der politischen Linken Lateinamerikas stillschweigend oder ausdrücklich negiert wurde. Die Vertreter aus Mittelamerika, Brasilien und Venezuela wiesen darauf hin, daß aktuell die Situation eintreten könne, daß sie über die Wahlen zur Regierungsverantwortung kommen könnten und damit in einer gegebenen Situation mit den inneren und äußeren Bedingungen zurechtkommen müßten. Dies in einer für alle Länder des Kontinents schwierigen ökonomischen und sozialen Situation, unter permanenter Bedrohung durch die jeweiligen Militärs und mit einem Regierungsapparat aus in der Regel konservativen Kräften und unter den Bedingungen eines schwachen Staates, der Teile der Staatsökonomie privatisiert habe und gleichzeitig in einer desolaten finanziellen Situation sei.

Unter der Überschrift "Die brasilianische Krise" führte Ivan Valente von der PT dazu aus: "Diese Krise ist ihrem Charakter nach strukturell ... Nachdem die brasilianische Wirtschaft seit 1930 die höchsten Wachstumsraten in der sog. 'westlichen Welt' zu verzeichnen hatte, lernte sie in den letzten 13 Jahren einen Prozeß der Stagnation und der hohen Inflation kennen. CEPAL errechnete, daß das Brutto-Inlands-Produkt pro Einwohner im Zeitraum 1981 bis 1989 in Brasilien einen negativen Wert von -0,4 hatte. Mit anderen Worten: Der Liberalismus hat uns in ein passives

Land verwandelt, ohne jede nationale Strategie ... Uns bleibt nur noch, uns völlig den Dynamiken des internationalen Finanzmarktes unterzuordnen. Eine der zentralen Dimensionen unserer nationalen Krise ist die des politischen Systems. Instabilität der parlamentarischen Basis und der verschiedenen Bundesstaatenregierungen, Unfähigkeit der Bourgeoisie, Parteien zu bilden, die die Aufgabe des Regierens 'unterstützen' und ein bemerkenswerter Verlust des Prestiges der politischen Aktivität, tragen zu dem bei, was viele Beobachter als 'Krise der Regierbarkeit' bezeichnen." (Reader, S. 5f.)

War dies eine indirekte Zurückweisung des Kongreßmottos, so wurde Shafik Handal von der FMLN El Salvadors deutlich: "Die Fragestellung ist wie eine Zwangsjacke, die den Blick auf die reiche Wirklichkeit versperrt." "In unserem Land findet derzeit ein noch unvollendeter Kampf für die Demokratie statt; das Land versucht, ein Jahrhundert autoritärer Regimes der Rechten -hoffentlich endgültig - zu überwinden, von denen während der letzten 60 Jahre Militärdiktaturen herrschten. Ob wir die Errichtung und Konsolidierung einer Demokratie erreichen oder aber sich die Restauration breit macht, das wird man sehen. Und, ob die Demokratie sich am Ende als eine 'bürgerliche', d.h. rein formale, oder aber als eine substantielle, d.h. partizipative mit endgültigem Volkscharakter herauskristalisieren wird, das ist eine Sache, die auch fraglich ist. Beide Kämpfe sind miteinander verwoben, wobei der erste (zwischen Demokratie und Restauration) heute der wichtigere und entscheidendere ist." (Reader, S. 46)

Und mit einem deutlichen Seitenhieb auf Dogmatismen formulierte er: "In der Diskussion innerhalb der lateinamerikanischen Linken (und nicht nur dort; die Verf.), speziell nach der kubanischen Revolution, gab es zwei reine orthodoxe Thesen über den richtigen Weg zur Revolution: den bewaffneten Weg bzw. den friedlichen Weg (ohne Waffen). Aus unserer Erfahrung ergibt sich jedoch eine heterodoxe These zum Weg der Revolution. Es ist möglich, daß ein erfolgreicher militärischer Kampf die Machtfrage nicht ganz oder nur teilweise lösen kann und daß dieses Problem dann auf der Grundlage eines neuen Kräfteverhältnisses und nach einer Umstrukturierung der erreichten Kräfte auf der Ebene des politischen und des sozialen Kampfes gelöst wird..." (Reader, S. 54)

Ebenso führte er zum Klassencharakter der Revolution und zum "wahren" revolutionären Subjekt aus: "So gab es unter den Akteuren der salvadorianischen Revolution während des Krieges eine beeindruckende Klassenvielfalt, aber ebenso eine außerordentliche ideologische Pluralität. ... Wir haben diese Lektion in der lebendigen Praxis gelernt und heute akzeptieren wir keine rigiden Schemata mehr, die fern aller Realität uns Modelle vorhalten, in denen die eine Klasse prädestiniert ist, eine revolutionäre Rolle zu spielen, und die anderen die Rolle der Konterrevolution. Mit Sicherheit ist es richtig, daß die revolutionären Kräfte zahlreicher und häufi-

ger aus der armen Bevölkerung stammen, aber sie kommen dort nicht als zu Revolutionären prädestiniert zur Welt." (Reader, S. 55)

Von Monica Baltodano Marcenario aus Nicaragua wurde diplomatisch, aber deutlich artikuliert, was sie von der Entgegensetzung von Reform und Revolution durch die Kongreßleitung hielt: "Müßten wir ganz allgemein auf die Frage, ob ein lateinamerikanisches Projekt für die Massen innerhalb der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus möglich ist, antworten, so wäre es ein kategorisches und emphatisches *Nein*. (...) Trotzdem, als Sandinistin und vor dem Hintergrund unserer nationalen Erfahrung, möchte ich Euch verdeutlichen, daß es die politische, materielle und soziale Möglichkeit gibt, die Frage, die uns hier beschäftigt, anders zu beantworten als mit einem reformistischen Ja und dem traditionellen linken Nein."

Vor dem Hintergrund der Möglichkeit, daß in den nächsten Jahren in einigen lateinamerikanischen Staaten linke Regierungen durch Wahlen an die Regierung kommen können, ist die Frage nach der tatsächlichen Ausgestaltung eines linken Politikansatzes von großer Bedeutung.

Die Diskussionen auf der Konferenz des Forums der lateinamerikanischen linken Parteien (Foro de Sao Paulo), das sich vor einigen Monaten in Havanna zum vierten Mal getroffen hat, spiegeln die Widersprüche und Problemlagen für eine emanzipatorische linke Politik in Lateinamerika, die auch auf dem Kongreß zutage traten. Trotz der Analysen der weltweiten Dominanzstruktur und der Ablehnung des Neoliberalismus als Ausdruck imperialer Herrschaft wird die "Lösung" der Probleme immer noch national gedacht; als reformistisches Projekt innerhalb der nationalen Grenzen. Das zweite Problem liegt darin, daß es keine Konzeption des Bruchs mit dem bürgerlichen Staat Lateinamerikas bzw. mit der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung gibt. Dabei verändern vier Tendenzen die Stellung des Staates in Lateinamerika: 1) Er wird abgewertet in Bezug auf seine Fähigkeiten, den wirtschaftlichen Prozeß zu regulieren und zu beeinflussen. 2) Er wird immer undurchlässiger für die populären Interessen. 3) Er befindet sich in einem Prozeß verschärfter Militarisierung und Bürokratisierung. 4) Er verwirklicht eine Form der "restringierten Demokratie".

Die Linke im Foro besitzt keine eigentlich kontinentale Strategie. Sie setzt in der Praxis auf eine "demokratisch-bürgerliche Modernisierung", so eine Zusammenfassung des Delegierten der PT Brasiliens, Nildo Domingos, über seine Eindrücke der Zusammenkunft in Havanna.

Dabei zeigt die Erfahrung der PT in Brasilien, daß die jetzige Stellung der Partei den radikalen Positionen und Kampfformen in den Anfangsjahren vor dem "Übergang" zur Demokratie geschuldet sind, daß eine "Sozialdemokratisierung" und eine Entwicklung zu "reformistischen" Positionen innerhalb der Partei deren Stellung für die Zukunft aufs Spiel setzt.

Für Ivan Valente (ebenfalls PT Brasilien) geht es bei der Lösung des Problems darum, zunächst auf nationaler Ebene die "Schere zwischen Wachstum und Verteilung" tendenziell zu schließen, um eine Umkehr der Logik, nach der das wirtschaftliche System strukturiert ist, um neue interne, binnenmarktorientierte Akkumulation, und dies angesichts der herrschenden internationalen ökonomischen "Spielregeln".

Miguel Bonasso (Argentinien) stellte in Abrede, daß sich das aus dem Staatsterrorismus erwachsene, lateinamerikanische Demokratiemodell als "sozialer Rechtsstaat" herausbilden könne.

"Es muß eine neue kreative Phase geben, eine neue Art des Kampfes um Demokratisierung, der nicht mehr auf externe Vorbilder setzen kann. Dies ist es, was die (von den USA gelenkten) Militärs auf dem Subkontinent unter der neuen Gefahr des 'amerikanischen Kommunismus' verstehen."

Ein weiterer Vertreter der FSLN Nicaraguas, Julio Marengo (Mitglied der Nationalversammlung), geht davon aus, daß ein "gangbares, realistisches und glaubwürdiges Projekt" innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie die Zusammenarbeit mit einigen bürgerlichen Sektoren als prinzipiellen Verbündeten, die "Fortdauer des Privateigentums auf dem Land, im Handel und sogar im Bereich des Finanzwesens" benötigt. Die Träger der sozialen Umgestaltung in einem Land wie Nicaragua müssen heterogen sein: Mittel- und Unterschichten, Massenbewegung des Proletariats und der Campesino-Bewegung (Anerkennung traditioneller Formen des kleinbäuerlichen Eigentums) und die Teile der Bourgeoisie, "die nationale Interessen verfolgen und die bereit sind, in einem Projekt mitzuarbeiten, das ihnen Frieden und klare Spielregeln für ihre unternehmerischen Aktivitäten garantiert", so der Abgeordnete der Nationalversammlung. Und weiter: "Die Theorie kann (...) nur aus der widerspenstigen Realität gewonnen werden..." Auch in Lateinamerika muß, gemäß diesem Ansatz, ein linkes Projekt ein Projekt der großen Mehrheit der Marginalisierten und der bäuerlichen Bevölkerung, der keine Opfer in der Gegenwart abverlangt werden können, um eine bessere Zukunft zu erwirken, sein".

In diesem Punkt ähneln sich die Ansichten des Nicaraguaners mit denen des Vertreters El Salvadors, Shafik Hándal. Dem letzteren wurde von der Diskussionsleiterin Dorothee Piermont Sozialdemokratismus vorgeworfen. Offensichtlich in der gesamten Herangehensweise wie auch im Diskussionsverlauf war der unterschiedliche Ansatz der Mitstreiter auf dem Podium erkennbar. Die kleineren Länder, die nicht oder nur wenig industrialisiert sind, haben verstärkte Probleme in der Überlebenssicherung breiter Bevölkerungskreise. So sind Hungertote in El Salvador, Nicaragua usw. an der Tagesordnung. Der Vertreter der Tupamaros (Uruguay), Eleuterio Huidobro, bemerkte hierzu: "Drei Mahlzeiten am Tag" sind zu einer revolutionären Losung geworden, um einen möglich gewordenen neuen "Dritten Weg", nämlich das "Chaos" in Lateinamerika zu

verhindern. Unter dieser drängenden Prämisse ist die Linke in Lateinamerika aufgefordert, alle Fragen theoretisch und praktisch grundlegend zu durchdenken, von überholten und sich als falsch erwiesenen externen Vorbildern Abschied zu nehmen, das Verhältnis von Staat und regionalen bzw. kommunalen sozialen Bewegungen sowie von nationalstaatlichen Projekten und kontinentaler strategischer Koordination neuzubestimmen.

"Das größte Problem der Revolution in der Welt von heute ist die Tatsache, daß diese nicht von den Metropolen ausgeht. Nur zu gerne würden wir in Uruguay Solidaritätskomitees für den Befreiungskampf in der BRD gründen. Diese Sachlage unterscheidet uns vom Beginn des 19. Jh.: Damals "brannte" Europa und deshalb konnte Simón Bolívar seinen Traum träumen und dafür kämpfen. Sein Projekt ist in vielfältiger Weise an die französische, an die europäische Revolution gebunden", so Huidobro. Er problematisierte damit die These von der gemeinsamen Strategie aller linken lateinamerikanischen Kräfte im Geiste Bolívars, die vom Koordinator des "Internationalen Forums Emanzipation und lateinamerikanische Identität" Heinz Dieterich, dem deutschen Soziologie-Professor, der in Mexiko lehrt, in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt wurde.

Die PT Brasiliens, Anwärtin auf die kommende Regierung dieses südamerikanischen Staates, hat laut ihren Vertretern Nildo Domingos und Ivan Valente zu dieser Fragestellung folgende Haltung: Ein neues Projekt des Sozialismus kann nur ein "Projekt von Millionen" sein, ein Projekt, das alle sozialen Initiativen vereint, strukturelle Weltmarktwänge und die Abschaffung des Kapitalismus irgendwie neu vereint. Reine Wahlprogramme taugen dazu nichts. Es geht um die Herausbildung neuer Organisation- und Lebensformen, Formen der Produktion an der Basis. Dies kann zunächst nur national geschehen. Parallel dazu müßte der Dialog und die Diskussion über eine kontinentale strategische Koordination mit anderen fortschrittlichen Parteien und Bewegungen des Subkontinents gesucht werden.

So stehen sich zwei Imperative gegenüber: Auf der einen Seite hat Huidobro Recht mit der Feststellung, daß "wir mit der Veränderung in unserem kleinen Winkel beginnen müssen, bei den dortigen spezifischen Bedingungen". Auf der anderen Seite steht die Region einer "planetarischen Strategie der Ausbeutung", so Nildo Domingos, gegenüber. Doch die lateinamerikanischen Staaten haben es noch nicht einmal erreicht, ein Schuldner-Bündnis gegen die Gläubiger-Kartelle zu errichten.

Für die Parteien, die in den nächsten Jahren möglicherweise in Lateinamerika auf dem Weg von Wahlen an die Macht gelangen (Causa Radical in Venezuela, Frente Amplio in Uruguay, PRD in Mexiko, PT in Brasilien, FSLN in Nicaragua etc.) werden die Probleme dann erst anfangen. "Die Grenze zwischen Pragmatismus und Opportunismus", so sagt Mónica Balodano, "ist fließend." Um für die Armen real etwas ändern zu können, also für die Mehrheit der Länder, um nicht nur allein "Krisen-Regierungen" zu

sein, so der PT-Vertreter Ivan Valente, "müßten jene neuen Regierungen sich international koordinieren, eine Perspektive der lateinamerikanischen Zusammenarbeit finden, die über die gegenwärtigen, an den Interessen weniger nationaler und internationaler Konzerninteressen ausgerichteten, 'ausschließenden' regionalen Integrationsformen hinausgehen. Aber, und das ist sehr wichtig, die Länder brauchen Allianzen mit wichtigen Minderheiten in den Metropolen, was dann wieder Abstriche im Lebensstandard der dortigen Mittelklassen implizieren würde."

Es gibt zufällige Ereignisse, die mehr als jedes Wort die Quintessenz dieses Kongresses beschreiben. Huidobro hatte aus Uruguay einen Tonbandmitschnitt der letzten Rede von Salvador Allende, dem 1973 von den chilenischen Militärs ermordeten chilenischen Präsidenten mitgebracht. Diese Rede wurde ausgestrahlt, während der Präsidentenpalast mit Bomben und Maschinengewehren angegriffen wurde. Sie ist ein erschütterndes Dokument der Humanität und der Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft.

Diese Rede sollte den Kongreß beenden. Sie konnte nicht abgespielt werden, da die in Frankfurt organisierte Tonbandmaschine nicht die selbe Bandgeschwindigkeit aufwies wie die Tonaufnahme aus Uruguay.

Für Rückfragen oder zur Bestellung des Kongreß-Readers mit allen Beiträgen: Monimbó e.V., Darmstädter Str. 23, 63128 Dietzenbach, Tel.: 06074/26891, Fax: 06074/44601

Peter Hiedl/Regina Stappleton

"Kritische Philosophie Gesellschaftlicher Praxis"

Tagung an der GH Kassel, 29.9. - 2.10.1993

An der Kasseler Gesamthochschule fand vom 29.9. bis zum 2.10.1993 das Symposium "Kritische Philosophie Gesellschaftlicher Praxis" statt. Veranstalter war die Kasseler IAG (Interdisziplinäre Arbeitsgruppe) Philosophische Grundlagenprobleme. Seit den achtziger Jahren veranstaltet diese in regelmäßigen Abständen Tagungen zum Themenbereich der kritischen Praxisphilosophie. Nach spezielleren Behandlungen der Philosophen Bloch, Lukacs und Marcuse auf vergangenen Symposien, Veranstaltungen und Vortragsreihen in Kassel und Dubrovnik stand zum wiederholten Male die Marx'sche Philosophie im Mittelpunkt der Betrachtung. Dies geschah nicht nur anlässlich des 175. Geburtstags von Karl Marx. Der Kasseler Protagonist und Mentor dieser Philosophie, *Wolfdietrich Schmied-Kowarzik*, erläuterte in seinen einleitenden Worten die Notwendigkeit und Berechtigung, in Zeiten vollendeter Zusammenbrüche der sozialistischen Gesellschaften und des sich nunmehr ungehemmt und konkurrenzlos ausbreitenden, wertgetriebenen Siegeszuges der Marktwirtschaft auf unserem

Globus, an einer Philosophie festzuhalten, die sich diesem Prozeß entgegenstellt. Auch sollte das Symposium im Gedenken an Gajo Petrovic stehen. Dieser, im Juli dieses Jahres verstorbene Mitbegründer der jugoslawischen Praxisgruppe und der ehemals legendären Zeitschrift "Praxis", sich selbst als Revolutionsphilosophen sehende Denker, gilt als ein Hauptvertreter der jugoslawischen Praxisphilosophie, einer der Traditionslinien der von Schmied-Kowarzik am konsistentesten ausformulierten "Kritischen Philosophie Gesellschaftlicher Praxis"¹.

Schmied-Kowarzik hielt den ersten, programmatische Züge tragenden Vortrag. Aber nicht nur deswegen bleibt dieser Vortrag hervorzuheben, ihm gelang noch am ehesten der Bogen einer radikalen Kritik der bestehenden Verhältnisse mit einem emphatischen und überzeugenden Plädoyer für eine von der regulativ aufzufassenden Idee der von Sittlichkeit geleiteten menschlichen Praxis. Damit verband er eine Ehrenrettung der utopischen Denker Platon, Marx und Bloch und hielt, den möglichen kolossalen Abortus der Menschheit und Natur thematisierend, ein Plädoyer für eine widerständige Praxis gegen alle Systemzwänge. Schmied-Kowarzik gelang es, der "Kritischen Philosophie Gesellschaftlicher Praxis" einige Praxisbezüge in der modernen Gesellschaft zuzuweisen. Theoretisch gilt ihr Hauptaugenmerk der philosophischen Begründung des dialektischen Zusammenhangs von kritischem Bewußtsein und gesellschaftsverändernder Praxis zur wahrhaften Aufhebung der entfremdenden Totalität moderner Gesellschaften. Dies geschah im Rückgriff auf Marx auch zur Verteidigung gegen die hiesige Verunglimpfung und Instrumentalisierung seines Gedankenguts. Aber, sie blieb Philosophie.

Man sollte meinen, nach dem deklarierten Ende der Geschichte und angesichts der katastrophischen Lage unserer Weltgesellschaft, und nach dem nachdrücklichen Grundtenor des Eingangreferates würden Probleme und Widersprüche des dialektischen Verhältnisses konkreten Eingreifens und regulativer Ideen thematisiert.

Doch in dieser Beziehung blieb das Symposium unter meinen Erwartungen. Einerseits wurden oben genannte philosophische Probleme auf völlig abstrakter, fachphilosophisch vielleicht noch interessanter Ebene behandelt. Andererseits blieben es völlig unzureichende oder unzureichend diskutierte Vorschläge, wie eine kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis in Praxis zu wenden sei.

Den Vogel schoß in letzterer Beziehung der aus Schweden kommende Philosoph *Joachim Israel* ab. Seine nostalgisch verklärende Apologie des schwedischen Wohlfahrtsstaates war bestenfalls naiv. In ihm sah Israel die einzig mögliche Strategie, nach der für gescheitert erklärten revolutionären, die Verdinglichungstendenzen zurückzudrängen.

¹ Vgl., Wolfdieter Schmied-Kowarzik, *Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Zur Genesis und Kernstruktur der Marxschen Theorie*, München 1981.

Betty Oliveira aus Brasilien berichtete von ihren Erfahrungen, in verdinglichten und entfremdeten Verhältnissen eine humanistische und auf Befreiung der Individuen gerichtete Bildungsarbeit zu verwirklichen. Dieser Vortrag, der konkrete und persönliche Erfahrungen gesellschaftsverändernder Tätigkeit beinhaltete, stand aufgrund der sonstigen thematischen Ausrichtung des Symposiums auf verlorenem Posten.

Horst Müller plädierte für eine alternative Ökonomie, die auf einer wertmäßigen Rehabilitierung sozialwirtschaftlicher Dienste basieren solle. Müller ökonomisierte quasi Gorz' Gedankengut autonomer Tätigkeiten und fiel dadurch hinter dieses zurück. Seine noch unausgegorenen, aber nicht uninteressanten Vorschläge gingen leider zwischen dem Versuch *Peter Rubens*, die Marx'sche Arbeitswertlehre einer positivistischen Kritik zu unterziehen, und einem historischen Parforceritt *Martin Blumentritts* unter.

Nicht nur Unterhaltungswert hatten schließlich die Vorträge von *Robert Kurz* und *Friedrich W. Sixel* aus Kanada. R. Kurz, der dankenswerterweise die Axt im Metaphysik-Walde bemühte, trug in erfrischender Form seine bekannten Krisen- und Zusammenbruchszszenarien vor. Eine gänzlich andere Problemorientierung wies der wissenssoziologische Vortrag von Sixel auf. Der, erst scheinbar platt daherkommende, mit Anekdoten angereicherte Vortrag verwies in seiner phänomenologischen Darstellung auf die Widersprüchlichkeiten gewußter Wahrheit und lügenhafter Verwirklichung von Wissen in der Politik der Herrschenden. Sixels Hoffnung auf eine bessere Welt kulminierte im Plädoyer, die Menschen das Leiden leid werden zu lassen.

Zwar war es verdienstvoll, daß *Gvozden Flego* aus Kroatien mit seinem Vortrag seinem (eingangs erwähnten) Meister Petrovic ein Denkmal setzte, aber fruchtbarer wäre es m.E. gewesen, Petrovic' doch sehr ins Postulative mündende Revolutionsphilosophie des Menschen an Marxens Anspruch, die Philosophie wirklich und die Wirklichkeit philosophisch werden zu lassen, zu messen. Angeboten hätte sich dies, vor allem angesichts der Tatsache, daß die humanistischen Ideale Petrovic' nun gerade in Jugoslawien auf tragische Weise ihre totale Negation erfahren.

Das abschließende Referat übernahm *Rolf Schwendter*. Nach seinem selbst gesetzten Anspruch, der Methode des Holzhammers zu folgen, hämmerte Schwendter in einem atemberaubenden Tempo und mit einer anscheinend dem Gotteszorn entspringenden Lautstärke den verhimmelten Praxisphilosophen die Tatsache um die Ohren, daß wir uns in einer Welt der Zerstörung und scheinbar unaufhaltsamen, sich ständig transformierenden kapitalgetriebenen Geschichte befinden. Angetrieben von einer systemischen Kraft, die es vermag, sämtliche Lebensbereiche und die entlegensten Winkel der Welt zu subsumieren und ihre prägenden und zerstörerischen Spuren zu hinterlassen. Schwendter verwies auf die schier unerschöpfliche Integrations- und Entwicklungskraft der Kapitallogik und die sie anspornenden, weil innovativ wirkenden Ein- und Ansprüche sozialer und

neuer sozialer Bewegungen. Trotzdem hielt Schwendter ein Plädoyer für ein Engagement in basisnahen und -demokratischen Bewegungen des Widerstandes und für sich immer wieder Freiräume humanistischen Seins erkämpfende Widerständigkeit alternativer Lebensformen und -praxen, die es zu vernetzen gilt. Schwendter trug eindrücklich vor, wie man das Diktum Gramscis - Pessimismus des Wissens und Optimismus des Handelns - in Wissenschaft und Praxis ernst nehmen kann.

Resümierend läßt sich feststellen, daß sich, trotz immer wieder betonter, und auch der mehr als deutlich nachzuvollziehenden Distanz zum wissenschaftlichen Sozialismus der sozialistischen Gesellschaften, nach deren Ende auch der "westliche Marxismus", die "Praxisphilosophie" und die "Philosophie gesellschaftlicher Praxis" in Schwierigkeiten befinden. Alle genannten, in erster Linie akademisch bleibenden Formen marxistischen Denkens fanden ihre Daseinsberechtigung in Abgrenzung zu den Legitimationswissenschaften der sozialistischen Staaten, und ihr Hauptprogramm war immer die Rehabilitierung Marx'schen Denkens und bestand in dem Rückgriff auf den originalen, allerdings in der Interpretation immer umstrittenen Marx. Hätte eigentlich schon früher die Akademisierung dieser Theorie Anlaß zum Nachdenken geben müssen, müßte dies spätestens jetzt der Fall sein, da es die, die sozialistische Praxis versuchten und eine solche Theorie deformierten, nicht mehr gibt, und die Geschichte trotzdem ihr Ende nicht gefunden hat. Es müßte Hauptaufgabe sein, sich an den realen und sich immer schneller verändernden Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaften zu orientieren und sie, praxisorientiert, auf den Begriff zu bringen.

Jonas Dörge-Weidemann

Prof. J. Kuczynski an R. Vellay:
„Wahrlich eine einzigartige Sammlung von Gedanken!“
DER „LINKE RENNER“ – 2. AUFLAGE!

Die revolutionäre Linke diskutiert:

„War die DDR sozialistisch?“

Erstmals an einem Tisch zum großen Streitgespräch unter Leitung von Prof. Dr. H. H. HOLZ:

Willi GERNIS (DKP), Klaus ARNECKE (MLPD), Michael BRÜCHER (Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD – KAZ-Redaktion), Dr. Heinz JUNG (PDS), Egon SCHANSKER (KPD/ML-Westberlin, „Roter Morgen“).

Vorspruch: Prof. Dr. Georg Fülberth; Herausgeber: Rolf Vellay

64 Seiten, broschiert; 29,5 cm x 21 cm
Bezugsbedingungen: Preis DM 5,00 zzgl. DM 2,00 Versandkosten.
Zahlungsweise: Briefmarken oder Verrechnungsscheck.

Bestellungen an: Rolf Vellay, 45619 Recklinghausen
Postfach 10 19 48

Ihre Buchhandlung bestellt für Sie!

NEU im PapyRossa Verlag

Karl-Heinz Heinemann / Thomas Jaitner

Ein langer Marsch - 1968 und die Folgen

Lutz v. Werder, Thomas Ziehe, Kurt Holl, Rolf Trommershäuser, Herbert Stubenrauch, Monika Seifert, Rainer Kippe, Gisela Strauff, Hellmut Hartmann, Manfred Neugroda, Bernd F. Lunkewitz, Christoph Zöpel, Oskar Negt in Porträts und Selbstdarstellungen fünfundzwanzig Jahre 'danach'.

160 Seiten, DM 19,80, 3-89438-061-6



Till Bastian

Frieden schaffen mit deutschen Waffen Krieg als Mittel der Politik? Plädoyer für ein ziviles Deutschland

Die Bundeswehr als Friedensengel? Kampfflüger als himmlische Boten? - Out of area or out of mind? Mit einem Beitrag von Katrin Fuchs

140 Seiten, DM 18,-, 3-89438-060-8



Hans Kalt

Ist die Wirtschaft noch zu steuern? Anatomie der Krise

Die Krise ist da. Sturzflug ohne Ende? Droht der große Crash? Was wird aus Osteuropa, was aus der Dritten Welt? - Wessen Gürtel enger schnallen?

144 Seiten, DM 19,80, 3-89438-062-4



Caroline Thomas / Klaus-Peter Weiner (Hg.)

Auf dem Weg zur Hegemonialmacht? Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung

Beiträge von Frank Deppe, Lutz Hoffmann, Kurt Hübner, Jörg Huffschmid, Dieter Klein, Nicos Kotzias, Wolf D. Narr, Albert Statz, Caroline Thomas und Klaus-Peter Weiner.

165 Seiten, DM 38,-, 3-89438-063-2

...und andere neue  über Ihre Buchhandlung oder gegen

Rechnung zuzügl. Versandkosten direkt beim Verlag: ✉ Petersbergstr. 4,

50939 Köln ☎ 0221/448545, FAX 444305 ☞ Prospekt anfordern! ☞

Warenwert, Geldwert, Inflation

Seit rund 100 Jahren haben wir in jeder bürgerlichen Praxis das Problem der Geldentwertung; die Geldmenge steigt in einem solchen Maße, daß alle Prozesse, die der Wert der Waren substantiell durchläuft, nur noch in einer Nominalität stattfinden, die "steigt", d.h. entwertet, oder - was paradox erscheint - Werte der Waren sinken in einem Warenpreis, der steigt. Wie aber erscheint unter der Bedingung steigender Nominalität sinkender Wert - wie es eigentlich "richtig" sein müßte - als sinkender Preis? Marx operierte (im "Kapital") bekanntlich mit einem "ruhenden Äther", d.h. gleichbleibendem Geldwert; was unter dieser Bedingung allein erscheint, ist die Wertbewegung in den Waren. Bei einem gleichbleibenden Geldwert muß sinkender Wert der Waren in einem sinkenden Preis, d.h. einer geringeren Menge des Geldes ausgedrückt werden. Aber eine Wertveränderung von Waren, ausgedrückt in einer Wertveränderung des Geldes, kann nur als temporärer Unterschied an Bewegung, als eine besondere Bewegung innerhalb einer allgemeinen Bewegung ausgedrückt werden; in einem solchen Falle, da der Geldwert sinkt, drückt sich sinkender Wert der Waren in einem Preis aus, der langsamer steigt als der Geldwert sinkt oder die Materiatue des Wertausdrucks, die Geldmenge resp. das nominale Preisniveau, steigt.

Die eigentlich nominelle Entwertung wirkt wie substantielles Geldmengenwachstum (also wie höhere Wertbildung resp. Mehrwertbildung), als eben die sichtbare die unsichtbare Preiserhöhung der Waren nicht eingeholt hat. Erst mit dieser ist das Geldmengenwachstum allgemein und gleich angeeignet, der Preismaßstab auf höherem Niveau temporär einheitlich und die Wertveränderung nur nominell bestimmt; substantiell allein vermehrt der innere Wert, der Mehrwert; und solange im Höchstmaß, als der Preis des Arbeiters aus der allgemeinen nominellen Preiserhöhung ausgeschlossen ist - das Geheimnis der ganzen Prozedur.

Wir unterscheiden also zwei Formen der Geldentwertung: Solche durch Waren - und diese erscheint als Mengenwachstum des Geldes; und solche durch Preise - diese setzt die Aneignung der gewachsenen Geldmenge allgemein, aber kein allgemeines Geldmengenwachstum. In seiner Einheit betrachtet ist der Prozeß in letzter Konsequenz rein räumlichen, nominalen Charakters, also Geldentwertung (dies gilt für den Wert, nicht den Mehrwert). Dies tritt an seinem Endpunkt schlagender hervor als an seinem Ausgangspunkt.

Daß die allgemeine Produktivkraft der Arbeit die Geldmenge vermehrt, heißt nichts, als daß die Preise nicht sinken, wenn der Wert sinkt, so daß das Mehrprodukt der produktiveren Arbeit die Summe der Preise vermehrt, die die Summe des Geldes vermehrt und das führt zu der eigenartigen, rein räumlichen, rein nominalen Preissummen- wie Geldmengenexplosion. Big Bang in der Warenökonomie.

Man kann einen Geldwachstum/Inflation auslösenden Prozeß so darlegen, daß über ihn das Äquivalenzprinzip wieder gesichert werden muß. Nur: So gesehen ist die ganze Prozedur witzlos. Die Inflation erscheint als Form subjektiver Verantwortungslosigkeit, die im Appell, zur Deflation umzu-

kehren, zu ihrer Verantwortlichkeit zurückfindet. Daher begleitet so ungemäßer Moralismus die moderne Entwicklung des Kapitalismus, auf den ökonomisch geübteste Leute hereinfallen.

Die Frage, warum historisch die Methodik der Preissteigerung der der Preissenkung vorgezogen ist, beantworte ich schließlich damit, daß über diesen Mechanismus der Vermehrung des Geldes faktisch durch Waren und seinem Umschlag endlich in eine allgemeine Entwertung des Geldes das Mehrprodukt resp. der Mehrwert vom Kapital viel anstandsloser angeeignet werden kann als über den Weg der Preissenkung mit steigender Produktivkraft oder sinkendem Warenwert und gleichbleibender Geldmenge. Was auf der einen Seite erschwerter Zugang der Waren zum Markt, ist auf der anderen Seite erleichterter Zugang des Kapitals zum Mehrwert. Die letzte Erklärung der behandelten Phänomene finden wir daher auch nicht im Äquivalenzproblem und einem Bruch in dem Verhältnis, welches diesem zugrundeliegt; wir haben es vielmehr mit einer Erscheinung zu tun, die eine Entwicklung des allgemeinen Kapitalverhältnisses ist. Es wird ein Bruch in der Historie des Kapitals überwunden! (Dies schließt eine Rückführung auf die Monopoltheorie aus, weil auch diese mit dem Preis beginnt).

Im eigentlichen Sinn ist Entwertung/Inflation unmittelbare Aneignung mehrproduzierten Kapitals, bei der der Prozeß der formellen oder subjektiven Lohnsenkung sich ausschließt. Diese gerät vielmehr an ihre äußere oder objektive Form, die einfach darin besteht, daß sich jeder Prozeß der Gelddbildung oder des Verhältnisses des Lohnes zu Waren außerhalb des Lohnes, also nicht mehr als wechselseitiger Prozeß auch des Lohnes zu Waren abspielt. Der Gegensatz Lohn: Profit ist in seiner Form ausentwickelt. Lohn ist also kein originäres Wertverhältnis mehr, das ist damit gesagt. Um an der Mehrproduktion anteilig zu werden (nicht am Mehrwert, der Mehrwert ist keine Wertform), oder Wert wie vor der Preistreiberei zurückzugewinnen, muß Lohn formell erhöht werden. Die unmittelbare Beteiligung des Lohnes an der Produktion, dadurch, daß Warenpreise sinken und Geldbesitz relativ in seiner Kaufkraft aufwertet, ist in diesem direkten System der Aneignung der Produktion durch Kapital, wo Lohn tatsächlich und formell nur noch eine Abgabe, aber jede Beziehung zu einem allgemeinen Wertverhältnis abgesprengt ist, ausgeschlossen.

Historisch verschlechtert die Inflation also die Stellung des Lohnes resp. der Ware Arbeitskraft und ist die Ware Profit in ihr historisch aufgewertet. Ich würde es das eigentliche Ware-Preis-Geld-System des Kapitalismus nennen, nicht weil es für die erste Form seines Bewußtseins steht, sondern weil für die Form seiner höchsten gesellschaftlichen Sicherung.

Hermann Jacobs

(Wir entnahmen diese Passagen einem längeren Text des Verfassers, den wir leider nicht in vollem Umfang veröffentlichen können. Der Verfasser übermittelt auf Anfrage den gesamten Text. Bitte an die Z-Redaktion wenden.)

Nicht schon wieder Denkverbote!

Die Rezension von H.J. Sandkühlers *Die Wirklichkeit des Wissens. Geschichtliche Einführung in die Epistemologie und Theorie der Erkenntnis* (1991) durch H.-O. Röber in Z 15 hat uns aufhorchen lassen. Sie übergeht die Problematik und philosophische Intention des Buchs, stellt einzig die Frage in den Mittelpunkt, ob Sandkühler mit der epistemologischen Position des 'Internen Realismus' noch zum Kreis der Marxisten zu zählen sei. Röber vermißt "jede affirmative Selbstverortung im Feld materialistischer Dialektik". Die im Buch angestrebte Entheroisierung von Marx und Engels durch ihre Verortung in den wissenschaftlichen Diskurs ihrer Zeit sowie die Kritik an unzureichenden epistemologischen Konzeptionen der marxistischen Theorie der Gegenwart, die sich auch von theoretischen Verkürzungen und Ungeklärtem im Werk der Gründerväter herleiten lassen, veranlassen Röber statt zur argumentativen Auseinandersetzung zu unterschwelliger Diffamierung.

Wir sehen in dieser Rezension ein Zeichen für Bestrebungen innerhalb der 'Erneuerer', Positionen und Menschen, die eine Grenze der 'erlaubten' (es fragt sich freilich, von *wem* erlaubten) Kritik überschreiten, auszugrenzen. Auch Artikel Heinz Jungs in Z 10 und Z 14 tragen deutlich Züge der diffamierenden Ausgrenzung derer, die Prinzipien Gorbatschowschen 'neuen Denkens' vertreten. Jung insbesondere versucht Normen zu setzen, besser: zu restaurieren, die aber insofern irrational sind, weil sie, wie wir in einem zweiten Teil des Beitrags in der nächsten Z (Z 17, März '94) näher ausführen wollen, in der heutigen Welt nicht mehr produktiv zu orientieren vermögen.

Wir stoßen uns auch an der Unwissenschaftlichkeit, die mit den Ausgrenzungs- und 'Zurechtweisungs'bemühungen einhergeht und darin besteht, gewichtige Argumente zu unterschlagen.

Röbers Rezension etwa läßt die philosophische Problematik, die H.J. Sandkühler bewegt, gar nicht erkennen. Die Diffamierung beginnt mit der Charakterisierung des Buchs als einer Aufsatzsammlung, die jeden, der das Buch einmal in Händen gehalten hat, befremden muß. Es folgt eine knappe Inhaltsangabe philosophiegeschichtlicher Rekonstruktion, bewußt eurozentristisch orientiert auf Stationen europäischer Aufklärung, für das späte 19. und das 20. Jahrhundert ergänzt um die Perspektive auf amerikanische Geistesgeschichte -, die aber das *systematische* Anliegen dieser Philosophiegeschichte nicht nennt. Dies ist die Voraussetzung, um das Bild eines 'Abtrünnigen' zu skizzieren. Gefragt wird nicht, welche Gründe vorliegen, von *bestimmten* Positionen in der marxistischen Philosophie Abstand zu nehmen.

Sandkühlers Geschichte der Theorie der Erkenntnis und Epistemologie steht im Kontext gegenwärtiger philosophischer Debatten um die Relevanz der Philosophie für eine Theorie der Erkenntnis und Reflexion der Bedin-

gungen der Konstitution von Wissen, insbesondere in den Wissenschaften. Die anglo-amerikanische Philosophie spielt aufgrund ihrer wissenschaftstheoretischen Tradition in epistemologisch-wissenschaftstheoretischen Fragen eine wichtige Rolle. Sandkühler argumentiert gegen die Verabschiedung *philosophischer* Erkenntnistheorie in Teilen der jüngeren Analytischen Philosophie, gegen die Auflösung der Erkenntnistheorie in Neurophysiologie oder in Hermeneutik.

Sandkühlers Ontoepistemologie, die von der *Wirklichkeit* oder Existenz des Wissens spricht, geht davon aus, daß neurophysiologische Theorien der Funktionen der Gehirnprozesse nicht in der Lage sein werden, das zu erklären, was wir als 'Wissen' bezeichnen. So wichtig ein Verständnis der biologischen Prozesse ist, wird doch die geistige Entwicklung der Menschen nicht zu reduzieren sein auf biologisch-chemische Reaktionen in Gehirnen der Individuen. Die These des Buches ist, daß das, was wir 'Geist' nennen, *gesellschaftliche* und zugleich damit auch *historische* Verhältnisse des *Wissens* sind, die durch rationale Akzeptanzkriterien bestimmt sind: Wir wachsen auf und leben in *Wissensverhältnissen*, die nicht zurückführbar sind auf die Reizungen der Sinnesorgane der Einzelnen. Das Wissen vergangener Generationen ist in unserem Denken aufgenommen, wird immer wieder erneut kritisch reflektiert und angeeignet. 'Wissen' wird unterschieden von Meinung, für 'Wissen' müssen Gründe angegeben werden können. Angesichts der historischen Kontinuität bestimmter allgemeiner Akzeptanzkriterien von 'Wissen' plädiert Sandkühler für eine Wiederaufnahme der Diskussion um Denk-Apriori, die in der Philosophie nach dem Scheitern der materialen Bestimmungen der Apriorität durch Kant abgebrochen ist.

Die marxistische Widerspiegelungstheorie wird kritisiert, die Eigentümlichkeit der Wissensverhältnisse unzureichend zu reflektieren: ihre gesellschaftliche und historische Verfaßtheit, die 'interne' Dynamik der Entwicklung von Wissen (womit gemeint ist, daß sowohl Problemformulierungen als auch darauf gegebene Antworten von Denktraditionen geprägt sind und sich 'Wissen' durch Aufweis und Anfechtung von Gründen entwickelt). Wenn etwa Widerspiegelung als 'allgemeine Eigenschaft der Materie' begriffen wird, auf äußere Einwirkungen bzw. Reize zu reagieren, und vorausgesetzt wird, daß das Gehirn als höchstorganisierte Materie 'objektive Realität' 'abzubilden' in der Lage sei, oder aber wenn Bewußtsein, getreu früher Marx/Engels'scher Schriften, als 'Ausdruck' gesellschaftlichen, *sozialen* Seins interpretiert wird, dann ist ein Mechanismus vorausgesetzt, nach dem mit Notwendigkeit die von uns unabhängige Realität ein richtiges (oder annähernd richtiges) Bewußtsein erzeugt. Die Verkürzung des Phänomens 'Wissen' besteht in der Unterschätzung der Denktraditionen, die in jede Theoriebildung und auch schon in jede Beobachtung miteinfließen, und der *Konstruktivität* unserer Erkenntnisbildung, die Kant, Erkenntnisse neuzeitlicher Naturforscher aufgreifend, zum Ausdruck brachte: Wir machen uns ein *Bild* der Realität aufgrund der *Fragen*, die wir

an die Natur stellen. Wir können daher nicht behaupten, unser Wissen entspreche der Realität, 'nähere sich ihr an' oder 'widerspiegle' sie. Denn was wir auch denken, es bleibt stets *unser* Bild der Realität. Es ist uns prinzipiell nicht möglich, unser Wissen, das Bild, mit der von unserem Bewußtsein unabhängigen Realität, dem Original, zu vergleichen; dies setzte einen subjekt-jenseitigen, gottesähnlichen Standpunkt voraus, der für Menschen nicht zu haben ist. Wir leben in unseren Wissensverhältnissen und können nur eine Theorie oder Sichtweise zugunsten einer *anderen* verlassen.

Die Konzeption des Internen Realismus, die Hans Jörg Sandkühler vertritt, spricht daher von 'Rationalität nach Menschenmaß'. 'Realität' bzw. 'Welt' existiert *für uns* nur in der auf unser Wissen und unsere Akzeptanzkriterien bezogenen Weise, in die auch die Ziele und Antizipationen von möglicher Zukunft einfließen. "Erkenntnis ist *Rezeption* der natürlichen und geschichtlichen *Welt der Erfahrung*; sie ist Konstruktion einer der menschlichen Subjektivität angemessenen *Welt des Wissens*; sie ist *Antizipation* der im vorbegriffenden Denken *möglichen Welten*." (S. 49)

Röber sieht ein Problem der Vereinbarkeit des Internen Realismus mit "materialistischen Ansprüchen" (Z 15: 223); nicht plausibel erscheint ihm, daß Sandkühler neben 'interner' Geschichte des Wissens auch der sogenannten 'externen' Geschichte (d.h. der Geschichte der sozialen und Naturentwicklung) Bedeutung beimißt (Z 15: 224). Der Interne Realismus leugnet nicht Materialität; er weist nur darauf hin, daß unser *Wissen* über Materialität, die Natur und die Gesellschaft, von unseren Denktraditionen abhängt und unsere Konstruktion ist, die unter kritischen Aspekten dekonstruiert werden kann, d.h. sie kann und sollte hinterfragt werden, aus welchen Annahmen sie sich zusammensetzt. Unsere Aussagen über Realität beschränken sich nicht auf Beobachtbares und auch das Beobachten steht unter Grundannahmen, bestimmten Zielen und Sichtweisen. Der Interne Realismus ist gegenüber Behauptungen des 'Faktischen' durch empirische Wissenschaften kritisch eingestellt und betont die Notwendigkeit der Reflexion der unhinterfragten Voraussetzungen; er orientiert mit Verweis auf die subjektive Konstruktivität von Welt auf eine grundsätzliche Alternativität des 'Faktischen' und unsere Verantwortung, uns anderen Möglichkeiten und Varianten gegenüber offenzuhalten. Sandkühler spricht von der Ergänzung oder *Komplementarität* ontologischer und epistemologischer bzw. 'interner' und 'externer' Sichtweisen (S. 18): Wir schaffen, konstruieren Fakten in den Theorien über Natur und Gesellschaft und gewinnen darüber einen Begriff der Realität. Aber wir müssen unter wissenschaftskritischen Ansprüchen reflektieren, daß diese 'Realität' in bestimmten Theorierahmen befangen ist, von unseren Wissensverhältnissen abhängt, die wir auf Denkhindernisse und Inkonsistenzen hin analysieren können und sollten.

Die Rekonstruktion der Geschichte der Erkenntnistheorie in *Die Wirklichkeit des Wissens* richtet sich gegen immer noch gängige Vorurteile: Sie

weist unter anderem nach, daß der Bezeichnungsbegriff 'Empirismus', der seit Anfang des 19. Jahrhunderts Empirismus mit naivem Sensualismus identifizierte, die empiristischen Erkenntnistheorien in der Geschichte der Philosophie mißinterpretiert; der Empirismus betonte stets die Bedeutung der rationalen Verarbeitung des Sinnlichen, die Verstandesleistung. Kant wird in die Traditionslinie des Empirismus gestellt. Sandkühler weist auf Kants Einspruch gegen die Charakterisierung seiner Philosophie als Idealismus. Gegenüber der in der Wissenschaftstheorie verbreiteten Berufung auf Norwood Hanson als dem Theoretiker der Theoriegeladenheit von 'Tatsachen', wird daran erinnert, daß Kant einer der ersten war, die den Begriff der 'Tatsache' in seiner ursprünglichen Semantik als 'Sache der Tat', als Hergestelltes, problematisierte. Sandkühler zeigt die Entstehung der Marx/Engels'schen Theorie in Kontexten des utopischen Sozialismus, der Arbeiterbewegung und des Arbeiterkommunismus sowie der feuerbachschen und junghegelianischen Antiphilosophie und der Faszination gegenüber naturwissenschaftlicher empirisch-positiver Erkenntnisart. Er verdeutlicht, daß sich Marx und Engels erst in den 1860er Jahren von dieser Faszination des 'Faktischen' lösten und sich im Studium naturwissenschaftlicher Erkenntnisart der Problematik der Theoriebildung zuwandten. Das Buch plädiert für eine 'normalwissenschaftliche' Auseinandersetzung mit Marx und Engels, die die Entstehung des Marxismus einordnet in die wissenschaftliche Problemlage und den Diskussionsstand jener Zeit und auch nicht vor der Konstatierung von Inkonsistenzen, Mißverständnissen oder Fehlurteilen der Klassiker zurückschreckt. Das Buch zeigt weiter auf, daß entgegen verbreitetem Vorurteil sich die Naturwissenschaften zumindest seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr mit einem naiven Empirismus identifizieren lassen, sich vielmehr eine eigene empiriekritische Methodologiedebatte entwickelte, die auch zu einer wesentlichen Traditionslinie der Anfang des 20. Jahrhunderts entstehenden Wissenschaftstheorie wurde.

Eine kritische Erneuerungsbewegung des Marxismus sollte sich eigentlich auch mit den wissenschaftstheoretisch-philosophischen Debatten der Zeit auseinandersetzen, um nicht hinter das Problemniveau zurückzufallen. Und eine kritische Auseinandersetzung mit Marx und Engels sowie die Reflexion der Tradition der marxistischen Theorieentwicklung sollten Voraussetzung sein für eine *Erneuerung*. Wenn, wie bei Röber, ein in Lehrbüchern fixiertes Denkgebäude 'dialektischer Materialismus' für unantastbar erklärt wird, ohne über Gründe zu verhandeln, dann wird dogmatisiert. Befremdlich empfinden wir auch die Sprache im Editorial der Z 15, mit der die Positionen des Redaktionsbeirats zur Frage der Erneuerung umschrieben werden: "Die Positionen reichten von der Ansicht, Erneuerung sei heute vor allem das Vermögen, den Marxismus zur Analyse der Realität anzuwenden, bis zur Meinung, daß die neuen Themen zur Neuformulierung der marxistischen Doktrin führen müßten." (Z 15: 6) 'Doktrin' war immer ein Bezeichnungsbegriff der Gegner des Marxismus.

Wie eine Zeitschrift zur kritischen Erneuerung ihn positiv zur Selbstdefinition verwenden kann, ist uns unverständlich. Das Selbstverständnis marxistischer Bewegung orientierte sich, wenn auch im Widerspruch zur Realität des parteilichen Lebens, an Kriterien der Offenheit, der Pluralität und kritischen Reflexion und Weiterentwicklung des Marxismus. Auch 'Anwendung des Marxismus' setzt die Existenz einer 'Lehre' voraus. Wir fragen uns daher: Wird die kritische Auseinandersetzung mit Theorie vergessen?

Martina Plümacher/Ralf Vogel

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch.

soeben erschienen: Nr. 11

Kapitalismus und Imperialismus in der One World Weltmarkt-Zusammenbruch — Wirtschaftskrise — Interventionismus

Kommunismus oder Barbarei — historischer Ausklang des Spätkapitalismus? — Wirtschaftskrise und Scharlatanerie: Kritik an Robert Kurz — Somalia: Endlich sind wir wieder im Krieg — Jugoslawien: Avantgardefunktion für die deutsche Weltmachtrolle — Diskussion: Linke, Realpolitik und Intervention.

Außerdem: Kontroverse um Christoph Türcke: Rassismus und Kritische Theorie — Diskussion um die Totalitarismus-Theorie — Deutschtum in Polen.

48 Seiten

Noch erhältlich Nr. 10: Neues Deutschland? Demokratie — Autoritärer Staat — Faschisierung? Nr. 9: Dritter Griff zur Weltmacht? Vergriffen. Nr. 8: Zur Hölle Deutschland. Die Deutschen nach Rostock.

Einzelpreis DM 6 (nur Vorkasse/Briefmarken).

Abonnement per Überweisung DM 18 für jeweils drei Nummern im voraus oder am besten Einzugsermächtigung:

Name, Vorname:
Straße:
PLZ, Ort:

Hiermit ermächtige ich S. Roisch/K. Dreyer je DM 18/drei Bahamas von meinem Konto im voraus abzubuchen:

KontoinhaberIn, Kontonummer:
Bank, BLZ:
Unterschrift/Datum:

Büro K, Karolinenstr. 21/Hs. 2, 20357 Hamburg, Tel. 040-438846.
Konto: S.Roisch/K.Dreyer, HaSpa, BLZ 200 505 50, Kto. 1228/122 386.

Neue politische Sachbücher bei ELEFANTEN PRESS



Marxismus – lohnt sich die Beschäftigung mit ihm überhaupt noch?

Experten aus Ost und West diskutierten in der Wochenzeitung »Freitag«.

In Streitgesprächen: Elmar Altvater, Michael Brie, Eberhard Fehrmann, Heinrich Ganßmann, Wolfgang Fritz Haug, Michael Jäger, Jürgen Kuczynski, Thomas Neumann, Peter Ruben, Gerburg Treusch-Dieter, Wolfgang Ullmann. Das Buch dokumentiert die vollständigen Gespräche.

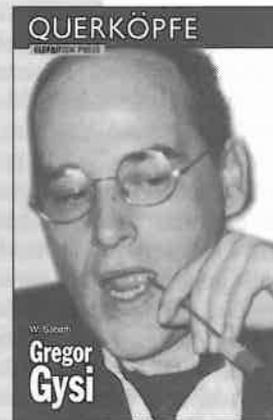
128 S. • Pb. • EP 479
DM 19,90 • öS 155 • sFr 21,-

Querköpfe braucht das Land!



128 S. mit Fotos • Pb. • EP 480
DM 19,90 • öS 155 • sFr 21,-

Die neue Reihe zeichnet Porträts querdenkender Menschen mit Zivilcourage, Engagement und Menschlichkeit. Jeder Band enthält: Exklusivinterviews, Fragebogen, Homestory, Privatfotos, Tagebuchaufzeichnungen u. v. m.



128 S. mit Fotos • Pb. • EP 481
DM 19,90 • öS 155 • sFr 21,-

Bitte fordern Sie das aktuelle Verlagsprogramm an.
Kontakt im Verlag: Monika Rettig, Tel. (030) 688 34-151, Fax -159.

ELEFANTEN PRESS

Die Aktualität Hegelscher Dialektik

Thomas Collmer, *Aktuelle Perspektiven einer immanenten Hegel-Kritik. Negative Totalisierung als Prinzip offener Dialektik. Kritische Universalität. Focus Verlag, Giessen 1992, 438 Seiten, 60,- DM.*

Jegliches Bemühen um eine Reaktivierung dialektischen Denkens verdient heute - angesichts des "Zeitalters eines allgemeinen Vernunftdefaitismus" (Herbert Schnädelbach, *Vernunft und Geschichte*, Frankfurt 1987, S. 77) - größte Aufmerksamkeit. Thomas Collmer geht zu Recht davon aus, daß die Aktualität von Dialektik umso eher plausibel zu machen ist, je bewußter und deutlicher sie als Instrument theoretischer Kritik gegenwärtiger Realität einer umfassend kapitalistischen Weltgesellschaft praktiziert wird (Vgl. Thomas Collmer, *Das 'falsche Ganze' und die Totalisierung der Wertform*, Z 10, Juni 1992, S. 138ff.). Was weder durch einfache Hegel-Exegese noch allein dadurch zu bewerkstelligen ist, daß Dialektik in herkömmlicher Gestalt gehandhabt, "angewendet" wird - dies allein wäre freilich eine enorme Leistung des Zeitgeistes. Gefordert ist vielmehr theoretischer Ausbau, Weiterentwicklung, eine neue Explikation, die Aktualisierung von Dialektik auf einer tragfähigen Grundlage.

Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht die Ausarbeitung und Begründung einer offenen Konzeption, eines offenen Modells von Dialektik. Collmer versteht dies als

vierfache Alternative. Erstens zu der Position, eine Ablösung logischer Gedankenformen Hegels von den Prämissen seines absoluten Idealismus sei nicht möglich. Allein diesen Prämissen verdanke Hegels Dialektik ihre theoretische Konsistenz (Schnädelbach, S. 152). Zweitens zu der Devise Gadammers und Bubners, Dialektik müsse sich in Hermeneutik zurücknehmen. Drittens zu jener Fixierung von Dialektik auf das "falsche Ganze" des Kapitalismus (Adorno), zur Behauptung ihrer totalen Bedingtheit durch das zu Kritisierende, die sie der Möglichkeit beraubt, kritisch gegen das Bestehende vorgebracht werden können. Und viertens zu der Konstruktion von Dialektik als "geschlossenes System", die der "orthodoxe Diamat" mit sich gebracht habe.

Bei der Realisierung seines Ansatzes verfolgt der Autor zwei grundlegende Strategien, die sich im Gang der Abhandlung natürlich durchdringen und ergänzen. Zum einen werden Grundgedanken der Dialektik Hegels (und Kants) herausgearbeitet. Leitender Gesichtspunkt ist die Überzeugung, daß man die Hegelsche Logik insgesamt unter das Motto 'Identität ist Negativität' stellen könne. Das Problem einer "strikten Fundamentalisierung von Negativität" sei der Dreh- und Angelpunkt jeglicher Methode, Logiktheorie, Ontologie und Rationalitätstheorie, die sich als dialektisch in einem an Hegel orientierten Sinn verstehen will (S. 27). Wesentlich sei vor allem, daß Hegel Negativität als "aufhebende Beziehung auf sich" (G.W.F. Hegel,

Wissenschaft der Logik II, Frankfurt am Main, 1986, S. 69) versteht, sie ist "der einfache Punkt der negativen Beziehung auf sich, der innerste Quell aller Tätigkeit", der "Wendungspunkt der Bewegung des Begriffs" (ebenda S. 563). In Collmers Terminologie: Negativität ist "wesentlich Selbstexplikation basalen Selbstbezugs" (S. 33), sie schließt einen "Selbstabschluß immanent aus" (S. 65).

Zum anderen stellt sich Collmer dem Diktum Schnädelbachs, daß nach der sprachanalytischen Wende der Philosophie (Wittgenstein) Vernunft nur noch als sprachliche gedacht werden könne (Schnädelbach, a.a.O., S. 153). Er verbindet die Dialektik der klassischen deutschen Philosophie mit modernen Denkrichtungen, strebt an, Dialektik hermeneutisch und diskurstheoretisch zu reformulieren, sie systemtheoretisch zu ergänzen, sie durch Aufspüren von Parallelen zu Wittgenstein nachvollziehbar und besser interpretierbar zu machen. Das setzt seinerseits die Weiterentwicklung dieser Ansätze voraus - die Diskurstheorie beispielsweise sei durch eine hermeneutisch reformulierte Dialektik zu erweitern. Mehr noch, Collmer zeigt, inwieweit moderne Diskurs- und Kommunikationstheorien auf Dialektik nicht nur angewiesen sind, sondern das eigene Anliegen verfehlen, wenn sie den Bezug auf dialektische Gesichtspunkte ausgrenzen. Das zentrale Element, der konzentrierteste Ausdruck der Problemlösung ist für Collmer das Konzept der "negativen Totalisierung". In ihr sieht er die dialekti-

sche Grundfigur schlechthin (S. 66, 68). Es handelt sich hierbei um eine "logische Grundoperation" und "Argumentationsfigur" (S. 66), um eine Verstandestätigkeit (S. 86f), um eine ("offene, selbstreferentielle") Struktur (S. 24), aber auch um einen - traditionalistisch ausgedrückt - objektiv-realen Prozeß. Collmer spricht immer wieder von der Totalisierung der Wertform, des Kapitals etc. Negative oder selbstbezügliche Totalisierung ist unverzichtbar als Element der philosophischen Bezugnahme auf das Ganze der Welt, als Bestandteil philosophischer (und nicht nur philosophischer) Komplexitätsbewältigung, der Überführung konkreter in begriffene Totalität "durch Abstraktion und Selbstkritik von Abstraktion" (S. 17).

Dieses Element von Selbstkritik, von Negativität, ist die Pointe für Collmer. "'Totalisierung' allein wäre bloß hermeneutisch; basale Selbstreferenz und negative Internstruktur ... bezeichnen offenbar ein Minimum dessen, was in der Totalisierung hinzukommen muß" (S. 66). Hegel formuliere die Figur der negativen Totalisierung "im mentalistischen Sprachspiel", wenn er schreibt: "Es ist die Kraft des Bewußtseins, von sich selbst zurückzutreten und das Ganze, sich mit eingeschlossen - seine Operation -, sich zu einem Gegenstände zu machen." (G.W.F. Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie II*, Frankfurt 1986, S. 395). Allein in Hegelscher Terminologie läßt sich freilich Collmers Verständnis von 'negativer Totalisierung' nicht ausdrücken. Auch und

gerade in diesem Terminus ist ja die oben hervorgehobene Verbindung klassischer und moderner Denkrichtungen auf den Begriff gebracht. So verwendet Collmer 'Totalisierung' diskurstheoretisch in bezug auf Sätze bzw. Aussagen im Sinne des Versuchs einer vollständigen Internalisierung ihrer Sinn- und Wahrheitsbedingungen und allgemein dialektisch-hermeneutisch im Sinne von Horizont-Internalisierung ("... die Intelligibilität der dialektischen Vernunft ... ist nichts anderes als die Bewegung der Totalisierung ... So ist also die Dialektik totalisierende Aktivität." - Jean-Paul Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft, Reinbeck bei Hamburg 1980, S. 48). Letztendlich gehen all diese Verwendungsweisen auf Kant zurück, der den Ausdruck zwar selbst nicht benutzte, Totalisierung der Sache nach aber erstmals in einem für Dialektik maßgeblichen Sinne expliziere, und zwar als Versuch einer Synthetisierung von Bedingtem, Bedingendem und Unbedingtem, formuliert in bezug auf Gedanken, Erscheinungen und Gegenstände überhaupt (S. 68). Kant habe zudem das Problem der Totalisierung mit dem Antinomieproblem verknüpft.

Ergänzt und abgerundet wird der im Konzept der Totalisierung kulminierende Versuch, Dialektik offen, ohne Selbstabschluß und Absolutheitsanspruch zu formulieren, durch die Kritik an Inkonssequenzen, die Hegel "seiner eigenen Philosophie angetan hat" (S. 38), die Kritik an "versöhnungsdialektischen" Tendenzen, an der "ontologischen Versubstantialisierung und

geschichtlichen Versubjektivierung der 'absoluten Idee'" (S. 201).

In drei umfangreichen Kapiteln werden prominente philosophische und sozialwissenschaftliche Positionen (Nietzsche, Husserl, Merleau-Ponty, Heidegger, Gadamer, Apel, Marx, Luhmann, Lacan, Sartre) daraufhin analysiert, inwieweit sie explizit oder implizit Denkmuster enthalten, die den von Collmer reformulierten dialektischen Figuren und Kriterien entsprechen. Aus dieser anregenden Analyse werden Konkretisierungen für das eigene Konzept gewonnen.

Collmer versteht seine Arbeit als Beitrag zur philosophischen Grundlagenforschung. Es geht ihm um nicht mehr und nicht weniger als einen systematischen Entwurf zum Thema 'Theorie der Dialektik' (S. 11). Einer biographischen Nachbemerkerung zu dem Band ist zu entnehmen, daß der Autor zur Zeit an literatur- und sozialwissenschaftlichen Anwendungen des hier vorgestellten Ansatzes arbeitet. Darauf darf man umso mehr gespannt sein, als die volle Tragfähigkeit des Konzepts sich natürlich erst in derartigen Anwendungen erweisen wird. Zwei Denkrichtungen scheinen dem Rezensenten dabei von besonderem Belang. Es steht wohl außer Frage, daß Collmer mit dem Problem eines "offenen" Dialektik-Modells ein Kernproblem marxistischer Theorieentwicklung bzw. marxistischen Selbstverständnisses berührt. Daß es im Rahmen des Marxismus-Leninismus die Tendenz fehlender Selbstanwendung von Dialektik gegeben hat, ist nicht mehr zu bestrei-

ten. Auszuloten wäre, welche Rolle die von Collmer (und nicht nur von ihm) benannten Inkonssequenzen Hegels selbst dabei faktisch gespielt haben, in welchen Erscheinungsformen und über welche Knotenpunkte sowie unter dem Einfluß welcher Faktoren diese Tendenz sich vollzogen hat und welche praktische Rolle sie in der realen Geschichte dieses Sozialismus gespielt hat. Collmer arbeitet heraus, daß Marx und auch Lenin der Hegelschen Dialektik einschließlich der für sie zentralen Rolle der Negativität gerecht wurden, sie adäquat rezipiert haben (S. 247, 251, 285, 358). Und er reduziert die marxistisch-leninistische Philosophieentwicklung durchaus nicht auf deren dogmatisierende Tendenz.

Nicht geringe Erwartungen bezüglich der weiteren Ausarbeitung des Collmerschen Ansatzes scheinen mir auch darin begründet, daß der Autor keinen Zweifel daran läßt, daß es ihm darum geht, das kritische Potential der Hegelschen Dialektik für die geistigen und praktischen Bedürfnisse der Gegenwart zu erschließen und dies durch zahlreiche Bezüge auf die aktuellen Krisenprozesse der 'Tauschwertgesellschaft' sowie deren Implikationen für die menschliche Gattung dokumentiert.

Erich Hahn

Ein marxistischer Metaphysiker

Hans Heinz Holz, Philosophie der zersplitterten Welt. Reflexionen über Walter Benjamin, Pahl-Rugenstein

Verlag Nachf., Bonn 1992, 153 S., DM 22,-.

Die Vorbemerkung des Verfassers, nach der die "vier Kapitel dieses Buches aus vier Essays" hervorgegangen sind, "die im Zuge einer mehr als fünfunddreißigjährigen Beschäftigung mit dem Werk Walter Benjamins entstanden" (5), ist eher irreführend. Wie immer letztere zu der im hundertsten Geburtsjahr Benjamins besorgten Herausgabe des Buches geführt haben mag, bei diesem selber handelt es sich vielmehr um den unveränderten Abdruck bzw. um "Ergänzungen und Verklammerungen" (ebd.) teils bisher unveröffentlichter Arbeiten aus den Jahren 1956-1968 (die erste erschien in der DDR), wobei kein einziger Titel der seit Anfang der siebziger Jahre erschienenen und inzwischen geradezu unübersehbar gewordenen Benjaminliteratur (vgl. allein für das letzte Jahrzehnt die soeben im Argument-Verlag erschienene Bibliographie zu Walter Benjamin¹) Berücksichtigung gefunden hat. Das Verdienst des Buches liegt woanders, nämlich in der Dokumentation einer frühen marxistischen Benjamin-Interpretation, die weit hin auch heute, d.h. nach Abschluß der Herausgabe der "Gesammelten Schriften" Benjamins, nichts an Aktualität verloren hat.

Dieses Verdienst ist umso beachtlicher, als Benjamin in der BRD trotz der bereits 1955 von Adorno besorgten zweibändigen Ausgabe

¹ Reinhard Markner/Thomas Weber (Hrsg.), Literatur über Walter Benjamin. Kommentierte Bibliographie 1983-1992, Berlin 1993

seiner Schriften erst in den sechziger Jahren im Zuge der Studentenbewegung und der durch die Berliner Zeitschrift "alternative" entfachten Debatte um seinen Nachlaß für ein breiteres Publikum dem Vergessen entrissen wurde² und in der DDR noch in den achtziger Jahren offenbar nicht als Philosoph, geschweige denn als marxistischer Anerkennung und Geltung gefunden hatte: Im von Erhard Lange und Dietrich Alexander herausgegebenen "Philosophenlexikon" (Dietz-Verlag 1982, 2. Aufl. 1987) kommt Walter Benjamin nicht vor - was umso erstaunlicher ist, als Benjamin mit dem bereits 1970 unter dem Titel "Lesezeichen" bei Reclam Leipzig erschienenen und allerdings bald auf Intervention der Frankfurter Nachlaßverwalter wieder zurückgezogenen Auswahlband von teilweise bis dahin nicht oder manipuliert veröffentlichten Arbeiten aus den nach Berlin (DDR) gelangten Teilen des Benjaminschen Nachlasses einer interessierten Öffentlichkeit in der DDR bekannt geworden war.

Unter dem Titel "ein marxistischer Metaphysiker" betrachtet Holz die eigentümliche Form, in der bei Benjamin, wenn auch in einem in der Entwicklung seines Denkens sich verändernden Dominanzverhältnis, "religiöse Metaphysik" (59) und historischer Materialismus zusammenkommen, ohne sich auf die in den sechziger Jahren einsetzende

² Vgl. dazu Klaus Garber, Stationen der Benjamin-Rezeption 1940-1985, in: ders., Rezeption und Rettung. Drei Studien zu Walter Benjamin, Tübingen 1987, S. 121ff.

und den Benjaminschen Messianismus und Marxismus gegeneinander ausspielende Auseinandersetzung um das Benjaminsche Erbe weiter einzulassen. Es spricht für die Souveränität, mit der sich Holz seinem Gegenstande nähert, daß er sich weitgehend auf textkritisch gesicherte Arbeiten des im engeren Sinne philosophischen Werks Benjamins stützt und auf Interventionen in den bis heute andauernden Streit um die Edition der Benjaminschen Schriften ganz verzichtet. Trotz der unterschiedlichen Entstehungsbedingungen der hier versammelten Holzschen Arbeiten stellen sie durch die nachträglichen Überarbeitungen (lediglich der 1956 zuerst erschienene Aufsatz "Prismatisches Denken" ist in der geringfügig erweiterten Fassung von 1968 unverändert übernommen worden) eine wenn auch nicht unbedingt dem Gegenstand selber so doch offenbar dem nach dessen systematischer Behandlung verlangenden Bedürfnis des Verfassers wie des mit Benjamin noch nicht vertrauten Lesers genügende Einheit dar.

Denn zur Frage des systematischen Charakters des Benjaminschen Denkens nimmt Holz eine durchaus widersprüchliche und unentschiedene Haltung ein. Räumt er in der Vorbemerkung ein, die "schulmäßige Lehrbuchmetaphysik" bedürfe "stets der begleitenden, auch heterodoxen Denkbewegung" (6), so ist an anderer Stelle die Rede vom "systemorganisierenden Charakter" des "auf die Einheit der disparaten Mannigfaltigkeit der Welt" (127) gerichteten Benjaminschen

Gedankens, als solle dieser dann doch jener einverleibt werden - und dies ganz gegen den Duktus der Holzschen Deutungsversuche, die "von jeweils neuen Ansätzen her die Ideenkonstellation" umkreisen, die das Werk Benjamins ausmacht und zwischen deren äußersten Punkten es sich bewegt" (5).

Ob Walter Benjamin ein Kulturkritiker im Verständnis Adornos war, ein jüdischer Religionsphilosoph nach dem Scholems oder der Begründer einer marxistischen Ästhetik, wie die Gruppe um die Zeitschrift "alternative" es wollte - für Holz sind dies Fragen, die das "singuläre Phänomen Benjamin" nicht treffen. Vielmehr müsse man zwei unterschiedliche und doch wieder zu einer Einheit verschmelzende Phasen seiner Entwicklung auseinanderhalten: "eine geschichtsmetaphysische, deren Höhepunkt das Trauerspiel-Buch ist ... und eine marxistische, die sich programmatisch in den Geschichtsphilosophischen Thesen ausspricht und in der die politischen Implikate des Geistigen zentral herausgestellt werden." (59) "Ursprung des deutschen Trauerspiels", Benjamins 1928 erschienene und zuvor von der Philosophischen Fakultät der Frankfurter Universität abgelehnte Habilitationsschrift, und die in ihrer letzten Fassung wahrscheinlich erst im Todesjahr geschriebenen Thesen "Über den Begriff der Geschichte", die als Schlüsseltext für das Verständnis des Fragment gebliebenen "Passagen-Werks" (Titel der Herausgeber) gelten können, sind neben dem in seiner Datierung bis heute strittigen, von

Holz aber der zweiten Phase zugeschlagenen "Theologisch-politischen Fragment"³ denn auch die Texte, an denen die Holzsche These einer widersprüchlichen Einheit von "theologischem Messianismus und politischem Marxismus" (128) entwickelt wird.

Dabei überzeugt Holz gerade dort, wo er sich seiner geharnischten Armatur schulphilosophischer Kategorien entledigt und versucht, sein interpretatives Verfahren demjenigen Benjamins einzugliedern. So spricht er von "perspektivischer Darstellung", wenn er die Benjaminsche Handhabung der Form des Traktats charakterisiert, dem es nicht darum gehe, "eine gewonnene Erkenntnis lehrhaft mitzuteilen, sondern den Vorgang, wie diese Erkenntnis zu gewinnen sei, entwickelnd darzustellen." (77) So folgt er der Benjaminschen Intention einer in der deutschen Barockdichtung verschlüsselten Entfaltung der Formprinzipien zeitgenössischer europäischer Avantgarde, wenn ihm die Allegorie, die "das gegenständliche Bild in bewußter Distanz zum Gemeinten" (82) hält, zum Ausdrucksmittel des Expressionismus und Surrealismus für eine aus den Fugen geratene, eine "zersplitterte Welt" wird. So zeigt er, wie die theologische Idee, die in den jüdisch-messianischen Zügen ihres Versprechens der klas-

³ Nach Adorno ist dieses Fragment um die Jahreswende 1937/38, nach Scholem und Tiedemann 1920/21 entstanden - vgl. dazu Walter Benjamin, Gesammelte Schriften, hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt/M. 1972ff., (GS) II.3, S. 946ff.

senlosen, an die Stelle des Staates tretenden "Gemeinde" - "hinter allen Erscheinungsformen des Allegorischen wirksam ist" (87), im Bruch mit einem evolutionistischen Fortschrittsbegriff ihre Verbindung mit Benjamins "theoretischem Kommunismus" (131) eingeht. Diese Verbindung ist sein Leitfaden, wenn er im Abschlußkapitel seines Buches die Geschichtsphilosophischen Thesen in der Perspektive der "Resurrectio der (in ihrer Erlösungserwartung zitierbar gewordenen) Vergangenheit", des im "Sozialdemokratismus" vollzogenen "Abfalls von der Verheißung der Geschichte" und der "Jetztzeit" (Benjamin) als "Inbegriff aller revolutionären Geschichtszeit" (107 und 133ff.) liest.

Problematisch dagegen ist bei Holz die Benjamin unterstellte Ansicht des Utopischen (108 und passim). Denn diese ist, wie Burghart Schmidt⁴ zu Recht feststellt, nicht einfach eine Modifikation des Blochschen Utopiebegriffs. Wenn Benjamin sie nicht am "Ideal der befreiten Enkel", sondern "am Bild der geknechteten Vorfahren" gewinnt, so verbindet er sie vielmehr mit der Vorstellung vom neuen Barbaren als Konstrukteur, vom "positiven Barbarentum", das überall Wege durch die Trümmer hindurch sieht und daher nichts gemein hat mit dem nihilistischen.

Überhaupt fehlt eine nicht so sehr an den Inhalten wie an dem zu konstruierenden Material orientierte

Analyse ganz. Bei allen Bemühungen des Autors um die Bestimmung der Denkform, der Einsätze und der Klassenkampfpositionen des Benjaminschen Werks sucht man vergeblich nach einer Bezugnahme auf die bei Benjamin durchgängig von ihrer Veränderbarkeit her reflektierten Produktionsbedingungen schriftstellerischer und theoretischer Arbeit, wie sie explizit in dem immerhin bereits 1966 erstveröffentlichten Vortragsmanuskript "Der Autor als Produzent"⁵ als Indiz für das politische Bewußtsein des revolutionären Schriftstellers thematisiert werden. Der 1934 im Institut zum Studium des Faschismus in Paris gehaltene Vortrag nimmt Brechtsche Überlegungen zur "Umfunktionierung" des Produktions- und Publikationsapparates auf, um auf die mit tradierten Wahrnehmungsgewohnheiten brechende Technik der Montageschnitte und den von Sergej Tretjakow "definierten und verkörperten Typ des 'operierenden' Schriftstellers" zu verweisen, der über den Produzentenstatus des Intellektuellen und nicht zuletzt über den "philosophischen Stil" (71) Benjamins selber eine authentische Auskunft gibt.

Einer der Zeitgenossen Benjamins, die das faschistische Exil überlebt haben, hat diese Forderungen, wesentlich oder nicht, verstanden. Ferdinand Kramer, Architekt des "Neuen Bauens", den Max Horkheimer für die Umgestaltung und die

⁴ Vgl. Burghart Schmidt, Benjamin. Walter Benjamins Utopie - eine Rekonstruktion im Textgemenge, Hannover 1983, S. 6ff.

⁵ Walter Benjamin, Versuche über Brecht, Frankfurt/M. 1966, S. 95-116; dann in: GS II.2, S. 683-701.

Erweiterungsbauten der Universität nach Frankfurt zurückgerufen hatte, stellte am Tage der Eröffnung des neuen Portals zum Hauptgebäude den steinernen Fuß einer der Skulpturen aus der "Stilmaskerade" des neobarocken alten Eingangsbereichs in einer Vitrine aus, mit der Aufschrift: "Den Empörten zum Troste - vom Barbar".

Reinhard Schweicher

TOPOS

Hans Heinz Holz/Domenico Losurdo (Hrsg.), *Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Heft 1/93: Weltgeschichte, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1993, Einzelheft DM 20.-, Abonnement (2 Hefte jährlich) DM 30.-, Abonnements nur direkt beim Verlag (Breite Str. 47, 53111 Bonn).*

Unter dem Titel TOPOS stellt sich eine neue philosophische Zeitschrift vor. Sie wird von Hans Heinz Holz, der zugleich dem Herausgeberkreis der "Marxistischen Blätter" angehört und bis vor kurzer Zeit zusammen mit Hans Jörg Sandkühler u.a. Mitherausgeber der "Dialektik" war, und Domenico Losurdo herausgegeben.

Philosophie ist, so heißt es im Editorial, "indem sie den Ort zu bestimmen versucht, in den sich die Reflexion sammelt, und damit zugleich auch das Verhältnis unterschiedlicher Reflexionszentren zueinander festlegt, ... eine *Topologie der Welt*, die sich im System der Begriffe ausdrückt". In der gegen-

wärtigen "Epoche welthistorischer Veränderungen" soll TOPOS "die Gesellschaft, die Kultur, die Wissenschaft mit dem Blick auf ihren Zusammenhang behandeln". Darum ist "Universalität in der Problemstellung und Internationalität der Autorenschaft" das programmatische Ziel der Zeitschrift, ein hochgestecktes Ziel, denn, so sondieren die Herausgeber das Terrain, das TOPOS erobern soll, gegenwärtig "gibt es im gesamten deutschsprachigen Gebiet, aber auch in vielen Staaten Europas, keine Zeitschrift, die die Tradition der klassischen dialektischen Philosophie aufnehmend und das Erbe der Marxschen Theorie weiterführend eine philosophische Reflexion unserer Zeit stimuliert und vermittelt."

Weltgeschichte, ein Titel, der so auch "über dem gesamten Periodicum stehen" könnte, ist daher das Schwerpunktthema des Eröffnungsheftes. Es enthält Aufsätze von Hans Heinz Holz und Gianfranco Pala zur neuen Verfassung einer Welt, "die zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit zu einer ganz und gar interdependenten Einheit zusammengewachsen ist", von Volker Bialas über den mit dem Jahr 1492 markierten historischen Wendepunkt, von Domenico Losurdo, der sich mit der Frage nach dem Charakter von Demokratie in modernen Massengesellschaften befaßt, und von Andrés Gedö zur Verteidigung rationaler Theorie von Geschichte.

Für die folgenden Hefte vorgesehene Themen sind:

2/93: Demokratie (Klassische Konzepte, Demokratie in der Massengesellschaft, demokratische Völkerrechtsordnung)

1/94: Epochen-Wandel

2/94: Das Erbe der Kritischen Theorie (Zum 100. Geburtstag von Max Horkheimer)

Reinhard Schweicher

Mosaiksteine für die Marxforschung

Manfred Schöncke, Karl und Heinrich Marx und ihre Geschwister, Hrsg. Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, Pahl-Rugenstein Nachf. Verlag, Bonn 1993, 945 S. Preis bis 1.3.1994: 98,- DM, danach 148,- DM.

Was vom Marx'schen Werk heute noch Bestand hat, erschließt sich nur dem, der es eingebettet in sein historisches Umfeld erforscht. So richtig dieser Leitsatz der Marxforschung ist, so selten betreibt jemand die mühevollen Kleinarbeit seiner Einlösung. Manfred Schönckes Quellensammlung über Karl Marx, seinen Vater und deren Geschwister gehört zur Ausleuchtung des Entstehungskontextes des Marxismus. Das umfangreiche Buch umfaßt 834 Dokumente, darunter 247 Erstdrucke zu den siebzehn Personen aus der direkten Verwandtschaft.

Wer aus den blauen Briefbänden der MEW (27-38) die Namen Schmalhausen, Conradi oder Jutta behalten hat, erfährt hier Hintergründe: So hießen drei Schwestern von Karl Marx nach ihrer Ehe-

schließung. Apropos Jutta! Dieser Schwager von Marx aus dem holländischen Zaltbommel ist ein schillernder Zeitgenosse, der oft den Lebensweg von Marx und Engels in der Londoner Zeit kreuzt. Mit Louise Marx (bzw. Jutta) siedelt er 1853 nach Kapstadt über, wo er sofort Verlag und Buchhandlung gründet - noch heute existent, wie Schöncke eruierte. Auf Jutas Vermittlung bringt Marx 1854 in "De Zuid Afrikaan" einige Artikel unter, deren Honorar in den ersten, besonders armseligen Londoner Jahren wichtig war. Auch Geistiges erhielt Marx von den Jutas. Sie schenkten ihm 1875 die 5 Bände von Bancrofts "The Native Race of the Pacific States of North America", die Marx im Kontext seiner ethnologischen Studien eifrig studierte.

Über die Jutas bringt Schöncke 112 Dokumente, davon 43 erstmals, die er großenteils in Museen und Archiven Kapstadts und Johannesburgs ermittelte. Die anderen 16 Verwandten werden in ähnlicher Art behandelt.

Gewiß stellt sich die Frage, ob das erweiterte Wissen um Marxens Verwandte zu einem tieferen Verständnis des Werkes selbst beiträgt. Schöncke behauptet an keiner Stelle unmittelbare Kausalitäten zwischen Familienchronik und Werkinhalt. Ausdrücklich weist er die in diesem Jahrhundert populär gewordenen konservativen Marxismusdeutungen à la Künzli zurück, die aus der jüdischen Abstammung von Marx direkt seinen Theoriegehalt "erklärten": Marx habe, so Künzli, sich als Heilsver-

künder verstanden, der im Proletariat das "auserwählte Volk" suchte, das sein erträumtes Paradies auf Erden zu realisieren habe.

Schönckes Beschäftigung mit dem Judentum der Marx'schen Vorfahren bleibt sachlich-seriös und ist daher auch viel nützlicher, um die Bedeutung der Judenfrage für das Marx'sche Werk zu beurteilen. Der Leser erfährt durch Schöncke u.a. Neues über den Antisemitismus, dem Marxens Vater und dessen Geschwister ausgesetzt waren. Nicht nur Vater Heinrich Marx trat zum Christentum über, um seinen Beruf weiter ausüben zu können, sondern auch dessen Bruder Cerf Marx. Ein lesenswertes Dokument des christlichen Antisemitismus ist der triumphierende Taufbericht des katholischen Taufpfarrers zu Aachen, der der Familie Cerf Marx die Gnade des rechten Glaubens erwies.

Schöncke trägt - erfolgreich - Daten zusammen. Er führt viele neue biographische Kenntnisse in die internationale Marxforschung ein. So müssen z.B. die MEGA-Editoren einige Datierungen ändern und im Apparat diverse Eigennamen korrigieren. Gewiß sind nicht alle Dokumente gleichermaßen wichtig. Doch muß das Material erst einmal da sein, um es bewerten zu können. Darin liegt Schönckes großes Verdienst. Dieses Buch gefördert zu haben, darf sich die Wuppertaler Marx-Engels-Stiftung, insbesondere Richard Kumpff, beglückwünschen.

Winfried Schwarz

**isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.**
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Neu

Wirtschaftsreform in Osteuropa
Markt - Krise - Hinterhof



REPORT.NR. 16
Wirtschaftsforschung München e.V.

Krieg der Konzerne



Thesen zu Weltmarkt-Strategie des Kapitals

isw REPORT.NR. 17
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Analysen des isw - sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-reports

- (vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
- Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 25,- DM)
- Der Gipfel, diese Weltwirtschaft? (März '92)
- Mit Energie ins Treibhaus (Juni 1992)
- EG - Vom Supermarkt zur Supermacht? (Oktober '92)
- Friedensdividende oder neue Rüstungsrenditen? (Januar 1993)
- isw-forum: Wirtschafts- und Militärmacht EG (April 1993)

isw-spezial

- Kapitalmacht in Deutschland (August 1991), DM 7,- + Porto
- Billigstrom für die Großindustrie (Oktober 1992), DM 5,- + Porto
- Siemens Bilanz- und Konzernanalyse, 2. überarb. Aufl. (Mai '93), DM 5,- + Porto
- Reiche Industriestaaten - Arme "Dritte Welt" (April 1993), DM 5,- + Porto

isw-wirtschaftsinfo

- Gegen die Asylflügel, DM 2,- + Porto
- Solidarpakt, Sozialabbau, Standortdebatte DM 3,- + Porto

isw e.V., Georg-Wopfinger-Straße 46,
80939 München - Konto Sparda Bank
München Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Über David Rjasanow

David Rjasanow - Marx-Engels-Forscher, Humanist, Dissident. Hrsg. und mit einem biographischen Essay versehen von Volker Külöw und André Jaroslawski, 260 S., Dietz Verlag, Berlin 1993, 39,80 DM.

Seit B. Rabehls Vorwort von 1973 sind unter den Linken die Verdienste David Rjasanows um die Veröffentlichung der Werke von Marx und Engels zwar irgendwie bekannt. Aber viel weiß keiner. Denn die wissenschaftliche archivalische Beschäftigung mit diesem 1938 im Zuge des Stalinschen Generalangriffs auf die kritische marxistische Intelligenz hingerichteten Gelehrten war bis vor kurzem politisch blockiert. Jetzt liegt ein erstes Buch mit Archivveröffentlichungen vor, das Schriften, Reden und Briefe Rjasanows sowie einige Zeugnisse Dritter (von Trotzki bis W. Pieck) enthält - herausgegeben und mit einem biographischen Essay versehen von Volker Külöw und André Jaroslawski.

Das Überraschende an der Kurzbiographie und den Dokumenten ist nicht Rjasanows leidenschaftliche editorische Tätigkeit bezüglich des Marx-Engels-Nachlasses: zunächst für die deutsche Sozialdemokratie, nach 1922 als Diaktor des Moskauer Marx-Engels-Instituts, eine Tätigkeit, die in die Marx-Engels-Gesamtausgabe mündete, deren ersten Halbband Rjasanow 1927 noch herausbrachte.

Das Überraschende ist, was Rjasanow außer Marx-Engels-Forscher sonst noch war: Als sechzehn-

jähriger Gymnasiast schloß er sich bereits den Völkstümlern an, die 90er Jahre verbrachte er zum großen Teil im Gefängnis oder unter Polizeiaufsicht. 1901 emigrierte er nach Westeuropa, hielt sich aber aus den internen politischen Fraktionskämpfen der russischen Sozialdemokraten heraus. Doch Mitte 1917 war er einer der Führer des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften und bald darauf Parteimitglied. Von 1917 bis 1921 war die Zeit seiner intensivsten politischen Tätigkeit in Rußland, wobei der selbständig denkende Gewerkschaftsführer immer wieder in Konflikt mit der Parteiführung geriet, der er ein diktatorisches Verhältnis zu den Gewerkschaften vorwarf.

Während sich Rjasanow durch seine Eigenständigkeit den Respekt Lenins erwarb, der einen wesentlichen Anstoß zur Gründung des Marx-Engels-Instituts gab, war Rjasanow eigener Kopf für Lenins Amtsnachfolger unerträglich (s.o.).

Den Dokumentenband sehen die Herausgeber als ersten Schritt in der Aufarbeitung der Biographie einer der wichtigsten marxistischen Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts.

Winfried Schwarz

Geschichte des Bundes der Kommunisten

Martin Hundt: Geschichte des Bundes der Kommunisten 1836 - 1852 (=Philosophie und Geschichte der Wissenschaften. Studien und Quel-

len, hrsg. v. Michael Otte u. Hans Jörg Sandkühler, Bd. 3), Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1993, 812 S., 168,- DM.

In derzeitigen öffentlichen Reflexionen über die Geschichtswissenschaft der DDR dominiert nahezu einhellig das Verdikt, ihre Leistungsfähigkeit und Wissenschaftlichkeit sei durch die von der in Staat und Gesellschaft die Führung ausübenden Partei, der SED, beeinträchtigt oder gar gänzlich verhindert worden. So zutreffend dieses Urteil für Teilbereiche vor allem der neuesten Geschichte auch zweifellos ist, übersieht es - weil nicht sein kann, was nicht sein darf -, daß von der politisch führenden Kraft der DDR in nicht geringem Maße auch die geschichtswissenschaftliche Erkenntnis fördernde Impulse ausgingen. Das dezidierte Interesse an der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung zum Beispiel wurde originär nun eben nicht von kapitalistischen Konzernen oder bürgerlichen Parteien bzw. ihren Stiftungen artikuliert. Die stärkere Beschäftigung der altbundesdeutschen Historiographie auch mit diesem Themenkomplex ist nicht ausschließlich, aber weitgehend erst zu verstehen als eine Folge auf die Herausforderung, die entsprechende Bemühungen und publizierte Ergebnisse der DDR-Historiographie darstellten.

Das Entstehen der vorliegenden Monographie von Martin Hundt über die Geschichte des Bundes der Kommunisten steht zweifellos im Kontext des öffentlichen Interesses, das in der DDR der Geschichte der Arbeiterbewegung und

speziell ihrer politischen Organisationsbestrebungen entgegengebracht wurde. Offenbar bedurfte es dieser Rahmenbedingungen als Voraussetzung für die Erarbeitung des vorliegenden Werkes. Dem Autor, Fachkreisen bekannt als Verfasser zahlreicher Spezialstudien sowie vor allem als einer der Herausgeber und maßgeblichen Mitarbeiter einer dreibändigen Quellenedition zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, gebührt das Verdienst, mit vorliegender Publikation die erste umfassende Darstellung des Entstehens, des Wirkens und der Unterdrückung dieser kommunistischen Organisation in der Mitte des 19. Jh. präsentiert zu haben. Dieses voluminöse Buch verkörpert eine bedeutende wissenschaftliche Leistung. Sie ist das Ergebnis dreißigjähriger Beschäftigung des Verfassers mit dem Thema. Die Darstellung fußt auf der Kenntnis und Verarbeitung der einschlägigen Quellen sowie der Auswertung der Literatur, die dank intensiver Forschungen vor allem in der DDR und in der Sowjetunion, aber auch in der AltBRD, Frankreich, der Schweiz und anderen Ländern einen beträchtlichen Umfang erreicht hat. Der Stil der Darstellung ist unpräzise und flüchtig, die Gedankenführung logisch und klar, der Text insgesamt gut lesbar. Zu den Vorzügen dieser Geschichte des Bundes der Kommunisten gehört es, daß seine Vorgeschichte in Gestalt des Bundes der Gerechten mit gleicher Intensität und Ausführlichkeit behandelt wird wie die eigentliche Geschichte des Kommunistenbundes

selbst. Rund dreihundert Seiten - das ist mehr als ein Drittel des Gesamttextes - sind dem Bund der Gerechten von seiner Gründung 1836 bis zu seiner Umwandlung und Umbenennung in Bund der Kommunisten im Juni 1847 gewidmet. Einen Schwerpunkt des Buches bildet natürlich die Tätigkeit des Bundes und seiner Mitglieder in der Revolution von 1848/49. Die Tatsache, daß die Jahre danach bis zum Kölner Kommunistenprozeß 1852 gleichermaßen ausführlich und eingehend berücksichtigt wurden, trägt der Erkenntnis Rechnung, daß die nachrevolutionäre Phase in der Geschichte des Bundes der Kommunisten keineswegs von Niedergang und Verfall, sondern zumindest partiell von einem neuen Aufschwung geprägt war.

"Der Autor bekennt", so schreibt er einleitend, "seine Faszination angesichts des Mutes, der sozialen Verantwortung, des historischen Gestaltungswillens, sowie der - vor allem in Marx verkörperten - theoretischen Energie jener wenigen Bundesmitglieder" (S. 13). Seine Sympathie und Identifikation mit deren grundsätzlichem Anliegen bestimmen Geist und Inhalt dieses Buches. Es ist unschwer zu begreifen, daß diese politisch-weltanschauliche Verortung eine wesentliche Voraussetzung für die persönliche Motivation zu wissenschaftlicher Anstrengung und sensibler Spurensuche bildete. Die "Faszination", die das Entstehen dieser historiographischen Würdigung der ersten Generation von Kommunisten in der Frühzeit der Arbeiterbewegung zweifellos för-

derte, machte den Autor indes keineswegs blind für Fehlleistungen einzelner Akteure wie für Grenzen, die dem Bund insgesamt gezogen waren. Als das gravierendste Defizit im Selbst- und Weltverständnis des Bundes der Kommunisten erscheint die Erwartung, der Sturz des Kapitalismus und das Erreichen eines ausbeutungsfreien Gesellschaftszustandes würden in einem historisch absehbaren kurzen Zeitraum möglich sein.

Ein weiterer Vorzug dieser Geschichte des Bundes der Gerechten und des Bundes der Kommunisten besteht darin, daß sie sich nicht auf die Schilderung des Wirkens der leitenden Gremien und der maßgeblichen Männer beschränkt, sondern der Bundesorganisation mit besonderer Aufmerksamkeit bis zu ihren Verästelungen an der Basis nachspürt. Naturgemäß nehmen die Diskussionen in der Volkshalle, dem Leitungsgremium des Bundes der Gerechten, und in der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten, nimmt das Agieren von Weitling, Marx und Engels breiten Raum ein. Aber wo immer die Quellen es hergeben, bezieht der Verfasser einfache Bundesmitglieder in die Darstellung ein, nennt ihre Namen und berichtet, was über ihre Tätigkeit bekannt ist. Dieses Anliegen war ihm wichtiger als, wie er schreibt, "ausführliche Prinzipien zu erörtern" (S. 13).

Nun wird der Grundduktus des Buches tatsächlich weitgehend durch eine das empirisch-historische Material darbietende Erzählweise bestimmt. Doch ist es keineswegs, wie die zitierte Äußerung vermuten las-

sen könnte, theoretisch unbedarft. Die eingehende Behandlung der Programmdebatten und der eigentlich niemals endenden Diskussionen über Fragen der Strategie und Taktik zum Beispiel zeugen vom Gegenteil. Von hohem theoretischen wie politischen Interesse sind zudem einige die konkrete Stoffdarlegung verlassende, aber stets von ihr ausgehende kurze Auslassungen allgemeineren und höchst aktuellen Charakters. Das gilt etwa für die Erörterung über den Unterschied zwischen Fraktionstätigkeit und Richtungsstreit, wo es unter anderem heißt: "In der Entwicklung von Organisationen treten jedoch von Zeit zu Zeit Phasen ein, in denen neue Probleme der gesellschaftlichen Praxis eine kontroverse Debatte erfordern ... Solche Debatten mit dem Stigma 'Fraktion' zu ersticken, kann der betreffenden Organisation nur schaden. Es scheint daher notwendig, zwischen Fraktion und Richtung (bzw. Strömung oder Flügel) zu unterscheiden" (S. 644). Ein weiteres Beispiel von Textstellen dieser Art: "Utopismus ist eine ständige Gefahr. Er besteht in der ungenügenden Berücksichtigung der Realität, im Mangel an vorurteilsloser Analyse, im Ausgehen von einem sozialen Ideal, nach dem sich die Wirklichkeit zu richten habe (wobei nicht das Ideal an sich abzulehnen ist, sondern dessen spekulative Konstruktion und der Versuch seiner gewaltsamen Vorwegnahme). Utopismus äußert sich darin, daß nicht von der Selbsttätigkeit der Volksmassen ausgegan-

gen wird, sondern von deren 'Beglückung' ..." (S. 652).

Anzumerken bleibt, daß freilich nicht alle aktuellen Bezugnahmen gleichermaßen zu überzeugen vermögen, so etwa die Äußerungen über das Verhältnis von kommunistischer Partei und Proletariat in der Sicht von Marx oder die Interpretation der Polemik gegen Kriegeres Sendungsbewußtsein (Zirkular gegen Kriege vom 11. Mai 1846), die außer Betracht läßt, daß erstens Marx seinerseits gewiß nicht frei davon war und zweitens Sendungsbewußtsein nicht a priori negativ besetzt sein muß, sondern, wenn es den Interessen geschichtsmächtiger sozialer Schichten entspricht, durchaus historisch progressiv wirksam werden kann - man denke, um ein Beispiel aus dem 16. Jh. anzuführen, etwa an die Herausforderung der Papstkirche durch den Augustinermönch Martin Luther.

Solcherart Vorbehalte zu Einzelaussagen oder Detailproblemen betreffen jedoch nicht die Gesamtbeurteilung des Buches. Gravierender dagegen und unabdingbar für die Standortbestimmung und kritische Selbstvergewisserung marxistischer Historiographie zu den Anfängen kommunistischer Partiiengeschichte erscheint die Befragung des vorliegenden Werkes nach Muttermalen seiner DDR-Herkunft. Der Autor deutet selbst an, daß er sich dieser Problematik bewußt ist, wenn er schreibt: "Narben seines stets umstrittenen Entstehungsprozesses konnten im Manuskript nicht alle beseitigt werden", und: "Spezifische historische und wissenschaftshisto-

rische Bedingungen spielten ihre sowohl störende wie auch erkenntnisfördernde Rolle" (S. 14).

"Narben" und Grenzen, die sich freilich keineswegs durchweg auf typische Eigenarten und Sichtweisen von DDR-Historiographie zurückführen lassen, sind unschwer auszumachen, zum Beispiel in der Interpretation der Rolle und des Wirkens von Marx. Daß "Faszination" hier in besonderem Maße wirkte, kann niemanden, der sich jemals intensiver mit seinem Werk vertraut gemacht hat, verwundern. Zudem ist der Autor auch Marx gegenüber keineswegs blind unkritisch. "Hier aber irrten Marx und Engels" (S. 623), oder: "...in der Sache aber war Marx im Unrecht" (S. 643) - solche Formulierungen kommen vor, freilich nur in Bezug auf relative Belanglosigkeiten. Vorherrschend dagegen ist die Tendenz zur uneingeschränkten Rechtfertigung von Marx, auch dann, wenn zum Beispiel die eine oder andere seiner den Bund im Revolutionsjahr 1848 betreffenden Entscheidungen zumindest stärkerer Problematisierung bedurft hätte.

Mag man in diesem Punkt wohl nicht zu Unrecht das Fortleben einer früher verinnerlichten Blickweise vermuten, so hat ein anderer Mangel nichts mit eventuellen Befangenheiten in DDR-Vergangenheit, sondern viel eher mit unzureichender Rezeption und Verarbeitung von DDR-Forschung zu tun. Dieser Eindruck entsteht angesichts der Tatsache, daß der Horizont der Darstellung etwa für die Revolutionsjahre fast ausschließlich durch die zeitgenössische Sicht von

Marx und Engels bestimmt wird. Die in der Neuen Rheinischen Zeitung vertretenen Auffassungen und Konzepte werden referiert, ohne sie immer ausreichend mit der historischen Realität zu konfrontieren und mit den Ergebnissen der historischen Forschung in Beziehung zu setzen. Die vom Beispiel der französischen Revolution von 1789 abgeleitete Erwartungshaltung an die deutsche Bourgeoisie im Jahre 1848 etwa wird beschrieben, ohne zu erörtern, daß sie die historische Realität insofern verfehlte, als die gegenüber 1789 veränderten gesellschaftlichen Bedingungen der deutschen Bourgeoisie 1848 eine andere Haltung ermöglichten. Unreflektiert bleibt die Frage, was das Aufbrechen des Widerspruchs zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse bereits am Vorabend und das Agieren von Kommunisten in der Revolution für deren Verlauf bedeutete. Die Tendenz zum Glätten von Problemen und zu Vereinfachungen wird auch an einzelnen Textstellen offenbar. Eine Vereinfachung ist es sicher, wenn negiert wird, daß die politische und organisatorische Verselbständigung der Arbeiterbewegung auf die kleinbürgerliche Demokratie auch eine lähmende und zersetzende Wirkung ausübte (S. 548). Wendungen wie: "Im Volk hoffte man auf energische und konkrete Schritte" gegen die Konterrevolution im November 1848 (S. 533) idealisieren "das Volk", das nicht nur aus Revolutionsanhängern bestand, sondern partiell auch zur Bildung einer Massenbasis für die Konterrevolution beitrug.

Abschließend ist festzuhalten: Die angedeuteten Vorbehalte und Einwände sollen die eingangs formulierten Aussagen über Leistungen und Verdienste dieser Publikation nicht relativieren. In der Geschichte der historiographischen Bemühungen um die Erforschung und Darstellung des Wirkens des Bundes der Gerechten und des Bundes der Kommunisten wird sie auf lange Sicht einen herausragenden Platz einnehmen.

Helmut Bleiber

Stab ohne Berufung

STAb. Sozialistische Theorie und Arbeiterbewegung. Nr.1/1993, Hrsg.: Sozialistische Theorie und Arbeiterbewegung e.V. (c/o Mieterladen, Berlinckestr. 11, 12165 Berlin), 90 Seiten, DIN A 4, 10,- DM.

Zu notieren ist das erste Heft einer Publikation, deren Erscheinungsfolge noch nicht angekündigt ist. Es handelt sich um ein Projekt, bei dem sich kommunistische Intellektuelle aus der Ex-DDR, die im Spektrum von KPD und KPF in der PDS engagiert sind und den Fixpunkt ihrer Identität in der überlieferten klassischen Form der KPD sehen, und (ehemalige und derzeitige) Aktivisten vom linken Rand der DKP zusammengetan haben. Haben die ersteren ihre Reibungsflächen vor allem mit reformistischen Positionen in der PDS, so arbeiten sich letztere an der DKP ab, die in ihrer Sicht reformistische Positionen nicht ausreichend überwunden hat.

Sie eint die Überzeugung "von der Notwendigkeit und Unverzichtbarkeit einer kommunistischen Partei" (88) in jener rigiden Machart, die "den Opportunismus als den Hauptgegner einer revolutionären Perspektive" in der Arbeiterbewegung ansieht und bei allen heutigen Parteien in Deutschland ein revolutionäres Programm vermißt. Diesen Zustand zu ändern, ist die Gruppe angetreten. Dabei kann "Stab", das Kürzel des Langnamens, auch als elitärer Anspruch gegenüber der realen kommunistischen Bewegung gelesen werden, wie er in etwa in den ML-"Parteien" der 70er Jahre verbreitet war.

Das Thema des vorliegenden Heftes lautet "Arbeiterklasse im Spätkapitalismus. Zu einigen Voraussetzungen der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung". Es sind hier Beiträge einer entsprechenden von der Gruppe durchgeführten Tagung veröffentlicht. Ihre Substanz könnte unter dem Begriff "bemüht" zusammengefaßt werden. Sie reflektieren aber weder den marxistischen Diskussionsstand der Vergangenheit, noch vermögen sie die Analyse der Realität der Gegenwart im Sinne der ausgedachten Absichten voranzutreiben oder klassentheoretische Ansätze zur Interpretation der Restaurationsperiode zu vermitteln. Worin die Anregung und Hilfestellung für Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung bestehen soll, ist schwer zu erkennen. Der gute Wille allein tut es eben noch nicht.

Den Beiträgen von Wolfgang Garbers-Detering und von Frank Markowski kann der Fleiß nicht abge-

sprochen werden, mit dem sie Fakten zu den sozialen Folgen der Krisen und der Rationalisierungsstrategien zusammengetragen haben. Ein gewisser Angelpunkt für ihre kritischen Einlassungen sind die - in ihren Intentionen allerdings nur ungenügend verstandenen - Aussagen der 8. PV-Tagung der DKP von 1987 zur Rolle und Struktur der Arbeiterklasse. Durch die meisten Beiträge zieht sich eine, von Eberhard Czichon dann monierte unbewältigte Dialektik beim Verhältnis von Kern und Gesamtheit der Klasse. Erörterungen über wissenschaftlich-technischen Fortschritt und Arbeiterklasse steuert Prof. Nina Hager bei, während Eberhard Czichon vor allem mit rechten Positionen in der PDS polemisiert. Von Friedhelm Kröll findet sich eine Kurzfassung seiner schon andernorts veröffentlichten Thesen zur Rekonstruktion der Klassentheorie - mit nun allerdings starker Zurücknahme der von ihm dort noch favorisierten Segmentierungsthese. Joachim Tautz bringt eine knappe Information über den Status der marxistischen Klassenkonzeption in den jüngsten Programmdiskussionen.

Nach einem Heft ist es kaum möglich, ein seriöses Urteil über Profil und Potenzen von "STAB" abzugeben. Auf jeden Fall wäre für die Zukunft zu wünschen - auch aus der Sicht einer breiter verstandenen marxistischen Linken -, daß jenseits von elitärer oder sektiererischer Selbstgefälligkeit ein positiver Beitrag zur Beförderung der zum Ziel erhobenen "Erneuerung und Vereinheitlichung der kommunisti-

schen Bewegung in Deutschland" (88) nicht ausbleibt.

Heinz Jung

Sozialraum Europa oder monetäre Autonomie?

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1993, 300 Seiten, 38,- DM.

Wie wird Europa im Zeichen des Zusammenbruchs der osteuropäischen Sozialsysteme gestaltet? Welche Rolle spielt dabei die EG, soll sie erweitert oder vertieft werden? Wie kann ein europäisches Sozialdumping verhindert werden? Wie können regionalistische und nationalistische Bewegungen zurückgedrängt werden? Wie kann die Macht der europäischen Konzerne gebändigt, wie die Japanisierung von Arbeitsbeziehungen verhindert, wie die internationale Konkurrenz beantwortet werden? Also in einem Wort: wie soll es aussehen, das neue Europa?

Eine Neuerscheinung gibt eine durchaus aufschlußreiche und eigenwillige Antwort auf diese v.a. in der politischen Diskussion akuten Fragen: "Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung" vom Berliner Politökonom Elmar Altvater und der Politologin Birgit Mahnkopf, denen es v.a. um eine Neubestimmung der Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln in einem europäischen Raum geht: "Sollen die tradierten

Arbeits- und Entlohnungsformen, die darauf abgestellten tarifpolitischen Konzepte, die Formen der gewerkschaftlichen Organisation und Auseinandersetzung, (...) verteidigt und beibehalten werden? (...) Oder sollen sich moderne Gewerkschaften der 90er Jahre auf die neuen Tendenzen im integrierten und deregulierten Gemeinsamen Markt Europas, auf Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes und der Entlohnung einlassen und den neuen Inhalten und Formen der Tarifpolitik auch die Organisation, die Kampfformen und die Umsetzung in der betrieblichen Praxis anpassen?" (18)

Einfache Antworten nach dem Muster: "Die Gewerkschaften müssen sich hier- und dahin bewegen" sind von den beiden aber dennoch nicht zu erwarten, es geht ihnen vielmehr um die Politisierung von Sachzwängen, hinter denen sich die Unternehmer so gerne verstecken (19), die aber erst einmal zur Kenntnis genommen werden und problematisiert werden müssen, um sie zum Politikum zu machen. Wer aber dennoch eine kurze Antwort wünscht, der kann es auch prägnant haben: "Tarifpolitik muß europäisiert werden" (247). Die Frage bleibt nur, warum eigentlich und wenn ja, wie?

Ausgehend von der Regulations- theorie (vgl. dazu kritisch K. Hübner: Theorie der Regulation, Berlin 1986 und als beispielhafte Analyse J. Hirsch/R. Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986) wird versucht, die Veränderungen der Weltwirtschaft der letzten zwanzig Jahre dingfest zu ma-

chen, v.a. was das neue Verhältnis von Nationalstaat und Weltwirtschaft anbelangt sowie die sich darauf beziehende Wirtschaftspolitik und die darin eingebundenen Lohnverhältnisse und die neue Rolle, welche dabei dem europäischen Kapital- und Sozialraum zukommt. Sie beleuchten dann zunächst den Wandel der lohn- und tarifpolitischen Konzepte, zeigen deren jeweilige Eingebundenheit in politische und soziale Zusammenhänge auf, nennen weiterhin Gründe für das Scheitern der Versuche zur Internationalisierung des Keynesianismus und der internationalen Veränderungen des internationalen Akkumulationsregimes, deren eine Antwort eben die Integrationsdynamik des Gemeinsamen Marktes darstellt, den man mit den Maastrichter Verträgen zu forcieren suchte. Daraufhin weisen sie die Konturen eines Standortes Europas vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen über "Lean Production" oder "Japanisierung der Arbeitsbeziehungen" auf und widmen sich dann, wenn zum Teil auch sehr summarisch, der verschiedenen Ausgestaltung von Sozial- und Lohnverhältnissen im jeweiligen nationalen Raum (wie in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien etc.); was ihre theoretischen Auffassungen nicht einfach nur illustriert, sondern im Sinne verschiedener Möglichkeiten aufzeigt, wie allgemeine Tendenzen v.a. der monetären Zwänge in verschiedenen institutionellen Gefügen sich darstellen. Als besonders spannend lesen sich so auch die Kapitel über das Deutschland nach der Wieder-

aneignung und das Osteuropa der Transformation nach Irgend- oder Nirgendwo. Die Hauptveränderung der ökonomischen Verhältnisse stellt für sie v.a. die Abkopplung der Finanzmärkte von der Realökonomie dar, wie dies von vielen anderen ebenso gesehen wird; im Unterschied aber zu Positionen, wie sie von Monetaristen und Neoklassikern, aber auch von einflussreichen sozialdemokratischen Theoretikern wie F.W. Scharpf vertreten werden, lehnen sie die Hinnahme des internationalen Zinsniveaus und damit deren Rentabilitätsdefinitionen ab. Vollzieht man dies nämlich so nach und will man dann gleichzeitig auch eine europäische Währungsunion, so bleibt nur die Lohnpolitik als Variable, die im jeweiligen nationalen Raum noch zu verändern und die dementsprechend zu deregulieren ist, also aus tariflich geschützten Verhältnissen herauszubrechen wäre. So stellt sich das Problem, daß die Wirtschafts- und Währungsunion nur zusammen mit der Sozialunion stattfinden müßte, aber unter den gegebenen Verhältnissen nicht kann, da dies nicht nur von den Unternehmen verweigert wird, sondern auch diesen ebenso wie Regierungen und ihren Zentralbanken die Hände gebunden sind, solange sie sich an die internationalen Finanzmärkte und deren Logik ausliefern. Die Antwort der Neoklassiker wäre die folgende: "Wenn die Wechselkurse nicht mehr wie eine Schleuse die wirtschaftlichen Niveaus verschiedener Ländern ausgleichen, dann erhalten die Lohn- und andere Arbeitskosten die Schleu-

senfunktion - und die Gewerkschaften sollen die Rolle des Schleusenwärters übernehmen." (246) Denn das Kapital ist international, hat seine Heimat auf dem Weltmarkt, während die Arbeit mit all ihren infrastrukturellen Voraussetzungen, kurz ihrem sozialen Raum, eben an diesen gebunden ist und eine Entgrenzung nur zu Wohlstandschauvinismus und Ausgrenzung führt, wird darauf nicht eine europäische Antwort gefunden, die auch nur von den Gewerkschaften gegeben werden kann.

Mahnkopf und Altvater machen nun den Vorschlag, daß die Gewerkschaften auf der europäischen Ebene nicht mit den gleichen Institutionen wie im nationalen Raum agieren. Zum einen müsse daneben eine Transnationalisierung der Gewerkschaftsarbeit auf Unternehmensebene treten (wie sie in Keimform der Eurobetriebsräte vorliegt), zum anderen sollten v.a. flexible als auch innovative Netzwerke geknüpft werden: "Europäische gewerkschaftliche Kooperation kann nur in verbindlichen, aber flexiblen, in lockeren und viel Spielraum für die unteren Ebenen lassenden Netzwerken erfolgreich sein." (250)

Viele der behandelten Fragen wären noch aufzugreifen. Doch ob sie nun die Diskussion über die Stellung von kleinen und mittleren Unternehmen in regionalen Netzwerken und ihre Bedrohung durch die europäischen Multis nach der Installierung des Binnenmarktes 1992 aufrollen oder die Diskussion um "lean production" und die "japanische Herausforderung" oder Fragen nach der Zukunft der ost-

europäischen Sozialsysteme nachgehen oder versuchen, die Hintergründe der seltsamen Gegenüberstellung von Integration oder Erweiterung der EG darzulegen - es ist immer ein Buch, welches kenntnisreich versucht, Licht ins Dunkle der europäischen Integration und Desintegration zu bringen und eben nicht "Die Probleme (...) im schwarzen Loch einer unpolitischen Markttheorie" (101) verschwinden läßt. Es bleibt kaum etwas gegen diese hervorragend flüssig geschriebene Analyse einzuwenden, welche auch für diejenigen, die nicht vollkommen in die Diskussion über die EG eingearbeitet sind, lesenswert sein dürfte, da ständig versucht wird, auch komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen, ohne sie zu simplifizieren. Höchstens wäre das bewußte Ausklammern von ökologischen Fragen als etwas fraglich anzumerken, v.a. wenn leichtfertig mit dem Begriff der "Effizienz" umgegangen wird, der damit die kurzfristige marktwirtschaftliche Beurteilung desselben miteinschließt, ohne auf die heutige Diskussion (v.a. K.H. Tjaden: Mensch - Gesellschaftsordnung - Biosphäre, Marburg 1990) einzugehen.

Letztlich geht es eben darum, daß nur ein sozial gestaltetes und daher erst nach langen Diskussionen entstehendes Europa vor den Gefahren eines neuen Rechtsradikalismus, einer erneut aufflackernden nationalistischen Auseinandersetzung und eines demokratisch sicherlich nicht legitimierten Sozialdumpings geschützt werden kann: "Ein soziales und politisch verein-

heitliches Europa müßte auch so etwas wie "Heimat" für Arbeitnehmer sein können - oder es kommt erst gar nicht zustande. Heimat bedeutet nicht nationale oder regionale Absonderung und Isolierung, sondern gerade Weltoffenheit und daher auch individuelle Mobilität; Mobilität aber in sozial regulierter Form (...), daher nicht um den Preis der Schwächung der Gewerkschaften." (260) Das eben wäre die Möglichkeit einer Antwort auf die "europäische Herausforderung".

Corell Wex

Texte zur Autonomie

Frombeloff (Hrsg.): ... und es begann die Zeit der Autonomie; Verlage Libertäre Assoziation Hamburg, Rote Strasse Göttingen, Schwarze Risse Berlin, ca. 330 S., 25,- DM.

K. Linne, T. Wohlleben (Hrsg.): Patient Geschichte; 374 S., 27,- DM, nur bei 2001 Versand, Postfach, 60381 Frankfurt, Bestellnr. 11592.

Mit "... und es begann die Zeit der Autonomie" liegt endlich eine Einführung in die bundesdeutsche Rezeption der in Italien entwickelten Theorie des Operaismus vor. Der Operaismus geht - entgegen der traditionellen Lesart des Marxismus - davon aus, daß die arbeitende Klasse durch ihren Kampf gegen die Arbeit und für das Einfordern des "Menschenrechts" auf Existenz der Motor der Kapitalentwicklung ist. Das Kapital müsse z.B. mit technischen Neuerungen auf die durch den ArbeiterInnenwiderstand produ-

zierte Krise reagieren. Die Einführung bezieht sich auf das Beispiel des politischen und wissenschaftlichen Wirkens von Karl Heinz Roth. Dabei wechseln sich einführende und zusammenfassende Beiträge der HerausgeberInnen mit der Dokumentation von Texten ab.

Roth ist nach seiner Zeit beim Hamburger SDS Mitglied der "Proletarischen Front", einer politischen Strömung, die versucht, die in Italien in den Massenstreiks 1968/69 gewonnenen Erkenntnisse in Deutschland umzusetzen. Er ist einer der Theoretiker des Operaismus und veröffentlicht 1974 das Buch "Die andere Arbeiterbewegung", das bis in Kreise von HistorikerInnen für Diskussionsstoff sorgt. Danach ist er Mitbegründer der Zeitschrift "Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft" und deren Nachfolgeprojekt "Autonomie. Neue Folge".

Schon vor dem Ende der "Autonomie. Neue Folge" (1985) gründet Roth mit anderen den Hamburger "Verein zur Erforschung der NS-Sozial- und Gesundheitspolitik". Daraus entsteht das heute breiter anerkannte "Hamburger Institut für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts" und die mit ihm verbundene Zeitschrift "1999". An beiden Projekten wirkt Roth mit. Er beteiligt sich an praktischen politischen Auseinandersetzungen, zuletzt der "Radikalen Linken" oder durch sein Referat auf dem Konkret-Kongreß ("Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken") und arbeitet seit 20 Jahren als Arzt.

Das Buch behandelt weniger die ausführlichen Forschungen Roths zu Nationalsozialismus, Eugenik, Sozialpolitik oder ArbeiterInnengeschichte, sondern hat die theoretischen Grundlagen Roths und des bundesdeutschen Operaismus, deren Herausbildung und Veränderungen zum Thema. Dabei darf man sich von der oftmals etwas bombastischen Sprache nicht abschrecken lassen, die in den 70er Jahren aus der Paraphrasierung italienischer Texte herrührte.

Im ersten Teil des Buches findet sich eine Biographie von Roth und die Einführung in die Theorie des Operaismus durch die HerausgeberInnen. Der zweite Teil beschäftigt sich direkt mit Roth: Die inhaltlichen Thesen von „Die andere Arbeiterbewegung“ werden referiert. In diesem Buch beschreibt Roth den Widerstand von ArbeiterInnen, die nicht dem gängigen Bild vom männlichen, deutschen Facharbeiter entsprachen, gegen die Arbeit. Dieser äußerte sich u.a. in wilden Streiks, Sabotage und Absentismus und wird für den Zeitraum von 1880 bis 1973 beschrieben. Roth entwickelt die theoretische Figur des "multinationalen Massenarbeiters" und geht zu dieser Zeit von einer Zentralität der Kämpfe im Produktionssektor für eine revolutionäre Umwälzung aus. Ein kurzer Abschnitt über den bewaffneten Kampf mit zwei Texten leitet zur "Hinwendung auf alle Bereiche proletarischen Alltags" durch Roth und die Redaktion der "Autonomie" über, die damit eine gewisse Abkehr von ihren früheren Positionen vollziehen und den Reproduk-

tionsbereich als Ort gesellschaftlicher Kämpfe wahrnehmen. Dazu werden acht Thesenpapiere Roths von 1978 bis 1993, die bis jetzt nur verstreut publiziert worden waren, dokumentiert (zum Faschismusbegriff, zu Massenarmut, zur Revolte der frühen 80er, zu den neuen sozialen Bewegungen und zum "Anschluß" der DDR). Ein Interview der HerausgeberInnen mit Roth beschließt den Band.

Mit "...und es begann die Zeit der Autonomie" kann die Entwicklung eines Stranges der antiinstitutionellen Linken, der sich nicht dem traditionellen arbeitsontologischen Verständnis von Marxismus und dessen Konzept von "Arbeiterklasse" verpflichtet fühlte, und die praktische und theoretische Arbeit von Roth nachvollzogen werden. Dieser hat sich zwar oft geirrt, aber nie resigniert oder in den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb integriert. Seine Sympathie gilt immer noch den Geknechteten und Ausgebeuteten in allen Kontinenten; sein theoretisches Interesse der (Weiter-) Entwicklung sozialrevolutionärer Theorie. Dem Buch ist eine Verbreitung über die autonomen Linken - als deren "Cheftheoretiker" Roth manchmal bezeichnet wird - zu wünschen.

"Patient Geschichte" ist eine Festschrift anlässlich des 50. Geburtstages von Roth. In dem Buch sind 20 Beiträge von AutorInnen aus dem Umfeld der „Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts“ und der "1999" versammelt. Inhaltlich umfassen die Beiträge ein weites Feld historischer und politischer Themen: Sie rei-

chen von ArbeiterInnen- und Umweltgeschichte bis zu Bevölkerungspolitik. Vernichtung und Entwicklung im Nationalsozialismus, die Geschichte der Linken in Italien und Revolutionstheorien sind weitere Kapitel des Buches. Ferner gibt es einen von Angelika Ebbinghaus verfaßten politischen Lebenslauf Roths, und eine fast vollständige Bibliographie seiner Veröffentlichungen. Der Band gibt einen guten Einblick in die Arbeit des Hamburger Stiftung, deren theoretischen Standort und die Breite der dort bearbeiteten Themen.

Bernd Hüttner

(Klassen-) Herrschaft der "Zufriedenen"

John Kenneth Galbraith, *Die Herrschaft der Bankrotteure. Der wirtschaftliche Niedergang Amerikas.* Hoffmann und Campe, Hamburg 1992, 204 S., 35,- DM.

Galbraith hat mit seinem jüngsten Buch eine schonungslose Kritik der "Kultur der Zufriedenheit" (culture of contentment, so viel aussagekräftiger als in der deutschen Übersetzung der Titel der amerikanischen Ausgabe) vorgelegt, wie sie am ausgeprägtesten in den USA existiert.

Die "Politische Ökonomie der Zufriedenen" (S.22) fragt, warum die Reichen und die (viel weniger verdienenden) anderen Wohlhabenden der USA faktisch ein politischen Dauerbündnis eingehen, das sich gegen die steuerfinanzierte staatliche Bekämpfung der Mas-

senarmut und des Zerfalls der Infrastruktur in den USA richtet, obwohl diese Politik langfristig auch ihre eigene Stellung (in der Welt und als zufriedene Wohlstandsbürger) untergräbt.

Zu den Zufriedenen zählen nach Galbraith "Leute, die die mittleren und höheren Ränge der großen Finanz- und Industriefirmen bevölkern, unabhängige Geschäftsleute und kleinere Angestellte..., der akademische Mittelstand - Rechtsanwälte, Ingenieure, Wissenschaftler und, nicht zu vergessen, Journalisten und Professoren..., auch eine gewisse, wenn auch rückläufige Zahl von Leuten, die man früher Proletarier genannt hat..., deren Löhne und Gehälter heute in aller Regel durch das Einkommen ihrer berufstätigen Frauen ergänzt und verbessert werden. Sie und andere Familien mit Mehrfacheinkommen halten ihr Leben für einigermaßen abgesichert und angenehm. Inzwischen gehören auch die Farmer wieder zur Gruppe der Zufriedenen. Sie werden heute durch staatliche Subventionen kräftig gestützt und großzügig entgolten. Schließlich gibt es die rasch wachsende Zahl der Alten, die von ihren Pensionen oder einer anderen Altersversorgung (z.B. von den Zinsen auf Staatspapiere, H.B.) leben und für deren Lebensabend es bei Bedarf großzügige finanzielle Zuwendungen gibt" (27f.). Hinzu kommt das militärische Establishment.

Welche Eigenschaften und Meinungen verkörpern die Zufriedenen mehrheitlich?

Erstens: "Eigennutz (ist) die vorherrschende Denkweise der zufriedenen Mehrheit." Der Staat als Sozialstaat werde von den Zufriedenen wegen dann fälliger Steuererhöhungen entschlossen bekämpft, nicht aber der Staat als Finanzier der Militärs, der Social Security (der Pensionen und Altersversorgung der Zufriedenen selbst), der Farmer sowie der von dem kriminellen Bankrott der Save & Loans-Banken betroffenen Einleger, was Kosten in Höhe von hunderten Milliarden Dollar verursacht hat.

Kritiker dieser eigennützigen Politik bestärken die Zufriedenen noch in ihrer Position, da sie das Funktionieren der Demokratie vorzuziehen (31).

Wirklich neu sei, "daß die Zufriedenheit und die sich daraus ergebende Überzeugung heute die Haltung der Mehrheit und nicht die einer Minderheit widerspiegelt. Diese Mehrheit sucht ihren Vorteil unter dem Schutz der Demokratie, auch wenn diese Demokratie einen großen Teil der Bürger ausgrenzt" (21). Dieser Mechanismus funktioniert natürlich deshalb so gut, weil die Armen nicht zur Wahl gehen, weil sie resigniert sind. Bei nur 50 Prozent Wahlbeteiligung reichen folglich wenig mehr als 25 Prozent für einen Wahlsieg.

Zweitens macht Galbraith eine spezifische *Einstellung zur Zeit* aus: "Es ist besser, die öffentliche Hand bleibt auch kurzfristig untätig, als Maßnahmen zu ergreifen, die die Lage zwar langfristig stabilisieren, die dem eigenen Interesse aber kurzfristig zuwiderlaufen. Dies gilt

auch, wenn die Folgen dieser Haltung insgesamt ebenso bedrohlich wie absehbar sind" (31).

Drittens wird "ihre selektive Betrachtungsweise der Rolle des Staates" (35) benannt. Wie oben bereits angeführt, werden Militärausgaben, Pensionszahlungen, Subventionen für die Farmer sowie Stützungsmaßnahmen für bankrotte Banken befürwortet, Investitionen in das Bildungssystem, die Sanierung der Innenstädte, der Bau von preiswerten Wohnungen usw. jedoch abgelehnt, weil sie den Steuerzahlern nicht unmittelbar zugute kommen.

Das *vierte* Merkmal der Zufriedenen ist die Toleranz, mit der sie den großen Einkommensunterschieden innerhalb der eigenen Gruppe begegnen. (1988 erzielten 1% der Bevölkerung 13,5% des Volkseinkommens (durchschnittlich 617.000 Dollar pro Familie). Die reichsten 20 Prozent mit einem Einkommen von 50.000 Dollar und mehr pro Jahr vereinigten 51,8 Prozent des gesamten Einkommens vor Steuern auf sich. Auch nach Steuern verändern sich die Zahlen nur unwesentlich (25).

Dieses sehr ungleiche Bündnis funktioniert nach folgender Überlegung: "Der Preis, den ich dafür zahle, daß mein eigener sozialer Status nicht angetastet wird, ist meine Toleranz gegenüber der Tatsache, daß es andere gibt, die über noch erheblich größere Einkommen verfügen" (39). Beide Gruppen haben keine Einwände gegen die hohe Staatsverschuldung. Die Reichen ziehen Kredite mit hohen

Zinsen natürlich Steuern vor. Die übrigen Wohlhabenden erfreuen sich dank dieser Politik ebenfalls einer relativ niedrigen Steuerbelastung. Wirtschaftspolitisch korrespondiert mit dieser Position die Priorität, die Inflation zu bekämpfen, während die Arbeitslosigkeit als das geringere Problem angesehen wird. Der Monetarismus ist der ökonomietheoretisch adäquate Ausdruck dieser Position.

Die untere Hälfte der Gesellschaft bezeichnet Galbraith als "funktionelle Unterschicht" (Underclass). "Niemand bestreitet die Existenz dieser armen Schichten. Bestritten wird vielmehr, daß diese Unterschicht ein integraler Bestandteil des gesamten Wirtschaftsablaufes ist, und, was noch wichtiger ist, daß sie dazu dient, den Lebensstandard und Komfort der sozial Gutgestellten zu ermöglichen" (44). Galbraith kritisiert sodann den Begriff der Arbeit, der die Tatsache verschleierte, daß die schönen und angenehmen Tätigkeiten gut, die schlechten und schmutzigen dagegen schlecht bezahlt werden. Dies ist sicherlich keine neue Erscheinung.

Neu aber sei, daß die Unterschicht im Zuge der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und der Verlagerung der Wirtschaftszentren in die Sunbelts ihre vergleichsweise stabilen Arbeitsplätze sowie ihre Aufstiegsperspektive verloren habe (52). Die hieraus resultierende Hoffnungslosigkeit erodiere das soziale Gefüge der US-amerikanischen Gesellschaft. Für Galbraith ist "das eigentlich Erstaunliche, daß sich diese Klasse

insgesamt so vergleichsweise ruhig verhält". Aber: "Man lebte (früher, H.B.) für die Perspektive der Kinder. Das ist nun vorbei, und deshalb sind wohl auch in Zukunft größere soziale Unruhen zu befürchten" (54).

Im 5. Kapitel (Die amtliche Lizenz für die finanzielle Katastrophe) geißelt Galbraith die Deregulierungspolitik der 80er Jahre, die eine beispiellose Spekulationswelle mit neuen Methoden der schnellen Bereicherung (leverage buy outs, junk bonds usw.) hervorbrachte. Dies habe die Selbsterstörungstendenzen des Systems der Marktwirtschaft beschleunigt.

Kap. 6 (Das Bürokratiesyndrom) dient der Abrechnung/der in den USA (und nicht nur dort) weitverbreiteten Meinung, die Verwaltungen privat geführter Unternehmen seien öffentlichen Bürokratien prinzipiell überlegen. Außerdem macht Galbraith auf die Doppelmoral aufmerksam, daß die für die Zufriedenen günstigen Staatssektoren (Militär, Zentralbanksystem usw.) hocheffektiv, die Sozialverwaltungen dagegen mit geringer Effizienz arbeiten würden.

Kap. 7 und 8 (Die wirtschaftliche Anpassung I und II) befassen sich mit der theoretischen Rechtfertigungswissenschaft, also den ökonomischen und soziologischen Lehrmeinungen, die die von der Kultur der Zufriedenheit gewünschte Politik erklären und rechtfertigen. Bekannt wurden besonders Namen wie *Gilder* (aggressives Hervorheben der Elitefunktion der Unternehmer, die deshalb

steuerlich radikal zu entlasten seien; "Regressive Steuern helfen den Armen" und "Um vorwärts zu kommen, müssen die Armen vor allem die scharfen Sporen der Armut spüren"), *Laffer*, nach dessen Auffassung Steuersenkungen für die Zufriedenen, insbesondere für die Reichen nicht zu geringeren Steuereinnahmen, sondern im Gegenteil zu höheren führen würden, da die Wachstumsrate des Volkseinkommens gesteigert würde; schließlich *Murray*, der behauptet, daß die Armen arm sind und arm bleiben, weil die staatlichen Maßnahmen jede persönliche Initiative verhinderten, die allein Abhilfe schaffen könnte (125).

In den nächsten drei Kapiteln 9-11 liefert Galbraith einen Verriß der Qualität der US-Außenpolitik sowie eine Kritik der Macht des militärischen Establishments. Er zeigt hier insbesondere einen Widerspruch in der Interessenlage der Reichen und Wohlhabenden auf, die einerseits an einer Politik der Welthegeemonie interessiert seien, die andererseits aber vor dem Problem stehen, daß ihre Söhne nicht zum Militärdienst gehen wollen.

Kapitel 13 und 14 sind mit "Die Abrechnung I" und "II" überschrieben. Wie reagiert die Koalition der Zufriedenen auf die von ihr durchaus registrierte Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition? Er zeigt anhand der großen Weltwirtschaftskrise und verschiedener anderer Einschnitte auf, daß es erst ganz schlimm kommen muß, ehe einige adäquate Reformmaßnahmen ergriffen werden. Eine

Krise wie 1929 erwartet er aber nicht.

Das Problem sind eher "unpopuläre Militärationen und eine potentielle Revolte der Unterschicht, welche Form die auch immer annehmen mag" (188). "Es kann daher nicht überraschen, wenn ihr Elend sich eines Tages in Gewalt Luft macht" (191f.). Los Angeles läßt grüßen! Die bereits stark ausgebildete Wagenburgmentalität der Zufriedenen werde sich verschärfen. "Eine der wichtigsten Antworten auf die wachsende Kriminalität und das zunehmende Chaos in den großen Städten besteht schon jetzt in dem Ruf nach schärferen Gesetzen - einschließlich der Todesstrafe. ... Wenn man überhaupt etwas einigermaßen zuverlässig vorhersagen kann, dann vielleicht, daß es in Zukunft in den verslumten Stadtzentren zu massivem und brutalem Einsatz staatlicher Autorität und Gewalthoheit kommen wird" (194).

Im Abschlußkapitel ("Requiem") kommt Galbraith noch einmal auf seine Hauptthese zu sprechen, die auch für die westeuropäische Reformdebatte von zentraler Bedeutung ist: "Beinahe jede Maßnahme, die der Wiederherstellung der Wirtschaftskraft dient, betrifft auch das Verhältnis von Bürger und Staat" (197). Wirtschaftspolitik müsse endlich wieder über die steuerfinanzierten Haushalte laufen (199). Aufgrund der Spezifik der Kultur der Zufriedenheit sind die Chancen für eine Änderung der Politik aber sehr gering.

Wer theoretisch Anspruchsvolles von diesem Buch erwartet, wird sicherlich enttäuscht sein. Viele Fragen der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik wie die Außenhandelspolitik (strategische Handelspolitik), Industriepolitik usw. werden nicht behandelt. Gefragt wird auch nicht, ob die Wiederaufnahme einer von Keynes inspirierten Wirtschaftspolitik mit dem heutigen Grad der Internationalisierung der Finanzmärkte so ohne weiteres kompatibel ist. (Meiner Meinung nach ist die diesbezügliche Skepsis von Autoren wie Altwater, Vertretern der Regulationstheorie oder auch von Sozialdemokraten wie Fritz Scharpf überzogen. Und wenn es überhaupt ein Land gibt, in dem dies möglich ist, dann sind es die USA mit ihrem riesigen Binnenmarkt.) Dennoch ist dieses Buch lesenswert. Es pflegt einen im besten Sinne politisch-ökonomischen Argumentationsduktus. Es werden nicht anonyme Strukturen, sondern politisch handelnde Menschengruppen analysiert, die ihren Interessen nachgehen, leider ihren hauptsächlich kurzfristigen Interessen. Es wird aufgezeigt, wie das US-amerikanische Wahl- und Parteiensystem in idealer Weise diesen Sonderinteressen zur nachhaltigen Hegemonie verhilft, und es werden keinerlei Illusionen über die Schwierigkeiten erzeugt, die Herrschaft der Zufriedenen zu durchbrechen und relevante Reformen zugunsten der Armen und Unterprivilegierten durchzusetzen.

Zwar schreibt G.: "Es ist möglich, daß eines schönen Tages ein Präsidentschaftskandidat ... in seine

Kampagne alle jene miteinbezieht, die heute nicht zur Wahl gehen. Und es ist denkbar, daß die, die sich von einer solchen Politik angesprochen fühlen, ... einen politischen Erdbeben verursachen. Daß diese Vision nicht nur blühende Phantasie bleiben muß, sollte eigentlich aus diesem Buch bislang hervorgegangen sein." (174f.) Hier ist dem Autor zu widersprechen. Seine ganze, nachvollziehbare Argumentation macht einen diesbezüglich eher skeptisch. Und knapp ein Jahr nach dem großen Wahlsieg von Präsident Clinton weiß man, daß nicht nur ein erdbebentypischer Wahlsieg, sondern auch die Fähigkeit erforderlich ist, die etablierten Apparate der Demokratie grundlegend zu erneuern und ebenso in den beiden Häusern des Parlaments eine neue Generation von Politikern zu verankern, die nicht dem eingespielten Lobbyismus der Zufriedenen verfallen ist.

Hermann Bömer

Osteuropa

ISW-Report Nr.16: Charles Pauli, Wirtschaftsreformen in Osteuropa - Markt. Krise. Hinterhof; mit isw-Wirtschaftsinfo Nr. 13, München 1993, 32 Seiten, DIN A 4, DM 5.- (Bezug: isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., Georg-Wopfnar-Str. 46, 80939 München).

Charles Pauli, Osteuropa - Vom Elend des Marktes. Neuer ISP-Verlag, Köln 1993, 160 Seiten, 19,80 DM, isp-pocket Nr. 57.

Bisher hat die isw-Gruppe erfolgreich der Versuchung widerstanden, ihre jeweils kompakten, griffigen und anschaulichen Informationsangebote zwischen zwei Buchdeckel zu pressen. Damit erhält sie sich in Aufmachung und Kostenlevel jenen Standard, der der Verbreitung linker Publikationen, vor allem im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich, nur förderlich sein kann. Freilich haben die "Reports" inzwischen längst ein gattungsspezifisches Profil neuer Art, das sie für alle an linker Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse Interessierte wichtig macht.

Dies gilt in vollem Maße auch für den von Charles Pauli verfaßten isw-Report Nr. 16. Sein Gegenstand ist der Systemwechsel bzw. die damit geschaffene neue Realität in Osteuropa, wobei dieser Begriff geographisch eingeschränkt benutzt wird. Im Mittelpunkt steht die Schilderung der Entwicklungen in Polen, der CSSR und ihren Nachfolgestaaten und in Ungarn. Darüber hinaus enthält der "Report" auch Informationen über Bulgarien und Rumänien.

Der Text ist klar gegliedert und beginnt mit einem Abschnitt über die Ursachen des Versagens der "Ökonomie der Zentralplanung". Es folgt die Schilderung der Grundelemente der Transformation zur kapitalistischen Formation niedrigen Niveaus. Im Mittelpunkt steht dann die Darstellung der neuen Realität der Krise und der nichtbewältigten Modernisierung der Wirtschaft. Von zentraler Bedeutung ist die Einordnung in den metropolitenkapitalistisch dominierten Welt-

markt und die entsprechende Orientierung der neuen herrschenden Klasse dieser Länder. Diesen Fragen ist ein längerer Abschnitt mit aufschlußreichen Informationen über Dumpingpreise, Billiglohnniveaus, Kostenstrukturen, Abhängigkeiten von der EG, die Rolle der BRD u.a. gewidmet.

"Das Ergebnis dieser Transformation", schreibt Pauli, "wird eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit mit den entsprechenden sozialen Erschütterungen sein. Die 'Stabilisierungskrise' wird irgendwann im Verlauf der Jahre 1993/94 ihrem Ende zugehen." Das Wiederanlaufen erweiterter Reproduktion wird von einem niedrigen Niveau aus erfolgen und mit starken Differenzierungen innerhalb und zwischen diesen Ländern verbunden sein.

Schließlich beschäftigt sich ein letzter Abschnitt mit der Erörterung von Alternativen. Hier geht es dem Verfasser um eine von sozialen Interessen mitbestimmte Entwicklung, die neue Zugänge zur Selbstverwaltung und einer Vergesellschaftung von unten denkbar und möglich erscheinen läßt.

Eine ausgebaute Fassung des "Reports" ist dem interessierten Leser mit dem isp-pocket zugänglich. Die Erweiterungen betreffen vor allem die Auseinandersetzung mit der Marktwirtschaftsideologie, breitere Darstellungen der Ländersituation u.a.

Bleibe noch darauf aufmerksam zu machen, daß das Heft mit dem isw-Report 16 auch das isw-Wirtschaftsinfo 13 enthält. Sein

Verfasser ist der frühere Mitarbeiter des IPW der DDR, Prof. Dr. Reinhold Kowalski. Thema: "Deindustrialisierung und zyklische Krise". Dieser Teil kann auch als Ergänzung zum Report, was Situation und Besonderheiten der Ex-DDR betrifft, gelesen werden.

Wer sachliche Informationen und tragfähige linke Argumentationen zur aktuellen osteuropäischen Entwicklung sucht, dem ist mit den genannten Publikationen ausgezeichnet gedient.

Heinz Jung

Versunken

Daniel Küchenmeister (Hrsg.), Honecker - Gorbatschow. Vieraugengespräche, Dietz Verlag, Berlin 1993, 272 Seiten, Leinen, 32.-DM.

Der Band enthält Briefe sowie Notizen von Telefonaten und Vieraugengesprächen, z.T. auch in personell erweitertem Rahmen, von Erich Honecker und Michail S. Gorbatschow zwischen dem 12. März 1985 und dem 7. Oktober 1989, insgesamt 21 Dokumente aus dem SED-Parteiarchiv. Die Gesprächsnotizen wurden in der Regel von den Dolmetschern Erich Honeckers angefertigt, von diesem dann korrigiert und seinen Politbüro-Kollegen als Informationsmaterial zugänglich gemacht. Es handelt sich also um die Gesprächsversion nur einer Seite, deren Abfassung wohl schon durch den Verwendungszweck geprägt wurde und kaum etwas von persön-

lichen Dingen oder dem Gesprächsklima vermittelt.

Zu jenen Zeiten standen die Gesprächspartner an der Spitze ihrer Parteien und Staaten. Wer nun allerdings glaubt, mit diesen Texten eröffneten sich ungeschminkte Zugänge zur Problemkonstellation jener Jahre oder zu den Ursachen des Zusammenbruchs, wird wohl enttäuscht werden. Es sind die Protokolle einer Art Geschäftsführertreffen auf höchster Ebene, die natürlich auch Aktivitäten behandeln, die nicht in den üblichen Kommunikativen auftauchen, bei denen aber beim Austausch von Informationen und Meinungen das Bemühen um einen diplomatischen Stil und einen konsensualen Ausdruck vorherrscht. Es kann also angenommen werden, daß es "Klartext" auf dieser Ebene nicht gab und den Führern der DDR und der UdSSR ein artikulationsfähiges Bewußtsein der realen Problemkonstellation, vielleicht von den ersten Jahren abgesehen von Fragen der Außenpolitik, abging. Demgegenüber obwaltet die wechselseitige Bestätigung schönfärberischer und selbstbelobigender Darstellungen. Schlägt bei Honecker immer wieder das tradierte Musterschülerbemühen gegenüber "dem Land Lenins" durch, so ist bei Gorbatschow trotz des Hangs zum Konkretistischen durchgehend das Abheben von der Realität charakteristisch.

Die persönlichen Animositäten oder gar Feindschaften, von denen im Vorwort des Hrsg. die Rede ist, lassen sich in den Texten nicht erkennen. Auch ein Gegensteuern

Honeckers gegen den Perestroika-Kurs Gorbatschows ist nicht belegbar. Aus den Texten werden Partiaidifferenzen erst in der letzten Phase sichtbar.

Nimmt man Gorbatschows in den Notizen widergegebene Meinungen zum Sozialismus, zur unverbrüchlichen Freundschaft zwischen UdSSR und DDR, zur kommunistischen Bewegung, zu den internationalen Beziehungen, zum Marxismus-Leninismus, zur Rolle des Imperialismus usw. ernst, dann bleibt die Erfassung seiner Wandlungsfähigkeit nach 1989 oder gar deren politisch-moralische Beurteilung eine die üblichen Begriffe sprengende Angelegenheit.

Aus der Sicht des Rezensenten von besonderem Interesse waren die Dokumente 11 und 12. Sie betreffen Zusammenkünfte anlässlich der Einweihung eines Thälmann-Denkmal in Moskau Anfang Oktober 1986, an denen auch der DKP-Vorsitzende Herbert Mies und der Vorsitzende der SEW, Horst Schmitt, teilnahmen. Hier findet sich in der Wiedergabe Erich Honeckers der Satz: "Im Grunde genommen sind wir ja eine Partei in drei Ländern, und Herbert könnte seinen Stuhl in unserem Politbüro jederzeit einnehmen, so wie ihn Max Reimann gehabt hat." Der folgende Gesprächsverlauf - es ging um die Verantwortung für die Entwicklung der BRD - ließ daran und an der Hegemonialkonstellation kaum einen Zweifel aufkommen.

In einem im wesentlichen um Sachlichkeit und die Erschließung der Texte für den Leser bemühten

Vorwort des Hrsg. - dies gilt auch für die Personen, Ereignisse, Zusammenhänge erläuternden Fußnoten zu den Dokumenten - werden leider auch die in der Wendezeit fixierten Vorurteile kolportiert und z.T. als Interpretationsfolie vorgeschlagen, nach denen Honeckers Positionen im Vergleich zu Gorbatschow als antiquiert einzustufen seien. Zwar ist es verständlich, daß eine in die neue Ära eingebundene Herausgeberrätigkeit ihre Schwierigkeiten damit hat, die in den Texten zum Ausdruck kommenden Haltungen, Befürchtungen, Orientierungen auch im Lichte der geschichtlichen Ergebnisse zu bewerten, stünden doch dann die realistischen Befürchtungen Honeckers eindeutig gegen den (und über dem) abwiegelnden Selbstbetrug Gorbatschows. Damit erhalte aber auch die vom Hrsg. aufgestellte These, "daß Honecker und Gorbatschow gewissermaßen zwei Varianten des geschichtlichen Zusammenbruchs des Weltsozialismus personifizieren" (20), erst eine in der Bewertung der Akteure wurzelnde Fundierung.

Für die politische Kultur der Gegenwart erhellend ist die mehr als halbseitige Dankesformel (22) des Hrsg. an die Verwahrer der Bundesarchive, denen nun auch die Parteiarchive der SED einverleibt sind, und an die Herren der Wissenschaft, die bei der "Aufarbeitung" der Geschichte der DDR die Regie führen.

Zweifellos sind die edierten Dokumente für die Analyse der Periode 1985-89 von Nutzen. Für den nicht wissenschaftlich ambitionierten Le-

ser erstet im Originalton der Führer der UdSSR und DDR nochmals jene Periode, in der der Realsozialismus in Europa ohne Wissen und Ahnung seines Schicksals in seine Existenzkrise und seinen Untergang taumelte. Davon taucht aber selbst beim altersvorsichtigen Honecker nicht die leiseste Ahnung auf - nach wie vor ein die Wissenschaft herausforderndes Phänomen.

Heinz Jung

Autorinnen/Autoren und Übersetzerinnen/Übersetzer

- Prof. Dr. Frank Baldeweg - Dresden, Naturwissenschaftler
 Elisabeth Bessau - Wuppertal, Diplomwirtschaftlerin und Schriftstellerin
 Prof. Dr. Helmut Bleiber - Berlin, Historiker
 Henning Böke - Frankfurt/M., Doktorand der Philosophie
 Dr. Hermann Bömer - Dortmund, Wirtschaftswissenschaftler
 Prof. Dr. Dieter Boris - Marburg/Lahn, Soziologe, Hochschullehrer, Mitglied des Redaktionsbeirates von Z
 Dr. André Brie - Berlin, Politikwissenschaftler, Bundesvorstandsmitglied der PDS
 Thorsten Cabalo - Bochum, Doktorand, Redakteur der AStA-Zeitung
 Jelena Charlamenko - Moskau, Rußland, Philosophin, Lehrerin für Geschichte und Gesellschaftskunde
 Dr. Alexander Charlamenko - Moskau, Rußland, Historiker und Politologe
 Jonas Dörge-Weidemann - Kassel, Doktorand der Politikwissenschaften
 Dr. Dieter Düe - Kassel, Sozialwissenschaftler, wiss. Mitarbeiter an der GH Kassel
 Dr. Fritz Fiehler - Schobüll, Wirtschaftswissenschaftler
 Willi Gerns - Bremen, Mitherausgeber der "Marxistischen Blätter", langjähriges Präsidiumsmitglied der DKP
 Prof. Dr. Erich Hahn - Berlin, Philosoph
 Dr. Gudrun Havemann - Mülheim/Ruhr, Philosophin
 Prof. Dr. Horst Heininger - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Redaktionsbeirates von Z
 Dr. Peter Hiedl - Essen, Soziologe
 Dr. André Hoffmann - Luxemburg, Redakteur, Abgeordneter der KPL im Luxemburger Parlament
 Bernd Hüttner - Bremen, Student der Politikwissenschaften
 Hermann Jacobs - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler
 Prof. Dr. Wolfgang Jahn - Halle/Saale, Marx-Engels-Forscher
 Dr. Jacob Juchler - Zürich, Schweiz, Historiker und Soziologe
 Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur
 Dr. Jürgen Jungnickel - Berlin, Marx-Engels-Forscher
 Hans Kalt - Wien, Österreich, Publizist, langjähriger Wirtschaftsredakteur der "Volksstimme" und langjähriges Mitglied der KPO-Führungsgremien
 Dr. Sabine Kebir - Berlin, Philosophin, Mitglied des Redaktionsbeirates von Z
 Dr. Michael Löbig - Hamburg, Soziologe
 Martina Plümacher - Frankfurt/M.
 Dr. Winfried Schwarz - Hanau, Soziologe, Sprecher der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V.
 Dr. Reinhard Schweicher - Frankfurt/M., Philosoph, Z-Redakteur
 Dr. Werner Seppmann - Haltern i.W., Philosoph und Sozialwissenschaftler
 Regina Stappelton - Marburg, Studentin der Soziologie, Redakteurin des "Sozialistischen Forum"
 Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden - Kassel, Sozialwissenschaftler und Hochschullehrer
 Dr. Ralf Vogel - Frankfurt/M.
 Dr. Carl-Erich Vollgraf - Berlin, Marx-Engels-Forscher
 Dr. Günter Wernicke - Marwitz, Historiker
 Corell Wex - Marburg, Student der Politikwissenschaften

BZG

Das internationale
anerkannte Organ zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Erscheint vierteljährlich
Jahresabonnement DM 36,-
Bestellungen bei
3K-Verlag
Klosterstraße 5
D-85092 Kösching

- New Tururoo
- Houston
- Berlin
- Moskau
- Los Angeles
- Hanoi
- Mailand
- Ljubljana
- Tokio
- Boston
- Florenz
- timore
- delphia
- Tel Aviv
- Basel
- Helsinki
- Innsbruck
- gow
- London
- Columbus
- Oslo
- Prag
- Lausanne
- Paris
- Boston
- Wien
- Linz
- Oxford
- London
- Budapest
- London
- Calcutta
- Zürich
- New Hoven
- Sofija
- Glas-
- Chicago
- Santa Barbara
- Warschau
- Lancaster
- New Tururoo

Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung



AUS DEM INHALT
 Alfred Zorn: Berlin als Metropole - Anspruch, Wirklichkeit, Tendenz
 Ursula Bro: Geschlecht - Klasse - Struktur
 Hans-Joachim Lauth: Frauen und Industrialisierung - eine Frage der
 Generationen?

3K-Verlag Kösching
 35. Jahrgang - September 1993 - Preis 9,00 DM

3/93